

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

(Nr. 2 der Schriftenreihe: **Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution**, hrsg. von Prof. Dr. Otto Becker)

==== Heft 228 ====

Montesquieu als Politiker

Eine Erläuterung zu den Büchern I—VIII und
XI—XII des Geistes der Gesetze

Von

Walter Struck

weiland a. o. Prof. der Geschichte an der Universität Breslau

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1933

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Printed in the United States of America

Vorbemerkung.

Als mein Mann am 17. Juni 1923 starb, hinterließ er diese Schrift in druckfertigem Zustande. Meine Bemühungen, sie alsbald nach seinem Tode zu veröffentlichen, scheiterten an wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Meinen herzlichen Dank sage ich allen denen, die mir jetzt geholfen haben, die Drucklegung zu ermöglichen, vor allem dem Herrn Verleger, der den weitaus größten Teil der Kosten übernahm, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die einen Zuschuß zur Verfügung stellte, und Herrn Professor Becker, der diese Schrift aufnahm in die „Forschungen zur Geschichte des ancien régime und der großen Revolution“.

Stralsund, den 1. März 1933.

Hilde Struck.

Digitized by the Internet Archive
in 2024

Einleitung.

Zu den gefeiertsten Namen unter den politischen Schriftstellern gehört derjenige Montesquieus. Ganz überwiegend geht die Meinung dahin, daß der „Geist der Gesetze“ eine höchst bedeutende Leistung, wenn nicht schlechthin ein Meisterwerk sei; ja man hat in ihm sogar ein Werk erblickt, das einen unvergänglichen Besitz für die Menschheit darstelle und auch uns Heutigen noch etwas zu sagen habe: in einer neueren Sammlung, die einem größern Leserkreis in Deutschland die Bücher der Weisheit und Schönheit nahe zu bringen sucht, hat er einen Platz neben der Bibel und Dante, Goethe und Kant erhalten. Die mannigfachen Irrtümer, die Niemand übersehen kann, der sich mit ihm etwas näher beschäftigt, werden in der Regel und mit der Ehrfurcht berührt, die man einem Fürsten im Reiche des Geistes schuldet, als Einzelheiten, die dem Ganzen keinen Abbruch täten.¹

Allerdings hat auch von Anfang an der Widerspruch nicht gefehlt. Als Montesquieu sein Werk vor dem Drucke einem kleinen Kreise von sechs Vertrauten vorlas, erklärte der Eine von diesen vorsichtig, daß es ihm noch nicht vollendet erscheine, zwei Andere warnten entschieden davor, es zu veröffentlichen, der Vierte riet noch offener, es ins Feuer zu werfen. Die beiden letzten, Helvetius und Saurin, erbaten sich Aufschub, weil ihnen der Eindruck, den sie vom bloßen Hören erhalten hatten, nicht ausreichend war. Ihr Urteil liegt uns in dem Briefe vor, den Helvetius nach mehrfachem eignem Lesen des Buches in Uebereinstimmung mit Saurin an Montesquieu geschrieben hat.

Auf das, was man als die wissenschaftliche Seite des „Geistes der Gesetze“ bezeichnen könnte, geht Helvetius mit keinem Worte ein. Was er auszusetzen hat, richtet sich vielmehr ganz ausschließlich gegen den politischen Standpunkt, den Montesquieu vertritt. Der Gegensatz zwischen den beiden Männern in der Frage, welches die beste Verfassung für Frankreich sei, tritt in dem feinen und klugen Briefe, obwohl darin mit Geflissenheit jede verletzende Schärfe vermieden wird, doch mit voller Deutlichkeit zu Tage.

Helvetius spricht sein Bedauern darüber aus, daß Montesquieu gefährlichen Vorurteilen entgegenkomme und mit seiner Philosophie dem Rückschritte Waffen liefere, anstatt einer künftigen bessern Ordnung der Dinge vorzuarbeiten. Es sei ein Irrtum, in den Zwischengewalten eine Schutzwehr gegen Despotismus zu erblicken; die Zwischengewalten seien nichts weiter als die Herrschaft des Adels und der Priester, d. h. eine Aristokratie, die gestützt auf die Geburt ohne Rücksicht auf Befähigung und Verdienst alle Gewalt an sich reiße und auch den König in Abhängigkeit bringe, um dann das Volk zu tyrannisieren und den Staat selbstsüchtig auszubeuten. Wenn der König einmal seinen wahren Vorteil erkenne, werde er versuchen, sich ihrer zu entledigen, um dadurch sein und seiner Untertanen Glück desto sicherer zu begründen. Aber die Zwischengewalten verständen es, ihn durch Schmeicheleien zu täuschen und sein Ohr für die Klagen des Volkes zu verschließen. Indessen ihre Zeit sei gezählt, und die öffentliche Meinung und die Einsicht in das Uebermaß der Mißbräuche würden eine Reform herbeiführen, die das verwickelte Räderwerk, das Montesquieu empfehle, beseitige, als Regierung eine einfache, leicht zu bewegende Maschine schaffe und das Wohl Aller auf der Achtung vor der Freiheit und dem Eigentum des Volkes begründe. Zu wünschen sei nur, daß die Zwischengewalten es nicht fertig brächten, das Notwendige so lange zu verzögern, bis das Uebel aufs Höchste gestiegen sei; dann liege es nämlich nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß sich die Reformbewegung überstürze und der Monarchie Gefahr bringe.

Helvetius hat nicht erwartet, mit seinem Briefe eine Wirkung zu erzielen: er war sich vielmehr darüber klar, daß Montesquieu von seinen Vorurteilen als Edelmann und Mitglied des Parlaments nicht loskommen könne; seine Absicht war nur, seiner Pflicht als Freund zu genügen. Er hat dann das, was er an dem „Geist der Gesetze“ im einzelnen auszustellen fand, in kurzen Anmerkungen zu Papier gebracht: sie beziehen sich nur auf die ersten acht Bücher, eben die, in denen er den politischen Standpunkt Montesquieus ausgeprägt sah. Sie zu veröffentlichen, hat er wohl kaum gedacht; jedenfalls ist es erst nach seinem Tode geschehen. Man kann von ihnen nicht behaupten, daß sie alle sehr tief seien; im Gegenteil; aber eine Anzahl ergänzen doch seinen Brief und verdienen insofern Beachtung.²

Neben Helvetius hat dann von bedeutenderen Zeitgenossen Voltaire auf das Abfälligste über den „Geist der Gesetze“ geurteilt. Allerdings, als das Werk bald nach seinem Erscheinen von den Jansenisten verketzert wurde, hat er nicht gezögert, die unduldsame Beschränktheit der kirchlichen Angreifer mit überlegener Ironie zurückzuweisen,³ aber die vier Besprechungen, die er selber ihm dann gewidmet hat, zeigen doch, wie geringschätzig er von ihm und seinem Verfasser dachte.

Voltaire hat sich über den „Geist der Gesetze“ zuerst in jenem Verzeichnis der Schriftsteller geäußert, das er der Neuauflage seines „Jahrhunderts Ludwigs XIV.“ voranstellte. Er gesteht zu, daß das Werk ganz eigenartig und ohne Vorbild sei, geistvoll und gedankenreich, wenn nicht immer belehrend, so doch stets anregend, dazu anziehend geschrieben, obgleich zuweilen nicht frei von Gesuchtheit, aber auf der andern Seite tadelt er, daß sich ein durchgehender Mangel an Methode unangenehm bemerkbar mache und daß nur zu häufig die Art, die Quellen zu benutzen, verfehlt sei, daß der Zuversichtlichkeit der Behauptungen keineswegs immer die Grundlage entspreche, vielmehr Geistreicheleien oft die Stelle wirklicher Beweise einnehmen. Er findet das Wertvolle des Buches in der Gesinnung, die aus ihm spreche: der Liebe zu den Menschen und dem Abscheu vor ungesetzlicher Willkür. Eben diese Gesinnung, wie sie in den Ausfällen gegen die Inquisition und dem Lobe der englischen Verfassung zum Ausdruck komme, sei zusammen mit der lebhaften und witzigen Ausdrucksweise denn auch die Erklärung für das Ansehn, das ihm zu Teil geworden sei.⁴

Auch in dem ABC finden sich eine Anzahl von Lobsprüchen, die für sich allein genommen den Beweis liefern würden, daß Voltaire ein großer Bewunderer von Montesquieu und dem Geist der Gesetze gewesen sei: Montesquieu wird als Schöngeist gerühmt; von seinem Werke heißt es, daß es voll herrlicher Stellen sei und Abschnitte aufweise, die die Menschheit zu Danke verpflichteten; es müsse unter die genialen Werke gezählt werden und dürfe beanspruchen, der Nachwelt stets teuer zu sein. Im Zusammenhange erscheinen aber diese Äußerungen doch in einem andern Lichte: zu einem Teile als bloße Höflichkeiten, die einem so berühmten Schriftsteller wie Montesquieu zu verweigern nicht klug gewesen wäre, zum andern als eine Anerkennung, die nur dem aufgeklärten

Geiste seines Werkes galt; sie verschwinden fast in der Fülle des Tadels, der gleichzeitig ausgesprochen wird.

Der Vorwurf, den Voltaire zunächst erhebt, richtet sich gegen die Methode: es müsse einen einigermaßen unterrichteten Leser geradezu empören, daß fast alle Belegstellen falsch seien: Montesquieu lasse die Quellen sagen, was ihm beliebe, im Gegensatze zu dem, was sie wirklich enthielten. Auch sei es lächerlich, wie er zwischen zuverlässigen und unzuverlässigen Nachrichten nicht unterscheide, sondern ganz ernsthaft die unglaublichsten Fabeln über Bantam, Tongkin, Borneo und dergleichen ferne Länder wiederhole und infolgedessen auf allen Gebieten Wahres und Falsches durcheinander mische. Wenn er sich derart oft hinsichtlich des Tatsächlichen täusche, so gehe er ferner nicht minder in die Irre, wenn er es unternähme, Schlußfolgerungen zu ziehen und Grundsätzliches vorzubringen: ungereimt sei seine Lehre von den Prinzipien der Ehre und Tugend, haltlos seine Einteilung der Regierungsformen, im Widerspruch zu allbekannten Tatsachen das, was er über den Einfluß des Klimas auf die Religionen und über den Zusammenhang zwischen der Bodengestaltung und der Daseinsdauer der großen Reiche behaupte. Seine Darstellung der französischen Rechtsgeschichte sei ein Irrgarten, in dem man vergeblich den leitenden Faden suche. Bei ihr wie überhaupt lasse er den Ernst vermissen, den der Gegenstand erfordere, und gefalle sich dafür in Späßen, Spötereien und Schlüpfrigkeiten nach der Art seiner „Persischen Briefe“. Nicht darum sei es ihm zu tun, zu belehren, sondern zu blenden und seinen Witz spielen zu lassen. Was man erhalte, sei eine Sammlung von Geistesblitzen nach dem Vorbilde Montaignes, dessen Heimat, die Gascogne, ja auch seine Heimat sei; allerdings falle es schwer, sich einen Montaigne als Gesetzgeber vorzustellen.⁵

Ganz in derselben Richtung bewegt sich auch die Besprechung in den „Questions sur l'Encyclopaedie“. Die Vorwürfe, wie die Quellen benutzt und haltlose Folgerungen gezogen seien, werden wiederholt und mit nahezu einem halben Hundert von Beispielen belegt. Fast immer sei das Gegenteil von dem wahr, was Montesquieu sage: er gehe von Annahmen aus, die durch die geringste Aufmerksamkeit zerstört würden, und komme zu Lehrsätzen, die aller Erfahrung ins Gesicht schlugen. Es mache ihm nichts aus,

wenn er sich in Widersprüche verwickelte; Plan und Ordnung lasse er völlig vermissen. So könne der „Geist der Gesetze“ nicht belehrend, sondern nur verwirrend wirken; wenn man ihn gelesen habe, wisse man nicht einmal mehr, was man gelesen habe. Der Ruhm des Buches gründe sich mithin darauf, daß es geistreich geschrieben sei und die Langeweile vermeide, wobei es allerdings gelegentlich Späße enthalte, die selbst in den „Persischen Briefen“ unerträglich sein würden, daß es die Tyrannei und den Aberglauben bekämpfe und dadurch die Feindschaft der Fanatiker herausgefordert habe. Wenn Montesquieu in wissenschaftlichen Fragen fast immer Unrecht habe, weil er kein Gelehrter sei, so habe er doch immer Recht gegenüber den Fanatikern und den Wortführern der Sklaverei; dafür schulde ihm Europa ewigen Dank.⁶

Noch rückhaltsloser im Tadel sind dann endlich die „Erläuterungen zu dem Geist der Gesetze“. Wohl wird Montesquieu aufs Neue ein großer Geist genannt, der selbst da, wo er strauchle, Achtung verdiene, weil er sich immer wieder zu den höchsten Höhen erhebe, und wird seinem Kampfe gegen die Knechtschaft jeglicher Art volle Anerkennung gezollt, aber im Gegensatz dazu läßt das Uebrige von einer wirklichen Hochachtung nichts verspüren. Wieder wird an einer Menge von Beispielen dargetan, wie er aus Geschichtsunkentnis im Großen wie im Kleinen geirrt und z. B. die bekannte Wahrheit von dem Einfluß des Klimas bis zur Sinnlosigkeit übertrieben habe; wie ein anmaßender Stümper wird er dabei mit schonungslosem Hohne bedacht. Der Vorwurf, daß er die Quellen fehlerhaft benutzt habe, wird dahin verschärft, daß er sie gefälscht habe; seine Art, allgemeine Regeln aufzustellen, wird als ein Schulbeispiel gekennzeichnet, wie man das nicht tun dürfe. Seine Scherze werden geradezu unpassend genannt, ja gegen ihn selber wird der Vorwurf erhoben, daß es ihm weniger darauf angekommen sei, den Geist der Gesetze zu ergründen, als seinen eignen Geist leuchten zu lassen, daß es ihm also weniger um die Wahrheit als um den Ruhm zu tun gewesen sei.⁷

Der Sinn dieser Besprechungen ist also kurz zusammengefaßt der, daß Voltaire das Buch als einen Bundesgenossen im Kampfe für Freiheit und Aufklärung gegen Despotismus und Finsternis willkommen heißt und insofern als verdienstvoll gelten läßt,⁸ daß er ihm aber eine wissenschaftliche Bedeutung völlig abspricht; er

findet, daß es überaus häufig zu nicht beabsichtigter Heiterkeit reize, und vergleicht es einem Gebäude, das viele schöne Zimmer mit Malereien und Vergoldungen enthalte, aber auf durchweg brüchigem Unterbau und ohne übersichtlichen Grundriß aufgeführt sei.⁹

Während der Geist der Aufklärung, der den Esprit des Lois durchweht, für Voltaire ein Vorzug des Werkes gewesen ist, hat er für Crevier den Stein des Anstoßes gebildet. Crevier entrüstet sich, wie Montesquieu jede Gebundenheit durch die Offenbarung der Heiligen Schrift abgestreift habe und die geschichtlichen Erscheinungen ohne Rücksicht auf den Kirchenglauben rein aus natürlichen Ursachen zu erklären versuche, wie er gleichgültig gegen Gut und Böse über Religion und Sitte nicht nach ihrer innern Wahrheit und Berechtigung, sondern nach ihrem Nutzen für den Staat zu urteilen unternehme und sich damit als ein Geistesverwandter Macchiavellis zu erkennen gebe. Die Art und Weise, wie er den Einfluß des Klimas auf die geistigen Eigenschaften des Menschen darstelle, bewege sich ganz auf der Linie des Lamettrieschen Buches und erniedrige den Menschen zu einer Maschine, wie er denn auch diesen Ausdruck tatsächlich gebrauche. Indem er die Frage der Einzelehe und Vielehe wie eine Rechenaufgabe behandle und ihre Lösung von der Zahl der Männer und der Frauen in den einzelnen Ländern abhängig mache, ohne doch die Vielehe ausdrücklich zu verdammen, zeige er sich unbekümmert um alle Sittenregel und lege die Nutzanwendung nahe: ein weiser Mann werde sich einfach nach den Gebräuchen des Landes richten, wo er sich befinde, also sich in Europa allerdings hüten, mehrere Frauen zu heiraten, dagegen in Asien kein Gewissensbedenken deswegen verspüren. Mit dem endlich, was er über den Zusammenhang zwischen Klima und Religion und über die Stellung sage, die der Staat zu den verschiedenen Religionen einzunehmen habe, lasse er die Ehrfurcht vor dem Christentum vermissen und räume ihm keinen Vorrang vor Heidentum und Muhamedanismus ein. So sei sein Buch unkatholisch, unchristlich, materialistisch und darum im höchsten Grade gefährlich und verderblich.

Solch Urteil Creviers ist sehr beachtenswert, um die Stimmung kennen zu lernen, die der „Geist der Gesetze“ in frommen Gemütern auslösen mußte; für den wissenschaftlichen Wert des

Buches kommt es natürlich nicht in Betracht. Aber dem Teile seiner Schrift, in dem er sich gegen die „unsittliche und gottlose“ Denkweise des „Geistes der Gesetze“ wendet, hat Crevier einen andern vorangestellt, in dem er vor allem den Aeußerungen Montesquieus über die römische Geschichte nachgeht, um an ihnen zu zeigen, wie sehr jener in leicht festzustellenden Einzeldingen geirrt habe und wie wenig Vertrauen er darum auch da verdiene, wo er von den höchsten und schwierigsten Fragen des Glaubens und der Sitte zu reden wage. In diesem Teile stimmt Crevier wieder ganz mit Voltaire überein. Er weist nach, daß Montesquieu das Griechische nicht beherrscht und sich darum mit Uebersetzungen beholfen habe. Fehler dieser Uebersetzungen habe er notwendiger Weise wiederholt. Aber auch sonst habe er Fehler auf Fehler gehäuft, weil er die Quellen nur flüchtig gelesen oder das in sie hineingelegt habe, was ihm für seinen Zweck passend erschienen sei. Nur zu häufig führe er eine Quelle zum Belege an, die einen solchen gar nicht enthalte, so daß man zweifeln möchte, ob er überhaupt einen Blick in sie getan habe. Ueberaus flüchtig sei er dann auch bei der Ausarbeitung verfahren, wo es ihm nicht darauf angekommen sei, sich auf engstem Raume zu widersprechen oder die leichtsinnigsten Behauptungen aufzustellen, durch die er alles Ansehn verscherzen müsse. Ferner sei sein Wissen, obgleich ausgedehnt und vielseitig, doch keineswegs ausreichend, sondern zeige vielfach überraschende Lücken. Nicht übersehen werden dürfe endlich als Hauptfehlerquelle seine Eitelkeit, die ihn die Wahrheit opfern lasse, um eine schöne Redensart anzubringen oder um etwas ganz Besonderes und Unerhörtes zu sagen, was noch keiner seiner Vorgänger gesagt habe. So sei denn das Ergebnis, daß man von ihm eine Geschichte Roms erhalte, nicht auf den Quellen aufgebaut, sondern in Anpassung an seine Lehrabsichten frei erfunden. Von dem Verfasser eines Werkes mit dem Titel „Geist der Gesetze“ müßte man erwarten, daß er die Gesetze, die Verwaltung und die Regierung Roms sorgfältig studiert habe, aber überall, ob er nun von den Zensorn oder Dezemvirn, Konsuln oder Tribunen, von der Stellung der Plebejer, der Ritter oder der Senatoren handle, sei er unzuverlässig und führe er in die Irre. Man müsse es bedauern, daß er von seiner reichen Begabung einen so schlechten Gebrauch gemacht habe.¹⁹

Gleichzeitig mit Voltaire haben sich in Deutschland Ernesti, Joh. Aug. Bach und Desing mit scharfem Tadel gegen den „Geist der Gesetze“ gewandt: Ernesti rühmlich bekannt als Philologe, Bach ein Jurist von ebenfalls gegründetem Rufe, Desing ein Benediktiner, der in seinem Orden zu den bestunterrichteten Männern zählte und „es verdient, daß sein Andenken in der deutschen Gelehrten-geschichte erhalten bleibe“. Ernesti sagt: er habe das Buch auf dessen großen Ruf hin mit hohen Erwartungen in die Hand genommen und sei auf das Tiefste enttäuscht worden. Er habe vorausgesetzt, daß der Verfasser, der von den griechischen und römischen Gesetzen, ihren Ursachen, Fehlern und Vorzügen zu handeln unternehme, die römische Geschichte auf das Genaueste kenne, habe sich aber vom Gegenteil überzeugen müssen. Montesquieu erweise sich als zu jener verbreiteten Gattung von Forschern gehörig, denen die Mühe zu groß sei, die Quellen in deren Ursprache zu benutzen, und die statt dessen vorzögen, zu unzureichenden Uebersetzungen und landläufigen Darstellungen zu greifen. Notwendiger Weise bleibe er infolge dessen von einer gesicherten Kenntniss des römischen Altertums weit entfernt, so daß man bei ihm sehr Vieles durchaus wahrheitswidrig dargestellt finde. Durch sein oberflächliches Wissen und mangelhaftes Verstehn lasse er sich aber doch nicht hindern, keck draufloszureden und Ursachen und Zusammenhang der Dinge zu erörtern, in dem Wunsche, sich den Ruhm eines großen Gelehrten zu erwerben, ohne zu bedenken, daß vor einer sachkundigen Nachprüfung sein Werk keinen Bestand haben könne.¹¹

Nicht minder abfällig äußert sich Bach. Indem er sich darauf beschränkt, einiges von dem zu untersuchen, was in dem „Esprit des Lois“ über die römischen Gesetze gesagt sei, meint er, zwei gute Dutzend grober Fehler feststellen zu können, aus denen sich ergebe, daß Montesquieu im römischen Recht höchst unwissend gewesen sei, z. B. die Gerichtsverfassung gar nicht verstanden und sich trotz seines zuversichtlichen Tones mit dem Erbrecht nur ganz oberflächlich beschäftigt habe. Wenn man die von ihm angezogenen Quellen vergleiche, finde man, daß er ihren Sinn nicht erfaßt oder sie überhaupt gar nicht eingesehen habe, so sehr widersprächen sie dem, was er mit ihnen beweisen wolle. Zum Verwundern biete das allerdings keinen besonderen Anlaß, denn auch diejenigen, die die

Geschichte zu ihrem Hauptfach erwählten, nähmen ja leider nicht die Quellen selber zur Hand, wozu eine große Uebung und Kenntniss der lateinischen Sprache erforderlich sei, sondern behülften sich mit wenig tauglichen Uebersetzungen und Auszügen; aber er warne, ihm da zu folgen, wo er über die Gesetze zu philosophieren unternehme und doch bei seiner Unkenntnis zum Führer ganz untauglich sei.¹²

Desing bekämpft zunächst ebenso wie Crévier in dem „Esprit des Lois“ den Geist der Aufklärung, indem er dem Werke den Vorwurf macht, daß es unkatholisch, unchristlich und materialistisch sei. In der Art, wie er das an den Büchern I, XIV und XXIV nachzuweisen unternimmt, verleugnet er kaum jemals den Geistlichen und verfällt er stellenweise geradezu in den Ton der Predigt. Als wissenschaftlich wertvoll verdienen aber doch die Teile seiner Schrift Beachtung, wo er ausführlich darlegt, wie Montesquieu in Unklarheiten stecken geblieben sei und sich fortwährend selber widerspreche und wie er überhaupt der Fähigkeit ermangelt habe, folgerichtig zu denken. Auf Grund dessen faßt er sein Urteil dahin zusammen: der Geist der Gesetze sei ein Buch: „in quo nihil fere est, quod cohaereat, sed ingens propositionum et antithetorum farrago undecunque sine ratiocinii modo conglobata, ubi nihil definitur, nec accurate dividitur, neque aliquid eorum fit, quibus ordine cogitantur res atque enuntiantur“, oder kürzer doch nicht minder scharf: „Male solidum ingenium male exponit vane cogitata“.¹³

Von höherer Warte aus urteilt Holberg, dessen Name in der Erinnerung der Nachwelt verblaßt ist und doch gegründeten Anspruch darauf hat, in ihr fortzuleben; auch auf dem engen Raume, den er dem „Esprit des Lois“ widmet, beweist er die Ueberlegenheit seines Geistes und versteckt doch den Schalk nicht ganz. Ohne sich mit Einzelheiten abzugeben, wendet er sich zu den Kernlehren des berühmten Buches, um sie der Reihe nach abzulehnen. Wohl spricht auch er rührend von einem Meisterstück, in dem die artigen Gedanken, die Gründlichkeit und tiefe Einsicht des Verfassers in Staatssachen zu bewundern seien und dessen Schönheit auch durch einzelne Flecken nicht entstellt werden könne, aber fügt er sogleich hinzu, die meisten der darin aufgestellten Sätze seien derart beschaffen, daß gegen sie aus der Geschichte und der Erfahrung

starke Bedenken erhoben werden müßten. Genau so zweideutig ist das Lob, das er der Schreibweise Montesquieus spendet: es sei ihm auf das Glücklichsste gelungen, sich dem Zeitgeschmacke anzupassen, der gedrungene Kürze in der Form von Sinnsprüchen fordere und alles verwerfe, was man auf den ersten Anblick begreifen könne; wenn er sich deutlicher ausgedrückt und seine Worte weniger auf Schrauben gestellt hätte, würde er also auf einen großen Teil des Beifalls haben verzichten müssen, aber weit nützlicher haben wirken können.

Nach Holbergs Ansicht ist zunächst die Schilderung unhaltbar, die in dem „Geist der Gesetze“ von den vier Regierungsformen entworfen wird: es sei Montesquieus Fehler, daß er bei der einen Regierungsform nur die guten Seiten und bei der andern nur die schlechten anführe und darauf dann seine Folgerungen aufbaue. Wer wie er von der Demokratie sagen könne, daß sich bei ihr die Tugend in ihrem vollen Glanze zeige, der sei sicherlich in das Wesen der Volksregierung nicht tief eingedrungen und sehe die Dinge nicht so, wie sie in Wirklichkeit seien, sondern urteile nur danach, wie sie billig sein sollten. Indem er unter der Despotie alle unumschränkten Regierungen begreife, wo nach ihm der Fürst notwendig schlecht sei und Tugend und Ehre keinen Platz fänden, setze er sich mit der Erfahrung in Widerspruch und gebe er dem Verdachte Raum, daß er nur beabsichtige, alle unumschränkten Regierungen anzuschwärzen und verhaßt zu machen. Für sein Geschick, auch solche Behauptungen, denen man nicht beipflichten könne, derart einzukleiden, daß sie gefallen müßten, sei dann der Satz, mit dem er seine Beschreibung der englischen Verfassung schließe, ein Beweis. Er sage da: „Wenn man das bewundernswerte Werk von Tacitus über die Sitten der Germanen lese, sehe man, daß die Engländer den Gedanken ihrer politischen Regierung von diesen entnommen hätten: dies schöne Gebilde sei in den Wäldern gefunden worden“. Nichts könne schöner und zierlicher ausgedrückt werden, allein nichts sei auch zu gleicher Zeit ungegründeter. Die Geschichte zeige, daß die dermalige englische Verfassung das Ergebnis einer langen, an innern Kämpfen reichen Entwicklung sei, daß sie niemals einerlei gewesen, sondern fortgesetzt verändert und verbessert worden sei, ohne daß man dabei das Absehn auf Tacitus und den Staat der alten Deutschen gerichtet gehabt habe. Und

wenn Montesquieu dann weiter die Meinung vertrete, daß in der englischen Verfassung jetzt das unbedingte Muster einer Verfassung vorliege, nach dem man von jeher mit so vielem Eifer gesucht und das man in der Einrichtung einer gemischten Regierung erstrebt habe, so bleibe die Frage zu beantworten, woher es denn komme, daß dort trotzdem die Einigkeit unter den drei Gewalten zu wünschen übrig lasse und Könige, Oberparlament und Unterhaus gegeneinander gleichsam in Waffen ständen, daß noch über die Befugnisse eines jeden von ihnen gestritten und überhaupt Manches an der Verfassung ausgesetzt werde. Durchaus verfehlt sei dann endlich auch der Versuch, die Verschiedenheiten in den geistigen Eigenschaften der Völker, in den Regierungsformen und der Ausdehnung der Reiche, ja in den Religionen auf den Einfluß von Klima und Landesbeschaffenheit zurückzuführen; Montesquieu übersehe dabei ganz den Einfluß der politischen Geschehnisse und schrecke nicht davor zurück, der von ihm aufgestellten Lehre zu Liebe den Tatsachen offenkundigen Zwang anzutun: der Fall des spanisch-österreichischen Hauses rühre doch wahrlich nicht, wie er behaupte, daher, daß es in Spanien viele große und dürre Felder und bergige Gegenden gebe, und wenn er behaupte, daß der Protestantismus darum in den nördlichen Gegenden festen Fuß gefaßt habe, weil dort den Völkern infolge der Himmelsgegend die Liebe zur Freiheit angeboren sei, so müsse ihm entweder die Reformationsgeschichte unbekannt geblieben sein oder er müsse sie mit Fleiß nicht haben kennen wollen, weil sie seiner Meinung widerstreite. So erklärt sich also Holberg in keinem Punkte mit Montesquieu ausdrücklich einverstanden: nur seinem Eintreten für religiöse Duldsamkeit spendet er unumwundene Anerkennung.¹⁴

Im XIX. Jahrhundert hat sich dann zunächst unser großer Historiker Heeren durchaus ablehnend gegenüber Montesquieu verhalten. Nach seinem Urteile hat Montesquieu zwar mannigfache geschichtliche Forschungen gemacht, ist aber mit dem Umfange dieser Forschungen doch weit hinter dem zurückgeblieben, was für die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, erforderlich war: „Er hatte ein tiefes Studium aus der römischen Geschichte gemacht; viel weniger aus der griechischen; nach der der andern alten Völker darf man kaum fragen. Seine Kenntnisse des Orients, — ein so wichtiger Gegenstand für seine Untersuchungen, — waren fast bloß aus

einigen Reisebeschreibungen geschöpft.“ Wenn er unstreitig seinen Gegenstand mit Geist behandelt habe, so falle doch um so mehr bei ihm der Mangel an eigentlich philosophischem Geiste auf: „Gleich die ersten Zeilen seines Werkes zeigen, — wie man ihm auch schon sonst mit Recht vorgeworfen hat, — daß der Verfasser des „Geistes der Gesetze“ nicht imstande war, eine Definition der Gesetze zu geben. Allein auch der Fortgang des Werkes beweist, daß Montesquieu mit den ersten Grundbegriffen der Politik nicht im Reinen war. Wem diese Aeußerung zu hart scheinen möchte, der möge es versuchen, aus seinem Werk die Begriffe von den wesentlichsten Charakteren der Staatsverfassungen, der Despotie, Aristokratie, Demokratie etc. abzuziehen. Gleichwohl wurde doch dadurch die Grundlage seines ganzen Werkes gebildet, und das Schwankende und Unbestimmte, worauf man fast bei jedem Schritte stößt, erklärt sich daraus hinreichend.“ Der Wert des Werkes liegt für Heeren danach in der Anregung, die von ihm ausgegangen sei, daß es gezeigt habe, „welcher praktische Gewinn aus dem Studio der Geschichte gezogen werden könne“, obgleich auch in dieser Hinsicht bei ihm nicht alles Gold sei, was glänze: „Das Werk enthielt einen unendlich reichen Stoff zum Denken für den, der denken wollte; und wer selbst zum Denken zu bequem war, konnte wenigstens glauben, Gedanken, und noch dazu glänzende Gedanken, in Menge eingesammelt zu haben.“¹⁵

Weit schärfer hat sich der Schweizer Karl Ludwig von Haller über den „Geist der Gesetze“ ausgelassen. Er poltert: „Das Werk hat wegen seinem witzigen sententiösem Aussehn und dem französischen flüchtigen Gewand, in welches die gefährlichsten Sophismen eingehüllet und gleichsam ohne Arglist nur im Vorbeigang hingeschüttet sind, unglaublich viel zur Verwirrung der Köpfe beigetragen und für die späteren noch konsequenteren Revolutions-Dogmen empfänglich gemacht. Uebrigens verdient es seine genossene Reputation keineswegs. Einzelne geistreiche Beobachtungen abgerechnet, die hin und wieder vorkommen, ist es im ganzen ohne Ordnung, ohne Gründlichkeit, ohne Zusammenhang, voll von rhapsodisch hingeworfenen Bemerkungen und einem bis zur Affektation getriebenen Hang zu Paradoxen, leeren Witzeleien und schimmernden Antithesen. Die Systemsucht und der Haß der Wahrheit zeigen sich in häufiger Verdrehung oder auch frecher

Ablehnung der bekanntesten historischen Tatsachen, sobald sie nicht in seine seltsamen Hypothesen paßten. In Absicht des Inhalts verdankt es seinen usurpierten Ruhm gerade den neuen Irrtümern und nicht den alten Wahrheiten, die darin enthalten sind.“¹⁶

Der „Restaurator der Staatswissenschaft“ ist nun offensichtlich bei seinem Angriffe auf den „Geist der Gesetze“ stark durch politische Leidenschaft beeinflußt worden: er sieht in Montesquieu einen verkappten Jakobiner, der auf dem Boden des Contrat social und der Volkssouveränität gestanden habe; unstreitig verliert dadurch sein Urteil über den wissenschaftlichen Wert des Buches bedeutend an Gewicht. Bei dem nächsten Gegner Montesquieus, Macaulay, liegt dagegen kein Grund vor, vorauszusetzen, daß er gegen den Mann, der England und dessen Verfassung verherrlicht hatte, voreingenommen gewesen wäre. Und Macaulay hat bei einem Vergleich zwischen Macchiavelli und Montesquieu an Montesquieu ebenfalls kaum ein gutes Haar gelassen. Sein Urteil mag darum hier ungekürzt wiedergegeben werden.

„Montesquieu erfreut sich vielleicht eines weiter verbreiteten Ruhmes als irgend ein Schriftsteller des neueren Europas. Das verdankt er zu einem Teil zweifellos seinem Verdienste, zum andern größern aber der Gunst der Umstände. Er hatte das Glück eines Valentin. Er erregte bei seinen Landsleuten Aufsehn, weil er grade in dem Augenblicke auftrat, als sie aus dem langen Schlaf politischer und religiöser Frömmerei erwachten, und so wurde er ihr Liebling. Für die damaligen Engländer war ein Franzose, der von verfassungsmäßigen Schranken und von Grundgesetzen sprach, ein kaum minder erstaunliches Wunder als das gelehrte Ferkel oder der musikalische Säugling. Blendend aber flach, nach verblüffenden Schlagern haschend, gleichgültig gegen die Wahrheit, voll Eifer, ein Lehrgebäude zu errichten, aber nachlässig im Sammeln des Stoffes, aus dem sich allein ein gesundes und dauerhaftes errichten läßt, baute Montesquieu lebhaften Geistes Lehren auf so rasch und leicht wie Kartenhäuser: kaum entworfen waren sie schon vollendet, kaum vollendet schon umgeblasen, kaum umgeblasen schon vergessen. Macchiavelli irrt nur, weil er seine Erfahrung in einem ganz außergewöhnlichen Zustande der Gesellschaft erworben hat und infolgedessen nicht fähig ist, den Erfolg von Einrichtungen zu berechnen, die so ganz anders sind als die, deren Wirksamkeit er

beobachtet hat. Montesquieu irrt, weil er etwas Hübsches zu sagen hat und es nicht fertig bringt, es nicht zu sagen. Wenn die vor ihm liegenden Erscheinungen seinem Zweck nicht entsprechen wollen, wird die ganze Geschichte durchwühlt. Wenn sich keine durch zuverlässiges Zeugnis beglaubigte Tatsache herauspressen und zurechtstutzen läßt, um seinen gewagten Behauptungen zu entsprechen, dann behilft er sich mit irgend einer ungeheuerlichen Fabel über Siam, Bantam oder Japan, die er bei Leuten fand, die als Reisende und Jesuiten doppelt verbriefte Lügner sind, im Vergleich zu denen Lucian und Gulliver nichts als die lautere Wahrheit berichten.“

„Klarheit der Gedanken und Klarheit des Ausdrucks finden sich gewöhnlich beisammen. Dunkelheit und Künstelei sind die beiden größten Fehler der Schreibweise. Dunkelheit im Ausdruck entspringt gewöhnlich aus einer Verworrenheit der Gedanken, und der Wunsch, um jeden Preis zu blenden, der einen Schriftsteller zur Gesuchtheit in seinem Ausdruck verleitet, wird ihn wahrscheinlich in seinem Denken zu Spitzfindigkeiten verleiten. Macchiavellis besonnener und ehrlicher Geist spiegelt sich in seiner klaren, männlichen und fließenden Sprache. Die Schreibweise Montesquieus verrät dagegen auf jeder Seite ein lebhaftes, geistreiches, aber krankhaftes Wesen. Jeder Kunstgriff im Ausdruck, von der geheimnisvollen Kürze eines Orakelspruches bis zu dem leichtfertigen Geschwätz eines Pariser Gecken ist angewandt, um die Trüglichkeit dieser oder die Platitude jener Behauptung zu verdecken. Abgeschmacktheiten werden zu Sinnsprüchen aufgeputzt, Gemeinplätze zu Rätseln verdunkelt. Nur schwer kann das stärkste Auge den blendenden Glanz ertragen, mit dem einzelne Stellen beleuchtet, oder den Schatten durchdringen, in den andere gehüllt sind.“¹⁷

Von Neueren haben endlich W. Oncken, Koch und Schvarcz im besonderen die Frage untersucht, ob Montesquieu auf dem Gebiete der Staatswissenschaften die Wertschätzung verdiene, die ihm fast allgemein zu Teil geworden sei, und sind jeder für sich zu dem gleichen Ergebnis gelangt, diese Frage zu verneinen.

W. Oncken äußert sich dahin, daß mit Montesquieu in geschichtlichen Dingen überhaupt nicht gerechnet werden könne und daß er auch als Staatswissenschaftler nicht in Betracht komme: wie schon die „*Considérations*“ nur eine feurige Predigt von

Römerpatriotismus und republikanischer Bürgertugend seien, die sich um die Wahrheit der Tatsachen keine Sorge mache, so sei auch der „Esprit des Lois“ in seinen grundlegenden Teilen eine Schrift, geschrieben in der Absicht, bestimmte politische Gedanken zu vertreten, auf mangelhaften Kenntnissen aufgebaut, unklar und widerspruchsvoll. Von den planmäßigen Vorarbeiten dazu, mit denen Montesquieu zwanzig Jahre ausgefüllt haben wolle, lasse sich nichts entdecken. Montesquieu habe auch seine große Reise durch Europa nicht wahrer Arbeit, sondern nur dem Genuß gewidmet und darum auch von ihr keine wissenschaftlichen Ergebnisse heimgebracht; daß das Gleiche von seinem Aufenthalt in England zu gelten habe, werde durch seine Aufzeichnungen bewiesen, die grenzenlos oberflächlich seien und eine völlige Unkenntnis der englischen Geschichte und Verhältnisse dartäten. Er habe weder in das Wesen der Staatsgewalt Einsicht gewonnen noch den Begriff der Freiheit klar erfaßt. So sei denn das, was er lehre, historisch falsch, logisch unmöglich und politisch schlechthin verderblich.¹⁸

Koch findet, daß Montesquieu keineswegs über ausgedehnte und für seine Aufgabe ausreichende geschichtliche Kenntnisse verfügt habe, daß er auch auf den Namen eines selbständigen Denkers keinen Anspruch machen könne, da seine Lehre vom Staat wenig aufweise, was nicht aus seinen Vorgängern entlehnt sei, daß er außerdem seine Vorgänger nicht einmal immer richtig verstanden und ganz verschiedene Ansichten ziemlich äußerlich und ungeschickt miteinander verbunden habe und dadurch in Widersprüche verfallen sei. Koch findet weiter, daß Montesquieu urteilslos und übereilt verallgemeinert habe und damit zu ganz schiefen Folgerungen gekommen sei, daß er eine ganz ungeschichtliche Auffassung bekunde, indem er in der englischen Verfassung nicht das Ergebnis einer langen Entwicklung erkannt habe, sondern sie als das Werk eines weisen Gesetzgebers auffasse, der die Gewalten gegeneinander abgewogen und jeder von ihnen die gebührende Stellung angewiesen habe. Vorzüglich aber vermißt Koch bei Montesquieu den wissenschaftlichen Ernst: es sei ihm oft mehr auf einen wirkungsvollen Kapitelschluß angekommen als auf die Richtigkeit dessen, was er sage. Und noch schädlicher als die schriftstellerische Eitelkeit habe die politische Absicht gewirkt. Es dürfe nicht übersehen werden, was merkwürdiger Weise oft geschehen sei, daß

Montesquieu tief in gesellschaftlichen Vorurteilen befangen und feudal nach Art der Fronde gesinnt gewesen sei, so daß das Urteil über ihn als einen Vorkämpfer der Freiheit nur sehr bedingt zutreffe. Mit der Absicht, sein Ideal, die ständische Monarchie, zu rechtfertigen, habe er seine Verfassungslehre aufgestellt; und so sei denn auch das, was in seiner Darstellung der englischen Verfassung unrichtig sei, nicht allein durch den Mangel an Kenntnissen verursacht, sondern ihm habe auch gar nichts daran gelegen, ob sich alles tatsächlich so verhalte, wie er es darstelle, wenn er nur den Schein erwecke, als ob eine bestehende Verfassung gewissermaßen den Beweis für seine Lehren liefere. Alles in allem: man müsse aufhören, in dem „Geist der Gesetze“ ein politisches Meisterwerk zu sehen; das berühmte Buch habe vielmehr für die Gegenwart nur insofern Wert, als es über die französischen Ansichten und Zustände zu Montesquieus Zeit unterrichte.¹⁹

Schvarcz hat zunächst festzustellen unternommen, wie weit sich Montesquieu bereits zur Zeit der „Persischen Briefe“ mit Verfassungspolitik eingehender beschäftigt habe. Die Ansicht, zu der er gekommen ist, geht dahin, daß bis zu jenem Zeitpunkte bei Montesquieu von einem wahrhaften Streben nach Erkenntnis überhaupt nichts zu finden sei: nach mangelhaftem Schulunterricht habe er ein derart leichtfertiges Leben geführt, daß ihm schon gar keine Zeit geblieben sei, sich weiter zu bilden: die seichteren Anlagen seines Geistes hätten da völlig die Oberhand gewonnen. Statt an mühevoller Gelehrtenarbeit Freude zu finden, habe er getrachtet, sich durch geistreich schillernde Form, witzige Einfälle und Schlüpfrigkeiten Ruf zu erwerben. Auf allen möglichen Gebieten habe er geschriftstellert, ohne in die Tiefe einzudringen oder auch nur den damaligen Stand der Wissenschaft zu beherrschen. So habe er auch von den Einrichtungen in den europäischen Staaten seiner Zeit nur die oberflächlichste Kenntnis besessen. Zur Zeit der „Persischen Briefe“ komme er darum als ernsthaft zu nehmender Verfassungspolitiker noch gar nicht in Betracht: da sei er vielmehr als Forscher gleich Null, als Denker verworren und schwach.²⁰

In einer zweiten Schrift hat Schvarcz dann seine Untersuchung auch auf die Zeit bis zum Erscheinen des „Geistes der Gesetze“ und auf diesen selbst ausgedehnt und hat sich trotzdem nicht genötigt gesehen, sein Urteil über Montesquieu in irgendeiner Hinsicht zu

ändern. Auch nach den „Persischen Briefen“ habe Montesquieu keinen Forschersinn betätigt und sein Wissen nur unzureichend erweitert. An keiner Stelle liege ein Beweis dafür vor, daß er während seiner 19monatigen Reise auf dem Festland irgendeinem Staatswesen besondere Aufmerksamkeit geschenkt oder während seines 17monatigen Aufenthalts in England die dortige Verfassung gründlich zu verstehen getrachtet habe; in Wien wie in Rom habe er sich nur dem Vergnügen gewidmet, in London wieder ein zu weltmännisches Leben geführt, um zu mehr als flüchtigen Beobachtungen fähig zu sein. Infolgedessen beschränke sich denn auch in dem „Geist der Gesetze“ sein verfassungspolitischer Gesichtskreis auf eine höchst lückenhafte Kenntnis der Politik der Griechen und Römer und auf eine nicht minder gebrechliche Kenntnis von den feudalen Einrichtungen in den christlich-germanischen Staaten und von der Verfassung Englands; nicht einmal die verfassungsgeschichtliche Entwicklung in seinem eigenen Vaterlande habe er zu verstehen vermocht, und was er sonst noch über andere, gebildete, halb wilde und ganz wilde Völker zum Besten gebe, seien Gedankenspähne und glitzernde Einfälle, wie sie jeder beliebige Schönggeist habe in die Welt schleudern können, der in Anekdotensammlungen und abenteuerlichen Reiseschilderungen herumgeblättert habe. Es sei also ganz unbegründet, wenn man noch immer von einer versteckten Staatsweisheit Montesquieus spreche und noch heutzutage geneigt sei, einen tieferen Sinn im „Geist der Gesetze“ zu suchen, wo doch nur Mangel an Gründlichkeit und irrige Auffassung zu finden seien.²¹

Man wird nicht mit Fug behaupten können, daß diese, meist voneinander ganz unabhängigen und doch in der Hauptsache übereinstimmenden Urteile nichts zu bedeuten hätten, aber sie sind trotzdem ohne Einfluß geblieben: die vorherrschende Auffassung ist durch sie nicht erschüttert worden und geht, wie gesagt, noch immer dahin, daß Montesquieu eine überragende Größe darstelle und nicht nur durch den von ihm geübten Einfluß, sondern auch durch sein Werk an sich auf Unsterblichkeit gerechten Anspruch habe. Die Meinungen über den Wert des „Geistes der Gesetze“ stehen sich mithin noch ebenso schroff gegenüber wie zur Zeit Montesquieus selber; dadurch wird es sich hinreichend rechtfertigen, wenn ich es

in dem Folgenden unternehme, das Buch noch einmal aufmerksam zu prüfen.

Adolf Stern hat bemerkt, daß über Montesquieus Schriften preisende Urteile im Umlauf wären, die deutlich verrieten, daß ihr Inhalt gegenüber der allgemeinen Geltung ihrer Titel so gut wie unbekannt sei.²² Das trifft nicht zum Wenigsten auf den „Geist der Gesetze“ zu, von dem übrigens schon Montesquieu selber vorausgesagt hat: „Il sera plus approuvé que lu“.²³ Nach dem überschwänglichen Lobe, das dem Buche gesendet worden ist und noch immer wieder gesendet wird, sollte man erwarten, daß es in allen seinen Teilen auf das Gründlichste durchforscht worden wäre; das ist es aber keineswegs. Wirklich untersucht, und auch das bei Weitem noch nicht gründlich genug, ist eigentlich nur das 6. Kapitel des XI. Buches, gleich als ob in ihm der ganze Geist der Gesetze beschlossen wäre; dagegen sind schon die anderen Kapitel desselben Buches und die sämtlichen ersten Bücher überaus stiefmütterlich behandelt worden, obwohl sie für die politischen Anschauungen Montesquieus nicht weniger aufschlußreich sind. Nur dadurch hat es geschehen können, nicht nur daß er an vielen und wichtigen Punkten mißverstanden ist, sondern auch daß so vielfach die Ungereimtheiten, Verworrenheiten und Widersprüche übersehen worden sind, die sich bei ihm in größter Zahl finden und nach denen er nie als ein großer Denker hätte gefeiert werden dürfen. Denn wie schon Stern andeutet: wenn der „Geist der Gesetze“ so hohen Ruhm genießt, so hängt das zum guten Teil mit der mangelhaften Kenntnis von ihm zusammen. Das Werk gehört zu denen, die auf den ersten Anblick blenden, aber notwendig bei eindringendem Lesen verlieren. Bezeichnend ist, daß die Sonderuntersuchungen, die sich mit ihm beschäftigen, keineswegs die gleiche Anerkennung atmen, wie die allgemeinen Darstellungen, die sich ihm der Natur der Sache nach nicht so eingehend haben widmen können.²⁴

Unter diesen Umständen glaube ich, zunächst einmal zeigen zu müssen, was in dem „Geist der Gesetze“ eigentlich steht, welches der Inhalt des so hoch gerühmten und trotzdem nicht genügend bekannten Werkes ist. Bei dieser Inhaltsangabe kann es selbstverständlich nicht auf einen einfachen Auszug abgesehen sein.²⁵ Da die Ausdrucksweise Montesquieus häufig dunkel ist, gilt es vielmehr, sorgfältig zu prüfen, was er gemeint hat, wie weit die Un-

klarheit des Ausdrucks auf eine Unklarheit des Gedankens zurückgeht und wie weit die Unklarheit des Denkens Widersprüche verursacht hat, die sich durch keine Kunst des Auslegens beseitigen lassen. Es ist nicht zu vermeiden, daß eine derartige Erläuterung oft länger wird als der zu erläuternde Text. Ich habe darum meine Inhaltsangabe, um sie nicht zu sehr anschwellen zu lassen, auf die Bücher I—VIII und XI—XII beschränkt. Es sind diejenigen, die neben der allgemeinen Einleitung in der Hauptsache die Verfassungslehre Montesquieus enthalten und für sich ein gewisses Ganzes bilden. Als Montesquieu noch sein Werk in fünf Bänden herauszugeben beabsichtigte, sollte der erste Band die ersten acht Bücher umfassen, während der zweite die Bücher IX—XIII zu enthalten gehabt hätte.²⁶

An sich könnte es als das Richtige erscheinen, die Verfassungslehre Montesquieus ohne Rücksicht auf die Buch- und Kapiteleinteilung in einem geordneten Ganzen darzustellen, in der Art, wie es für die Rechtsphilosophie Rousseaus in glücklicher Weise geschehen ist. Es verbietet sich aber dadurch, daß dem „Geist der Gesetze“ die Einheitlichkeit der Gedanken fehlt, daß in ihm, von allen sonstigen Unstimmigkeiten abgesehen, zwischen den ersten Büchern und dem elften ein durchgehender Widerspruch klafft, der es verbietet, die einen mit dem andern zu gegenseitiger Erläuterung zu verbinden²⁷. Es bleibt daher nichts übrig, als ihm sozusagen Schritt für Schritt zu folgen, was natürlich nicht ausschließt, je nach Bedarf spätere Stellen zur Erklärung früherer heranzuziehen. Was sich gegen ein solches Verfahren einwenden läßt, wird sicherlich dadurch wettgemacht, daß es ermöglicht, auf Einzelheiten einzugehen, für die sich sonst kein Platz finden würde und die doch wichtig genug sind, um erwähnt zu werden.

Mit einer zuverlässigen Inhaltsangabe durfte ich indessen meine Aufgabe nicht für erfüllt halten. Auf Grund von ihr galt es vielmehr dann, Montesquieus Persönlichkeit zu erfassen, was er gewesen ist und was er gewollt hat. Im Unterschiede von anderen Untersuchungen über den „Geist der Gesetze“, die dessen Stellung in der Wissenschaft vom Staate bestimmen,²⁸ beabsichtige ich, einen Beitrag zur Geschichte Frankreichs im XVIII. Jahrhundert zu liefern, in Montesquieu den Mann kennen zu lehren, der eine bestimmte Gesellschaftsschicht und deren Anschauungen vertreten und zum Sturz des bourbonischen Absolutismus beigetragen hat.²⁹

Es ist natürlich: um Montesquieu zu würdigen, durfte ich nicht an ihm als dem Schriftsteller und Forscher vorbeigehen, aber in der Hauptsache kam es mir darauf an, ihn als den Politiker zu kennzeichnen, der für sein Land bestimmte Ziele im Auge gehabt hat, denn was Ranke sagt: „die Schriften französischer Autoren sind im Grunde ebenso viele politische Akte“,³⁰ gilt vollständig auch vom „Geist der Gesetze“.

Montesquieu hat gefordert, nur nach seinem ganzen Buche beurteilt zu werden,³¹ und wenn ich Sorel in einem von ihm gegen Dupin ausgesprochenen Tadel richtig verstehe, so erklärt er es von vornherein für töricht, den „Geist der Gesetze“ nach einigen seiner Teile einschätzen zu wollen.³² In dem Folgenden soll nun, wie gesagt, nur ein Teil, ungefähr der dritte des ganzen Werkes behandelt werden, aber doch eben der, der das Wichtigste enthält, auf dem vornehmlich der Ruhm Montesquieus beruht. Es wird aber nicht zu bestreiten sein, daß in einem so umfangreichen Buche wie dem „Geist der Gesetze“ auch schon in einem Drittel des Ganzen das Wesen des Verfassers zum Ausdruck kommen muß: wenn er sich hier als oberflächlich, verworren, voreingenommen zu erkennen gibt, wird nicht zu erwarten sein, daß er sich in den beiden anderen Dritteln plötzlich zu einem scharfen und tiefen Denker mit nur wissenschaftlichen Absichten umwandle, und ist darum für meine Zwecke davon Abstand zu nehmen, dem Buche in seiner ganzen Ausdehnung zu folgen.

Ich werde also zunächst den Inhalt der ersten acht Bücher nach deren Reihenfolge wiedergeben und daran ein zusammenfassendes Urteil über sie schließen, darauf die Bücher XI und XII behandeln und ihren Widerspruch zu den ersten nachweisen. Auf die Quellen gehe ich nur bei dem XI. Buche näher ein, weniger um das wissenschaftliche Verdienst Montesquieus zu prüfen, als weil es notwendig ist, um seine politischen Absichten zu verstehen. Einige Bemerkungen, die das so gewonnene Bild nach anderen Quellen zu ergänzen versuchen, werden den Schluß bilden.³³

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Einleitung.

1. Vgl. die Zusammenstellung solcher Urteile bei Koch, „Montesquieus Verfassungslehre“ S. 37 f.; sie ließe sich leicht ergänzen und bis auf die Gegenwart fortsetzen. Vor allem die Franzosen ergehen sich noch immer in ungemessenen Lobeserhebungen und sprechen von Montesquieu und dem „Geist der Gesetze“ kaum anders als dem Genie und dem Meisterwerk; eine Ausnahme macht davon nicht einmal Sorel („Montesquieu“, deutsch in den „Geisteshelden“, herausgegeben von Bettelheim, 1896), der in diesem offenbar sehr rasch hingeschriebenen Buche kaum als der Verfasser des schönen Werkes über „l'Europe et la Révolution française“ wiederzuerkennen ist. In Deutschland kann man Jellinek und A. Wahl („Vorgeschichte der französischen Revolution“ I, 126 ff. und „Montesquieu als Vorläufer von Aktion und Reaktion“, Historische Zeitschrift, Band 135) als die Hauptvertreter dieser Richtung bezeichnen.

2. Vgl. die beiden Briefe von Helvetius an Montesquieu und Saurin mit der Bemerkung über ihre Vorgeschichte, zuerst veröffentlicht im Jahre 1789 unter dem bezeichnenden Titel: „Lettres de M. Helvetius au présid. de Montesquieu et à M. Sarrin, relatives à l'aristocratie de la noblesse“, (vgl. die deutsche Uebersetzung des „Geistes der Gesetze“ von Ellissen I, 70 und Vian, „Histoire de Montesquieu“ S. 384), dann öfters wieder abgedruckt, z. B. in den „Oeuvres complètes des Helvetius“ XIV 55—77, Paris 1795; am bequemsten zugänglich bei Ellissen a. a. O. 69—88 und Laboulaye, „Oeuvres complètes de Montesquieu“, VI S. ; dazu vgl. Vian a. a. O. 231 f., Laboulaye a. a. O. III, Introduction S. 7. Ueber die Zeit, wo Montesquieu seinen Bekannten sein Werk vorgelesen und Helvetius seine Briefe geschrieben hat, findet sich keine nähere Angabe. Vian a. a. O. 231 weiß nur zu sagen, daß Montesquieu im Juni 1747 seine Arbeit abgeschlossen und sich dann nach Paris auf den Weg gemacht habe, um das Urteil jener Sechs, die ihm besonders sachverständig erschienen seien, einzuholen. — Die Anmerkungen von Helvetius zu den ersten acht Büchern sind zuerst veröffentlicht in einer Ausgabe Montesquieus vom Jahre 1795 (vgl. Laboulaye a. a. O. III, Introduction S. 60) und ebenfalls oft wieder abgedruckt; ich benutzte sie in der erwähnten deutschen Ausgabe von Ellissen. — Von französischer Seite sind die Briefe von Helvetius sehr wegwerfend beurteilt worden. Laboulaye a. a. O. III, Introduction S. 13 f. versteht sich zu den Sätzen: „L'opinion d'Helvetius a été celle des révolutionnaires les plus ardents; mais une cruelle expérience a montré ce qu'il y avait de chimériques et de dangereux dans ces théories qui charmaient nos

pères. Les événements n'ont que trop justifié la prudence de Montesquieu.“ Ebenfalls tadelnd äußert sich Sorel a. a. O. 121 über Helvetius, um dann aber ein paar Seiten später (130 f.) dessen warnender Aussage unbewußt Recht zu geben, indem er nämlich erklärt: „Montesquieu bemerkt nicht, daß das Frankreich, wie er es beschreibt, das Frankreich, wie es ihm im Geiste vorschwebt, unmöglich macht. Er möchte im Absterben begriffenen Einrichtungen neue Lebenskraft geben: doch das Prinzip derselben ist verrottet, und er selbst hat gezeigt, daß, wenn das Prinzip verrottet ist, die Regierung ihrem Sturze nahe ist. . . Das sah man recht unter Ludwig XVI., als man nach dem Plane Montesquieus zu regieren versuchte, indem man den Parlamenten die Autorität und den Privilegierten den Einfluß zurückgab. Sie führten gegen Turgot und seine Reformen die Grundsätze aus dem „Geist der Gesetze“ an und beschleunigten durch ihren Kampf gegen diese Reformen die Revolution.“

3. „Remerciment sincère à un homme charitable. A Marseille mai 1750“ (Oeuvres de Voltaire, herausgegeben von Beuchot XXXIX, 328—335); über den Angriff selber vgl. Laboulaye a. a. O. III Introduction S. 28, Vian a. a. O. 265 u. 379 f., Sorel a. a. O. 122 f.

4. „Catalogue de la plupart des écrivains français qui ont paru dans le siècle de Louis XIV. pour servir à l'histoire de ce temps“, (Voltaire-Beuchot XIX 162—166).

5. L'ABC ou Dialogues entre ABC. Premier dialogue sur Hobbes, Grotius et Montesquieu. 1768 (Voltaire-Beuchot XLV 1—25). Hier finden sich die Sätze: „Malgré ses défauts, cet ouvrage doit être toujours cher aux hommes, parceque l'auteur a dit sincèrement ce qu'il pense, au lieu que la plupart des écrivains de son pays, à commencer par le grand Bossuet, ont dit souvent ce qu'ils ne pensaient pas. Il a par-tout fait souvenir les hommes qu'ils sont libres; il présente à la nature humaine ses titres qu'elle a perdus dans la plus grande partie de la terre; il combat la superstition, il inspire la morale“; sie bilden, worauf schon Ellissen a. a. O. I 79—80 hingewiesen hat, aller Wahrscheinlichkeit nach die Grundlage für die Ueberlieferung, nach der Voltaire gesagt habe: „Le genre humain avait perdu ses titres; Montesquieu les a retrouvés et les lui a rendus“. Von den Franzosen ist keiner dieser Frage nachgegangen: sie führen von Villemain, „Eloge de Montesquieu“, Paris 1816 bis herab zu Laboulaye a. a. O. III, Introduction S. 1 und Sorel a. a. O. 122 mit Vorliebe das angebliche Wort Voltaires an, um Montesquieus Anspruch auf Ruhm zu erhärten, aber sagen nicht, wo es sich bei Voltaire finde oder bei welcher Gelegenheit es von ihm gesprochen sei.

6. „Questions sur l'Encyclopaïdie“ unter dem Stichwort: „Lois, Esprit des“, später aufgenommen in „das Dictionnaire philosophique“ (Voltaire-Beuchot XXXI 86—109, wo sich auch noch eine Anzahl anderer Artikel gelegentlich gegen Montesquieu wenden).

7. „Commentaire sur quelques principales maximes de l'Esprit des Lois“, 1777 (Voltaire-Beuchot L 51—145).

8. Mehr besagt auch sein Lob nicht in seinem Briefe vom 5. Jan. 1759: „Ce sera à jamais un génie heureux et profond, qui pense et fait penser. Son

livre devrait être le bréviaire de ceux qui sont appelés à gouverner les autres. Il restera, et les folliculaires seront oubliés“ (Desnoirterres, „Voltaire et la société française au XVIII^e siècle“ V, 90).

9. Ich hatte das Obige bereits geschrieben, als ich den Artikel von Sakmann, „Voltaire als Kritiker Montesquiens“ (Herrigs „Archiv für das Studium der neueren Sprachen“ 1904) kennen lernte; obwohl Sakmann die Stellung Voltaires viel eingehender behandelt, trifft sein Urteil doch mit dem meinigen zusammen. Beachtenswert ist, wie Vian 268, 278, Laboulaye, 30, 59, Sorel 122 über die für Montesquiens Ansehen gefährlichen Vorwürfe Voltaires berichten: sie gehen auf ihren Inhalt so gut wie gar nicht ein, während sie sich über die Angriffe weniger bedeutender Männer zum Teil recht ausführlich auslassen. Dazu führen sie dann noch Montesquiens abfälliges Urteil über Voltaire an und weisen auf Voltaires schriftstellerische Eifersucht hin, um das Gewicht dessen, was er vorgebracht hat, zu verringern.

10. Vgl. Crévier, „Observations sur le livre de l'Esprit des Lois“, 1764. — Von den übrigen Schriften und Zeitschrift-Aufsätzen, die in Frankreich bis zum Schlusse des XVIII. Jahrhunderts gegen den „Geist der Gesetze“ erschienen sind, sind mir nur Condorcets Betrachtungen über Buch XXIX zugänglich gewesen, die deutlich zeigen, daß auch ihr Verfasser nicht hoch von Montesquieu gedacht hat. (Condorcet, Oeuvres I, Paris 1847, deutsch in Destutt de Tracy, „Commentaire sur l'Esprit des Lois“, übersetzt von Moorstadt, II 197—231). Von den andern (Dupin, Grosley, la Bonnaire, la Porte, Forbonnais, Castel, Linguet, Monclar, Gazettes ecclésiastiques, Journal de Trévoux, vgl. zu den Titeln Vian a. a. O. 379 ff.) kenne ich die „Gazettes ecclésiastiques“ und Grosley nur aus den Antworten Montesquiens („Défense de l'Esprit des Lois“ und „Réponse aux objections de Grosley“, beide vielfach im Anhang zu neueren Ausgaben des „Esprit des Lois“ gedruckt), la Porte nur aus der Gegenschrift Risteaus („Antwort auf die Anmerkungen über den Geist der Gesetze“, gedruckt im Anhang zu den „Briefen des Herrn von Montesquieu an verschiedene Freunde in Italien“, Leipzig 1768, der Uebersetzung der „Lettres familières du président de Montesquieu à divers amis d'Italie“, 1767). Ich kann darum nicht entscheiden, wie weit ihnen eine wissenschaftliche Bedeutung zukommt. Die Angaben, die Vian, Laboulaye und Sorel über ihren Inhalt machen, sind nur mit Vorsicht aufzunehmen, denn die genannten drei Gelehrten zeigen sich leider sehr parteiisch für Montesquieu. Forbonnais hat als Beamter und Gelehrter hohes Ansehen genossen und wird von der „Biographie universelle“ wegen seiner Schriften so außerordentlich gerühmt, daß danach auch seine Schrift gegen Montesquieu schwerlich unbedeutend gewesen sein kann. Dupin, über den sich Sorel a. a. O. 121 ganz verächtlich ausdrückt, ist nicht nur Generalpächter gewesen, sondern hat auch ein volkswirtschaftliches Werk verfaßt, das Beachtung verdient. „Oeconomiques“ 1745, neu herausgegeben von Marc Auguy, Paris 1913). Auguy schätzt in der Einleitung, die er seiner Ausgabe vorausschickt, denn auch Dupin und die Beweggründe zu seinem Auftreten gegen Montesquieu ganz anders ein, als es Sorel im Anschluß an Grimm tut. Uebrigens

sagt auch schon die „Biographie universelle“ (unter Dupin), daß im Gegensatz zu Grimm andere die Widerlegung Dupins für eine der besten gehalten hätten, die gegen verschiedene Teile des „Geistes der Gesetze“ geschrieben worden sei. Vgl. auch die Urteile des Marquis de Paulmy bei Auguy 19, 25, 66, 68, von Gorges Sand ebenda 43. — Aus dem jesuitischen „Journal de Trévoux“ von 1761 sei nach Crévier 294 ff. das Schlußurteil angeführt: „Nos discussions modernes sur le gouvernement ont pris leur source dans le livre de l'Esprit des Lois. C'est cet ouvrage qui, avec son laconisme plein de hardiesse et avec ses axiomes dépourvus de preuve, a monté nos imaginations à l'Anglicisme. L'auteur a pris le moment où notre curiosité, notre malignité, notre indifférence pour les bons principes étoient dans une sorte de fermentation. Son livre, énigmatique en plusieurs endroits, épigrammatiques en d'autres, tranchant partout et superficiel dans ses détails, nous a déterminés, entraînés, fixés dans des théories de législation, dans un cercle d'observations sur tout ce qui est au-dessus de notre sphère et de notre compétence. . . M. de Montesquieu n'a pas fait un bon ouvrage, mais il étoit homme de génie: et les traits de cette puissante et rare qualité le feront vivre dans la mémoire des hommes. Il sera parlé de lui comme d'un écrivain singulier, mais qui n'avoit ni assez d'érudition ni assez de logique pour élever l'édifice des lois: semblable à ces décorateurs en Architecture, qui savent orner toute la façade et tous les appartements d'un palais, tandis que le dessein pêche dans toutes ses parties. On regarde les enjolivemens de cette construction, et l'on se moque de la masse totale.“

11. Vgl. J. A. Ernesti, „Animadversiones philologicae in librum francicum de causis legum“, Leipzig 1751, wiederabgedruckt in Ernesti, „Opuscula philologica critica“, Editio secunda, S. 52—64, Lugd. Bat. 1776. Vian a. a. O. 384 führt an deutschen Werken außerdem noch Heyne, „Opuscula academica“, 6 Bände 1796—1811 an, die er aber offenbar nicht selber gekannt hat, da in ihnen Montesquieu nur ganz im Vorübergehen — übrigens mit Anerkennung — erwähnt wird. Laboulaye a. a. O. S. 54 Anm. weiß dann zu sagen: „Deux érudits allemands se sont plu à relever les inexactitudes de Montesquieu. Le premier est J. A. Ernesti, dans ses Animadversiones philologicae in librum francicum de causis legum; le second est Chr. G. Heyne dans ses Opuscula academica. Comme Crévier ils ont souvent raison dans le détail; mais toutes ces critiques ont peu de portée et n'affaiblissent guère les jugements et les vues de Montesquieu.“ Man darf danach füglich zweifeln, ob er auch nur Ernesti eingesehen hat, als er dies Urteil abgab.

12. Vgl. Joh. Aug. Bach, „Anmerkungen über Montesquieus Esprit des Lois“, in seiner „Unpartheiischen Kritik juristischer Schriften“, Leipzig 1750—1758, II, 233—251, III, 427—456. Eine kurze zustimmende Anzeige von Ernestis „Animadversiones“ ebenda III, 181.

13. Desing, „Spiritus Legum bellus an et solidus? disquisitio“, Stadt am Hof 1752. Eine andere Schrift Desings: „Praejudicia reprehensa praejudicio majore“, Stadt am Hof, 1752, richtet sich nur in ihrem ersten Teil gegen Montesquieu im besonderen, in den übrigen aber gegen den Rationalismus

überhaupt und kann hier übergangen werden. — Als weitere deutsche Schrift über den „Geist der Gesetze“, die ebenso wie Bach und Desing in dem Schriftenverzeichnis bei Vian fehlt, sei der Vollständigkeit wegen genannt: D. G. Strube, „Abhandlung einiger Betrachtungen über das Buch L'Esprit des Lois genannt“, in D. G. Strube, „Nebstunden“ V, 397—456, Hannover 1757, wo Montesquieu gegen die Angriffe Holbergs und der „Observations“ (von La Porte?) in Schutz genommen wird, ferner zwei zeitgenössische Anzeigen (ebenfalls von Vian nicht angeführt): die eine in den „Neuen Zeitungen für gelehrte Sachen“, Leipzig 1749, sehr unbedeutend, die nur die Vorrede Montesquieus auszieht und daran einige nichtssagende lobende Bemerkungen knüpft, die andere in den „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“, 1753, S. 30, von Haller herrührend, die die Klimalehre Montesquieus entschieden ablehnt.

14. Vgl. Ludwig von Holberg, „Epistler“ V. Nr. 514, 516—520, 527, Kjöbenhavn 1754, deutsch: „Vermischte Briefe“ Nr. 74, 76—80, 87, Kopenhagen/Leipzig 1755. (Ueber die „Persischen Briefe“ handeln II Nr. 111, die Behauptung Vians a. a. O. 297: „On vit bien encore quelques écrivains, tels que Holberg, Cataneo, Pecquet et Forbonnais, s'occuper de l'Esprit des Lois, mais c'était moins pour le critiquer que pour le vulgariser“ trifft für Holberg keineswegs zu; nach dem Titel, den Vian 380 anführt, erscheint es nicht unbedingt sicher, daß er Holberg in der Hand gehabt hätte. — Nach Vian 271, Laboulaye 44, Sorel 128 hätte der „Geist der Gesetze“ in England nur Beifall gefunden; von Bach werden aber zwei (bei Vian fehlende) Schriften angeführt, die mir leider unzugänglich geblieben sind, sich jedoch schon durch ihre Titel als Gegner ankündigen: „Examens of the dangerous principles contained in a book, lately published, entitled l'Esprit des Lois“ und „Enquiry into the nature of the Roman law so far as it has connexion with the constitution of their civil government: wherein is particularly shewn the gross blunder, the author of l'esprit des Lois has fallen into, on that head.“ Auch David Williams, „Lectures on political principles, the subjects of eighteen books in Montesquieus's Spirit of laws“, London 1789 (Univ.-Bibl. Göttingen) kann nicht als unbedingter Bewunderer des Esprit des Lois betrachtet werden. Er rühmt den Geist, die Schreibweise und die Menschenliebe Montesquieus und dann im besonderen noch die Abschnitte über Strafen und Steuern, aber auf der anderen Seite sieht er sich veranlaßt, eine große Zahl ernster Einwände zu machen. Er selbst vertritt die Ueberzeugung, daß politische Freiheit nur dort vorhanden sei, wo die Volkssouveränität die Grundlage der Verfassung bilde; in immer neuen Wendungen kommt er unablässig darauf zurück. Von hier aus bestreitet er, daß die englische Verfassung mit ihrer Teilung der Gewalten die Freiheit verkörpere, und urteilt er weiter ganz folgerichtig, daß Montesquieu das Wesen der politischen Freiheit verkannt und die englische Verfassung unrichtig gewertet habe. Wenn dieser Vorwurf nun auch nicht ins Gewicht fällt, so tun es doch andere. In der englischen Verfassung ist Williams wie leicht begreiflich mehr bewandert als Montesquieu; es wird ihm also nicht schwer, es z. B. als einen Irrtum nachzuweisen, daß das Haus der Gemeinen eine Vertretung des Volkes darstelle.

Indessen beschränkt er sich nicht auf solche Einzelheiten. Indem er sein Verwundern ausspricht, daß Montesquieu das Gleichgewicht der Gewalten in der englischen Verfassung, obwohl es nur ein Ergebnis besonderer Umstände sei, auf eine weise Voraussicht zurückführe; indem er tadelt, daß Montesquieu nur zu häufig aus einer einzelnen geschichtlichen Tatsache allgemeine und grundsätzliche Folgerungen ableite, trifft er Kernfehler in dessen Arbeit. Ferner findet dann auch er, daß Montesquieu den Tatsachen Gewalt antue und zu Trugschlüssen seine Zuflucht nehme, wenn er anders für die von ihm aufgestellten Lehren keine Stütze schaffen könne, daß er sich von aristokratischen Vorurteilen beeinflussen lasse, daß er die Wirkungen des Klimas weit übertreibe. Im ganzen hat er so an dem berühmten Buche doch mehr auszusetzen als zu loben. — Von Italienern haben sich Cataneo und Gerdil ablehnend gegen Montesquieus Werk ausgesprochen, vgl. Vian 271, 297, 380, Laboulaye 41/42 und 47/48.

15. Vgl. A. H. L. Heeren, „Ueber die Entstehung, die Ausbildung und den praktischen Einfluß der politischen Theorien und die Erhaltung des monarchischen Prinzips in dem neueren Europa“, („Histor. Werke“ I, S. 418 f.)

16. Vgl. Carl Ludwig von Haller, „Restauration der Staatswissenschaft“ I, S. 53 f., ähnlich auch schon in seinem „Handbuch der allgemeinen Staatenkunde“ S. 6.

17. Vgl. Macaulay, „Critical and historical essays“ V (Tauchnitz B. 185 S. 104 f., deutsch von Möllenhof bei Reclam S. 51 f.). Für seine Anmaßung, Montesquieu zu tadeln, erhält Macaulay von Laboulaye a. a. O. S. 23 das Zeugnis ausgestellt: „Macaulay, en comparant Macchiavelli et Montesquieu, avec cet aplomb qui ne l'abandonne jamais, a prouvé qu'on peut, en qualité d'Anglais, se croire un politique infallible et ne rien comprendre à la finesse et à la profondeur de l'Esprit des Lois“.

18. Vgl. W. Oncken, „Das Zeitalter Friedrichs des Großen“, 1881, I, S. 457 ff.

19. Vgl. Gottfried Koch, „Montesquieus Verfassungstheorie“, 1883.

20. Julius Schvarcz, „Montesquieus Erziehung zum Verfassungspolitiker“ („Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 1884, Bd. 40, S. 681 ff.).

21. Julius Schvarcz, „Montesquieu und die Verantwortlichkeit der Räte der Monarchen in England, Aragonien, Ungarn, Siebenbürgen und Schweden“, 1892. Vgl. auch M. Liepmann, „Die Rechtsphilosophie des Jean Jacques Rousseau“, der S. 62 den „Geist der Gesetze“, ein Werk „dickleibiger Gedankenarmut“, zu den meistüberschätzten Büchern der Weltgeschichte rechnet und urteilt, „daß er nur wenig Geist, dafür aber eine Unmenge zusammengelesenen Anekdotenkramers enthalte, daß er einen höchst zerfahrenen und oberflächlichen Empirismus zur Schau trage, ohne deshalb nur im mindesten den Boden der naturrechtlichen Abstraktion zu verlassen“.

22. Vgl. Adolf Stern, angeführt bei Bertz, „Die Persischen Briefe“.

23. Vgl. Vian a. a. O. Introduction S. III.

24. Vgl. hierfür außer den schon genannten Arbeiten von Koch und

Schvarcz noch R. Piil, „Montesquieus politiska idéer“, 1903, der mehrfach Montesquieus Unselbständigkeit betont (S. 40 und 55), auf die Mängel seiner Methode hinweist (S. 111 f.) und von XI, 6 urteilt: „att det ej ens tillnärmelsevis motsvarar det beröm och den beundran, som det förskaffat sin författare“ (S. 143) und Solazzi, „Dottrine politiche del Montesquieu e del Rousseau“, 1907.

25. Solche Inhaltsangaben sind gemacht worden von Bertolini, „Analyse raisonnée de l'Esprit des Lois“, 1754, d'Alembert, „Analyse de l'Esprit des Lois“, 1755 (beide wieder abgedruckt bei Laboulaye, „Oeuvres complètes de Montesquieu“ III, S. 3 ff. und 63 ff., die d'Alemberts auch in deutscher Uebersetzung bei Ellissen, „Der Geist der Gesetze“), Hoffmann, „Montesquieus Esprit des Lois übersichtlich dargestellt“, Bromberger Gymnasialprogramm 1866, und Vian a. a. O. 243 ff., alle überaus dürftig.

26. Vgl. Laboulaye a. a. O. III, Introduction S. 3 f.

27. Auf diesen Widerspruch ist u. a. hingewiesen worden von Schvarcz, „Montesquieu und die Verantwortlichkeit“ S. 25, Janet, „Comparaison des théories morales et sociales de Montesquieu et J. J. Rousseau“ („Revue politique et littéraire“ 1871 S. 558) und besonders ausführlich von Solazzi S. 146—152 und 158; ihn nicht berücksichtigt zu haben, ist einer der Fehler Faguets, „Politique comparée de Montesquieu, Rousseau et Voltaire“, 1902.

28. An erster Stelle ist hier natürlich Ranke zu nennen: „Zur Geschichte der Doktrin von den drei Staatsgewalten“, 1835, jetzt in den Werken XXIV, S. 237 ff.; neben ihm Solazzi, dann die bekannten deutschen Werke über Allgemeine Staatslehre von Jellinek, Rehm und R. Schmidt, und Janet, „Histoire de la Science politique“ Bd. II. — Williams (s. den Titel oben Anm. 14, Destutt de Tracy, „Kritischer Kommentar über den Geist der Gesetze“, deutsch mit dem Nebentitel „Charakterzeichnung der Politik aller Staaten der Erde“, von C. E. Moorstadt 1820 und Ancillon, „Ueber den Geist der Staatsverfassungen“, 1825 untersuchen, was in Montesquieus Staatslehre berechtigt oder verfehlt sei.

29. In dieser Stellung der Aufgabe berührt sich meine Arbeit eng mit der bereits erwähnten von Koch, „Montesquieus Verfassungstheorie“, einer vortrefflichen Untersuchung, die leider wegen ihrer nicht sehr eindrucksvollen Form nicht die Beachtung gefunden hat, die sie verdient.

30. Ranke, Bemerkung über Caepefigue, „Histoire de la Réforme“, „Französ. Geschichte“ V (Werke XII, S. 116).

31. Préface Abs. 2: „Je demande une grâce que je crains qu'on ne m'accorde pas: c'est de ne pas juger, par la lecture d'un moment, d'un travail de vingt années; d'approuver ou de condamner le livre entier, et non pas quelques phrases. Si l'on veut chercher le dessein de l'auteur, on ne le peut bien découvrir que dans le dessein de l'ouvrage“.

32. Sorel a. a. O. 121: „Claude Dupin verbrach im Jahre 1749 „Betrachtungen über einige Teile eines Buches, betitelt Geist der Gesetze“. Dieser Titel war töricht . .“

33. Um die Nachprüfung zu erleichtern, ziehe ich den „Geist der Gesetze“ nicht nur nach Büchern und Kapiteln, sondern auch nach den Absätzen an. Wo ich im Text eine deutsche Uebersetzung beibringe, habe ich zuweilen durch Auslassung gekürzt oder den Sinn frei umschrieben, um leichtere Lesbarkeit zu erreichen. Als Uebersetzung habe ich im allgemeinen die von Ellissen zu Grunde gelegt, die nicht ganz so schwarz ist, wie sie häufig gemacht wird.

Buch I.

Von den Gesetzen im allgemeinen.

(Der Begriff des Gesetzes.) In dem ersten Kapitel dieses Buches versucht Montesquieu, seiner ganzen Rechtslehre einen philosophischen Unterbau zu geben. Er beginnt damit, den Begriff des Gesetzes zu bestimmen: „Die Gesetze, das Wort in weitester Bedeutung genommen, sind die notwendigen Beziehungen, die sich aus der Natur der Dinge ergeben, und in diesem Sinne haben alle Wesen ihre Gesetze: die Gottheit hat ihre Gesetze, die Körperwelt hat ihre Gesetze, die geistigen Wesen, die höher stehen als der Mensch, haben ihre Gesetze, die Tiere haben ihre Gesetze, der Mensch hat seine Gesetze“.¹

Ich lasse hierzu das Wort zwei französischen Beurteilern, denen man wahrlich nicht vorwerfen kann, daß sie der Nachsicht gegen Montesquieu ermangelten. Graf Destutt urteilt kurz und entschieden: „Diese Erklärung gibt keinen klaren Sinn. Ein Gesetz ist keine Beziehung, und eine Beziehung kein Gesetz“,² und in der Sache nicht viel anders sagt Sorel: „Dieser Sinn ist in der That sehr weit, so weit, daß er sich der Prüfung entzieht und sich in das Unendliche verflüchtigt. Er ist eine algebraische Formel, die sich auf jede Wirklichkeit anwenden läßt und doch keine genau ausdrückt. Sie ist unumstößlich wahr in Bezug auf die Gesetze der mathematischen Wissenschaften und die Gesetze der physischen Natur; sie läßt sich aber nur aus großer Entfernung und ziemlich unbestimmt auf die politischen und bürgerlichen Gesetze anwenden: um ihr bis dahin zu folgen, muß man eben den Sinn des Wortes Gesetz durch alle seine Umformungen und Abstufungen hindurch verfolgen. Montesquieu macht vor dieser Schwierigkeit nicht Halt; er stellt seine Formel auf, überspringt alle Zwischengedanken und

kommt zu der Gesetzgebung im eigentlichen Sinne, die sein Thema ist.“³ Solch Tadel ist durchaus berechtigt, so daß es überflüssig ist, ihm noch ein Wort hinzuzufügen.

Im Anschluß an seine Begriffsbestimmung des Gesetzes führt Montesquieu dann aus: wie aus der Natur der Körper die Bewegungsgesetze entsprängen, die also schon gültig gewesen seien, bevor noch Körper bestanden hätten, und deren Gültigkeit für alle Zeiten unverändert bleibe, so gebe es auch für die Menschen als vernünftige Wesen, aus dieser ihrer geistigen Natur entspringend, Gesetze, Beziehungen der Rechtlichkeit, gültig schon bevor Menschen gelebt hätten, und ebenso unveränderlich wie die Gesetze der Körperwelt, so daß also der Unterschied zwischen Recht und Unrecht nicht erst ein Ergebnis der positiven Gesetzgebung sei; das Zeitlose und Unveränderliche dieser Gesetze leugnen wollen, sei so viel wie behaupten: der Satz, daß die Halbmesser eines Kreises gleich seien, habe nicht eher seine Richtigkeit, als bis der Kreis wirklich gezogen worden sei.⁴

(Der Naturzustand.) „Obgleich nun die Gesetze der geistigen Welt“, so heißt es weiter, „durch ihre Natur ebenso unveränderlich sind wie die Gesetze der körperlichen Welt, so fehlt doch viel daran, daß sie ebenso unweigerlich befolgt würden. Als körperliches Wesen ist der Mensch den Gesetzen der Körperwelt ebenso unbedingt unterworfen wie die andern Körper, aber als geistiges Wesen verletzt er teils aus Unkenntnis und Irrtum, teils infolge seiner Leidenschaften die geistigen Gesetze ohne Unterlaß. Ihm seine Pflichten gegen Gott und sich selber einzuschärfen, ist darum die Aufgabe von Religion und Moral; ihm seine Pflichten gegen die menschliche Gesellschaft eindringlich zu machen, ist der Zweck der positiven Gesetze.“⁵

„Um nun die Gesetze, die allein aus der Beschaffenheit des menschlichen Wesens entspringen und die darum natürliche Gesetze genannt werden, kennen zu lernen, muß man einen Menschen im Naturzustande betrachten. Unzweifelhaft ist das Gesetz, das unserer Seele die Vorstellung eines Schöpfers einprägt, das erste an Wichtigkeit, aber nicht das erste in der zeitlichen Reihenfolge, denn ein Mensch im Naturzustande würde sich zunächst nicht mit über-sinnlichen Dingen beschäftigen, sondern nur daran denken, sich zu erhalten; er würde zunächst nur seine Schwäche empfinden und

äußerst furchtsam sein. In dem Naturzustande fühlt sich jeder unterlegen und kaum dem Andern gewachsen. Keiner würde also daran denken, den Andern anzugreifen, und so würde also der Friede das erste natürliche Gesetz sein.“⁶

Vor Montesquieu hatte Hobbes gerade umgekehrt behauptet, daß im Naturzustande fortwährender Krieg herrsche; wie sollte es sonst, so hatte er gefragt, zu erklären sein, daß in ihm die Menschen stets bewaffnet gingen. Es ist für Montesquieu bezeichnend, wie er darauf antwortet: er unternimmt es nicht, die von Hobbes behauptete allgemeine Bewaffnung durch besser beglaubigte Tatsachen zu widerlegen; er bestreitet sie kurzweg, weil sie seiner Auffassung vom Naturzustande widerspricht. Das ist ein Beispiel seiner Methode, die Helvetius als schlecht bezeichnet.⁷

Nachdem Montesquieu das erste natürliche Gesetz festgestellt hat, fährt er fort: „Mit dem Gefühl seiner Schwäche würde der Mensch das Gefühl seiner Bedürfnisse verbinden, und der Trieb, Nahrung zu suchen, würde ein zweites natürliches Gesetz sein. Die Menschen würden sich aber trotz ihrer gegenseitigen Furcht doch zueinander hingezogen fühlen, und der Trieb, sich einander zu nähern, wäre ein drittes Gesetz. Die Kenntnisse, in deren Besitz sie gelangen, bilden einen weiteren Beweggrund für sich, sich zu vereinigen, und der Wunsch, in Gesellschaft zu leben, ist ein viertes natürliches Gesetz.“⁸

Wenn hierzu — wieder von einem französischen Beurteiler⁹ — bemerkt worden ist, daß Alles das, was Montesquieu als natürliche Gesetze aufzählt, auf solche Bezeichnung keinen Anspruch machen könne, so ist das sicher wieder zutreffend; die verfehlte Begriffsbestimmung des Gesetzes, die im Anfange gegeben wurde, hat sich gerächt. Immerhin mußte man zugeben, daß Montesquieu von jener Begriffsbestimmung aus Recht hätte, wenn er die gegenseitige Furcht im vorstaatlichen Zustande wirklich als eine notwendig aus der menschlichen Natur entspringende Beziehung nachwies. Zu einem solchen Nachweise aber hat er kaum den Versuch gemacht; er beschränkt sich darauf, an die Erfahrung zu erinnern, die man an den Wilden gemacht habe: Alles lasse sie zittern, Alles jage sie in die Flucht, und weiß dann doch nur einen Wilden anzuführen, der in den Wäldern Hannovers gefunden worden sei und den man in England unter der Regierung Georgs I. gesehen habe.¹⁰ Ebenso

wenig läßt er sich darüber aus und macht er es klar, welcher Art die Kenntnisse seien, durch deren Erwerb der Gesellschaftstrieb notwendig zu dem Wunsche, in Gesellschaft zu leben, habe erstarken müssen.

Aber der Haupteinwand, der sich gegen diese Aufzählung erheben läßt, ist noch ein anderer. Vorher hatte Montesquieu ausgeführt, daß die geistigen Gesetze aus der Natur des Menschen entspringen und Gültigkeit besessen hätten, noch bevor es Menschen gegeben habe. Es ist klar, daß er danach nicht von einer zeitlichen Folge bei ihnen reden dürfte. Hier aber läßt er sie eins nach dem andern entstehen und zwar in der Reihe, wie sie dem Menschen im Naturzustande zur Empfindung gekommen seien, und bezeichnet die Gottesverehrung ausdrücklich als ein Gesetz, das erst nach dem Ablauf einer dafür nötigen geschichtlichen Entwicklung entstanden sei.

Es bleibt die Frage, ob Montesquieu der Ueberzeugung gewesen ist, daß es tatsächlich einmal einen Naturzustand gegeben habe. Man hat gemeint, sie kurzweg verneinen zu können, weil Montesquieu in seiner „Verteidigung des Geistes der Gesetze“ erklärt: man könne ihm ebenso wenig wie den Philosophen und den Schriftstellern des Naturrechts verbieten, den Menschen von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu betrachten und sich also einen Menschen vor der Begründung der Gesellschaften vorzustellen, der gleichsam aus den Wolken herabgefallen, sich selber überlassen und ohne Erziehung sei.¹¹ So unbedingt entscheidend erscheint aber diese nachträgliche Erklärung nicht, weil sie durch den gefährlichen Vorwurf mangelnder Rechtgläubigkeit hervorgerufen ist. Auch sagt Montesquieu in dem zweiten Kapitel nicht: er wolle einmal einen Menschen im Naturzustande voraussetzen, sondern: er wolle ihn in dem Naturzustande betrachten. Eher könnte man noch aus der Art, wie er sich mit Benutzung der Möglichkeitsform ausdrückt: „ein Mensch im Naturzustande würde zuerst seine Schwäche fühlen, würde damit das Gefühl seiner Bedürfnisse verbinden“ den Schluß ziehen, daß der Naturzustand für ihn nur eine Annahme, ein Hilfsmittel der Beweisführung gewesen sei, um das ursprüngliche Wesen des Menschen, frei von allen staatlichen Einwirkungen, festzustellen und daraus die natürlichen Gesetze abzuleiten. Aber die Möglichkeitsform gebraucht er auch sonst als eine sprachliche Vor-

sichtsmaßregel, um sich gegen Anfechtungen durch die Zensur zu sichern,¹² und so könnte sie auch hier von ihm nur um dieses Zweckes willen gewählt sein. Ausschlaggebend sind unter diesen Umständen der ganze Zusammenhang, vor allem der Anfang des folgenden, dritten Kapitels und eine spätere unzweideutige Stelle, wo er einfach als auf etwas Bekanntes darauf verweist, daß die Menschen auf ihre natürliche Freiheit verzichtet hätten, um unter politischen Gesetzen zu leben;¹³ sie erlauben keinen Zweifel, daß er wirklich an einen Naturzustand geglaubt hat, aus dem dann erst der Staat entstanden sei.

(Der Ursprung der positiven Gesetze.) Daß Montesquieu unter der „Gesellschaft“, zu der sich die Menschen des Naturzustandes vereinigen, die staatliche Gesellschaft verstanden hat, wird schon durch die Art bewiesen, wie er Naturzustand und Gesellschaft einander gegenüberstellt. Zudem setzt er unmittelbar darauf „Gesellschaft“ und „Volk“ gleich und gebraucht er auch sonst das Wort „Gesellschaft“ schlechthin im Sinne von Staat.¹⁴ Ueber das Verfahren bei der Staatsgründung läßt er sich nicht näher aus, sondern er führt nur zwei Stellen aus Gravina an, die, losgelöst aus dem Zusammenhange bei jenem, übrigens von ihm auch nicht völlig verstanden, nicht ganz verständlich sind. Doch kann wieder kein Zweifel bestehen, daß auch er diesen Schritt aus dem Naturzustande heraus auf einen überlegten Entschluß zurückgeführt und als einen Vertrag der bisher in Vereinzelung lebenden Menschen aufgefaßt hat.¹⁵

Die Staatsgründung hat dann bei ihm als merkwürdige Folge den Krieg Aller gegen Alle: „Sobald die Menschen in die staatliche Gesellschaft eingetreten sind, verlieren sie das Gefühl ihrer Schwäche; die Gleichheit, die zwischen ihnen bestand, hört auf, und der Kriegszustand beginnt. Jede einzelne staatliche Gesellschaft gelangt zum Gefühl ihrer Stärke, was einen Kriegszustand zwischen Volk und Volk hervorruft. Innerhalb jeder staatlichen Gesellschaft beginnen die Einzelnen ihre Stärke zu fühlen; sie suchen die hauptsächlichsten Vorteile dieser staatlichen Gesellschaft für sich auszunutzen, was einen Kriegszustand zwischen ihnen bewirkt. Diese beiden Arten von Kriegszustand geben die Veranlassung, daß unter den Menschen die Gesetze aufgerichtet werden“, nämlich das Völkerrecht für die Beziehungen zwischen den Völkern,

das Staatsrecht (*Droit politique*) für die Beziehungen zwischen den Regierenden und Regierten, das bürgerliche Recht (*Droit civil*) für die Beziehungen zwischen den Bürgern.¹⁶

Es sei davon abgesehen, daß, so wenig wie vorher ein Beweis für die allgemeine Furcht und den Frieden des Naturzustandes versucht wurde, hier eine Begründung gegeben wird, warum innerhalb des Staates bei den Einzelnen das Gefühl der Schwäche schwinden und der Kriegszustand entstehen müsse. Das weit Auffälligere ist, daß die Gründung des Staates zeitlich von der Aufrichtung der Gesetze durch einen Krieg Aller gegen Alle getrennt wird, daß also die Gründung des Staates weder mit der Einsetzung irgend einer Art von Regierung noch mit der Feststellung irgend welcher sei es auch noch so einfacher bürgerlicher oder Strafgesetze zusammenfällt. Auf den Troglodytenstaat in den Persischen Briefen fällt damit ein besonderes Licht; seine Schilderung erscheint nicht als eine besondere Spielerei, sondern als der Niederschlag einer Auffassung, für die wirklich eine staatliche Gemeinschaft von Menschen ohne jedes Recht möglich war. Man ist einigermaßen überrascht, derartiges bei einem Schriftsteller zu finden, der von Staat und Recht zu handeln unternimmt.

Zum Wesen der naturrechtlichen Lehre gehört es, daß sie die Staatsgewalt aus der Vereinigung derjenigen Rechte ableitet, die die einzelnen Menschen im Naturzustande besessen hätten. So hat es unter anderen Locke in der geistreichsten Weise und dann nach Montesquieu noch wieder Rousseau gemacht. Bei Montesquieu findet sich dergleichen nicht. Abgesehen von jenen beiden Sätzen, die er aus Gravina übernimmt, sagt er über den Inhalt des Staatsvertrages kein Wort und fragt er also auch nicht, wie sich die Gültigkeit des positiven Rechtes begründe; allerdings wäre er von dem Boden seiner natürlichen Gesetze auch gar nicht dazu imstande gewesen.¹⁷ Ebenso wenig läßt er sich darüber aus, in welcher Weise die verschiedenen Regierungsformen entstanden seien. Er geht vielmehr sogleich dazu über, die Aufgabe zu bestimmen, die er in seinem Werke lösen will.

(Die Bedingtheit der Gesetze.) „Das Gesetz im allgemeinen ist die menschliche Vernunft, insofern sie alle Völker der Erde regiert, und die politischen und bürgerlichen Gesetze eines Volkes müssen nur die besonderen Fälle sein, wo diese Vernunft angewandt

wird.“¹⁸ Es soll hier als zu weitführend nicht geprüft werden, ob diese Sätze mit der sogleich im Anfange gegebenen Begriffsbestimmung des Gesetzes im Einklang stehen.¹⁹ Man darf hinter ihnen kaum mehr suchen als die Forderung, daß die Gesetze vernünftig seien. Wann sie als vernünftig bezeichnet werden könnten, wird dann folgendermaßen erläutert: „Die Gesetze müssen dem Volke, für das sie gegeben werden, solcher Art angepaßt sein, daß es ein großer und seltener Zufall ist, wenn die des einen Volkes auch einmal für ein anderes zuträglich sein können. Sie müssen der Natur und dem Prinzip der Regierung entsprechen, die eingesetzt ist oder die man einsetzen will, sei es, daß sie deren Form bestimmen, wie die politischen Gesetze, sei es, daß sie deren Stütze bilden, wie die bürgerlichen Gesetze. Sie müssen zu der Natur des Landes stimmen, also zu seinem Klima, ob kalt, heiß oder gemäßigt, zu seiner Bodenbeschaffenheit, seiner Lage, seiner Größe, ferner zu der Lebensweise der Völker, ob Ackerbauer, Jäger oder Hirten; sie müssen dem Grade der Freiheit entsprechen, den die Verfassung vertragen kann, weiter der Religion der Einwohner, ihren Neigungen, ihren Reichtümern, ihrer Zahl, ihrem Handel, ihren Sitten und Gebräuchen. Endlich stehen sie im Zusammenhange unter sich, im Zusammenhange mit ihrem Ursprunge, der Absicht des Gesetzgebers, dem Ganzen der Fragen, die sie regeln sollen. Von allen diesen Gesichtspunkten aus muß man sie betrachten. Dies zu tun, unternehme ich in diesem Werke. Ich werde alle diese Beziehungen untersuchen; sie bilden in ihrer Gesamtheit das, was man den Geist der Gesetze nennt.“²⁰ Indem er in dieser Weise die Umrisse seines Arbeitsplanes zeichnet, ergänzt Montesquieu das, was er in seiner Vorrede sagt: „er habe die Menschen geprüft und sei des Glaubens gewesen, daß sie bei der auffälligen unendlichen Mannigfaltigkeit ihrer Gesetze und Sitten nicht einzig und allein von ihren Launen geleitet würden“.²¹

Die gewöhnliche Bedeutung des Ausdruckes „Geist der Gesetze“ als der *Ratio legis*, der Absicht des Gesetzes, ersetzt Montesquieu also durch eine andere, von ihm erfundene, die man mit „Bedingtheit der Gesetze“ wiedergeben kann.²² Man hat nicht das Recht, ihm daraus einen Vorwurf zu machen, wie das geschehen ist, aber man kann verlangen, daß er nun auch den Ausdruck dauernd in dem von ihm selber gewählten Sinne gebrauchte. Das ist aber nicht erfüllt. Wenn Sorel von ihm rühmt: „Um ihn mit Genuß zu

lesen, muß man sich mit seinen Wörtern und Redefiguren vertraut machen. Was die Wörter anbetrifft, so ist die Aufgabe einfach: er ist ein vortrefflicher Schriftsteller und gebraucht sie nur mit vollem Vorbedacht und reiflicher Ueberlegung; hat man es einmal erfaßt, wie er sie anzuwenden pflegt, so weiß man immer, was er sagen will“,²³ so trifft das, wie auch sonst häufig, so auch in diesem Falle nicht zu; es finden sich vielmehr eine ganze Reihe von Stellen, wo er „Esprit des lois“ doch wieder in dem hergebrachten Sinne als der politischen und rechtlichen Absicht der Gesetze gebraucht.²⁴

Die „Bedingtheit“ der Gesetze entdeckt zu haben, ist zweifellos ein großes Verdienst, nur leider nicht das Montesquieus. Wenn er versichert, daß er durch seine Forschungen zu der Einsicht gekommen sei, daß die Mannigfaltigkeit der Gesetze und Sitten nicht auf die Launen (fantaies) der Menschen zurückgeführt werden dürfe, so stand doch auch schon bei dem ihm wohlbekannten Chardin zu lesen, daß die Sitten und Gewohnheiten der Völker keineswegs das Ergebnis bloßer Launen sei.²⁵ Derselbe Chardin hat auch schon das Klima als das bezeichnet, was die Sitten und Gewohnheiten bestimme, übrigens auch er wieder nicht als der Erste, sondern Bodin ist vielmehr als der Begründer der Lehre anzusehen, daß Klima und Bodengestaltung auf den Charakter und die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Völker Einfluß hätten und daß der Gesetzgeber diesen Beziehungen Rechnung tragen müsse.²⁶ Montesquieu hat die Schriften Bodins ebenso wie die Chardins gekannt. Trotzdem kann man es noch immer wieder lesen: vor ihm habe kein Schriftsteller daran gezweifelt, daß eine Gesetzgebung möglich sei, die sich auf alle Völker der Erde anwenden lasse; er dagegen habe begriffen, daß der Gesetzgeber keinen unbeschränkten Spielraum habe und das Volk, dem er Gesetze geben wolle, nicht nach seinem Gefallen modeln und kneten könne, habe erkannt, daß die Gesetze des einen Volkes nur durch einen seltenen Zufall auch für ein anderes passend seien, habe als Erster den Zusammenhang zwischen Recht und Nation geahnt.²⁷ Man braucht sich aber nur etwas in den Quellen umzusehen, um mit leichter Mühe zu finden, daß diese Lobeserhebungen unbegründet sind und er in allem diesem nur in den Spuren ihm wohlbekannter Vorgänger: Bodins, Bossuets, Sydneys gewandelt ist. Schon Bodin hat, wie erwähnt, gelehrt, daß der Gesetzgeber

auf Zeit, Ort und Volkscharakter Rücksicht nehmen müsse, und ganz besonders den Zusammenhang zwischen Recht und Nation betont.²⁸ Bossuet hat geurteilt, daß jede Regierungsform ihre Vortheile habe und daß der Charakter der Orientalen eine straffere und unbeschränktere Regierung fordere.²⁹ Endlich hat Sydney, auf dessen weitgehende Benutzung durch Montesquieu noch zurückzukommen sein wird, auseinandergesetzt, daß es mehrere Regierungsformen gebe, die an sich gleich gut, nach Zeit und Umständen gebraucht werden könnten und daß sich die Gesetze, die für ein Volk oder Jahrhundert passend seien, nicht auch mit anderen verträgen.³⁰ Die Lehre von der Bedingtheit der Gesetze verdankt Montesquieu mithin Früheren; sein Verdienst beschränkt sich darauf, sie nach verschiedenen Richtungen ausgebaut und durch die Form, in der er sie darstellte, seinen Zeitgenossen nahe gebracht zu haben,³¹ wobei auf der anderen Seite allerdings auch nicht übersehen werden darf, daß er sie zugleich vielerorts übertrieben und nach politischen Absichten zurechtgemodelt hat.

(Die Behandlung der Aufgabe.) Sorel hat weiter geurteilt, die Aufgabe höre durch die Art, wie sie von Montesquieu gefaßt werde, auf, eine juristische zu sein, und werde zu einer historischen.³² Dem geradezu entgegengesetzt ist die Ansicht Solazzis, daß der „Geist der Gesetze“ ein Ganzes von Vorschriften und Regeln zum Gebrauche des Gesetzgebers liefern wolle.³³ Montesquieu hat selber erklärt, sein Sinn sei nicht, die Gebräuche zu rechtfertigen, sondern ihre Gründe nachzuweisen,³⁴ dann aber doch auch wieder sein Buch als ein Werk reiner Politik und reiner Rechtswissenschaft bezeichnet.³⁵ Um zur Klarheit zu gelangen, darf man nicht übersehen, daß es in der vorhin aus dem I. Buche angeführten Stelle nicht heißt: „die Gesetze sind den einzelnen Völkern angepaßt, entsprechen der Natur und dem Prinzip der jedesmaligen Regierung, stimmen zu der Natur des Landes“, sondern „müssen angepaßt sein, müssen entsprechen, müssen stimmen“. Und eine Durchsicht des ganzen Werkes zeigt dann auch deutlich, daß sich Montesquieu keineswegs streng daran gehalten hat, nachzuweisen, wie sich die Gesetze, die uns in der Welt der geschichtlichen Tatsachen entgegentreten, entwickelt, warum sie die vorliegende Gestalt und keine andere gewonnen haben, sondern daß er sich weit mehr bemüht hat darzulegen, wie die Gesetze beschaffen sein müßten, um mit der

Regierungsform, der Landesnatur, der Kulturstufe im Einklang zu stehen, so daß er also die Gesetze nicht auf ihre Ursache, sondern auf ihre Zweckmäßigkeit hin betrachtet³⁶ und nicht als Geschichtsschreiber, sondern, wie man gerühmt hat,³⁷ als der „Gesetzgeber der Völker“ erscheint.

Montesquieu kündigt übrigens selber schon in seiner Vorrede diese Doppelseitigkeit seines Werkes an. Er betont dort auf das Nachdrücklichste die Voraussetzungslosigkeit seiner Forschung, seine rein wissenschaftliche Absicht: Niemandem zu Leide habe er sein Buch schreiben wollen; Werturteile über die Einrichtungen der einzelnen Länder abzugeben, darauf sei sein Sinn nicht gerichtet gewesen. Aber unmittelbar darauf erklärt er weiter, „daß er sich für den Glücklichsten aller Sterblichen halten werde, wenn er es durch sein Buch erreiche, daß Jedermann neue Gründe finde, seine Pflichten, seine Fürsten, sein Vaterland und seine Gesetze zu lieben und sich in seinem Lande, unter seiner Regierung und auf seinem Posten glücklich zu fühlen; daß er sich für den Glücklichsten aller Sterblichen halten werde, wenn er es bewirken könne, daß sich die Regierenden über ihre Regierungspflichten klarer würden und daß die Untertanen freudigeren Gehorsam leisteten.“³⁸ Indem er die Bedingtheit der Gesetze nachweise und zum allgemeinen Bewußtsein bringe, wünscht er also, zugleich zu bewirken, daß überall besser regiert und williger gehorcht werde; unzweifelhaft gesteht er damit, wenn auch nur mittelbar ein, doch über rein wissenschaftliche Absichten hinauszugehen. Dabei bleibe es hier vorläufig noch dahingestellt, ob er wenigstens darin ehrlich ist, daß er es als seinen Wunsch ankündigt, alle Untertanen ihre Regierungen und ihre Gesetze lieben zu lehren.

Die Vorrede gibt auch noch über einen anderen wichtigen Punkt Aufschluß. Sorel versichert mit Nachdruck: „Man würde Montesquieu entstellen, wenn man ihn für abstrakt hielte. Er bemüht sich, mit Hilfe der von ihm beobachteten Tatsachen allgemeine Ideen zu schaffen; er denkt nicht daran, auf dem Wege reiner Spekulation absolute und universelle Ideen zu fassen“.³⁹ In der Vorrede sagt Montesquieu selber das Gegenteil: „Viele Male habe er seine Arbeit begonnen und wieder aufgegeben, an einem Erfolge verzweifelnd; er habe seinen Gegenstand verfolgt, ohne einen Plan zu entwerfen, habe weder die Regeln noch die Ausnahmen gekannt und die Wahr-

heit nur gefunden, um sie wieder zu verlieren. Erst als er seine „Prinzipien“ entdeckt habe, sei ihm alles, was er gesucht habe, von selber zugeströmt.“⁴⁰ Ob er nun unter seinen Prinzipien den Grundsatz der Bedingtheit überhaupt oder, wie nach der Mehrheitsform wahrscheinlicher ist, die Arten der Bedingtheit versteht:⁴¹ immer verrät er damit, nicht von dem Einzelnen zum Allgemeinen aufgestiegen zu sein, wobei es dann allerdings ein Rätsel bleibt, wie er daran gehen konnte, ein Werk über die Bedingtheit der Gesetze zu schreiben, ehe er noch den Grundsatz der Bedingtheit oder deren Arten erkannt hatte. Wie er seine Prinzipien gefunden habe, erläutert er einige Absätze vorher: „er habe sie nicht aus seinen Vorurteilen geschöpft, sondern aus der Natur der Dinge“,⁴² also, wie man das übersetzen muß, durch ein von aller Erfahrung losgelöstes Denken, dem erst hinterher die Welt der geschichtlichen Tatsachen die Beweise zu liefern hatte. „Dies ist oft eine sehr schlechte Methode“, hat Helvetius sogleich dazu bemerkt,⁴³ wer sie anwendet, wird allerdings kaum der Gefahr entgehen, daß er die Geschichte nicht mit Unbefangenheit betrachtet, sondern in sie hineinlegt, was er in ihr zu finden wünscht, und also dem Vorurteil freien Lauf läßt.

(Die Gliederung des Stoffes.) Nachdem Montesquieu seine Aufgabe bezeichnet hat, gibt er kurz an, wie er den Stoff zu gliedern gedenke: er wolle zunächst die Beziehungen prüfen, die zwischen den Gesetzen auf der einen Seite und der Natur und dem Prinzip jeder Regierung auf der anderen Seite beständen; da das Prinzip der Regierung auf die Gesetze den höchsten Einfluß habe, werde er sich bemühen, es genau zu erkennen. Im weiteren Verlauf werde er sich dann mit den anderen Beziehungen beschäftigen, die als weniger allgemein anzusehen seien.⁴⁴

Der Natur und dem Prinzip der Regierung schreibt er also den an erster Stelle bestimmenden Einfluß auf die Gesetze zu, hinter dem mit den anderen Einflüssen auch die von Klima und Bodenbeschaffenheit zurückträten. Wo er dann aber in den späteren Büchern auf das Klima zu sprechen kommt, räumt er doch gerade ihm den größten Einfluß ein: das Klima macht die Menschen freiheitsliebend oder knechtisch und bestimmt sie damit im Voraus für diese oder jene Regierungsform, diese oder jene Religion,⁴⁵ und mit ihm zusammen wirkt in ähnlicher Weise die Beschaffenheit des Bodens. Natur und Prinzip der Regierung ergeben sich danach bei

ihm nicht als Endursachen, sondern als auch ihrerseits wieder bedingt. Dementsprechend hätte er, um folgerichtig zu verfahren, mit den natürlichen Bedingungen beginnen müssen. So wie er aber vorgeht, schließen sich zwar die Bücher II—VIII, die von den Beziehungen zwischen der Natur und dem Prinzip der Regierung und den Gesetzten handeln, zu einer Einheit zusammen, ist jedoch von einem planmäßigen Aufbau des ganzen Werkes keine Rede: nicht nur daß die Bücher XVII (über das römische Erbrecht), XVIII (über die bürgerlichen Gesetze bei den Franzosen), XXX—XXXI (über die französischen Lehnsgesetze), die übrigens auch in dem Titel der ursprünglichen Ausgabe als Anhänge bezeichnet wurden, ganz aus dem Rahmen herausfallen; auch die übrigen sind mehr oder minder äußerlich aneinander gefügt und enthalten weitgehende Abschweifungen. Der Mangel an Ordnung im „Geist der Gesetze“ ist denn auch von allen Beurteilern getadelt worden. Nur der einzige Barkhausen macht davon eine Ausnahme. Er gibt zu, daß eine Planmäßigkeit in der Folge der Bücher nicht sofort in die Augen springe und auch von ihm selber zunächst vermißt worden sei, aber durch ausdauerndes Mühen meint er sie dann doch entdeckt zu haben: „der Gedanke der Erhaltung“ beherrsche nicht nur die Bücher II—VIII, sondern auch die anderen; in allen seien die Gesetze daraufhin betrachtet, wie sie für den Bestand, sei es der Regierung, sei es der übrigen „konstitutiven Elemente“ des Staates: Gebiet, Bürger, Eigentum, erhaltend wirkten, so daß sich ein folgerichtiger Aufbau des Ganzen ergebe.⁴⁶ Man mag es bei ihm selber nachlesen, mit welcher Künstelei er das zu beweisen sucht; auf die Frage, ob eine Gliederung des Stoffes nicht den Leser leiten und ihm das Verständnis erleichtern solle, anstatt erst mühsam gesucht werden zu müssen, bleibt er jedenfalls die Antwort schuldig.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch I usw.

1. I, 1 Abs. 1.
2. Destutt-Moorstadt a. a. O. I, 3.
3. Sorel a. a. O. 62; vgl. auch Heerens oben angeführtes Urteil, ferner Ancillon a. a. O. S. 2, Welcker bei Ellissen I, 82. Desing, der diese Begriffsbestimmung übersetzt: „Leges in latissima sua significatione sunt respectus necessarij derivati ex natura rerum“ bringt sie (a. a. O. 15) in folgender Weise mit I, 3 Abs. 3 zusammen: „Considerati ergo isti homines qua planeticolae, qua diversi, habent leges in respectu, quem hi populi inter se habent, dicit auctor; quod est idem ipsius linguâ ac dicere: populi habent respectus in respectu quem inter se habent. Vel habent leges in lege quam inter se habent. Nam auctori LEX est RESPECTUS: ergo qui habet legem in respectu, habet legem in lege, vel respectum in respectu.“
4. I, 1 Abs. 2—10; die ziemlich unklaren und wenig folgerichtigen Ausführungen beruhen, wie schon Koch a. a. O. 11 nachgewiesen hat, auf einer Verbindung von Gedanken Gravinas mit solchen von Descartes. Wohin sich französische Voreingenommenheit versteigt, zeigt das Urteil Martins: der Geist der Gesetze habe seinen festen und gesicherten Unterbau in den Tiefen der Metaphysik, in Tiefen, in die Voltaire niemals eingedrungen sei; dies erste Kapitel habe die Rechtsphilosophie wieder auf die Höhen gehoben, von denen sie im XVIII. Jahrhundert herabgestiegen sei, weit empor in eine Luft, in der kein Mensch jener Zeit lange habe atmen können. (Histoire de France XV, 408 f.) Dagegen gibt Sorel a. a. O. 9 zu, daß Montesquieu nicht die geringste Anlage für Metaphysik besessen habe, und Matter, Histoire des doctrines morales et politiques III, 159 erklärt: „Son livre est faible pour la partie philosophique, les principes et les définitions“; vgl. im übrigen Helvetius bei Ellissen a. a. O. I, 103, Williams a. a. O. Lecture I und Heerens oben angeführtes Urteil.
5. I, 1 Abs. 10—14.
6. I, 2 Abs. 1—3.
7. I, 2 Abs. 4—5.
8. I, 2 Abs. 6—8.
9. Barkhausen, Montesquieu, ses idées et ses oeuvres S. 40 f.
10. Helvetius bei Ellissen I, 97 fragt ganz richtig: „Warum sollte der Naturmensch nicht auch seine Kraft und eine mit der Heftigkeit seiner Bedürfnisse und mit seinen Hilfsquellen im Verhältnis stehende Kühnheit fühlen?“ Williams a. a. O. Lecture I bemerkt hinsichtlich des in den Hannöverschen Urwäldern gefundenen Wilden: „as if the condition and apprehensions of a poor creature, unfortunately detached from a populous neighbourhood, proved

any thing in regard to communities of savages“. Die Kunde von diesem Wilden, der ein armer Geisteskranker gewesen sein muß, wird Montesquieu von London als ein wissenschaftliches Ergebnis seines dortigen Aufenthaltes heimgebracht haben.

11. Vgl. *Défense de l'Esprit des Lois*, Première Partie, II, Réponse à la sixième objection; dazu Solazzi 11.

12. Vgl. Sorel a. a. O. 73, Laboulaye, *Oeuvres* III, Introduction S. 19.

13. XXVI, 15 Abs. 1: „Comme les hommes ont renoncé à leur indépendance naturelle pour vivre sous des lois politiques, ils ont renoncé à leur communauté naturelle des biens pour vivre sous des lois civiles“; vgl. auch VIII, 3 Abs. 3. Die Persischen Briefe Nr. 76 lassen den Staat ebenfalls durch Vertrag, Nr. 95 allerdings aus der Familie entstehen.

14. Vgl. I, 2 Abs. 1, I, 3 Abs. 1—2, IV, 7 Abs. 4, VIII, 3 Abs. 2, IX, 1 Abs. 4, XI, 6 Abs. 17.

15. Vgl. I, 3 Abs. 7 und 10, für die Ueberlegung des Entschlusses I, 2 Abs. 8. Die Worte Gravinas s. am bequemsten bei Solazzi 14, der sehr milde urteilt: Montesquieu habe sich ihrer bedient „traducendole con qualche libertà“ und 15 Anm.: „riportando in modo incompleto le espressioni del Gravina“.

16. I, 3 Abs. 1—3. Dazu bemerkt Desing a. a. O. 14: „Egregia consecutio: societas est, ergo est status belli. Ubi vagabatur per annos viginti mens auctoris, ut in statu societatis cogitaret comprehendi rem societatis inimicam, nempe bellum, tamquam diceret: concordia est: ergo est discordia. Aliae sunt rursus belli causae, quam societas, quae est unionis vinculum.“ Solazzi a. a. O. 12 sucht den Stein des Anstoßes dadurch zu beseitigen, daß er „société“ mit „gruppo sociale“ übersetzt; gebessert wird dadurch nichts, denn auch die Horde und der Stamm besitzen Obrigkeiten und ein Recht.

17. Dementsprechend ist dann auch bei ihm von Menschenrechten als Vorbehalten und Ueberresten aus dem Naturzustande keine Rede, und eine Freiheitssphäre der Einzelnen gegenüber dem Staat für ihn ein unbekannter Begriff; auch XXVI, 15 scheint mir keinen Beweis dafür (vgl. Gierke, Johannes Althusius, 3. Ausgabe S. 297 Anm. 79) zu liefern, daß er wie Locke in dem Eigentum „einen vorstaatlichen und naturrechtlichen Ausfluß der Persönlichkeit“ gesehen habe; vgl. dazu die Inhaltsangabe von XI unter Anm.

18. I, 3 Abs. 11.

19. Desing a. a. O. 18 urteilt, daß die Erklärung des Gesetzes als der menschlichen Vernunft mit der Begriffsbestimmung der Gesetze I, 1 Abs. 1 nicht zu vereinigen sei, sondern daß nur die eine oder die andere richtig sein könne, und bemerkt zu „les lois politiques et civiles de chaque nation ne doivent être que les cas particuliers où s'applique cette raison humaine“: „Lex non est casus, est regula casuum, unde casuum iustitia aut iniustitia desumitur. Dicere debuisse: Ratio humana particularibus casibus applicata lex est politica vel civilis.“ Williams a. a. O. Lecture II findet einen Widerspruch zwischen Abs. 9 und 11, „unless the various humours and dispositions of nations be synonymous with human reason“.

20. I, 3 Abs. 12—15.
21. Préface Abs. 3.
22. „Causae legum“ übersetzt Ernesti.
23. Sorel a. a. O. 75.
24. Vgl. VI, 3 Abs. 2, VI, 13 Abs. 9, VII, 5 Abs. 3, VII, 6 Abs. 3, auch VIII, 16 Abs. 4, VIII, 20, IX, 2 Abs. 3.
25. Chardin, Les Voyages de Chevalier Chardin en Perse et autres lieux de l'Orient: „Je trouve toujours la cause ou l'origine de moeurs et des habitudes des Orientaux dans la qualité de leur climat, ayant observé dans mes voyages, que comme les moeurs suivent le tempérament du corps, le tempérament du corps suit la qualité du climat de sorte que les coutumes ou habitudes des peuples ne sont point l'effect du pur caprice, mais de quelques causes ou de quelques nécessitez naturelles qu'on ne decouvre qu'après une exacte recherche.“ angeführt von Piil a. a. O. 65.
26. Vgl. Solazzi a. a. O. 70—75.
27. Vgl. Laboulaye, Oeuvres de Montesquieu, III, Introduction S. 6, Jellinek, Allg. Staatslehre S. 120, Wahl, Montesquieu als Vorläufer von Aktion und Reaktion, Hist. Zeitschr. B. 135 S.
28. Bodin, Rep. V, 1: „Il faut donc dire que le sage gouverneur d'un peuple sçache bien l'humeur d'iceluy, et son naturel. au paravant que d'attenter chose quelconque au changement de l'estat ou des loix: car l'un des plus grands, et peut estre le principal fondement des Republiques, est d'accommoder l'estat au naturel des citoyens, et les edicts et ordonnances à la nature des lieux, des personnes et du temps“, und die von Piil angeführte Stelle: „De omnibus Rerumpublicarum arcanis nullum maius est quam ad varios gentium mores et naturas civitatis cuiusque leges et formam congruentem accomodare“.
29. Bossuet, Discours sur L'Histoire universelle, Partie III Chap. 5.
30. Sidney, Discourses concerning Government, Edinburgh 1750, I, 209 und 244, II, 216; auch das Verhältnis zwischen der Regierungsform und der Ausdehnung des Staates ist schon von ihm berührt, I, 233.
31. Vgl. Laboulaye a. a. O. S. 7, Solazzi 22, 74.
32. Sorel a. a. O. 75.
33. Solazzi a. a. O. 19: „L'Esprit des Lois intende prevalentemente a dettare un insieme di precetti e di regole destinati a servire di guida alla prudenza del legislatore nell'ordinamento degli Stati e degl'instituti civili.“
34. XVI, 4 Abs. 6, vgl. auch IV 2, Abs. 23 Anm.; andererseits heißt es in der Défense de l'Esprit des Lois, Première Partie I, Réponse à la troisième objection: „L'auteur ne parle point des causes, et il ne compare point les causes, mais il parle des effets, et il compare les effets“, ein Satz, den ich nicht verstehe.
35. Défense de l'Esprit des Lois, Première Partie I; vgl. ferner Deuxième Partie, Idée générale („Ceux qui auront quelques lumières . .“)
36. Vgl. Moorstadt in seiner Ausgabe von Destutts Kommentar I, S. 26 Anm., der urteilt, daß Montesquieu zuweilen aus der Rolle gefallen sei und ein Ideal gezeichnet habe, statt bloß die Wirklichkeit zu enträtseln, und Matter,

Histoire des doctrines morales et politiques III, 158: „Plus d'une fois il lui arriva de s'occuper moins des lois qu'on a faites que de celles qu'on auroit dû faire. D'Alembert lui-même en convient dans son éloge du publiciste.“

37. D'Alembert bei Ellissen a. a. O. I, 27.

38. Préface Abs. 1, 9, 11—13.

39. Sorel a. a. O. 77; ähnlich schon Martin a. a. O. XV, 366: „Il avait le goût de l'histoire pour elle-même, pour en formuler les résultats a posteriori, et non pas pour y chercher les preuves d'un thème tout fait“.

40. Préface Abs. 15: „J'ai bien des fois commencé et bien des fois abandonné cet ouvrage; j'ai mille fois abandonné aux vents les feuilles que j'avois écrites; je sentoie tous les jours les mains paternelles tomber; je suivois mon objet sans former de dessein; je ne connoissois ni les règles ni les exceptions; je ne trouvois la vérité que pour la perdre: mais quand j'ai découvert mes principes, tout ce que je cherchois est venu à moi“ und Abs. 4: „J'ai posé les principes, et j'ai vu les cas particuliers s'y plier comme d'eux-mêmes, les histoires de toutes les nations n'en être que les suites, et chaque loi particulière liée avec une autre loi, ou dépendre d'une autre plus générale.“

41. Laboulaye a. a. O. III, Introduction 4 versteht unter den Principien die verschiedenen Arten der Bedingtheit; Crévier a. a. O. 195 die in Buch III behandelten Regierungsprinzipien der Tugend, Ehre, Furcht, was sicher unrichtig ist.

42. Préface Abs. 6: „Je n'ai point tiré mes principes de mes préjugés, mais de la nature des choses“.

43. Helvetius bei Ellissen a. a. O. I 88, damit in Uebereinstimmung Solazzi 153 f.: „L'esperienza vi è infatti invocata non come base su cui si eleva la teoria; ma la teoria comincia dallo „stabilire i principi“ e, se ricorre poi ai fatti positivi, è solo in quanto essi si prestino a servire di riprova, così che il valore a loro attribuito ha per misura la loro conformità ai postulati razionali“; vgl. auch die von Solazzi angeführten Urteile Ritters und St. Beuves, ferner Piil a. a. O. 110 f.

44. I, 3 Abs. 17: „Je passerai ensuite aux autres rapports qui semblent être plus particuliers“.

45. Vgl. besonders XIX, 14 Abs. 6: „L'empire du climat est le premier de tous les empires“.

46. Barkhausen, Montesquieu: le désordre de l'Esprit des Lois; ähnlich auch in Montesquieu, l'Esprit des Lois et les archives de la Brède.

Buch II.

Von den Gesetzen, die unmittelbar aus der Natur der Regierung entspringen.

Einteilung der Regierungsformen. „Es gibt drei Arten von Regierungen: die republikanische, die monarchische und die despotische. — Die republikanische ist diejenige, wo das Volk als Ganzes oder auch nur ein Teil des Volkes die höchste Gewalt (la souveraine puissance) hat; die monarchische diejenige, wo ein Einziger regiert, aber nach fest begründeten Gesetzen, während in der despotischen ein Einziger alles nach seinem Willen und seinen Launen ohne Gesetz und Regel entscheidet.“¹ Demokratie und Aristokratie sind nur Unterarten der Republik: „Wenn in der Republik das Volk als Ganzes die höchste Gewalt hat, so ist es eine Demokratie. Wenn die höchste Gewalt in den Händen eines Teiles des Volkes liegt, so wird das eine Aristokratie genannt“.²

Es könnte scheinen, als ob Montesquieu zwischen der „höchsten Gewalt“, die in der Republik in den Händen des Volkes liegt, und der „Regierung“, die in der Monarchie von einem Einzigen gehandhabt wird, einen Unterschied zu machen beabsichtigt habe, aber eine andere Stelle, wo er als das Merkmal der Monarchie bezeichnet, daß der Fürst in ihr die „höchste Gewalt“ besitze,³ beweist, daß beide Ausdrücke bei ihm das Gleiche bedeuten. Was er unter der höchsten Gewalt versteht, zeigt er ein wenig später, wo er sagt: „In der Aristokratie ist die höchste Gewalt in der Hand einer gewissen Anzahl von Personen. Sie sind es, die die Gesetze geben und zur Ausführung bringen“.⁴ Es ist beachtenswert, daß er hier von einer Dreiteilung der Gewalten noch nichts weiß, sondern die ausführende Gewalt die richterliche einschließen läßt.

Die Einteilung der Regierungsformen, wie Montesquieu sie hier gibt, ist oft genug beanstandet worden und bietet in der Tat reichlichen Anlaß dazu.⁵ Sie ist insofern zwiespältig, als sie auf der einen Seite von der Zahl der Regierenden ausgeht und danach zwischen Republik und Monarchie unterscheidet, auf der anderen Seite die Regierungsweise, ob in Gesetzlichkeit oder nach Willkür, zum Merkmal nimmt und danach die Monarchie in Gegensatz zu der Despotie eines Einzigen stellt. Wenn Montesquieu folgerecht verfahren wäre, hätte er zu dem Ergebnis kommen müssen: entweder nach der Zahl der Regierenden auch die Demokratie und die Aristokratie als zwei besondere Regierungsformen anzuerkennen und die Despotie eines Einzigen als besondere Staatsform fallen zu lassen oder aber in der Republik zwischen Willkürherrschaft und gesetzlicher Regierung einen ebenso scharfen Trennungsstrich zu machen wie zwischen der Despotie eines Einzigen und der Monarchie.⁶

Fundamentalgesetze. „Aus der Natur der Regierungsformen ergeben sich unmittelbar die Fundamentalgesetze.“⁷ Montesquieu unterläßt es, was schon Voltaire getadelt hat,⁸ den Begriff der Fundamentalgesetze zu bestimmen; doch ergibt sich aus den beiden folgenden Kapiteln wenigstens, was er unter den Fundamentalgesetzen der Demokratie und der Aristokratie versteht.⁹

„In der Demokratie ist das Volk der Herrscher: es muß Alles, was es selber gut tun kann, auch selber tun, und nur, was es selber nicht gut tun kann, durch seine Diener tun lassen.“¹⁰ So ist es denn ein Fundamentalgesetz der Demokratie, daß das Volk allein die Gesetze macht.¹¹ Es kann zuweilen nötig oder ratsam sein, daß ein Gesetz vom Senate erlassen oder erst einmal zur Probe eingeführt wird; dauernde Wirkung kann es aber immer nur durch den Willen des Volkes erhalten. Dagegen ist das Volk in seiner Vielköpfigkeit nicht imstande, selber und unmittelbar zu regieren oder im Kriege selber Ort, Zeit und Gelegenheit wahrzunehmen und auszunutzen. Es kann hier seine Herrscherrechte nur dadurch ausüben, daß es Behörden, einen Senat, Feldherren und dgl. wählt, die in seinem Auftrage tätig sind. Dazu ist es sehr gut befähigt, denn es braucht sich nur durch Dinge bestimmen zu lassen, die ihm notwendig bekannt sind, und durch Tatsachen, die in die Augen fallen; es weiß z. B. sehr gut, daß ein Mann oft im Kriege gewesen ist und dort diese oder jene Erfolge gehabt hat, es sieht, daß ein Richter fleißig

und keiner Bestechlichkeit überführt ist und daß viele Leute zufrieden von seinem Richterstuhle gehen, ihm fällt ein Bürger durch Pracht und Reichtum auf: Alles solches genügt, daß es einen Feldherren, Prätor oder Aedilen wählen kann. Indem es sie durch seine Wahl ernennt, bleibt es ihrer Herr.¹² Darum sind die Gesetze, die dieses Wahlrecht festlegen und in seinen Einzelheiten regeln, ebenfalls Fundamentalgesetze der Demokratie.“

Fundamentalgesetze der Demokratie sind also im Sinne Montesquieus diejenigen Gesetze, durch die sich die Regierungsform als eine demokratische kennzeichnet und ohne die sie aufhören würde, eine demokratische zu sein, sind kurz gesagt: die demokratische Verfassung, und der Satz, daß sich aus der Natur der Regierungsformen unmittelbar die Fundamentalgesetze ergeben, lautet auf die Demokratie angewandt: aus der Natur der Demokratie ergibt sich die Verfassung der Demokratie.

Ganz ähnlich verhält es sich hinsichtlich der Aristokratie: dem Adel steht dort die Gesetzgebung und Regierung zu, aber wenn er sehr zahlreich ist, kann er ebensowenig selber regieren, wie das ganze Volk in der Demokratie, sondern er muß dann aus seiner Mitte einen Senat wählen, der in seinem Auftrage die Regierung führt. Dieser Senat darf sich nicht selber ergänzen, und bei jedem Amt muß gegen die Größe seiner Befugnisse in der Kürze seiner Dauer ein Gegengewicht geschaffen werden, weil — so ist offenbar die Meinung Montesquieus — nur das die Gewähr dafür schafft, daß die Aristokratie Aristokratie bleibt und sich nicht zur Oligarchie oder Monarchie entwickelt.¹³

Die politischen Schriftsteller Frankreichs haben schon lange vor Montesquieu mit dem Begriffe der Fundamentalgesetze gearbeitet, wenn auch das Wort als Fachausdruck bei ihnen erst in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts auftaucht. Nach ihnen ist zu unterscheiden zwischen den allgemeinen Fundamentalgesetzen (*Lois fondamentales essentielles ou générales*), mit deren Beseitigung eine Regierung überhaupt aufhören würde, und den besonderen Fundamentalgesetzen (*Lois fondamentales positives ou particulières*), die eine bestimmte Regierungsform kennzeichnen und mit deren Aenderung die Regierungsform eine andere werden würde. Die allgemeinen Fundamentalgesetze legen dem Herrscher die Pflicht auf, nicht nach Willkür, sondern gerecht zu regieren, also

seine Macht nur zum Wohle der Allgemeinheit zu gebrauchen, Leben und Eigentum der Untertanen zu achten, Niemanden mit Gewalt zu bedrücken. Durch die besonderen Fundamentalgesetze werden in den einzelnen Staaten die öffentlichen Gewalten geordnet und in ihrer Tätigkeit geregelt. Zu ihnen gehören in der französischen Monarchie das Gesetz über die Thronfolge sowie die den Befugnissen des Königs gezogenen Schranken: es sind die *Lois du Royaume*, die nicht von einem Gesetzgeber gemacht, sondern geworden sind, denen auch der König unterworfen ist und die abzuändern nicht in seiner Gewalt steht, im Gegensatz zu den *Lois du Roi* oder *Lois ordinaires*, den gewöhnlichen Gesetzen über Verwaltungs- und Strafrecht, an die der König allerdings ebenfalls gebunden ist, so lange sie bestehen, die er aber doch auf dem Wege der Gesetzgebung ändern und aufheben kann. Welches die besonderen Fundamentalgesetze Frankreichs seien, darüber sind die Meinungen jener Schriftsteller verschieden: einige sind sie sich nur hinsichtlich der *Lex salica* und ihrer Ergänzungen; im übrigen aber, ob z. B. den Reichsständen und dem Parlament eine beschließende oder nur beratende Stimme zustehe, gehen sie je nach der Zeit und dem politischen Standpunkte auseinander.¹⁴

Unter den Fundamentalgesetzen der Demokratie und der Aristokratie versteht Montesquieu also ganz im Sinne dieser Schriftsteller die besonderen Fundamentalgesetze jener beiden Regierungsformen.¹⁵ Nicht so deutlich ist es dagegen, was er unter den Fundamentalgesetzen der Monarchie versteht.

Wo Montesquieu in dem 2. Kapitel von dem Wahlrecht des Volkes als einem Fundamentalgesetz der Demokratie spricht, fügt er hinzu: für die Demokratie sei es ebenso wichtig, daß das Wahlrecht in ihr genau geregelt sei, wie für die Monarchie, daß man in ihr wisse, wer der Monarch sei und auf welche Art er regieren müsse.¹⁶ Im 4. Kapitel entwirft er dann das Musterbild der Monarchie: an der Spitze der Monarch, unter ihm als Zwischengewalten,¹⁷ die sich mit Kanälen vergleichen lassen, durch die die Macht hindurchströmt:¹⁸ der Adel, der Klerus und die Städte, die alle mit Vorrechten ausgestattet sind und bewirken, daß nicht wie in der Despotie der plötzliche und launische Wille eines Einzigen entscheidet, endlich noch politische Körperschaften, die als ein Hort der Gesetze¹⁹ die Gesetze verkünden, wenn sie gegeben werden,

und sie ins Gedächtnis zurückrufen, wenn man sie vergißt.²⁰ Diese Zwischengewalten und politischen Körperschaften gehören zum Wesen der Monarchie.²¹ „Ohne Monarch kein Adel, ohne Adel kein Monarch, sondern ein Despot“²² und: „Wenn man in einer Monarchie die Vorrechte der Grundherren, des Klerus, des Adels, der Städte beseitigt, so wird man bald eine demokratische Republik oder noch eher einen despotischen Staat haben“.²³ Hier versteht Montesquieu also unter den Fundamentalgesetzen der Monarchie die monarchische Verfassung, die besonderen Fundamentalgesetze. Aber im Widerspruch damit macht er dann doch einen Unterschied zwischen den Zwischengestalten und den politischen Körperschaften einerseits und den Fundamentalgesetzen andererseits, indem er die Zwischengewalten als die Voraussetzung und die politischen Körperschaften als den Hort der Fundamentalgesetze bezeichnet,²⁴ so daß sich danach unter den Fundamentalgesetzen nur die allgemeinen Fundamentalgesetze, wenn nicht gar die gewöhnlichen Gesetze, die der Gesetzgeber gibt, verstehen lassen.

Ganz unverhüllt tritt dann der Widerspruch bei den Ausführungen über die Despotie zutage, wo es auf derselben Seite gleichsam in einem Atem heißt: „in den despotischen Staaten gebe es keine Fundamentalgesetze“ und „die Einsetzung eines Wesirs sei dort ein Fundamentalgesetz“.²⁵

Die verschiedenen Verfassungen. Die Demokratie, wie sie Montesquieu in großen Zügen beschreibt, beruht auf der Grundlage der Volkssouveränität. Dementsprechend vereinigt das Volk beide Gewalten, die gesetzgebende und die ausführende, in seiner Hand. Es übt die gesetzgebende Gewalt unmittelbar selber aus; da es dazu durchaus die Fähigkeiten besitzt, erübrigt sich ein Repräsentativsystem, das auch mit keinem Worte berührt wird.²⁶ Für die ausführende Gewalt bedient es sich des Mittels von ihm gewählter Regierungsbeamten, Feldherren und Richter. Daß die von ihm Gewählten nicht über die Stellung als seine Diener herauswachsen, ist nach Montesquieu durch die Wahl gewährleistet. Man wird daher den Satz: „Seine Diener gehören ihm nicht, wenn es sie nicht ernennt“ dahin auslegen dürfen, daß die Wahlen immer nur auf kurze Zeiträume stattfinden und daß mit dem Wahlrecht ein Aufsichtsrecht verbunden ist, kraft dessen Untreue der Gewählten zur

Verantwortung gezogen und gegebenen Falles mit Absetzung bestraft werden kann.

Diese Demokratie mit solcher Vereinigung der Gewalten auf einem Träger wird nun von Montesquieu schlechthin mit der Freiheit gleichgesetzt: wo er davon handelt, daß die Demokratie die Tugend zum Prinzip habe und ohne Tugend zu Grunde gehe, verweist er auf Sulla, der mit seinem Versuche, an Rom die Freiheit zurückzugeben, daran habe scheitern müssen, daß in Rom nur noch ein schwacher Rest von Tugend vorhanden gewesen sei.²⁷ Ja, er geht sogar noch einen Schritt weiter und fordert, daß zum Vorteil der Freiheit das souveräne Volk, wie es unmittelbar die Gesetze gebe, so auch in einem bestimmten Falle unmittelbar als Richter auftrete: er führt die Ansicht Macchiavellis an, nach der die Freiheit in Florenz dadurch verloren gegangen sei, daß dort das Volk nicht in seiner Gesamtheit die Majestätsverbrechen abgeurteilt habe, und schließt sich ihr an; nur einige Vorsichtsmaßregeln findet er nötig, um zu verhindern, daß das Volk sein Richteramt in Eigennutz oder Leidenschaft mißbrauche.²⁸ So vertritt er also hier ganz die antike Anschauung, nach der die Freiheit darin bestand, „abwechselnd zu regieren und regiert zu werden“; der persönlichen Freiheit, des Rechtes, „zu leben nach eigenem Belieben“, gedenkt er mit keinem Worte.

Wie die Römer die Republik überhaupt als *libertas* der Monarchie als dem *servitium* gegenüberstellten, so bezeichnet Montesquieu weiterhin auch die Aristokratie als Freiheit,²⁹ ohne sich dabei zu erklären, worin denn hier die Freiheit bestehe. Was er sonst über die Aristokratie sagt, ist zum Teil trefflich beobachtet, so z. B., daß die Heimlichkeit dort ein Erfordernis sei. Aber daneben finden sich auch wieder höchst sonderbare Bemerkungen. Er erklärt für die unvollkommenste Aristokratie diejenige, wo sich der gehorchende Volksteil in der bürgerlichen Sklaverei des beherrschenden befinde, wie in Polen, wo die Bauern die Sklaven des Adels seien,³⁰ und übersieht dabei, daß die von ihm gepriesenen antiken Demokratien, wenn man ihren weit gestreckten Unterbau der Sklaverei betrachtet, auch nur Aristokratien, allerdings Massenaristokratien, gewesen sind, die den gleichen Tadel verdienten. Er findet, daß eine Aristokratie um so vollkommener sei, je mehr sie sich der Demokratie nähere,³¹ und spricht ihr damit im Grunde die Daseinsberechtigung

ab, denn die notwendige Folgerung ist, daß sie am vollkommensten sei, wenn sie zur Demokratie werde. Am meisten überraschen muß es aber, daß er in diesem Kapitel die herrschende Stellung des Adels in der Aristokratie beschreibt und dann doch im folgenden Kapitel den Satz: „Ohne König kein Adel“ als allgemein gültig ausspricht.

Während die Kapitel über die Demokratie und die Aristokratie dem Verständnis keine Schwierigkeiten bieten, bedarf dasjenige über die Monarchie der Erläuterung. Es ist wohl von jeher erkannt worden, daß Montesquieu bei dem Musterbilde, das er von der Monarchie entwirft, sein Frankreich im Auge gehabt hat. Könnte das vielleicht noch hinsichtlich der Zwischengewalten zweifelhaft erscheinen, so ist hinsichtlich der politischen Körperschaften, die einen Hort der Gesetze darstellen, kein Zweifel möglich: als Hort der Fundamentalgesetze hat sich das Pariser Parlament selber schon in einer seiner amtlichen Beschwerde vom Jahre 1718 bezeichnet,³² und diese Bezeichnung ist dann von einer Flugschrift des Jahres 1732, die für die Ansprüche der Parlamente eintrat, aufgenommen worden.³³ Es wäre nun aber doch nicht richtig, wenn man für die Erklärung dessen, was Montesquieu in diesem Kapitel sagt, von den französischen Zuständen seiner Zeit ausgehen wollte; das Gebotene ist vielmehr, zunächst einmal zu versuchen, wie weit sich aus ihm selber seine Meinung über die Stellung, die Vorrechte und die Aufgabe der Zwischengewalten und der Parlamente feststellen läßt.

Die Zwischengewalten werden gebildet an erster Stelle durch den Adel, der sich durch seine Natur am besten dazu eignet, dann durch den Klerus, dessen Macht für eine Monarchie sehr passend ist, endlich durch die Städte, die ohne weitere Bemerkung gleichsam nur im Vorübergehen genannt werden.³⁴ Sie alle sind vom Könige, der in der Monarchie die Quelle aller politischen und bürgerlichen Gewalt ist, mit Vorrechten ausgestattet, ihm untergeordnet und von ihm abhängig.³⁵ Sie sind also seine Untertanen und stehen daher nicht zwischen ihm und den Untertanen oder, wie man das auch ausgedrückt hat, zwischen dem König und dem Bürger, zwischen der Staatsgewalt und den Einzelnen,³⁶ sondern zwischen dem Könige und der nichtprivilegierten Masse des Volkes; sie sind die privilegierten Stände, wie man denn darum auch unter den „Städten“ die Stadtobergkeiten zu verstehen hat, bürgerliche Oligarchien, die man

als Halbadel bezeichnen kann, durch die Einfluß der ganzen Gemeinde auf die Stadtverwaltung völlig zurückgedrängt war.

Die Zwischengewalten bewirken, wie erwähnt, daß im Staate nicht der plötzliche und launische Wille eines Einzigen alles in Frage stellt und unberechenbar macht, daß vielmehr die Fundamentalgesetze ihren Bestand behaupten.³⁷ Für die Art, in der sie das erreichen, ist zunächst der Vergleich mit Kanälen, durch die die Macht hindurch fließt, gebraucht, der aber doch dem Zwecke, den ein Vergleich erfüllen soll, die Sache deutlicher zu machen, gar nicht gerecht wird.³⁸ Man müßte aus ihm schließen, daß die Zwischengewalten die geborenen Vermittler für die oberste Regierung seien, die den Willen des Fürsten in den einzelnen Landesteilen zur Ausführung brächten, mit deren Meinung sich der Fürst auseinander zu setzen und zu verständigen hätte. Aus einigen kurz darauf folgenden Absätzen ergibt sich aber, daß ihre Rolle eine viel bescheidenere ist: die Vorrechte, mit denen die Grundherren, d. i. eben Adel, Klerus und Städte, ausgestattet sind, bestehen in nichts weiter als der patrimonialen Gerichtsbarkeit,³⁹ dieser tritt zur Seite das Recht, Bitten und Klagen vor den Thron zu bringen.⁴⁰ Von irgendeiner Anteilnahme an der Verwaltung ist also gar keine Rede,⁴¹ und ebensowenig von einem Recht, an der Gesetzgebung bestimmend mitzuwirken.

Im Unterschied von den „untergeordneten und abhängigen“ Zwischengewalten wird für die Parlamente eine gewisse Unabhängigkeit beansprucht und darum für die Monarchie der Aemterkauf empfohlen, der das verhindert, was für die Despotie am Platze ist, daß nämlich der Fürst seine Untertanen nach seinem Gutdünken anstellt und ebenso schnell auch wieder entfernt.⁴² Die Rolle der Parlamente wird dahin umschrieben, „die Gesetze anzukündigen, wenn sie gemacht sind, und in Erinnerung zu bringen, wenn man sie vergißt“. Man hat diese Sätze, obwohl ihr letzter Teil auch auf die Rechtsprechung bezogen werden könnte, doch immer und mit Grund ausschließlich auf die Befugnis gedeutet, die von den hohen Gerichtshöfen gefordert und ihnen je nach den Umständen von der Krone bewilligt oder verweigert wurde, Remonstranzen einzureichen. Die Gerichtsbarkeit der Parlamente noch besonders zu erwähnen, mochte überflüssig erscheinen, obwohl sie weit bedeutender war als die der Grundherren.

Die Art, wie die Zwischengewalten durch ihre Bitten und Klagen und die Parlamente durch ihre Klagen wirken, wird an zwei späteren Stellen geschildert. An der einen heißt es: „Die Körperschaften, die den Hort des Gesetzes haben, gehorchen niemals besser, als wenn sie zögernden Schrittes gehen und in die Angelegenheiten des Fürsten jene Bedachtsamkeit bringen, die man von dem Hofe bei seinem Mangel an Verständnis für die Staatsgesetze und bei der Ueberstürzung seiner Beschlüsse nicht erwarten kann. Was wäre aus der schönsten Monarchie der Welt geworden, wenn ihre Könige ihrer Hochherzigkeit freien Lauf gelassen hätten und nicht durch den Richterstand, seine Klagen und Bitten aufgehalten worden wären, als sie Dienste, mit einem Mut und mit einer Treue sonder Maß geleistet, auch ohne Maßen belohnen wollten“.⁴³ Und an der anderen Stelle wird der Gehorsam in der Despotie im Gegensatz zu dem in der Monarchie gekennzeichnet: „In den despotischen Staaten verlangt die Natur der Regierung den strengsten Gehorsam, und sobald der Wille des Fürsten einmal bekanntgegeben ist, muß er ebenso unfehlbar seine Wirkung haben, wie eine Kugel, die man gegen eine andere wirft, ihre Wirkung hat. Da gibt es kein Abschwächen noch Abändern noch Aufschieben, keine Rücksprache, keine Vorstellungen, keine Gegenvorschläge. Ohne eigenen Willen gehorcht der Mensch dem Willen eines Andern. Man kann dort ebensowenig seine Befürchtungen wegen eines zukünftigen Ereignisses vorbringen wie seinen Mißerfolg mit der Laune des Schicksals entschuldigen. Das Los der Menschen ist dort wie das der Tiere: Naturtrieb, Gehorsam, Strafe.“⁴⁴ Derart verhindern also Zwischengewalten und Parlamente, daß die Monarchie zur Despotie wird, und sind sie ein Schutz der Freiheit, wie hier die Monarchie wegen ihres Gegensatzes zur Despotie bezeichnet wird;⁴⁵ darum gehören sie zum Wesen der Monarchie.⁴⁶ Wer als ihr Gegner auftritt, wie Richelieu, der die Stände erniedrigte und die Remonstranzen des Parlaments mit Widerwillen aufnahm, wie Law, der die Zwischengewalten überhaupt beseitigen und die verkauften Aemter wieder einlösen wollte, ist despotisch gesinnt und arbeitet auf den Sturz der Verfassung hin.⁴⁷

Bei alledem sind sie aber doch nicht mehr als nur eine moralische Schranke für den Monarchen. Er, die Quelle aller politischen und bürgerlichen Gewalt im Staate, hat sich selber die Grenzen

seiner Gewalt gesteckt⁴⁸ und bleibt Herr, über Bitten und Vorstellungen hinwegzugehen und zu tun, was er will: „Obgleich die Art des Gehorsams in der Monarchie und in der Despotie verschieden ist, so ist die Gewalt doch die gleiche: wofür sich der Monarch auch entscheidet, er gibt den Ausschlag und macht die Wagschale sinken und findet pünktlichen Gehorsam.“⁴⁹ Indessen sein eigener Vorteil gebietet ihm, Zwischengewalten und Parlamente zu achten: sie sind nämlich nicht nur eine Schranke gegen etwa von ihm beabsichtigte Willkür, sondern zugleich auch eine Stütze für ihn, ein Bollwerk gegen die Gefahr, daß an die Stelle seiner Herrschaft durch einen Aufruhr des Volkes die Republik gesetzt wird.

Diese andere Seite in der Aufgabe von Zwischengewalten und Parlamenten ist schon in dem bereits angeführten Satz angedeutet: „Wenn man in einer Monarchie die Vorrechte der Grundherren, des Adels, des Klerus, der Städte beseitigt, so wird man bald eine Republik oder noch eher einen despotischen Staat haben“, und wird dann vor allem im 11. Kapitel des V. Buches des längeren erläutert. Da wird auseinander gesetzt, wie gefährlich ein Volk ohne Führer sei, weil es die Gefahr nicht kenne, in die es sich stürze, wie es darum, wenn nur sich selber überlassen, bei Unruhen die Dinge immer auf die Spitze treibe, während, wo es Führer gebe, diese ihrer Verantwortlichkeit bewußt seien und die Zwischengewalten als solche Führer nie das rechte Maß aus den Augen verlören, weil sie in der Erhaltung von Fürst und Verfassung ihre eigene Sache sähen und selber den Wunsch hätten, daß das Volk nicht die Oberhand erlange. „Spitzt sich die Lage zu, dann schlagen sich die weisen und angesehenen Männer ins Mittel; man greift zu Ausgleichen, man verständigt sich, man gibt sich gegenseitig nach; die Gesetze finden wieder Geltung und finden Gehör.“ Daraus erkläre es sich, daß in despotischen Staaten häufige Revolutionen ohne Bürgerkriege stattfänden, daß aber die französische Geschichte wohl reich an Bürgerkriegen sei, aber keine Revolutionen aufweise:⁵⁰ das Parlament genieße hinreichend Vertrauen beim Volke, um das Volk in der Stunde der Gefahr aufzuklären und zum Gehorsam zurückzubringen,⁵¹ und neben der Geschichte anderer Länder beweiße auch die Frankreichs deutlich, eine wie zuverlässige Stütze für den Thron der Adel sei, der es sich zur Ehre rechne, einem Könige zu ge-

hören, aber es als tiefste Schmach betrachte, die Gewalt mit dem Volke zu teilen, und darum bereit sei, mit seinem Fürsten zu leben und zu sterben.⁵² So ergebe sich als Folgerung, daß es durchaus unberechtigt sei, wenn ein Fürst Bedenken trage, gewissen Ständen eine Geltung zu lassen, die von ihnen doch nur in seinem Dienste gebraucht werde.⁵³

Kurz ist dann endlich, was Montesquieu über die Despotie sagt, die nach ihm ja keine Verfassung hat: „der Despot könne gar nicht anders als faul, unwissend und wollüstig sein; notwendig folge daraus, daß er sich nicht selber um die Staatsangelegenheiten bekümmern möge. Aber wenn er sie Mehreren anvertrauen wolle, würde er damit zwischen diesen Streit und Eifersucht hervorrufen und dadurch gezwungen werden, sich doch wieder selber mit der Regierung zu befassen. So sei es einfacher, daß er sie einem Wesir übergebe. Die Einsetzung eines Wesirs sei darum in der Despotie ein Fundamentalgesetz.“⁵⁴ Man wird nicht behaupten können, daß hiermit das Wesirat wirklich aus der Natur der Despotie abgeleitet wäre. Was Montesquieu zum Belege beibringt, beschränkt sich auf die kurze Anmerkung: „Die Könige des Orients haben immer Wesire, sagt Herr Chardin.“ Schon Voltaire hat dagegen eingewandt, daß sich ein Wesirat nicht einmal im Orient als regelmäßige Begleiterscheinung der Despotie finde, und hat für Europa auf Ludwig XIV. und Peter den Großen verwiesen, von denen Ludwig XIV. ein ziemlicher Despot, Peter der größte Despot gewesen sei und die doch beide die Macht nicht aus der Hand gegeben hätten.⁵⁵

Die gemäßigte Regierung. Während Montesquieu bei seiner Einteilung der Regierungsformen nur von den einfachen Regierungsformen handelt und die Möglichkeit einer gemischten Regierung übergeht, faßt er gegenüber der Despotie die Republiken (Demokratien und Aristokratien) und die Monarchen als gemäßigte Regierungen zusammen.⁵⁶ Worin er das gemeinsame Merkmal der gemäßigten Regierungen im Unterschiede von der Despotie findet, setzt er mit folgenden Worten auseinander: „Nach allem, was wir gesagt haben, könnte er scheinen, als ob sich die menschliche Natur unaufhörlich gegen den Despotismus auflehnen müßte, aber trotz der Liebe der Menschen zur Freiheit, trotz ihres Hasses gegen die Gewaltsamkeit, haben sich ihm die meisten Völker unterworfen. Und das ist leicht zu begreifen. Um eine gemäßigte Regierung zu

schaffen, muß man die Kräfte abwägen und in beschränkte und geregelte Tätigkeit setzen, der einen sozusagen Ballast geben, damit sie der anderen Widerstand leisten kann. Das ist ein Meisterwerk der Gesetzgebung, das der Zufall selten schafft und das man die Klugheit selten schaffen läßt. Dagegen springt eine despotische Regierung sozusagen in die Augen; sie ist überall einförmig; da es nur der Leidenschaften bedarf, um sie zu begründen, ist Jedermann dazu imstande.“⁵⁷

Hier erscheint also als etwas ganz Neues der Gedanke von einem Gleichgewicht der Gewalten, das für die gemäßigten Regierungen notwendig sei. Es ist klar, daß Montesquieu dabei nicht die verschiedenen Staatsgewalten im Auge gehabt haben kann, von denen er im XI. Buche spricht, denn so wie er die Natur der Demokratie und der Aristokratie beschreibt, ist es ausgeschlossen, daß in diesen gemäßigten Regierungen die Staatsgewalten verteilt würden; sie sind dort in der Hand des Souveräns, des ganzen Volkes oder des Adels, vereinigt. Nach der Anleitung, die eine etwas spätere Stelle gibt,⁵⁸ muß er die Befugnisse der Behörden gemeint haben, die so zu verteilen und zu beschränken seien, daß ein Schutz gegen Gewaltsamkeit geschaffen werde. Eine entscheidende Bedeutung legt er aber diesem Gedanken doch nicht bei. Den Bestand von Demokratie, Aristokratie und Monarchie läßt er vielmehr von deren Prinzipien der Tugend, Mäßigung und Ehre abhängen, menschlichen Leidenschaften, wie er sich ausdrückt, die, solange sie ihre Kraft behaupten, den Herrscher hemmen und es verhindern, daß die Regierung in Gesetzlichkeit zu dem gesetzlosen Despotismus Aller oder Mehrerer oder eines Einzigen werde.⁵⁹ Von diesen Prinzipien ist es nun, daß er im III. Buche zu handeln unternimmt.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch II usw.

1. II, 1 Abs. 1

2. II, 2 Abs. 1. Für die Demokratie gebraucht Montesquieu auch den Ausdruck *Etat populaire*, vgl. u. a. II, 2 Abs. 14, III, 4 Abs. 1. Gelegentlich bezeichnet er sie auch schlechthin als die Republik, vgl. II, 2 Abs. 17 und 26, V, 1 Abs. 2, V, 2 Abs. 1, ferner IV, 5 Abs. 1 und 5, IV, 7 Abs. 2, V, 16, Abs. 9, V, 18 Abs. 1, wo überall die Beziehung auf die Tugend zeigt, daß hier das Wort Republik nicht auch die Aristokratie umfaßt.

3. III, 2.

4. II, 3 Abs. 10: „Dans l'aristocratie, la souveraine puissance est entre les mains d'un certain nombre de personnes. Ce sont elles qui font les lois et qui les font exécuter.“ Vgl. Piil, 10, 16.

5. Vgl. Koch a. a. O. 12: „Man begreift nicht, was denn eigentlich Montesquieus Prinzip bei seiner Einteilung ist. Aber man wird bei ihm vergebens nach einem Prinzip suchen, weil er keines hat“, Janet a. a. O. II, 345 f., Landmann, der Souveränitätsbegriff bei den französischen Theoretikern, S. 117: „Bei der Unterscheidung seiner drei einfachen Staatsformen befolgt Montesquieu nicht ein einheitliches Prinzip . . . Da das Kriterium an Dualismus leidet, muß das Resultat, die Einteilung selbst, der Logik widerstreiten“, Solazzi a. a. O. 32: „La distinzione è ricavata da due diversi criteri, quantitativo e qualitativo“.

6. Vgl. Janet a. a. O. 345, Landmann a. a. O. 118, Solazzi a. a. O. 27 ff.

7. II, 1 Abs. 2.

8. Voltaire, *Commentaire* (Voltaire-Beuchot Bd. 50 S. 64).

9. II, 2 und 3.

10. II, 2 Abs. 6: „Le peuple qui a la souveraine puissance doit faire par lui-même tout ce qu'il peut bien faire; et ce qu'il ne peut pas bien faire, il faut qu'il le fasse par ses ministres“, mit dem Doppelsinn von *ministres* als Minister und Diener, der sich im Deutschen nicht wiedergeben läßt.

11. II, 2 Schlußabsatz „C'est encore une loi fondamentale de la démocratie, que le peuple seul fasse des lois“.

12. II, 2 Abs. 7: „Ses ministres ne sont point à lui s'il ne les nomme“.

13. Nach Solazzi a. a. O. 34 hätte Montesquieu zu den Fundamentalgesetzen der Aristokratie auch solche gezählt, durch die dem von der Souveränität ausgeschlossenen Teile des Volkes eine gewisse Anteilnahme an der Regierung eingeräumt würde; das ist ein Mißverständnis von II, 3 Abs. 4, wo nicht von einer Teilnahme an der Regierung, sondern nur von einem Einflusse auf sie die Rede ist.

14. Vgl. Lemaire, Les lois fondamentales de la monarchie française d'après les théoriciens de l'ancien régime.

15. An anderer Stelle nennt Montesquieu sie auch Droit politique oder Lois politiques, vgl. I, 3 Abs. 3 und III, 3 Abs. 13.

16. II, 2 Abs. 3.

17. II, 4 Abs. 1: „pouvoirs intermédiaires“.

18. II, 4 Abs. 1: „des canaux moyens par où coule la puissance“.

19. II, 4 Abs. 10: „dépôt des lois“.

20. Merkwürdige Mißverständnisse sind es, wenn Janet a. a. O. 339 das Dépôt des lois von einem certain corps politique unterscheidet, und Sorel a. a. O. 85 das corps politique, das den Hort der Gesetze darstellt, als dritte Zwischengewalt neben Adel und Geistlichkeit aufzählt. Später haben allerdings die Parlamente den von Montesquieu aufgebrachten Titel einer Zwischengewalt für sich in Anspruch genommen, vgl. Lemaire.

21. II, 4 Abs. 1: „Les pouvoirs intermédiaires constituent la nature du gouvernement monarchique“, Abs. 2: „La noblesse entre en quelque façon dans l'essence de la monarchie“, Abs. 9 und 10, ferner III, 7 Abs. 1: „Le gouvernement monarchique suppose, comme nous avons dit, des prééminences, des rangs et même une noblesse d'origine“, endlich XX, 22 Abs. 5, wo Parlamente und Adel als zwei Ursachen für die Größe der französischen Monarchie bezeichnet werden.

22. II, 4 Abs. 2.

23. II, 4 Abs. 3.

24. II, 4 Abs. 1: „La nature du gouvernement monarchique, c'est-à-dire de celui où un seul gouverne par des lois fondamentales . . . Ces lois fondamentales supposent nécessairement des canaux moyens.“ Vgl. auch II, 4 Abs. 10, wo die Parlamente als dépôt des lois fondamentales bezeichnet werden.

25. II, 4 Schlußabsatz und II, 5 Abs. 1.

26. Daß Montesquieu in diesen ersten Büchern den Begriff der repräsentativen Demokratie nicht kennt, betont auch Piil 45 und 118.

27. III, 3 Abs. 5. Eine ähnliche Gleichsetzung von Demokratie und Freiheit findet sich VIII, 2 Abs. 7, VIII, 3 Abs. 4, X, 6 Abs. 3. Diese Stellen sind von Wahl (Vorgesch. I, 131) übersehen, der meint, im Geiste der Gesetze „habe Montesquieu die beliebte, damals wie es scheine kaum ausrottbare Identifizierung von Freiheit mit Republik abgelehnt, deren er sich in den Persischen Briefen selbst schuldig gemacht hätte“.

28. VI, 5 Abs. 1—2.

29. II, 3 Abs. 7.

30. II, 3 Schlußabsatz.

31. II, 3 Abs. 9—10: „La meilleure aristocratie est celle où la partie qui n'a point de part à la puissance est si petite et si pauvre que la partie dominante n'a aucun intérêt à l'opprimer. . . Les familles aristocratiques doivent donc être peuple autant qu'il est possible. Plus une aristocratie approchera de la démocratie, plus elle sera parfaite; et elle deviendra moins à mesure qu'elle approchera de la monarchie.“

32. Flammermont, les remontrances du parlement de Paris I, S. 95. Vorher hat schon Kardinal Retz die französische Monarchie bezeichnet als „tempérée par des coutumes reçues et comme prises en dépôt au commencement dans les estats généraux, et depuis dans celles des parlements“ (de Betz, Mémoires, Oeuvres du Cardinal de Retz. Paris 1870, S. 271 f.)

33. Vgl. Koch a. a. O. 5.

34. II, 4 Abs. 2—4.

35. II, 4 Abs. 1: „J'ai dit les pouvoirs intermédiaires, subordonnés et dépendants: en effet, dans la monarchie, le prince est la source de tout pouvoir politique et civile“. Vian a. a. O. 261 hat entdeckt, daß die Worte „dépendants“ und „le prince — civil“ ursprünglich gefehlt haben und erst auf Verlangen der Zensur eingefügt worden sind. Es wird darauf zurückzukommen sein, ob sie unwesentlich sind, wie Solazzi a. a. O. 35 meint. Für eine Inhaltsangabe kommt vorläufig jedenfalls nur der endgültige Text in Betracht.

36. Vgl. Roscher, Politik 33, Treitschke, das konstitutionelle Königtum in Deutschland, Histor. und polit. Aufsätze III, 434, Hasbach, die moderne Demokratie 18.

37. II, 4 Abs. 1: „s'il n'y a dans l'état que la volonté momentanée et capricieuse d'un seul, rien ne peut être fixe, et par conséquent aucune loi fondamentale“.

38. Schon Fénelon hat den Kanal zu einem Vergleich gebraucht, allerdings in einem anderen Zusammenhange: nach ihm beruht die Herrschergewalt nicht darauf, daß die Einzelnen ein Recht, sich selber zu regieren, abgetreten hätten, sondern auf göttlicher Einsetzung; in der Zustimmung der Einzelnen offenbare Gott nur, wen er zu seinem Vertreter auf Erden bestimme; sie sei also nur der Kanal, durch den die höchste Gewalt von ihm auf den Herrscher hinabströme: „Le consentement libre ou forcé, exprès ou tacite d'un peuple libre, à la domination d'un ou plusieurs, peut bien être un canal par où découle l'autorité suprême“ (Fénelon, Essai philosophique sur le gouvernement civil, Kap. 5). Der Anklang im Wortlaute legt die Vermutung nahe, daß Montesquieu das Bild von Fénelon entlehnt hat, ohne sich allzuviel darum zu bekümmern, wie weit es für ihn selber passend war.

39. II, 4 Abs. 3 ff. Ob mit der Gerichtsbarkeit des Klerus auch dessen geistliche Gerichtsbarkeit gemeint sei, ist nicht völlig klar; daß die Vorrechte des Klerus zu den Gesetzen des Landes gezählt und als Schranken bezeichnet werden, die sich der Fürst selber gesetzt habe, spricht dagegen.

40. II, 4 Abs. 7.

41. Auch die Stelle VIII, 6 Abs. 2 zielt nicht auf Selbstverwaltung ab; obwohl es auf den ersten Blick so scheinen könnte, läßt es doch der vorhergehende Absatz nicht zu.

42. V, 19 Abs. 12—13.

43. V, 10 Abs. 3—4.

44. III, 10 Abs. 1—3.

45. Vgl. II, 4 Abs. 2, 3, 8, 9.

46. Vgl. außer II, 4 Abs. 1, 2, 9 und 10 noch III, 7 Abs. 1, V, 11 Abs. 1 und 7, VIII, 6 Abs. 1.

47. II, 4, Abs. 9, V, 10 Abs. 2, V, 11 Abs. 7.

48. II, 4 Abs. 5.

49. III, 10 Abs. 8: „Quoique la manière d'obéir soit différente dans ces deux gouvernements, le pouvoir est pourtant le même. De quelque côté que le monarque se tourne, il emporte et précipite la balance, et est obéi.“ Auch hier hat Montesquieu auf Verlangen der Zensur Aenderungen in dem ursprünglichen Text vornehmen müssen, vgl. Vian a. a. O. 262.

50. V, 11 Abs. 1, 3—5: „Le gouvernement monarchique a un grand avantage sur le despotique. Comme il est de sa nature qu'il y ait sous le prince plusieurs ordres qui tiennent à la constitution, l'état est plus fixe, la constitution plus inébranlable, la personne de ceux qui gouvernent plus assurée. . . En effet, on voit partout que, dans les mouvements du gouvernement despotique, le peuple, mené par lui-même, porte toujours les choses aussi loin qu'elles peuvent aller; tous les désordres qu'il commet sont extrêmes; au lieu que, dans les monarchies, les choses sont très rarement portées à l'excès. Les chefs craignent pour eux-mêmes; ils ont peur d'être abandonnés; les puissances intermédiaires dépendantes ne veulent pas que le peuple prenne trop le dessus. Il est rare que les ordres de l'état soient entièrement corrompus. Le prince tient à ces ordres; et les séditieux, qui n'ont ni la volonté ni l'espérance de renverser l'état, ne peuvent ni veulent renverser le prince. Dans ces circonstances, les gens qui ont de la sagesse et de l'autorité s'entremettent: on prend des tempéraments, on s'arrange, on se corrige, les lois reprennent leur vigueur et se font exécuter. Ainsi toutes nos histoires sont-elles pleines de guerres civiles sans révolutions; celles des états despotiques sont pleines de révolutions sans guerres civiles.“

51. II, 4 Abs. 10: den Parlamenten wird das Conseil des Monarchen gegenübergestellt, das „n'a point à un assez haut degré la confiance du peuple; il n'est donc pas en état de l'éclairer dans les circonstances difficiles, ni de le ramener à l'obéissance“.

52. VIII, 9 Abs. 1—2.

53. V, 11 Abs. 6: „Ceux qui ont écrit l'histoire des guerres civiles de quelques états, ceux mêmes qui les ont fomentées, peuvent assez combien l'autorité que les princes laissent à de certains ordres pour leur service leur doit être peu suspecte, puisque, dans l'égarement même, ils ne soupiroient qu'après les lois et leur devoir, et retardoient la fougue et l'impétuosité des factieux plus qu'ils ne pouvoient la servir“; vgl. auch Abs. 7—8. Wenn Wahl (Vorgesch. I, 130) zu dem Satze: „Kein Monarch, kein Adel; kein Adel, kein Monarch, sondern ein Despot“ mit dem ihm eigenen absprechenden Tone bemerkt: „Später wurde der zitierte Satz oft in der Weise seltsam mißverstanden, als ob Montesquieu gemeint habe, der Adel sei die notwendige Stütze des Monarchen, während er ihn umgekehrt für die unerläßliche Stütze gegen den Monarchen hält“, so beweist er damit nur, daß er selber Montesquieu nur flüchtig gelesen und darum seltsam mißverstanden hat. Irrtümlich ist auch die Ansicht Piils (a. a. O. 18 f., 22), daß als die Aufgabe der Städte bezeichnet werde, das Volk gegen den Monarchen und dessen Tyrannei zu schützen, als

die Aufgabe von Adel und Klerus, eine tyrannische Volksherrschaft unmöglich zu machen; für eine solche Verteilung der Rollen findet sich kein Beleg. Das Richtige hat dagegen schon Solazzi S. 40 f.

54. II, 5.

55. Voltaire, Commentaire (Voltaire Beuchot Bd. 50, S. 98 f.); ähnlich im Dictionnaire philosophique (Voltaire-Beuchot Bd. 31, S. 88 f.).

56. VIII, 8 Abs. 1: „L'inconvénient n'est pas lorsque l'état passe d'un gouvernement modéré à un gouvernement modéré, comme de la république à la monarchie, ou de la monarchie à la république; mais quand il tombe et se précipite du gouvernement modéré au despotisme“; vgl. ferner III, 9 Abs. 3, V, 15 Abs. 3 und 9, V, 16 Abs. 6, VI, 2 Abs. 5, VI, 9 Abs. 2 und 8, VI, 16 Abs. 9, VI, 19 Abs. 1.

57. V, 14 Schlußabsatz: „Pour former un gouvernement modéré, il faut combiner les puissances, les régler, les tempérer, les faire agir; donner, pour ainsi dire, un lest à l'une pour la mettre en état de résister à une autre“.

58. V, 16 „De la communication du pouvoir“, im besonderen Abs. 1 und 6; vgl. dazu II, 3 Abs. 6 und 8 und Solazzi 47 f., 97.

59. Vgl. außer VIII noch besonders II, 3 Abs. 6: „le principe du gouvernement arrête le monarque“ und III, 10 Abs. 7: „Dans les états monarchiques et modérés la puissance est bornée par ce qui en est le ressort, je veux dire l'honneur“.

Buch III.

Von den Prinzipien der drei Regierungen.

„Von der Natur einer Regierung ist ihr Prinzip zu unterscheiden. Die Natur einer Regierung ist das, was ihr besonderes Wesen ausmacht; ihr Prinzip die treibende (und erhaltende) Kraft in ihr. Die Natur einer Regierung ist der ihr eigentümliche Aufbau; ihr Prinzip sind die menschlichen Leidenschaften, die sie in Bewegung setzen“ und ihr Dauer verleihen.¹ Man kann sagen, sie verhalten sich zueinander wie Leib und Seele.² Aus der Natur entspringt mit Notwendigkeit das Prinzip, und gemäß den drei Regierungsformen gibt es also auch drei Prinzipien;³ es sind, wie dann in den folgenden Kapiteln ausgeführt wird, die vier: der Tugend in der Demokratie, der Mäßigung in der Aristokratie, der Ehre in der Monarchie und der Furcht in der Despotie.

(Die Tugend.) In einer Vorbemerkung, die den ersten Auflagen fehlt, verwahrt sich Montesquieu gegen das Mißverständnis, als ob er mit „Tugend“ eine sittliche oder christliche Tugend habe bezeichnen wollen; „Tugend“ sei von ihm vielmehr in dem Sinne von politischer Tugend, d. h. der Liebe zum Vaterlande und der Gleichheit gebraucht worden. Und dementsprechend bedeute bei ihm auch der Ausdruck „rechtschaffener Mann“ nicht den Mann von christlicher, sondern von politischer Rechtschaffenheit, den Mann also, der die politische Tugend besitze, der die Gesetze seines Landes liebe und aus Liebe zu ihnen handle.⁴

Neben dieser Erklärung des Wortes Tugend finden sich dann aber noch drei andere, die weder mit ihr noch unter sich völlig übereinstimmen. Da heißt es einmal: „die politische Tugend ist die Liebe zu den Gesetzen und zum Vaterlande, eine Liebe, deren Forderung dahin geht, dem eigenen Wohl beständig das öffentliche

Wohl vorzuziehen“, ferner: „die Tugend in einer Republik ist die Liebe zur Republik“ und endlich: „die Liebe zur Republik ist in einer Demokratie die Liebe zur Demokratie; die Liebe zur Demokratie ist die Liebe zur Gleichheit. Die Liebe zur Demokratie ist auch die Liebe zur Genügsamkeit.“⁵

Unter der Gleichheit versteht Montesquieu nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Gleichheit. Er ist der Ueberzeugung, daß die wirtschaftliche Gleichheit für eine Demokratie notwendig sei, wenn nicht die politische Gleichheit gestört werden solle, und bespricht darum an einer späteren Stelle ausführlich die Mittel, die geeignet seien, die wirtschaftliche Gleichheit zu begründen und zu sichern: also zunächst eine gleichmäßige Verteilung des Grund und Bodens, sodann gesetzliche Bestimmungen über Mitgiften, Schenkungen, Erbfolge, Testamente, um zu verhindern, daß sich Reichtum in einzelnen Händen anhäufe, endlich eine derartige Umlage der öffentlichen Lasten, daß durch sie etwa entstandene Vermögensungleichheiten wieder ausgeglichen würden.⁶

Die Liebe zur Gleichheit umfaßt danach die politische wie die wirtschaftliche Gleichheit. Die Genügsamkeit oder, wie sich Montesquieu ausdrückt, die Liebe zur Genügsamkeit „beschränkt den Wunsch nach Besitz auf das, was für den Unterhalt der Familie notwendig ist, und verzichtet auf den Ueberfluß zu Gunsten des Vaterlandes“.⁷ Sie ist also im Grunde kaum etwas anderes als die Liebe zur wirtschaftlichen Gleichheit.

„Liebe zur Gleichheit und zur Genügsamkeit“, so lehrt Montesquieu weiter, „können in einem Staate nur dann bestehen, wenn in ihm Gleichheit und Genügsamkeit gesetzlich vorgeschrieben sind. . . Es ist daher ein sehr wahrer Grundsatz, daß in einer Republik die Gleichheit und Genügsamkeit nur dann geliebt werden können, wenn sie in ihr gesetzlich vorgeschrieben sind.“⁸ Als das Muster einer Demokratie erscheint ihm also ein Staat, wo außer der politischen auch die wirtschaftliche Gleichheit herrscht, wo „Jedermann dasselbe Glück und dieselben Vorteile besitzt, dieselben Freuden genießt und dieselben Hoffnungen hegt, wo das Streben jedes Einzelnen nur dahin geht, seinem Vaterlande größere Dienste zu leisten als die anderen Bürger“.⁹

Nach allem diesen muß man sagen, daß es Montesquieu trotz mehrfacher Anläufe doch nicht fertig gebracht hat, den Begriff der

Tugend ganz unzweideutig zu bestimmen: sie erscheint bei ihm bald als opferwillige Vaterlandsliebe schlechtweg, bald als gesetzlicher Sinn, bald als eine Vaterlandsliebe, die sich an die Bedingung knüpft, daß die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände auf dem Grundsatz der Freiheit aufgebaut seien. Daß er indessen die Vaterlandsliebe dieser letzten Art gemeint hat, geht daraus hervor, daß er die Tugend von dem Bestehen der Gleichheit abhängig macht und gelegentlich kaum von dem Geiste der Gleichheit unterscheidet, ja die Gleichheit und nicht sie als die Seele der Demokratie bezeichnet.¹⁰

Schon hierdurch wird das Urteil Sorels aufs Neue widerlegt, daß Montesquieu ein trefflicher Schriftsteller sei, der seine Wörter mit vollem Vorbedacht und reiflicher Ueberlegung gebrauche, so daß man immer wisse, was er mit ihnen sagen wolle, sobald man einmal erfaßt habe, wie er sie anzuwenden pflege. Und zu allem Ueberfluß ergibt sich, daß er nicht einmal das Wort Tugend ausschließlich im Sinne von politischer Tugend gebraucht; im Gegenteil, trotz seiner Verwahrung in der Vorbemerkung, hält er doch politische Tugend und christliche und moralische Tugend nicht auseinander: er spricht im weiteren Verlauf ganz wie herkömmlich von Tugenden in der Mehrzahl, rechnet zu ihnen die Sittenreinheit, Eidestreue, Hochherzigkeit, Unbestechlichkeit, Keuschheit, Standhaftigkeit, ja Einsicht und Kenntnisse und stellt ihnen den Luxus und Müßiggang, die Verderbtheit und Wollust und alle verbrecherischen Neigungen gegenüber. Völlig im Einklang damit führt er ferner aus, daß je mehr Tugend ein Volk besitze, desto weniger Strafen bei ihm nötig seien, und endlich widmet er ein ganzes Kapitel dem Nachweise, daß unter den Mitteln, „das Prinzip der Demokratie zu fördern“, ein Senat oder Areopag und Zensoren als Vorbild und Wächter der Sittenreinheit sehr bedeutsam seien.¹¹

Die Tugend ist nun aus der Despotie völlig ausgeschlossen, denn niemand kann diese Regierungsform lieben, die wider die menschliche Natur ist und die Gleichheit in der Knechtschaft bedeutet.¹² Sie findet sich dagegen zuweilen in der Aristokratie, aber doch nur selten, da dort die Loose der Menschen so ungleich sind,¹³ und ebenso auch nicht anders als nur zufällig in der Monarchie.¹⁴ Der Demokratie ist sie dagegen vorzugsweise eigen.¹⁵ Das ist nicht ein Zufall. In der Monarchie und der Despotie wachen Monarch

und Despot darüber, daß die Gesetze vollzogen werden. In der Demokratie ist das Volk Herrscher zugleich und Untertan und muß sich selber in Zucht halten. Alles beruht hier auf der freiwilligen Unterordnung unter die Gesetze. Wenn hier nicht die Tugend den Ehrgeiz und die Habsucht der Einzelnen zurückdrängte, würden die Gesetze bald als lästige Fesseln empfunden werden und ihre Geltung verlieren. So bedarf also die Demokratie infolge ihrer Natur der Tugend als der erhaltenden und belebenden Kraft, um nicht zu Grunde zu gehen.¹⁶

In der gleichen Weise sind nun auch in der Aristokratie, der Monarchie und der Despotie Natur und Prinzip miteinander verknüpft; überall verhält es sich so, daß auf dem Prinzip der Bestand der Regierungsform beruht.

(Die Mäßigung.) Was Montesquieu unter der Mäßigung versteht, ist verhältnismäßig einfach. In der Aristokratie, so führt er aus, ist der Adel der Herrscher, und das Volk der Untertan. Schon aus Rücksicht auf seine Herrscherstellung wird der Adel darüber wachen, daß das Volk im Gehorsam gegen die Gesetze verharret, aber zugleich muß er auch sich selber in Schranken halten. Dazu bedarf er der Mäßigung, die seine Mitglieder untereinander an Rang und Besitz gleich macht, die Einigkeit unter ihnen sichert und so die Entartung zur Oligarchie verhindert. Insofern ist also die Mäßigung nichts anderes als die Tugend, nur hier auf den Kreis des Adels beschränkt. Aber sie muß auf der anderen Seite auch das Verhalten des Adels gegenüber dem Volke regeln: die Adligen dürfen für sich keine Ausnahmestellung in der Justiz beanspruchen, sondern müssen jeder Klage zu Recht stehen; sie dürfen den Staat nicht zu ihrem Vermögensvorteil ausbeuten, auch selber nicht einmal Handel treiben, weil dabei ihr Ansehen den Wettbewerb der anderen Klasse erdrücken würde; sie müssen überhaupt jeden Uebermut dämpfen, sich ebenso kleiden wie das Volk, sich nicht stolz von ihm absondern, sondern ihm mit Leutseeligkeit begegnen, kurz alles vermeiden, wodurch die Beherrschten an ihre politische Nichtigkeit erinnert und zur Empörung gereizt werden könnten.¹⁷

(Die Ehre.) Schwieriger ist es dagegen, die „Ehre“ zu bestimmen, die als das Prinzip der Monarchie in dieser „an die Stelle der Tugend tritt und sie überall ersetzt“,¹⁸ denn Montesquieu legt dem Worte ebenso wie bei der Tugend statt seines landläufigen

Sinnes einen neuen unter: er bezeichnet die Ehre als „das Vorurteil jeder Person und jedes Standes“. ¹⁹ Schon Ancillon hat bemerkt, daß diese Begriffsbestimmung der Ehre von dem französischen Nationalcharakter abgezogen sei: „der Franzose habe das Bedürfnis, in den Augen der anderen zu glänzen und eine gewisse Ueberlegenheit zu erlangen oder zu zeigen. Ein solches Volk müsse weit mehr auf die Meinung anderer als auf Grundsätze halten; es lege keinen großen Wert auf das Sein, einen sehr großen aber auf den Schein; innerer Gehalt sei ihm wenig, äußerer Glanz alles. Es betrachte seine Handlungen selten an sich, sondern in dem Urteil der anderen Menschen. Die schwankende Ehre könne in seinen Augen leicht eine bessere Richtschnur seines Tuns als das Gesetz Gottes sein.“ ²⁰ Daneben mag an einen Ausspruch Eduards von Hartmann erinnert werden, der ohne Bezug auf die Montesquieusche Begriffsbestimmung gefällt ist und doch auf sie zutrifft, als ob er sie im Auge gehabt hätte: „Der Begriff der Ehre ist dem Romanen etwas wesentlich anderes als dem Germanen. Während dem Deutschen die wahre Ehre auf dem Ehrgefühl als auf einer inneren sittlichen Eigenschaft beruht und er das Ehrenhafte oder Ehrlose wesentlich an dem inneren Maßstabe seines sittlichen Bewußtseins mißt, läuft bei dem Romanen alle Ehre mehr oder minder auf das Point d'honneur hinaus, d. h. auf eine starke subjektive Reizbarkeit gegenüber gewissen äußerlichen Traditionen und Satzungen, sei es eines gewissen Standes- oder Lebenskreises. Nach dem Verlust aller anderen idealen Güter des Glaubens und der Sittlichkeit klammert sich der Romane um so krankhafter an das Point d'honneur, von dessen eitler Wesenlosigkeit er im Ernste zu glauben geneigt ist, daß es imstande sei, ihm alles andere zu ersetzen.“ ²¹

In der Tat bedeutet die Montesquieusche Ehre das Streben nach äußerlicher Anerkennung, den Wunsch, sich von der Umgebung abzuheben; er gebraucht für sie gelegentlich geradezu das Wort Ehrgeiz. ²² Er gesteht selber zu, daß diese Ehre philosophisch gesprochen eine falsche Ehre sei, ²³ findet sie aber doch mit dem Wesen der Monarchie untrennbar verbunden und auch für den Zweck der Monarchie, die Erhaltung der monarchischen Staatsform, ²⁴ unentbehrlich. „Die monarchische Regierung setzt Stände, Rangabstufungen und selbst einen Geburtsadel voraus; die Ehre strebt naturgemäß nach Auszeichnungen und Unterschieden: ihr Platz in

der Monarchie ist darum von selber gegeben.“²⁵ Der elende Charakter der Höflinge, ihre niedere Selbstsucht, Unwahrhaftigkeit, Schmeichelei, Treulosigkeit, Verachtung aller Pflichten bieten ein derart schlechtes Beispiel, daß man auf Tugend in der Monarchie nicht rechnen darf.²⁶ Da tritt nun an ihre Stelle die Ehre, um das Gleiche zu leisten wie sie. In der Republik zieht man in den Krieg, um Gesetz und Vaterland zu verteidigen; in der Monarchie folgt man dem Rufe des Fürsten zu den Waffen, um sich Ruhm zu erwerben und überhaupt vorwärts zu kommen. In der Republik übernimmt man ein Amt, um dem Vaterlande zu dienen; in der Monarchie wegen der damit verbundenen Auszeichnung. In der Republik fühlt man sich für seine Dienste gegen das Vaterland belohnt durch das Bewußtsein, mehr geleistet zu haben als die anderen Bürger; in der Monarchie wird man angespornt, Schwieriges zu vollbringen, durch die Hoffnung, Aufsehen damit hervorzurufen.²⁷ Derart bewirkt die Ehre also, daß Jedermann zum Gemeinwohl beiträgt, während er nur seinen eigenen Vorteil zu verfolgen glaubt.²⁸

Die Ehre bestimmt auch weiter alle Formen des Denkens und Empfindens, hat ihre eigenen Regeln für die Tugenden und beschränkt oder erweitert die Pflichten nach ihrem Belieben. Sie erlaubt Liebeshändel, wenn sich damit der Gedanke sieghafter Eroberung verknüpft, woraus dann allerdings folgt, daß in den Monarchien die Sitten nie so rein sind wie in den Republiken. Sie gestattet List, wenn diese die Schärfe des Verstandes leuchten läßt. Sie gebietet Freimut, weil ein solcher den kühnen und stolzen Mann kennzeichnet, während das Volk die Wahrheit nur um ihrer selber willen sagt. Sie fordert Höflichkeit, weil man mit dieser beweist, daß man nicht zum Pöbel, sondern zur vornehmen Welt gehört.²⁹ Kurz, sie ist es, die überall in der Monarchie Leben und Bewegung schafft.³⁰

Dem von ihm in solcher Weise geschaffenen Sinne des Wortes Ehre ist Montesquieu übrigens ebensowenig durchgehends treu geblieben, wie vorher dem von ihm aufgestellten Tugendbegriff, auch damit aufs neue das schon zweimal angeführte Urteil Sorels widerlegend. Er erzählt, daß Crillon nicht zu bewegen gewesen sei, den Herzog von Guise zu ermorden, und daß sich der Kommandant von Bayonne rundweg geweigert habe, die Hugenotten in seinem Befehlsbereiche gemäß der königlichen Weisung niedermetzeln zu

lassen, weil Henkersonarbeit nicht braven Bürgern und rechtschaffenen Soldaten anstünde; er führt das als zwei Beispiele dafür an, daß die Ehre Ungehorsam gegen den Fürsten gebiete, wenn der Fürst eine entehrende Handlung fordere,³¹ und kehrt damit zu der gewöhnlichen Auffassung von Ehre zurück.

(Die Furcht.) Ehre ist in der Despotie unmöglich, denn wo sich alle in der gleichen Knechtschaft befinden, kann sich keiner mehr dünken als die anderen. Und wie sollte der Despot, der nur das Gesetz seines Willens kennt und dessen Gewalt darauf beruht, daß er das Leben nehmen kann, die Ehre dulden, die ihre eigenen Gesetze hat und sich damit brüstet, das Leben gering zu schätzen. Männer von Selbstachtung wären imstande, eine Revolution zu machen.³² Es ist darum hier notwendig, daß die Furcht allen Mut niederschlägt und den Ehrgeiz bis auf den letzten Funken erstickt. Furcht muß also der Despot um seiner Sicherheit willen um sich her verbreiten; auch nur gelegentliche Milde wäre sein Verderben, weil sie die Furcht verschwinden ließe. Selbst die Religion muß dazu dienen, die Furcht der Untertanen zu verstärken. Aber auf der anderen Seite ist der Despot auch selber ein Opfer der Furcht. Er würde sein Serail untröstlich machen, wenn er es verlasse, weil er damit seine Person und seine Macht in andere Hände gäbe. Auch hat er so viele Fehler, daß er sich fürchten muß, seine natürliche Dummheit dem Tageslicht auszusetzen. So ist er gleichsam ein Gefangener in seinem Palaste, und führt nur selten in Person Krieg. Aber dabei darf er doch nicht wagen, den Krieg durch seine Feldherren führen zu lassen, weil sie an der Spitze eines Heeres ihm gefährlich werden könnten. Ja, er kann überhaupt nicht einmal ein Heer halten, weil ein solches auch schon eine Gefahr für ihn wäre. So muß er die Sicherheit seines Staates gegen andere Staaten darin suchen, daß er einen Teil von ihm zerstört, indem er nämlich die Grenzgebiete wüste legt und den Rest auf diese Weise gegen außen abschließt. In solcher Weise bestimmt also in der Despotie die Furcht alle vom Höchsten bis zum Niedersten in ihrem Tun und Lassen.³³

(Die Prinzipien und der gemischte Staat.) Nach Montesquieu kann nun eine Regierung immer nur ein einziges Prinzip haben. Er wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Erzählungen der Missionare, daß in China eine bewundernswerte Regierung bestehe,

die auf der Mischung von Furcht, Ehre und Tugend begründet sei; wenn das zuträfe, so erklärt er, so wäre damit seine Lehre von den Prinzipien über den Haufen geworfen, aber die Missionare würden durch die Angaben der Kaufleute widerlegt: von Tugend könne in China nicht gesprochen werden, und es müsse also dabei bleiben, daß China eine Despotie sei mit der Furcht als ihrem alleinigen Prinzip. Hier ist Montesquieu ganz folgerecht, denn es ist von seinem Standpunkte aus wirklich nicht denkbar, daß die entgegengesetzten Prinzipien der Tugend, Ehre, Furcht in Eintracht zusammenwirken könnten, aber auf der anderen Seite verneint er damit die Möglichkeit des gemischten Staates, von dem ja auch, wie schon erwähnt, in den ersten Büchern überhaupt keine Rede ist.³⁴

(Die Beurteilung der Prinzipien-Lehre.) Montesquiueus Lehre von den Prinzipien hat begeisterte Anerkennung gefunden und ist noch öfter in ihren Grundgedanken wie in ihren Einzelheiten angefochten worden. Faguet rühmt, sie sei die wahrste und klarste der Welt, Janet erblickt in ihr eine fruchtbare Neuschöpfung, die mit ihrer Gedankentiefe Bewunderung verdiene, wiewohl manches in ihr sonderbar und willkürlich, vielleicht sogar ungenügend sei. Treitschke dagegen urteilt, daß man es bei ihr nur mit geistreichen Bemerkungen zu tun habe, die nicht in die Tiefe gingen und das Wesen der Dinge nicht erschöpften, daß überhaupt bei dem Versuche, derartige Prinzipien der einzelnen Verfassungsformen aufzufinden, gar nichts herauskomme; er und Roscher finden das Prinzip einer Staatsform in dem politischen Gedanken, durch dessen Ausführung sie geschaffen sei, also das Prinzip der Monarchie in der Einheit, das der Aristokratie in der Sonderung und Abschließung der Stände, das der Demokratie in der Gleichheit.³⁵ Die Einwände, die im einzelnen gemacht werden, richten sich unter anderen dagegen, daß die Mäßigung gerade für die Aristokratie und die Ehre gerade für die Monarchie in Anspruch genommen würden, wo doch die Mäßigung für alle Staatsformen und nicht zum mindesten für die Demokratie notwendig sei und sich von der Ehre mit Fug behaupten lasse, daß sie noch mehr in der Aristokratie als in der Monarchie herrsche.³⁶ Es soll hier auf diese Fragen nicht näher eingegangen werden, weil das über den Rahmen einer Inhaltsangabe hinausführen würde; nur ein paar vereinzelte Bemerkungen mögen ihren

Platz finden, die geeignet sind, die Ausführungen Montesquieus zu erläutern.

Der Satz, daß die politische Tugend, d. h. die Liebe zum Vaterlande in dessen demokratischen Einrichtungen, für die Demokratie unentbehrlich sei, ist zweifellos richtig, enthält aber nicht gerade eine sehr tiefe Weisheit, denn keine Staatsform kann sich auf die Dauer behaupten, wenn die Regierten nicht mit ihr einverstanden sind. Auf der anderen Seite muß der Natur der Sache nach die politische Tugend als demokratische Willensrichtung für alle nicht-demokratischen Regierungsformen ebenso gefährlich sein, wie das Montesquieu hinsichtlich der Ehre für die Despotie behauptet. Montesquieu hält nun, wie wir gesehen haben, trotz seiner Verwahrung politische Tugend und christliche oder sittliche Tugend nicht scharf auseinander; er setzt sie vielmehr zueinander in das Verhältnis der Wechselwirkung,³⁷ so daß sie als zwei Seiten derselben Sache erscheinen. Daraus ergibt sich als menkwürdige Folgerung, deren er sich allerdings in seiner Art, die Dinge nicht bis zum Ende durchzudenken, nicht bewußt geworden ist, daß die christliche und sittliche Tugend als demokratisch von allen nicht-demokratischen Regierungen ebenso behandelt, d. h. bekämpft werden müßte, wie von dem Despoten die Ehre. Freilich versichert er in der Vorbemerkung, daß man in allen Ländern der Welt auf Sittlichkeit halte,³⁸ aber er erklärt doch auch wieder, daß das Prinzip der Monarchie, das in ihr gepflegt werden müsse, die Ehre, notwendig die Sittenreinheit schädige.³⁹ Schon Voltaire hat ihm darum die Frage entgegengehalten, ob er denn die Monarchie auf Laster gründen wolle.⁴⁰

Was die Mäßigung anbetrifft, so ist die Meinung, daß Montesquieu sie aus den nicht-aristokratischen Regierungsformen dadurch ausschließen wolle, daß er sie als das Prinzip der Aristokratie hinstelle, nicht zutreffend. Er weist in der Vorbemerkung darauf hin, daß es ein großer Unterschied sei, zu sagen: eine gewisse Eigenschaft, seelische Stimmung oder Tugend sei das Prinzip einer Regierung, und zu sagen: sie sei überhaupt nicht in dieser Regierung vorhanden;⁴¹ er erklärt weiter ausdrücklich, daß der Geist des Gesetzgebers immer der Geist der Mäßigung sein müsse.⁴² Eher ließe sich umgekehrt der Vorwurf erheben, daß er die Mäßigung zum erhaltenden Prinzip der Demokratie mache, indem er nämlich die Entartung der Demokratie darauf zurückführt, daß in

ihr der Gleichheitsgedanke übertrieben,⁴³ also das richtige Maß aus den Augen verloren werde.

Tugend und Furcht durchdringen nach der Darstellung Montesquieus die Demokratie und die Despotie vollkommen; die Mäßigung ist nach ihm die Eigenschaft, die in der Aristokratie wenigstens den herrschenden Volksteil erfüllen muß. Hinsichtlich der Ehre ist das oben Gesagte, daß er ihren Begriff von dem französischen Nationalcharakter abgezogen hat, dahin zu ergänzen, daß er bei ihr nur den französischen Adel im Auge hat.⁴⁴ Janet führt im Hinblick auf das Verhalten Crillons und des Bayonner Kommandanten aus, daß der Ehrbegriff eine Schranke für den Monarchen bilde und die Entartung zur Despotie verhindere.⁴⁵ Es darf aber nicht übersehen werden, daß der Ehrbegriff, von dem sich jene beiden Männer haben leiten lassen, bei Montesquieu nur eine Nebenrolle spielt, daß die Ehre, die „philosophisch gesprochen“ eine falsche Ehre und für ihn doch das Prinzip der Monarchie darstellt, nichts weiter als das Streben nach äußerlicher Geltung ist. Man begreift nicht, warum diese Art von Ehre aus der Despotie ausgeschlossen sein soll; die Beispiele, die er für ihre Wirkungen anführt, daß niemand genötigt werden dürfe, in dem Heere eine Stellung anzunehmen, die niedriger sei als eine andere, die er schon früher bekleidet habe, also z. B. unter einem Leutnant zu dienen, dem man im Jahre vorher als Hauptmann übergeordnet gewesen sei, finden gerade in dem despotischen Rußland höchst merkwürdige Gegenstücke.⁴⁶

Die Summe ist: Montesquieu hat sein Versprechen nicht wahr gemacht, über die Regierungsprinzipien, von denen der höchste Einfluß auf die Gesetze ausginge, gründliche Klarheit zu verbreiten; es kann darum nicht anders sein, als daß auch das Folgende an vielfacher Unklarheit krankt.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch III usw.

1. III, 1 Abs. 2: „Il y a cette différence entre la nature du gouvernement et son principe, que sa nature est ce qui le fait être tel; et son principe, ce qui le fait agir. L'une est sa structure particulière, et l'autre les passions humaines qui le font mouvoir“, III, 3 Abs. 1, 3, 6, 9, III, 7 Abs. 2, III, 8 Abs. 4, IV, 5 Abs. 3. Als gleichbedeutend mit Prinzip wird auch „ressort“ gebraucht: Avertissement Abs. 1—2, III, 3 Abs. 1, III, 5 Abs. 9, III, 9 Abs. 3, III, 10 Abs. 7, VI, 2 Abs. 1.

2. Der Ausdruck Seele für die Prinzipien der Demokratie und Aristokratie: III, 4 Abs. 6, V, 5 Abs. 12, V, 15 Abs. 9.

3. III, 2.

4. Avertissement Abs. 1 und 2.

5. IV, 5 Abs. 1—2, V, 2 Abs. 1, V, 3 Abs. 1—2.

6. V, 3 Abs. 5, V, 5 und 6.

7. V, 3 Abs. 5: „L'amour de la frugalité borne le désir d'avoir à l'attention que demande le nécessaire pour sa famille, et même le superflu pour sa patrie“.

8. V, 4 Abs. 1 und 4.

9. V, 3 Abs. 2 und 3. Ueber Ausnahmen von der politischen Gleichheit vgl. V, 5 Abs. 13; sie betreffen aber (vgl. Piil a. a. O. 10) nur das passive, nicht das aktive Wahlrecht.

10. Vgl. VIII, 2, V, 5 Abs. 12, V, 15 Abs. 9. Daraus ergibt sich das Urteil über Faguets (a. a. O. 3) Angriff auf Voltaire: „Par ce mot de vertu, Montesquieu, il l'a dit vingt fois, encore que Voltaire n'ait jamais voulu l'entendre, entend la „vertu politique c'est-à-dire tout simplement le patriotisme“.

11. III, 3 Abs. 1, III, 5 Abs. 6 und 8, IV, 2 Abs. 2—3, 16 und 18, IV, 6 Abs. 2, V, 7, V, 11 Abs. 7, V, 12, VI, 9 Abs. 1 und 4, VI, 11 Ueberschrift und Abs. 1, VII, 2 Abs. 4, VII, 7 Abs. 1, VII, 8 Abs. 1, VII, 9 Abs. 5, VII, 13 Abs. 9, VII, 17 Abs. 1, VIII, 13. Uebrigens macht schon Koch a. a. O. 16 auf das Verschwommene der „Tugend“ aufmerksam.

12. V, 14 Abs. 30.

13. V, 8 Abs. 1.

14. Avertissement Abs. 2, III, 5 Abs. 8 und 9.

15. IV, 5 Abs. 3: „est singulièrement affectée aux démocraties“.

16. III, 3 Abs. 1—3 und 7.

17. III, 4, V, 8. Der unklare Absatz V, 8 Abs. 1: „Comme il est rare que dans l'aristocratie où les fortunes des hommes sont si inégales il y ait beaucoup de vertu, il faut que les lois tendent à donner, autant qu'ils peuvent, un esprit de modération et cherchent à rétablir cette égalité que la constitution de l'état ôte nécessairement“ fordert doch wohl nur die Gleichheit vor Gericht und Steuer. Wollte man ihn dahin auslegen, daß die Gesetze nach Möglichkeit auch auf politische Gleichheit hinarbeiten müßten, so würde er der Mäßigung die Aufgabe zuweisen, die aristokratische Regierungsform — nicht zu erhalten, sondern zu Gunsten der demokratischen aufzuheben. II, 3 Abs. 9 heißt es allerdings: „plus une aristocratie approchera de la démocratie, plus elle sera parfaite“, am vollkommensten also als Demokratie. Vgl. auch III, 4 Abs. 5: „Or, un corps pareil (d. h. der Adel in der Aristokratie) ne peut se réprimer que de deux manières: ou par une grande vertu, qui fait que les nobles se trouvent en quelque façon égaux à leur peuple, ce qui peut former une grande république“, wobei zu beachten ist, daß Montesquieu Republik im engeren Sinne für Demokratie gebraucht.

18. III, 6 Abs. 1: „prend la place de la vertu politique et la représente partout“.

19. III, 6 Abs. 1: „le préjugé de chaque personne et de chaque condition“.

20. Ancillon a. a. O. 90—93; vgl. auch Piil a. a. O. 48.

21. Vgl. E. v. Hartmann, Die militärischen Leistungen der Republik von 1870. in *Zwei Jahrzehnte deutscher Politik*, S. 27.

22. III, 7 Abs. 1 und 2 und III, 9 Abs. 2 (Ehre gleichgesetzt mit Ambition), vgl. d'Alembert, Analyse de l'Esprit des lois (bei Laboulaye a. a. O. III, 68); III, 8 Abs. 1 (im Sinne von se préférer aux autres), V, 4 Abs. 2 (im Sinne eines Strebens nach Superiorité, das allerdings auch in der Despotie vorkommen soll), V, 19 Abs. 17: „la nature de l'honneur est d'avoir pour censeur tout l'univers“.

23. III, 7 Abs. 4.

24. III, 3 Abs. 1, III, 6 Abs. 1.

25. III, 7 Abs. 1: „Le gouvernement monarchique suppose, comme nous avons dit, des prééminences, des rangs et même une noblesse d'origine. La nature de l'honneur est de demander des préférences et des distinctions; il est donc, par la chose même, placé dans ce gouvernement.“

26. III, 5 Abs. 6—9.

27. III, 7 Abs. 5, IV, 2 Abs. 21—22, V, 3 Abs. 3, V, 19 Abs. 2, 4, 7—8, 12—13.

28. III, 5 Abs. 1—3, III, 6 Abs. 1, III, 7 Abs. 3—5. Anders erklärt Faguet a. a. O. 2 und 4 die „Ehre“: Ce souci de se distinguer, d'être quelqu'un aux yeux du roi, de la noblesse, du clergé, de la magistrature, ou de la commune, ce n'est déjà plus l'individualisme pur et simple qui ne songe qu'à lui. C'est une manière de patriotisme aristocratique. On agit par amour pour son roi ou pour sa caste“ und „Cette première forme de patriotisme, c'est-à-dire de désintéressement, qui s'appelle l'honneur“. Aerger kann man die Meinung Montesquiens nicht entstellen.

29. IV, 2 Abs. 6—8, 11—13, 17—18, VI, 21 Abs. 1.
30. III, 7 Abs. 2—3, III, 6 Abs. 1, III, 7 Abs. 4.
31. IV, 2 Abs. 19—20, Vgl. Koch a. a. O. 19. Auch Janet a. a. O. 347 f. und 353 urteilt, daß der Montesquieusche Begriff der Ehre unklar und verworren sei.
32. III, 5 Abs. 2, III, 8 Abs. 1—3, III, 9 Abs. 2.
33. III, 3 Abs. 1, III, 9 Abs. 1—3, V, 14 Abs. 3, 5, 11—13, 15—16, 29.
34. VIII, 21. Diese Stelle hat Janet a. a. O. 376 f. völlig übersehen, wenn er in Hinblick auf Buch XI urteilt: alle Weisen hätten die Notwendigkeit d'un gouvernement tempéré begriffen, aber vor Montesquieu „aucun n'avait indiqué avec autant de précision l'union de l'hérédité monarchique, du privilège aristocratique et du droit populaire, comme la combinaison la plus nécessaire à la liberté“.
35. Faguet a. a. O. 2, Janet a. a. O. II, 346 f., vgl. auch 340, 347 ff., 351—354, 358 ff. Treitschke, Politik II, 5 f., Roscher, Politik 28 f., 143, ferner Koch a. a. O. 16 f.; über Vorläufer der Prinzipienlehre Solazzi 55 ff.
36. Vgl. hierzu noch Ancillon a. a. O. 239, F. v. Raumer, Ueber die geschichtliche Entwicklung der Begriffe von Recht, Staat und Politik 77 f.
37. V, 2 Abs. 2: „L'amour de la république conduit à la bonté des mœurs, et la bonté des mœurs mène à l'amour de la patrie.“
38. Avertissement Abs. 1: „on veut de la morale dans tous les pays du monde.“
39. IV, 2 Abs. 6.
40. (Voltaire, Commentaire (Voltaire-Beuchot Bd. 50 S. 82).
41. Avertissement Abs. 2; vgl. auch III, 5 Abs. 9.
42. XXIX, 1 Abs. 1.
43. Vgl. VIII, 2 Abs. 1.
44. Vgl. Koch a. a. O. S. 19.
45. Janet a. a. O. II, 340, 353 f.
46. V, 19 Abs. 4; vgl. dazu Janet 354, über den Wert, den man in Frankreich auf die Rangordnung legte, Roscher a. a. O. 376 f., über Seitenstücke in Rußland Leroy-Beaulieu, L'empire des Tzars et les Russes I, 340, 342, v. d. Brüggem, Wie Rußland europäisch wurde, S. 29.

Buch IV.

Die Gesetze der Erziehung müssen den Prinzipien der Regierung entsprechen.

Schon der Ausdruck „Gesetze der Erziehung“ muß hier erläutert werden. Der erste Eindruck kann kaum ein anderer sein, als daß Montesquieu damit die Gesetze im Auge gehabt habe, die von den Regierungen über die Erziehung zu erlassen seien, daß er also von der Einrichtung sprechen wolle, die in den einzelnen Regierungsformen dem Erziehungswesen gegeben werden müßte.¹ Wenn er dann aber in dem zweiten Kapitel ausführt, daß in der Monarchie die eigentliche Erziehung nicht in den Schulen stattfinde, sondern erst mit dem Eintritte in das Leben beginne und daß diese Erziehung durch das Leben dahinführe, die „Ehre“ als den Maßstab alles Handelns zu betrachten,² so ergibt sich, daß er mit den „Gesetzen der Erziehung“ nur die durch die Erziehung übermittelten Lehren hat bezeichnen wollen und daß der Satz: „die Gesetze der Erziehung müssen den Prinzipien der Regierungen entsprechen“ nichts weiter bedeutet als: in der Demokratie muß die Erziehung Tugend verbreiten, in der Monarchie wird sie das Gefühl der Ehre einflößen und in der Despotie die Herzen mit Furcht erfüllen. Montesquieu hat den schiefen Ausdruck „Gesetze der Erziehung“ nur gewählt, um einen wirkungsvollen Gegensatz zu den „Gesetzen, die der Gesetzgeber gibt“ zu gewinnen, von denen er im fünften Buche zu handeln unternimmt, und überhaupt für alles das, was er in diesem vierten Buche vorzubringen wünschte und was zum Teil mit dem „Geiste der Gesetze“ nichts zu tun hat, einen äußerlichen Zusammenhang mit dem Titel des ganzen Werkes herzustellen.

Sobald man Tugend, Ehre und Furcht als die Prinzipien der Demokratie, Monarchie und Despotie gelten lassen will, wird gegen

den leitenden Gedanken dieses Buches nichts einzuwenden sein; allerdings ist seine Weisheit weder neu noch tief; es ist nur die alte Wahrheit in etwas veränderter Form, daß die Erziehung nicht zu einer Gesinnung führen darf, die den bestehenden Staatseinrichtungen widerspricht, wenn diese nicht gefährdet werden sollen, daß also z. B. in der Despotie Freiheitshelden und Tyrannenmörder der Jugend nicht als leuchtende Vorbilder hingestellt werden dürfen.

Montesquieu beginnt mit der Erziehung in der Monarchie: wie sie lehre, daß man sich von seinen Mitbürgern abheben müsse und weniger auf das zu sehen habe, was man anderen schulde, als auf das, was man sich selber schulde.³ Es folgen dann die Stellen, die bereits angezogen sind, um den Begriff der Montesquieuschen „Ehre“ zu bestimmen: wie in den Monarchien die Ehre Liebschaften und Ränkespiel rechtfertige und Freimütigkeit und Höflichkeit fordere, wie sie gebiete, den Befehlen des Fürsten nur so weit zu gehorchen, als in ihnen nichts Unehrenhaftes verlangt werde, wie sie dem Adel in erster Linie vorschreibe, dem Könige im Kriege zu dienen, weil das der vornehme Beruf sei, der reiche Gelegenheit biete, sich einen großen Namen zu machen. Anknüpfend an sein früheres Eingeständnis, daß diese Ehre philosophisch gesprochen allerdings eine falsche Ehre sei, fügt Montesquieu in einer Anmerkung hinzu: er sage hier nur, was tatsächlich sei, nicht, was sein solle, denn die Ehre sei ein Vorurteil, wie sich denn die Religion auch bemühe, es zu zerstören oder doch zu regeln.⁴

Was Montesquieu hier über die Rolle der Ehre ausführt, hat seine Unterlage in den damaligen Zuständen Frankreichs; es stimmt in überraschender Weise mit zwei Briefen überein, in den Elisabeth Charlotte über die Anschauungen von Sittlichkeit und erlaubter List berichtet, die sich unter Ludwigs XIV. Regierung geltend machten. Die Herzogin schreibt an ihre Muhme, die Kurfürstin Sophie von Hannover: „Alle junge Leütte In general seindt Erschrecklich debauchirt undt alle Laster Ergeben, liegen undt betriegen fehlt Ihnen nicht undt meinen Es werde Ihnen Eine schande, wen sie sich piquiren solten Ehrliche Leütte zu sein, wass sie aber thun ist Sauffen, debauchiren und wüstereyen sagen undt wer ahm ungeschicksten unter Ihnen ist, davon halten sie ahm meisten undt der ist ahm besten estimirt“,⁵ und ein anderes Mal: „Die Leute von Qualität sind in diesem Lande viel ärger debauchiert als die ge-

meinen Leute. Die Franzosen halten sich's vor eine rechte Ehre, debauchiert zu sein, und wer sich pikieren wollte, seine Frau allein zu lieben, würde für einen Sot passieren und würde von Jedermann verspottet und verachtet werden, so ist's hier beschaffen. Muß nur noch sagen, daß man sich hier vor eine Ehre hält, keine Verwandte zu lieben. Die es thun, sagt man, seien bürgerlich.“⁶

Wie das Urteil Elisabeth Charlottens nur auf den Adel zielt, den sie am Hofe Ludwigs XIV. vor sich hatte, so beziehen sich auch die Äußerungen Montesquieus nur auf den höfischen Adel seiner Zeit; „das heiße nicht die Nation, sondern die Höflinge schildern“, hat schon Helvetius mit bitterem Tadel bemerkt.⁷ Indem Montesquieu von der Ehre als der treibenden und erhaltenden Kraft in der Monarchie spricht, denkt er überhaupt nur an den Adel.⁸ Wenn er sagt, daß die Erziehung in der Monarchie mit dem Eintritt in die Welt beginne, so meint er mit der Welt die vornehme Welt, die am Hofe und unter sich verkehrt. Das ist für ihn die Gesellschaft schlechthin. Was nicht zu ihr gehört, ist Pöbel,⁹ gemeine Leute, die sich nicht zu benehmen verstehen und z. B. in unadliger, lächerlicher Weise die Wahrheit um der Wahrheit willen ganz grob herausagen. Mit ihnen umzugehen, wird der Mann, der auf „Ehre“ hält, der „Ehrenmann“,¹⁰ auf das Sorgfältigste vermeiden. Wie sie denken und fühlen, erscheint als vollkommen gleichgültig; worauf es für die Monarchie ankommt, ist, daß der Adel den Geboten der Ehre gehorcht. Was die Ehre dem Adel gebietet, sind nicht Pflichten gegen die Allgemeinheit; selbst die Pflicht, dem Könige im Kriege zu dienen, ist nur in der Rücksicht auf den Vorteil des Adels begründet. Die Ehre gebietet dem Adel, zwischen sich und dem übrigen, dem gemeinen Volke eine deutliche Scheidelinie zu ziehen, die es unmöglich macht, ihn mit dem Volke zusammenzuwerfen.

Hinsichtlich der Erziehung in der Despotie faßt sich Montesquieu ganz kurz: sie müsse knechtisch sein und dahin zielen, den Mut herabzudrücken. Und ganz von selber entstehe die Furcht unter den Drohungen und Züchtigungen und erfülle notwendig auch das Leben in der Familie.¹¹

Etwas ausführlicher ist er dann wieder über die Erziehung in der Demokratie: ihre Aufgabe, die Tugend lebendig zu erhalten, sei die allerschwierigste, insofern die Tugend als die Liebe zum Vaterlande volle Selbstlosigkeit fordere. Schon den Kindern müsse sie

von ihren Vätern gelehrt werden, aber das habe zur Voraussetzung, daß sie in den Vätern selber lebendig sei. Beachtenswert seien die Einrichtungen, die von den alten Griechen getroffen seien, um das zu erreichen, so die Lykurgische Gesetzgebung, der es dann auch zugeschrieben werden müsse, daß Lacedämon erst nach den anderen griechischen Staaten den Macedoniern unterlegen sei.¹²

Ueber den Inhalt der Lykurgischen Gesetzgebung bewegt sich Montesquieu nur in dunkeln Wendungen; doch lassen sich zwei Bestimmungen erkennen, die nach seiner Ansicht dazu beigetragen haben, die Tugend, d. h. die Sittenreinheit zu bewahren: das Verbot des Geldes und das Verbot des Handels, denn das Geld steigere die Begehrlichkeit ins Unendliche, und der Handel untergrabe die Sittenreinheit. Er führt noch das Beispiel der Epidamnier an: als diese gemerkt hätten, daß ihre Sitten durch den Verkehr mit den Barbaren gefährdet würden, seien sie dem dadurch begegnet, daß sie den Handel verstaatlicht hätten: es sei ein Beamter von ihnen gewählt worden, der im Namen und auf Rechnung der Stadt allen Handel zu betreiben gehabt habe.¹³ Solche Einrichtungen wie die Lykurgs, heißt es dann weiter, seien indessen nur in einem kleinen Staate wie den griechischen Städten, nicht aber in einem großen Staate möglich; das gelte vor allem von dem Verbote des Geldes, denn der Handelsverkehr in den großen Staaten könne sich nicht mehr auf dem Wege des Tausches abspielen, sondern verlange einen allgemeinen Wertmesser.¹⁴

Es ist auffällig, daß Montesquieu entgegen der Aufforderung, die für ihn in der Natur der Sache lag, von der Erziehung in der Aristokratie kein Wort zu sagen weiß. Umgekehrt behandelt er in einer Anzahl von Kapiteln Dinge, die mit dem Titel des Buches gar nichts zu tun haben, (Kapitel 6—8) oder die doch mit ihm nur auf das Allerloseste zusammenhängen (Kapitel 4), und verbreitet er sich z. B. in dem Kapitel, das „Von einigen Einrichtungen bei den Griechen“ überschrieben ist, nicht nur über das demokratische Pennsylvanien, sondern auch über den Jesuitenstaat von Paraguay.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch IV usw.

1. Destutt a. a. O. 50 macht es darum Montesquieu zum Vorwurf, daß er sich nicht über die Art der Erziehung näher ausgelassen habe, und sucht, diesen Mangel durch eigene Ausführungen zu ersetzen.

2. IV, 2 Abs. 1, 4, 5, 17, 18.

3. IV, 2 Abs. 3: „Les vertus qu'on nous y montre sont toujours moins ce que l'on doit aux autres que ce que l'on se doit à soi-même: elles ne sont pas tant ce qui nous appelle vers nos concitoyens que ce qui nous en distingue.“

4. IV, 2.

5. Vgl. Ranke, Französische Geschichte, Band VI (S. W. Band XIII) S. 44.

6. Vgl. Riehl, Die bürgerliche Gesellschaft, S. 166.

7. Helvetius bei Ellissen II, 31.

8. Vgl. IV, 2 Abs. 2: „il faut mettre dans les vertus une certaine noblesse“, Abs. 5: „dès que l'honneur y peut trouver quelque chose de noble ...“, Abs. 10 und 12, Abs. 13: „Dans les monarchies, la politesse est naturalisée à la cour. Un homme excessivement grand rend tous les autres petits. De là les égards que l'on doit à tout le monde; de là naît la politesse, qui flatte autant ceux qui sont polis que ceux à l'égard de qui ils le sont, parce qu'elle fait comprendre qu'on est de la cour, ou qu'on est digne d'en être“, dazu Koch a. a. O. 19.

9. IV, 2 Abs. 12: „la bassesse“, „cette sorte de gens que l'on a abandonnées dans tous les âges“.

10. IV, 2 Abs. 16: „l'honnête homme“.

11. IV, 3 und IV, 5 Abs. 1.

12. IV, 5 und 6.

13. IV, 6 Abs. 2 und 8—10.

14. IV, 7.

Buch V.

Die Gesetze, die der Gesetzgeber gibt, müssen dem Prinzip der Regierung entsprechen.

Die Gesetze, die der Gesetzgeber gibt, müssen dem Prinzip der Regierung entsprechen, weil das dem Prinzip neue Kraft verleiht und für die Regierungsform die Gewähr der Dauer verstärkt.¹

Montesquieu beginnt damit, diesen Satz für die Demokratie zu erläutern. Ausgehend von dem Begriff der Tugend als demokratischer Gesinnung, setzt er eingehend auseinand, wie der demokratische Staat für eine möglichst gleiche Verteilung des Grundbesitzes, ja der Vermögen überhaupt sorgen müsse, um auf diese Weise die Grundlage demokratischer Gesinnung zu sichern.² Dann gleitet er in den Begriff der Tugend als der Sittenreinheit hinüber.

Allerdings, so führt er aus, könne es sich in einer Demokratie, die auf den Handel gegründet sei, ereignen, daß Einzelne im Besitz großer Reichtümer seien, ohne daß die Sitten darunter litten. Das komme daher, daß der Geist des Handelns den Geist der Genügsamkeit, Sparsamkeit, Mäßigung, des Fleißes und der Weisheit, der Ruhe, Ordnung und Regel mit sich bringe; so lange sich dieser Geist erhalte, hätten die Reichtümer, die er schaffe, keine schlechte Wirkung. Das Uebel beginne erst, wenn ein Uebermaß von Reichtümern diesen Handelsgeist zerstöre, d. h. Einzelne in die Lage versetze, nicht mehr arbeiten zu müssen. Um den Handelsgeist zu bewahren, sei es darum erforderlich, daß die vornehmsten Bürger persönlich Handel trieben und daß die durch den Handel anwachsenden Reichtümer durch die Gesetze wieder dermaßen geteilt würden, daß ein Mittelmaß des Besitzes entstehe, bei dem niemand zu arm sei, um nicht wie die anderen arbeiten zu können, niemand so reich, um sich der Arbeit zu entschlagen.³

Es springt in die Augen, wie sich Montesquieu hier im Kreise dreht: nachdem er im Anfange große Reichtümer als unschädlich für die Demokratie bezeichnet hat, solange der Handelsgeist bestehe, erklärt er es am Schlusse für notwendig, große Reichtümer zu verhindern, um den Handelsgeist nicht untergehen zu lassen. Daß nach seinem früheren Urteil Geldverkehr und Handel überhaupt für die Sittenreinheit der Demokratie gefährlich und der Handel wenigstens nur in der Form des Staatsmonopols zulässig sein sollte, ist noch wieder eine Sache für sich.

Eine gleichmäßige Verteilung des Grundbesitzes, so heißt es dann endlich, wird aber nicht immer, ja nur höchst selten möglich sein. Da gilt es denn, sich nach anderen Mitteln umzusehen, um die Sittenreinheit zu schützen. Solche Mittel sind: ein Senat oder Areopag, der als Vorbild wirkt, Festhalten an den alten Bräuchen, gegenseitige Aufsicht der Bürger, Zensoren als Wächter der Sitten, strengste Unterordnung der Jugend unter das Alter, weitgehende väterliche Befugnisse.⁴

In der Aristokratie müssen die Gesetze Mäßigung einschärfen: der Adel muß also alles vermeiden, was unter ihm selber die Gleichheit und Einigkeit stören könnte; er muß sich noch ebenso sehr davor hüten, seine Herrscherstellung den Untertanen gegenüber im Verkehr zu betonen oder wirtschaftlich auszunutzen und dadurch drückend und gehässig zu machen.⁵

Was dann die Monarchie angeht, so müssen die Gesetze in ihr der Ehre als ihrem Prinzip entsprechen und demgemäß dahin zielen, den Adel zu erhalten. Nach ihnen muß also der Adel erblich sein. Der Edelmann muß das Recht haben, falls ihm ein unmittelbarer Erbe fehlt, seinen Erben zu bestimmen, damit das Gut in der Familie bleibt; aus demselben Grunde auch das Recht, ein Gut, das ein Verwandter von ihm verkauft hat, von dem Käufer binnen Jahresfrist wieder einzulösen. Wie die Edelleute persönlich, so müssen auch die adligen Güter mit Vorrechten ausgestattet sein. Alle diese Vorrechte dürfen nur dem Adel, aber nicht dem Volke zuteil werden, wenn nicht das Prinzip der Monarchie verletzt und die Stärke des Adels wie des Volkes verringert werden soll. Allerdings wirken sie für die Volkswirtschaft nachteilig, und im besonderen die Feudallasten bedeuten für die, die ihnen unterworfen sind, eine schwere Last, aber das muß eben mit in den Kauf genommen

werden, wenn es einen Adel geben soll, und wird durch den politischen Nutzen, den ein Adel für die Allgemeinheit hat, wieder vollkommen aufgewogen.⁶

Man müßte erwarten, daß sich Montesquieu im Anschlusse hieran nun auch darüber ausließe, in welcher Weise die Gesetze in der Monarchie auch die anderen Zwischengewalten zu berücksichtigen hätten. Aber darüber verliert er kein Wort: wie er in dem vierten Buche, als er die Rolle der Ehre schilderte, nur die Ehre des Adels im Auge hatte, so beschäftigt er sich hier nur damit, eine bevorrechtigte Stellung des Adels zu begründen. Dann folgt sogleich der Satz: „Die Gesetze müssen den Handel, den die Verfassung der Monarchie nur dem Volke erlaubt, begünstigen, damit die Untertanen den immer neu entstehenden Bedürfnissen des Fürsten und seines Hofes genügen können, ohne zu Grunde gerichtet zu werden“.⁷ Das Auffallende von ihm schwindet, wenn man sich vergegenwärtigt, daß tatsächlich im alten Frankreich ein übergroßer Teil der Staatseinnahmen durch die Bedürfnisse des Hofes und die Begehrlichkeit der oberen Stände in Anspruch genommen wurde.⁸

In einem späteren Kapitel verteidigt Montesquieu dann noch die Verkäuflichkeit der Aemter in der Monarchie: so unangebracht sie für die Despotie sei, wo der Fürst in der Lage sein müsse, die Beamten nach seinem Gutdünken anzustellen und schnell auch wieder zu entfernen, so passend sei sie für die Monarchie, denn sie bewirke, daß man das als einen Familienberuf betreibe, was man aus bloßer Tugend nicht würde übernehmen wollen, und verleihe den Ständen des Staates Dauer; sie sporne den Gewerbfleiß an, da sie jedem die Aussicht eröffne, sich durch Reichtum emporzuschwingen; die Gegenprobe liefere Spanien, wo alle Aemter vergeben würden und Trägheit die Begleiterscheinung sei. Die Verkäuflichkeit bringe endlich in ihrer gesetzlich geregelten Form auch bessere Männer in die Aemter als eine Ernennung durch den Fürsten, die in der Sache auf einen Verkauf durch die habgierigen Höflinge hinauslaufen würde.⁹

Es dürfte wohl nicht erforderlich sein, auf den volkswirtschaftlichen Grund, der hier für die Verkäuflichkeit angeführt wird, näher einzugehen. Das Hauptgewicht liegt auch nicht auf ihm, sondern auf dem Zusammenhange, in den die Verkäuflichkeit mit dem Prinzip der Monarchie gebracht wird und der dem einmal eingenommenen

Standpunkte Montesquieus durchaus entspricht. Allerdings kann man auf der anderen Seite Voltaire verstehen, der entrüstet Verwahrung dagegen einlegt, daß „der göttliche Beruf, die Gerechtigkeit zu verwalten“ derart zu einem „Familienhandwerk“ herabgewürdigt werde, der weiter fragt, ob sich denn nicht auch ohne Verkäuflichkeit Männer finden würden, bereit, Richterstellen in den Parlamenten zu übernehmen, der endlich auf die Tatsache hinweist, daß sich die Verkäuflichkeit nur in Frankreich und nicht auch in den anderen Monarchien finde und auch in ihm erst durch Franz I. aus Geldnot eingeführt worden sei.¹⁰⁾

Von der Monarchie wendet sich Montesquieu schließlich zur Despotie. In einem kurzen Kapitel von nur drei Zeilen sucht er, sie zu kennzeichnen: „Wenn die Wilden Luisianas Früchte haben wollen, so schlagen sie den Baum an der Wurzel ab und pflücken die Frucht“.¹¹⁾ Bis zu welchem Grade sich die Verherrlichung Montesquieus bei den Franzosen versteigt, dafür liefert ein Beispiel Sorel, der von dem berühmten Kapitel spricht, das ein so großartiges Gleichnis enthalte.¹²⁾ Ganz anders hat dagegen das Urteil Voltaires gelaute: „Entweder ist der Jesuit, der diese Dummheit erzählt, sehr leichtgläubig, oder die menschliche Natur ist am Mississippi anders beschaffen als in der übrigen Welt. Kein Wilder ist so wild, um nicht dahinter zu kommen, daß ein ungehauener Apfelbaum keine Äpfel mehr trägt. Und ebensowenig gibt es einen Wilden, dem es nicht leichter und bequemer wäre, eine Frucht abzubrechen als den Baum umzuhauen“.¹³⁾ Der Spott ist schneidend, aber gerecht: Montesquieu hat, um Voltaires Ausdruck zu gebrauchen, eine Dummheit wiederholt, weil er recht geistreich erscheinen wollte. Zugleich hat er sich damit auch zu seiner Begriffsbestimmung des Prinzips in Widerspruch gesetzt, denn unmöglich läßt es sich miteinander vereinigen, auf der einen Seite das Prinzip als die erhaltende und belebende Kraft der Regierungsform zu bestimmen und auf der anderen Seite zu behaupten, daß die despotische Regierung ihr Dasein an der Wurzel treffe, indem sie gemäß ihrem Prinzip Furcht um sich verbreite. Und ebenso hat er sich auch den Weg versperrt, die Gesetze anzugeben, mit denen in der Despotie von dem Gesetzgeber auf das Prinzip der Furcht Rücksicht genommen werden müsse, damit die Furcht neue Kraft und die despotische Regierung eine verstärkte Gewähr ihrer Dauer bekomme.¹⁴⁾ Das

folgende Kapitel enthält denn auch trotz seiner Ueberschrift von solchen Gesetzen nichts, sondern beschränkt sich darauf, die Despotie und die Herrschaft der Furcht in ihr zu schildern.¹⁵

Wie dieses Kapitel so liefert das Buch überhaupt und noch mehr als das vorhergehende vierte Buch Beispiele dafür, daß sich Ueberschrift und Inhalt bei Montesquieu häufig nicht decken und daß seine Anordnung des Stoffes sehr mangelhaft ist. Mit der Ueberschrift: „Die Gesetze, die der Gesetzgeber gibt, müssen dem Prinzip der Regierung entsprechen“ haben die Kapitel 2—3, 10—12, 14—16 nichts zu tun: 2 und 3 erläutern den Begriff der Tugend, 10—12 handeln von der Natur der Monarchie, 14 schildert wie gesagt die Despotie und die Herrschaft der Furcht, 15—16 besprechen Einrichtungen, die sich aus der Natur von Monarchie und Despotie ergeben.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch V usw.

1. V, 1 Abs. 1: „Ce rapport des lois avec ce principe tends tous les ressorts du gouvernement, et ce principe en reçoit à son tour une nouvelle force“.

2. V, 5.

3. V, 6 Abs. 3—4.

4. V, 7.

5. V, 8.

6. V, 9.

7. V, 9 Abs. 10; vgl. dazu Solazzi 54, kaum anders kann nach dem Zusammenhange das gedeutet werden, was er unmittelbar darauf (V, 9 Abs. 11—12) über die Notwendigkeit sagt, die Steuererhebung in der Monarchie derart zu regeln, daß ihre Kosten nicht höher seien als die Steuern selber, weil zu starker Druck schließlich bei den Belasteten zur Trägheit führen würde.

8. Vgl. Boiteau, *Etat de la France en 1789*, S. 82: „Qu'on jette un coup d'oeil sur l'article des dépenses de tous les anciens budgets, quel aspect différent de ce qui nous frappe dans les nôtres, tout éloignés que nous sommes encore de la perfection! L'argent, puisé à pleines mains dans la bourse du roturier, ne revient presque jamais à sa source. Il n'alimente ni le commerce, ni l'industrie, ni l'agriculture; il ne sert à opérer que bien peu de travaux utiles au public. Le flot s'en répand surtout à la cour et dans les environs. La noblesse et le clergé s'y désaltèrent; mais la nation n'en peut approcher.“

9. V, 19 Abs. 12—14 und Anm. Während Montesquieu hier die Verkäuflichkeit nur als gut für eine Monarchie bezeichnet, sieht er sie an anderer Stelle als zum Wesen der Monarchie gehörig an, vgl. II, 4 Abs. 9.

10. Voltaire, *Commentaire* (Voltaire-Beuchot L. S. 82 f.). Faguet 122—123 sucht die Ansicht Montesquiens durch starke Umdeutungen zu rechtfertigen.

11. V, 13.

12. Sorel a. a. O. 88.

13. Voltaire, *Commentaire* (Voltaire-Beuchot L. S. 79 f.).

14. Vgl. Destutt a. a. O. I, 82.

15. V, 14.

Buch VI.

Folgen der Regierungsprinzipien für die Einfachheit der Zivil- und Kriminalgesetze, die Form der Urteile und die Bestimmung der Strafen.

Unter den Zivilgesetzen versteht Montesquieu zweierlei: einmal das gesamte bürgerliche Recht im Gegensatz zum öffentlichen Recht, sodann das bürgerliche Recht im engeren Sinne im Gegensatz zu den Kriminalgesetzen;¹ unter den Kriminalgesetzen versteht er, wie Kapitel 2 zeigt, neben den Strafen den Strafprozeß, der für ihn zusammen mit dem Zivilprozeß und der Gerichtsverfassung die „Form der Urteile“ bildet. In dem ersten Kapitel handelt er von dem bürgerlichen Recht im weiteren Sinne, in den Kapiteln 2—8 und 17 von der Form der Urteile und in den Kapiteln 9—16 und 18—20 von den Strafen. Ein Kapitel über das Begnadigungsrecht, das er, wie es scheint, für einen Teil des Strafrechts ansieht, bildet den Schluß. Ebenso wenig wie im vorigen Buche entspricht auch hier der Inhalt genau der Ueberschrift. Der Versuch, die Regierungsprinzipien als das Bedingende auf den genannten Gebieten nachzuweisen, ist vielmehr nur in den Kapiteln 2, 8, 10—13 und 20—21 gemacht, und auch da in der Hauptsache nur für die Monarchie und Despotie. In den Kapiteln 1 und 9 erscheint aber neben den Prinzipien auch die Natur der Regierungen als das Bedingende. In den Kapiteln 3—7 und 15 ist nur von dem Zusammenhange mit der Natur die Rede. Die Kapitel 14 und 16—19 endlich enthalten allgemeine juristische Erörterungen ohne oder doch jedenfalls nur mit der allerlosesten Beziehung auf den Satz von der Bedingtheit.

(Die Rechtspflege.) In der Monarchie, so heißt es zunächst, können die Gesetze nicht so einfach sein wie in der Despotie. Natur und Prinzip der Monarchie fordern, daß in ihr Leben, Eigentum und

Ehre der Untertanen gesichert seien. Darum muß es in ihr Gerichtshöfe geben, die die vorkommenden Rechtsfälle gewissenhaft untersuchen und eine feste Ueberlieferung für die Art der Rechtsprechung ausbilden, muß es weiter in ihr Gesetze geben, die auf Geburt und Rang Rücksicht nehmen und demgemäß neben anderen Vorrechten auch eine Verschiedenheit des Gerichtsstandes einräumen. Der Verschiedenheit des Personenrechtes muß eine Verschiedenheit des Vermögensrechtes entsprechen, und endlich darf auch die Sonderstellung der Provinzen mit ihren Gewohnheiten nicht außer Acht gelassen werden. In der Despotie dagegen bedeutet der Herrscher alles und die Untertanen nichts: sie sin seinem Willen gegenüber nur eine rechtlose Masse. Eine geordnete Gerichtsverfassung ist dort also ebenso überflüssig wie Gesetzbücher.²

In der Monarchie und ebenso in der Republik können die Förmlichkeiten des gerichtlichen Verfahrens kaum zu umständlich sein, weil dadurch die Freiheit und Sicherheit der Bürger gewährleistet wird. In der Despotie fällt der Pascha in der bündigsten Weise sein Urteil, ohne viel danach zu fragen, was für den Kläger oder Beklagten auf dem Spiele steht.³ In der Republik ergibt sich aus der Natur der Verfassung, daß sich der Richter an den Buchstaben des Gesetzes hält; in der Monarchie ist es ebenso, doch sucht der Richter, wenn das Gesetz nicht bestimmt gefaßt ist, dessen Geist; in der Despotie, wo es keine Gesetze gibt, urteilt der Richter frei nach seinem Ermessen.⁴ Je mehr sich also die Regierung der Republik nähert, um so mehr ist der Richter in seiner Selbständigkeit beschränkt:⁵ in Rom sprachen die Richter nur aus, daß der Angeklagte eines gewissen Verbrechens schuldig sei, und die Strafe fand sich im Gesetz; in England entscheiden die Geschworenen, ob die Tat, die vor sie gebracht worden ist, erwiesen sei oder nicht, und wenn sie erwiesen ist, verkündet der Richter die Strafe, die durch das Gesetz auf eine solche Tat gelegt ist; dazu braucht er nur im Gesetzbuch nachzusehen.⁶

Die Gedanken, die sich hier ausgesprochen finden, sind in mehr als einer Hinsicht merkwürdig. Es sei davon abgesehen, daß der Hinweis auf England nicht beachtet, wie auch in jedem Spruche der Geschworenen schon eine juristische Entscheidung enthalten ist und die Aufgabe des Richters auch in England nicht so einfach war, als daß er nur im Gesetzbuche nachzuschlagen gehabt hätte.⁷ Viel

auffälliger ist einmal, daß Montesquieu die Verschiedenheit des Gerichtsstandes als ein Vorrecht bezeichnet, das wie dem Monarchen, so auch der Gesellschaft am wenigsten zur Last falle,⁸ wo sie doch, wie Helvetius mit Grund bemerkt, dem Schwachen die Lust verleiden muß, sich Recht zu verschaffen,⁹ ferner, daß er, der allerdings nach seinem eigenen Eingeständnis nie in das Wesen des Prozesses eingedrungen ist,¹⁰ die Umständlichkeit des Verfahrens, die mit ihrer Kostspieligkeit dem Armen notwendig die Rechtshilfe erschwert, wenn nicht unmöglich macht, als einen Schirm von Sicherheit und Freiheit preist, endlich daß er das Verwickelte der Gesetze in der Monarchie in dem Gegensatz begründet findet, in dem die monarchische Verfassung zur despotischen stehe, ohne dem Gradunterschied in der allgemeinen Kultur irgendwelche Aufmerksamkeit zu schenken oder sich darum zu kümmern, daß doch auch die Demokratie mit ihrer „Freiheit“ nach Einförmigkeit strebt. Auf dieser Gegenüberstellung von der Monarchie mit ihrer Rechtssicherheit und der Despotie mit ihrer Willkür ist aber das Buch im wesentlichen aufgebaut, weshalb denn auch auf die Demokratie nur wenig und auf die Aristokratie gar nicht eingegangen ist.

Der Satz, daß in der Monarchie Gerichtshöfe nicht zu entbehren seien, die eine feste Ueberlieferung in der Rechtsprechung ausbildeten, und daß in ihr die Gesetze eine Mannigfaltigkeit aufweisen müßten, deren Beherrschung ein sicheres Wissen nötig mache, fordert mittelbar berufsmäßige und gelehrte Richter.¹¹ Es genügt aber nicht, daß die Richter für ihre Aufgabe fachmäßig vorgebildet sind: sie müssen auch unabhängig sein und nicht wie in der Despotie durch die Laune des Herrschers aus ihrem Amte entfernt werden können; diese Forderung wird erfüllt durch die Käuflichkeit der Stellen, die im vorhergehenden Buche verteidigt wurde.¹² Die Sicherheit der Rechtspflege wird aber auch dadurch noch nicht völlig gewährleistet, sondern hängt noch mit der Frage zusammen, ob der Herrscher und seine Minister Recht sprechen dürfen.

In der Demokratie, so setzt Montesquieu auseinander, ist es zum Schutze der Freiheit angebracht, daß das souveräne Volk in seiner Gesamtheit Majestätsverbrechen aburteilt.¹³ In der Despotie kann der Fürst selber Recht sprechen; in der Monarchie darf er es nicht: „die Verfassung würde zerstört, die abhängigen Zwischengewalten vernichtet werden; alle Rechtsförmlichkeiten würden auf-

hören, die Furcht würde sich aller Gemüter bemächtigen, man würde den blassen Schrecken auf allen Gesichtern lesen; es würde kein Vertrauen, keine Ehre, keine Liebe, keine Sicherheit, keine Monarchie mehr geben“.¹⁴ Es ist nicht recht ersichtlich, inwiefern die Verfassung zerstört und die Zwischengewalten vernichtet werden würden und von Ehre und Monarchie keine Rede mehr sein könnte; als der Sinn läßt sich aber vermuten: wenn es der Fürst in seiner Hand habe, zu entscheiden, was ein Majestätsverbrechen sei, werde er jede ihm nicht gefällige Meinungsäußerung von Seiten der Zwischengewalten und politischen Körperschaften als strafbare Auflehnung behandeln und damit alle Schranken seiner Macht niederbrechen.

Für seine Ansicht meint Montesquieu dann noch andere Gründe beibringen zu können: der Fürst sei es in der Monarchie, der die Anklage erhebe; wenn es ihm zustehen sollte, selber Recht zu sprechen, würde er Richter und Partei in einer Person sein. Dasselbe würde auch darum der Fall sein, weil er oft den Anspruch auf die gerichtlich eingezogenen Güter habe. Er müsse ferner die schönste Eigenschaft seiner Herrschaft, nämlich das Recht, Gnade zu üben, verlieren, weil er doch nicht in Widerspruch mit sich selber dadurch werde kommen wollen, daß er ein von ihm gefälltes Urteil wieder aufhebe. Weiter beweise die Geschichte Frankreichs durch Beispiele, daß seine Verfassung von einem Richteramt des Königs nichts wisse. Endlich würde sich auch der Einfluß der Höflinge dahin geltend machen, daß die Urteile des Fürsten ungerecht ausfielen.¹⁵ Schon Voltaire hat dazu bemerkt, daß hier das Wesen der Gnade völlig verkannt sei, und hat weiter seinem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß gerade ein Parlamentspräsident die Tatsache nicht kenne, daß es in Frankreich zu den Rechten der Pairs gehört habe, von dem Könige als oberstem Pair gerichtet zu werden.¹⁶

(Die Strafen.) In dem zweiten Teile seines Buches handelt Montesquieu dann von den Strafen: ihre Strenge sei der Despotie angemessen, deren Prinzip der Schrecken sei; nur dadurch werde man in ihr von einem Verbrechen zurückgehalten, daß man dessen Folgen fürchte. Da aber das Leben in ihr in seiner Erbärmlichkeit für die Einzelnen keinen Wert habe, so daß der Tod allein nicht gefürchtet werde, müsse die Todesstrafe noch durch Martern verschärft werden, um abzuschrecken. Anders in den gemäßigten

Staaten, wo bereits die Drohung der bloßen Todesstrafe wirke und wo ferner schon durch die Liebe zum Vaterlande und durch die Scham Taten verhindert würden, mit denen Schande verbunden sei.¹⁷

Mit diesem Gedanken, daß je mehr sich eine Regierungsform der Freiheit nähere, desto geringer in ihr die Strafen würden,¹⁸ verbindet Montesquieu dann den anderen, daß je mehr Tugend ein Volk besitze, desto weniger Strafen bei ihm nötig, d. h. daß in jedem Staate die Bestimmung der Strafen durch die Sittlichkeit des Volkes bedingt sei.¹⁹ Durch die unklare Doppelseitigkeit seines Tugendbegriffes wird er so dahin geführt, einen unlösbaren Zusammenhang zwischen Freiheit und Sittlichkeit herzustellen.

Unklar zeigt er sich dann weiter in dem 15. Kapitel. Im Gegensatz zu der Buchüberschrift, die das Strafrecht für abhängig von dem Prinzip der Regierung erklärt, sucht er hier an dem Beispiel der Römer deutlich zu machen, wie es durch die Natur der Regierung bedingt werde.²⁰ Die Gesetze der Königszeit, heißt es, waren sehr streng, weil — sie auf ein Volk berechnet waren, das sich aus Flüchtlingen, Sklaven und Räubern zusammensetzte. Die Dezemvirn behielten im Widerspruch mit dem Geiste der Republik diese Gesetze bei, weil sie nach tyrannischer Herrschaft strébten. Nach ihrem Sturze wurden dann aber fast alle Strafen abgeschafft.²¹ Unter Sulla und Caesar wurden sie wieder verschärft und endlich unter den Kaisern der Natur der Monarchie entsprechend²² in drei Klassen geteilt: ziemlich milde für die ersten Personen im Staate, strengere für Personen geringeren Ranges und ganz strenge für die untersten Schichten.

Vorher hatte Montesquieu es als notwendig für die Monarchie bezeichnet, daß die „Form der Urteile“ für die Stände verschieden seien; hier tut er das Gleiche hinsichtlich der Strafen. In demselben Sinne, nur noch schroffer im Tone, hat er sich in dem 10. Kapitel ausgedrückt: „In den alten französischen Gesetzen findet man so recht den Geist der Monarchie. In den Fällen, wo es sich um Geldstrafen handelt, werden die Nicht-Adligen geringer bestraft als die Adligen. Gerade umgekehrt ist es bei Verbrechen: der Adlige verliert seine Ehre am Hofe, während der gemeine Mann, der keine Ehre hat, am Leibe gestraft wird.“²³ Und ergänzend führt er in dem Schlußkapitel aus: in der Monarchie, wo die Ehre regiere und manches fordere, was das Gesetz verbiete, müsse der Fürst mit dem

Recht ausgestattet sein, zu begnadigen. Die Großen würden dort schon durch den Verlust seiner Huld, durch den oft eingebildeten Verlust ihres Glückes und Ansehens, ihrer Gewohnheiten und Vergnügungen so hart getroffen, daß es überflüssig sei, sie noch strenger zu bestrafen. Wolle der Fürst das doch tun, so werde er damit bei den Untertanen nicht nur seine Beliebtheit schädigen, sondern auch die Ehrfurcht vor den Leuten in hoher Stellung erschüttern.²⁴ Man begreift die Entrüstung von Helvetius, daß Montesquieu das Begnadigungsrecht nur mit dem Vorteile der Großen begründe und sich gar nicht darum kümmere, welches der Eindruck auf die anderen Klassen sein müsse, wenn es in der angegebenen Weise ausgeübt werde.²⁵

Neben den Kapiteln, wo Montesquieu von der Rechtspflege und den Strafen in ihrer Bedingtheit spricht und wo er, soweit er von der Monarchie handelt, den Blick wieder auf die besonderen Verhältnisse Frankreichs richtet, finden sich, wie schon gesagt, auch andere, wo er Art und Zweck der Strafen ohne Beziehung auf den Titel seines Werkes und die Ueberschrift des Buches erörtert. Hier zeigt er sich von seiner besten Seite: aufgeklärt und von wahrhafter Menschlichkeit erfüllt. Er setzt auseinander, daß übergroße Strenge der Strafen nur für eine Zeit abschreckend, auf die Dauer aber verrohend wirke, daß sie nur zu leicht die Folge habe, daß die Strafe überhaupt nicht angewandt werde und das Vergehen straflos bleibe, daß sich der Gesetzgeber an das Ehrgefühl wenden und mehr dahin streben müsse, die Sittlichkeit zu heben, als zu strafen.²⁶ Wie er vorher die Tortur im Gerichtsverfahren unter Hinweis auf England und die Schriften gegen sie als zwecklose Grausamkeit bekämpft hatte,²⁷ so tritt er hier mit Wärme dagegen auf, daß die Bestrafung eines Verbrechers auch auf seine schuldlosen Verwandten ausgedehnt werde, die ja schon durch die Schande ihrer Familie hart getroffen seien.²⁸ Wenn durch Ludwig XVI. die Folter abgeschafft worden ist und die Constituante beschlossen hat, daß die Verurteilung eines Verbrechers keine nachtheiligen Folgen für die bürgerlichen Ehrenrechte seiner Familie haben solle, so wird man das Verdienst Montesquieus an solchen Fortschritten nicht übersehen dürfen.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch VI. usw.

1. Vgl. I, 3 Abs. 3 und VI, 15 Ueberschrift und Abs. 1. So untersucht denn auch VI, 1, das von der Einfachheit der Zivilgesetze handeln will, wie nicht nur Eigentum und Ehre, sondern auch das Leben der Untertanen zu sichern sei. Die Unterscheidung von Zivil- und Kriminalgesetzen in der Ueberschrift von Buch VI.

2. VI, 1, insbesondere Abs. 1 und Abs. 8.

3. VI, 2.

4. VI, 3.

5. VI, 3 Abs. 1: „Plus le gouvernement approche de la république, plus la manière de juger devient fixe“.

6. VI, 3 Abs. 3: „... et pour cela il ne lui faut que des yeux“.

7. Vgl. Koch a. a. O. 23.

8. VI, 1 Abs. 9: „Un des privilèges les moins à charge à la société, et surtout à celui qui le donne, c'est de plaider devant un tribunal plutôt que devant un autre.“

9. Helvetius bei Ellissen a. a. O. III, 6.

10. Vgl. Vian a. a. O. 34.

11. Vgl. außer VI, 1 Abs. 1 noch Abs. 3 und Abs. 9.

12. Vgl. V, 19 Abs. 12.

13. VI, 5 Abs. 1—4; über die Bedeutung dieser Stelle vgl. oben.

14. VI, 5 Abs. 5.

15. VI, 5 Abs. 6—10.

16. Voltaire Commentaire (Voltaire-Beuchot 4 S. 88). Daß die Minister nicht Recht sprechen dürfen, wird nur in Bezug auf Verwaltungsstreitigkeiten erörtert und ebenfalls damit begründet, daß sie in solchen notwendig Partei seien und infolge dessen nicht wie die Gerichtshöfe ohne Leidenschaft nur nach dem Recht entscheiden könnten, VI, 6.

17. VI, 9 Abs. 1—2 und 9. Auch für die Anwendung des Wiedervergeltungsrechtes läßt Montesquieu nicht den Kulturgrad, sondern nur die Art der Regierung maßgebend sein: man finde es in voller Schärfe in der Despotie; in den gemäßigten Staaten aber nur zuweilen und auch dann fast immer in gemilderter Form, VI, 19.

18. VI, 9 Abs. 5: „Il seroit aisé de prouver que, dans tous ou presque tous les états d'Europe les peines ont diminué ou augmenté à mesure qu'on s'est approché ou plus éloigné de la liberté.“

19. VI, 9 Abs. 4 und VI, 11.

20. VI, 15 Abs. 1: „Je me trouve fort dans mes maximes lorsque j'ai pour moi les Romains, et je crois que les peines tiennent à la nature du gouvernement, lorsque je vois ce grand peuple changer à cet égard de lois civiles à mesure qu'il changeoit de lois politiques.“

21. Abweichend davon wird VI, 11 die Abschaffung der Strafen unter der Republik damit begründet, daß das Volk tugendhaft gewesen sei, d. h. Rechtsschaffenheit besessen habe.

22. VI, 15 Abs. 11: „On s'approcha un peu de la monarchie, et l'on divisa les peines en trois classes.“

23. VI, 10: „... pendant que le vilain qui n'a point d'honneur, est puni en son corps.“ Im Widerspruch dazu VI, 2 Abs. 5: „Mais dans les états modérés, où la tête du moindre citoyen est considérable, on ne lui ôte son honneur et ses biens qu'après un long examen.“

24. VI, 21.

25. Helvetius bei Ellissen a. a. O. III, 43: „Was wird aus der Macht der Gesetze, wenn das Volk seinesgleichen das Schaffot wegen eines Verbrechens besteigen sieht, das einen Großen höchstens in die Verbannung schickt?“

26. VI, 9 Abs. 3, VI, 12—13, 14, 16, 18.

27. VI, 17.

28. VI, 20; Destutt a. a. O. I, 129 liest irrtümlich aus der Stelle gerade das Gegenteil heraus.

Buch VII.

Von den Folgen, die sich aus den verschiedenen Prinzipien der drei Regierungen für die Aufwands-gesetze, den Aufwand und die Stellung der Frauen ergeben.

(Der Begriff des Aufwandes.) Helvetius hat zu diesem Buche bemerkt: „Was ist der Aufwand? Montesquieu sagt nichts darüber. Daher eine auffallende Ungenauigkeit und eine Menge von Gemeinplätzen“, und Destutt hat sich diesem Urteile angeschlossen, wenn auch unter dem üblichen Bedauern, einem Manne wie Montesquieu widersprechen zu müssen.¹ Wie das Folgende zeigen wird, krankt auch dieses Buch wieder schwer an Unklarheit des Denkens. Der Vorwurf, daß Montesquieu nicht sage, was Aufwand sei, ist aber doch unberechtigt, wenigstens insofern, als einige verstreute Bemerkungen zusammengenommen deutlich erkennen lassen, was Montesquieu unter Aufwand verstanden hat.

Aufwand ist für ihn ein Begriff ganz festen Umfanges, unabhängig von Zeit und Ort, von der Kulturstufe der Völker und allen Standesgewohnheiten. Unter ihn fällt nach seiner Ansicht alles, was nicht zur Nahrung und Kleidung dient in dem engen Sinne, daß dadurch dem Hunger und der Kälte gewehrt würde; ausdrücklich bezeichnet er die Armut, die nicht mehr als das zum Dasein unbedingt Notwendige hat, als allein frei von Aufwand.² Aufwand ist unmöglich, wenn das Eigentum gleichmäßig verteilt ist, wie das in Sparta der Fall war; er ist wenigstens gering, wenn die Ungleichheit nicht so weit geht, daß nicht jeder von seinem eigenen Besitz leben könnte und wollte.³ Er ist also bedingt durch den Unterschied von Reich und Arm. Da sich der Reichtum darauf gründet, daß ein Teil der Bürger dem anderen den notwendigen Lebensunterhalt ent-

zogen hat, also ein Raub an der ursprünglichen Gleichheit des Besitzes ist,⁴ so beruht der Aufwand auf den Annehmlichkeiten, die man sich durch die Arbeit der anderen verschafft.⁵

Von hier aus gelangt Montesquieu dann dahin, zwischen Aufwand und Ungleichheit des Besitzes überhaupt nicht mehr zu unterscheiden:⁶ „Wenn man das zum Lebensunterhalt Notwendige gleich 1 setzt, so wird der Aufwand desjenigen, der nur dies Notwendige hat, gleich Null sein. Der Aufwand desjenigen, der das Doppelte besitzt, wird gleich 1 sein; der Aufwand desjenigen, der doppelt so viel besitzt wie der zweite, gleich 3; der Aufwand desjenigen, der doppelt so viel besitzt wie der dritte, gleich 7; so daß also, wenn man annimmt, daß das Vermögen des Folgenden immer doppelt so viel beträgt wie das des Vorhergehenden, der Aufwand immer um das Doppelte vermehrt um 1 wächst und sich also die gleichmäßige Steigerung 0, 1, 3, 7, 15, 31, 63, 127 ergibt.“⁷ Diese Sätze sind schon von Voltaire mit der scharfen Bemerkung abgetan: „Ein dreifacher Ueberschuß über den notwendigen Bedarf des Daseins, aber kein verdreifachter Aufwand, denn er kann dreidoppelten Geiz besitzen, er kann den dreifachen Ueberschuß in den Handel, kann ihn in das Heiratsgut seiner Töchter stecken. Man muß solche Sätze nicht der Zahlenlehre unterwerfen; das wäre eine armseelige Windbeutelerei.“⁸

Wenn derart also die Größe des Aufwandes von der Besitzungleichheit unter den Bürgern abhängt, so ist sie weiter von dem Reichtum des Staates abhängig: in Polen z. B. sind die Vermögen sehr ungleich, aber die Armut des Ganzen verhindert, daß es dort ebensoviel Aufwand gebe wie in einem reicheren Staate.⁹

Zum Dritten steht der Aufwand im Verhältnis zur Größe der Städte und vor allem der Hauptstadt, denn „je mehr Menschen beisammen wohnen, desto eitler sind sie und desto größeres Verlangen spüren sie, sich durch Kleinigkeiten hervorzutun. Wenn sie so zahlreich sind, daß die meisten einander unbekannt sind, verdoppelt sich das Verlangen, sich voneinander abzuheben, weil mehr Hoffnung besteht, damit zum Ziele zu gelangen. Der Aufwand verleiht diese Hoffnung; jeder nimmt die Merkmale des Standes an, der ihm vorausgeht. Aber weil sich jeder auszeichnen will, wird alles gleich, und man unterscheidet sich nicht mehr; da jeder die Blicke auf sich lenken will, bemerkt man niemanden.“¹⁰

Wenn dieser Wetteifer der Eitelkeit und des Aufwandes in den großen Städten eine Zunahme des Handels bewirkt,¹¹ so hat er doch auf der anderen Seite ein allgemeines Steigen der Preise zur mißlichen Folge: „Diejenigen, die sich in einem Berufe hervortun, stellen für ihre Kunst den Preis, den sie wollen. Die kleinen Talente folgen diesem Beispiele: es gibt kein Ebenmaß mehr zwischen den Bedürfnissen und den Mitteln, sie zu befriedigen. Wenn ich einen Rechtsstreit führen muß, ist es notwendig, daß ich einen Rechtsanwalt bezahlen kann; wenn ich krank bin, muß ich einen Arzt haben.“¹² Der Sinn dieser Stelle ist offenbar der: weil sich ein hervorragender Arzt oder Anwalt berechtigt fühlt, für seine Hilfe höhere Preise zu fordern, werden die übrigen Anwälte und Aerzte durch die Eitelkeit getrieben, nicht hinter ihnen zurückzustehen, sondern ebenfalls ihre Preise und über die Mittel der ihres Rates Bedürftigen hinaus zu erhöhen. Und in derselben Weise entwickeln sich die Dinge auch auf den anderen Gebieten: an die Eitelkeit von Künstlern, Handwerkern, Landwirten müssen deren Kunden in steigendem Maße einen drückenden Zoll entrichten.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob die in diesem ersten Kapitel entwickelten Ansichten richtig sind, wie weit im besonderen der Gedanke über die Preisbildung, dem jedenfalls die Eigenartigkeit nicht abzusprechen ist, zutrifft.¹³ Nur auf einen Punkt soll aufmerksam gemacht werden, da er, wie es scheint, bisher noch keine Beachtung gefunden hat: Montesquieu sieht den Beweggrund des Aufwandes ausschließlich in der Eitelkeit und weiß von einem unmittelbaren Genuß als Antrieb nichts.

In den folgenden sechs Kapiteln geht Montesquieu dann zu dem eigentlichen Gegenstande des Buches über: in welcher Beziehung der Aufwand zu den Prinzipien der verschiedenen Regierungen stehe, zu welchen von ihnen er passe und zu welchen nicht, wo er dementsprechend durch Aufwandsgesetze zu bekämpfen sei und wo nicht.

(Der Aufwand in den verschiedenen Regierungen.) Der Aufwand, so führt er aus, steht in unvereinbarem Gegensatz zu dem Prinzip der Demokratie, der Tugend. Nur völlige Bedürfnislosigkeit wird sich ohne Rückhalt in den Dienst des Vaterlandes stellen; sobald aber in dem Aufwand die Selbstsucht zur Geltung kommt, muß die Tugend, die auf das allgemeine Beste gerichtet ist, er-

schaffen und werden die Gesetze notwendig als lästige Fessel empfunden. Eine Demokratie ist also gesund, wenn in ihr keiner oder doch nur geringer Aufwand herrscht, während steigender Aufwand für sie den Beginn tödlicher Krankheit bedeutet. Da nun Aufwand, wie gesagt, unmöglich ist, wenn Gleichheit des Besitzes besteht, wird es die Aufgabe des Gesetzes sein, zu verhindern, daß diese Gleichheit gestört wird.¹⁴

In der Aristokratie ist mit dem Unterschied von Adel und Volk auch der Unterschied von Reich und Arm gegeben. So ist der Mißstand, daß das Prinzip dieser Regierungsform, die Mäßigung, den Adligen verbietet, Aufwand zu treiben, durch den sie auffallen würden, und daß sie doch nicht ihr Geld im Kasten liegen lassen dürfen, wenn die Armen nicht ohne Mittel zum Lebensunterhalt bleiben sollen. In den guten griechischen Republiken war darum die bewundernswert Einrichtung getroffen, daß die Reichen ihr Geld auf Feste, Musikchöre, Wagen- und Pferderennen und kostspielige Aemter verwandten. In Venedig hat man den sinnreichen Ausweg gefunden, daß die Adligen ihr Geld an die Buhlerinnen ausgeben und diese es dann durch Aufwand in Umlauf bringen und damit den Gewerbefleiß fördern.¹⁵

Ganz ebenso steht es in den Monarchien, deren Verfassung es mit sich bringt, daß die Reichtümer in ihnen ungleich verteilt sind: die Armen würden Hungers sterben, wenn die Reichen nicht viel ausgäben. Der Aufwand widerspricht also hier nicht nur nicht dem Prinzip der Regierungsform, sondern ist ein zwingendes Gebot. Die Reichen müssen sogar nach dem Maße der Ungleichheit der Vermögen Geld ausgeben und dementsprechend ihren Aufwand steigern; sie erstatten damit den Armen das zurück, was sie mit ihren Reichtümern ihnen an dem notwendigen Lebensunterhalt entzogen haben. Kurz: damit sich die Monarchie behaupte, muß der Luxus vom Ackersmann zum Handwerker, vom Handwerker zum Kaufmann, von diesem zum Adel usw. bis zum Fürsten fortschreitend wachsen. Sonst wäre alles verloren.¹⁶

Noch notwendiger ist der Aufwand in der Despotie; er stellt dort einen Mißbrauch dar, den man von den Vorteilen seiner Knechtschaft macht: „ein Sklave, der von seinem Herren dazu aus-
erkoren ist, andere Sklaven gewalttätig zu behandeln, kann nicht sicher sein, ob ihm morgen noch das günstige Geschick von heute

zuteil werde, und er kennt darum keine andere Glückseligkeit, als seinen Hochmut, seine Begierden, seine Sinnenlust zu stillen, solange es noch Zeit ist“.¹⁷

Um seine Lehre zu erläutern, zieht Montesquieu dann das Beispiel Chinas an. In dem 6. Kapitel heißt es bei ihm: „Besondere Gründe verlangen in einigen Staaten Aufwandsgesetze. Das Volk kann infolge des Klimas so zahlreich werden und auf der anderen Seite können die Mittel zu seinem Unterhalt so unsicher sein, daß es gut ist, es ohne Ausnahme zum Ackerbau anzuhalten. In diesen Staaten ist der Aufwand gefährlich, und die Aufwandsgesetze müssen dort sehr streng sein. Wenn man also wissen will, ob man den Aufwand ermutigen oder ächten soll, muß man zuerst das Verhältnis betrachten, das zwischen der Zahl des Volkes und der Leichtigkeit ihm Lebensunterhalt zu verschaffen, besteht. In England bringt der Boden viel mehr Korn hervor, als nötig ist, um die zu ernähren, die ihn bebauen und die Kleidung erzeugen. Hier darf es also nichtige Künste und folglich Aufwand geben. In Frankreich wächst hinreichend Getreide, um die ländlichen und gewerblichen Arbeiter zu ernähren; außerdem kann der Handel mit dem Auslande so viele notwendige Dinge für nichtige Dinge eintauschen, daß man den Aufwand nicht zu fürchten braucht. In China dagegen sind die Frauen so fruchtbar und vermehrt sich das menschliche Geschlecht in einem solchen Maße, daß das Land, wie gut es auch bestellt wird, kaum genügt, um die Einwohner zu ernähren. Der Aufwand ist dort also verderblich, und der Geist der Arbeitsamkeit und der Sparsamkeit ist dort ebenso erforderlich wie in irgendeiner Republik. Es ist notwendig, daß man sich notwendiger Künste befleißigt und die des sinnlichen Genusses flieht. In diesem Geiste sind denn auch die schönen Verordnungen der chinesischen Kaiser gehalten.“¹⁸

Nachdem Montesquieu vorher den Aufwand für bedingt durch die Regierungsform erklärt hat, führt er hier also aus, daß über ihn volkswirtschaftliche Rücksichten entscheidend seien, und begründet das mit dem Hinweise auf England, „wo sich die Republik unter der Form der Monarchie verbirgt“,¹⁹ auf Frankreich, eine Monarchie, und auf China, das er regelmäßig als Despotie behandelt.

In dem 7. Kapitel, das die Ueberschrift: „Verderbliche Folge des Aufwandes in China“ trägt, setzt Montesquieu dann ausein-

ander, daß von den zweiundzwanzig Dynastien in China eine jede mit tugendhaften, aufmerksamen und wachsamem Herrschern begonnen habe, daß sich aber nach den ersten drei oder vier Fürsten dieser Art die folgenden immer der Sittenverderbnis, dem Aufwand, dem Müßiggang ergeben hätten; Entartung der Dynastie und Verfall des Staates seien die regelmäßige Folge gewesen: „Die Herrscher schließen sich in ihren Palast ein, ihr Geist wird schwach, ihre Lebensdauer kürzer, mit der Familie geht's bergab, die Großen erheben sich, die Verschnittenen gewinnen Einfluß, man setzt nur noch Kinder auf den Thron, der Palast wird zum Feinde des Reiches, das ihn bewohnende müßige Volk richtet das arbeitende Volk zu Grunde, der Kaiser wird von einem Thronräuber ermordet oder gestürzt, der eine neue Familie gründet, deren dritter oder vierter Nachfolger sich wieder in demselben Palaste einschließt.“²⁰

Nachdem Montesquieu vorher erklärt hat, daß der Aufwand für die Monarchie notwendig sei, führt er hier also aus, daß er die Monarchie ins Verderben stürze und ihren Fürsten alle Merkmale des Despoten aufdrücke.²¹ Ob das Kapitel, wie Sorel meint, nichts anderes als eine einzige Anspielung auf Frankreich und ganz einfach ein „chinesischer Brief“ sei oder nicht,²² ändert daran nichts.

(Aufwand und Sittlichkeit.) Aufwand und Unkeuschheit stehen nach Montesquieus weiterer Ansicht im Zusammenhang und in beständiger Wechselwirkung, und so schließt er denn an seine Ausführungen über den Aufwand andere an, in denen er über die Sittlichkeit der Frauen in den verschiedenen Staatsformen handelt. In der Republik ist die Unkeuschheit das äußerste Unglück und das sicherste Vorzeichen für eine Veränderung in der Verfassung. Darum haben auch die guten Gesetzgeber immer von den Frauen eine gewisse Strenge der Sitten verlangt und nicht nur das Laster, sondern auch dessen Schein verbannt und selbst die „Galanterie“ verdammt. Anders in der Monarchie: „Die Frauen besitzen dort wenig Zurückhaltung, weil sie dort durch den Unterschied der Ränge an den Hof gerufen werden und dort jenes freie Wesen annehmen, das man haben muß, um dort geduldet zu werden. Jede sucht mit Hilfe ihrer Reize und Leidenschaften ihr Glück zu machen, und da ihnen ihre Schwäche keinen Stolz, sondern nur Eitelkeit gestattet, herrscht hier der Aufwand Hand in Hand mit ihnen.“ Das wird erklärlich bewiesen durch die römische Geschichte. Unter der Republik hielt

man die Frauen in strenger Zucht. Das änderte sich vollkommen unter der Monarchie. Wenn die römischen Kaiser Gesetze gegen den Ehebruch erließen, so taten sie das nur, um gegen ihnen mißliebige Große mit Strafen vorgehen zu können, nicht aber, um der Sittenverderbnis zu steuern. So sind also ihre Maßnahmen gerade ein Beweis dafür, daß die Reinheit der Sitten nicht das Prinzip der Regierung eines Einzelnen ist.²³

Hier bleibt sich Montesquieu wenigstens selber treu, denn schon früher hatte er erklärt, daß in den Monarchien das Beispiel der Höflinge entsittlichend wirke und daß dort infolge des Regierungsprinzips die Sitten nie so rein seien wie in den Republiken. Aber höchst merkwürdig ist es doch, daß er die Wahrheit, daß kein Staat ohne die Sittlichkeit seiner Bürger bestehen kann, immer wieder für die Monarchie geradezu verneint und Sittenverderbnis als untrennbar von der Monarchie hinstellt.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch VII. usw.

1. Helvetius bei Ellissen a. a. O. III, 55, Destutt a. a. O. I. 133.
2. VII, 1 Abs. 3: „Supposant le nécessaire physique égal à une somme donnée, le luxe de ceux qui n'auront que le nécessaire sera égal à zéro“, Abs. 4: „Dans la république de Platon . . il y avoit quatre sortes de cens établis. Le premier étoit précisément le terme où finissoit la pauvreté. . . Dans le premier cens, le luxe étoit égal à zéro.“ Vgl. auch VII, 6 Abs. 3 und 4.
3. VII, 1 Abs. 1, VII. 2 Abs. 1.
4. VII, 4 Abs. 2: „Les richesses particulières n'ont augmenté que parce qu'elles ont ôté à une partie des citoyens le nécessaire physique“. Vgl. Baudrillart, Histoire du luxe I, 117, der die Ansicht Montesquiens übersetzt: „La richesse des uns est prise sur la part des autres“.
5. VII, 1 Abs. 1: „Le luxe n'est fondé que sur les commodités qu'on se donne par le travail des autres“.
6. Vgl. Baudrillart a. a. O: „La théorie de Montesquieu résout la notion du luxe dans la notion de l'inégalité elle-même“.
7. VII, 1 Abs. 3.
8. Voltaire, Dictionnaire (Voltaire-Beuchot XXXI S. 92); vgl. auch Ancillon 221 f.
9. VII, 1 Abs. 5.
10. VII, 1 Abs. 6—7.
11. VII, 1 Abs. 9.
12. VII, 1 Abs. 8.
13. J. B. Say (Traité d'économie politique 1803, I, 166) spricht sich im Anschluß an Buch XX des Esprit des Lois über Montesquieu als National-ökonomem dahin aus: „Quand un auteur parlant de ces choses se forme une vue si peu nette, si par hasard il vient à rencontrer une vérité utile et s'il lui arrive de donner un bon conseil, il est fort heureux.“ In seinem Cours complet d'économie politique pratique 1828—29 rechnet derselbe Gelehrte den Esprit des Lois zu den Büchern, die „embrouillent les idées au lieu de les éclaircir. Ce n'est pas perdre son temps que de les lire: c'est bien pis: c'est travailler à fausser son esprit“. (I, 240). In der Anmerkung folgt dann allerdings die übliche Verbeugung vor Montesquiens Größe: „Je n'en parle ici que sous le rapport de l'économie politique, et je n'ai nulle intention de porter atteinte aux aperçus vastes et philosophiques de Montesquieu sur beaucoup d'autres sujets“. V, 105 heißt es ferner bei ihm: „Montesquieu avoit un génie élevé, il aimait la vérité, il méprisait la sottise et détestait le despotisme; mais il est

véritablement affligeant qu'il ait parlé de commerce et d'industrie". Ganz ebenso lautet das Urteil Destutts (*Eléments d'idéologie* 1825/6 V, 248), daß Montesquieu „entendait très mal l'économie politique“, dazu in der Anmerkung ganz ähnlich wie Say: „Montesquieu était un très grand homme; mais la science n'était pas faite de son temps; elle est tout nouvelle“. Von neueren läßt Baudrillart a. a. O. 93/4, 171 ff. in dem Buch VII des *Esprit des Lois* kaum einen Stein auf dem anderen, aber auch er wieder mit dem Beteuern, daß er nicht daran denke, den Ewigkeitswert des gewaltigen Werkes irgendwie in Frage zu stellen; für die von ihm nachgewiesenen Irrtümer findet er eine Entschuldigung darin, daß es die Irrtümer der Zeit gewesen seien. Mit Recht hat aber Koch a. a. O. 12 darauf hingewiesen, daß schon Turgot, der als Schriftsteller nur zwei Jahre nach Montesquieu aufgetreten sei, richtigere Ansichten gehabt habe. Im Gegensatz zu Say und Destutt kommt die Doktorarbeit von Ch. Jaubert (*Montesquieu économiste* 1901) zu dem Ergebnis, daß Montesquieu trotz aller seiner Irrtümer doch als Volkswirt bahnbrechend gewirkt habe.

14. VII, 2 und VII, 4 Abs. 8.

15. VII, 3.

16. VII, 4. Baudrillart a. a. O. 120 macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Vorschrift an die Reichen, Geld auszugeben, das Lob der Verschwendung bedeuten solle, Montesquieu mit sich in Widerspruch trete, da er an anderen Stellen die Verschwendung verurteile. Ueber den Sinn der Vorschrift ist aber ein Zweifel unmöglich: die Reichen sollen Aufwand treiben nach dem Maßstabe der Ungleichheit der Vermögen, d. h. sie sollen im Aufwande alles das ausgeben, was sie über das zum Lebensunterhalt unbedingt Notwendige hinaus besitzen. So versteht es auch Destutt (*Eléments d'idéologie* V, 248): „Montesquieu croit les profusions des riches très utiles. . . On s'aperçoit à ce peu des mots et à beaucoup d'autres, qu'il ne savait ni d'où viennent les revenus de ce qu'il appelle les riches ni ce qu'ils deviennent“. Zu dem Satz: „Les richesses particulières n'ayant augmenté que parce qu'elles ont ôté à une partie des citoyens le nécessaire physique, il faut qu'il leur soit rendu“ bemerkt Baudrillart a. a. O. 118: „Restitué! oui, cette phrase, qu'on pourrait croire de Jean-Jacques Rousseau, est bien de l'*Esprit des Lois*“ und er fügt hinzu: „La monarchie voulant le luxe, le riche restitue en dépensant beaucoup, moyen commode qui pourra ne pas paraître suffisant aux pauvres, s'il est vrai que la propriété soit une usurpation. Des logiciens moins emportés qu'un Proudhon seront tentés eux-mêmes de le trouver peu satisfaisant au point de vue du juste, car enfin c'est une méthode singulière pour réparer une injustice que de n'avoir d'autre pénitence à faire que d'en jouir“. Beachtung verdient endlich, was Baudrillart a. a. O. 99 und 101 im Gegensatz zu Montesquieu über die schädlichen Folgen des Aufwandes im Ancien Régime sagt.

17. VII, 4 Abs. 7. Vgl. Baudrillart a. a. O. 117, 120—121: „Le tort de l'illustre écrivain est trop souvent, dans cet examen de la question du luxe, de subordonner des vérités essentielles à de prétendues convenances politiques, soit pour poser des règles, soit pour motiver des exceptions. . . Les républi-

ques, ajoute-t-il enfin, seront vertueuses et n'auront pas de luxe: eh! qui sait mieux que Montesquieu, que la république Romaine a passé les trois quarts de son existence à ne pas être vertueuse et à abuser du luxe?“

18. VII, 6. Als solche Verordnungen führt Montesquieu an, daß ein Kaiser ein Edelsteinbergwerk geschlossen, ein anderer eine unendliche Menge von Bonzenklöstern zerstört habe. Unter den Begriff des Aufwandes fällt für ihn also nicht nur das Tragen von Schmuck, sondern auch das beschauliche Leben der Mönche.

19. V, 19 Abs. 9.

20. VII, 7.

21. Vgl. Baudrillart a. a. O. 121/22: „Et pourquoi cet échafaudage si ingénieusement laborieux? (d. i. die Ausführungen über den Zusammenhang von Aufwand und Regierungsform). Pour aboutir à reconnaître qu'en fait le luxe s'est montré souvent pernicieux sous la monarchie jusqu'à en ébranler le principe et l'existence même“.

22. Sorel a. a. O. 73. Anders Baudrillart a. a. O. 122, der tadelt: „L'auteur de l'Esprit des Lois n'a d'yeux ici que pour la Chine“.

23. VII, 8—11 und 13. Ueber VII, 15 vgl. das Urtheil Baudrillarts a. a. O. 120—121.

Buch VIII.

Von der Entartung der Prinzipien der drei Regierungen.

Die Entartung einer jeden Regierung beginnt fast immer mit der Entartung ihres Prinzips.¹

(Entartung der Demokratie.) Das Prinzip der Demokratie entartet nicht nur, wenn der Geist der Gleichheit verloren geht und an seiner Stelle der Geist der Ungleichheit die Oberhand gewinnt, sondern auch wenn der wahrhafte Geist der Gleichheit durch den Geist übertriebener Gleichheit verdrängt wird. Im ersten Falle wird die Aristokratie oder die Regierung eines Einzigen die Folge sein; im anderen Falle wird statt der wahrhaften Freiheit eine übertriebene Freiheit entstehen, die nichts anderes ist als der Despotismus aller und mit dem Despotismus eines Einzigen enden muß.²

Die wohlgeordnete Demokratie beruht auf der richtig verstandenen Gleichheit, d. h. auf der durch das Gesetz geschaffenen politischen Gleichheit; alle sind einander gleich als Bürger, aber doch bereit, sich den Behörden, die sie aus ihrer eigenen Mitte wählen, unterzuordnen. Wenn aber der Geist übertriebener Gleichheit um sich greift, will niemand mehr gehorchen oder einen Herren anerkennen, jeder selber befehlen. Regierungsbehörden und Gerichte sind ohne alles Ansehen: anstatt des Senates will das Volk selber beraten und die Beschlüsse ausführen, anstatt der Richter selber die Urteile sprechen. Jedes Gefühl der Unterordnung hört auf: weder die Jugend hat Ehrfurcht vor dem Alter, noch der Sohn vor dem Vater, noch die Frau vor dem Gatten, noch der Knecht vor dem Herrn. Sitten und Liebe zur Ordnung sind dahin, und endlich schwindet auch die Tugend vollständig, denn so natürlich ihr Platz an der Seite der Freiheit ist, so wenig kann sie sich an der Seite übertriebener Freiheit behaupten.³

Eine solche Entwicklung setzt ein, wenn diejenigen, denen sich das Volk anvertraut, nicht mehr das allgemeine Wohl, sondern ihren eigenen Vorteil im Auge haben: um ihren Ehrgeiz zu verbergen, schmeicheln sie dem Volke; selber bestechlich suchen sie, es durch Bestechung zu gewinnen. Und das Volk läßt sich verführen, das gemeine Beste zu vergessen: um die Lust des Aufwandes zu genießen und sich für seine Stimmen bezahlen zu lassen, ist es einverstanden, daß die öffentlichen Gelder ihrem eigentlichen Zwecke entfremdet werden. Aber indem es derart aus seiner Freiheit anscheinend großen Vorteil zieht, nähert es sich dem Zeitpunkt, wo es sie verliert. Kleine Tyrannen kommen auf mit all den Lastern eines Einzigen, bis dann schließlich ein einziger Tyrann ersteht, der dem Volke mit dem Reste der Freiheit auch die Vorteile seiner Bestechlichkeit raubt. So ist die Entwicklung z. B. in Syrakus gewesen, während in den griechischen Republiken die Anarchie mit dem Verschwinden des Staates überhaupt endete, weil sich dort der Haß gegen alle antirepublikanischen Bestrebungen nicht einschläfern ließ und auch die Volksverderber mehr Redner als Militärs waren.⁴

Aristoteles hat bekanntlich den Unterschied der drei regelmäßigen Regierungsformen und ihrer Entartungen darin gesehen, daß in den Entartungen die Herrschenden nicht mehr das Gemeinwohl, sondern ihren persönlichen Vorteil verfolgten. So führt auch Montesquieu die Entartung der Demokratie darauf zurück, daß Selbstsucht zunächst die leitenden Männer und dann das Volk selber ergreife. Insoweit bleibt er mit seinem Tugendbegriff in leidlichem Einklange. Indem er aber den Satz an die Spitze stellt, daß die Entartung jeder Regierungsform ihren Anfang mit der Entartung von deren Prinzip nehme, und dann die Entartung der Demokratie mit der Entartung des wahren Geistes der Gleichheit beginnen und das Verschwinden der Tugend erst weit später folgen läßt, bezeichnet er im Gegensatz zu dem, was er früher gesagt hat, den wahren Geist der Gleichheit als das Prinzip der Demokratie und liefert er einen weiteren Beweis dafür, daß er mit dem, was er das Prinzip der Demokratie nennt, keineswegs eine klare Anschauung verbindet.

Im Anschluß an Aristoteles hat man die drei Entartungen als Ochlokratie, Oligarchie und Tyrannis bezeichnet. Montesquieu

gebraucht in den folgenden Kapiteln für die Entartungen der Aristokratie und Monarchie ebenfalls die Bezeichnungen Oligarchie und Despotie.⁵ Das Wort Ochlokratie wendet er nicht an, aber indem er schildert, wie sich die Führer des Volkes durch niederen Ehrgeiz und Habgier leiten lassen und unter ihrem Einflusse dann auch das Volk selber in Genußsucht und Habgier verdirbt, zeigt er sich auch in Einzelheiten stark von Aristoteles abhängig und verrät er, daß ihm die Aristotelische Ochlokratie, die Aristoteles selber noch Demokratie genannt hat, vorschwebt. Er selber nennt allerdings die Entartung der Demokratie Zügellosigkeit und Anarchie⁶ und beschreibt sie als einen Zustand, wo alle politische und gesellschaftliche Unterordnung aufhöre. Mit Recht hat Destutt geurteilt, der Gedanke, daß das Schwinden alles Gehorsams Verderben bedeute, sei richtig, stehe aber zu dem Prinzip der Demokratie in keiner näheren Beziehung als zu dem Prinzip jeder anderen Regierungsform, denn überhaupt keine Gesellschaft könne bestehen, wenn jeder befehlen und niemand gehorchen wolle.⁷

Zum Dritten verdient endlich aus diesen ersten drei Kapiteln der Satz besondere Beachtung, daß die Tugend ihren natürlichen Platz an der Seite der Freiheit habe, aber sich ebensowenig an der Seite der übertriebenen Freiheit wie an der Seite der Knechtschaft finde, weil er nämlich mit seiner Verbindung von Tugend und Freiheit den Gedanken einschließt, daß nur in der Demokratie Freiheit vorhanden sei, und durch den Zusammenhang, in dem er sich findet, Freiheit und politische Gleichheit als zwei Bezeichnungen für dieselbe Sache hinstellt.

(Entartung der Aristokratie.) Von der Demokratie wendet sich Montesquieu zur Aristokratie, die er hier ebenfalls wieder als eine besondere Regierungsform behandelt. Nach dem, was er über die Rolle der Mäßigung gesagt hat, sollte man erwarten, daß er die Entartung der Aristokratie dann eintreten sähe, wenn die Adligen nicht mehr unter sich einig blieben, das Volk mit verletzendem Hochmut behandelten und ihre politische Stellung dazu mißbrauchten, den Staat auszubeuten. Statt dessen erklärt er, daß die Aristokratie entarte, wenn die Gewalt der Adligen willkürlich werde, d. h. wenn die herrschenden Familien die Gesetze nicht mehr beobachteten; aus einer Monarchie mit mehreren Monarchen werde sie dann zu einer Despotie mit mehreren Despoten.⁸ Wieder genügt

es, das Urteil Destutts anzuziehen, daß Willkür und Gesetzlosigkeit allerdings im Gegensatz zur Mäßigung ständen, aber auf alle Regierungsformen zerrüttend wirkten und also nicht ausschließlich für die Entartung der Aristokratie bezeichnend seien.⁹

Als wenn er das selber fühle und wie um, koste es was es wolle, eine Verfallserscheinung anzuzeigen, die nur der Aristokratie eigen sei, erklärt Montesquieu aber weiter: der Höhepunkt der Entartung sei, wenn die Adligen erblich würden, weil sie dann gar keine Mäßigung mehr besitzen könnten.¹⁰ Gegenüber dieser Weisheit, die eine Aristokratie ohne erblichen Adel als möglich voraussetzt, wird sogar ein so rückhaltloser Bewunderer des „Geistes der Gesetze“, wie es Barkhausen ist, ratlos; notgedrungen nimmt er davon Abstand, sie rechtfertigen zu wollen.¹¹ Nach der Anmerkung, die Montesquieu hinzufügt: „die Aristokratie wird zur Oligarchie“ kann man vermuten, ihm habe der Gedanke vorgeschwebt, daß es für die Aristokratie verderblich sei, den Grundsatz der Ebenbürtigkeit für die Ehen zu streng durchzuführen und überhaupt die Aufnahme neuer Mitglieder ganz zu verpönen. Ihn würde dann jedoch der Vorwurf treffen, daß er für diesen richtigen Gedanken einen ganz unpassenden Ausdruck gewählt hätte, den er, wie man weiter zu argwöhnen berechtigt ist, in einer demokratischen Kampfschrift gegen den Adel fand. Auch würde er sich damit zu der Auffassung bekennen, daß das Prinzip der Aristokratie, das nicht übertrieben werden dürfe, in der Sonderung und Abschließung der Stände liege. Mit einem erblichen Adel ist nun nach seiner Auffassung die Aristokratie immer dem Verfall ausgesetzt: wenn die Adligen zahlreich sind, werden sie sorglos, faul, nachlässig, und der Staat verliert an Stärke und Spannkraft; sind sie gering an Zahl, so ruht ihre Herrschaft auf zu schmaler Grundlage, und sie suchen sich in ihrer Stellung nach der Art der Despoten durch Gewaltsamkeit zu sichern.¹²

(Entartung der Monarchie.) „Die Monarchie entartet, wenn der Fürst seine Herrscherstellung und seine Sicherheit durch das Prinzip der Ehre bedroht glaubt und darum seine Gewalt mißbraucht, um die bestehende Ordnung der Dinge umzustoßen, anstatt sie hinzunehmen, wenn er also die Sonderstellung der Körperschaften und die Vorrechte der Städte aufhebt, den Adel unterdrückt und den einen wider Recht ihre natürlichen Obliegenheiten nimmt,

um sie an andere zu übertragen.¹³ Die Monarchie entartet, wenn der Fürst in vollendeter Ueberhebung den Staat in seine Hauptstadt, seine Hauptstadt an seinen Hof und den Hof in seine alleinige Person verlegt und, statt sich mit einer allgemeinen Aufsicht zu begnügen, alles unmittelbar selber regieren will; wenn er die Großen in den Augen des Volkes herabsetzt und die höchsten Stellen im Staate an Leute gibt, die ihm gegenüber keinen eigenen Willen haben.¹⁴ Die Monarchie entartet, wenn der Fürst seine Gerechtigkeit in Strenge verwandelt und bei Austeilung der Ehren keine Rücksicht auf die Ehre nimmt, sondern Schurken durch Würden auszeichnet; wenn niederträchtige Seelen auf die Größe ihrer Knechtschaft eitel sind und als Emporkömmlinge durch des Fürsten Laune dem Vaterlande nichts mehr zu schulden wännen.¹⁵ Durch alles dies entartet sie zur Despotie.¹⁶

Es ist nicht so ganz leicht, den Sinn aller dieser Sätze im einzelnen festzustellen, da sich Montesquieu hier noch mehr als gewöhnlich darin gefällt, nur anzudeuten oder zu umschreiben; was sie im ganzen besagen wollen, ist aber nicht mißzuverstehen: sie richten sich gegen die absolutistische Monarchie, die das Ständewesen bekämpfte und alle Gewalt im Staate in ihrer Hand zusammenzufassen suchte, die darum von keinem Rechte des Adels wissen wollte, im Rate der Krone zu sitzen und die hohen Posten in der Verwaltung zu bekleiden, die sich vielmehr in einem neuzeitlichen Beamtentum, zum großen Teile dem Bürgerstande entnommen, ein gefügiges Werkzeug schuf, um mit ihm ihren Willen in allen Teilen des Reiches vollstrecken zu können. Von einer Entartung der Ehre kann dabei nicht eigentlich gesprochen werden; nur die beiden zuletzt angeführten Sätze beziehen sich auf eine solche;¹⁷ im übrigen läßt sich nur sagen, daß der Fürst das Ehre-Prinzip nicht berücksichtigt, auf dem sich die Zwischengewalten aufbauen.

Indem die Monarchie entartet, so lehrt Montesquieu, wird sie zur Despotie. Mit einem Male stellt er hier die Despotie nicht mehr als eine besondere Regierungsform neben die Republik und die Monarchie, sondern als eine Entartung neben die Ochlokratie und die Oligarchie. Um den Schein seiner anfänglichen Einteilung zu retten, lehrt er dann allerdings weiter, daß das Prinzip der Despotie unaufhörlich entarte, weil es von Natur entartet sei,¹⁸ aber dem, was

er früher über die Furcht und ihre Rolle gesagt hat, vermag er nun nichts mehr hinzuzufügen; mit keinem Worte läßt er sich darüber aus, welche Formen sie unaufhörlich entartend schließlich annehme. Statt dessen müssen wir lesen, daß die Despotie durch ihr Prinzip nicht erhalten, sondern zu Grunde gerichtet wird, wenn nicht besondere Umstände, aus dem Klima, der Religion, der Lage oder dem Geiste des Volkes entspringend, dem entgegenwirken.¹⁹

„Wenn die Prinzipien der Regierung einmal entartet sind, nützen auch die besten Gesetze nichts mehr, sondern üben im Gegenteil eine verderbliche Wirkung aus.“²⁰ Das einzige Mittel, eine entartete Regierung zu retten, ist, die Entartung zu beseitigen und zu den Prinzipien zurückzukehren.“²¹ Ausdrücklich wird dieser Rat freilich nur im Hinblick auf die Republik gegeben; man darf aber annehmen, daß er ebenso auch für die Monarchie zu gelten hat. Es scheint, als ob Montesquieu glaubte, daß sich dieses Mittel sehr einfach anwenden lasse,²² daß also in der Demokratie das Volk ganz leicht von dem Wunsche nach übertriebener Gleichheit zu dem richtigen Wollen zurückzubringen sei; in der Monarchie, so darf man ihn verstehen, hätte der Fürst nur wieder zu der richtigen Einsicht zu kommen, daß er von dem Adel nichts zu fürchten, vielmehr in ihm seine zuverlässigste Stütze zu sehen habe: Beispiele, die aus der englischen, französischen, österreichischen Geschichte angeführt werden, sollen in diesem Zusammenhange dazu dienen, diese Einsicht zu begründen.²³ Schlecht zu vereinigen damit sind aber die letzten Kapitel, die den Nachweis versuchen, daß der Bestand der Prinzipien nicht von dem Willen oder der Einsicht des Herrschers, sondern von der Größe des Staates abhängig seien.

Zum Wesen der Republik, so heißt es da, gehört es, daß sie nur ein kleines Gebiet hat; sonst kann sie nicht bestehen. In einer großen Republik gibt es große Vermögen und infolgedessen wenig Mäßigung; da macht sich die Selbstsucht geltend, und das gemeine Beste wird hintenangesetzt. Der Geist der Monarchie geht auf Vergrößerung. Eine andere als die republikanische Regierung kann schwerlich in einer einzigen Stadt bestehen. Ein Fürst eines so kleinen Staates würde naturgemäß despotisch zu regieren versuchen oder verjagt werden. Ein monarchischer Staat muß von mittlerer Größe sein: wenn er klein wäre, würde er sich in eine Republik verwandeln, wenn er sehr ausgedehnt wäre, nicht anders

als despotisch regiert werden können. Ein großes Reich setzt bei dem Herrscher despotische Gewalt voraus: nur die Furcht kann die Nachlässigkeit der Statthalter und Beamten in den entfernten Provinzen verhindern; auch muß das Gesetz aus dem Willen eines Einzigen entspringen und in der gleichen Weise veränderlich sein, wie sich die Vorkommnisse in dem Staate nach dem Verhältnis seiner Größe notwendig vervielfältigen. So ist es also den kleinen Staaten eigen, als Republik, den Mittelstaaten, als Monarchie, und den sehr großen Staaten, als Despotie regiert zu werden. Sollen die Prinzipien unversehrt bleiben, muß man also den Staat in seiner alten Größe erhalten; er würde seinen Geist verändern, je nachdem man seine Grenzen verengerte oder erweiterte.²⁴

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch VIII. usw.

1. VIII, 1.

2. VIII, 2 Abs. 1: „Le principe de la démocratie se corrompt, non seulement lorsqu'on perd l'esprit d'égalité, mais encore quand on prend l'esprit d'égalité extrême, et que chacun veut être égal à ceux qu'il choisit pour lui commander. Pour lors le peuple, ne pouvant souffrir le pouvoir qu'il confie, veut tout faire par lui-même, délibérer pour le sénat, exécuter pour les magistrats, et dépouiller tous les juges“, Abs. 7: „La démocratie a donc deux excès à éviter l'esprit d'inégalité, qui mène à l'aristocratie ou au gouvernement d'un seul; et l'esprit d'égalité extrême, qui la conduit au despotisme d'un seul“, VIII, 3 Abs. 4, VIII, 6 Abs. 1: „Comme les démocraties se perdent lorsque le peuple dépouille le sénat, les magistrats et les juges de leurs fonctions, les monarchies se corrompent lorsqu'on ôte peu à peu les prérogatives des corps ou les privilèges des villes. Dans le premier cas, on va au despotisme de tous; dans l'autre, au despotisme d'un seul.“

3. VIII, 2 Abs. 1—2, VIII, 3 Abs. 1: „Autant que le ciel est éloigné de la terre, autant le véritable esprit d'égalité l'est-il de l'esprit d'égalité extrême. Le premier ne consiste point à faire que tout le monde commande ou que personne ne soit commandé, mais à obéir et à commander à ses égaux. Il ne cherche pas à n'avoir point de maîtres, mais à n'avoir que ses égaux pour maîtres“, Abs. 2, Abs. 3: „Telle est la différence entre la démocratie réglée et celle qui ne l'est pas, que dans la première on n'est égal que comme citoyen, et que dans l'autre on est encore égal comme magistrat, comme sénateur, comme juge, comme père, comme mari, comme maître“, Abs. 4: „La place naturelle de la vertu est auprès de la liberté; mais elle ne se trouve pas plus auprès de la liberté extrême qu'auprès de la servitude.“, VIII, 6 Abs. 1.

4. VIII, 2 Abs. 4—9.

5. VIII, 5 Abs. 4 Anm., VIII, 6 Abs. 1, VIII, 8 Abs. 1—2.

6. VIII, 2 Abs. 8—9, VIII, 12 Abs. 3.

7. Destutt a. a. O. I, 178.

8. VIII, 5 Abs. 1—3.

9. Destutt a. a. O. I, 178.

10. VIII, 5 Abs. 4: „L'extrême corruption est lorsque les nobles deviennent héréditaires: ils ne peuvent plus guère avoir de modération“.

11. Vgl. Barkhausen, Montesquieu, ses idées et ses oeuvres S. 61/62.

11*. Das läßt sich aber nicht vereinigen mit *Pensées* II S. 318 Nr. 1789.

12. VIII, 5 Abs. 4—5. Dagegen ist es dem Prinzip der Aristokratie zuträglich, wenn der Staat in einer solchen Lage ist, daß er sich von außen bedroht fühlt; so hielt die Furcht vor den Persern die Gesetze bei den Griechen aufrecht; Karthago und Rom setzten sich gegenseitig in Furcht und ihre inneren Verhältnisse gewannen an Festigkeit, VIII, 5 Abs. 7. Im Widerspruch damit berichtet VIII, 14 Abs. 1, daß gerade während des zweiten punischen Krieges in Karthago der innere Verfall eingesetzt habe.

13. VIII, 6 Abs. 1, 3, 5, VIII, 8 Abs. 2, VIII, 9 Abs. 2.

14. VIII, 6 Abs. 2, 4 („La monarchie se perd lorsque le prince, rapportant tout uniquement à lui, appelle l'Etat à sa capitale, la capitale à sa cour, et la cour à sa seule personne.“), VIII, 7 Abs. 1.

15. VIII, 7 Abs. 2, 3 und 4 („Le principe de la monarchie se corrompt lorsque des âmes singulièrement lâches . . . croient que ce qui fait que l'on doit tout au prince fait que l'on ne doit rien à sa patrie.“)

16. VIII, 6 Abs. 1 und 5, VIII, 7 Abs. 1, VIII, 8 Abs. 2.

17. Vgl. Destutt a. a. O. I, 179.

18. VIII, 10.

19. VIII, 10: „Les autres gouvernements périssent, parceque des accidents particuliers en violent le principe: celui-ci périt par son vice intérieur, lorsque quelques causes accidentelles n'empêchent point son principe de se corrompre“.

20. VIII, 11 Abs. 1.

21. VIII, 12 Abs. 2: „Quand une république est corrompue, on ne peut remédier à aucun des maux qui naissent qu'en ôtant la corruption, et en rappelant les principes; toute autre correction est, ou inutile, ou un nouveau mal“.

22. Vgl. Bernhardi, Geschichte Rußlands II, 131 f.: „Indem Montesquieu uns dann weiter belehrt, eine Regierung — welcher Art sie auch sei —, die anfangs wankend oder baufällig zu werden, müsse auf ihr „Prinzip“ zurückgehen und vermöge einer Art von Reparaturarbeit ihr „Prinzip“ neu herstellen, um sich verjüngt von neuem zu erheben; indem er zugleich dieses unfehlbare Mittel als nach Belieben anwendbar und stets zur Hand darstellt, wird die Ordnung der Erscheinungen des öffentlichen Lebens in der seltsamsten Weise geradezu umgekehrt. Es scheint, daß die Verfassung eines gegebenen Landes nicht aus dessen Geschichte und den bestehenden sittlichen und Kulturzuständen als deren Ergebnis hervorgeht. Montesquieu stellt vielmehr die Dinge umgekehrt dar, als habe man stets die freie Wahl, als könne man sich ganz nach Belieben für diese oder jene Regierungsform entscheiden, sie einrichten — und dann im Zusammenhange damit auch das erforderliche Prinzip beschaffen. Also den Sinn für Ehre, falls man eine Monarchie einrichten will, oder, wenn man sich für eine Republik entschieden hat, das erforderliche Quantum Tugend. Das Ganze gewinnt dadurch einigermaßen das seltsame Ansehen einer systematischen Sammlung von Rezepten, wie bei der Einrichtung der verschiedenartigsten Verfassungen zu verfahren sei. Vielleicht mußten die Dinge gerade in dieser Weise dargestellt werden, um dem unmittelbaren Zweck zu entsprechen — denn es handelte sich zunächst darum,

Frankreich darauf aufmerksam zu machen, daß es nur auf sein „Prinzip“ zurückzugehen brauche, um wieder bessere Zustände herbeizuführen; die Notabeln des Landes darauf, daß es nur von ihnen abhängen sich ihrer eigentlichen Bedeutung zu erinnern. Befangen in diesem Streben ist Montesquieu gar nicht zu dem Bewußtsein gekommen, daß er die Erscheinungen des Völkerlebens in umgekehrter Ordnung aneinander reihte. Der Zusammenhang der Dinge ist aber dadurch so willkürlich und in so seltsamer Weise verschoben, daß dem berühmten Buch wohl ohne Mühe auch eine komische Seite abzugewinnen wäre.“

23. VIII, 9.

24. VIII, 16—20.

Das Wesen der ersten acht Bücher und ihres Verfassers.

In der Vorrede, die Montesquieu seinem ganzen Werke vorausschickt, wendet er das Wort auf sich an, das Correggio angesichts der Cäcilie Raffaels gesprochen haben soll: „Auch ich bin ein Maler“, um sich damit den „zahlreichen großen Männern, die vor ihm in Frankreich, England und Deutschland geschrieben hätten“, als ebenbürtig an die Seite zu stellen. Indem ich das bisher Gesagte zusammenfasse und ergänze, will ich den Versuch machen, nachzuprüfen, wie weit die ersten acht Bücher ein so hohes Selbstgefühl rechtfertigen.

Wenn man der Meinung Sorels folgen dürfte, so hätte Montesquieu gewollt, daß in seinem Werk eine vollkommene Logik herrsche.¹ Es läßt sich jedenfalls nicht sagen, daß dieser Vorsatz geglückt wäre. Vielmehr empfängt man von diesen ersten acht Büchern den Eindruck großer Unklarheit. In dieser Richtung wirkt schon der Zwiespalt in der Betrachtungsweise, der sie alle durchzieht und doch ihrem Verfasser nicht zum Bewußtsein gekommen ist, nämlich daß die Gesetze bald auf ihre geschichtliche Ursache, bald auf ihre politische Zweckmäßigkeit hin untersucht werden, wirken dann weiter die Unstimmigkeiten, die wie bei dem, was über das Wesen der Gesetze gesagt ist, ihren Grund darin zu haben scheinen, daß Lesefrüchte aus den verschiedensten Schriftstellern rein äußerlich zusammengefügt sind, ferner die Ausführungen, die sich im Kreise drehen, die Widersprüche, durch die die Behauptung des einen Kapitels in dem folgenden wieder aufgehoben wird. Endlich: die Einteilung der Regierungsformen, die im II. Buche aufgestellt ist, ist im VIII. Buche durch eine ganz andere verdrängt; unter den Prinzipien, denen Montesquieu eine grundlegende Bedeutung zuspricht, bleiben diejenigen der Tugend und der Ehre doppeldeutig und verworren.

An solchen Unklarheiten trägt nun vielfach die politische Absicht Schuld, die diese acht Bücher verfolgen; schon für die Einteilung der Regierungsformen kommt sie in Betracht.

Es ist bereits erwähnt worden, was sich gegen die Einteilung, die sich im II. Buche findet, einwenden läßt und wie es für Montesquieu das Gegebene gewesen wäre, entweder nach der Zahl der Regierenden in Demokratie, Aristokratie und Monarchie einzuteilen oder aber, wenn er daneben noch die Art der Regierung als Merkmal heranziehen wollte, den Despotismus aller oder mehrerer ebenso als besondere Formen neben die Demokratie und die Aristokratie zu stellen, wie er der gesetzlichen Regierung eines Einzelnen den Despotismus eines Einzelnen gegenübergestellt hat.² Wiewohl dies allgemein zugegeben wird, finden sich doch ein paar Versuche, sein Verfahren einigermaßen zu entschuldigen; Bluntschli hat geäußert: „eine Einteilung, gegen die sich alle Logik sträubt, die aber in dem historischen Ueberblick über die wirklichen Staaten eine scheinbare Bestätigung findet“,³ und Laboulaye hat ausgeführt: das griechisch-römische Altertum, der Orient und die europäische Staatenwelt, wie sie sich aus der Völkerwanderung herausgebildet habe, und in ihr wieder natürlich im besonderen Frankreich, seien die drei Gebiete gewesen, auf denen Montesquieu seine Forschungen gemacht habe; da seien ihm die drei Staatsformen der Republik, der Despotie und der gemäßigten Monarchie entgegengetreten. Wenn seine Einteilung auch nicht philosophisch sei, wie die von Aristoteles, sei sie doch geschichtlich.⁴

Es darf nun nicht übersehen werden, wie das hier von Laboulaye geschieht, daß Montesquieu der Einteilung, die er im Anfange macht, im weiteren Verlauf nicht treu bleibt. Sehr bald behandelt er vielmehr die Aristokratie als eine besondere Regierungsform neben der Demokratie: er schreibt ihr ein von dem Prinzip der Demokratie zu unterscheidendes eigenes Prinzip zu, untersucht dann, wie sowohl „die Gesetze, die der Gesetzgeber gibt“ als auch die Aufwendungsgesetze in ihr entsprechend ihrer Natur und ihrem Prinzip von denen in der Demokratie abweichen müßten, und läßt endlich auch die Entartung in ihr einen Verlauf nehmen, der dem zum Verderben der Demokratie führenden geradezu entgegengesetzt ist.⁵ Andererseits bezeichnet er in Buch VIII die Despotie als eine bloße Entartung der Monarchie und stellt sie

damit auf die gleiche Stufe wie die Ochlokratie und die Oligarchie. Kurz, er kehrt am Schluß zu der herkömmlichen, auf Aristoteles zurückgehenden Einteilung in drei Grundformen mit ebenso vielen Entartungen zurück.⁶ Danach kann also nicht davon gesprochen werden, daß seine anfängliche Einteilung auf einer wissenschaftlichen Ueberzeugung beruhe, die er sich durch geschichtliche Forschungen erworben habe. Man hat nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder, daß er sie einfach, unbesehen wie man zu sagen pflegt, aus Sidney übernommen hat,⁷ was bei der gedankenlosen Art, in der er vielfach seine Quellen benutzt, keineswegs ausgeschlossen wäre,⁸ oder, daß er mit ihr den Zweck verfolgt hat, die Monarchie und die Despotie, d. h. — um sogleich den eigentlichen Sinn zu bezeichnen, den er mit diesen Worten verbindet — die beschränkte und die absolute Monarchie in schärferen Gegensatz zu bringen, als es nach seiner Ansicht die bloße Unterscheidung von Grundform und Entartung tat.⁹ Man wird sich dieser letzten Annahme nicht verschließen, wenn man sieht, wie er auch weiterhin mit allen Mitteln bemüht ist, diesen Gegensatz so scharf wie möglich herauszuarbeiten.¹⁰ Politische Absicht hätte dann schon in diesem Punkte ihren schädlichen Einfluß ausgeübt, hätte ihn veranlaßt, von der Einteilung, die er in Wirklichkeit für zutreffend hielt, mit Bewußtsein abzuweichen.

Was nun die Forschungen anbetrifft, auf Grund deren Montesquieu zu seiner anfänglichen Einteilung gekommen sein soll, so ist ihm einige Kenntnis der alten Geschichte nicht abzusprechen. Auf ihr beruht das, was er über die Demokratie und die Aristokratie sagt; nur für einige nicht sehr wichtige Punkte hat er auch noch Venedig herangezogen, während er sich um die zeitgenössischen Demokratien gar nicht gekümmert hat.¹¹ Wie eng der Kreis der von ihm benutzten Quellen auch sein mag, er hat doch immerhin mehrere Staaten — Sparta, Athen, Rom — miteinander verglichen, um das Wesen der beiden Regierungsformen festzustellen; insofern kann man also von einer Wissenschaftlichkeit der in Betracht kommenden Kapitel reden. Anders verhält es sich aber mit den Schilderungen, die er von Monarchie und Despotie macht.

Es leuchtet auf den ersten Blick ein und bedarf keines weiteren Nachweises, daß Montesquieu, indem er das Musterbild der Monarchie entwirft, nur die Einrichtungen Frankreichs mit dessen

bevorrechtigten Ständen und Parlamenten berücksichtigt; von dem Versuche, durch den Vergleich mehrerer Monarchien zwischen dem für eine Monarchie Wesentlichen und Unwesentlichen zu unterscheiden, findet sich keine Spur.¹² Wie sollte er nun aber der Meinung gewesen sein, mit einem solchen Verfahren zu einem wissenschaftlich gesicherten Ergebnis zu gelangen? Er müßte geglaubt haben, daß ständische Einrichtungen ganz in der gleichen Form wie in Frankreich und Körperschaften wie die Parlamente mit ihren politischen Ansprüchen unentbehrlich seien, wenn anders ein Staat nicht auf den Namen einer Monarchie zu verzichten habe. Es ist keine andere Erklärung möglich, als daß er hier entgegen seiner ausdrücklichen Verwahrung in der Vorrede¹³ doch aus seinem Vorurteil geschöpft und mit vollem Bewußtsein nicht als Mann der Wissenschaft, sondern als Parteipolitiker geschrieben hat. Indem er die Zwischengewalten und die Parlamente als notwendig für eine Monarchie — nicht nachweist, denn davon bleibt er weit entfernt, — sondern einfach hinstellt und dem Königtum den nur zu sehr berechtigten Argwohn gegen sie zu nehmen sucht, ist er von dem Wunsche geleitet, ihren Bestand zu sichern. In diesem Zusammenhang bricht er, der Freigeist, auch für die Macht des Klerus eine Lanze,¹⁴ denn dessen Stellung als politische Körperschaft gehörte nun einmal zum Wesen des alten Staates. Die scharfen Ausfälle gegen Richelieu, den Gegner ständischer und körperschaftlicher Ansprüche, den er als ganz von Despotismus durchtränkt beurteilt,¹⁵ sind es vor allem, die ganz deutlich zeigen, wo er den Gegner sah: in dem vordrängenden Absolutismus der Krone. Er glaubt, ihn am besten zu bekämpfen, indem er die Bestrebungen, die Staatsgewalt zusammenzufassen und die ständischen Unterschiede auszugleichen, nicht als Reform, sondern als Umsturz der monarchischen Verfassung bezeichnet, als die Aufrichtung einer ganz neuen Regierungsform, die als Despotie streng von der Monarchie unterschieden werden müsse.

In engster Verbindung damit steht die Beschreibung, die er von der Despotie macht. Es trifft nicht zu, was Laboulaye behauptet, daß er sich für sie eingehender mit den Zuständen des Orients beschäftigt habe; er hat sich vielmehr damit begnügt, ein paar recht unzuverlässige Reisebeschreibungen zu lesen.¹⁶ Was er gestützt auf sie von der despotischen Regierung sagt, mag vorübergehend

und vereinzelt vorgekommen sein, bietet aber im ganzen, um den Ausdruck Jellineks zu gebrauchen, „einen reinen Schultypus, dem kein realer Staat auf die Dauer völlig entspricht“. ¹⁷ Mit dem, was er aus den Reisebeschreibungen entlehnte, hat er aber dann noch Züge verbunden, ¹⁸ die er in dem Absolutismus der bourbonischen Monarchie fand, um diesen der Verabscheuung und Verdammung wert erscheinen zu lassen. Wieder stellt er sich so in den Dienst des Parteizweckes und straft er aufs neue seine Vorrede Lügen, wo er versichert hat, daß es seine Absicht sei, alle Untertanen mit Liebe zu ihrem Fürsten, ihrem Vaterlande und dessen Gesetzen zu erfüllen und sie zu lehren, sich in ihrem Lande und unter ihrer Regierung glücklich zu fühlen. ¹⁹ Den Despotismus oder Absolutismus, wie er ihn schildert, vermag niemand zu lieben; jeder muß ihn hassen und sich zum Kampf gegen ihn aufgefordert fühlen.

Indem man die Kapitel über die Monarchie und die Despotie liest, darf man also nicht einen Augenblick außer Acht lassen, wie sehr sich Lehren und Forderungen, die als allgemein gültig aufgestellt werden, auf die besonderen Verhältnisse Frankreichs beziehen. ²⁰ Das gilt nicht nur von der allgemeinen Gegenüberstellung von Monarchie und Despotie als der Regierung in gesetzlichen Formen und der Herrschaft in Willkür oder, wo die Beziehung ganz deutlich ist, von den Zwischengewalten und Parlamenten und der Käuflichkeit der Aemter, sondern auch von einer Anzahl verstreuter Bemerkungen, die auf den ersten Blick absichtslos erscheinen. So ist es z. B. sogleich im Anfange, wo es als ein Fundamentalgesetz der Despotie hingestellt wird, daß es in ihr einen Wesir gebe. ²¹ Was sich dagegen einwenden läßt und von Voltaire sofort eingewandt worden ist, liegt so nahe, daß auch Montesquieu es nicht gut hat übersehen können; ihm aber kam es darauf an, eine Anspielung auf die allmächtigen Premierminister in Frankreich zu machen, in erster Linie natürlich auf Richelieu, der nach Rankes Urteil für die Politik einer absoluten Regierung Raum gemacht hat, dann auf Mazarin, der trotz der Fronde das Werk seines großen Vorgängers fortführte, endlich auf Fleury, der ohne den Titel eines Premierministers doch die Stellung eines solchen einzunehmen verstand. ²² Mit dieser ersten Anspielung verbindet sich sofort eine andere auf Ludwig XV. selber: in dem Bilde des Despoten, der sich in seinem Serail einschließt und dort vergißt, sich um sein Reich zu kümmern, ist er

deutlich gekennzeichnet.²³ Dagegen mag man streiten, ob die Bemerkung über den Despoten als alleinigen Grundeigentümer²⁴ auf Ludwig XIV. abzielt, der sich mit dem Gedanken trug, nach Art der muhamedanischen Herrscher im Orient das Eigentum aller Aecker im Reiche für sich in Anspruch zu nehmen, denn wir wissen nicht, wie weit das Gutachten, das der König in dieser Angelegenheit eingefordert hat,²⁵ bekannt geworden ist; und ebenso muß dahingestellt bleiben, ob die weitere Bemerkung über den Despoten als Kaufmann²⁶ die königliche Getreideverwaltung treffen sollte, von der d'Argenson im Jahre 1753 zu wissen behauptete, daß sie der Regierung täglich eine Million einbrächte.²⁷ Mit ziemlicher Sicherheit darf man aber in den Bemerkungen, daß in der Despotie die Thronfolge unsicher sei und sich Schande und Auszeichnung auf demselben Haupte häufe, einen Hinweis auf die Streitigkeiten der Legitimierten und eine Anklage gegen Kardinal Dubois erblicken.²⁸ Und ganz unzweifelhaft ist es, daß sich das, was über die Beamten in der Despotie gesagt ist, gegen den Ausbau eines modernen Beamtentums richtet, durch den die feudalen Machthaber immer mehr zurückgedrängt wurden,²⁹ daß der Tadel gegen den Despoten, der von einer Sonderstellung der Provinzen nichts wissen will und die Gesetze zu vereinfachen sucht, auf die Bestrebungen des bourbonischen Königtums, Verwaltung und Recht zu vereinheitlichen, gemünzt ist,³⁰ daß die Kapitel, die den Monarchen warnen, selber Recht zu sprechen oder es durch seine Minister tun zu lassen, eine Verwahrung gegen die Evokationen und Kommissionen enthalten, mit denen die französische Regierung in die Befugnisse der ordentlichen Gerichte eingriff.³¹ Die Schilderung endlich, die von der Entartung der Monarchie gegeben wird, hat wie bereits ausgeführt, durchweg nur die besondere Entwicklung der Dinge in Frankreich im Auge.³²

Nach allem diesem wird man nun auch von vorneherein gegen die Wissenschaftlichkeit der Prinzipien Bedenken hegen müssen. Laboulaye sucht darzulegen, daß Montesquieu überzeugt gewesen sei, auf seinen drei Forschungsgebieten: dem klassischen Altertum, dem Orient, dem neueren Europa mit Frankreich im besonderen ebenso wie seine Regierungsformen, so auch deren Prinzipien zu finden: die Tugend als die Seele der griechischen und römischen Republiken, die Furcht als den Hebel des orientalischen Despotis-

mus und die Ehre bei den Völkern, die durch das Ritterwesen und die Feudalität hindurchgegangen seien.³³ Er hat dabei völlig außer Acht gelassen, daß Montesquieu die Furcht nicht nur als das Prinzip des orientalischen Despotismus, sondern auch des neuzeitlichen europäischen Absolutismus hinstellt; schon dadurch wird sein ganzer Nachweis hinfällig. Die Wissenschaftlichkeit erscheint zunächst, wie bei der Einteilung der Regierungsformen, darum fragwürdig, weil Montesquieu den Begriffen von Tugend und Ehre in ihrer anfänglichen Bestimmung nicht treu bleibt, sondern in die gewöhnliche Bedeutung zurücklenkt. Sodann fehlt auch hier eine Anspielung nicht, die den Zeitgenossen verständlich sein mußte, auf jenen Ausspruch, der Ludwig XIV. zugeschrieben wurde: er wisse, daß man ihn nicht liebe, aber das sei ihm gleichgültig; er wolle durch Furcht herrschen.³⁴ Endlich ist es auffallend, wie trefflich die Prinzipien der Ehre und Furcht zu den politischen Absichten passen, die Montesquieu verfolgt. Schon Roscher hat geurteilt, es läge in den vier Prinzipien eine sehr entschiedene, schneidige Kritik der betreffenden Staatsformen eingeschlossen, was die Unbefangenheit der Forschung wenigstens verdächtige.³⁵ Das trifft für die beiden Prinzipien der Ehre und der Furcht vollkommen zu. Der Despotie die Furcht als Prinzip beilegen hieß über sie das Verdammungsurteil fällen und damit zugleich die absolutistischen Bestrebungen der bourbonischen Monarchie dem Abscheu preisgeben. Das Prinzip der Ehre dient nur dem Zweck, die Lehre von den Zwischengewalten zu stützen.³⁶ Ständewesen und Ehre hängen auf das engste miteinander zusammen, tragen und bedingen sich gegenseitig; wenn man die Zwischengehalten zerstört, so stirbt auch die Ehre; Gleichmacherei beraubt die Monarchie ihrer Lebenskraft und weicht sie dem Untergang, das ist der Schluß, der gezogen werden sollte. Der Vollständigkeit halber mußten dann natürlich auch für die Demokratie und die Aristokratie Prinzipien aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, daß kein Staatswesen ohne Tugend bestehen kann, ob man nun unter Tugend die Sittlichkeit oder die Liebe zum Vaterlande begreift, und daß die Mäßigung, wie Montesquieu selber zugibt, für alle Regierungsformen unentbehrlich ist.

Es drängt sich die Frage auf, ob man in diesen ersten Büchern überhaupt nichts anderes zu sehen hat als eine politische Streitschrift, in der die nicht-politischen Abschnitte dann nur den Zweck

hätten, die eigentliche Absicht nicht zu schroff hervortreten zu lassen.³⁷ Der Zusammenhang mit den späteren Büchern, hinsichtlich derer man nicht von einer politischen Absicht sprechen kann, ist so lose und eigentlich nur durch die Einleitung in Buch I künstlich hergestellt, daß man ihn nicht als Beweis dagegen verwenden kann; die „Unordnung“ im „Geist der Gesetze“ erlaubt es vielmehr, diese ersten Bücher als ein Ganzes für sich zu betrachten. Da es sich nun noch findet, daß Montesquieu in einer Anmerkung zu den Betrachtungen über die Größe der Römer, die in späteren Ausgaben als bloßstellend unterdrückt ist, Erörterungen über die verschiedenen Regierungsformen als müßige Spielerei beurteilt hat,³⁸ wird sicherlich jene Frage nicht ohne weiteres verneint werden können.

Es trägt dazu bei, die politische Absicht Montesquieus einigermaßen zu verhüllen, daß er, der den Despotismus oder Absolutismus als schlechthin verwerflich darstellt, auf der anderen Seite das Bild der Demokratie in den lichtesten Farben malt als der geradezu vorbildlichen Regierungsform, in der die edeln Eigenschaften des Menschen: Vaterlandsliebe und gesetzlicher Sinn, Selbstlosigkeit und Sittlichkeit zur Blüte gelangen, die, wie es wenig später heißt, den Frieden und die Mäßigung verkörpere, während die Monarchie auf Krieg und Vergrößerung gerichtet sei.³⁹ Einem oberflächlichen Leser kann er infolgedessen weit entfernt davon erscheinen, einseitig für die Monarchie Partei zu ergreifen. Man braucht aber nur etwas genauer hinzusehen, um sich zu überzeugen, daß dem nicht so ist. Indem Montesquieu das Wesen der Demokratie schildert, hält er sich eng an die räumlich beschränkten Verhältnisse des antiken Stadtstaates. Da er in diesen Büchern von einem Repräsentativsystem nichts weiß, erklärt er sogleich, daß das allgemeine Stimmrecht, das die Grundlage der demokratischen Verfassung bildet, nur bei einer nicht zu großen Zahl der Bürger anwendbar sei.⁴⁰ Die Tugend macht er dann von einer Erziehung abhängig, wie sie sich nur bei den Alten habe durchführen lassen,⁴¹ und findet sie weiter bedingt durch Einrichtungen nach Art der Lykurgischen und Platonischen, wie Gütergemeinschaft, strenger Abschließung von den Fremden, dem Verbot des Handels für die Einzelnen, dem Verbot des Geldes, gegenseitiger Sittenaufsicht, Dingen, die unvereinbar mit einem großen Staate seien.⁴² Vor allem kommt er mehrfach darauf

zurück, daß in einer Demokratie der Besitz, in erster Linie der Grundbesitz, in gleicher Weise verteilt und auch gleich klein sein müsse; er bezeichnet diese Gleichheit geradezu als das, was die Vortrefflichkeit der Demokratie ausmache.⁴³ Die Aecker, so bemerkt er dazu, könnten indessen durch den Gesetzgeber nur bei der Gründung einer neuen Republik gleichmäßig verteilt werden; dagegen bedürfe es des Umsturzes der Eigentumsverhältnisse, wenn eine schon bestehende Republik entartet sei, aber, fügt er zwei Kapitel später hinzu: wenn eine Revolution gemacht und dem Staate eine neue Form gegeben sei, könne es doch nur unter Mühen und unendlichen Arbeiten geschehen und sei es bei verderbten Sitten fast unmöglich, daß die Menschen zur Tugend zurückgeführt würden.⁴⁴ Der Sinn alles dieses ist deutlich: daß die Demokratie eine Regierungsform darstelle, in der vordem, in den Kleinstaaten des Altertums, Großes und Bewundernswertes geleistet worden, deren Zeit aber unwiderbringlich dahin sei; daß sie also für die neuzeitlichen Staaten nur ein schönes Traumbild bedeute, das sich in ihnen nicht verwirklichen lasse. Da Montesquieu dann schließlich das Urteil, daß die Demokratie ein keines Gebiet zur notwendigen Voraussetzung habe, auch auf die Aristokratie ausdehnt,⁴⁵ so bleibt als einzige Regierungsform, die er als zugleich vernünftig und für seine Zeit lebensfähig ansieht, die ständische Monarchie, so wie er sie kennzeichnet, übrig.⁴⁶

Die Befugnisse der Zwischengewalten und Parlamente bestimmt Montesquieu als nur beratende; der Monarch soll aufgeklärt werden, bleibt aber doch immer Herr, zu tun, was er will. Ob Montesquieu damit sein letztes Wort gesagt hat, kann aber doch bezweifelt werden. Es ist hier auf die Einschübe zurückzukommen, die ihm von der Zensur aufgenötigt worden sind. Er hatte, wie erwähnt, im vierten Kapitel des II. Buches die Zwischengewalten nicht nur als untergeordnet, sondern auch als abhängig zu bezeichnen und weiter den Satz einzufügen, daß in der Monarchie der Fürst die Quelle aller politischen und bürgerlichen Gewalt sei,⁴⁷ zwei Aenderungen, die doch nicht so bedeutungslos sind, wie Solazzi meint.⁴⁸ Die Zensur, der man doch auch ein Urteil zutrauen darf, und die sich im übrigen dem Werke gegenüber keineswegs engherzig gezeigt hat, muß sie jedenfalls nicht als bedeutungslos betrachtet haben; sie wird der Furcht gewesen sein, daß sonst

Zwischengewalten und Parlamente als eigenen Rechts und mit beschließenden Befugnissen ausgestattet erscheinen könnten und daß eben dahin auch die Absicht Montesquieus gehe. Vielleicht, daß sie damit doch nicht so ganz vorbeitraf. Mit der Dreiteilung der Zwischengewalten in Klerus, Adel und Städte könnte er sehr wohl auf die Reichsstände haben hindeuten wollen. Dagegen ließe sich allerdings einwenden, daß die politische Stellung der Parlamente zum mindesten geschwächt werden mußte, wenn die Reichsstände zu neuem Leben erweckt wurden, und daß das schwerlich nach dem Sinn eines Parlamentariers, wie es Montesquieu war, gewesen sein kann, aber den Parlamenten ein wirkliches Einspruchsrecht in Fragen der Gesetzgebung und Besteuerung zuzueignen, lag durchaus in seinem Gedankenkreise.⁴⁹

Man könnte versucht sein, die Verteilung der Staatsgewalten in der Beschreibung der französischen Monarchie wiederzufinden,⁵⁰ ausdrücklich erwähnt ist sie mit keinem Wort. Was Montesquieu für Frankreich fordert, begründet er nicht mit jener Lehre, die er später im XI. Buche entwickelt hat, sondern bemüht er sich, aus der Natur und dem Prinzip der Monarchie abzuleiten. Wenn er einmal sagt, daß in den gemäßigten Regierungen, zu denen er die Demokratie, die Aristokratie und die Monarchie rechnet, die Gewalten miteinander in Einklang gesetzt und derart geregelt werden müßten, daß sie einander Widerstand leisten könnten, so hat er dabei doch, wie schon ausgeführt, nur die Befugnisse der Behörden, nicht verschiedene Staatsgewalten im Auge, und legt auch auf diesen Gedanken nicht ein solches Gewicht, daß er ihn im einzelnen durch alle gemäßigten Regierungen verfolgt hätte.⁵¹ Auf der anderen Seite läßt er in der Demokratie und der Aristokratie für die Verteilung und gegenseitige Hemmung der Staatsgewalten gar keinen Raum, und hinsichtlich der Monarchie erklärt er mehrfach, daß es in ihr das Prinzip, die Ehre, sei, die den Monarchen „hemme“ und daß in ihr das Uebergewicht stets auf der Seite des Monarchen sei.⁵²

Ebensowenig wie die Verteilung der Gewalten spielt in diesen Büchern die Frage der politischen Freiheit eine besondere Rolle, während sie das XI. Buch beherrscht. So oft sich in ihnen auch das Wort Freiheit gebraucht findet, so ist es doch nirgends erläutert. An manchen Stellen bleibt es denn auch ganz unklar,⁵³ an anderen ergibt der Zusammenhang, daß unter ihm die Herrschaft der Gesetze

zu verstehen ist, also die Sicherheit von Leib und Leben, Eigentum und Ehre gegen Willkür, die sich nicht an Gesetz und Regel bindet.⁵⁴ In diesem Sinne ist für Montesquieu Freiheit in allen gemäßigten Regierungen vorhanden, während sie in der Despotie Aller, Mehrerer oder eines Einzigen fehlt. Wo die Freiheit — ebenfalls nach dem Zusammenhang — die politische Freiheit bedeutet, da ist sie mit der Demokratie gleichgesetzt, also gerade mit der Regierungsform, wo der Herrscher die gesetzgebende Gewalt unmittelbar, die beiden anderen Gewalten mittelbar durch von ihm ernannte und abhängige Diener ausübt.⁵⁵

Die Betrachtung der ersten acht Bücher würde nicht vollständig sein, wenn man es nicht auch unternähme, die Persönlichkeit des Mannes zu fassen, der hinter ihnen steht, — wohl die reizvollste Aufgabe und nicht allzu schwer, da Montesquieu durch die Lehren, die er vorträgt, und die Art, wie er sie vorträgt, über sich selber reichen Aufschluß gibt.

Es wäre ungerecht, wollte man ihm den Vorwurf machen, daß er arm an Gedanken sei; er strömt im Gegenteil, so darf man sagen, geradezu an solchen über, aber er ermangelt des Vermögens, sie zu klären und zu sichten und zu einem geschlossenen Ganzen zu verarbeiten: Selbstzucht und wissenschaftlicher Ernst gehen ihm ebenso ab wie die Fähigkeit, folgerecht zu denken. Mit seinen Unklarheiten und Widersprüchen gibt er sich doch als ein recht verworrener Geist zu erkennen; das gilt nicht nur von den Stellen, wo seine politische Absicht an jenen Unklarheiten und Widersprüchen Mitschuld trägt, sondern noch ebenso sehr und mehr von denen, wo das nicht der Fall ist.

Neben seiner Unklarheit ist es seine Eitelkeit, die als die zweite seiner Eigenschaften deutlich hervortritt. Man begreift ein Urteil nicht, wie es von Laboulaye gefällt ist, daß er von der Eitelkeit frei gewesen sei, die den anderen Schriftstellern des XVIII. Jahrhunderts eigne;⁵⁶ es wird schon dadurch widerlegt, daß er die nichtige Ehre, der Akademie anzugehören, hoch genug geschätzt hat, um ihretwegen seinen Richterberuf aufzugeben und sich sogar demütigenden Bedingungen zu unterwerfen,⁵⁷ und der „Geist der Gesetze“ liefert vollends auf unzähligen Seiten schlagende Gegenbeweise: immer wieder macht sich dort, wie schon Macaulay richtig hervorgehoben hat, als seine Absicht bemerkbar, etwas Neues und ganz Besonderes

zu sagen, also durch kecke Behauptungen und überraschende Wendungen aufzufallen und geistreich und witzig zu erscheinen, Belesenheit und Wissen zu zeigen, kurz die eigene Persönlichkeit in vorteilhaftes Licht zu stellen. Und zudem: nur weil er selber eitel war, konnte er dahin kommen, das Streben nach äußerem Ansehen zum Prinzip der Monarchie zu machen und an dem Aufwand nur die eine Seite, die Prachtliebe, zu bemerken.

Was ihn als Politiker anbetrifft, so ist es zunächst bedeutsam, was er von den Gesetzen fordert, damit sie als vernünftig anzusehen seien: sie müssen, so sagt er an der angeführten Stelle des I. Buches, dem Volke, für das sie gegeben werden, angepaßt sein, d. h. der Natur und dem Prinzip der Regierung, dem Himmelsstriche, der Lebensweise des Volkes, seiner Religion usw. entsprechen.⁵⁸ Warum sie dann vernünftig seien, wenn sie der Natur und dem Prinzip der Regierung entsprachen, sagt er nirgends ausdrücklich, aber nach den folgenden Büchern ist kein Zweifel möglich, daß er meint: weil es nur dann durch sie erreicht werde, die bestehende Regierungsform aufrecht zu erhalten. Nicht also um den Staat und dessen Zwecke handelt es sich für ihn; die Frage, die er zu beantworten unternimmt, lautet vielmehr: wie behaupten sich die einzelnen Regierungsformen? oder etwas anders gestellt: wie wird die höchste Macht im Staate bewahrt? Es ist nicht zu verkennen, wie sehr sie an Macchiavelli anklingt. Die verschiedenen Regierungsformen haben in seinen Augen nur den Zweck, sich selber zu erhalten, wie für ihn die Gesetze nur darauf angelegt sein müssen, diesem Zweck zu dienen.⁵⁹ Dem Despotismus oder Absolutismus gesteht er, wie ohne weiteres einleuchtet, überhaupt keinen anderen Zweck zu; nur nicht so augenfällig ist es, daß er auch über die Demokratie, die Aristokratie und die Monarchie nicht wesentlich anders urteilt; sie sollen zwar alle drei die Willkür ausschließen und die Herrschaft des Gesetzes verwirklichen, aber das ist doch nicht die Aufgabe, die nun alles in ihnen beherrschte und ihren Einzeleinrichtungen das Maß gäbe; die hauptsächliche Aufgabe ist im Gegenteil auch für sie, ihre Eigenart im Unterschiede sowohl von der Despotie als auch voneinander zu bewahren und eben Demokratie, Aristokratie und Monarchie zu bleiben.

Mit solcher Auffassung hängt nun auf das Engste Montesquieus Tugendbegriff zusammen. Die Tugend ist für ihn, wie oben gezeigt

wurde, nicht Liebe zum Vaterlande schlechthin, sondern Liebe zum Vaterlande und zur Gleichheit, eine Liebe, die sich an die Bedingung knüpft, daß das Vaterland eine demokratische Verfassung habe. Als unabweisbare Folgerungen ergeben sich: zunächst, daß danach in einer Demokratie derjenige nicht mehr auf den Namen eines tugendhaften Mannes, d. h. eines vaterländisch Gesinnten Anspruch erheben könnte, der die demokratischen Einrichtungen für verderblich hielte und darum abzuschaffen wünschte, sodann daß die Tugend oder Vaterlandsliebe den Boden, in dem sie wurzele, verlöre, wenn die demokratische Verfassung geändert würde. In seiner Art, die Dinge nicht bis zum Ende durchzudenken, zieht Montesquieu selber diese Folgerungen nicht ausdrücklich, aber sie sind, wie gesagt, unabweisbar und lassen einen Rückschluß auf sein eigenes Verhältnis zum Vaterlande zu: daß er nämlich die Verfassung, der er anhing, über das Vaterland gestellt hat. Die Bestätigung dafür wird durch das geliefert, was er über seinen vorbildlichen Staat, die ständische Monarchie, sagt: für Selbstlosigkeit im Dienste des Gemeinwohls findet er in ihr keinen Platz;⁶⁰ alles Tun im öffentlichen Leben wird vielmehr durch die äußere Geltung bestimmt, die es verschafft. Es ist ein Vorwurf, den man nur von einem Gegner erwarten sollte, der in seinem Munde um so mehr Beachtung verdient und jedenfalls ihn selber kennzeichnet: mit ihm, wie vorher mit seinem Tugendbegriff, bekennt er sich zu der Gesinnung jener Männer, die Frankreich verließen, um es auf der Seite des Auslandes zu bekämpfen, als das Ständetum, auf das sie eingeschworen waren, und mit ihm ihre bisherige Stellung im Staate durch die Revolution zertrümmert wurde. Wie sehr also in die Irre gehen die, die ihn als „sehr patriotisch“ beurteilen;⁶¹ der Geist, der die Emigranten erfüllt hat, ist vielmehr Geist von seinem Geiste gewesen.

Mangel an Staatsgesinnung ist die natürliche Begleiterscheinung des ständischen Staates. Montesquieu aber vertritt den ständischen Gedanken in allen dessen Richtungen; er hat, wie richtig geurteilt worden ist, noch in den Anschauungen der Fronde gelebt.⁶² Er darf nicht darum als Reformers angesehen werden, weil er die Schattenseiten des Bourbonischen Absolutismus angreift. Wie gerade die Parlamente, deren politische Ansprüche er verteidigt, das schwerste Hindernis für ein gedeihliches Fortschreiten gewesen sind, so bekämpft auch er Gedanken, denen die Zukunft gehört hat,

und spricht sich z. B. dagegen aus, daß Gesetz, Maß und Gewicht vereinheitlicht würden: es genüge, meint er, daß das Gesetz überhaupt beobachtet werde; warum es überall im Lande dasselbe Gesetz sein müsse, sei nicht ersichtlich, würden doch auch in China die Chinesen nach chinesischem Herkommen und die Tataren nach tatarischem regiert, und sei es doch bei keinem Volke mehr als bei ihnen auf Ruhe und Ordnung abgesehen.⁶³ Die Absicht, die Allmacht des königlichen Beamtentums, durch die alles selbständige Leben in Provinz und Gemeinde erdrückt wurde, durch eine gesunde Selbstverwaltung zu ersetzen, ist ihm fremd;⁶⁴ sein Sinn geht nur dahin, den feudalen Gewalten neues Leben zu geben. In Ermangelung politischer Rechte fordert er für den Adel wenigstens die Bevorzugung in Steuer, Recht und Gericht und die Fortdauer der Feudalrechte, obwohl vom Adel Gegenleistungen in gemeinnützigen Diensten schon längst nicht mehr geboten wurden.⁶⁵ Fast durchgehend tritt er so für die überlebten Ordnungen in Staat und Gesellschaft ein, ein ausgesprochener Reaktionär.⁶⁶

Unter solchen Umständen gewinnt die „Freiheit“, die er für die Monarchie in der Herrschaft des Gesetzes fordert, eine eigentümliche Färbung: sie ist die Freiheit für den Adel auf Kosten des übrigen Volkes. Daß der Ausfall, der im Staatshaushalt durch die Steuerrechte des Adels entstehen mußte, nur durch stärkere Belastung der Nicht-Bevorrechtigten wieder eingebracht werden konnte, macht ihm keine Sorge; über die Schäden, die das adlige Güterrecht dem Handel brachte, und den Druck, den die Feudalrechte den Bauern auferlegten, geht er mit der Wendung hinweg, daß der Nutzen, den ein Adel für den Staat habe, solche Nachteile aufwiege.⁶⁷ Die Frage endlich, von der man erwarten dürfte, daß sie ihm als ehemaligen Richter besonders nahe läge, wirft er gar nicht auf: nämlich ob nicht die Rechtssicherheit der unteren Klassen durch die Verschiedenheit des Personen- und Sachenrechtes und des Gerichtsstandes gefährdet werde. Wo sein politisches Interesse nicht ins Spiel kommt, wie bei der Tortur und der übertriebenen Strenge der Strafen, zeigt er sich aufgeklärt und wohlwollend; sonst ist er engherzig, nur auf das Wahl und Wehe seines Standes bedacht und verrät jene Härte des Herzens, die dem Ständetum eigentümlich ist; von wahrhaftem Liberalismus ist da keine Ader in ihm.⁶⁸

Es ist schon längst darauf hingewiesen worden, welchen Einfluß Montesquieus adlige Geburt auf seine ganze Lebensanschauung ausgeübt hat;⁶⁹ immer wieder macht sich fühlbar, daß er den Fragen des französischen Verfassungslebens nicht unbefangen gegenübergestanden hat, nicht nur Schriftsteller, sondern auch Baron und Seigneur von La Brède gewesen ist. Und von nicht geringerem Einfluß ist es gewesen, daß er durch Abstammung und Beruf zu den Parlamentskreisen gehört hat: in dem politischen Anspruch des Parlaments verteidigt er so gewissermaßen die eigene Sache; wie er dadurch, daß er die Käuflichkeit der Richterstellen als monarchische Einrichtung nachzuweisen unternimmt, es dem Leser ins Gedächtnis zurückruft, auf welche Weise er selber zu seinem Präsidentenamt gelangt ist,⁷⁰ so kann er auch in seiner Parteinahme für andere Mißstände den ehemaligen Richter nicht verleugnen.⁷¹

Es muß auffallen, daß Montesquieu, indem er für die bevorrechtigte Stellung des Adels eintritt, doch zugleich kein Bedenken trägt, den Adel in einer Weise bloßzustellen, wie es von einem Gegner des Adels kaum besser hätte gemacht werden können. Schon seine Begriffsbestimmung der Ehre mutet wie eine Verspottung an, und die Art, in der er im zweiten Kapitel des IV. Buches schildert, wie der Ehrbegriff in der Monarchie notwendig Sittenlosigkeit und Hochmut nach sich ziehe, könnte den Eindruck erwecken, daß er die Nichtigkeit bei seinen Standesgenossen habe an den Pranger stellen wollen. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß er hier in Einzelheiten vielleicht seiner Laune zum Spott hat die Zügel schießen lassen, aber im großen und ganzen ist es ihm doch völliger Ernst. Die Ehre, so wie er sie begrifflich bestimmt, gehört untrennbar zu seinem politischen Lehrgebäude, das ohne sie zusammenbrechen würde. Wohl gibt er, wie gesagt zu, daß dieser Ehrbegriff vor der Philosophie und vor der Religion nicht bestehen könne,⁷² aber er stellt ihn doch als etwas durch die Natur der Dinge Gegebenes hin, das in der Monarchie nicht zu entbehren sei, und meint mit ihm Erscheinungen zu rechtfertigen, in denen ein unbefangenes Auge Zeichen des Verfalls erblickt.

Die Vermutung ist vielleicht nicht so ganz abzuweisen, daß Montesquieu mit solcher „Rechtfertigung“ des französischen Adels auch sich selber zu rechtfertigen gedacht hat; er ist bekanntlich

alles andere als ein Heiliger gewesen, und für den Hochmut des französischen Adels ist er selber ein ausgeprägtes Beispiel. Einen Satz wie den, daß die Ehre dem Adel gebiete, um sich herum eine deutliche Scheidelinie zu ziehen, die es unmöglich mache, ihn mit dem übrigen, dem gemeinen Volke zusammenzuwerfen,⁷³ hätte er doch nicht schreiben können, wenn er nicht selber von adliger Ueberhebung erfüllt gewesen wäre; er bestätigt damit das Urteil Tocquevilles, daß der französische Adel für den Verlust seiner politischen Rechte Ersatz und Trost gesucht habe, indem er seine gesellschaftliche Stellung nach Möglichkeit betonte.⁷⁴ Kaum zu überbieten ist ferner der beschränkte Standeshochmut, wenn er den wahren Geist der Monarchie in den alten französischen Gesetzen findet, nach denen der Edelmann für ein Verbrechen mit dem Verlust der Ehre am Hofe zu büßen gehabt habe, während der Nicht-Adlige für die gleiche Tat an seinem Körper gestraft worden sei;⁷⁵ oder wenn er die Bestimmung des Bürgertums darin erblickt, die Mittel für den Glanz von Versailles und das Schmarotzertum des höfischen Adels zu beschaffen, und in diesem Sinne schreibt: „Die Gesetze müssen den Handel, den die Verfassung der Monarchie nur dem Volke erlaubt, begünstigen, damit die Untertanen den immer neu entstehenden Bedürfnissen des Fürsten und seines Hofes genügen können, ohne zu Grunde gerichtet zu werden“.⁷⁶ Hochmut ist es endlich, derartiges offen auszusprechen ohne Rücksicht darauf, wie sehr es die nicht zum Adel gehörigen Klassen verletzen mußte.

Taine schildert in einem seiner großartigen Bilder, wie sich vor der Revolution die vornehme Welt im ersten Stockwerk mit dem funkensprühenden Feuerwerk der Philosophie belustigt habe, ohne zu bedenken, welche Brennstoffe in dem Erdgeschoß angehäuft seien und welch riesiges Pulverlager sich in dem Keller des Hauses befinde.⁷⁷ Von dem so gekennzeichneten sorglosen Leichtsinn ist auch Montesquieu durchdrungen. Indem er den Adel bloßstellt, die Minister und die Verwaltung angreift und die bourbonische Monarchie überhaupt ohne Schonung behandelt, kommt es ihm nicht in den Sinn, welche Folgen es haben könne, derart die Ehrfurcht vor dem Bestehenden zu erschüttern. Er setzt das Volk noch nicht als politische Größe in seine Rechnung ein, oder er macht sich doch wenigstens von dem überwältigenden Ungestüm einer einmal entfesselten Volksbewegung keinen Begriff. Ganz ebenso wie 1787 die Notabeln

und die Wortführer der damaligen Adelsrevolution ist auch er der Zuversicht, daß die Zwischengewalten, d. h. der Adel und mit ihm die Parlamente, imstande seien, die Flut einer Empörung zu steuern und in ruhige Bahnen zu lenken, so daß sie ihnen keine Gefahr bringe.⁷⁸

Eine Revolution hervorzurufen, ist natürlich nicht Montesquieus Absicht gewesen, aber man muß doch sagen, daß er mit dem Feuer gespielt und mit seiner Schrift dazu beigetragen hat, daß es zum Ausbruch gekommen ist: er hat an seinem Teil daran mitgearbeitet, das Ansehen des Absolutismus zu untergraben und das Verlangen nach Freiheit im französischen Volke zu verbreiten, umso mehr als sein verschwommener Freiheitsbegriff jedem die Möglichkeit ließ, sich unter Freiheit zu denken, was ihm beliebte. In dieser Weise ist die Wirkung des Geistes der Gesetze von jeher eingeschätzt worden. Darüber darf man aber nicht außer Acht lassen, was bisher, so viel ich sehe, immer geschehen ist, daß sein Einfluß auf die Entwicklung zur Revolution und auf die Revolution selber auch noch eine andere Seite gehabt hat: Montesquieu hat den Parlamenten in ihrem verhängnisvollen Kampf mit der Krone den Rücken gestärkt,⁷⁹ er hat weiter die ständischen Ansprüche ermutigt und ihren Vertretern das gute Gewissen gegeben, das Rechte zu wollen. Bis zur Revolution hat der Gedanke der Steuergleichheit auch in den bevorrechtigten Kreisen Boden gewonnen, aber im übrigen hat die Notabelnversammlung von 1787 und die Revolution dieses und des folgenden Jahres unter dem Wahrzeichen des „Geistes der Gesetze“ gestanden.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Das Wesen der ersten 8 Bücher usw.

1. Sorel a. a. O. 68.
2. s. oben S. 46.
3. Bluntschli, „Geschichte der neueren Staatswissenschaft“, 3. Auflage, S. 302.
4. Laboulaye, „Oeuvres de Montesquieu“ III, Introduction, ähnlich Solazzi 30, Piil 43.
5. Vgl. Solazzi a. a. O. 26: „Raccolte nella classificazione in un'unica specie di governo, esse (die Demokratie und die Aristokratie) sono prese in esame come forme distinte nel corso dell'Esprit des Lois, anche dove la intitolazione del libro parla di „tre governi“ (lib. III, VII, VIII), e soltanto in qualche punto riappariscono considerate congiuntamente come governo repubblicano (p. e. lib. V cap. 19, lib. VIII cap. 15 sgg.)“ und 29 Anm.: „Perciò il Montesquieu parla sempre di „trois gouvernements“, anche dove sono prese in esame distintamente l'aristocrazia e la democrazia, cfr. p. e. Espr. lib. II cap. 1 De la nature des trois gouvernements (nei capitoli seguenti formano oggetto di trattazioni distinte le „lois relatives à la nature de l'aristocratie, cap. 2—3), del principio della democrazia, dell'aristocrazia, della monarchia, del despotismo: ma il capitolo 11, che chiude il libro, comincia con le parole „tels sont les principes des trois gouvernements“).
6. Vgl. Koch a. a. O. 6, 12, 15, Solazzi 26 f.
7. Vgl. Koch a. a. O. 9, 12, 15.
8. Vgl. Koch 11 und 12; ein besonderes bezeichnendes Beispiel dafür liefert XI, 6 Abs. 1.
9. Vgl. Koch a. a. O. 15.
10. Vgl. Janet a. a. O. 341, Koch 20, Solazzi 30 und 46.
11. Piil 116.
12. Schvarcz, „Montesquieu und die Verantwortlichkeit“, und Piil a. a. O. 123 f. heben beide diesen Mangel hervor, übersehen aber die Tendenz als dessen Ursache.
13. Préface Abs. 6.
14. II, 4 Abs. 5—6.
15. V, 10 Abs. 2; vgl. auch III, 5 Abs. 9 und V, 11 Abs. 7.
16. Vgl. das in der Einleitung angeführte Urteil Heerens, ferner den wiederholten Tadel Voltaires.
17. Jellinek a. a. O.; vgl. auch Janet a. a. O. II, 345.

18. Vgl. Solazzi 48: „Occorre appena avvertire come la teoria del governo despotico nasconda spesso, sotto la pittura dei governi orientali, un ritratto delle condizioni della monarchia francese quale il Montesquieu la scorgeva nel suo tempo. C'è dunque una parte di vero nell'opinione che considera l'Esprit des Lois come una satira politica abilmente velata, e una continuazione, per questo aspetto, delle Lettres Persanes“, und 60.

19. Préface Abs. 11.

20. Vgl. Koch, „Absolutismus und Parlamentarismus“ 172, Solazzi 48.

21. II, 5 Abs. 1.

22. Vgl. Koch, „Absolutismus und Parlamentarismus“ 170; über das Aristokratische des Hasses gegen die Premierminister vgl. Roscher, „Politik“ 247 Anm.

23. II, 5, V, 14 Abs. 28; vgl. Koch a. a. O. 18 und „Absolutismus und Parlamentarismus“ 170.

24. V, 14 Abs. 17.

25. Sybel, „Geschichte der Revolutionszeit“ I, S. 5.

26. V, 14 Abs. 17.

27. Lavissee, „Histoire de France“ VIII 2, S. 360.

28. V, 14 Abs. 22, VIII, 7 Abs. 2; vgl. Koch a. a. O. 21 und „Absolutismus und Parlamentarismus“ 172, Janet a. a. O. II 361—365.

29. V, 16, V, 14 Abs. 10, VIII, 6 Abs. 3; vgl. Koch a. a. O. 20.

30. VI, 1 Abs. 6, VI, 2 Abs. 6; vgl. Koch a. a. O. 21, Janet II, 361—365.

31. VI, 5 und 6. Der Satz, daß die Zwischengewalten vernichtet werden würden, wenn der Fürst selber Recht spräche, enthält vielleicht eine Verwahrung gegen Gewaltmaßnahmen, wie sie in den Jansenistischen Streitigkeiten gegen das Parlament angewandt worden waren; die Behauptung, die Voltaire angreift, daß in der Türkei der Pascha in abgekürztem Verfahren die Urteile fälle (VI, 2 Abs. 3), richtet sich vielleicht gegen die Gerichtsbarkeit der Intendanten.

32. VIII, 6 Abs. 1—4; vgl. Janet II, 361—365. Ob VII, 7: „Verhängnisvolle Folgen des Aufwandes in China“ einen Persischen Brief darstellt, wie Sorel a. a. O. 73 meint, bleibe dahingestellt.

33. Laboulaye, „Oeuvres de Montesquieu“, III Introduction.

34. Rébelliau, „Bossuet“ S. 49.

35. Roscher, „Politik“ 28.

36. Das ist von Piil a. a. O. 125 übersehen, der das Fehlerhafte in der Aufstellung des Ehre-Prinzips wieder nur darauf zurückführt, daß Montesquieu seine Forschungen nicht weit genug ausgedehnt habe; vgl. dagegen Solazzi 62 f.

37. Das ist z. B. die Ansicht Bernhardis, „Geschichte Rußlands“ II 130: „Vieles, was in diesem vielgefeierten Buch dem Unbefangenen nicht anders als seltsam erscheinen kann, mag wohl daher rühren, daß die wirkliche Absicht des Verfassers zum Teil eine andere ist als die vorgebliche . . . Doch soll sich das Buch nicht darauf beschränken, Reformen vorzuschlagen; es soll eine weiter reichende Bedeutung haben und sich wie eine umfassende Theorie des

Staates ausnehmen — vielleicht damit die Notwendigkeit der Reformen, die er andeutet, um so einleuchtender werde und das Ganze ein um so größeres Gewicht habe“; vgl. auch Solazzi oben unter Anm. 18.

38. Die Stelle hat in dem 9. Kapitel der „*Considérations*“ gestanden; es wird in den Schlußbemerkungen auf sie zurückzukommen sein.

39. IX, 2 Abs. 3: *L'esprit de la monarchie est la guerre et l'agrandissement; l'esprit de la république est la paix et la modération.*“

40. II, 2 Abs. 5; vgl. auch Abs. 9.

41. IV, 4.

42. IV, 6—7.

43. V, 6 Abs. 1, VII, 2 Abs. 1.

44. V, 5 Abs. 1: „*Quelques législateurs anciens comme Lycurgue et Romulus, partagèrent également les terres. Cela ne pouvoit avoir lieu que dans la fondation d'une république nouvelle, ou bien lorsque l'ancienne étoit si corrompue, et les esprits dans une telle disposition, que les pauvres se croyoient obligés de chercher, et les riches obligés de souffrir un pareil remède*“, V, 7 Abs. 4—5.

45. VIII, 16 Abs. 1, VIII, 20.

46. Zu diesem Schlusse ist auch Koch gekommen (a. a. O. 9, 17, 23), dem ich aber darin nicht zustimmen kann, daß in dem Ideal Montesquieus ständische Monarchie und englisches Staatswesen in Eins zusammengefloßen seien; ebenso, wenn auch in anderer Beweisführung, Solazzi 61 f., 64. Anders urteilen Haller („*Restauration*“ I 115 f. und 118), der in Montesquieu einen verkappten, aber zielbewußten Republikaner sieht, Destutt-Moorstadt I, 54, nach dessen Ansicht die Aristokratie und die Monarchie in den Augen Montesquieus die alleinigen nicht unbedingt naturwidrigen Regierungsformen gewesen seien, Janet (a. a. O. II 361—365), der die ständische Monarchie als Montesquieus „*idéal dans le passé*“ bezeichnet, ihm also den Glauben an ihre Möglichkeit in seiner Zeit abspricht und („*Comparaison des théories morales et sociales de Montesquieu et J. J. Rousseau*“, in „*Revue politique et littéraire*“ 1870 S. 558) behauptet, daß sich Montesquieu in den ersten acht Büchern als Republikaner und nicht als Anhänger der Monarchie bekunde, endlich Jellinek (a. a. O. 60), nach dem die englische Verfassung das „*diesseitige politische Ideal*“ Montesquieus gewesen sei.

47. Vgl. Vian a. a. O. 261. Es ist zu vermuten, daß Montesquieu auch freiwillig auf die Zensur Rücksicht genommen hat (vgl. Sorel a. a. O. 73, Laboulaye a. a. O. III Introduction 19); wie weit er darin gegangen ist (z. B. bei III 10 Abs. 8), läßt sich natürlich nicht feststellen, und man muß sich abgesehen von den durch Vian mitgeteilten „*Cardons*“ an den Text halten, wie er vorliegt.

48. Solazzi a. a. O. 35.

49. Janet II 361—365 urteilt, daß Montesquieu an die Reichsstände nicht gedacht habe; ebenso Solazzi 38 Anm.: die Ansprüche des Parlaments fänden in der Lehre Montesquieus eine nachdrückliche Verteidigung, „*laddove vi sono passate sotto silenzio le assemblee generali degli stati*“ und 44 Anm.: Montes-

quieu sei ein eifriger Parlamentarier gewesen. „Cio può spiegare il silenzio del Montesquieu sugli „stati generali“ e il fatto ch'egli accenna soltanto di passaggio alle „prerogative delle città“, senza però mostrare di apprezzarne l'importanza politica nella vecchia monarchia francese.“ Faguet ist in dieser Frage wenig klar: während er S. 56 anzunehmen scheint, daß es der Wunsch Montesquieus gewesen sei, daß durch die Wiederherstellung der Reichsstände die gesetzgebende Gewalt von der ausführenden getrennt würde, erklärt er 119/20, daß ihm das Einspruchsrecht der Parlamente vielleicht mehr am Herzen gelegen habe als die Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt.

50. Dahin neigt Faguet a. a. O. 53 ff., 119 f., der aber in dem ganzen Kapitel „De l'autorité“ weit davon entfernt bleibt, die Gedanken Montesquieus treu wiederzugeben, und ihnen vielmehr die eigenen unterschiebt, der vor allem den Fehler begeht, der freilich bisher häufig genug begangen ist: die Bücher II—VIII mit dem Buche XI zusammenzufassen, obwohl die einen von dem anderen durch eine tiefe Kluft der Gedanken getrennt sind.

51. s. oben S. 56.

52. II, 3 Abs. 6: in der Monarchie „le principe du gouvernement arrête le monarque“, III, 10 Abs. 7: „Dans les états monarchiques et modérés la puissance est bornée par ce qui est le ressort, je veux dire l'honneur“, III, 10 Abs. 8: „De quelque côté que le monarque se tourne, il emporte et précipite la balance“.

53. I, 3 Abs. 14, II, 4 Abs. 8, VI, 9 Abs. 5, VI, 15 Abs. 4 und 8.

54. II, 3 Abs. 7, V, 14 Schlußabsatz, (VI, 1 Abs. 1), VI, 2 Abs. 2 und 6 und 7.

55. III, 3 Abs. 5, VI, 5 Abs. 1, VIII, 2 Abs. 6 und 9, VIII, 3 Abs. 4, VIII, 12 Abs. 3. Diese Stellen sind alle von Wahl nicht berücksichtigt worden, sondern nur XI, 3 Abs. 1, wenn er („Vorgeschichte der französischen Revolution“ I 131 und 133) behauptet, daß Montesquieu „die beliebte, damals, wie es scheint, kaum ausrottbare Identifizierung von Freiheit mit Republik oder Demokratie“ abgelehnt habe.

56. Laboulaye in der Vorrede zu Vian S. V.

57. Vgl. W. Oncken, „Das Zeitalter Friedrichs des Großen“ I, 458—461, Vian a. a. O. 80 f.

58. I, 3 Abs. 11 ff.

59. Im besonderen kommen folgende Stellen in Betracht: III, 3 Abs. 1: „Il ne faut pas beaucoup de probité pour qu' un gouvernement monarchique ou un gouvernement despotique se maintiennent ou se soutiennent. La force des lois dans l'un, le bras du prince toujours levé dans l'autre, règlent ou contiennent tout. Mais dans un état populaire, il faut un ressort de plus, qui est la vertu“, III, 6 Abs. 1: „L'honneur . . prend la place de la vertu politique dont j'ai parlé, et la représente par-tout. Il y peut inspirer les plus belles actions; il peut, joint à la force des lois, conduire au but du gouvernement, comme la vertu même“, III, 9 Abs. 3: „Un gouvernement modéré peut, tant qu'il veut, et sans péril, relâcher ses ressorts: il se maintient par ses lois et par sa force

même. Mais lorsque dans le gouvernement despotique le prince cesse un moment de lever le bras, . . tout est perdu“, ferner III, 4 Abs. 5, III, 9 Abs. 1—2 und 5, V, 14 Abs. 12. Indem die Gesetze dem Prinzip entsprechen, durch das sich die Regierungsform erhält, geben sie dem Prinzip neue Kraft und dienen so mittelbar dazu, die Regierungsform zu erhalten, V, 1 Abs. 1. Vgl. Destutt-Moorstadt I 27 (zu Buch III): „Montesquieu sucht die Gefühle zu ergründen, wovon die Mitglieder der Staatsgesellschaft durchdrungen sein müssen, wenn sich die bestehende Verfassung halten soll“, 53 (zu Buch IV): „der Gesichtspunkt Montesquieus, dergleichen Einrichtungen nur in Hinsicht ihrer Zuträglichkeit für die Fortdauer der bestehenden Verfassung zu beurteilen“, ähnlich 54 und Koch a. a. O. 16: „Montesquieu geht dabei nur davon aus, daß jede Staatsform den Zweck habe, sich selbst zu erhalten, und gibt daher der herrschenden Gewalt die Regeln an, durch deren Befolgung sie am Ruder bleiben könne“. Abweichend hiervon bemüht sich Barckhausen (Montesquieu 1907. 2^e partie, *Le Désordre de l'Esprit des Lois.*) nachzuweisen, daß der Gedanke, der das ganze Werk durchziehe und in dem sich dessen einzelne, scheinbar unzusammenhängenden Teile zu einer wohlgeordneten Einheit zusammenschließen, der sei: inwiefern die positiven Gesetze der Aufgabe dienen, die Staaten in deren „konstitutiven Elementen“: Regierung, Gebiet, Leben und Eigentum der Bürger zu erhalten. Danach würden also die Bücher II—VIII nur eine Unterfrage zu der Oberfrage: wie erhält sich der Staat? zu beantworten suchen. Es ist in ihnen aber nicht von der Erhaltung der Regierung, sondern der Regierungsform die Rede; schon damit fällt der Nachweis Barckhausens in sich zusammen, so daß es überflüssig ist, auf die Künsteleien, mit denen er ihn zu stützen versucht, weiter einzugehen.

60. Vgl. Piil, a. a. O. 19 f., der Montesquieus Monarchie als „das gelobte Land der Selbstsucht“ bezeichnet.

61. Faguet a. a. O. 1: „Montesquieu était très patriote. Il n'a fait aucune déclamation sur l'idée de la patrie; mais la manière dont il entend l'essence des trois gouvernements est d'un patriote ardent, analogue aux Romains de Plutarque et aux Patriotes de 1792.“

62. Vgl. Janet a. a. O. II 362.

63. XXIX, 18; vgl. ferner V, 14 Schlußabsatz, VI, 1 Abs. 6, VI, 2 Abs. 6 und Anm.

64. Die Vermutung Kochs, „Absolutismus und Parlamentarismus“ 173, daß Montesquieu eine Art von Selfgovernment im Sinne gehabt habe, findet meiner Ansicht nach im „Geist der Gesetze“ nirgends eine Stütze.

65. Wie Piil a. a. O. 38 urteilen kann, daß Montesquieu die Gleichheit Aller vor dem Gesetz verfochten habe, ist mir unerklärlich.

66. Vgl. hierzu Janet II, 371 und 378, der sein Befremden nicht verhehlen kann, daß Montesquieu für die politische Freiheit die gesellschaftliche Ungleichheit als unentbehrlich ansehe, die durch die Fortschritte der Civilisation stetig verringert werde, so daß danach also die Freiheit immer schwieriger und schließlich unmöglich werden müsse. Wahl („Montesquieu als Vorläufer von Aktion und Reaktion“, „Hist. Zeitschrift“ 109 S. 131) meint, man könne dar-

über, ob Montesquieu die Ideen von 1789 vertreten habe oder ein Anhänger der altfranzösischen Monarchie gewesen sei, nur zum Verständnis kommen, wenn man sich entschliesse, zuzugeben, daß er wie so viele der größten Denker eine zwiespältige Wirkung ausgeübt habe. Aus der Wirkung des „Esprit des Lois“ auf den politischen Standpunkt Montesquieus zurückschließen zu wollen, erscheint mir ganz unzulässig: unzweifelhaft hat Montesquieu mit seinen Angriffen auf den Despotismus der Revolution vorgearbeitet; zu den Ideen von 1789 aber hat er in schroffstem Gegensatz gestanden. Vgl. hierzu das Urteil Mirabeaus in der „Seconde Lettre à Mr. l'Evêque-Duc de Langres“, im vierten Briefe „à mes commettants“: um die Notwendigkeit des Adels zu beweisen, waffne sich der Bischof mit einer Stelle aus Montesquieu, „qu'on sait être le patron des privilégiés. Depuis quelque temps sur-tout ils l'invoquent avec une ferveur qui n'a pas laissé que de faire tort à sa gloire“. Verschiedene Grundsätze des „Geistes der Gesetze“ müßten neu geprüft und dürften nicht einfach als Glaubensartikel angenommen werden. Zu solchen gehöre auch der vom Bischof angeführte Satz II, 4 Abs. 2. Montesquieu drehe die natürliche Reihenfolge der Gewalten um: er setze das Volk, in dem doch die souveräne Gewalt beruhe, an die letzte Stelle und gebe dem Monarchen unbeschränkte Gewalt; nach dem Monarchen komme der Adel, „et finalement la nation, par qui et pour qui tous les pouvoirs doivent exister, se trouveroit, comme elle l'a été jusqu'à présent, écrasée, asservie et dévorée par le despotisme ministériel et l'aristocratie privilégiée. Tel est le résultat de cette prétendue balance des pouvoirs, que des charlatans (!) voudroient nous faire envisager comme la pierre philosophale, et qui n'est propre qu'à faire des dupes et des fripons.“ Die rangs intermédiaires seien keine Schutzwehr gegen den Despotismus; im Gegenteil, sie hätten die Neigung, ihn zu befestigen und fruchtbarer zu machen, ja sie seien selber ein Despotismus, indem sie die Bürger, die nur den Gesetzen unterworfen sein sollten, den Menschen unterwürfen.

67. V, 9 Abs. 8.

68. Vgl. Koch a. a. O. 15. Es ist nicht wohl möglich, Montesquieu gründlicher mißzuverstehen, als es Faguet getan hat: nach ihm hätte Montesquieu „posé les principes mêmes de la doctrine libérale“ (S. 179), sei er „le chef des libéraux“ (280), „le principal inspirateur“ der beiden Erklärungen der Menschenrechte von 1789 und 1793 (281). Nur ein Spiel mit Worten ist es ferner, wenn er Seite 43 behauptet: „Montesquieu n'est nullement „aristocrate“, comme nous le verrons assez; il est hiérarchique; il est partisan des corps privilégiés. Il est vrai que c'est ce que, depuis 1789, on appelle être aristocrate“.

69. Vgl. das oben angeführte Urteil von Helvétius, ferner Koch a. a. O. 3, 15, 19, Vian 12, Piil 70.

70. Vgl. Voltaire, „L'ABC“: „Il est vrai que Montesquieu a la faiblesse de dire que la vénalité des charges est bonne dans une Monarchie. Que voulez-vous? Il était président à mortier en province. Je n'ai jamais vu de mortier, mais je m'imagine que c'est un superbe ornement. Il est bien difficile à l'esprit le plus philosophique de ne pas payer son tribut à l'amour propre.“

Si un épicier parlait de législation, il voudrait que tout le monde achetât de la cannelle et de la muscade“ (Voltaire-Beuchot XLV 23), „Dictionnaire philosophique“: „Plaignons Montesquieu d'avoir déshonoré son ouvrage par de tels paradoxes, mais pardonnons-lui. Son oncle avait acheté une charge de président en province, et il la lui laisse. On retrouve l'homme par-tout. Nul de nous n'est sans faiblesse“ (Voltaire-Beuchot XXXI 90), Bernhardi a. a. O. II, 130, Koch 3/4.

71. Vgl. Koch, „Absolutismus und Parlamentarismus“, 173: Wenn Montesquieu es für gut und notwendig erkläre, daß die Besitztitel und Rechtsgewohnheiten möglichst verschieden seien, und weiter die Meinung ausspreche, daß die Prozeßformen, je umständlicher sie seien, um so größeren Schutz gewährten, so spreche aus ihm der ehemalige Parlamentspräsident, der alle Mißbräuche des französischen Gerichtswesens zu verteidigen suche, ferner Condorcet bei Destutt-Moorstedt II 217: „Die Gleichförmigkeit der Maße und Gewichte kann nur solchen Rechtspriestern mißfallen, welche die Verringerung der Zahl der Prozesse scheuen“. Vgl. auch den treffenden Tadel Condorcets (ebenda) gegen die Unklarheit des Ausdrucks bei Montesquieu.

72. III, 7 Abs. 4: „Il est vrai que, philosophiquement parlant, c'est un honneur faux“ und IV, 2 Anm. am Schlusse: „On dit ici ce qui est, et non pas ce qui doit être: l'honneur est un préjugé que la religion travaille tantôt à détruire, tantôt à régler“; nach dieser Stelle erwiese sich also die Religion als Feindin der Monarchie.

73. IV, 2 Abs. 12.

74. Vgl. Tocqueville, „l'Ancien Régime et la Révolution“ 134 f., Sybel, „Geschichte der Revolutionszeit“ I, 18.

75. VI, 10.

76. V, 9 Abs. 10.

77. Taine, „l'Ancien Régime“, S. 427.

78. Vgl. V, 11.

79. Vgl. Helvetius an Montesquieu, 27. Sept. 1751 („Correspondance de Montesquieu“, hrsg. von Gebelin-Morize, 1914, II, S. 379; in Betracht kommt die Rede des Parlamentspräsidenten vom 30. Aug. 1751, Flammermont, „Remontrances“ I, S. 467.

Buch XI.

Von den Gesetzen, die die politische Freiheit in deren Beziehung zur Verfassung bilden.

Das XI. Buch ist es, dem Montesquieu vor allem seinen Ruhm verdankt; man kann kaum ein Werk über die politische oder die Literatur-Geschichte Frankreichs im XVIII. Jahrhundert oder über Staatslehre vornehmen, wo man es nicht mit höchster Anerkennung genannt fände. Leider findet man aber nicht, daß es auch gründlich und bis in seine Einzelheiten nachgeprüft worden wäre. Darin liegt ein hinreichender Grund, diese Prüfung nachzuholen; durch sie wird das bisherige Urteil, nicht über seine Wirkung, wohl aber über seinen inneren Wert zum mindesten stark eingeschränkt werden.

Schon die Ueberschrift: „Von den Gesetzen, die die politische Freiheit in deren Beziehung zur Verfassung bilden“ bietet sogleich zu einer Bemerkung Anlaß. Mit Recht hat man gegen sie den Vorwurf erhoben, daß sie keinen klaren Sinn bietet.¹ Erst aus dem Zusammenhange der ganzen folgenden Ausführungen kann man ersehen, was mit ihr gemeint ist, nämlich daß über den Zusammenhang zwischen Freiheit und Verfassung gehandelt werden soll.

(Der Begriff der Freiheit.) Montesquieu beginnt damit, daß kein Wort in so verschiedener Bedeutung gebraucht worden sei wie das Wort Freiheit. „Die einen haben unter Freiheit die Leichtigkeit verstanden, denjenigen abzusetzen, dem sie eine tyrannische Gewalt gegeben hatten, die anderen das Vermögen, denjenigen zu wählen, dem sie gehorchen sollten, noch andere das Recht, Waffen zu tragen und Gewalttätigkeiten begehen zu können, noch wieder andere das Vorrecht, nur von einem Manne ihres Volkes oder von ihren eigenen Gesetzen regiert zu werden. Ein gewisses Volk hat lange Zeit den Brauch, einen langen Bart zu tragen, für Freiheit gehalten. Manche

haben einer besonderen Regierungsform diesen Namen beigelegt und die anderen Regierungsformen von ihm ausgeschlossen. Die, die an der republikanischen Regierungsform Geschmack gefunden hatten, haben der Freiheit ihren Platz in dieser Regierung angewiesen; die, die sich der monarchischen Regierung erfreut hatten, haben umgekehrt die Heimat der Freiheit in der Monarchie erblickt. Kurz, jeder hat Freiheit diejenige Regierung genannt, die seinen Gewohnheiten und Neigungen entsprach. Und da man nun in einer Republik die Werkzeuge der Uebel, über die man sich beklagt, nicht immer so unmittelbar vor Augen hat und da dort auch mehr die Gesetze als die Vollzieher der Gesetze das Wort zu führen scheinen, glaubt man gewöhnlich die Freiheit nur vorhanden in den Republiken und ausgeschlossen aus den Monarchien. Endlich hat man der Freiheit ihren Platz in den Demokratien angewiesen, da in diesen das Volk beinahe zu tun scheint, was es will, und man hat so die Macht des Volkes mit der Freiheit des Volkes gleichgesetzt.“²

Indem Montesquieu in dieser Weise die verschiedenen Bedeutungen, die man dem Worte Freiheit beigelegt habe, aufzählt, nimmt er davon Abstand, sich mit ihnen auseinander zu setzen; nur durch einen leicht spöttischen Ton gibt er zu erkennen, daß er die alle verwirft. Man sollte nun erwarten, daß er im Anschlusse daran seine eigene Auffassung von Freiheit ausführlicher entwickelte; statt dessen schreitet er im dritten Kapitel sogleich dazu, kurz und ohne nähere Begründung den Begriff der Freiheit zu geben, der ihm selber als zutreffend erscheint: „[1] Es ist wahr, daß in der Demokratie das Volk anscheinend tut, was es will, aber die politische Freiheit besteht keineswegs darin, daß man tut, was man will. [2] In einem Staate, d. h. in einer Gesellschaft, wo es Gesetze gibt, kann die Freiheit nur darin bestehen, daß man tun kann, was man wollen muß, und daß man nicht gezwungen ist, zu tun, was man nicht wollen soll. [3] Man darf nicht den Unterschied zwischen Unabhängigkeit und Freiheit übersehen. [4] Die Freiheit ist das Recht, daß man alles tun kann, was die Gesetze erlauben; und wenn ein Bürger tun könnte, was sie verbieten, würde er der Freiheit entbehren, weil die anderen Bürger ganz dasselbe Vermögen hätten.“³

Diese vier Sätze machen einer Erklärung mehr Schwierigkeiten, als ein flüchtiger Leser ahnt. Daß mit dem „man“ in dem letzten von ihnen der einzelne Bürger gemeint ist, wird durch die

zweite Hälfte dieses Satzes an die Hand gegeben, aber nicht so einfach läßt sich sagen, wen wir unter dem „man“ in dem ersten Satze zu verstehen haben. Nach dem ganzen Bau dieses Satzes müßten wir annehmen: das Volk, d. h. das Volk in seiner Gesamtheit, in seiner Eigenschaft als Souverän. Das ist auch die Auslegung Wahls, der daher für Montesquieu das Verdienst ableitet, die Gleichsetzung von Freiheit und Demokratie bekämpft zu haben.⁴ Dagegen spricht aber, zunächst, daß in der Demokratie das souveräne Volk nicht nur „anscheinend“ tut, was es will, sondern tatsächlich unbeschränkt ist, so zu verfahren, wie es ihm beliebt, also nach seinem Gutdünken Gesetze zu geben und Aemter und Würden zu verleihen;⁵ und ferner: daß Montesquieu, wie wir gesehen haben, wo er in den ersten Büchern seines Werkes von politischer Freiheit spricht, immer gerade die Demokratie im Auge hat.⁶ So bleibt denn nichts übrig, als zu folgern, daß mit dem „man“ auch hier die Einzelnen gemeint seien, und darum zu übersetzen: „die politische Freiheit besteht keineswegs darin, daß der Einzelne tun kann, was er will“.⁷ Diese Lehre, die in dem dritten Satze in etwas anderer Form wiederholt wird, stimmt mit dem, was die zweite Hälfte des vierten Satzes enthält, überein, aber dafür haben nun die beiden Hälften des ersten Satzes keine Beziehung mehr zueinander: eine „Unabhängigkeit“, daß jeder tun kann, was er will, gehört nicht zum Wesen der Demokratie, sondern ist, wie Montesquieu selber im VIII. Buche ausgeführt hat, deren Entartung: Anarchie, wo Gesetz und Obrigkeit ihr Ansehen verloren haben, ein jeder den Behörden gleich sein, keiner gehorchen, alle befehlen wollen.⁸ Kurz, wie man die Sache auch drehen und wenden mag, immer stößt man auf Schwierigkeiten, die sich nicht beseitigen lassen.

Was nun den zweiten Satz anbetrifft, so darf man nach der Anleitung, die der erste und vor allem der vierte geben, unter dem „man“ in ihm ohne weiteres die Einzelnen verstehen; darin sind sich auch alle Ausleger einig gewesen. Dagegen sind die Urteile darüber auseinander gegangen, was das sei, was zu wollen gebiete. Hasbach glaubt die Ansicht Montesquieus wiederzugeben, wenn er schreibt „die Freiheit besteht nach ihm darin, das tun zu dürfen, was man wollen soll, und nicht gezwungen zu sein, zu tun, was man nicht wollen soll. Freiheit ist folglich die Unterordnung unter das Gesetz zum Unterschied von der Unabhängigkeit, welche gesetz-

lose Willkür bedeutet.“⁹ Aber das Gesetz erläßt doch keine Vorschriften für den Willen; um Treitschkes Ausdruck zu gebrauchen: „der Staat fragt grundsätzlich nicht nach der Gesinnung; er verlangt Gehorsam. Seine Gesetze müssen gehalten werden, ob gern, ob ungern. Es ist ein Fortschritt, wenn der stille Gehorsam der Bürger zu einer inneren, vernünftigen Zustimmung wird; unbedingt notwendig ist aber diese Zustimmung nicht.“¹⁰ Dasjenige, was zu wollen gebietet, kann nur das Gewissen sein; so ist auch die Auffassung Faguets.¹¹ Der Satz lautet also etwas anders geformt: die Freiheit besteht darin, daß jeder tun kann, was ihm das Gewissen bietet, und niemand gezwungen ist, zu tun, was es ihm verbietet; er verkündet also das unverletzliche Recht der Persönlichkeit und schreibt der Gewalt des Staates eine Grenze vor.

Gestützt auf diesen Satz hat nun Faguet Montesquieu begeistert gerühmt, daß er es gewesen sei, der die Menschenrechte entdeckt, der mit größter Bestimmtheit festgestellt habe, daß der Mensch Rechte besitze, die höher seien als das Gesetz und vom Gesetz nicht angetastet werden dürften.¹² Es ist ein Lob, das auf ebenso schwanken Füßen steht wie das andere, daß Montesquieu die Gleichsetzung von Freiheit und Demokratie abgelehnt habe. Zunächst ist der Gedanke der Menschenrechte weit älter als Montesquieu: abgesehen davon, daß er schon dem Mittelalter nicht fremd gewesen ist, hat er seine Vertreter in Althusius, Grotius und vor allem, wie bekannt, in Locke gefunden; von Montesquieu als seinem Entdecker kann also schon hiernach nicht entfernt die Rede sein. Sodann hat Montesquieu selber nicht einmal auf dem Boden der Menschenrechte gestanden — trotz dieses Satzes über die Freiheit, der ihn eben nur dann als Nachfolger der Althusius, Grotius, Locke erscheinen läßt, wenn er für sich allein, ohne Rücksicht auf andere Äußerungen im Geiste der Gesetze betrachtet wird.

Auch für Montesquieu ist, wie wir schon gesehen haben, der Staat durch einen Vertrag entstanden: „die Menschen haben auf ihre natürliche Unabhängigkeit verzichtet, um unter politischen Gesetzen zu leben; sie haben auf die natürliche Gütergemeinschaft verzichtet, um unter bürgerlichen Gesetzen zu leben. Die politischen Gesetze erwarben ihnen die Freiheit, die bürgerlichen das Eigentum“.¹³ Für ihn sind also Freiheit und Eigentum erst mit dem Staate entstanden, nicht aber, wie für Locke, unantastbare Urrechte, die dem Staate

nur zum Schutze anvertraut seien. Wenn er ferner im 6. Kapitel des XI. Buches ausführt, daß die vollziehende Gewalt ein Veto gegenüber dem gesetzgebenden Körper haben müsse, weil sich dieser sonst alle erdenkliche Gewalt beilegen könne und despotisch sein werde, daß aber umgekehrt die gesetzgebende Gewalt nicht die Befugnis zu besitzen brauche, die vollziehende zu hemmen, da die Vollziehung durch ihre Natur beschränkt sei,¹⁴ so bringt er damit seine Ansicht zum Ausdruck, daß die gesetzgebende Gewalt durch ihre Natur nicht beschränkt sei, also nicht einen begrenzten Inhalt habe. Und dem entspricht dann endlich seine Stellung zu dem wichtigsten der Menschenrechte, der Freiheit des Glaubens. Er will nichts davon wissen, daß die Ketzerei als ein strafbares Verbrechen behandelt werde, verspottet also die Inquisition auf das Unbarmherzigste und spricht dem Staat die Befugnis ab, über der Reinheit des Glaubens zu wachen und sich als Rächer der beleidigten Majestät Gottes zu betätigen.¹⁵ Insofern ist er tolerant zu nennen, aber seine Toleranz ist doch nur die Toleranz des Mannes, dem alle Meinungen gleichgültig sind; einen Anspruch auf Glaubensfreiheit erkennt er nicht an. Das wird bewiesen durch die Antwort, die er auf die Frage gibt, wie sich der Staat gegenüber religiösen Neubildungen zu verhalten habe: „Wenn der Staat mit der bereits bestehenden Religion zufrieden ist, wird es ein sehr gutes bürgerliches Gesetz sein, das Eindringen einer anderen Religion nicht zu dulden. Denn das ist der hauptsächlichste Grundsatz der politischen Gesetze hinsichtlich der Religion: wenn man Herr darüber ist, in einen Staat eine neue Religion aufzunehmen oder nicht aufzunehmen, soll man sie fernhalten; wenn sie schon eingedrungen ist, muß man sie dulden“;¹⁶ d. h. der Staat muß vom Standpunkt seines Interesses die Glaubenseinheit so lange wie möglich aufrecht erhalten und darf davon erst dann Abstand nehmen, wenn die neue Religion bereits eine solche Verbreitung erlangt hat, daß ein Versuch, sie zu unterdrücken, mit Gefahr verbunden ist. Damit werden, wie Faguet treffend bemerkt,¹⁷ die Christenverfolgungen der römischen Kaiser ebenso wie die Maßnahmen der katholischen Regierungen gegen die eindringende Reformation gerechtfertigt und wird auch für die Zukunft allen Gewalttätigkeiten gegen eine andersgläubige Minderheit Recht gegeben; es liegt klar zu Tage, wie schlecht das zu der Er-

klärung im dritten Kapitel stimmt, nach der die Freiheit das Recht bedeutet, nur nach seinem Gewissen zu handeln.

Montesquieu hat offenbar die Absicht gehabt, in diesem Kapitel, wie den ersten durch den dritten Satz, so den zweiten durch den vierten zu erläutern. In Wahrheit stehen nun aber der zweite und der vierte Satz in einem unvereinbaren Widerspruche zueinander. Es muß wundernehmen, daß das bisher stets übersehen worden ist. Nur der einzige Janet hat darauf aufmerksam gemacht, daß dem Gesetze und nur dem Gesetze gehorchen noch nicht die ganze Freiheit sei, denn das Gesetz könne tyrannisch sein und verbieten, was man wollen müsse, z. B. Gott nach dem Gewissen zu dienen.¹⁸ In der Tat wären nach der im zweiten Satze enthaltenen Begriffsbestimmung die Reformierten in Frankreich nur so lange frei gewesen, als das Edikt von Nantes galt, nach der im vierten Satze enthaltenen auch dann noch, als das Edikt widerrufen wurde, da sich ja rechtlich nichts gegen den Widerruf einwenden ließ.

Die im vierten Satze gegebene Begriffsbestimmung kehrt nun in den folgenden Kapiteln mehrfach wieder, oder genauer gesagt, sie liegt einer Anzahl von Aeüßerungen in ihnen zu Grunde. Da wird die Freiheit von einer Verfassung abhängig gemacht, die derart sei, daß niemand gezwungen werde, zu tun, was die Gesetze nicht geböten, oder zu unterlassen, was sie erlaubten.¹⁹ Ein anderes Mal wird ausgeführt, daß ein Bürger, der von der vollziehenden Gewalt ins Gefängnis gesetzt werde, aber die Sicherheit habe, ohne Verzug vor den Richter zu kommen, tatsächlich frei bleibe, weil er nur der Macht des Gesetzes unterworfen sei.²⁰ Endlich wird es für einen freien Staat als notwendig bezeichnet, daß die gesetzgebende Gewalt die Befugnis habe, darüber zu wachen, daß die Gesetze von der ausführenden Gewalt pünktlich vollzogen würden.²¹ Wir dürfen also annehmen, daß wir es hier mit einer einigermaßen feststehenden Auffassung Montesquieus zu tun haben, zu der er durch den Unmut über die häufige Willkür der damaligen französischen Regierung gebracht worden ist: Freiheit sei die Herrschaft des Gesetzes ohne Rücksicht auf dessen Inhalt.²²

Daneben finden wir dann aber doch noch wieder andere Begriffsbestimmungen, so im sechsten Kapitel: „die politische Freiheit bei einem Bürger ist jene Ruhe des Geistes, die aus der Meinung entspringt, die jeder von seiner Sicherheit hat“.²³ Um den Wider-

sinn dieser neuen Begriffsbestimmung, die die Freiheit in das Empfinden der Einzelnen verlegt, klar erscheinen zu lassen, braucht man nur ein paar ganz einfache Beispiele zu bilden. Gesetzt: zwei Bürger würden unschuldig des gleichen Verbrechens unter genau den gleichen Umständen angeklagt und vor denselben Gerichtshof gestellt, und der eine wäre voll Vertrauens auf seine Unschuld und auf die Unparteilichkeit des Gerichts seiner Freisprechung gewiß, der andere aber in höchster Unruhe über den Ausgang des Verfahrens, so wäre also nach dieser Begriffsbestimmung der eine frei und der andere unfrei. Oder: ein Angeklagter würde vom Gericht mit allem Grund verurteilt, bliebe aber überzeugt, daß ihm von den Richtern Unrecht geschehen sei, so wäre er nach dieser neuen Begriffsbestimmung unfrei, weil er seine Sicherheit verletzt glaubte, und nach der früheren frei, weil gegen ihn tatsächlich doch nur das Gesetz angewandt worden wäre. Um Montesquieu vor dem Vorwurfe unklaren Denkens zu retten, hat sich Faguet darum bemüht, die Stelle umzudeuten: sie solle nur besagen, daß die Freiheit als nächste Wirkung die habe, daß der Bürger ruhig sei und mit vollkommener Sicherheit, frei von der Furcht, die in der Despotie herrsche, seine persönliche Tätigkeit entfalte.²⁴ Es ist eine Rechtfertigung seltsamer Art, da sie ihrerseits den Vorwurf einschließt, daß Montesquieu Wesen und Wirkung der Freiheit verwechselt habe. Eher ließe sich noch vorbringen, daß Montesquieu habe sagen wollen und er nur nicht klar habe ausdrücken können: die Herrschaft der Gesetze müsse derart fest und unerschütterlich sein, daß niemand mit Grund um seine Sicherheit besorgt zu sein brauche. Aber auch diese Erklärung hält nicht Stich, da er an anderer Stelle seine Begriffsbestimmung in einer Form wiederholt, die deutlich zeigt, daß er schon den Glauben an die Sicherheit als Freiheit gelten läßt, auch wenn die Sicherheit selber nicht vorhanden und also der Glaube an sie unbegründet sei.²⁵

Am überraschendsten aber ist die letzte, vierte Begriffsbestimmung, die sich ebenfalls im sechsten Kapitel findet: „Da in einem freien Staate jeder, der dafür gilt, eine freie Seele zu haben, durch sich selber regiert werden muß, müßte das Volk als Ganzes die gesetzgebende Gewalt haben, aber da dies in den großen Staaten unmöglich und in den kleinen mit vielen Unzuträglichkeit verbunden ist, muß das Volk durch seine Vertreter alles das tun, was es nicht

unmittelbar selber tun kann“,²⁶ und im Zusammenhange damit wird dann einige Absätze später die Forderung gestellt: „alle Bürger in den verschiedenen Bezirken müssen berechtigt sein, ihre Stimmen abzugeben, um den Vertreter zu wählen, ausgenommen diejenigen, die sich in einem solchen Zustande der Niedrigkeit befinden, daß man von ihnen annehmen muß, sie hätten keinen eigenen Willen.“²⁷

Freiheit ist hiernach also das Gesetzgebungsrecht des Volkes, von diesem durch das Mittel in allgemeinen Wahlen gewählter Vertreter geübt. Da nun sowohl bei den Wahlen wie unter den gewählten Vertretern nur die Mehrheit entscheiden kann, ist die Freiheit nichts anderes als die Unterwerfung des Einzelnen unter den Willen der Mehrheit. Es ist der bekannte Trugschluß der Demokratie. Wie gesagt, diese Begriffsbestimmung ist höchst überraschend bei einem Manne wie Montesquieu, nicht darum, weil sie auf einem Trugschlusse beruht, sondern weil sie zu den ständischen Anschauungen, die er in den ersten Büchern vertritt, in scharfem Gegensatze steht und weil sie weiter auch ohne Zusammenhang mit dem sonstigen Inhalt des sechsten Kapitels ist. •

Herrschaft des Gesetzes und Ursprung des Gesetzes aus dem Willen des souveränen Volkes sind natürlich an sich sehr wohl miteinander zu vereinigen, und so könnte man sagen: in der Vereinigung von beidem, als Herrschaft des Gesetzes, das vom Volke durch seine Vertreter gegeben wird, habe Montesquieu auch die Freiheit verstanden. Dagegen spricht aber zunächst, daß er selber das nicht sagt und beide Begriffsbestimmungen an voneinander entlegenen Stellen ohne verbindenden Hinweis gibt, vor allem aber, daß sich diese zusammengesetzte Begriffsbestimmung keineswegs überall da einfügen läßt, wo er von Freiheit spricht. Er meint z. B., daß zwar nicht der höchste Grad von Freiheit, aber doch immerhin Freiheit dort vorhanden sei, wo nur die richterliche Gewalt von den beiden anderen getrennt wäre, wie in der Mehrzahl der europäischen Königreiche, wo der Fürst die vollziehende und gesetzgebende Gewalt besitze, aber seinen Untertanen die Ausübung der richterlichen Gewalt überlasse.²⁸ Hier ist also die Freiheit nur an die Herrschaft des Gesetzes, nicht auch an das Gesetzgebungsrecht des Volkes gebunden.²⁹ Dasselbe gilt von der anderen Stelle, wo es heißt: „Es gibt in einem Staate immer Leute, ausgezeichnet durch die Geburt, den Reichtum und die Privilegien, aber wenn sie mit dem

Volke vermengt würden und nur eine Stimme wie die anderen hätten, würde die gemeine Freiheit für sie Knechtschaft sein, und sie würden kein Interesse haben, sie zu verteidigen, weil die Mehrzahl der Beschlüsse gegen sie sein würde. Darum müssen sie an der Gesetzgebung einen Anteil besitzen, der den übrigen Vorteilen entspricht, die sie im Staate haben. Das wird eintreten, wenn sie eine Körperschaft bilden, die berechtigt ist, die Unternehmungen des Volkes zu hemmen, wie das Volk berechtigt ist, die ihnen zu hemmen“;³⁰ das will heißen, daß bei einer einzigen, im allgemeinen Wahlrecht gewählten Kammer die Herrschaft des Gesetzes aufhöre, für den Adel Freiheit zu sein. Umgekehrt hat es wieder nur vom Standpunkt des demokratischen Freiheitsbegriffes Sinn und Verstand, wenn dann weiter die in solcher Weise begründete staatsrechtliche Stellung des Oberhauses für im Widerspruche mit der Freiheit und darum stets gefährdet erklärt wird.³¹ Das Ergebnis ist also, daß wir es nicht mit den zwei Hälften einer, sondern mit zwei verschiedenen Begriffsbestimmungen zu tun haben, die zueinander in keiner Beziehung stehen. Während sich nun aber die Auffassung der Freiheit als der Herrschaft des Gesetzes bei Montesquieu wiederholt und seiner Denkart wie bemerkt entspricht, stellt sich die demokratische Begriffsbestimmung in seinem Werke als ein vereinsamer Fremdling dar, der nirgends in seine Umgebung hineinpaßt.³²

Das Gesamtergebnis ist also, daß Montesquieu nicht zu einem klaren Begriff der Freiheit durchgedrungen ist, sondern in seiner Auffassung fortgesetzt schwankt und sich widerspricht. Wie einer seiner Erklärer bemerkt, der sonst in Bewunderung zu ihm aufschaut,³³ hat es sich an ihm schwer gerächt, daß er einer wirklichen Untersuchung über die Natur der Freiheit ausgewichen ist.

(Der Zusammenhang zwischen Freiheit und Verfassung.)

Nachdem Montesquieu in solcher Weise von dem Wesen der Freiheit gehandelt hat, wendet er sich mit dem folgenden, vierten Kapitel der Frage zu, die den eigentlichen Gegenstand des XI. Buches bildet, welcher Zusammenhang zwischen der Freiheit einerseits, der Staatsform und Verfassung andererseits bestehe. Er erklärt: „Politische Freiheit findet sich nur in den gemäßigten Staaten, ist aber keineswegs notwendig in allen gemäßigten Staaten vorhanden; sie kann vielmehr fehlen in der Demokratie und der Aristokratie. Sie ist dort nur vorhanden, wenn die Macht nicht mißbraucht wird, und damit die Macht nicht mißbraucht werden kann, müssen die Dinge

so angeordnet sein, daß Macht durch Macht gehemmt wird.“³⁴ Das besagt also die politische Freiheit, d. h. die Herrschaft des Gesetzes oder wie es hier etwas abweichend ausgedrückt wird, die Sicherheit gegen Mißbrauch der Macht, ist bedingt durch die gegenseitige Hemmung der Gewalten; diese Hemmung der Gewalten ist nie vorhanden in der Despotie, aber auch nicht immer in den gemäßigten Staaten, sondern dort nur immer in der Monarchie, aber nur zuweilen in der Demokratie und der Aristokratie.

Ganz deutlich erhellt aus diesen Sätzen, daß es ein Irrtum ist, wenn Treitschke behauptet: für Montesquieu habe das Wesen der Freiheit darin bestanden, daß die drei Gewalten im Staate getrennt gehalten würden und niemals in einer Hand vereinigt seien.³⁵ Montesquieus Ansicht ist vielmehr, daß die drei Gewalten getrennt, richtiger gesagt, wie noch gezeigt werden wird, verteilt sein müßten, um sich gegenseitig hemmen zu können und sich gegenseitig hemmen müßten, damit der Mißbrauch der Macht verhindert und die Freiheit verwirklicht werde. Allerdings gibt er selber zu dem Mißverständnisse, daß für ihn Wesen und Bedingungen der Freiheit ein und dasselbe seien, genügend Anlaß, wenn er im XII. Buche sagt, daß die politische Freiheit in ihrer Beziehung zur Verfassung durch eine gewisse Verteilung der Gewalten gebildet werde, daß aber die politische Freiheit in ihrer Beziehung zum Bürger in der Sicherheit oder dem Glauben an die Sicherheit bestehe.³⁶

Wenn also das vierte Kapitel den Vorwurf, der in Treitschkes Worten eingeschlossen ist, nicht rechtfertigt, so liefert es doch zu anderen Vorwürfen reichlichen Grund. Nach ihm wäre der Unterschied zwischen Despotie und Monarchie der, daß die Gewaltenhemmung aus der Despotie ausgeschlossen, in der Monarchie dagegen notwendig vorhanden sei; der Unterschied zwischen beiden läge also in der Verfassung begründet. Im Widerspruch dazu heißt es aber an früherer Stelle: „Obgleich die Art des Gehorsams in diesen beiden Regierungen verschieden ist, ist die Gewalt doch dieselbe. Auf welche Seite sich der Monarch immer wendet, er gibt den Ausschlag und macht die Wagschale auf der Stelle sinken und findet unverzüglichen Gehorsam. Der ganze Unterschied ist, daß in der Monarchie der Fürst Einsicht besitzt und daß die Minister dort unendlich geschickter und in den Geschäften geübter sind als im despotischen Staat.“³⁷ Und ein ebenso großer Widerspruch ist es, daß hier im vierten Kapitel die Hemmung in der Monarchie durch

die Verfassung erfolgt, also der Monarch in feste rechtliche Schranken eingeschlossen ist, daß dagegen in den früheren Büchern die Schranken für den Monarchen als nur moralische gekennzeichnet werden, indem die Zwischengewalten untergeordnete und abhängig genannt werden, die nur durch Aufklärung wirksam seien, oder daß das Prinzip der Monarchie, die Ehre, als das hingestellt wird, was den Monarchen hemme.³⁸

Ferner: daraus, daß die Freiheit durch die gegenseitige Hemmung der Gewalten bedingt und doch nicht immer in den gemäßigten Staaten vorhanden sein soll, ergibt sich als Schluß, daß diese Hemmung nicht zum Wesen der gemäßigten Staaten gehöre. Buch XI, Kapitel 6 Absatz 7 macht aber umgekehrt den Schluß nötig, daß diese Hemmung im Wesen des gemäßigten Staates liege.

Weiter: das vierte Kapitel macht die Freiheit schlechthin abhängig von der Gewaltenhemmung, die ihrerseits wieder die Verteilung der Gewalten voraussetzt; in dem 6. Kapitel Absatz 8 des XI. Buches wird dagegen offen zugegeben, daß sich in den italienischen Republiken, trotz der Vereinigung der Gewalten in ihnen, doch Freiheit finde, wenn auch nur in geringerem Maße als in den europäischen Monarchien.

Endlich macht diese eben erwähnte Stelle des sechsten Kapitels noch eine Schlußfolgerung notwendig, die im Gegensatz zu der Behauptung des vierten Kapitels steht, daß in der Aristokratie und der Demokratie zuweilen Freiheit vorhanden sei. In ihr wird nämlich im Anschlusse an jene Bemerkung über die italienischen Republiken ausgeführt: die ganze Gewalt in diesen Republiken sei nur eine, und man empfinde dort jeden Augenblick den despotischen Herrscher, auch wenn ihn nicht ein äußerer Prunk offensichtlich zeige. Allerdings mache sich in ihnen der Despotismus nicht so fühlbar, weil in ihnen die Staatsgewalt nicht durch einen Einzigen ausgeübt werde, sondern Vollziehung, Gesetzgebung und richterliche Gewalt vielen Behörden anvertraut seien, deren Vorgehen nicht immer in planmäßiger Einheitlichkeit erfolge, so daß dadurch Härten gemildert würden; aber im Grundsatz sei und bleibe die Regierungsform Despotismus, weil alle diese Behörden von derselben Adelskörperschaft gebildet seien, so daß in Wahrheit nicht mehr als eine einzige Gewalt bestehe.³⁹ Es ist der letzte dieser Sätze, der besondere Beachtung verdient, weil er die Lehre ein-

schließt, daß im Grundsatz Despotismus überall dort vorhanden sei, wo die Befugnisse der Träger von vollziehender, gesetzgebender und richterlicher Gewalt aus ein und derselben Quelle flössen. Da nun nicht nur in den italienischen Republiken, sondern auch in allen übrigen Aristokratien und nicht zum mindesten in den Demokratien die Befugnisse der verschiedenen Behörden auf dieselbe Quelle zurückgehen,⁴⁰ ist der Schluß unabweisbar, daß im Grundsatz Freiheit weder in der Aristokratie noch in der Demokratie jemals zu finden sei.

So wenig wie vorher hinsichtlich des Wesens der Freiheit, so wenig ist Montesquieu also auch hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Freiheit und Staatsform zu einer gefestigten Anschauung gelangt; er bleibt hier vielmehr ebenso unklar und verworren wie dort.

(England als das Musterland der Freiheit.) Das Muster der Freiheit meint Montesquieu nun in England vor Augen zu haben: „Obgleich alle Staaten im allgemeinen einen und denselben Zweck haben, nämlich den, sich zu behaupten, so hat daneben doch noch jeder Staat einen besonderen Zweck. Die Vergrößerung war der Zweck Roms, der Krieg derjenige Lacedämons, die Religion derjenige der jüdischen Gesetze, der Handel derjenige Marseilles, die öffentliche Ruhe derjenige der chinesischen Gesetze, die Schifffahrt derjenige von Rhodos, die natürliche Freiheit der Zweck der Polizei bei den Wilden, die Lüste des Fürsten im allgemeinen der der despotischen Staaten, ihr Ruhm und der Ruhm des Staates derjenige der Monarchien. Die polnischen Gesetze haben die Unabhängigkeit jedes Einzelnen zum Zweck und damit notwendigerweise die Unterdrückung aller. Es gibt auch eine Nation in der Welt, die zum unmittelbaren Zweck ihrer Verfassung die politische Freiheit hat“, nämlich England.⁴¹

Man darf auch hinter diesen Sätzen nicht eine feste wissenschaftliche Ueberzeugung suchen, denn an anderen Stellen werden die Freiheit als der einzige Zweck Lacedämons⁴² und die Ruhe schlechthin als derjenige der despotischen Staaten bezeichnet⁴³ und wird China zu den despotischen Staaten gerechnet, von denen es hier unterschieden wird.⁴⁴ Sie sind nichts weiter als eine Gasconade, ein glänzendes Feuerwerk, bestimmt, den Geistesreichtum des Verfassers darzutun — *Esprit sur les Lois*, wie Voltaire gelegentlich

gespottet hat — und einen wirkungsvollen Uebergang auf England zu schaffen, wobei dann noch mit einer Art von Taschenspielerkniff die Freiheit nicht als der Zweck des englischen Staates, sondern der englischen Verfassung bezeichnet wird.

England ist der Musterstaat der Freiheit: „Man kann die Freiheit wie in einem Spiegel in den Grundsätzen sehen, auf denen sie in England aufgebaut ist. Es braucht also nicht vieler Mühe, um zu entdecken, wie eine Verfassung beschaffen sein muß, um politische Freiheit zu enthalten. Wenn man die Freiheit sehen kann, wo sie besteht, wenn man sie gefunden hat, warum sie da noch erst suchen?“⁴⁵ Und nun folgt jenes berühmte sechste Kapitel des XI. Buches, das so weitreichenden Einfluß geübt hat.

(Die Unterscheidung der Gewalten.) Montesquieu beginnt in ihm damit, drei Gewalten im Staate zu unterscheiden: „Es gibt in jedem Staate dreierlei Gewalten: die gesetzgebende Gewalt, die vollziehende Gewalt für die Dinge, die vom Völkerrecht abhängen, und die vollziehende Gewalt für die Dinge, die vom bürgerlichen Recht abhängen. Vermöge der ersten gibt der Fürst oder die Behörde Gesetze für eine gewisse Zeit oder für immer und verbessert er die bereits bestehenden Gesetze oder schafft sie ab. Vermöge der zweiten schließt er Frieden oder führt er Krieg, schickt oder empfängt er Gesandtschaften, sorgt er für Sicherheit, beugt er feindlichen Einfällen vor. Vermöge der dritten bestraft er Verbrechen oder spricht er Recht in Streitigkeiten der Privatleute. Man nennt diese letzte die richterliche Gewalt, die andere einfach die vollziehende Gewalt des Staates.“⁴⁶

Die vollziehende Gewalt ist also hier nur als die Vertretung des Staates nach außen, verbunden mit dem Befehl über die Streitmacht, bestimmt.⁴⁷ Daß mit der Sicherheit, für die sie zu sorgen hat, nur die äußere Sicherheit, nicht die Ruhe und Ordnung im Innern gemeint ist, beweist die Stelle, an der das Wort in der Aufzählung steht. Das ganze Gebiet der Verwaltung ist also einfach außer Acht gelassen.⁴⁸ Wo sich gerade die französische Regierung auf dem Gebiete der Verwaltung in so ausgedehntem Maße betätigte, ist es natürlich ausgeschlossen, daß Montesquieu diese Seite der Regierungstätigkeit dauernd übersehen habe. Im weiteren Verlauf des Kapitels werden denn auch beiläufig noch andere Befugnisse als der vollziehenden Gewalt eigentümlich

genannt, so allgemein die Vollziehung der Gesetze, dann die Sorge auch für die innere Sicherheit, die Erhebung der Steuern.⁴⁹ Es liegt hier also nicht ein Widerspruch in der Auffassung, sondern nur in der Darstellung vor, der aber für die Flüchtigkeit Montesquieus bezeichnend ist.⁵⁰

Im weiteren führt Montesquieu dann aus, daß die richterliche Gewalt nicht durch stehende Gerichtshöfe ausgeübt werden dürfe, sondern durch Geschworene, die nur so lange zusammenzubleiben hätten, bis ihre Obliegenheit erfüllt sei. „Auf diese Weise wird die richterliche Gewalt, die so schrecklich unter den Menschen ist, weder mit einem bestimmten Stande noch mit einem bestimmten Beruf verbunden und dadurch sozusagen unsichtbar und nichtig. . . Von den drei Gewalten, von denen wir gesprochen haben, ist die richterliche Gewalt einigermaßen nichtig, und es bleiben nur zwei Gewalten übrig.“⁵¹ Man hat daraus gefolgert, daß nach seiner Meinung die richterliche Gewalt in der vollziehenden untergehe,⁵² sicherlich nicht mit Recht, da er ja ausdrücklich fordert, daß sie von den beiden anderen getrennt werde, aber ebenso wenig haltbar erscheint der geistreiche Versuch, die Worte, daß die richterliche Gewalt nichtig sei und infolgedessen nur die beiden anderen Gewalten übrig blieben, dahin zu deuten, daß Montesquieu mit ihnen habe sagen wollen: durch die Geschworenengerichte werde das erreicht, daß die richterliche Gewalt nicht in das Gebiet der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt übergreifen könne und daß es sich infolgedessen für den Zweck gegenseitiger Hemmung nur noch um den Ausbau dieser beiden anderen Gewalten handle.⁵³ Indem Montesquieu nämlich die richterliche Gewalt für nichtig und nur die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt für übrigbleibend erklärt, schiebt er gleichzeitig in die Lücke, die auf solche Weise in der Dreizahl der Gewalten entsteht, eine neue Gewalt ein, die er *Puissance réglante* nennt und zu deren Träger er das Oberhaus für passend erklärt.⁵⁴ Und nachdem er dann die Befugnisse von vollziehender Gewalt, Oberhaus und Unterhaus oder, wie man auch sagen kann, ohne seinem Sinne Zwang anzutun: des Königs, der Vertretung des Adels und der Vertretung des Volkes bestimmt hat, kommt er zu dem Ergebnis, daß sich auf die von ihm angegebene Weise alle drei vorrtefflich gegenseitig in Schranken halten, und schließt: „Diese drei Gewalten müßten an sich einen Zustand der

Ruhe und der Untätigkeit herbeiführen, aber da sie durch die notwendige Bewegung der Dinge gezwungen sind, sich zu bewegen, werden sie genötigt sein, sich in Eintracht zu bewegen“.⁵⁵ So sind es also am Schluß drei ganz andere Gewalten als am Anfange.

Die Einteilung in gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt geht auf die englische Vorlage, Sidney, zurück; bei der Unterscheidung von König, Adel und Volk, bei der dem Adel die Rolle zufällt, auf König und Volk mäßigend zu wirken, springt der Anklang an das in die Augen, was in den früheren Büchern des Werkes über die Rolle des Adels in der Monarchie gesagt ist: aus der unausgeglichene Verbindung dieser zwei verschiedenen Gedankenreihen, d. h. der Unterscheidung der drei sozialen Gewalten, wie sie schon vor ihm in der Lehre vom gemischten Staat herkömmlich war, und der Unterscheidung der drei Staatsgewalten, wie sie ihm von Sidney und Locke geliefert wurde, erklärt sich der Widerspruch, der auch an dieser Stelle abermals nicht fehlt und an Bedeutung hinter den bereits nachgewiesenen anderen Widersprüchen nicht zurücksteht.⁵⁶

(Montesquieu und die Volkssouveränität.) Die Lehrer des Naturrechts wie Sidney und Locke schildern die Entstehung des Staates durch den Gesellschaftsvertrag und die Entstehung der Gewalten aus dem Willen des souveränen Volkes. Man hat gemeint, aus einigen Wendungen bei Montesquieu schließen zu können, daß auch er der Lehre von der Volkssouveränität angehangen und die Befugnisse der Gewaltenträger auf Uebertragung zurückgeführt habe. So hat Jellinek geurteilt, daß schon vor Rousseau Montesquieu in der gesetzgebenden Gewalt die *Volonté générale* erblickt habe, und darauf gestützt behauptet: „Nicht minder aber steht die in England mit Thomas Smith und Hooker beginnende, in Locke und Montesquieu zur Blüte gedeihende konstitutionelle Theorie bis auf Sieyès und B. Constant herab auf dem Boden der Lehre von der denknotwendigen ursprünglichen Volkssouveränität“. So hat Redslob erklärt: „Auch bei Montesquieu ist der Ursprung aller Gewalt im Volk. Montesquieu kennt sogar den Begriff des Gemeinwillens. Beide Machtträger, der Inhaber der Legislative und der Inhaber der Executive, Parlament und König, leiten ihre Gewalt her von dem souveränen Volk. Montesquieu nennt die Gewalt der Volksvertretung und der adligen Körperschaft eine anvertraute Gewalt. Er

stellt auf, in einem freien Staate sollte im Grunde jeder sich selbst regieren, es sollte daher das Volk als Körperschaft die gesetzgebende Gewalt haben, weil aber dies unmöglich oder unzweckmäßig wäre, müsse das Volk durch Vertreter handeln.⁵⁷

Diese Ansicht, daß Montesquieu auf dem Boden der Volkssouveränität gestanden habe, läßt sich nun nicht mit den Lehren vereinigen, die er sonst in seinem Werke vorträgt; sie findet aber auch, wenn man näher zuschaut, in den angeführten Stellen des sechsten Kapitels keineswegs ihren Beweis.⁵⁸

Zunächst wäre es kaum zu erklären, warum Montesquieu, der sonst Sidney und Locke in der weitgehendsten Weise benutzt hat, ihnen nicht auch darin gefolgt ist, die Lehre von der Volkssouveränität ausführlich zu entwickeln, wenn er mit ihr einverstanden gewesen wäre. Wenn überhaupt, so ist man sicherlich hier berechtigt, das Argumentum ex silentio anzuwenden und aus seinem Schweigen den Schluß zu ziehen, daß er ihnen in diesem Punkte nicht beistimmte. Man darf dagegen nicht einwenden, daß er in der Demokratie das Volk als den Souverän bezeichnet; er stellt damit, wie Hasbach treffend beemrkt hat,⁵⁹ nur eine Tatsache fest, bleibt aber weit davon entfernt, dem Volke das Recht auf Souveränität zuzusprechen und, wie er dann müßte, die Aristokratie und die Monarchie in der Art von Rousseau als illegitime Gewalten zu verurteilen. Im Gegenteil, so kann man zu den Ausführungen Hasbachs hinzufügen: er gibt sich als ein Anhänger der ständischen Monarchie zu erkennen, die nach dem Muster, das er von ihr entwirft, die Volkssouveränität ausschließt; von den Worten, die ihm ja erst von der Zensur aufgenötigt worden sind, daß in der Monarchie der Fürst die Quelle aller Gewalt sei, kann dabei ganz abgesehen werden.

Ferner: von den italienischen Republiken führt er, wie wir sahen, in dem 6. Kapitel des XI. Buches aus, daß dort im Prinzip Despotismus vorhanden sei, weil die Träger der drei Gewalten ihre Befugnisse aus derselben Quelle herleiteten; er vertritt damit also den Standpunkt, daß die für die gegenseitige Hemmung notwendige Verteilung der Gewalten nur eine scheinbare sei, wenn die Träger der Gewalten diese nicht aus eigenem Recht, sondern nur infolge einer Uebertragung von Seiten eines höher stehenden eigentlichen Inhabers aller Gewalt besäßen.⁶⁰ Unmöglich ist es also, daß er in der englischen Monarchie, seinem Vorbilde der Freiheit, die Ge-

walten auf dieselbe Quelle der Volkssouveränität habe zurückführen wollen.

Weiter: bei seiner Beschreibung der englischen Verfassung hätte er von dem Boden der Volkssouveränität aus nicht nur die Gewalt des Königs als eine vom Volke übertragene kennzeichnen, sondern auch dem Volke das Recht beilegen müssen, nach seinem Ermessen die Grenzen der Krongewalt zu bestimmen. Statt dessen spricht er der Krone das absolute Veto zu, damit sie, wie er das ausdrücklich begründet, gegen jeden Versuch, ihre Befugnisse zu schmälern, vollkommen gesichert sei.⁶¹

Auf derselben Linie hält sich endlich das, was er eben dort über das Oberhaus sagt. Wie bekanntlich die Volkssouveränität sogar in ständischer Form verfochten worden ist, so lassen sich auch zwei Kammern sehr gut mit dem Gedanken der Volkssouveränität vereinigen, aber doch nur mit der Bedingung oder der Unterstellung, daß durch die beiden Kammern der Wille der gesamten Nation zum Ausdrucke gebracht werde. Montesquieu jedoch weist dem Oberhause ausdrücklich die Aufgabe zu, die Vorrechte des Adels gegen das Volk zu schützen.⁶² Wieder ist es ganz unmöglich, auf den „Gemeinwillen“ eine Einrichtung zurückzuführen, deren Zweck es ist, diesen Gemeinwillen nicht zum Ausdruck kommen zu lassen, sondern zu kreuzen und zu hemmen.

Was nun die drei Redewendungen des 6. Kapitels anbetrifft, aus denen man gemeint hat, das Bekenntnis zur Volkssouveränität herausholen zu können, so hat das Wort „Volonté générale“ bei Montesquieu nicht den Sinn, in dem es von Jellinek und Redslob genommen worden ist, des Gemeinwillens, d. h. des Willens der im Staate vereinigten Gemeinschaft oder, um die Rousseausche Ausdrucksweise zu gebrauchen, des Willens, der allgemein nach Subjekt wie Objekt ist. Wenn man die beiden Stellen, an denen das Wort vorkommt,⁶³ genauer prüft, so findet man, daß es nichts weiter bedeutet als das Gesetz, d. h. eine Entscheidung, die insofern allgemein ist, als sie alle betrifft, oder wieder in Rousseauscher Ausdrucksweise, die allgemein nach Objekt ist, im Unterschiede von der Volonté particulière, die die Einzelanwendung des Gesetzes, sei es auf dem Gebiete der Verwaltung, sei es der Rechtsprechung ist.⁶⁴

Ebenfalls auf einem Irrtum beruht es, wenn Redslob behauptet, daß Montesquieu die Gewalt des Oberhauses und des Unterhauses

eine anvertraute Gewalt nenne. Die Worte bei Montesquieu lauten: „die gesetzgebende Gewalt wird demnach sowohl der Körperschaft des Adels als auch der zur Vertretung des Volkes gewählten Körperschaft anvertraut werden“.⁶⁵ Als derjenige, der anvertraut, läßt sich nun ebenso gut wie das souveräne Volk auch ein weiser Gesetzgeber nach der Art eines Lykurg oder Solon denken. Diese letzte Deutung zu wählen, leitet nicht nur die Zeitform der Zukunft an, sondern auch ein anderer sehr ähnlicher Satz, wo es heißt: „die beiden anderen Gewalten (d. i. die gesetzgebende und vollziehende) könnten eher ständigen Behörden oder Körperschaften gegeben werden“,⁶⁶ und wo man sicherlich unter dem, von dessen zweckmäßigem Verfahren die Rede ist, nur einen weisen Gesetzgeber verstehen kann.⁶⁷

Anders verhält es sich mit der dritten Stelle, auf die Redslob sein Urteil stützt: „Da in einem freien Staate jeder, der dafür gilt, eine freie Seele zu haben, durch sich selber regiert werden muß, müßte das Volk als Ganzes die gesetzgebende Gewalt haben, aber da dies in den großen Staaten unmöglich und in den kleinen mit vielen Unzuträglichkeiten verbunden ist, muß das Volk durch seine Vertreter alles das tun, was es nicht unmittelbar selber tun kann.“⁶⁸ Da die Auslegung dieser Worte als eines Bekenntnisses zur Volkssouveränität Montesquieu mit sich selber in Widerspruch bringt, hat sich Hasbach abgemüht, ihnen einen anderen Sinn abzugewinnen. Nachdem er eine kurze Uebersicht der Kapitel 2—4 gegeben hat, fährt er fort: „Welche Erfahrungen veranlassen ihn, über Demokratie und Aristokratie ein so herbes Urteil auszusprechen? Es sind die in den antiken Demokratien geübte Vergewaltigung und Ausplünderung, . . es ist die Unsicherheit des Lebens in den modernen italienischen Republiken, insbesondere in Venedig. In solchen Staaten kann sich keine freie Seele bilden, die zur Gesetzgebung ein furchtloses und unabhängiges Urteil mitbrächte. In der konstitutionellen Monarchie dagegen, wo die „gens distingués par la naissance, les richesses et les honneurs“ das Recht haben, eine besondere gesetzgebende Körperschaft zu bilden und so der Gefahr entgehen, daß „la liberté commune serait leur esclavage“, und wo außerdem die Krone die sich gegenseitig zügelnden Körper beschränkt, dort darf man von jedem eine freie, unabhängige Seele erwarten, dort dürfte man jeden unmittelbar an der Gesetzgebung

teilnehmen lassen, aber diese persönliche Anteilnahme (in den durch die Verfassung gesteckten Grenzen) ist in großen Staaten tatsächlich unmöglich, und selbst in kleinen bringt sie viele Unzuträglichkeiten mit sich, weshalb es zweckmäßig ist, an die Stelle der direkten Gesetzgebung diejenige durch Vertreter zu setzen.“⁶⁹ Hiernach hätte also Montesquieu mit jenen Worten sagen wollen: der demokratische Grundsatz, daß jeder sich selber regieren und darum unmittelbar an der Gesetzgebung teilnehmen müsse, sei nicht auf die Demokratie und die Aristokratie anwendbar, sondern nur auf die konstitutionelle Monarchie, wo der Adel durch seine Stellung im Oberhause die Macht habe, dem gesetzgeberischen Willen des Volkes, d. i. der Mehrzahl der Nation, Halt zu gebieten, und dann noch der König in dem absoluten Veto die Befugnis besitze, einen übereinstimmenden Beschluß von Volk und Adel nicht rechtsgültig werden zu lassen. Man darf zweifeln, ob solche Erklärung allgemein einleuchten wird. Um nur eine Seite von ihr zu berücksichtigen: es ist schon nicht richtig, daß Montesquieu in den Kapiteln 2—4 ein herbes Urteil über die Demokratie habe; er sagt dort allerdings, daß in ihr politische Freiheit nicht immer vorhanden sei, was sich, wie wir gesehen haben, mit seinen früheren Äußerungen nicht in Einklang bringen läßt,⁷⁰ aber seine Mahnung, die „Unabhängigkeit“ nicht mit der Freiheit zu verwechseln, trifft doch, wie ebenfalls gezeigt worden ist, gar nicht die Demokratie, sondern deren Entartung.⁷¹ Dann entbehrt es der Grundlage, daß er die Teilnahme aller an der Gesetzgebung als für die Demokratie nicht passend beurteilt hätte; er würde damit der Demokratie die Daseinsberechtigung überhaupt abgesprochen haben. Er hat es aber im II. Buche als ein Fundamentalgesetz der Demokratie hingestellt, daß in ihr das Volk unmittelbar und allein die Gesetze mache, wozu es auch durchaus die Fähigkeit besitze,⁷² und hat weiter die antiken Demokratien gerühmt, daß in ihnen bewundernswerte Dinge vollbracht worden seien, denen die Neuzeit nichts an die Seite zu setzen habe.⁷³ So lassen sich denn jene Worte Montesquieus doch nur in der Weise auslegen, wie es von Redslob geschieht, daß sie den Gedanken der Volkssouveränität enthalten.⁷⁴ Sie stehen dann allerdings zu der im ganzen des XI. Buches entwickelten Lehre im Widerspruch,⁷⁵ aber das für seine Erklärung geltend zu machen, wäre Hasbach doch nur dann berechtigt, wenn ein Widerspruch bei

Montesquieu zu den Unmöglichkeiten gehörte. Trotzdem wäre es verfehlt, auf Grund dieser Worte Montesquieu als einen Anhänger der Volkssouveränität anzusprechen.⁷⁶ Seine aristokratische Gesinnung ist nicht nur in den ersten acht Büchern deutlich zu erkennen, sondern verleugnet sich auch in dem XI. Buche nicht, so daß sich der Gedanke der Volkssouveränität und der sich darauf aufbauende demokratische Freiheitsbegriff als etwas seinem Wesen völlig Fremdes darstellen. Man kann getrost behaupten, daß er jene Worte in sein Werk aufgenommen hat, ohne sich ihrer Tragweite bewußt gewesen zu sein.

Das Ergebnis ist also, daß in dem sechsten Kapitel die Volkssouveränität nicht als die Grundlage der englischen Verfassung hingestellt ist; die drei Gewalten erscheinen in ihm vielmehr einfach als etwas Gegebenes. Gegenüber dem Volke, das im Unterhause seine Vertretung findet, stehen der König und das Oberhaus auf eigenem Recht. Insofern trifft also das Urteil zu, daß Montesquieu den Ausspruch Royer-Collards unterschrieben haben würde: „Wo ist die Souveränität? Es gibt keine Souveränität.“⁷⁷

(Verteilung der Gewalten zum Zwecke ihrer gegenseitigen Hemmung.) Es liegt auf der Hand, daß die Gewalten nicht vereinigt sein dürfen, wenn sie sich gegenseitig hemmen sollen. Montesquieu stellt dafür folgende Grundsätze auf: „Wenn in derselben Person oder in derselben Behörde die gesetzgebende Gewalt mit der vollziehenden Gewalt vereinigt ist, so gibt es keine Freiheit, weil zu fürchten steht, daß derselbe Monarch oder derselbe Senat tyrannische Gesetze gibt, um sie tyrannisch auszuführen. Es gibt ferner keine Freiheit, wenn die richterliche Gewalt nicht von der gesetzgebenden und vollziehenden getrennt ist. Wenn sie mit der gesetzgebenden vereinigt wäre, wäre die Gewalt über Leben und Freiheit der Bürger willkürlich, denn der Richter wäre Gesetzgeber. Wenn sie mit der vollziehenden Gewalt verbunden wäre, könnte der Richter die Kraft eines Unterdrückers haben. Alles wäre verloren, wenn derselbe Mensch oder dieselbe Körperschaft der Vornehmen oder des Adels oder des Volkes diese drei Gewalten ausübte, nämlich die, Gesetze zu geben, die, die öffentlichen Beschlüsse zu vollziehen, und die, die Verbrechen oder die Streitigkeiten der Einzelnen zu richten.“⁷⁸

Hierfür verweist er dann im folgenden auf einige Beispiele: bei den Türken, wo die drei Gewalten auf dem Haupte des Sultans vereinigt seien, herrsche ein fürchterlicher Despotismus;⁷⁹ die italienischen Republiken, wo dieselbe Vereinigung statthabe, seien im Grundsätze ebenfalls Despotien.⁸⁰ Höchst sonderbar ist es dann aber, wenn er weiter bemerkt, daß in den meisten europäischen Königreichen die Regierung gemäßigt sei, weil der Fürst, der die gesetzgebende und vollziehende Gewalt besitze, seinen Untertanen die Ausübung der richterlichen Gewalt überlasse, so daß sich infolgedessen dort mehr Freiheit finde als in den italienischen Republiken.⁸¹ Augenscheinlich ist es der Gedanke an Frankreich und an die Unabhängigkeit der französischen Gerichte gewesen, der ihm dabei vorgeschwebt und ihn veranlaßt hat, dem eben erst verkündigten Grundsatz zu widersprechen, daß die Vereinigung der vollziehenden und gesetzgebenden Gewalt in einer Person den Ausschluß der Freiheit bedeute.⁸²

Noch wichtiger ist es, daß jene Grundsätze zu dem Begriffe der Freiheit als der Herrschaft des Gesetzes mittelbar den Zusatz bringen, daß das Gesetz nicht tyrannisch sein dürfe, ohne daß doch dabei erläutert würde, wann ein Gesetz als tyrannisch zu beurteilen sei. Janet umschreibt die Meinung Montesquieus dahin: wenn die vollziehende Gewalt berechtigt sei, auch Gesetze zu geben, sei sie imstande, durch Gesetz zu erklären, daß ihr die Güter der Untertanen gehörten, und sich dann vermöge ihrer Vollziehungsgewalt dieser Güter zu bemächtigen; in der gleichen Weise könne sie den Bürgern auch die Freiheit, ja selbst das Leben nehmen. Genau so stehe es und sei niemand gesichert, wenn umgekehrt der gesetzgebenden Gewalt, ob sie nun von dem Volke gewählt oder das Volk selber sei, die vollziehende Gewalt bewilligt werde.⁸³ Ganz in dem gleichen Sinne äußert sich Faguet: wenn die vollziehende Gewalt auch die Gesetze zu geben habe, werde sie diese Befugnis in ihrem Interesse gebrauchen, wiewohl vielleicht in dem Glauben, damit dem allgemeinen Interesse zu dienen; wenn der Gesetzgeber zugleich Richter sei, werde er unaufhörlich Gesetze geben zu dem Zwecke, seine Gegner verurteilen zu können.⁸⁴ Diese Erklärungen schreiben mithin Montesquieu die Meinung zu, daß die gesetzgebende Gewalt wider das allgemeine Interesse handeln und tyrannische Gesetze geben werde, wenn sie auch nur mit einer der

beiden anderen Gewalten vereinigt sei, daß sie dagegen von einem selbstsüchtigen und freiheitsfeindlichen Verfahren Abstand nehmen werde, wenn sie von ihnen getrennt sei. Sie muten damit Montesquieu eine ziemliche Ungereimtheit zu: er müßte geglaubt haben, daß die gesetzgebende Gewalt schon dadurch, daß sie von den anderen Gewalten getrennt sei, notwendig dahin gebracht werden würde, nicht etwa durch Steuergesetze das Vermögen der Wohlhabenden einzuziehen oder durch Strafgesetze ihre Gegner für vogelfrei zu erklären, also tyrannische Beschlüsse zu unterlassen, denen doch die beiden anderen Gewalten mit Verwaltungsmaßnahmen und gerichtlichen Urteilen nur einfach nachzuleben hätten; er müßte übersehen haben, daß eine Tyrannei der Gesetzgebung nicht durch die Trennung der Gewalten, sondern nur durch die Organisation der gesetzgebenden Gewalt selber verhindert werden kann.⁸⁵

Die angeführten Grundsätze, daß die Gewalten nicht vereinigt sein dürften, lassen an sich eine doppelte Deutung zu: entweder, daß gar keine Vereinigung stattfinden dürfe, daß also die Gewalten in den Trägern völlig voneinander getrennt sein, jede einen besonderen Träger haben müsse, der von den Trägern der anderen Gewalten verschieden sei, oder daß die Gewalten nur nicht in ihrer ganzen Ausdehnung in derselben Hand zusammenfallen dürften, daß aber eine teilweise Vereinigung sehr wohl statthaft sei in der Art, daß der Träger der vollziehenden Gewalt einen Anteil an der Gesetzgebung habe und umgekehrt der Träger der gesetzgebenden Gewalt einen Anteil an der vollziehenden oder der richterlichen. Erst aus dem weiteren Inhalt des Kapitels, aus der Art, wie die einzelnen Gewalten organisiert werden, läßt es sich beantworten, für welche der beiden Deutungen man sich zu entscheiden hat und ob es zulässig ist, Montesquieu als den Vertreter einer unbedingten Trennung der Gewalten zu betrachten, wie es bisher fast immer geschehen ist, oder ob er nicht vielmehr nur einer Verteilung der Gewalten, d. i. ihrer Trennung und Verbindung das Wort geredet hat.

(Die richterliche Gewalt.) Montesquieu beginnt mit der Organisation der richterlichen Gewalt. Die richterliche Gewalt, so erklärt er, müsse nicht durch stehende Gerichte und einen Berufsstand gelehrter Richter ausgeübt werden, sondern durch Männer

aus dem Volke, Geschworene, die nur für so lange zu einem Gerichtshofe zusammentreten, wie das Bedürfnis es erfordere. Man erwartet die Begründung, daß auf solche Weise für die Unparteilichkeit der Urteile, also für die Rechtssicherheit besser gesorgt werde als durch Berufsrichter. Statt dessen wird als der Vorteil dieser Einrichtung angegeben, daß durch sie die richterliche Gewalt ihre Schrecken verliere, indem sie sozusagen unsichtbar und nichtig werde, da man nun nicht mehr beständig Richter vor Augen habe und nur das Richteramt, nicht die richterlichen Beamten fürchte.⁸⁶

Mit diesen Ausführungen bewegt sich der Jurist und ehemalige Parlamentspräsident Montesquieu auf seinem Fachgebiet, und es könnte Unrecht scheinen, ihren Eindruck durch eine Kritik beeinträchtigen zu wollen, aber einige Bemerkungen lassen sich doch nicht gut unterdrücken. Auf der einen Seite sieht man zunächst nicht ein, warum es wünschenswert sein soll, daß die richterliche Gewalt ihre Schrecken für die Verbrecher verlöre, denn für die Rechtschaffenen wird sie doch solche überhaupt nicht haben. Unmöglich kann doch jene Freiheit, die dahin bestimmt wurde, daß kein Bürger wegen seiner Sicherheit Sorge zu tragen brauche, als beeinträchtigt gelten, wenn jeder weiß, daß gelehrte Richter und stehende Gerichte vorhanden sind, um begangenes Unrecht zu strafen. Man begreift auch nicht, wie sich der ehemalige Parlamentspräsident die Einleitung des Strafverfahrens und die Voruntersuchung ohne richterliche Beamte gedacht hat, wie er gemeint hat, daß die Geschworenen mit verwickelten Rechtsfragen ohne richterliche Belehrung fertig zu werden hätten.⁸⁷ Auf der anderen Seite ist man überrascht, wie wenig nach seinen „tiefen“ Studien in England diese Beschreibung der englischen Gerichtsverfassung den Tatsachen entspricht⁸⁸ und wie er sich mit ihr abermals in Widerspruch zu sich selber setzt, da er an anderen Stellen diese Gerichtsverfassung anders und richtig beschrieben⁸⁹ und grundsätzlich stehende Gerichte und gelehrte Richter als notwendig für die Monarchie bezeichnet hat.⁹⁰

Aber, so fährt Montesquieu fort, wenn die Gerichte nicht feststehend sein dürfen, so müssen es doch die Urteile bis zu einem solchen Grade sein, daß sie immer nur ein genauer Text des Gesetzes sind.⁹¹ So hat er auch schon an anderer Stelle erklärt: um das Strafmaß zu finden, sei nichts weiter erforderlich als im Gesetz-

buch nachzuschlagen.⁹² Auch hier wieder wirken Auffassung und Unkenntnis Englands in gleicher Weise befremdend: es ist eine Einfachheit des Rechts vorausgesetzt, wie sie sich nur auf niedriger Kulturstufe, nicht aber in hochentwickelten gesellschaftlichen Zuständen findet; so war denn auch in England die Aufgabe des Richters keineswegs eine so einfache, daß sie sich ohne Rechtsstudium hätte erfüllen lassen.⁹³ Und auch der Widerspruch zu früher Gesagtem fehlt abermals nicht: dort, wo er allgemein von der Art der Gesetze in den verschiedenen Regierungsformen spricht, hat Montesquieu ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Rechtsverhältnisse in der Monarchie verwickelt seien und eindringliche Fachkenntnisse erforderten.⁹⁴

Indem Montesquieu dem Gutdünken des Gerichts nicht das Geringste überlassen will, schließt er das System der mildernden Umstände aus; doch kann er den Gedanken nicht abweisen, daß positives Recht unter Umständen Unrecht werden könne. Indem er es nun nicht den Geschworenengerichten überlassen will, einen etwaigen Widerspruch zwischen positivem Recht und Moral auszugleichen, verfällt er auf den Ausweg, Abhilfe in einer Entscheidung des Oberhauses zu suchen; es ist einer der drei Fälle, wo er diesem die Rolle zuweist, als Gerichtshof tätig zu sein, also neben der gesetzgebenden Gewalt auch richterliche Befugnisse auszuüben: „Es könnte eintreten, daß das Gesetz, das gleichzeitig scharfsichtig und blind ist, in gewissen Fällen zu streng wäre. Aber die Richter der Nation sind wie gesagt nur der Mund, der die Worte des Gesetzes verkündet, unbeseelte Wesen, die weder seine Kraft, noch seine Strenge mäßigen können. Also ist derjenige Teil des gesetzgebenden Körpers, den wir soeben für einen anderen Fall als einen notwendigen Gerichtshof bezeichnet haben, ein solcher auch in diesem Falle; seiner höchsten Autorität kommt es zu, das Gesetz zu Gunsten des Gesetzes selbst zu mäßigen, indem es einen weniger strengen Spruch fällt als dieses.“⁹⁵

Es ist offenbar nicht richtig, eine solche Befugnis des Oberhauses als eine richterliche zu bezeichnen, denn seine Entscheidung hat nicht den Zweck, einen Fehlspruch der Geschworenen zu verbessern, sondern einen Mangel im Gesetz gut zu machen; sie hat also gesetzgeberischen Charakter, insofern sie das Gesetz für einen bestimmten Fall aufhebt.⁹⁶ So klar das ist, so wenig läßt sich aber

an der entgegengesetzten Auffassung Montesquieus, die in ihrem Irrtum bei ihm als Juristen doppelt auffällig ist, zweifeln: er bezeichnet ausdrücklich das Oberhaus für diesen Fall als Gerichtshof, seine Entscheidung als Urteilsspruch rechnet den angegebenen Fall zu den drei Ausnahmen, wo die richterliche Gewalt mit der gesetzgebenden verbunden sein dürfe, und läßt endlich das Oberhaus unabhängig von König und Unterhaus handeln, deren Zustimmung für ihn zu einem Gesetze notwendig ist.⁹⁷

Vom Standpunkte Montesquieus betrachtet hat die Sache aber auch ihre Schwierigkeiten. Es sei davon abgesehen, daß er sich nicht darüber ausläßt, ob das Oberhaus aus eigenem Antriebe einzugreifen habe, wenn es einen Widerspruch zwischen Recht und Moral bemerke, oder nur auf die Berufung des Verurteilten oder das Fürwort der Geschworenen; da er unmöglich dem Oberhause die Nachprüfung aller Urteile hat auferlegen wollen, darf man wohl annehmen, daß er sich dessen Eingreifen von einem Gesuche der Geschworenen abhängig gedacht hat. Es bleiben aber noch die Fragen, wie er es möglich macht, diese an kein Gesetz gebundene richterliche Befugnis des Oberhauses mit der Herrschaft des Gesetzes als dem Wesen der Freiheit zu vereinigen, warum er der Unparteilichkeit der Lords mehr Vertrauen schenkt als der „Opinion particulière“ eines auf sein Amt vereidigten Berufsrichters, warum er hier das Recht der Begnadigung grundsätzlich dem Könige entzieht, nachdem er es an anderer Stelle als das schönste Attribut des Monarchen gepriesen hat.⁹⁸

(Die gesetzgebende Gewalt.) Von der richterlichen Gewalt geht Montesquieu dann zu der gesetzgebenden Gewalt über. Er benutzt den demokratischen Freiheitsbegriff nicht, um mit ihm im Sinne der Volkssouveränität völligen Ernst zu machen, sondern nur um das Dasein des Parlamentes, richtiger gesagt des Unterhauses zu begründen: frei sein, heißt sich selber gehorchen; darum müßte eigentlich das Volk als Ganzes unmittelbar die gesetzgebende Gewalt ausüben, aber das ist unmöglich in den großen Staaten und mit vielen Unzuträglichkeiten verbunden in den kleinen. Das Volk ist ganz untauglich dazu, Angelegenheiten zu erörtern, woraus sich einer der großen Mißstände in der Demokratie ergibt. Darum muß es Vertreter bestellen, weil solche den Vorteil gewähren, daß di

Angelegenheiten erörtert werden können, und muß durch diese sein Gesetzgebungsrecht ausüben lassen.⁹⁹

Daran schließt sich dann als nächste Forderung: der gesetzgebende Körper muß aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, „alle Bürger in den verschiedenen Bezirken müssen das Recht haben, ihre Stimmen abzugeben, um den Vertreter zu wählen“, aber diese Forderung wird sogleich eingeschränkt durch den Zusatz, daß diejenigen von der Wahl auszuschließen seien, „die sich in einem solchen Zustande der Niedrigkeit befinden, daß man bei ihnen den Mangel eines freien Willens voraussetzen muß“¹⁰⁰ Es versteht sich von selber, daß Montesquieu nicht daran gedacht hat, den Frauen das Wahlrecht zuzusprechen; wenn es dafür eines Beweises bedürfte, läge er in dem Worte Bürger, das sie ebenso wie die Unmündigen und wohl auch die Geisteskranken und Verbrecher ausschließt. Daß aber nach seiner Ansicht der Kreis der Auszuschließenden noch größer sein mußte, ergibt der Ausdruck „Zustand der Niedrigkeit“, der sich nicht auf Frauen und Kinder beziehen läßt und nach dem Zusammenhange nur auf die unteren Volksschichten gedeutet werden kann. Die Verfassung des Jahres 1791 hat es abgelehnt, die Dienstboten und diejenigen, die keine Steuer zahlten, als Aktiv-Bürger gelten zu lassen, weil bei den Wahlen die Dienstboten kaum anders als ihre Herrschaft stimmen könnten und die gänzlich Besitzlosen wie Almosenempfänger und Bettler der Bestechung unterliegen würden.¹⁰¹ In solchem Sinne als eine wirtschaftliche Abhängigkeit, die eine eigene politische Meinung unmöglich mache, muß auch Montesquieu den „Zustand der Niedrigkeit“ verstanden haben, aber mit seinem unbestimmten Ausdruck erlaubt er, die Allgemeinheit des Wahlrechts noch weiter zu durchbrechen.¹⁰²

Die Einteilung in räumlich beschränkte Wahlkreise, so heißt es bei Montesquieu weiter, bringt den Vorteil mit sich, daß sich bei den Wahlen die örtlichen Bedürfnisse zum Ausdruck bringen lassen. Um sie in dieser Hinsicht zu ergänzen, ist es notwendig, daß das passive Wahlrecht an den Wohnsitz im Wahlkreise gebunden ist: nur dann kennt der Gewählte wirklich die Bedürfnisse seiner Wähler, wie andererseits die Wähler zu beurteilen imstande sind, ob der zu Wählende ihres Vertrauens würdig ist.¹⁰³ Imperative Mandate dürfen aber doch nicht zugelassen werden, einfach und

allein aus dem Grunde, daß sie die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers erschweren und unter Umständen eine Beschlußfassung in ihm unmöglich machen würden.¹⁰⁴

Diese Ausführungen stimmen in einigen Punkten mit den tatsächlichen englischen Zuständen überein, aber gerade in dem wichtigsten widersprechen sie ihnen wie bekannt auf das Schärfste; von einem allgemeinen Bezirkswahlrecht war in England keine Rede, und auch im Hause der Gemeinen herrschte der Adel, und so ist es also ein Grundirrtum, wenn Montesquieu im folgenden das Unterhaus als die Vertretung des Volkes dem Hause der Lords als der Vertretung des Adels gegenüberstellt.¹⁰⁵

Nachdem Montesquieu in solcher Weise das Gesetzgebungsrecht des Volkes festgestellt hat, erhebt er dann aber selber den Einwand, daß infolge dieses Rechtes die Herrschaft des Gesetzes tyrannisch werden, also aufhören könne, Freiheit zu sein. Er gelangt zu dieser Erkenntnis nicht aus allgemeinen Erwägungen, sondern indem er die Sache vom Standpunkte des Adligen und Privilegierten betrachtet. „Es gibt“, so lautet sein bereits einmal angeführter Satz, „in einem Staate immer Leute, ausgezeichnet durch die Geburt, den Reichtum und die Privilegien, aber wenn sie mit dem übrigen Volke vermengt würden und nur eine Stimme wie die Andern hätten, würde die gemeine Freiheit für sie Knechtschaft sein, und sie würden kein Interesse haben, sie zu verteidigen, weil die Mehrzahl der Beschlüsse gegen sie sein würde.“¹⁰⁶ Ebenso bezeichnend wie der Ausgangspunkt seiner Erkenntnis ist für ihn auch sein Eingeständnis, daß für den Adel und die Privilegierten die Freiheit nur so lange von Wert sei, als sie ihnen in ihren Vorrechten keine Beeinträchtigung drohe, daß sie ihm sonst aber die Willkür des Despotismus vorziehen würden. Es ist oft genug Gelegenheit gewesen, ihm Widersprüche in seiner Auffassung nachzuweisen; hier aber bleibt er sich treu, voll einer ständischen Selbstsucht, für die der eigene Vorteil das Ausschlaggebende ist und das allgemeine Interesse erst in zweiter Linie kommt.

So verlangt er also, daß neben das aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Volkshaus ein adliges Oberhaus gestellt werde, nicht, um zum Wohle Aller gegenüber Bestrebungen übereilten Fortschrittes und unüberlegter Neuerung eine Kraft gesunden Beharrens zu sein, sondern um die besonderen Interessen des Adels

zu vertreten und, wie Sieyès von den Notabeln gesagt hat, die Herrschaft des Privilegs gegen Thron und Nation zu verteidigen.¹⁰⁷

„Die Adelskammer“, so fährt Montesquieu fort, „muß erblich sein, einmal, weil das in ihrem Wesen liegt, sodann weil sie ein Interesse daran haben muß, ihre Vorrechte zu behaupten“.¹⁰⁸ Es bedarf keines Nachweises, daß die Erblichkeit der Mitgliedschaft keineswegs durch das Wesen einer Adelskammer gefordert wird: das Beispiel der *Etats généraux* in Frankreich zeigt, daß die Vertretung des Adels auch durch Adelswahlen gebildet werden kann. Noch seltener mutet der zweite der angeführten Gründe an, der bisher noch nirgends Beachtung gefunden hat, obwohl er wahrlich eine solche sehr verdient. Er besagt nämlich: nur durch das allgemeine Interesse des Adels werden die Mitglieder der Adelskammer noch nicht dahin gebracht werden, deren staatsrechtliche Stellung zu verteidigen; sie müssen vielmehr noch als Einzelne daran interessiert werden. Wenn sie nicht sicher wären, ihre Sitze lebenslänglich zu behalten und auf ihre Söhne zu vererben, wenn sie im Gegenteil zu befürchten hätten, einmal hinausgewählt zu werden und neuen Männern Platz machen zu müssen, würde es ihnen gleichgültig sein, ob es eine Adelskammer gäbe oder nicht.

Ein altes Sprichwort lautet: man sucht Niemanden hinter der Tür, hinter der man nicht selber einmal gestanden hat. Und so werden wir sagen dürfen: dieses Urteil Montesquieus ist das eines Mannes, dem es als das Höchste gilt, eine Rolle zu spielen, der sich nur durch das eigene Interesse an ein Programm gebunden fühlt und es ganz natürlich findet, wenn gekränkter Ehrgeiz zur Opposition übergeht.

(Die vollziehende Gewalt.) Was nun endlich die vollziehende Gewalt angeht, so „muß sie in den Händen eines Monarchen liegen, weil dieser Teil der Regierung fast immer augenblicklichen Handelns bedarf und darum besser von Einem als von Mehreren verwaltet wird, während das, was von der gesetzgebenden Gewalt abhängt, oft besser von Mehreren als von Einem angeordnet wird. Wenn es keinen Monarchen gäbe und die vollziehende Gewalt einer gewissen Zahl von Personen anvertraut würde, die aus dem gesetzgebenden Körper genommen würden, würde es keine Freiheit geben, weil dann die beiden Gewalten vereinigt wären, indem dieselben

Personen zuweilen Anteil an der einen wie der anderen hätten und ihn jedenfalls immer haben könnten.“¹⁰⁹

Die monarchische Gestaltung der vollziehenden Gewalt wird also von Montesquieu auf eine doppelte Art begründet: einmal durch die Notwendigkeit der Schnelligkeit und Einheit ihres Handelns, sodann durch die Unmöglichkeit, sie in anderer Form von der gesetzgebenden zu trennen: wenn es keinen Monarchen gäbe, — so ist offenbar die Meinung —, könnte die vollziehende Gewalt nur in den Händen eines Ausschusses des gesetzgebenden Körpers liegen. Es soll hier nicht untersucht werden, wie weit diese Begründung stichhaltig ist. Hervorzuheben ist aber, daß Montesquieu im Widerspruch hierzu in Absatz 7—8 durch die Vereinigung von vollziehender und gesetzgebender Gewalt die Freiheit nicht gänzlich ausgeschlossen erachtet hat, und vor allem, wie von der Kritik schon immer bemerkt worden ist,¹¹⁰ daß gerade das, was er verwirft, das parlamentarische Regiment, in England herrschte, wo die Regierung nichts mehr als ein Ausschuß des Parlamentes war.¹¹¹

Der König als der Träger der vollziehenden und das in zwei Kammern geteilte Parlament als der Träger der gesetzgebenden Gewalt bilden neben den Schwurgerichten die Grundlage der von Montesquieu beschriebenen und gepriesenen Staatseinrichtungen. Ihre Befugnisse zu bestimmen und gegeneinander abzugrenzen, ist die nächstfolgende Aufgabe.

(Die Stellung der Gewalten zueinander.) Das Verhältnis zwischen den beiden Kammern bietet keine Schwierigkeit: abgesehen von ihren Befugnissen in der Gerichtsbarkeit stehen sie mit gleichen Rechten nebeneinander, so daß jede von ihnen Gesetze vorschlagen kann und die Uebereinstimmung beider zu einem Parlamentsbeschluß erforderlich ist; nur insofern ist ihr Recht verschieden, als die Steuergesetze zuerst vor die zweite Kammer gelangen und, nachdem sie dort verabschiedet sind, von der ersten Kammer nur als ein Ganzes angenommen oder abgelehnt werden können.¹¹² Nicht ganz so einfach ist es aber, über die Stellung des Königs in der Gesetzgebung zur Klarheit zu kommen.

Montesquieu unterscheidet in der Gesetzgebung die „Faculté de statuer“ als die Befugnis, selbständig anzuordnen oder eigenmächtig das von einem andern Angeordnete zu verbessern, von der „Faculté d'empêcher“ als der Befugnis, den Beschluß eines anderen

ungültig zu machen.¹¹³ Als er den Ausdruck „*Faculté de statuer*“ bildete, scheint ihm eine dunkle Erinnerung an den Unterschied vorgeschwebt zu haben, der in dem englischen Staatsrecht zwischen Statutes und Ordinances bestand, d. h. zwischen den Gesetzen, die auf einer Vereinbarung des Königs mit den Ständen beruhten und die nicht einseitig vom Könige abgeändert werden konnten, und den Verordnungen, für die der König freie Hand hatte, soweit er nicht mit ihnen gegen Statutes verstieß. Aber mehr als dunkel ist seine Erinnerung hieran jedenfalls nicht gewesen, und dem entsprechend unklar bleibt der Sinn, den er mit der „*Faculté de statuer*“ verbindet. Nach der von ihm gegebenen Erklärung bedeutet „*statuer*“ nicht einen Anteil an der Gesetzgebung, sondern entweder ihren ausschließlichen Besitz oder doch wenigstens das Recht, gesetzliche Bestimmungen unabhängig von der Mitwirkung anderer zu erlassen. In diesem Sinne ist es, daß Montesquieu dem Könige die „*Faculté de statuer*“ verweigert, ihn also nicht befugt wissen will, selbständig Gesetze zu geben oder eigenmächtig die Beschlüsse des Parlamentes abzuändern, weil damit das Gesetzgebungsrecht des Parlamentes hinfällig werden und die Freiheit aufhören würde.¹¹⁴ Aber wenige Seiten später hat er seine eigene Begriffsbestimmung schon wieder vergessen und spricht er von einem „*statuer par consentement*“, also von einem Gesetzgeben ohne Mitwirkung eines Andern, das sich im Zusammenwirken mit einem Andern vollzieht, und spricht er weiter von dem Steuerrecht des Parlamentes als von einem „*statuer*“, nachdem er im vorhergehenden Absatz gerade für die Steuern dem Könige ausdrücklich das Recht des „*Consentement*“ beigelegt hat.¹¹⁵

Die „*Faculté de statuer*“ darf aber auch dem Parlamente nicht zustehen, so daß es Gesetze geben könnte, ohne daß die Meinung des Königs in Betracht käme; der König muß vielmehr mit der „*Faculté d'empêcher*“ einen Anteil an der Gesetzgebung besitzen, um imstande zu sein, sich zu verteidigen, denn sonst würde er seiner Vorrechte beraubt werden, da sich das Parlament nach seinem Belieben alle Gewalt beilegen könnte.¹¹⁶ Nach dieser Stelle und der vorhin angeführten Erläuterung Montesquieus hat man die „*Faculté d'empêcher*“ bisher fast stets als Veto gedeutet. Damit läßt sich aber nicht so leicht eine andere Stelle vereinigen, wo Montesquieu das Verhältnis der beiden Kammern zueinander dahin kennzeichnet,

daß sie einander durch ihre wechselseitige „Faculté d'empêcher“ ebenso fesselten, wie sie beide wieder durch die vollziehende Gewalt gefesselt würden.¹¹⁷ Hier gebraucht er also den Ausdruck „Faculté d'empêcher“, um die Tatsache festzustellen, daß zu einem Gesetz die Zustimmung beider Kammern erforderlich sei und daß infolge dessen jede von beiden die Macht habe, einen ihr nicht genehmen Gesetzesvorschlag der anderen zu Falle zu bringen, indem sie ihre Zustimmung verweigere. Die Folgerung ist nicht so einfach abzuweisen, daß auch die „Faculté d'empêcher“ des Königs mehr umfaßt als nur das Veto, daß vielmehr der König mit einem „empêcher“ nur die eine Seite eines Rechtes geltend macht, dessen andere Seite ein „zustimmen“ ist.¹¹⁸ Dahin weist auch Montesquieu, indem er das „Droit d'approuver“ als einen Ausfluß der „Faculté d'empêcher“ bezeichnet und die „Approbation“ eine Erklärung nennt, von der „Faculté d'empêcher“ nicht Gebrauch machen zu wollen. Für die Steuern, „den wichtigsten Punkt der Gesetzgebung“, überweist er dem Könige jedenfalls nicht nur ein Veto, sondern ganz ausdrücklich ein Recht der Zustimmung.¹¹⁹

Selbst wenn man nun aber die „Faculté d'empêcher“ des Königs einfach als Veto erklären wollte, so ist doch Dreierlei sicher: erstens, daß Montesquieu entsprechend dem, daß er den Zweck des Oberhauses nur darin sieht, die Privilegien des Adels zu schützen, so das Veto des Königs ausschließlich damit begründet, daß nur mit einem solchen die Stellung der Krone gesichert werde; er sagt kein Wort davon, daß durch das Veto der König in den Stand gesetzt werden solle, als Unparteiischer über den Parteiinteressen die Gesichtspunkte des allgemeinen Wohls zu wahren;¹²⁰ zweitens, daß er gemeint ist, der vollziehenden Gewalt, ganz abgesehen von dem Rechte der Zustimmung, auch schon mit dem Veto einen Anteil an der Gesetzgebung zu überweisen, daß er also in diesem Punkte die beiden Gewalten nicht trennt; drittens, daß er auch hier, wie die Kritik schon bemerkt hat, das Bild der englischen Zustände verzeichnet und die Stellung des Königs in der Gesetzgebung überschätzt, da ja der König längst nicht mehr in der Lage war, den Beschlüssen des Parlamentes seine Zustimmung zu verweigern, obgleich er allerdings in der Theorie noch das Recht dazu besaß.¹²¹

An den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers teilzunehmen oder gar selber Gesetzesvorschläge zu machen, soll dem Könige nicht zustehen. Merkwürdig ist hier der Grund, aus dem ihm von Montesquieu die Initiative verweigert wird: sie sei für ihn überflüssig, weil er ja schon durch die „Faculté d'empêcher“ in den Stand gesetzt sei, ihm mißliebige Gesetze zu verhindern.¹²² Es bedarf keines Nachweises, wie wenig hier die Bedeutung der Initiative erkannt ist, weil sie ebenso wie die „Faculté d'empêcher“ nur als Waffe gegen das Parlament und nicht unter dem Gesichtswinkel des allgemeinen Wohles betrachtet wird.

In anderer Weise räumt Montesquieu dann aber weiter der vollziehenden Gewalt wenigstens noch einen mittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung ein. Er führt aus: eine Permanenz des gesetzgebenden Körpers sei aus verschiedenen Gründen unangebracht, u. a. darum, weil sich der König durch sie bedroht fühlen müßte und von seiner eigentlichen Aufgabe, der Vollziehung abgelenkt werden würde. Wenn also der gesetzgebende Körper nur in Zwischenräumen tagen dürfe, so dürfe es ihm aber doch nicht überlassen sein, selber über seinen Zusammentritt und die Dauer seiner Tagungen zu bestimmen; wenn er sich selber versammeln dürfe und er täte das dann nicht einstimmig, so würde man nicht wissen, welcher Teil von ihm in Wahrheit der gesetzgebende Körper sei, ob der, der versammelt wäre, oder, der es nicht wäre; ein Recht, sich selber zu vertagen, könnte dazu führen, daß er sich nie vertage, was dann also praktisch auf die Permanenz, die für die vollziehende Gewalt bedrohlich sei, hinauslaufen würde. Ueber dies gäbe es Zeiten, die passender für die Versammlung seien, als andere. Darum müsse es also in den Händen der vollziehenden Gewalt liegen, gemäß den ihr bekannten Umständen seinen Zusammentritt und die Dauer seiner Tagungen zu regeln.¹²³

Man darf hieraus doch nicht folgern, daß es Montesquieu nun ganz in die Einsicht und das Belieben des Königs habe stellen wollen, das Parlament zu einer Tagung kommen zu lassen oder nicht. Indem er weiterhin fordert, daß das Parlament die Steuern und die Heeresstärke immer nur auf ein Jahr bewillige, setzt er ganz deutlich regelmäßige jährliche Tagungen voraus. Immerhin gibt er aber doch dem Könige mit dem Vertagungsrecht eine zweite Waffe neben dem Veto, um das Parlament zu hemmen, „wenn es

versuchen wollte, sich an der vollziehenden Gewalt zu vergreifen“.¹²⁴

Umgekehrt darf nun auch die vollziehende Gewalt nicht völlig frei schalten, denn, wie der im Anfange aufgestellte allgemeine Grundsatz lautet, die Freiheit ist nur dann gesichert, wenn sich die Gewalten gegenseitig hemmen. Damit scheint es im Widerspruche zu stehen, daß es im Abs. 43 heißt: es sei nicht notwendig, daß die gesetzgebende Gewalt ihrerseits die Möglichkeit habe, die vollziehende zu hemmen. Es ist das aber nur ein Widerspruch im Ausdrucke, nicht im Sinne; das zweite Mal ist das Wort Hemmen in einem engeren Sinne zu verstehen als das erste Mal.

Eine Hemmung im engeren Sinne wäre natürlich ein Veto, mit dem der gesetzgebende Körper der vollziehenden Gewalt eine Maßnahme geradezu untersagen könnte. Es versteht sich von selber, daß Montesquieu davon nichts wissen will.¹²⁵ Aber der gesetzgebende Körper könnte auch noch in anderer Weise die vollziehende Gewalt unmittelbar hemmen. Seine Aufgabe wird dahin bestimmt, nicht irgend eine „Résolution active“ zu fassen, eine Sache, die er nicht gut verrichten würde, sondern Gesetze zu geben oder deren Vollziehung zu überwachen, eine Sache, die er sehr gut verrichten könne und die sogar niemand anders als er verrichten könne.¹²⁶ Was unter einer „Résolution active“ zu verstehen ist, ist nicht gesagt und nicht ohne weiteres deutlich.¹²⁷ Zur Erklärung können zwei andere Stellen dienen, zunächst der vorhergehende Absatz, wo sich ebenfalls der Ausdruck Aktiv-Resolution findet und es heißt: „Es gab einen großen Fehler in den alten Republiken, nämlich den, daß das Volk dort das Recht hatte, Aktiv-Resolutionen zu fassen, die eine Vollziehung verlangten, eine Sache, zu der es gänzlich unfähig ist. Das Volk darf nur dadurch an der Regierung teilnehmen, daß es seine Vertreter wählt, was sehr im Bereiche seiner Fähigkeiten liegt“,¹²⁸ und dann das zweite Kapitel des zweiten Buches mit der allgemeinen Schilderung der Demokratie, wo von dem Volke gesagt ist, es sei sehr wohl geeignet, seine Generale, Richter und Verwaltungsbeamte zu wählen, aber nicht imstande, selber eine Angelegenheit zu leiten, Ort, Gelegenheit und Zeit zu kennen und aus ihnen Nutzen zu ziehen; hinreichend befähigt, sich über die Leitung der öffentlichen Dinge Rechenschaft geben zu lassen, aber nicht dazu gemacht, selber diese Leitung zu

übernehmen.¹²⁹ Nach dem Unterschiede, der hier zwischen den Fähigkeiten des Volkes gemacht wird, darf man nun auch das Urteil über die Aufgabe und die Fähigkeiten des Parlamentes verstehen und also sagen: „Aktiv-Resolution“ sind Beschlüsse über Einzelfragen der äußeren und inneren Politik, also über Krieg und Frieden und Bündnisse, über die Ernennung und Entlassung von Beamten und alle sonstigen Gegenstände der Verwaltung; mit ihnen würde das Parlament seinen eigenen Wirkungskreis überschreiten und in den der vollziehenden Gewalt eingreifen und diese lahm legen. Auch eine solche Hemmung im engeren Sinne lehnt Montesquieu ab, ebenso wie er für die Gesetzgebung dem Könige die „Faculté de statuer“ abgesprochen hat. Aber wie er dort dem Könige durch die „Faculté d'empêcher“ doch einen Anteil an der Gesetzgebung eingeräumt hat, so gesteht er hier der gesetzgebenden Gewalt die Befugnis zu, eine Hemmung im weiteren Sinne gegen die vollziehende Gewalt auszuüben.

Die vollziehende Gewalt hat im Innern die Aufgabe, die Gesetze zu vollziehen. Darin ist eingeschlossen, daß sie, wenn sie für die innere Sicherheit zu sorgen hat, dabei an die Vorschriften der Gesetze gebunden ist, so daß sie z. B. einen Kapitalverbrecher nur gefangen setzen darf unter der Bedingung, ihn ungesäumt vor den Richter zu stellen. So darf sie auch Leute, die einer Verschwörung gegen den Staat oder eines Einverständnisses mit dem Auslande verdächtig sind, nur verhaften auf Grund einer besonderen Erlaubnis des gesetzgebenden Körpers, durch die für diesen Fall das allgemeine Gesetz über die persönliche Freiheit aufgehoben wird.¹³⁰ Damit sie nun ihre Aufgabe erfüllt und ihre Pflicht nicht verletzt, ist es notwendig, daß sie in ihrem Tun von dem gesetzgebenden Körper beaufsichtigt und gegebenen Falles zu ihrer Pflicht zurückgeführt wird. Für ein solches Hemmen stehen der gesetzgebenden Gewalt zwei Handhaben zur Verfügung: die Ministerverantwortlichkeit und die jährliche Bewilligung der Steuern und der Heeresstärke.

Das Aufsichtsrecht des Parlamentes über die vollziehende Gewalt reicht nicht an die Person des Monarchen selber heran: „Seine Person muß geheiligt sein, denn sie ist für den Staat unentbehrlich, damit der gesetzgebende Körper in ihm nicht tyrannisch wird. Von dem Augenblicke an, wo der Monarch angeklagt oder verurteilt würde, gäbe es keine Freiheit mehr; die Monarchie hätte aufgehört

zu bestehen, und an ihre Stelle wäre eine unfreie Republik getreten. Aber da der Monarch für seine Regierung auf die Unterstützung seiner Räte angewiesen ist und nichts Böses tun kann, wenn sie nicht als Minister voller Bosheit die Gesetze hassen, deren Schutz sie als Menschen genießen, können sie zur Verantwortung gezogen und bestraft werden“,¹³¹ und zwar ist es das Unterhaus, dem in einem solchen Falle die Anklage zusteht, während das Oberhaus als Gerichtshof das Urteil zu sprechen hat.¹³² Es ist das der andere der drei Fälle, wo die richterliche Gewalt mit der gesetzgebenden verbunden ist.¹³³

Die Verantwortlichkeit der Minister ist hier also als eine rein juristische für offenen Rechtsbruch bestimmt, wie für Verletzungen der Verfassung und der Gesetze, willkürliche Eingriffe in das Eigentum und die Freiheit der Bürger, ungetreue Verwaltung der Staatsgelder.¹³⁴ Da Montesquieu die persönliche Unverantwortlichkeit des Monarchen für ausreichend erklärt, um eine Tyrannei des gesetzgebenden Körpers, d. h. die Vereinigung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt in dessen Händen zu verhindern, ist er offenbar davon überzeugt, daß die juristische Verantwortlichkeit der Minister sogar in der von ihm angegebenen Form der Regierung für die Richtung ihrer Politik völlig freie Hand lasse. Rein theoretisch betrachtet trifft das natürlich zu, aber in der Praxis stellt sich die Sache doch ganz anders.

Ein Ministerprozeß, der durch die Anklage des Unterhauses eingeleitet und durch das Urteil des Oberhauses beendet wird, in dem also zwei politische Körperschaften den Ausschlag geben, wird sicher nicht nach den Regeln des Strafgesetzbuches entschieden werden; es ist gar nicht anders möglich, als daß er durch politische Gesichtspunkte beherrscht wird und sich zu einem Kampfe um die Macht gestaltet, wie viele juristische Vorwände das auch zu verhüllen suchen. Gegen Strafford ließ sich die Anklage auf Hochverrat ebenso wenig begründen, wie die Anklage auf Unterschleif gegen Calonne: beide Male galt es nur, den politischen Gegner zu treffen und unschädlich zu machen, und nicht anders ist es in den Fällen von Clarendon, Danby und Bolingbroke gewesen. Bezeichnend ist, daß derartige Ministeranklagen in England aufgehört haben, seitdem die Minister ihre Politik in Einklang mit der Mehrheit des Parlamentes hielten.¹³⁵

So liegt es also in der Natur der Sache, daß auch durch die juristische Verantwortlichkeit der Minister eine Abhängigkeit der Minister vom Parlament begründet wird. Daß Montesquieu das verkannt hat, beweist, wie sehr er bei einer rein äußerlichen Betrachtung stehen geblieben ist, die nicht durch die Formen bis zum Wesen der Dinge durchdringt, beweist ferner, wie wenig er die englische Geschichte auch nur ganz oberflächlich gekannt hat.

Neben der Ministerverantwortlichkeit räumt er dann aber dem Parlament mit dem Recht, die Steuern immer nur auf ein Jahr zu bewilligen, d. h. sie gegebenen Falles auch zu verweigern, noch eine zweite Waffe ein, als deren Zweck er ausdrücklich angibt, die vollziehende Gewalt in Abhängigkeit zu halten: „Wenn die gesetzgebende Gewalt nicht von Jahr zu Jahr, sondern für immer über die Erhebung der öffentlichen Gelder bestimmt, läuft sie Gefahr, ihre Freiheit zu verlieren, weil dann die vollziehende Gewalt nicht mehr von ihr abhängen wird, und wenn man ein solches Recht für immer hat, ist es ziemlich gleichgültig, ob man es aus eigenem Recht oder durch Uebertragung besitzt.“¹³⁸

Hiermit ist ganz richtig die Frage hervorgehoben, deren Beantwortung über das Gleichgewicht der Gewalten entscheidet. Indem Montesquieu dem Parlament das Steuerverweigerungsrecht zuspricht, gibt er ihm eine Waffe, der das Veto und das Vertragungsrecht nicht gleichwertig sind, mit der es vielmehr die Vollziehung seiner Beschlüsse durchsetzen und jeden Widerstand von Seiten der Krone brechen kann. So billigt er also hier im Interesse der Freiheit das parlamentarische Regiment, das er vorher im Interesse der Freiheit verworfen hat. Dort hatte er nichts davon wissen wollen, daß ein Ausschuß des Parlamentes die Regierung führe, weil dann gesetzgebende und vollziehende Gewalt vereinigt wären; hier opfert er dem Zwecke, die Krone zu hemmen, die Trennung der Gewalten und macht er die Krone vom Parlament abhängig, so daß die Gewalten, wenn auch nicht der Form, so doch der Sache nach vereinigt sind. Wie er mit Unklarheiten und Widersprüchen begann, als er den Begriff der Freiheit zu bestimmen versuchte, so schließt er sich gleichbleibend die Beschreibung der englischen Verfassung auch mit einer Unklarheit und einem Widerspruche ab.

Aus dem ganzen Inhalte des Kapitels ergibt sich nun aber doch, wie die in seinem Anfange in den Absätzen 4—6 aufgestellte allge-

meine Forderung, daß die Gewalten nicht vereinigt werden dürften, zu deuten ist: sie geht nur darauf hinaus, daß die Gewalten nicht in ihrer ganzen Ausdehnung in der Hand eines und desselben Trägers vereinigt sein dürfen; eine teilweise Vereinigung soll durch sie keineswegs als unstatthaft bezeichnet werden.

(Trennung oder Verteilung der Gewalten?) Zu der Auffassung, die bisher in der Wissenschaft über die Lehre Montesquieus geherrscht hat, steht das in Widerspruch; durchweg, von einer Ausnahme abgesehen, wird Montesquieu zurzeit als derjenige hingestellt, der die Trennung der Gewalten vertreten und gefordert habe, daß die drei Gewalten auch durch drei verschiedene Organe verwaltet würden, daß niemals dasselbe Organ auch verschiedene Funktionen ausübe. Es ist das Verdienst von Rehm, in diese herkömmliche Anschauung Bresche gelegt zu haben, indem er den Nachweis versuchte, daß die Trennung der Gewalten bei Montesquieu keineswegs eine absolute, sondern nur eine relative, d. h. Séparation und Jonction zugleich sei, wie denn auch Montesquieu selber seine Lehre nicht Séparation, sondern Distribution des Pouvoirs nenne. Gegen ihn aber hat sich sogleich als Gegner Jellinek erhoben, um solcher umstürzlerischen Behauptung mit allem Nachdruck, ja mit Heftigkeit entgegenzutreten.¹³⁷ Es dürfte angebracht sein, eine kritische Uebersicht über die von beiden vorgebrachten Gründe zu geben, zumal dadurch die ganze Frage nach der Lehre Montesquieus noch weiter gefördert werden wird.¹³⁸

Es handelt sich zunächst um die Beurteilung des Vetos. Rehm und Jellinek stimmen darin überein, daß das Veto nicht ein positiver Gesetzgebungsakt, sondern Vernichtung eines solchen sei und daß darum Montesquieu vom rechtlichen Standpunkte aus der vollziehenden Gewalt mit dem Veto keinen Anteil an der Gesetzgebung gewähre, aber dann gehen sie auseinander, indem Rehm betont, daß politisch angesehen nach Montesquieus Lehre die vollziehende Gewalt in dem Veto doch einen Anteil an der Gesetzgebung habe, während Jellinek das mit der Bemerkung zurückweist, daß dieser scharfe Gegensatz von Recht und Politik für Montesquieu noch unbekannt gewesen sei und daß Rehm den methodischen Fehler begehe, einen politischen Schriftsteller mit dem Maße späterer Zeiten zu messen, indem er diesen Gegensatz als für Montesquieu bekannt voraussetze.

Ich sehe hier davon ab, daß beide nicht beachtet haben, daß Montesquieu für die Steuergesetzgebung der vollziehenden Gewalt ausdrücklich das Recht des Consentement beilegt, wodurch der Streit über das Veto überflüssig wird. Ich gehe auch nicht nochmals darauf ein, ob die „Faculté d'empêcher“ des Königs wirklich mit Veto übersetzt werden muß, was, wie ich nachgewiesen zu haben hoffe, keineswegs so sicher ist. Ich will vielmehr einmal zugeben, daß die „Faculté d'empêcher“ das Veto bedeute und daß es sich nur um dieses handle.

Als Nicht-Jurist wage ich natürlich nicht, auf die Frage einzugehen, ob vom rechtlichen Standpunkte aus das Veto nicht als ein Anteil an der Gesetzgebung bezeichnet werden darf; ich mache nur darauf aufmerksam, daß mir die Rechtswissenschaft in der Antwort auf diese Frage doch nicht einig zu sein scheint; wenigstens spricht Redslob da, wo er die Beratungen der französischen Nationalversammlung über das Veto behandelt, von diesem stets als einem Anteil an der Gesetzgebung, und rechnet Hasbach den König auf Grund von dessen Veto zu den gesetzgebenden Faktoren.¹³⁹ Politisch angesehen ist das Veto jedenfalls ein Anteil an der Gesetzgebung, insofern ein Beschluß des Parlaments nur Rechtskraft gewinnt, wenn die vollziehende Gewalt mit ihm einverstanden ist; mit gutem Grunde hat Treitschke gesagt: „Die Anschauung über die Bedeutung dieser königlichen Zustimmung ist ganz verwirrt worden durch eine radikale Theorie, indem man das positive Recht der Genehmigung mit dem löblichen Worte Veto bezeichnete. Ein Veto besitzt der, der in einer Sache, wo er selbst nicht zu entscheiden hat, in Wahrung seiner eigenen oder ihm obliegender fremder Interessen ein Nein aussprechen kann. Das ist der Fall, wenn eine Staatsgewalt bestimmt, daß die Erlasse des Papstes einem königlichen Verbotungsrecht unterliegen. Hier sollte man von einem Veto sprechen. Die Staatsgewalt sagt: an sich gehen diese Dinge mich nichts an; im vorliegenden Fall aber wird der Erlaß meinem Staate Gefahr bringen, darum greife ich ein. Wie wunderlich hat hier aber der Sprachgebrauch gespielt; er hat die Begriffe auf den Kopf gestellt und spricht von einem Veto beim König, der ein positives Recht der Zustimmung hat, ein Placet, ohne das ein Gesetz gar nicht zu Stande kommen kann.“¹⁴⁰

Um aber zu beurteilen, wie Montesquieu das Veto aufgefaßt hat, kommt es selbstverständlich nicht darauf an, wie heute die Wissenschaft das Veto auffaßt, sondern wie sie es zu seiner Zeit getan hat. Da hat nun zunächst Blackstone nicht nur etwa darauf hingewiesen, daß in England der König einen Zweig der gesetzgebenden Gewalt bilde, sondern er hat auch ganz unzweideutig das Veto überhaupt als einen Anteil an der Gesetzgebung hingestellt.¹⁴¹ Noch wichtiger ist es, wie sich 1789 die Redner der Constituante geäußert haben, als es sich darum handelte, ob dem Könige das Veto zu geben sei oder nicht: sie gebrauchen alle die Worte „Sanction“ und „Veto“ als gleichbedeutend,¹⁴² so daß sie sogar von einer absoluten oder suspensiven Sanktion sprechen,¹⁴³ und stimmen alle, Anhänger wie Gegner des Vetos, darin überein, daß das Veto eine Anteilnahme an der Gesetzgebung darstelle und die vollständige Trennung der Gewalten durchbreche. So hat z. B. Mounier als Berichterstatter des Verfassungsausschusses das absolute Veto verteidigt, indem er zu begründen versuchte, daß für jedes Gesetz die königliche Sanktion erforderlich sei, und hat er in seiner Rede, die ganz von der Lehre Montesquiens durchtränkt ist, die Worte gebraucht: „Man muß also auf das Sorgfältigste prüfen, mit welchen Mitteln die vollziehende Gewalt gegen Unternehmungen der gesetzgebenden Gewalt gesichert werden kann. Das natürlichste Mittel ist das, den König zu einem wesentlichen Teil des gesetzgebenden Körpers zu machen und vorzuschreiben, daß ein Beschluß der Volksvertreter erst dann Gesetz wird, wenn er die königliche Sanktion erhalten hat. Damit die verschiedenen Gewalten für immer geteilt bleiben, brauchen sie doch nicht vollständig getrennt werden. . . Damit die Autorität des Königs unverehrt bleibt, darf es also kein Gesetz ohne seine Sanktion geben; man kann nicht sagen, daß damit die Gewalten in derselben Hand vereinigt würden, denn der König wäre nicht zugleich mit der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt bekleidet. Diese Gewalten wären immer unterschieden und geteilt, weil er nicht die Befugnis hätte, Gesetze zu machen. Er hätte einen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt nur, um die Teilung der Gewalten für immer aufrecht zu erhalten, seine Vorrechte zu verteidigen und eben damit die Freiheit des Volkes zu schützen.“¹⁴⁴ Insofern ist also kein Grund vorhanden, warum nicht auch Montesquieu, zumal wenn ihm

der Unterschied zwischen Recht und Politik noch unbekannt gewesen wäre, in dem Veto einen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt gesehen hätte. Indem Jellinek das bestreitet, tut er selber das, was er Rehm vorwirft, und mißt er mit dem Maße späterer Zeiten.

Nicht weniger als viermal gebraucht Montesquieu den Ausdruck, daß die vollziehende Gewalt mit der „Faculté d'empêcher“ einen Anteil an der Gesetzgebung habe, („prendre part“).¹⁴⁵ Es ist höchst merkwürdig, wie Jellinek dieses ihm unbequeme viermalige „prendre part“, das ihm schon von Rehm entgegengehalten ist, zu beseitigen versucht. Er erklärt, wenn „prendre part“ als Anteil haben verstanden werden müßte, würde sich Montesquieu selber von Grund aus widersprechen, da er ja im Anfange des 6. Kapitels in den (schon mehrfach angeführten) Absätzen 4—5 mit voller unangreifbarer Klarheit den Grundsatz aufgestellt habe: „keine Réunion“, „keine Jonction“, sondern „Séparation“! Indem Rehm das „prendre part“ mit „Anteil haben“ übersetze, begehe er den zweiten methodischen Fehler, nämlich den, Montesquieu nach Juristenart einer Wortinterpretation zu unterziehen: „Dieser von aller Pedanterie entfernte Schriftsteller hat sein Werk nicht nach der Art eines Gesetzbuches geschrieben, in welchem mit jedem Wort ein fester Sinn verbunden sein soll. Er wendet sich nicht als Jurist an Juristen, sondern gebraucht die Sprache mit der vollen Freiheit des Weltmannes. Daher muß man bei ihm unter der Hülle des Buchstabens den Geist suchen. Rehm aber schwört auf den Buchstaben. Wenn Montesquieu von der Executive in ihrem Verhältnis zur Legislative den Ausdruck „prendre part“ gebraucht, so kann er damit nicht meinen, daß jener ein Stück von dieser zu- komme, sonst würde er sich selbst von Grund aus widersprechen. Das „prendre part“ bedeutet keinen reellen Anteil, es ist negativ, nicht positiv zu nehmen.“

Man wird kaum anders urteilen können, als daß der hier vertretene methodische Standpunkt ein höchst seltsamer ist: Schwanken und Undeutlichkeit im Ausdruck als eine rühmliche Freiheit von Pedanterie zu preisen und als das gute Recht für einen Schriftsteller zu beanspruchen, der sich an weitere Kreise wendet. Mich dünkt ein populär-wissenschaftliches Werk wird sich gerade im Gegenteil größter Genauigkeit im Ausdrucke befleißigen müssen,

weil es bei seinen Laien-Lesern leichter Mißverständnissen ausgesetzt ist als bei Fachgenossen; und einen Schriftsteller anders erklären wollen, als indem man sich an dessen Worte hält, muß zur Willkür führen. So läuft denn auch die Methode Jellineks in der Sache auf nichts anderes hinaus, als das, was er unbewiesenermaßen als die Ansicht Montesquieus voraussetzt, auf Biegen oder Brechen in dessen Worte hineinzulegen. Wenn man in seinem Sinne unter der Hülle des Buchstabens den Geist sucht, kann man das „prendre part“ nur mit „nicht Anteil haben“ übersetzen. Mit zäher Beharrlichkeit hätte der sonst von aller Pedanterie freie Montesquieu, der „vollendete Meister der Form und der Sprache“, wie er ihn nennt, viermal den Ausdruck gewählt, um das Gegenteil zu besagen.

Ebenso wenig stichhaltig ist es, zu behaupten, daß Montesquieu das „prendre part“ darum nicht als „Anteil haben“ verstanden haben könne, weil er sich dann selber von Grund aus widersprechen würde. Wer den Geist der Gesetze auch nur ganz oberflächlich gelesen hat, wird nicht behaupten können, daß ein Widerspruch in ihm eine Unmöglichkeit sei; und eine solche Unmöglichkeit als Beweis verwerten zu wollen, ist danach ein ziemlich starkes Stück. Indessen liegt hier in Wirklichkeit gar kein Widerspruch vor, sondern dieser Widerspruch ist erst von Jellinek selber geschaffen. Jene beiden in Betracht kommenden Absätze sind nicht, wie er meint, von voller unangreifbarer Klarheit, sondern, wie wir gesehen haben, im Gegenteil einer doppelten Deutung fähig. Nicht sie müssen also zur Erklärung anderer ganz klarer Aeußerungen verwandt, sondern umgekehrt durch diese erklärt werden. Sobald man sich bei ihnen nicht auf die unbegründete Deutung der unbedingten Séparation versteift, ist das „prendre part“ als „Anteil haben“ durchaus mit ihnen in Uebereinstimmung. Aus dem ganzen 6. Kapitel aber hoffe ich gezeigt zu haben, daß jene beiden Absätze dahin verstanden werden müssen, daß sich Montesquieu mit ihnen nur gegen eine völlige, nicht aber gegen eine teilweise Vereinigung der Gewalten ausspricht.

So darf man denn also aus jenen beiden Absätzen auch nicht den Schluß ziehen, daß Montesquieu in der englischen Verfassung unmöglich der gesetzgebenden Gewalt einen Anteil an der vollziehenden Gewalt habe einräumen können. Ob das Aufsichtsrecht

des Parlamentes eine solche Teilnahme bedeute, ist der zweite Streitpunkt zwischen Rehm und Jellinek. Der methodische Standpunkt beider bleibt natürlich der gleiche und braucht nicht nochmals erörtert zu werden. Wieder sind sich beide darin einig, daß die Aufsicht vom rechtlichen Standpunkte aus keine Anteilnahme sei, aber während Rehm findet, daß sie politisch gesehen doch eine Hinderungsbefugnis und darum auch eine Anteilnahme darstelle, und auf die allgemeine Forderung Montesquieus hinweist, daß Gewalt durch Gewalt gehemmt werden müsse, beruft sich Jellinek auf Montesquieus besondere Forderung, daß die gesetzgebende Gewalt die vollziehende nicht hemmen dürfe, und erklärt, jenes von Rehm angezogene „arrêter“ müsse in einem weiteren Sinne gefaßt werden. Leider läßt er sich nicht darüber aus, was denn nun seiner eigenen Ansicht nach „arrêter“ im weiteren und was es im engeren Sinne bedeute; auf den ferneren Hinweis Rehms, daß Montesquieu die vollziehende Gewalt auch noch als durch die gesetzgebende gefesselt („lié“) bezeichne, geht er überhaupt nicht ein. Beide haben dabei die andere Stelle übersehen, wo Montesquieu dem Parlament das Steuerverweigerungsrecht zuspricht, weil es die vollziehende Gewalt in Abhängigkeit halten müsse. Da Jellinek selber erklärt, daß die vollziehende Gewalt von der gesetzgebenden nur dann völlig getrennt sei, wenn sie von ihr unabhängig sei, gibt also diese Stelle gegen ihn den Ausschlag, außer wenn man in ihr nicht wieder unter der Hülle des Buchstabens den Geist suchen und „dépendre“ mit unabhängig sein übersetzen muß.

Rehm und Jellinek haben bei ihrer Auseinandersetzung merkwürdiger Weise nur das Verhältnis von vollziehender und gesetzgebender Gewalt berücksichtigt und die richterliche Gewalt ganz außer Acht gelassen, obwohl die Bemerkungen Montesquieus über diese ebenfalls von Bedeutung sind. Wie erwähnt soll nach seiner Ansicht das Oberhaus der Gerichtshof für die Adligen sein, als Berufungsgericht walten und auf Anklage des Unterhauses über Staatsverbrechen urteilen. Er bezeichnet diese drei Fälle als die Ausnahmen, wo entgegen der allgemeinen Regel die richterliche Gewalt mit der gesetzgebenden verbunden sein müsse, und besteht also auch hier nicht auf der Trennung der Gewalten;¹⁴⁶ er müßte sonst wieder als Weltmann frei von Pedanterie gesprochen und mit

der für diese Fälle notwendigen Vereinigung ihre notwendige Trennung gemeint haben.

Jellinek spricht gegen Rehm die Befürchtung aus, daß nun bald noch ein anderer kommen werde, um zu beweisen, daß Montesquieu gerade das Gegenteil von dem behaupte, was bisher unter seinem Namen eine so große Rolle in der Staatslehre und Politik gespielt habe.¹⁴⁴ Das Vorstehende wird hoffentlich gezeigt haben, daß die herkömmliche Auffassung von der Lehre Montesquieus irrig gewesen ist: nicht von einer Trennung von vollziehender, gesetzgebender und richterlicher Gewalt ist bei ihm die Rede in dem Sinne, daß für jede von ihnen ein besonderer Träger gefordert werde, sondern nur von einer Verteilung, nach der König, Adel und Volk mehrfach Anteil an der einen und der anderen Gewalt haben.¹⁴⁷

Aber auch die Benennung der Montesquieuschen Lehre als der Verteilung der Gewalten ist nicht völlig zutreffend und wäre besser durch die andere der gegenseitigen Hemmung der Gewalten zu ersetzen. Man hat die Gewaltentrennung als den primären, die Gewaltenhemmung als den sekundären Grundsatz bezeichnet.¹⁴⁸ Indessen Montesquieu betrachtet als die erste Bedingung der Freiheit die Gewaltenhemmung, findet dann weiter, daß sich die Gewalten nicht hemmen könnten, wenn sie ganz miteinander vereinigt oder ganz voneinander getrennt seien, und kommt darum zu dem Schlusse, daß sie verteilt, d. h. in einigen Punkten getrennt und in anderen vereinigt werden müßten. So ist also die Verteilung für ihn das Mittel zum Zwecke der Hemmung. Das darf nicht darum übersehen werden, weil ihrerseits wieder die Hemmung dem Zwecke dient, zu verhindern, daß sich der Träger der einen Gewalt auch der anderen bemächtige, und weil in dem sechsten Kapitel der Frage der Verteilung äußerlich der Hauptplatz eingeräumt ist. Wo Montesquieu den Zusammenhang zwischen Freiheit und Verfassung zu erörtern beginnt, erklärt er nicht: die Freiheit sei durch die Verteilung der Gewalten bedingt, sondern vielmehr: Freiheit sei nur dann vorhanden, wenn Gewalt durch Gewalt gehemmt werde,¹⁴⁹ und dementsprechend kennzeichnet er zusammenfassend das Wesen der englischen Verfassung als des Musters der Freiheit nicht dahin, daß in ihr die Gewalten verteilt seien, sondern dahin, daß sie durcheinander gehemmt seien: „Das ist also in der Regierung, von der wir sprechen, das Grundlegende der Verfassung: die beiden Teile, aus

denen dort der gesetzgebende Körper besteht, werden einander durch ihre wechselseitige Hinderungsbefugnis fesseln; alle beide werden wiederum durch die vollziehende Gewalt in Schranken gehalten, die ihrerseits wieder durch die gesetzgebende Gewalt in Schranken gehalten wird.¹⁵⁰ Die Sorge, daß daraus ein Stillstand im Staatsleben hervorgehen werde, weist er als unbegründet zurück; die Notwendigkeit, es nicht zu einem solchen Stillstand kommen zu lassen, werde die drei Gewalten, den König ebenso wie die beiden Teile des gesetzgebenden Körpers, schon dahin bringen, ihre Rechte nicht auf die Spitze zu treiben, sondern sich gegenseitig nachzugeben und einträchtig vorwärtszuschreiten.¹⁵¹

(Die politische Freiheit und das Heer.) Nachdem Montesquieu in solcher Weise auseinandergesetzt hat, wie die politische Freiheit auf der Verteilung der Gewalten beruhe, steigen ihm dann aber doch Bedenken auf, ob die von ihm empfohlenen Verfassungsbestimmungen auch wirklich für sich allein ausreichend seien, um die Freiheit unbedingt und gegen jede Gefahr zu sichern, und ob nicht vielmehr die Frage, in wessen Hand die materielle Macht liege, die eigentlich entscheidende sei; und so kommt er dahin, dem Satze, daß der gesetzgebende Körper die Heeresstärke immer nur für ein Jahr bewilligen dürfe, eine Reihe von Ergänzungen hinzuzufügen.

Um zu verhindern, daß das Heer für den König zu einem gefügigen Werkzeuge werde, mit dem er die ihm gezogenen Schranken umstürzen könnte, „muß das Heer Volk sein und denselben Geist wie das Volk haben“. Das zu erreichen gibt es nur zwei Mittel: entweder stellt man Milizen auf und zieht zu ihnen nur die besitzenden Klassen und auf nicht länger als ein Jahr ein, — dann ist damit die Gewähr gegeben, daß die Truppen von militärischem Selbstbewußtsein frei bleiben und sich nicht zu einem Staatsstreiche gebrauchen lassen, — oder man bildet ein stehendes Heer, für das nur die untersten Volksschichten in Betracht kommen können, — dann muß es von der gesetzgebenden Gewalt jederzeit aufgelöst werden können und sind daneben besondere Maßregeln zu treffen, die dem vorbeugen, daß sich militärischer Standesgeist und Kameradschaftsgefühl entwickeln: die Soldaten dürfen also nicht Kasernen und abgesonderte Lager beziehen, sondern müssen in Bürgerquartiere verteilt werden.¹⁵²

Abgesehen davon, daß das Heer durch den gesetzgebenden Körper muß aufgelöst werden können, darf es sonst nicht der gesetzgebenden Gewalt, sondern nur der vollziehenden unterstellt sein, einmal, weil das schon in der Natur der Sache liegt, sodann weil die Regierung militärisch werden würde, wenn das Heer ausschließlich vom gesetzgebenden Körper abhinge, denn der Soldat wird immer einen Senat gering schätzen und sich aus dessen Befehlen weniger machen als aus denen seiner Offiziere.¹⁵³

Unter einer „militärischen Regierung“ versteht Montesquieu offenbar die Tyrannis eines Generals, wie Cromwells, der sich nach dem Sturze des Königtums gestützt auf das ihm ergebene Heer zum Herren des Staates gemacht hatte. So spricht er mit einem Male von den Verhältnissen in einer Republik, wo er sich doch vorgenommen hatte, von der konstitutionellen Monarchie zu handeln,¹⁵⁴ und auch für das Folgende zieht er als seine Beispiele zwei Republiken: die Niederlande und Venedig heran. Nur ganz außerordentliche Umstände, so erklärt er da, werden es verhindern, daß die Regierung militärisch wird, wenn das Heer dem gesetzgebenden Körper unmittelbar unterstellt ist, aber dann werden andere Nachteile eintreten: entweder muß die Regierung, um sich trotz ihrer Schwäche zu behaupten, das Heer schwächen, oder das Heer muß die Regierung zerstören.¹⁵⁵ Inwiefern sich die Zerstörung der Regierung durch das Heer von einer „militärischen Regierung“ unterscheidet, läßt er leider im unklaren.

(Der Ursprung der englischen Verfassung.) Diese Verfassung entstammt nach Montesquieus Urteil der germanischen Urzeit. „Man braucht nur das bewundernswerte Werk von Tacitus über die Sitten der Germanen zu lesen, um zu sehen, daß die Engländer ihnen den Gedanken ihrer politischen Regierung entnommen haben. Dies schöne System ist in den Wäldern gefunden worden.“¹⁵⁶ Es ist nicht klar, für welche Bestandteile der englischen Verfassung Montesquieu die Wurzeln in den germanischen Zuständen gefunden zu haben glaubt: ob für die Gewaltenteilung zwischen König, Adel und Volk, ob für den repräsentativen Gedanken oder für die Schwurgerichte. Daß er in einer Anmerkung die Worte aus Tacitus hinzufügt: „Ueber geringfügigere Angelegenheiten beraten die Fürsten, über die wichtigsten Alle, doch so, daß auch die Dinge, worüber dem Volke die Entscheidung zusteht, bei den Fürsten ver-

handelt werden“, deutet darauf hin, daß er doch nur die Mischung von Aristokratie und Demokratie im Auge gehabt hat, die sich nach seiner Ansicht in der englischen Verfassung fand.¹⁵⁷

Zwei Kapitel weiter führt er dann kurz aus, wie sich der Grundriß der europäischen Monarchien gebildet habe: „Die germanischen Völker, die das römische Reich eroberten, waren bekanntlich sehr frei. Man braucht darüber nur Tacitus „Ueber die Sitten der Germanen“ nachzusehen. Die Eroberer zerstreuten sich im Lande; sie bewohnten das flache Land, aber wenig die Städte. Als sie in Germanien waren, konnte sich das ganze Volk versammeln; als sie sich bei der Eroberung zerstreuten, konnten sie es nicht mehr. Gleichwohl mußte das Volk über seine Angelegenheiten beraten, wie es vor der Eroberung getan hatte; es tat es durch Repräsentanten. Dies ist der Ursprung der gothischen Regierung bei uns. Sie war anfangs eine Mischung von Aristokratie und Monarchie. Sie hatte den Uebelstand, daß das niedere Volk Sklave in ihr war. Sie war eine gute Regierung, weil sie die Fähigkeit in sich trug, besser zu werden. Es kam die Gewohnheit auf, Freibriefe zu bewilligen, und bald befanden sich die bürgerliche Freiheit des Volkes, die Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit und die Macht der Könige in einem solchen Einklang, daß es meiner Meinung nach auf Erden keine so wohl gemäßigte Regierung gegeben hat, wie es diese war, als sie überall in Europa bestand. Und es ist zu bewundern, daß die Entartung der Regierung eines erobernden Volkes die beste Regierungsform geschaffen hat, die von den Menschen hätte ersonnen werden können.“¹⁵⁸

Die Freiheit der alten Deutschen wird hier offenbar darin gesehen, daß das Volk als Ganzes die gesetzgebende Gewalt hatte. Sie verlor ihren Boden dadurch, daß sich die Stämme über größere Gebiete verbreiteten, so daß sich nicht mehr alle Volksgenossen versammeln konnten. Durch den Zwang der Umstände entstand da das Repräsentativsystem, eine Entartung der ursprünglichen Freiheit, aus dem sich dann aber die denkbar beste Regierungsform entwickelt hat: die ständische Monarchie mit ihrer Mischung von Monarchie, Aristokratie und Demokratie. Was Montesquieu in dieser Art ausführt, bestätigt also das, worauf schon sein erster Hinweis auf Tacitus hindeutete: daß er in dem Taciteischen Deutschland nur insofern den Ursprung der englischen Verfassung

gefunden hat, als er schon in ihm den gemischten Staat zu finden meinte. Von einem Gleichgewicht zwischen vollziehender und gesetzgebender Gewalt und von den Schwurgerichten sagt er kein Wort; und ebenso hat es ihm fern gelegen, den repräsentativen Gedanken auf die Urzeit zurückzuführen: er läßt ihn erst nach der Völkerwanderung wie gesagt durch den Zwang der Umstände und aus einer Entartung der ursprünglichen Freiheit entstehen.

Montesquieu handelt in den im Wortlaut wiedergegebenen Sätzen des 8. Kapitels nicht von England im besonderen, sondern von den aus der Völkerwanderung hervorgegangenen Monarchien überhaupt; er spendet da diesen Monarchien ohne Unterschied das Lob, daß sie die denkbar beste Verfassung ausgebildet hätten. Abweichend davon rühmt er vorher die englische Verfassung ausdrücklich wegen ihrer besonderen Form als diejenige, die die Freiheit auf den Gipfel gebracht habe und in dieser Hinsicht nicht erreicht sei noch jemals übertroffen werden könne: schon sogleich im Anfange, als er sie zu beschreiben beginnt, vergleicht er sie, wie erwähnt, einem Spiegel, der das Bild der Freiheit ohne alle Trübung zeige,¹⁵⁹ und am Schlusse seiner Beschreibung wendet er sich gegen Harrington, der den Wald vor Bäumen nicht gesehen, sondern sich in seiner Oceana die überflüssige Mühe gemacht habe, eine bessere Form der Freiheit zu ersinnen als die englische.¹⁶⁰ Es wird noch darauf zurückzukommen sein, wie dieser Widerspruch zu erklären ist.

(Untergang Englands und seiner Verfassung.) Aber auch die vortreffliche Verfassung Englands wird dem Verfall nicht entgehen: „Wie alle menschlichen Dinge ein Ende haben, so wird auch der Staat, von dem wir sprechen, seine Freiheit verlieren; er wird untergehen. Rom, Lacedämon und Karthago sind untergegangen. Er wird untergehen, wenn die gesetzgebende Gewalt mehr entartet sein wird als die vollziehende.“¹⁶¹ Es sind Sätze wuchtiger Prägung und mit dem Anspruche tiefen Sinnes, die aber doch bei näherer Betrachtung von zweifelhaftem Werte erscheinen. Zunächst ist es nicht eben neue Weisheit, daß nichts auf Erden ewigen Bestand habe. Sodann überrascht es, daß für England der Verlust seiner Freiheit mit seinem Untergange überhaupt gleichgeestzt wird, mit einem Schicksal wie es Karthago mit seiner Zerstörung durch die Römer erlitt. Man darf darin doch wohl nur eine rednerische Ueber-

treibung sehen, bestimmt, in besonders wirkungsvoller Weise den Wert der Freiheit hervorzuheben. Und endlich bleibt es dunkel, was denn eigentlich in England die Ursache für den Verlust der Freiheit sein werde. Nach der Art, wie in den ersten Büchern das Wort „corruption“ in dem Aristotelischen Sinne der Entartung gebraucht ist, müßte man den Satz: „lorsque la puissance législative sera plus corrompue que l'exécutrice“ zu übersetzen haben: „wenn die gesetzgebende Gewalt in höherem Grade entarten wird als die vollziehende“, und müßte man weiter nach der Art, wie in dem VIII. Buche die Entartung der Monarchie gekennzeichnet ist, folgern, daß die gesetzgebende Gewalt entarte, wenn sie ihr Aufsichtsrecht über die vollziehende Gewalt dahin erweitere, daß sie die Minister zu ernennen und „résolutions actives“ zu fassen, d. h. selber zu regieren unternehme, wie umgekehrt die vollziehende Gewalt entarte, wenn sie sich die „faculté de statuer“ anmaße. Nun kann sich aber sicherlich die Verfassung nur in der einen oder der anderen Richtung entwickeln, und Montesquieu setzt die Möglichkeit voraus, daß beide Gewalten gleichzeitig, nur die gesetzgebende Gewalt in höherem Grade als die vollziehende, entarteten. Sein Satz würde danach den Sinn haben: „wenn die beiden Gewalten, und zwar die gesetzgebende Gewalt in höherem Grade als die vollziehende, ihre Befugnisse zu steigern unternehmen“. Man wird urteilen müssen, daß es seltsam wäre, einen noch nicht abgeschlossenen Verfassungsstreit als eine Entartung zu bezeichnen, die mit dem Untergange des Staates gleichbedeutend sei. Nicht geringer aber ist die Schwierigkeit, auf die man stößt, wenn man das Wort „corrompre“ entgegen dem sonstigen Sprachgebrauche Montesquieus wie landläufig mit „bestechen“ wiedergäbe und die Worte Montesquieus danach übersetzte: „wenn die gesetzgebende Gewalt in höherem Grade als die vollziehende der Bestechung zugänglich sein wird“. Eine derartige Besorgnis hinsichtlich des Parlamentes würde nicht der Berechtigung entbehren, aber man begreift nicht, worauf sich die Besorgnis stützen könnte, daß die Freiheit auch durch eine Bestechung des Königs gefährdet werden möchte. Kurz, man hat hier eine jener Stellen Montesquieus vor sich, die nach dem Urteil Macaulays in undurchdringlichen Schatten gehüllt sind.

(Die Verteilung der Gewalten in anderen Staaten.) Indem die englische Verfassung die politische Freiheit in vollkommener Weise verkörpert, liefert sie zugleich den Maßstab, den Grad der Freiheit in den übrigen Monarchien zu beurteilen. Die drei Gewalten sind in diesen anders als in England und auf die mannigfachste Art verteilt: je mehr dies in Annäherung an das englische Muster geschehen ist, desto größer ist die Freiheit, die in ihnen besteht.¹⁶² Durch einen geschichtlichen Ueberblick sucht Montesquieu dies zu erläutern.

Die Alten kannten keine Monarchie mit einer Adelskammer und einer Kammer gewählter Volksvertreter. Der repräsentative Gedanke war ihnen in ihren Stadtstaaten überhaupt fremd; es gab keine Abgeordnete der Städte, keine Ständeversammlungen. So kannten sie denn auch nicht die wahre Verteilung der drei Gewalten in der Regierung eines Einzigen und hatten sie keinen richtigen Begriff von der Monarchie.¹⁶³

Im Unterschied von den neuzeitlichen Monarchien, wo der Fürst neben der vollziehenden noch die gesetzgebende oder wenigstens einen Teil der gesetzgebenden Gewalt hat, aber nicht selber Recht spricht, sondern seiner wahren Aufgabe gemäß die Richter bestellt, hatte im heroischen Zeitalter der Griechen der König die vollziehende und die richterliche Gewalt, während das Volk die gesetzgebende Gewalt hatte; er hatte damit auf der einen Seite zu viel und auf der anderen Seite wieder zu wenig Macht: im Besitz der vollziehenden und der richterlichen Gewalt wurde er notwendig ein Gegenstand unerträglichen Schreckens und hatte doch kein Mittel, sich des Volkes zu erwehren, wenn dieses ihn mit der gesetzgebenden Gewalt vernichten wollte. So waren also die Gewalten schlecht verteilt, und die unausbleibliche Folge war, daß sich dieses Königtum nicht zu behaupten vermochte, sondern allorten beseitigt wurde.¹⁶⁴

Die Regierung der römischen Könige ähnelte einigermaßen der Regierung der heroischen griechischen Könige, doch muß man zwischen den ersten fünf Königen, Servius Tullius und Tarquinius Superbus unterscheiden. Die Krone war eine Wahlkrone, und unter den ersten fünf Königen hatte der Senat, d. h. die Patrizier, den größten Anteil an der Wahl. Damals zeigte die Verfassung eine glückliche Mischung von Monarchie, Aristokratie und Demokratie. Der König führte den Befehl über das Heer und hatte die

richterliche Gewalt, beriet aber mit Senat und Volk. Der Senat besaß großen Einfluß. Der König berief oft Senatoren, um mit ihnen zusammen Recht zu sprechen; er brachte nichts an das Volk, was nicht zuvor im Senate beraten worden wäre. Das Volk hatte das Recht, die Beamten zu wählen und neuen Gesetzen zuzustimmen. So war der Einklang der Macht derart, daß es weder Streit noch Eifersucht gab. Servius Tullius änderte die Verfassung: er beseitigte die Befugnisse des Senats, verzichtete auf Teile seiner eigenen Macht und vermehrte die Macht des Volkes. Eine Wahlmonarchie, wie es Rom war, hat aber eine aristokratische Körperschaft als Stütze nötig; sonst verwandelt sie sich alsbald in eine Tyrannei oder in eine Demokratie. Das trat denn auch ein. Tarquinius Superbus gedachte, die Krone erblich zu machen, und wollte nach seinem Gutdünken regieren. Er würde die drei Gewalten in seiner Hand vereinigt haben, aber das Volk besann sich noch rechtzeitig darauf, daß es Gesetzgeber war, und um Tarquinius war es geschehen.¹⁶⁵

Mit dem Sturze des Königtums hörten die Patrizier auf, einen notwendigen Bestandteil der Verfassung zu bilden.¹⁶⁶ Es war also gegeben, daß sie ihrer nun überflüssigen Vorrechte trotz ihres Widerstrebens mehr und mehr von den Plebejern beraubt wurden und daß sich die Verfassung in demokratischer Richtung entwickelte.¹⁶⁷ Da ging die Freiheit plötzlich verloren: die Dezemviren, die beauftragt waren, die Gesetze abzufassen, damit die Rechtsprechung nicht mehr von Laune und Willkür abhinge, vereinigten alle drei Gewalten in ihren Händen und übten eine Tyrannei aus, die noch ebenso grausam war wie die von Tarquinius. Sie wurden aber beseitigt. Senat und Volk gewannen damit ihre Freiheit zurück,¹⁶⁸ zugleich lebte aber auch der Verfassungskampf zwischen ihnen wieder auf, denn die Plebejer gaben sich nicht zufrieden, solange den Patriziern noch irgend welche Vorrechte blieben.¹⁶⁹

Eifersüchtig auf seine Freiheit¹⁷⁰ nahm das Volk die gesetzgebende Gewalt so gut wie ganz für sich in Anspruch, fand aber dabei doch an der Zensur und der Diktatur Schranken.¹⁷¹ Dagegen begriff es, daß für Krieg und Verhandlungen der Senat die Leitung haben müsse: es überließ darum diesem fast ganz die vollziehende Gewalt und behielt sich selber nur das Recht vor, die Beamten zu wählen und die Entscheidungen des Senats und der Feldherren zu

bestätigen; erst als es durch Glück trunken geworden war, vermehrte es seinen eigenen Anteil an der vollziehenden Gewalt.¹⁷² Was die richterliche Gewalt anbetraf, die gut anzuordnen das Meisterstück der Gesetzgebung ist,¹⁷³ so wurde sie von dem Volke, dem Senat, den Beamten und gewissen Richtern gehandhabt; vor allem wichtig war es dabei, daß die Richter aus dem Stande der Senatoren genommen wurden. Durch Tiberius Gracchus wurde das dahin geändert, daß sie aus den Rittern genommen werden mußten, also aus den ungeeignetsten Leuten, die sich den französischen Generalpächtern vergleichen lassen.¹⁷⁴

Abgesehen von den Ausnahmen unter Tarquinius und den Dezemvirn, denen sich als dritte Ausnahme die Verwaltung der Provinzen anschließt, wo ebenfalls die drei Gewalten in einer Hand vereinigt waren,¹⁷⁵ hat also in Rom politische Freiheit bestanden, bis sie durch die Reformen der Gracchen zu Grunde gerichtet wurde: „Da in Rom das Volk den größten Teil der gesetzgebenden, einen Teil der vollziehenden und einen Teil der richterlichen Gewalt besaß, ergab das eine große Gewalt, die mit einer anderen ins Gleichgewicht gesetzt werden mußte. Der Senat hatte den vorzüglichsten Teil der vollziehenden Gewalt und auch einen Teil der gesetzgebenden Gewalt, aber das genügte nicht, um ein Gegengewicht gegen das Volk zu bilden. Es war erforderlich, daß er auch einen Anteil an der richterlichen Gewalt hatte, und er hatte diesen Anteil, solange die Richter unter den Senatoren gewählt wurden. Als die Gracchen aber die Senatoren der richterlichen Gewalt beraubten, konnte der Senat dem Volke nicht mehr widerstehen. Sie gaben also der politischen Freiheit einen nicht zu verwindenden Stoß, um die bürgerliche Freiheit zu fördern, aber diese ging zusammen mit jener zu Grunde.“¹⁷⁶

Diese Uebersicht ist in ihren Einzelheiten nicht immer klar: das Wort Freiheit ist z. B. auch in ihr wieder nicht stets in dem gleichen Sinne gebraucht,¹⁷⁷ und man begreift nicht, wie die Vorrechte der Patrizier als überflüssig für die Republik bezeichnet werden können, wo sie sich doch als unentbehrlich erweisen, um der Macht des Volkes ein Gegengewicht zu bieten. Klar ist aber der Grundgedanke des Ganzen. An dem heroischen Königtum der Griechen wird nicht getadelt, daß es nicht auf die vollziehende Gewalt beschränkt gewesen sei, sondern daß es nicht außer dieser die gesetz-

gebende oder wenigstens einen Teil der gesetzgebenden Gewalt statt der richterlichen besessen habe. Und noch deutlicher ist das zusammenfassende Urteil über die Verfassung der römischen Republik, auf das schon Ranke aufmerksam gemacht hat; es bestätigt unwiderleglich das, was sich schon aus dem 6. Kapitel ergab, daß Montesquieu keineswegs die Trennung der Gewalten fordert, um die Freiheit sicher zu begründen, daß er es vielmehr für völlig statthaft hält, daß sie teilweise in der Hand desselben Trägers vereinigt seien, wenn nur der Zweck erreicht werde, daß sie miteinander im Gleichgewicht ständen und sich gegenseitig hemmen könnten.

Mit seiner Bemerkung über den Mangel an Freiheit in den römischen Provinzen bricht Montesquieu seine Uebersicht plötzlich ab. Er hätte, so sagt er, gerne untersucht, wie in allen gemäßigten Regierungen die Gewalten verteilt seien und sich dementsprechend der Grad der Freiheit darstelle, aber man müsse den Gegenstand nicht immer so erschöpfen, daß man dem Leser nichts zu tun übrig lasse. „Es handelt sich nicht darum, daß man zu lesen, sondern daß man zu denken gibt.“¹⁷⁸ So bleibt die Frage offen, ob er dem Leser die Folgerung zuschieben will, daß die französische Verfassung einen geringeren Grad von Freiheit aufweise und darum schlechter sei als die englische, oder ob er dem Vergleiche der beiden Verfassungen auszuweichen wünscht, weil diese Folgerung doch nicht nach seinem Herzen gewesen ist.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch XI. usw.

1. Vgl. Destutt-Moorstadt I, 221.

2. XI, 2: „... et comme dans une république on n'a pas toujours devant les yeux, et d'une manière si présente, les instruments des maux dont on se plaint, et que même les lois paroissent y parler plus, et les exécuteurs de la loi y parler moins, on la place ordinairement dans les républiques, et on l'a exclue des monarchies. Enfin, comme dans les démocraties le peuple paroît à peu près faire ce qu'il veut, on a mis la liberté dans ces sortes de gouvernements, et on a confondu le pouvoir du peuple avec la liberté du peuple.“ Die Uebersetzung der Worte „on a confondu“ mit „man hat verwechselt“, die an sich eben so zulässig wäre wie die oben gegebene und sogar näher liegend erscheinen könnte, ist hier darum nicht am Platze, weil Montesquieu offensichtlich in diesem Kapitel nur die verschiedenen Anschauungen von Freiheit zusammenstellen will, sein eigenes Urteil aber auf das folgende Kapitel verschiebt. Die Stelle ist übrigens nicht ganz eigenwüchsig, vgl. Montaigne, I, Buch 22 (B. I, S. 205): „Die Völker, die an die Freiheit gewöhnt sind und daran, sich selbst zu beherrschen, halten jede andere Regierungsform für ungeheuer und der Natur zuwider. Solche Völker aber, die an die monarchische Regierung gewöhnt sind, machen's grade ebenso. Und welche günstige Veranlassung ihnen Glück und Umstände an die Hand geben mögen, selbst dann, wenn sie sich mit großen Schwierigkeiten eines Despoten entledigt haben, haben sie nichts Angelegentlicheres am Herzen, als einen andern mit ebenso großen Schwierigkeiten auf den Thron zu pflanzen, weil sie sich nicht entschließen können, die Gewalt des Despotismus zu hassen.“

3. XI, 3: „Il est vrai que dans les démocraties le peuple paroît faire ce qu'il veut; mais la liberté politique ne consiste point à faire ce que l'on veut. Dans un état, c'est-à-dire dans une société où il y a des lois, la liberté ne peut consister qu'à pouvoir faire ce que l'on doit vouloir, et à n'être point contraint de faire ce que l'on ne doit pas vouloir. Il faut se mettre dans l'esprit ce que c'est que l'indépendance, et ce que c'est que la liberté. La liberté est le droit de faire tout ce que les lois permettent; et si un citoyen pouvoit faire ce qu'elles défendent, il n'auroit plus de liberté, parce que les autres auroient tout de même ce pouvoir“; vgl. Locke, Of civil government 57.

4. Wahl, Vorgeschichte I, 131 und 133.

5. Vgl. II, 2.

6. Vgl. oben S. 50.

7. So erklärt auch Solazzi a. a. O. 77.
8. Vgl. VIII, 2.
9. Hasbach, Die moderne Demokratie 17.
10. Treitschke, Politik I, 32; vgl. auch II, 423.
11. Faguet a. a. O. S. 14 f.
12. Faguet a. a. O. 14 f., der dann auch 281 ff. ausführt, daß die Déclaration des droits de l'homme im wesentlichen auf Montesquieu beruhe; ebenso Esmein, Droit constitutionnel 495 Anm. 2. Dagegen urteilt Jellinek (a. a. O. 294), Montesquieu wisse noch nicht von einem Gegensatz antiker und moderner Freiheit, und Solazzi a. a. O. 101 f., der Begriff der bürgerlichen Freiheit als einer Freiheitssphäre des Individuums gegen den Staat sei Montesquieu fremd.
13. XXVI, 15 Abs. 1—2.
- 14. XI, 6 Abs. 42—43: „Si la puissance exécutrice n'a pas le droit d'arrêter les entreprises du Corps législatif, celui-ci sera despotique: car, comme il pourra se donner tout le pouvoir qu'il peut imaginer, il anéantira toutes les autres puissances. Mais il ne faut pas que la puissance législative ait réciproquement la faculté d'arrêter la puissance exécutrice; car l'exécution ayant ses limites par sa nature, il est inutile de la borner; outre que la puissance exécutrice s'exerce toujours sur des choses momentanées.“
15. Vgl. XII, 4 Abs. 2—4, auch Abs. 5—7, ferner XXV, 13: „Très humble remontrance aux inquisiteurs d'Espagne et de Portugal“, dazu die Ausführungen bei Faguet a. a. O. 165—179.
16. XXV, 10 Abs. 1—2: „... ce sera une très-bonne loi civile, lorsque l'état est satisfait de la religion déjà établie, de ne point souffrir l'établissement d'une autre. Voici donc le principe fondamental des lois politiques en fait de religion. Quand on est maître de recevoir dans un état une nouvelle religion, ou de ne la pas recevoir, il ne faut pas l'y établir; quand elle y est établie, il faut la tolérer.“ Die Schwierigkeiten, die Faguet a. a. O. 17 in dieser Stelle findet, lösen sich durch die oben gegebene Erklärung, dagegen bleibt es unklar, welchen Unterschied Montesquieu hier zwischen der Loi civile und den Lois politiques macht. Bemerkenswert ist auch der Rat Montesquieus (XXV, 12 Abs. 3), eine Religion statt mit Strafen, die unwirksam bleiben müßten, dadurch zu bekämpfen, daß man für den Abfall von ihr materielle Vorteile in Aussicht stelle.
17. Faguet a. a. O. 174.
18. Janet a. a. O. II, 366, ähnlich Sorel a. a. O. 89, der aber die Erklärung doch nur unbestimmt und ungenügend findet. Dagegen hat Hasbach a. a. O. 17 den Widerspruch völlig übersehen, und nicht viel anders verhält es sich bei Jellinek a. a. O. 306 und Solazzi a. a. O. 76 f.
19. XI, 4 Abs. 2.
20. XI, 6 Abs. 19.
21. XI, 6 Abs. 44.
22. Vgl. Treitschke, Histor. und polit. Aufsätze III, 432: „er erkannte die vollendete Unsicherheit des öffentlichen Rechts als den Grundschaden seines

heimischen Staates .. Ihm ist die Freiheit lediglich die gesicherte Ausübung des Gesetzes“, ebenso Koch, Absolutismus und Parlamentarismus 177: „wie schon für Voltaire ist für Montesquieu die Rechtssicherheit auch die politische Freiheit“, Solazzi 77. In solcher Weise ist, wie bekannt, die Freiheit bereits von den Griechen und Römern aufgefaßt worden; daß Montesquieu seine Begriffsbestimmung aber gerade aus der Betrachtung des antiken Staates geschöpft habe, wie Jellinek 306 meint, ist doch nicht so gewiß. Um von Massillon (vgl. Koch 5) abzusehen, kommen vor allem Locke und Sidney als seine Quellen in Betracht; s. darüber weiter unten die Abschnitte über diese beiden. Ueber das Fehlerhafte, das aber nicht auf Locke zurückgeht, die Möglichkeit eines tyrannischen Inhaltes des Gesetzes außer Acht zu lassen, vgl. Janet a. a. O. II, 366.

23. XI, 6 Abs. 3: „La liberté politique, dans un citoyen, est cette tranquillité d'esprit qui provient de l'opinion que chacun a de sa sûreté; et pour qu'on ait cette liberté, il faut que le gouvernement soit tel qu'un citoyen ne puisse pas craindre un autre citoyen.“

24. Faguet a. a. O. 15.

25. XII, 1 Abs. 2: „La liberté consiste dans la sûreté, ou dans l'opinion que l'on a de sa sûreté“, XII, 2 Abs. 1: „La liberté politique consiste dans la sûreté ou du moins dans l'opinion que l'on a de sa sûreté“; vgl. auch XI, 6 Abs. 18: „Il faut même que les juges soient de la condition de l'accusé ou ses pairs, pour qu'il ne puisse pas se mettre dans l'esprit qu'il soit tombé entre les mains de gens portés à lui faire violence“.

26. XI, 6 Abs. 22: „Comme dans un état libre tout homme qui est censé avoir une âme libre doit être gouverné par lui-même, il faudroit que le peuple en corps eût la puissance législative; mais comme cela est impossible dans les grands états et est sujet à beaucoup d'inconvénients dans les petits, il faut que le peuple fasse par ses représentants tout ce qu'il ne peut faire par lui-même.“ Im Widerspruch damit ist II, 2 ausgeführt, daß in der Demokratie das Volk alles das selber tun müsse, was es selber gut tun könne, und nur das durch seine Diener tun lassen müsse, was es selber nicht gut tun könne; und daß zu dem Ersten das Gesetzgeben gehöre; von Unzuträglichkeiten, die damit verbunden seien, daß in einem kleinen Staate das Volk unmittelbar die Gesetze mache, ist dort nicht die Rede.

27. XI, 6 Abs. 27.

28. XI, 6 Abs. 7—8: „Dans la plupart des royaumes de l'Europe, le gouvernement est modéré, parce que le prince, qui a les deux premiers pouvoirs, laisse à ses sujets l'exercice du troisième.“

29. Das Gleiche gilt von Abs. 19—20.

30. XI, 6 Abs. 30.

31. XI, 6 Abs. 33: „ses prérogatives (d. i. des adligen Oberhauses), odieuses par elles-mêmes et qui, dans un état libre, doivent toujours être en danger.“

32. Dafür, daß diese Begriffsbestimmung gar nicht zu den sonstigen Anschauungen Montesquiens paßt, legt Redslob (die Staatstheorien der französi-

schen Nationalversammlung von 1789, S. 295) ein unbewußtes Zeugnis ab, indem er aus der Rede von Bergasse die Worte anführt: „die politische Freiheit besteht darin, daß jeder Bürger die Möglichkeit hat, selbst oder durch seine Repräsentanten bei der Bildung des Gesetzes mitzuwirken; die bürgerliche Freiheit ist die Fähigkeit eines jeden Bürgers, alles zu tun, was das Gesetz nicht verbietet“ und daran das Urteil schließt: „Wir sehen, daß von diesen beiden Begriffen der Freiheit der erste von Rousseau, der zweite von Montesquieu übernommen ist“. Er hat es also für so gänzlich ausgeschlossen gehalten, daß sich die „Rousseausche“ Begriffsbestimmung auch bei Montesquieu finden könnte, daß er über den Absatz 22 weggelesen hat. Um es vorauszunehmen: das Auffällige dieses Absatzes erklärt sich dadurch, daß er gedankenlos aus Sidney übernommen ist.

33. Vgl. Destutt-Moorstadt I, 230: „Wenn es der Erleuchtung des großen Mannes, welchen ich kommentiere, irgend woran gebricht, so sind es die Resultate von diesem Präliminar-Studium. In der Tat kann sich jedermann von der Unbestimmtheit der Idee überzeugen, welche er mit dem Worte Freiheit verbindet: ohngeachtet er uns in drei vollen Kapiteln darüber ins Klare zu setzen sucht“; ähnlich Sorel 89, der Montesquieu unbestimmt und ungenügend nennt. Anders Wahl a. a. O. 133, der unter Bezugnahme auf nur eine der Stellen (nämlich Freiheit sei die Herrschaft des Gesetzes) urteilt: „er gibt uns eine genaue Definition des Begriffs politische Freiheit“ und Hasbach, Ist Montesquieu ein Anhänger der Lehre von der Volkssouveränität? (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, NF. 2, Jahrgang 1911, S. 18), der von dem Kap. 3 meint, daß Montesquieu darin den Begriff der Freiheit in klarer Weise entwickelt habe.

34. XI, 4 Abs. 1—2: „La démocratie et l'aristocratie ne sont point des états libres par leur nature. La liberté politique ne se trouve que dans les gouvernements modérés. Mais elle n'est pas toujours dans les états modérés: elle n'y est que lorsqu'on n'abuse pas du pouvoir; mais c'est une expérience éternelle, que tout homme qui a du pouvoir est porté à en abuser; il va jusqu'à ce qu'il trouve des limites. Qui le dirait! la vertu même a besoin de limites. Pour qu'on ne puisse abuser du pouvoir, il faut que, par la disposition des choses, le pouvoir arrête le pouvoir. Une constitution peut être telle que personne ne sera contraint de faire les choses auxquelles la loi ne l'oblige pas, et à ne point faire celles que la loi lui permet.“ Der Gedanke, daß wer Macht habe, geneigt sei, sie zu mißbrauchen, findet sich schon bei Sidney, vgl. darüber weiter unten den Abschnitt über diesen; der Gedanke, daß selbst die Tugend der Schranken bedürfe, in etwas anderer Form schon bei Montaigne, Kap. 29 „Von der Mäßigung“.

35. Treitschke, Politik II, 2; vgl. auch Wahl a. a. O. 131: „Nachdem dieses Axiom niedergelegt worden ist, wird dann das Wesen der englischen Verfassung und damit der politischen Freiheit ergründet. Montesquieu sieht dieses Wesen eben in der Trennung der Gewalten, wie Locke“, wozu noch zu bemerken, daß Locke die Gewalten nicht trennt.

36. XII, 1 Abs. 1—2: „Ce n'est pas assez d'avoir traité de la liberté politique dans son rapport avec la constitution; il faut la faire voir dans le rapport

qu'elle a avec le citoyen. J'ai dit que, dans le premier cas, elle est formée par une certaine distribution des trois pouvoirs; mais dans le second, il faut la considérer sous une autre idée. Elle consiste dans la sûreté, ou dans l'opinion que l'on a de sa sûreté“.

37. III, 10 Schlußabsatz.

38. Vgl. oben S. 53, 68, 71.

39. XI, 6 Abs. 8—12: „Dans les républiques d'Italie, où ces trois pouvoirs sont réunis, la liberté se trouve moins que dans nos monarchies. . . Voyez quelle peut être la situation d'un citoyen dans ces républiques. Le même corps de magistrature a, comme exécuter des lois, toute la puissance qu'il s'est donnée comme législateur. Il peut ravager l'état par ses volontés générales; et, comme il a encore la puissance de juger, il peut détruire chaque citoyen par ses volontés particulières. Toute la puissance y est une; et, quoiqu'il n'y ait point de pompe extérieure qui découvre un prince despotique, on le sent à chaque instant . . Je crois bien que la pure aristocratie héréditaire des républiques d'Italie ne répond pas précisément au despotisme de l'Asie. La multitude des magistrats aduocit quelquefois la magistrature; tous les nobles ne concourent pas toujours aux mêmes desseins: on y forme divers tribunaux qui se tempèrent. Ainsi, à Venise, le grand conseil a la législation; le pré-gady l'exécution; les quaranties, le pouvoir de juger. Mais le mal est que ces tribunaux différents sont formés par des magistrats du même corps; ce qui ne fait guère qu'une même puissance.“

40. Vgl. II, 2 und 3.

41. XI, 5; über den Wert der Theorie vom objektiven particularen Zweck des Staates vgl. Jellinek a. a. O. 233, Treitschke, Politik II 17; die erste Spur dieser Lehre findet sich übrigens nicht, wie Jellinek annimmt, hier bei Montesquieu; dessen Ausführungen sind vielmehr nur die Uebertreibung eines Gedankens bei Sidney, vgl. darüber weiter unten den Abschnitt über Sidney.

42. VIII, 16 Abs. 3.

43. V, 14 Abs. 12.

44. V, 19 Schlußabsatz, 21 Schlußabsatz, IX, 4 Abs. 4, X, 16.

45. XI, 5 Abs. 2—3: „Nous allons examiner les principes sur lesquels elle (England) la fonde. S'ils sont bons, la liberté y paroîtra comme dans un miroir. Pour découvrir la liberté politique dans la constitution, il ne faut pas tant de peine. Si on peut la voir où elle est, si on l'a trouvée, pourquoi la chercher?“

46. XI, 6 Abs. 1—2.

47. XI, 6 Abs. 60.

48. Vgl. Treitschke, Politik II, 1 ff., und das konstitutionelle Königtum in Deutschland, Histor. und polit. Aufsätze III, 432 f. Anders Redslob a. a. O. 287. Ueber das Fehlerhafte der Montesquieuschen Einteilung vgl. Redslob ebenda.

49. XI, 6 Abs. 6, 16, 19, 29, 44, 46, 60; vgl. Solazzi 79.

50. Er geht zurück auf eine Ineinanderarbeitung der Einteilungen bei Sidney und Locke.

51. XI, 6 Abs. 13—14: „La puissance de juger ne doit pas être donnée à un sénat permanent, mais exercée par des personnes tirées du corps du

peuple, dans certains temps de l'année, de la manière prescrite par la loi, pour former un tribunal qui ne dure qu'autant que la nécessité le requiert. De cette façon, la puissance de juger, si terrible parmi les hommes, n'étant attachée ni à un certain état, ni à une certaine profession, devient, pour ainsi dire, invincible et nulle. On n'a point continuellement des juges devant les yeux; et l'on craint la magistrature, et non pas les magistrats" und Abs. 32: „Des trois puissances dont nous avons parlé, celle de juger est en quelque façon nulle. Il n'en reste que deux; et, comme elles ont besoin d'une puissance réglante pour les tempérer, la partie du corps législatif qui est composée de nobles est très-propre à produire cet effet.“

52. Duguit, La séparation des pouvoirs 10 f.

53. Redslob a. a. O. 287 f.

54. XI, 6 Abs. 32. Ein pouvoir modérateur oder Poder moderador ist also nicht, wie Treitschke, Politik II, 3 und Koch a. a. O. 37 meinen, erst später erfunden, sondern findet sich schon bei Montesquieu.

55. XI, 6 Abs. 55—56: „Voici donc la constitution fondamentale du gouvernement dont nous parlons. Le corps législatif y étant composé de deux parties, l'une enchainera l'autre par sa faculté mutuelle d'empêcher. Toutes les deux seront liées par la puissance exécutrice, qui le sera elle-même par la législative. Ces trois puissances devraient former un repos ou une inaction. Mais, comme par le mouvement nécessaire des choses elles sont contraintes d'aller, elles seront forcées d'aller de concert.“

56. Wenn Janet (a. a. O. 375 f.) urteilt, daß Montesquieu zwei Theorien mit vieler Geschicklichkeit verschmolzen habe, so ist dem entgegenzuhalten, was Solazzi 123 f. richtig bemerkt: daß „nella teoria del Montesquieu non c'è una perfetta rispondenza tra i tre poteri legislativo, esecutivo e giudiziario, e i tre elementi monarchico, aristocratico e democratico“ und daß vielmehr das Gleichgewicht der drei sozialen Gewalten in den Dienst nur der Verteilung von ausführender und gesetzgebender Gewalt gestellt ist, wie das ganz ähnlich (vgl. Piil 58 ff.) schon von Locke geschehen ist. Auch Koch a. a. O. 31 findet, daß Montesquieu das System der drei Gewalten mit dem System der gemischten Staatsform nur vermischt habe.

57. Vgl. Jellinek, Allg. Staatslehre, 2. Aufl., S. 452, Redslob a. a. O. 229, Rehm, Allg. Staatslehre 236.

58. Vgl. hierzu W. Hasbach, Ist Montesquieu ein Anhänger usw. a. a. O. S. 13—24. Wenn ich mit ihm in dem Ergebnisse, daß jene Frage zu verneinen sei, übereinstimme, so kann ich mich doch seiner Beweisführung nicht überall anschließen, z. B. ihm nicht darin beipflichten, daß die Vorstellung des Naturzustandes und des Staatsvertrages Montesquieu fremd gewesen sei, (vgl. dazu meine Bemerkungen zu Buch I),¹ und ebenso wenig erscheint mir seine Deutung von XI, 6 Abs. 22 stichhaltig, vgl. darüber unten.

59. Hasbach 16. Dagegen ist es verfehlt, wenn Hasbach seinen Beweis noch dadurch zu verstärken sucht, daß er S. 20 sagt: „Wäre Montesquieu ein Vertreter der Lehre von der Volkssouveränität, dann müßte er in den Kapiteln über die Demokratie fordern: gleiche Teilnahme eines Jeden an der Gesetz-

gebung; tatsächlich empfiehlt er ein Klassenwahlrecht und die Belehrung der unteren durch die höheren Klassen“. Montesquieu beschränkt aber (II, 2 Abs. 11—16) für die Demokratie nur das passive Wahlrecht; die Klasseneinteilung von Servius Tullius bezeichnet er als aus dem Geiste der Aristokratie geboren und dem Geiste der Demokratie widersprechend; von einer Beschränkung für die Teilnahme an der Gesetzgebung sagt er (II, 2 Abs. 27) kein Wort.

60. S. oben Anm. 39; vgl. Treitschke (das konstitu. Königtum a. a. O. 433): „die Ideen der Gewaltenteilung und der schrankenlosen Volkssouveränität — zwei Gedankenreihen, die sich in Wahrheit ausschließen . .“

61. XI, 6 Abs. 42, 52, 53. Wenn Redslob behauptet, daß Montesquieu auch die Gewalt des Königs von dem souveränen Volke herleite, so hat er offenbar XI, 6 Abs. 16 (Les deux autres pouvoirs . .) im Auge; wie diese Stelle richtiger zu deuten ist, s. unten.

62. XI, 6 Abs. 30, 31, 38.

63. XI, 6 Abs. 9 (s. oben Anm. 39) und Abs. 16: „Les deux autres pouvoirs pourroient plutôt être donnés à des magistrats ou à des corps permanents, parce qu'ils ne s'exercent sur aucun particulier, n'étant, l'un, que la volonté générale de l'état, et l'autre, que l'exécution de cette volonté générale.“ In wiefern sich die Handlungen der vollziehenden Gewalt weniger auf einen Einzelnen beziehen als die richterlichen Urteile, die doch auch nur die Einzelanwendung der Gesetze sind, sagt Montesquieu nicht.

64. Vgl. Hasbach a. a. O. 14, zu dessen Ausführungen noch hinzuzufügen wäre, daß XI, 6 Abs. 9 als der Träger der Volontés générales nicht das gesamte Venetianische Volk, sondern le même corps de magistrature bezeichnet wird; vor Hasbach ist das Wort übrigens schon von Ancillon a. a. O. 64—65 in derselben Weise erklärt worden. Auffällig ist bei Redslob die Bemerkung S. 163: „Der Gedanke vom Gemeinwillen aber ist untrennbar verknüpft mit der Theorie von Rousseau. Er ist nur denkbar im Zusammenhang mit ihr. Der Begriff ist von Rousseau geschaffen.“

65. XI, 6 Abs. 31: „Ainsi la puissance législative sera confiée, et au corps des nobles, et au corps qui sera choisi pour représenter le peuple, qui auront chacun leurs assemblées et leurs délibérations à part, et des vues et des intérêts séparés.“

66. XI, 6 Abs. 16.

67. Vgl. Redslob 196: „Die vorteilhaften Staatseinrichtungen Englands gelten ihm als von weisen Gesetzgebern in theoretischer Arbeit erdacht“; vgl. Koch 36, Solazzi 136 und 143.

68. XI, 6 Abs. 22.

69. Hasbach a. a. O. 18 ff.

70. Vgl. oben S. 50.

71. Die Stelle, die Hasbach aus Lucian anführt und von der er zu glauben scheint, daß sie sich mit dem Urteile Montesquiens über die italienischen Republiken zusammenstellen lasse, deckt sich inhaltlich mit der Stelle, die Montesquieu VIII, 1 Abs. 3 aus Xenophon anführt, um die Entartung der Demokratie zu kennzeichnen.

72. II, 1 Abs. 6 und 27.

73. IV, 4 Abs. 1.

74. Es ist mir nicht ersichtlich, wie die Uebersetzung von „peuple en corps“, die Hasbach S. 20 gibt, irgend etwas daran ändern könnte.

75. Vgl. Hasbach 19 f. Auch Redslob weist 201 darauf hin, daß die Lehre vom Gemeinwillen im Widerspruch zu der Gleichordnung der Gewalten und zu der Lehre von der Gewaltenteilung stehe, läßt sich aber nicht darauf ein, diesen Widerspruch bei Montesquieu zu erklären.

76. Gierke, Joh. Althusius, 3. Ausgabe S. 187 Anm. 186 urteilt denn auf Grund jener Worte auch nur, daß die Lehre Montesquieus aus der Volkssouveränitätslehre stamme (vgl. auch S. 222), wie denn Sidney tatsächlich die Vorlage für XI, 6 gewesen ist, bezeichnet aber nicht Montesquieu selber als einen Anhänger der Volkssouveränität.

77. Vgl. Faguet a. a. O. 38, ferner die Bemerkung Gierkes a. a. O. 187, daß die konstitutionelle Doktrin in der ihr von Montesquieu gegebenen Formulierung „eine wahre und bewußte Zerstückelung der Souveränität unter mehrere voneinander durchaus unabhängige Subjekte“ vollzogen habe. Heranziehen könnte man auch II, 3 Abs. 1, wonach die Souveränität die Befugnis bedeutet, die Gesetze zu machen und auszuführen.

78. XI, 6 Abs. 4—6: „Lorsque dans la même personne ou dans le même corps de magistrature la puissance législative est réunie à la puissance exécutrice, il n'y a point de liberté, parce qu'on peut craindre que le même monarque ou le même sénat ne fasse des lois tyranniques pour les exécuter tyranniquement. Il n'ya point encore de liberté si la puissance de juger n'est pas séparée de la puissance législative et de l'exécutrice. Si elle étoit jointe à la puissance législative, le pouvoir sur la vie et la liberté des citoyens seroit arbitraire; car le juge seroit législateur. Si elle étoit jointe à la puissance exécutrice, le juge pourroit avoir la force d'un oppresseur. Tout seroit perdu, si le même homme ou le même corps des principaux, ou des nobles, ou de peuple, exerçoient ces trois pouvoirs: celui de faire des lois, celui d'exécuter les résolutions publiques, et celui de juger les crimes ou les différends des particuliers“. S. auch den oben Anm. 39 angeführten Absatz 9.

79. XI, 6 Abs. 7.

80. XI, 6 Abs. 8—10.

81. XI, 6 Abs. 7—8.

82. Vgl. Solazzi a. a. O. 142 Anm.

83. Janet a. a. O. II, 367 f., 371.

84. Faguet a. a. O. 53.

85. Vgl. die Aeußerung Mirabeaus über die Notwendigkeit der königlichen Sanktion: „je crois le veto du roi tellement nécessaire que j'aimerais mieux vivre à Constantinople qu'en France, s'il ne l'avait pas: oui, je le déclare pour la seconde fois, je ne connaîtrais rien de plus terrible que l'aristocratie souveraine de six cent personnes qui demain pourraient se rendre inamovibles, après-demain héréditaires et finiraient, comme les aristocrates de tous les pays du monde, par tout envahir“, Ancien Moniteur zum 16. Juni 1789, Réimpression s. 80.

86. XI, 6 Abs. 13—14, s. oben Anm. 51.

87. Vgl. Montesquieus eignes Geständnis (bei Vian 34): „Quant à mon métier de président, j'ai le coeur très-droit, je comprenais assez les questions en elles-mêmes; mais quant à la procédure, je n'y entendais rien.“

88. Vgl. hierzu Blackstone, Commentaries I, 344, III, Kap. 23, IV, Kap. 19—21 ff., Kap. 27 S. 342 ff., 354 f., ferner Koch 22—23, der auch darauf aufmerksam macht, daß Montesquieu nur an den Strafprozeß zu denken scheine und daß seine Forderung XI, 6 Abs. 18, jeder Angeklagte dürfe nur durch seine Pairs gerichtet werden, nicht den tatsächlichen englischen Zuständen entspricht, ferner Ancillon a. a. O. 180, der darauf hinweist, daß die Behauptung XI, 6 Abs. 15, Jeder wähle seine Richter selber, im strengen Sinne genommen, wenig Wahrheit hat, und Püil 141.

89. VI, 3 Abs. 3: „En Angleterre, les jurés décident si le fait porté devant eux est prouvé ou non; et, s'il est prouvé, le juge prononce la peine que la loi inflige pour ce fait: et, pour cela, il ne lui faut que des yeux.“

90. VI, 1.

91. XI, 6 Abs. 17: „Mais, si les tribunaux ne doivent pas être fixes, les jugements doivent l'être à un tel point qu'ils ne soient jamais qu'un texte précis de la loi. S'ils étoient une opinion particulière du juge, on vivroit dans la société sans savoir précisément les engagements qu'on y contracte.“

92. VI, 3 Abs. 3.

93. Vgl. Koch a. a. O. 23.

94. VI, 1.

95. XI, 6 Abs. 47 u. 49: „Quoiqu'en général la puissance de juger ne doive être unie à aucune partie de la législative, cela est sujet à trois exceptions fondées sur l'intérêt particulier de celui qui doit être jugé. . . Il pourroit arriver que la loi, qui est en même temps clairvoyante et aveugle, seroit, en de certains cas, trop rigoureuse. Mais les juges de la nation ne sont, comme nous avons dit, que la bouche qui prononce les paroles de la loi, des êtres inanimés qui n'en peuvent modérer ni la force ni la rigueur. C'est donc la partie du corps législatif que nous venons de dire être, dans une autre occasion, un tribunal nécessaire, qui l'est encore dans celle-ci; c'est à son autorité suprême à modérer la loi en faveur de la loi même, en prononçant moins rigoureusement qu'elle.“

96. Vgl. Esmein, Droit constitutionnel 447 und 649.

97. Vgl. Blackstone IV, S. 256 mit offensichtlicher Spitze gegen Montesquieu: „The sentence of the lowest of the criminal courts can never be controlled or reversed by the highest jurisdiction in the kingdom, unless for error in matter of law;“ über die Gerichtsbarkeit des Parlaments vgl. Blackstone IV, Kap. 19, Koch a. a. O. 29, Püil 142.

98. VI, 5 Abs. 8; vgl. dazu Blackstone I, 92 und IV, 390, wieder mit der Spitze gegen Montesquieu: „No other person hath power to pardon . . . but the king“.

99. XI, 6 Abs. 22 und 24: „Le grand avantage des représentants, c'est qu'ils sont capables de discuter les affaires. Le peuple n'y est point du tout

propre: ce qui forme un des grands inconvénients de la démocratie“, ein Urteil, das die Möglichkeit der repräsentativen Demokratie übersieht und es (in Uebereinstimmung mit II, 2 Abs. 6 und Schlußabsatz) zum Wesen der Demokratie rechnet, daß das Volk par lui-même und seul die Gesetze mache.

100. XI, 6 Abs. 27: „Tous les citoyens, dans les divers districts doivent avoir droit de donner leur voix pour choisir le représentant, excepté ceux, qui sont dans un tel état de bassesse qu'ils sont réputés n'avoir point de volonté propre“; vgl. XIX, 27 Abs. 63: „un pays où la constitution donneroit à tout le monde une part au gouvernement“. Im Widerspruch dazu steht allerdings der Satz Abs. 23: „il convient que, dans chaque lieu principal, les habitants se choisissent un représentant“; da es nicht zu verstehen ist, warum Montesquieu inmitten allgemeiner Forderungen auf eine so nebensächliche Einzelheit wie den Ort der Wahlhandlung Gewicht gelegt haben sollte, bleibt eigentlich kaum eine andere Erklärung, als daß er das Wahlrecht auf die hauptsächlichsten Bezirke hat beschränken, also andere davon ausschließen wollen. Ich meine aber doch mit Gierke (a. a. O. 221) „die mit Schärfe ausgesprochene Idee eines grundsätzlich allgemeinen staatsbürgerlichen Stimmrechts nach Bezirksverbänden“ zu sehen, (ebenso Solazzi 83 und 135) und kann die entgegenstehenden Bedenken Kochs (Absolutismus und Parlamentarismus 177 Anm.) nicht teilen.

101. Vgl. die Rede Desmeuniers in der Constituante vom 22. X. 1789 (Moniteur, Réimpression II 82), Aulard, Histoire politique de la révolution française 60, Esmein, Droit constitutionnel 299 Anm. 3, 313 und Anm. 5.

102. Die Ausdrücke „avoir une âme libre“ in Abs. 22 und „être dans un tel état de bassesse . . .“ in Abs. 27 sollen offenbar einander ergänzen. Für die Ansichten Montesquieus über Wahlrechtsbeschränkungen wäre auch noch XX, 16 zu beachten.

103. XI, 6 Abs. 23: „L'on connoît beaucoup mieux les besoins de sa ville que ceux des autres villes, et on juge mieux la capacité de ses voisins que de celle de ses autres compatriotes. Il ne faut donc pas que les membres du corps législatif soient tirés en général du corps de la nation; mais il convient que, dans chaque lieu principal, les habitants se choisissent un représentant“.

104. XI, 6 Abs. 25: „Il n'est pas nécessaire que les représentants, qui ont reçu de ceux qui les ont choisis une instruction générale, en reçoivent une particulière sur chaque affaire, comme cela se pratique dans les diètes d'Allemagne. Il est vrai que de cette manière la parole des députés seroit plus l'expression de la voix de la nation; mais cela jetteroit dans des longueurs infinies rendroit chaque député le maître de tous les autres; et, dans les occasions les plus pressantes toute la force de la nation pourroit être arrêtée par un caprice.“ Ich schließe mich in der Deutung dieser Stelle Gierke an, der a. a. O. 222 sagt: „Gegen die Erteilung bindender Instruktionen weiß auch er nur Zweckmäßigkeitserwägungen ins Feld zu führen.“ Nach Solazzi a. a. O. 83 hätte sich Montesquieu gegen imperative Mandate auch deswegen erklärt, weil solche von der Nation in ihrer Gesamtheit gegeben werden müßten und doch von ihr nur gegeben werden könnten, wenn diese einen einzigen Wahlkörper bilde und nicht wie in England in Wahlkreise geteilt sei, so daß sich

der Gedanke der imperativen Mandate nur durch die einzelnen Wahlkreise ausführen lasse, aber auf diesem Wege verfälscht werde, insofern ein Abgeordneter aufhöre, der Vertreter der ganzen Nation zu sein, wenn er von seinem Kreise Vorschriften erhalte. XI, 6 Abs. 23 scheint mir aber zu beweisen, daß Montesquieu, im Einklang mit seiner ständischen Gesinnung, die Abgeordneten nur als Vertreter ihrer Kreise aufgefaßt hat und daß XI, 6 Abs. 25: bei imperativen Mandaten „la parole des députés seroit plus l'expression de la voix de la nation“ nichts weiter besagt als: „würden die Abgeordneten die Meinung der Wähler treuer zum Ausdrucke bringen“. Ueber die Berufung auf Sidney XI, 6 Abs. 26 vgl. unten den Abschnitt über Sidney.

105. Vgl. Koch a. a. O. 24 f., 27.

106. XI, 6 Abs. 30: „Il y a toujours dans un état des gens distingués par la naissance, les richesses, ou les honneurs; mais s'ils étoient confondus parmi le peuple, et s'ils n'y avoient qu'une voix comme les autres, la liberté commune seroit leur esclavage, et ils n'auroient aucun intérêt à la défendre, parce que la plupart des résolutions seroient contre eux.“ Solazzi a. a. O. 84 übersetzt „honneurs“ mit Verdiensten, was mit dem Sprachgebrauch Montesquiens nicht zu vereinigen ist.

107. XI, 6 Abs. 30—31: „La part qu'ils ont à la législation doit donc être proportionnée aux autres avantages qu'ils ont dans l'état: ce qu'il arrivera s'ils forment un corps qui ait droit d'arrêter les entreprises du peuple, comme le peuple a droit d'arrêter les leurs. Ainsi la puissance législative sera confiée et au corps des nobles, et au corps qui sera choisi pour représenter le peuple, qui auront chacun leurs assemblées et leurs délibérations à part, et des vues et des intérêts séparés.“ Vgl. auch Abs. 50: „il faut . . . que la partie législative du peuple accuse devant la partie législative des nobles, laquelle n'a ni les mêmes intérêts qu'elle, ni les mêmes passions.“ Im Widerspruch dazu wird dann allerdings XI, 6 Abs. 34 die beschränkte Befugnis des Oberhauses in der Steuergesetzgebung damit begründet, daß es nicht in der Lage sein dürfe, seine besonderen Interessen zu verfolgen und die des Volkes zu vergessen. Janet urteilt a. a. O. 369 über die Privilegien des Oberhauses: „privilèges dont Montesquieu, à la vérité, ne nous donne pas la raison“ und 370: „für Montesquieu bilde das Oberhaus „un corps intermédiaire intéressé d'une part, contre le monarque, à la défense des libertés, de l'autre, contre le peuple, à la défense des prérogatives du monarque“, (ähnlich Koch, Absolutismus und Parlamentarismus 177); aus dem im Text gesagten ergibt sich, wie weit diese Urteile zutreffend sind.

108. XI, 6 Abs. 33: „Le corps des nobles doit être héréditaire. Il l'est premièrement par sa nature; et d'ailleurs il faut qu'il ait un très-grand intérêt à conserver ses prérogatives, odieuses par elles-mêmes, et qui, dans un état libre, doivent toujours être en danger.“ Die Erläuterung Solazzis a. a. O. 84: „Il Montesquieu giustifica il carattere ereditario della camera alta, oltre che per la natura dell' aristocrazia“ ist mit dem Wortlaute nicht zu vereinigen, und ebenso läßt dieser nicht zu, unter den „prérogatives“ etwas anderes als diejenigen des Oberhauses zu verstehen.

109. XI, 6 Abs. 36—37: „Que s'il n'y avoit point de monarque, et que la puissance exécutrice fût confiée à un certain nombre de personnes tirées du corps législatif, il n'y auroit plus de liberté, parce que les deux puissances seront unies, les mêmes personnes ayant quelquefois et pouvant toujours avoir part à l'une et l'autre.“

110. Vgl. Treitschke, *Histor. und polit. Aufsätze* III, 432, Koch a. a. O. 26.

111. Nicht völlig klar ist der Schluß der angeführten Sätze: Montesquieu scheint zu meinen, daß die Vereinigung eines Ministerpostens mit einem Abgeordnetensitze die Freiheit gefährde; ob von dem Gesichtspunkte aus, daß dann die Regierung die Initiative besitze und an den Verhandlungen des Parlamentes teilnehmen könne, was er ihr beides nicht zugestehen will (vgl. Abs. 57)? Vgl. die Verhandlungen der Constituante über diese Frage bei Redslob a. a. O. 279 f. Das Ausschlaggebende für das parlamentarische Regiment, d. h. für die Vereinigung der zwei Gewalten, ist doch jedenfalls die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament. Wenn Montesquieu hier das parlamentarische Regiment Englands in Abrede stellt, so steht das in Widerspruch zu XIX, 27 Abs. 10: „Le monarque seroit souvent obligé de donner sa confiance à ceux qui l'auroient le plus choqué et de disgracier ceux qui l'auroient le mieux servi, faisant par nécessité ce que les autres princes font par choix.“ Bemerkenswert ist, wie schief er sich ausdrückt: indem er sagen will, andere Fürsten seien bei der Wahl ihrer Minister frei, sagt er tatsächlich, daß sie freiwillig ihre Gegner zu Ministern wählten.

112. Daß ihnen die Initiative zusteht, ergibt sich aus Abs. 57, wo diese der vollziehenden Gewalt verweigert wird; ihr gleiches Recht aus Abs. 55, wo ihre *Faculté mutuelle d'empêcher* festgestellt wird, und aus Abs. 34, wo die Beschränkung der Befugnis der ersten Kammer in der Steuergesetzgebung als Ausnahme gekennzeichnet wird: „Mais, comme une puissance héréditaire pourroit être induite à suivre ses intérêts particuliers et à oublier ceux du peuple, il faut que dans les choses où l'on a un souverain intérêt à la corrompre, comme dans les lois qui concernent la levée de l'argent, elle n'ait de part à la législation que par sa faculté d'empêcher, et non par sa faculté de statuer.“ Der Grund, der hier für die beschränkte Befugnis des Oberhauses angeführt wird, erscheint wenig stichhaltig, da das Oberhaus auch mit ihr die besonderen Interessen des Adels (Steuerprivilegien) verteidigen kann; auch steht er im Widerspruch zu XI, 6 Abs. 30—31 (vgl. oben Anm. 107), wo es gerade als die Aufgabe des Oberhauses bezeichnet wird, die Vorrechte des Adels (les richesses!) zu verteidigen. Bemerkenswert ist endlich, wie Montesquieu als das höchste Interesse des Adels das an der Steuergesetzgebung bezeichnet.

113. XI, 6 Abs. 35: „J'appelle faculté de statuer le droit d'ordonner par soi-même ou de corriger ce qui a été ordonné par un autre. J'appelle faculté d'empêcher le droit de rendre nulle une résolution prise par quelque autre ce qui étoit la puissance des tribuns de Rome. Et quoique celui qui a la puissance d'empêcher puisse avoir aussi le droit d'approuver, pour lors cette approbation n'est autre chose qu'une déclaration qu'il ne fait point d'usage de sa faculté d'empêcher, et dérive de cette faculté.“

114. Der Satz bei Janet a. a. O. 369: die Executive müsse einen gewissen Anteil an der legislativen Gewalt haben, „non pas une part directe et positive, mais une part indirecte et négative, non pas la faculté de statuer, ce qui confondrait les attributions des puissances, mais la faculté d'empêcher“ trifft also den Sinn Montesquieus nicht genau; mißverständlich heißt es auch bei Jellinek a. a. O. 603 f.: „Der Chef der vollziehenden Gewalt übt die Faculté d'empêcher, nicht die Faculté de statuer aus, wenn er sein Veto gegen ein Gesetz einlegt, hat also keinen positiven Anteil an der Gesetzgebung.“

115. XI, 6 Abs. 59 und 60. Schief ist statuer auch in Abs. 34 gebraucht.

116. XI, 6 Abs. 42: „Si la puissance exécutrice n'a pas le droit d'arrêter les entreprises du corps législatif, celui-ci sera despotique; car, comme il pourra se donner tout le pouvoir qu'il peut imaginer, il anéantira toutes les autres puissances“, Abs. 52: „La puissance exécutrice, comme nous avons dit, doit prendre part à la législation par sa faculté d'empêcher; sans quoi, elle sera bientôt dépouillée de ses prérogatives“, Abs. 53: „Si le monarque prenoit part à la législation par la faculté de statuer, il n'y auroit plus de liberté. Mais comme il faut pourtant qu'il ait part à la législation pour se défendre, il faut qu'il y prenne part par la faculté d'empêcher.“

117. XI, 6 Abs. 55: „Voici donc la constitution fondamentale du gouvernement dont nous parlons. Le corps législatif y étant composé de deux parties, l'une enchaînera l'autre par sa faculté mutuelle d'empêcher. Toutes les deux seront liées par la puissance exécutrice, qui le sera elle-même par la législative.“

118. Vgl. Ancillon a. a. O. 149. Auch die Befugnis des Oberhauses, die Steuerbeschlüsse des Unterhauses nur im ganzen anzunehmen oder abzulehnen, ist als Faculté d'empêcher bezeichnet. Umgekehrt ist auch die Faculté d'empêcher des Königs als droit d'arrêter bezeichnet, also für sie derselbe Ausdruck gebraucht wie für das Recht jeder der beiden Kammern, einem Beschluß der anderen ihre Zustimmung zu verweigern, vgl. XI, 6 Abs. 30, 34, 42.

119. XI, 6 Abs. 59: „Si la puissance exécutrice statue sur la levée des deniers publics autrement que par son consentement, il n'y aura plus de liberté, parce qu'elle deviendra législative dans le point le plus important de la législation“; vgl. Ranke a. a. O. 262: „Montesquieu spricht der exekutiven Gewalt insofern einen wesentlichen Anteil an der Gesetzgebung zu, als sie das Recht besitzen müsse, die gefaßten Beschlüsse anzunehmen oder zu verwerfen.“

120. Redslob a. a. O. 205 meint, daß Montesquieu dem Könige das Veto beilege, nicht nur um die Stellung der Krone zu sichern, sondern auch um das Gemeinwohl gegen „schlechte, auf einseitige Interessen zielende Gesetze“ zu verteidigen. Ich finde bei Montesquieu keine Stelle, die das bewiese.

121. Vgl. Koch a. a. O. 30, Redslob a. a. O. 195.

122. XI, 6 Abs. 57: „La puissance exécutrice ne faisant partie de la législative que par sa faculté d'empêcher, elle ne sauroit entrer dans le débat des affaires. Il n'est pas même nécessaire qu'elle propose, parce que, pouvant toujours désapprouver les résolutions, elle peut rejeter les décisions des propositions qu'elle auroit voulu qu'on n'eût pas faites.“ Nicht weniger merk-

würdig ist in Abs. 58 die Begründung, warum in den nicht-repräsentativen Demokratien die vollziehende Gewalt die Initiative haben müsse.

123. XI, 6 Abs. 38—41. Der Begriff der Beschlußunfähigkeit ist also für Montesquieu unbekannt.

124. XI, 6 Abs. 41: „Que s'il avoit droit de le proroger lui-même, il pourroit arriver qu'il ne se prorogeroit jamais ce qui seroit dangereux dans le cas où il voudroit attenter contre la puissance exécutrice.“

125. XI, 6 Abs. 43.

126. XI, 6 Abs. 29: „Le corps représentant ne doit pas être choisi non plus pour prendre quelque résolution active, chose qu'il ne feroit pas bien, mais pour faire des lois, ou pour voir si l'on a exécuté celles qu'il a faites, chose qu'il peut très bien faire, et qu'il n'ya même que lui qui puisse bien faire.“

127. Vgl. Koch a. a. O. 25: „Was Montesquieu unter Résolutions actives eigentlich versteht, bleibt unklar.“

128. XI, 6 Abs. 28: „Il y avoit un grand vice dans la plupart des anciennes républiques: c'est que le peuple avoit droit d'y prendre des résolutions actives, et qui demandent quelque exécution; chose dont il est entièrement incapable. Il ne doit entrer dans le gouvernement que pour choisir ses représentants; ce qui est très à sa portée.“

129. II, 2 Abs. 9: „Le peuple est admirable pour choisir ceux à qui il doit confier quelque partie de son autorité . . Mais saura-t-il conduire une affaire, connoître les lieux, les occasions, les moments, en profiter? Non, il ne le saura pas“, und Abs. 12: „Le peuple qui a assez de capacité pour se faire rendre compte de la gestion des autres, n'est pas propre à gérer par lui-même“.

130. XI, 6 Abs. 19—20: „Si la puissance législative laisse à l'exécutrice le droit d'emprisonner des citoyens qui peuvent donner caution de leur conduite, il n'y a plus de liberté, à moins qu'ils ne soient arrêtés pour répondre sans délai à une accusation que la loi a rendue capitale; auquel cas ils sont réellement libres, puisqu'ils ne sont soumis qu'à la puissance de la loi. Mais si la puissance législative se croyoit en danger par quelque conjuration secrète contre l'état, ou quelque intelligence avec les ennemis du dehors, elle pourroit, pour un temps court et limité, permettre à la puissance exécutrice de faire arrêter les citoyens suspects, qui ne perdroient leur liberté pour un temps que pour la conserver pour toujours.“ Vgl. Koch a. a. O. 24, der die Anspielung auf die Lettres de cachet und den Widerspruch zu den tatsächlichen englischen Zuständen hervorhebt.

131. XI, 6 Abs. 45—46: „Mais, quelque soit cet examen, le corps législatif ne doit pas avoir le pouvoir de juger la personne, et par conséquent la conduite de celui qui exécute. Sa personne doit être sacrée, parce qu'étant nécessaire à l'état pour que le corps législatif n'y devienne pas tyrannique, dès le moment qu'il seroit accusé ou jugé, il n'y auroit plus de liberté. Mais comme celui qui exécute ne peut rien exécuter mal sans avoir des conseillers méchants et qui haïssent les lois comme ministres quoiqu'elles les favorisent comme hommes, ceux-ci peuvent être recherchés et punis.“ Vgl. Koch a. a. O. 28, der darauf aufmerksam macht, wie wenig in England von einer persönlichen Unverantwortlichkeit des Königs die Rede gewesen ist.

132. XI, 6 Abs. 50. Auch Koch a. a. O. 28—29 faßt diesen Absatz als eine Erläuterung des Absatzes 46 über die Verantwortlichkeit der Minister auf.

133. Der dritte Fall ist die Stellung des Oberhauses als Gerichtshof für den Adel, vgl. XI, 6 Abs. 48.

134. Eine politische Verantwortlichkeit der Minister, von der dies Kapitel nichts weiß, (vgl. Piil 139 f., Redslob 243, 246, 258), wird dagegen erwähnt XIX, 27 Abs. 42.

135. Vgl. Ranke, Englische Geschichte Buch XV, Kap. 3, Buch XVI, Kap. 5 und 6, Buch XXII, Kap. 3, Treitschke, Politik II 165 ff., Koch a. a. O. 28.

136. XI, 6 Abs. 60: „Si la puissance législative statue, non pas d'année en année, mais pour toujours, sur la levée des deniers publics, elle court risque de perdre sa liberté, parceque la puissance exécutrice ne dépendra plus d'elle; et quand on tient un pareil droit pour toujours, il est assez indifférent qu'on le tienne de soi ou d'un autre. Il en est de même si elle statue, non pas d'année en année, mais pour toujours, sur les forces de terre et de mer qu'elle doit confier à la puissance exécutrice.“

137. Vgl. Jellinek, Eine neue Theorie über die Lehre Montesquieus von den Staatsgewalten (Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart, Band XXX, 1—6), Rehm, Eine neue Theorie über die Lehre Montesquieus von den Staatsgewalten. Eine Erwiderung (ebenda 417—418), Entgegnung von Prof. Georg Jellinek in Heidelberg (ebenda 419—420); Piil a. a. O. 27 und 134, Solazzi a. a. O. 130 f. und 133.

138. Auf die von Rehm anfänglich behauptete Verschmelzung der Gewalten gehe ich nicht weiter ein, da dieser Ausdruck von ihm selber fallen gelassen ist.

139. Vgl. Redslob a. a. O. Kap. VIII, insbesondere S. 187, 189, 196, 221, 226, 235, Hasbach, Die moderne Demokratie S. 19. Auch Esmein, (Droit constitutionnel 422—441, 416) bezeichnet das Veto als eine Teilnahme an der Legislative; ebenso Woodrow Wilson, Congressional Government (angeführt von Esmein 416 Anm. 3); vgl. ferner Esmein 371 über die Verfassung von St. Gallen.

140. Treitschke, Politik II, 164.

141. Blackstone, Commentaries on the laws of England, Buch I Kap. 2: „It is highly necessary for preserving the balance of the constitution, that the executive power should be a branch, though not the whole of the legislative. The total union of them, we have seen, would be productive of tyranny, the total disjunction of them, for the present, would in the end produce the same effects, by causing that union against which it seems to provide. The legislature would soon become tyrannical, by making continual encroachments, and gradually assuming to itself the rights of the executive power . . . To hinder therefor any such encroachments, the king is himself a part of the parliament; and, as this is the reason of his being so, very properly therefor the share of legislation, which the constitution has placed in the crown, consists in the power of rejecting rather than resolving; this being sufficient to answer the end proposed.“

142. Vgl. Gmel, Histoire financière de l'assemblée constituante I, 348.

143. So Pétion am 1. Sept. (Réimpression de l'ancien Moniteur I 404) und der Präsident in der Rede vom 4. Sept. (ebenda 455).

144. Mounier in der Rede vom 4. Sept. (a. a. O. 424). An sonstigen Beispielen greife ich heraus: Mirabeau. 1. Sept.: „Ce n'est donc point pour son avantage particulier que le monarque intervient dans la législation, mais pour l'intérêt même du peuple; et c'est dans ce sens que l'on peut et que l'on doit dire que la sanction royale n'est point la prérogative du monarque, mais la propriété, le domaine de la nation. J'ai supposé jusqu'ici un ordre de choses vers lequel nous marchons à grands pas, je veux dire une monarchie organisée et constituée; mais comme nous ne sommes point encore arrivés à cet ordre de choses, je dois m'expliquer hautement. Je pense que le droit de suspendre et même d'arrêter l'action du corp législatif, doit appartenir au roi quand la constitution sera faite, et qu'il s'agira seulement de la maintenir. Mais ce droit d'arrêter, ce veto, ne saurait s'exercer quand il s'agit de créer la constitution; .. Cherchons donc uniquement si dans la constitution à créer, la sanction royale doit entrer comme partie intégrante de la législature.“ (405). Maury, 3. Sept.: „(La sanction) il est facile d'en donner une définition. C'est le pouvoir négatif du roi qui, faisant partie intégrante du corps législatif, a le droit d'en suspendre les actes. Le lui refuser, c'est lui enlever la qualité de colégislateur“ (416). Lameth, 4. Sept.: „La constitution n'est donc autre chose que l'organisation et la distribution des pouvoirs. Ces pouvoirs sont le pouvoir législatif et le pouvoir exécutif: le premier produit les actes qui sont obligatoires pour tous, le second fait exécuter. Cette division, cette répartition absolue dans leurs fonctions mutuelles, semble, au premier coup d'oeil, la seule véritable: mais en y réfléchissant, on s'aperçoit bientôt que la loi étant obligatoire, même pour celui qui la fait exécuter, elle pourrait être faite à son désavantage et pour militer contre lui. Ces conquêtes d'un pouvoir sur un autre, détruisant la constitution, il s'ensuit qu'elles doivent être rendues impossibles. Il s'ensuit donc qu'il faut donner au pouvoir exécutif une arme pour se défendre s'il était attaqué. De là la nécessité de la sanction ou du veto royal“ (432). Ein ungenannter Abgeordneter, 5. Sept.: „Il est trois principes incontestables. Le pouvoir de la souveraineté réside dans le peuple; il n'y a que le droit naturel qui soit au-dessus. Le second principe est que le peuple est le maître de se faire à lui-même les lois que bon lui semble. Le troisième enfin est que la confusion du pouvoir législatif et exécutif produit le despotisme. De là résulte que l'on ne peut admettre que le veto suspensif“ (434). Sieyès, 4. Sept.: „Comme chef du pouvoir exécutif le roi n'est que mandataire, et ses fonctions so bornent à faire exécuter la loi qui lui est confiée. .. Comme chef du pouvoir exécutif, le roi ne fait pas partie intégrante de la loi. . D'après cela, quelque idée que l'on se fasse du veto, il est toujours contraire à ce principe. Le chef du pouvoir exécutif ne fait point partie intégrante de la loi; car le droit d'empêcher une loi n'est rien autre chose que faire la loi, il n'y a point de différence. L'homme qui dit: je ne veux pas que telle chose se fasse, dit formellement: je veux que ce que vous voulez ne soit pas“ (445 f.). Ebenso wie Montesquieu bezeichnen

die Redner auch das Recht der einen Kammer, einen Beschluß der andern ihre Zustimmung zu verweigern, also Veto, ganz gleich ob es sich um die *Etats généraux* oder England oder die zukünftige Verfassung Frankreichs handelt, vgl. Bergasse 15. Juni (79), Rabaut St. Etienne, 4. Sept. (431), Clermont-Tonnerre 4. Sept. (433), Thouret, 5. Sept. (435), Malouet 7. Sept. (444).

145. XI, 6 Abs. 52, 53, 67.

146. Auch Solazzi a. a. O. 133 Anm. muß zugeben, daß die Gerichtsbarkeit des Oberhauses eine Ausnahme von der vollständigen Trennung der Gewalten ist; er sucht vergebens die herkömmliche Auffassung von Montesquieus Lehre dadurch zu retten, daß er bemerkt, diese Ausnahme tue der Freiheit keinen Eintrag und stehe darum nicht in Gegensatz zu der durch die Freiheit geforderten Gewaltentrennung, sondern im Einklang mit ihr.

147. Zu beachten ist auch, daß Montesquieu den Ausdruck „séparer“ nur einmal gebraucht, sonst aber immer von der „distribution“ spricht. Ueber das, was er in den folgenden Kapiteln zur römischen Geschichte ausführt, und wodurch weiter bewiesen wird, daß er die Freiheit nicht von der Trennung, sondern nur von der Verteilung der Gewalten abhängig gemacht hat, s. weiter unten. Schon Ranke hat auf diese Stellen aufmerksam gemacht in dem erwähnten Aufsatz „Zur Geschichte der politischen Theorien“, den man doch nicht wie Jellinek übersehen darf, wenn man es unternimmt, sich zu demselben Gegenstände zu äußern. Die Allgemeine Staatslehre Jellineks (5. Auflage S. 603 ff.) gibt jetzt in einer Anmerkung der Auffassung Rehms einigermaßen Recht; in ihrem Text hält sie aber an der Gewaltentrennung fest und räumt nur das ein, daß Montesquieu mit der dreifachen Gerichtsbarkeit des Oberhauses von dem sonst (!) konsequent festgehaltenen Prinzip abgewichen sei. Darum und weil sich Piil und Solazzi gegen Rehm auf die Seite Jellineks gestellt haben, erschien es mir notwendig, die ganze Frage hier noch einmal zu erörtern. Uebrigens ist Montesquieu in der ersten Zeit keineswegs in dem Sinne der „Trennung“ der Gewalten aufgefaßt worden, s. die oben angeführten Äußerungen Blackstones und Mouniers, ferner Madison im *Federalist* Nr. 47 (angeführt von Jellinek selber in seiner Allg. Staatslehre 500): „His (d. i. Montesquieus) meaning can amount to no more than this, that where the whole power of another department is exercised by the same hands which possess the whole power of another department the fundamental principles of a free constitution are subverted.“ Das Richtige steht selbstverständlich schon bei Ranke a. a. O. 262. Von neueren hat Barckhausen, Montesquieu, ses idées et ses oeuvres den Ausdruck „séparation“ als den Gedanken Montesquieus nicht genau wiedergebend bemängelt und als seinen Ersatz „non confusion“ vorgeschlagen.

148. Redslob a. a. O. 277.

149. XI, 4 Abs. 1—2.

150. XI, 6 Abs. 55.

151. XI, 6 Abs. 56; gegen Koch, Absolutismus und Parlamentarismus-177 f.: „So sind die drei höchsten Gewalten im Staate an drei verschiedene und von einander unabhängige Träger, die Schwurgerichte, das Parlament und den

König verteilt; sie können sich gegenseitig hindern, aber die notwendige Bewegung der Dinge wird sie schon vorwärts treiben“, ist zu bemerken, daß Montesquieu im vorhergehenden Absatze ausdrücklich die vollziehende Gewalt und die beiden Teile des gesetzgebenden Körpers als die drei Gewalten bezeichnet, die sich gegenseitig fesseln und binden, und daß weiter nicht ersichtlich ist, wie die gesetzgebende Gewalt durch die richterliche gehemmt werden könnte.

152. XI, 6 Abs. 61.

153. XI, 6 Abs. 62—63.

154. Auch Faguet a. a. O. 246 hat das bemerkt, sucht es aber damit zu rechtfertigen, daß Montesquieu England als einen Staat betrachte, „où la république se cache sous la forme de la monarchie“, V, 19 Abs. 9. Demgegenüber ist festzustellen, daß Montesquieu XI, 6 England als Monarchie kennzeichnet; wie der Widerspruch zu V, 19 zu erklären ist, s. weiter unten.

155. XI, 6 Abs. 63—66.

156. XI, 6 Abs. 67.

157. So erklären auch Destutt-Moorstadt I, 251 und Ancillon a. a. O. 138/9; Ancillon nennt sie mehr glänzend als wahr und bemerkt: Könige, Aelteste und Gesamtheit habe es allerdings in den germanischen Wäldern gegeben, aber was habe dies mit der englischen Verfassung gemein? Ebenso gut könne man sagen, „daß die englische Verfassung in den Wäldern von Amerika oder früher in dem Lacedämonischen Staate gelegen hätte.“ Vgl. auch den Spott Voltaires (Commentaire, Voltaire-Beuchot B. 50 S. 98 und Dictionnaire philosophique ebenda B. 31 S. 93). Anders lautet das Urteil Treitschkes, (Politik II, 75): „mit dem Instinkte des Genies habe Montesquieu gesagt, daß in den germanischen Wäldern die Anfänge repräsentativer Staatsformen zu suchen seien.“ Es erscheint mir methodisch verfehlt, darum, weil der repräsentative Gedanke germanischen Ursprungs ist, anzunehmen, daß Montesquieu gerade auf ihn gezielt habe, wo doch die oben im Texte gegebene Erklärung durch Montesquieu selber näher gelegt ist.

158. XI, 8 Abs. 3: „... que je ne crois pas qu'il y ait eu sur la terre de gouvernement si bien tempéré que le fut celui de chaque partie de l'Europe dans le temps qu'il y subsista. Et il est admirable que la corruption du gouvernement d'un peuple conquérant ait formé la meilleure espèce de gouvernement que les hommes aient pu imaginer.“

159. XI, 5 Abs. 2—3.

160. XI, 6 Schlußabsatz.

161. XI, 6 Abs. 68.

162. XI, 7 Abs. 2: „Les trois pouvoirs n'y sont point distribués et fondus sur le modèle de la constitution dont nous avons parlé. Ils ont chacun une distribution particulière, selon laquelle ils approchent plus ou moins de la liberté politique; et, s'ils ne s'en approchoient pas, la monarchie dégénéreroit en despotisme“ und XI, 20: „Je voudrais rechercher, dans tous les gouvernements modérés que nous connoissons, quelle est la distribution des trois pouvoirs, et calculer par là les degrés de liberté dont chacun peut jouir.“

163. XI, 8 Abs. 1—2: „Les anciens ne connoissoient point le gouvernement fondé sur un corps de noblesse, et encore moins le gouvernement fondé sur un corps législatif formé par les représentants d'une nation. . . Il est vrai qu'il y avoit des républiques fédératives; plusieurs villes envoyoient des députés à une assemblée. Mais je dis qu'il n'y avoit point de monarchie sur ce modèle-là“, XI, 9 Abs. 3: „Les anciens, qui ne connoissoient pas la distribution des trois pouvoirs dans le gouvernement d'un seul, ne pouvoient se faire une idée juste de la monarchie“, XI, 11 Abs. 5: „Les Grecs n'imaginèrent point la vraie distribution des trois pouvoirs dans le gouvernement d'un seul; ils ne l'imaginèrent que dans le gouvernement de plusieurs, et ils appelèrent cette sorte de constitution police.“ Unbegreiflich, weil nicht aus Unkenntnis zu erklären, sind die Fehler in XI, 8 Abs. 1: „Avant que les Romains eussent englouti toutes les républiques, il n'y avoit presque point de roi nulle part, en Italie, Gaule, Espagne, Allemagne: tout cela étoit de petits peuples ou de petites républiques; l'Afrique même étoit soumise à une grande; l'Asie Mineure étoit occupée par les colonies grecques. Il n'y avoit donc point d'exemples de députés de villes, ni d'assemblées d'états: il falloit aller jusqu'en Perse pour trouver le gouvernement d'un seul.“ Haller, Staatenkunde 126 nennt es eine unglaubliche Dreistigkeit von Montesquieu, derartiges zu behaupten.

164. XI, 11.

165. XI, 12, dazu XI, 13 Abs. 3: „Une monarchie élective, comme étoit Rome, suppose nécessairement un corps aristocratique puissant qui la soutienne, sans quoi elle se change d'abord en tyrannie ou en état populaire.“

166. XI, 13 Abs. 3.

167. XI, 13 Abs. 6: „Rome, après l'expulsion des rois, devoit être une démocratie. . . La situation des choses demandoit donc que Rome fût une démocratie; et cependant elle ne l'étoit pas. Il fallut tempérer le pouvoir des principaux, et que les lois inclinassent vers la démocratie“ und XI, 14.

168. XI, 14.

169. XI, 15 Abs. 1.

170. XI, 17 Abs. 1: „jaloux de sa puissance législative“ und Abs. 3: „jaloux de sa liberté“.

171. XI, 16 Abs. 2—4.

172. XI, 17.

173. XI, 11 Abs. 4: „Le chef d'oeuvre de la législation est de savoir bien placer la puissance de juger.“

174. XI, 18, insbesondere Abs. 1, 13, 15—16, 19 ff.

175. XI, 19 Abs. 1—2: „C'est ainsi que les trois pouvoirs furent distribués dans la ville; mais il s'en faut bien qu'ils le fussent de même dans les provinces. La liberté étoit dans le centre, et la tyrannie aux extrémités. Pendant que Rome ne domina que dans l'Italie, les peuples furent gouvernés comme des confédérés: on suivoit les lois de chaque république. Mais lorsqu'elle conquist plus loin, que le sénat n'eut pas immédiatement l'oeil sur les provinces, que les magistrats qui étoient à Rome ne purent plus gouverner l'empire, il falloit

envoyer des préteurs et des proconsuls. Pour lors, cette harmonie des trois pouvoirs ne fut plus. Ceux qu'on envoyoit avoient une puissance qui réunissoit celle de toutes les magistratures romaines; que dis-je? celle même du sénat celle même du peuple. C'étoient des magistrats despotiques, qui convenoient beaucoup à l'éloignement des lieux où ils étoient envoyés. Ils exerçoient les trois pouvoirs; ils étoient si j'ose me servir de ce terme, les pachas de la république."

176. XI, 18 Abs. 17: „A Rome, le peuple ayant la plus grande partie de la puissance législative, une partie de la puissance exécutive, et une partie de la puissance de juger, c'étoit un grand pouvoir qu'il falloit balancer par un autre. Le sénat avoit bien une partie de la puissance exécutive; il avoit quelque branche de la puissance législative: mais cela ne suffisoit pas pour contrebalancer le peuple. Il falloit qu'il eût part à la puissance de juger; et il y avoit part, lorsque les juges étoient choisis parmi les sénateurs. Quand les Gracques privèrent les sénateurs de la puissance de juger, le sénat ne put plus résister au peuple. Ils choquèrent donc la liberté de la constitution pour favoriser la liberté du citoyen; mais celle-ci se perdit avec celle-là."

177. Liberté im Sinne des Gesetzgebungsrechtes des Volkes XI, 11 Abs. 4; damit jedenfalls nicht völlig übereinstimmend XI, 14 Abs. 1. XI, 15 ist von Liberté für eine Zeit gesprochen, wo die Rechtsprechung noch von Willkür abhängig war.

178. XI, 20. Nebenbei bemerkt ist Montesquieu, wie Schvarcz (die Verantwortlichkeit der Räte) nachgewiesen hat, gar nicht im Besitze der Kenntnisse gewesen, daß er über die Verfassungen anderer Monarchien als Frankreichs hätte sprechen können.

Buch XII.

Von den Gesetzen, die die politische Freiheit in deren Beziehung zum Bürger bilden.

Nachdem Montesquieu im XI. Buche von der politischen Freiheit in ihrer Beziehung zur Verfassung gehandelt hat, wendet er sich im XII. Buche dazu, von der politischen Freiheit in ihrer Beziehung zum Bürger zu reden. Auch diese zweite Art der Freiheit, die er auch kurzweg die bürgerliche Freiheit nennt, bezeichnet er also als politische Freiheit; und so gibt er denn auch von ihr ganz dieselbe Begriffsbestimmung, die er im XI. Buche von der politischen Freiheit in ihrer Beziehung zur Verfassung gegeben hat: sie bestehe in der Sicherheit oder wenigstens in der Meinung, die man von seiner Sicherheit habe.¹

Wie erwähnt, hat Montesquieu schon im XI. Buche den Gedanken gestreift, daß mit der Herrschaft des Gesetzes allein die Freiheit noch nicht gegeben sei, sondern daß noch hinzukommen müsse, daß das Gesetz selber nicht tyrannisch sei. Dabei hat er es aber doch vermieden, allgemein und grundsätzlich zu bestimmen, wann ein Gesetz als tyrannisch zu gelten habe: nur im einzelnen hat er als ein tyrannisches Gesetz ein solches gekennzeichnet, daß die Vorrechte des Adels beeinträchtige, und im Anschlusse daran dem Adel eine besondere Vertretung im Oberhause zugesprochen, die einen derartigen Eingriff in die Freiheit verhindern könne.

Als die Absicht des XII. Buches darf man es nun bezeichnen, im Unterschiede von tyrannischen Gesetzen diejenigen anzugeben, durch die die bürgerliche Freiheit gesichert werde. Es ist ein verhältnismäßig enger Kreis, der für Montesquieu in dieser Hinsicht in Betracht kommt, und man wird urteilen, daß das Aufgebot der verteilten Gewalten nicht in einem rechten Verhältnis steht zu

seinem Zwecke, für solche Gesetze und keine weiteren die Gewähr zu geben: Montesquieu erklärt nämlich, daß die bürgerliche Freiheit in der Hauptsache von der Güte der Kriminalgesetze abhängt.²

Die Einzelforderungen, die er an die Kriminalgesetze stellt, lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: die Vorschriften des Strafprozesses müssen derart sein, daß kein Bürger zu befürchten braucht, trotz seiner Unschuld verurteilt zu werden, und die Strafen müssen sich nach der besonderen Natur der Verbrechen richten.³

Zu dem Ersten zählt er auf: ein Richter darf nicht in einer Sache Recht sprechen, die ihn persönlich angeht, niemand darf ungehört verurteilt werden, niemand darf auf die Aussage eines einzigen Zeugen, zumal eines Kindes, verurteilt werden, die Verwandten des Anklägers dürfen nicht als Zeugen auftreten, ebenso wenig Sklaven als Zeugen gegen ihren Herrn. Beschuldigungen, deren Urheber sich nicht nennt, können nur ganz ausnahmsweise berücksichtigt werden, z. B. da, wo es sich um das Heil des Fürsten handelt; falsche Zeugen und falsche Ankläger müssen bestraft werden; endlich Ausnahmegerichte dürfen, abgesehen von Scherbengerichten und Bills of attainder, nicht statthaben.⁴

Ausführlicher gehalten und bemerkenswerter ist das, was Montesquieu zu dem Zweiten, über die Verschiedenheit der Strafen sagt, die es verhindern soll, daß ein Bürger über Gebühr oder gar für nichts gestraft werde. Er unterscheidet dazu vier Arten von Verbrechen: gegen die Religion, gegen die Sitten, gegen die Ruhe der Bürger und endlich gegen die Sicherheit der Bürger.⁵

Verbrechen gegen die Religion, so ist seine Ansicht, dürften nur von der Kirche mit deren Strafmitteln geahndet werden; denn daß der Staat die Aufgabe habe, die beleidigte Gottheit zu rächen, sei ein Irrtum, der die Freiheit der Bürger mit Verderben bedrohe. So verneint er also, daß die Ketzerei ein Verbrechen darstelle, das der Staat zu verfolgen habe, und nur um sich selber gegen eine Anfeindung von kirchlicher Seite zu decken, gebraucht er die Wendung: Ich habe hiermit nicht gesagt, daß man die Ketzerei nicht strafen solle, sondern nur, daß man mit ihrer Bestrafung sehr vorsichtig sein muß.⁶ So ganz uneingeschränkt ist aber sein Freisinn trotzdem nicht. Es sei davon abgesehen, daß er zu den berechtigten Strafmitteln der Kirche auch die gesellschaftliche Aechtung zählt.⁷ Ins Gewicht fällt vor allem, daß er, worauf bereits bei dem

XI. Buche hingewiesen worden ist, dem Staate das Recht einräumt, aus politischen Gründen seine Macht für die Glaubenseinheit in seinem Gebiete einzusetzen.⁸

Was er über die Strafen sagt, mit denen die Verbrechen der zweiten und dritten Art zu belegen seien, kann übergangen werden. Beachtung verdient dagegen wieder das, was er über die Strafen für die Verbrechen sagt, die sich gegen die Sicherheit der Bürger richten: sie müssen nach ihm auf den Grundsatz der Wiedervergeltung aufgebaut werden. Also Tod für den, der einem andern Bürger das Leben genommen oder zu nehmen versucht hat. Demselben Grundsätze entsprechend müssen Verbrechen gegen das Eigentum von dem Täter mit dem Verluste seines Vermögens gebüßt werden, aber es kann Gründe geben, davon abzugehen und auch hier die Todesstrafe zu verhängen, denn Verbrecher gegen das Eigentum haben meist selber kein Vermögen.⁹ So kommt er also zu einem Schlusse, der dem Sprichworte bedenklich ähnelt, daß man die großen Diebe laufen läßt, die kleinen aber hängt.¹⁰ Sehr menschlich zeigt er sich dagegen, wenn er die Schuldgesetze des Altertums, die den zahlungsunfähigen Schuldner in die Knechtschaft seines Gläubigers gaben, auf das Entschiedenste tadelt; allerdings beschränkt er seinen Tadel ausdrücklich auf derartige Schuldgesetze in den Republiken, so daß man folgern könnte, daß er gegen ihr Bestehen in Monarchien nichts einzuwenden hätte.¹¹

Daß die Strafe dem Verbrechen angepaßt sein müsse, wenn nicht die bürgerliche Freiheit in Gefahr kommen solle, sucht Montesquieu dann noch besonders an dem Majestätsverbrechen nachzuweisen, ohne sich übrigens dabei darüber auszulassen, zu welcher der von ihm unterschiedenen vier Arten von Verbrechen das Majestätsverbrechen gehöre. Als Majestätsverbrechen, findet er, sei manches bestraft worden, was nicht im geringsten ein solches gewesen sei; er unternimmt es, das mit einer großen Zahl von Beispielen aus der Geschichte von Rom, Byzanz, Syrakus, England, Rußland und China zu belegen. Die meisten dieser Beispiele sind derart wunderlich ausgewählt, daß sie schlecht in ein ernstes Werk hineinpasse und zu einer wirklichen Beleuchtung des Gegenstandes nichts beitragen. Nur vereinzelt finden sich ein paar gute Bemerkungen, daß unbedachte Worte und satirische Schriften ebensowenig zu einem Majestätsverbrechen gestempelt werden

dürften wie eine Kritik von Regierungsmaßnahmen oder Angriffe auf die Minister.¹² Es sind Forderungen, in denen man leicht wieder die Tendenz erkennen kann.

Daß politische und bürgerliche Freiheit miteinander zusammenhängen und die eine ohne die andere nur ein ungesichertes Dasein hat, hat auch Montesquieu erkannt, aber es widerstrebt ihm, diesen einfachen Gedanken ganz einfach wiederzugeben, so daß er ohne weiteres verständlich wäre. Er muß eine Form wählen, die wie ein Orakelspruch eine ganz besonders tiefe Weisheit zu bergen scheint: „Es kann vorkommen, daß die Verfassung frei und der Bürger unfrei ist, so wie der Bürger frei sein kann und die Verfassung nicht. In solchen Fällen ist die Verfassung dem Rechte nach frei, aber der Tat nach unfrei, bezw. der Bürger ist tatsächlich frei, aber rechtlich unfrei.“¹³ Es ist nicht so leicht, sich von einer Verfassung, die „dem Rechte nach frei, aber der Tat nach unfrei“ ist, eine klare Vorstellung zu machen.

Es wäre übrigens zu verwundern, wenn Montesquieu seine Eigenart in diesem Buche verleugnete. Wie er in den berührten Beispielen für eine unrichtige Auffassung des Majestätsverbrechens aufs neue seine unwissenschaftliche Arbeitsweise zeigt, so auch darin, daß er die Gelegenheit an den Haaren herbeizieht, um mit ein paar schlüpfrigen Geschichtchen aus unzuverlässigen Quellen einen gewissen Leserkreis zu ergötzen.¹⁴ Und der Mangel an Ordnung, der sich in dem Aufbau des ganzen Werkes fühlbar macht, tritt auch hier wieder zu Tage, insofern das, was den Gedanken nach zusammengehört, auseinandergerissen ist und an den verschiedensten Stellen steht. So finden sich weiter auch hier Ausführungen, die mit dem, was die Ueberschrift des Buches verspricht, mit „Gesetzen“, die die bürgerliche Freiheit begründen, nichts zu tun haben, wie der Rat an die Republiken, in der Verfolgung ihrer inneren Gegner nicht zu weit zu gehen,¹⁵ und der andere an die Monarchen, ihre Macht maßvoll zu gebrauchen, leutseelig zu sein, sich beliebt zu machen, „kränkende Scherze gegen ihre Untertanen zu vermeiden.“¹⁶

Widersprüche zeigt dagegen dieses Buch weder in sich noch zu den andern. Auffällig ist dagegen, daß es denselben Gegenstand behandelt wie das VI., nur von einem anderen Gesichtspunkte aus.

Die Bestimmungen des Prozeß- und Strafrechtes werden in ihm auf ihren Wert für die Freiheit untersucht, im VI. aber auf die Frage hin geprüft, wie weit sie zu den einzelnen Regierungsformen passen. So fügt sich das XII. Buch mit dem XI. zu einer Einheit zusammen, die sich von der Einheit der ersten acht Bücher deutlich scheidet.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Buch XII usw.

1. XII, 1 Abs. 1, 2 und 4, XII, 2 Abs. 1—2, XII, 4 Abs. 13, XII, 21 Abs. 3.
2. XII, 2 Abs. 2.
3. XII, 2 Abs. 3, XII, 4 Ueberschrift und Abs. 1.
4. XII, 2 Abs. 3, XII, 3 Abs. 1, XII, 6 Abs. 2, XII, 15 und 16, XII, 20 Abs. 1, XII, 22 und 24.
5. XII, 4 Abs. 2; über das Mangelhafte dieser Einteilung vgl. Ancillon a. a. O. 256.
6. XII, 4 Abs. 3—7, XII, 5 Abs. 6.
7. XII, 4 Abs. 4.
8. XXV, 10; vgl. die Zusammenstellung der auf die Toleranz bezüglichen Äußerungen bei Faguet 164 ff.
9. XII, 4 Abs. 12.
10. Vgl. hierzu die Urteile Blackstones IV, Kap. 1, S. 12—14 und 15 f., Ancillon 235 und 253 f.
11. XII, 21.
12. XII, 7—13.
13. XII, 1 Abs. 3.
14. XII, 14; vgl. dazu die spöttische Bemerkung Voltaires im Commentaire (Voltaire-Beuchot Bd. L S. 103).
15. XII, 18; vgl. dazu Ancillon 262: „hier ist nicht von Strafe, sondern Rache die Rede“.
16. XII, 25—28.

Zusammenfassende Beurteilung der Bücher XI und XII.

In den Büchern XI und XII spiegelt sich das Wesen Montesquieus in derselben Weise wieder wie in den früheren. Zunächst treffen wir auf dieselbe Verworrenheit des Denkens. Er ist zur Klarheit weder über den Begriff der politischen Freiheit noch über den Zusammenhang zwischen politischer Freiheit und Staatsform gelangt. Er lehrt, daß die Freiheit ausgeschlossen sei, wenn sich die vollziehende und gesetzgebende Gewalt in einer Hand vereinigt fänden, und behauptet unmittelbar darauf das Gegenteil. Er räumt ein, daß politische Freiheit auch in der Aristokratie und der Demokratie möglich sei, und gibt dann doch ein Urteil über Venedig ab, aus dem gefolgert werden muß, daß sie sich mit jenen beiden Staatsformen nicht vereinigen lasse. Als die drei Gewalten im Staate unterscheidet er im Anfang: die vollziehende, die gesetzgebende und die richterliche Gewalt, und zum Schluß gelangt er zu dem aus Monarchie, Aristokratie und Demokratie gemischten Staate, in dem eine besondere richterliche Gewalt keine Stelle mehr findet. Er verwirft die parlamentarische Regierung als der Freiheit entgegengesetzt und spricht zugleich dem gesetzgebenden Körper das unbedingte Steuerverweigerungsrecht zu, durch das die parlamentarische Regierung ermöglicht wird. Wo er neue Fachausdrücke wie „statue“ oder „gouvernement militaire“ zu prägen versucht, bleibt deren Sinn dunkel oder doppeldeutig.

Sodann verleugnen sich auch in dem XI. und XII. Buche die ständische Gesinnung und die mit ihr verbundene kurzsichtige Selbstsucht nicht, die schon in den ersten Büchern zu erkennen waren. Dem adligen Oberhause, auf eigenem Rechte stehend, wird im wesentlichen die Aufgabe zugewiesen, die Vorrechte des Adels zu vertreten ohne Rücksicht auf das, was das Gemeinwohl fordere. Wurde in den ersten Büchern der Begriff der „Tugend“ in einer

Weise bestimmt, die von einem Geiste Zeugnis legt, wie ihn später die Emigranten betätigt haben, so wird im XI. Buch unumwunden ausgesprochen, daß der Eifer des Adels für die politische Freiheit von den Vorrechten des Adels abhängt, ein Satz, der sich auf die Formel bringen ließe: lieber Vorrechte ohne Freiheit als Freiheit ohne Vorrechte, und nach dem ein großer Teil des französischen Adels tatsächlich gelebt hat, indem er seinen „Liberalismus“ über Bord warf, sobald die Revolution von 1789 über die Ziele der ständischen Bewegung von 1787 hinauszugehen begann. Und nicht minder belastend ist das Eingeständnis, daß die Mitglieder des Oberhauses ein erbliches Eigentum an ihren Sitzen haben müßten, wenn sie auf den Bestand des Oberhauses Wert legen sollten; es hat ebenfalls in der Revolution seine Bestätigung gefunden, als eine Menge adliger Abgeordneter gegen die Einrichtung einer ersten Kammer stimmte, weil sie keine Aussicht hatte, selber in einer ersten Kammer einen Platz zu finden.¹ Endlich darf man nicht außer Acht lassen, was das XII. Buch nicht enthält, indem es die Bedingungen der bürgerlichen Freiheit umschreibt: es sieht die bürgerliche Freiheit neben den adligen Vorrechten, von denen im XI. Buche die Rede war, ausschließlich in einem wohlgeordneten Prozeßverfahren und in einem angemessenen Strafrecht; über die Gleichheit vor der Steuer und die wirtschaftliche Freiheit verliert es kein Wort. Es ist der gleiche adlige Hochmut wie in den ersten Büchern, der kein Empfinden dafür hat, was für die unteren Schichten in Frankreich Taille, Corvée, Feudallasten und die Härten des Zunftwesens bedeuteten.

Den Unklarheiten innerhalb des XI. Buches schließen sich die Widersprüche zwischen ihm auf der einen und den ersten Büchern auf der anderen Seite an, Widersprüche nicht in Nebendingen, wie sie einer gelegentlichen Unaufmerksamkeit zu verzeihen wären, sondern in Fragen grundsätzlicher Bedeutung, wo das Schwanken des Urteils den Mangel einer gefestigten wissenschaftlichen Ueberzeugung offenbart. Sie sind schon zum Teil bei der Inhaltsangabe des XI. Buches berührt worden, mögen hier aber noch einmal zusammengestellt und vervollständigt werden.²

II, 2 Abs. 6 wird gelehrt, daß in der Demokratie das Volk alles das selber tun müsse, was es gut verrichten könne; und indem II, 2 Abs. 27 als ein Grundgesetz der Demokratie verkündet wird, daß

das Volk selber die Gesetze mache, wird es mittelbar auch als fähig dazu anerkannt. XI, 6 Abs. 22 lautet dagegen das Urteil: daß das Volk unmittelbar die gesetzgebende Gewalt ausübe, sei in großen Staaten nicht durchzuführen und in kleinen Staaten wenigstens mit vielen Unzuträglichkeiten verbunden.

II, 4 Abs. 1 und 3 werden Zwischengewalten (Seigneurs, Adel, Geistlichkeit und Städte) als zum Wesen der Monarchie gehörig bezeichnet: wenn man diese Zwischengewalten beseitige, werde man eine demokratische Republik oder eine Despotie erhalten; II, 4 Abs. 8 wird behauptet, daß die Engländer, um die Freiheit zu fördern, bei sich alle Zwischengewalten beseitigt hätten, und V, 19 Abs. 19 wird England als ein Staat angeführt, wo sich die Republik unter der Form der Monarchie berge. XI, 6 wird dagegen die Verfassung Englands als konstitutionelle Monarchie beschrieben, in der der Adel eine bedeutende Stellung einnimmt, und im Abs. 32 wird dem adligen Oberhause als einer Puissance réglante die Mittlerrolle zwischen dem Könige und der Vertretung des Volkes im Unterhaus beigelegt.³

Nach II, 4 Abs. 10 ist für die Monarchie eine Behörde nach Art des französischen Parlamentes als Dépôt des lois notwendig, die die Gesetze verkünde, wenn sie gemacht seien, und sie ins Gedächtnis zurückrufe, wenn man sie vergesse. In XI, 6 ist von einem Dépôt des lois dieser Art nirgends die Rede; die gesetzgebende Gewalt ist dort vielmehr in ganz anderer Weise geordnet.

Der leitende Gedanke des III. Buches ist, daß jeder Regierungsform ein besonderes Prinzip angehöre, auf dem ihre Eigenart und ihre Lebenskraft beruhe. XI, 6 sagt von einem Prinzip der englischen Regierung kein Wort, und es ist auch nicht möglich, unter den drei oder vier Prinzipien eines herauszufinden, das ihr entspreche.⁴

Demokratie und Freiheit werden III, 3 Abs. 5 als schlechthin gleichbedeutend behandelt. XI, 4 heißt es dagegen, daß die Freiheit keineswegs schon durch die Natur der Demokratie gegeben sei.

III, 10 Schlußabsatz wird der Unterschied zwischen der Monarchie und der Despotie dahin bestimmt, daß der Monarch aufgeklärter sei und geschicktere Minister habe als der Despot; nach II, 3 Abs. 6 und III, 10 Abs. 7 ist der Monarch nur durch moralische Schranken und das Prinzip der Ehre gehehmt. XI, 4 und 6 wird dagegen der Unterschied der beiden Regierungsformen in der Ver-

fassung gesehen, die mit der Verteilung der Gewalten dem Monarchen rechtliche Schranken zieht, während dergleichen in der Despotie nicht zu finden ist.⁵

Gelehrte Richter und stehende Gerichtshöfe, die eine feste Ueberlieferung der Rechtsprechung erwarten lassen, werden VI, 1 für die Monarchie als etwas Notwendiges hingestellt, und die Käuflichkeit der Stellen wird V, 19 Abs. 12 verteidigt, weil sie das Richteramt zu einem Familienbesitz mache. XI, 6 Abs. 13—14 wird umgekehrt unter Hinblick auf England gefordert, daß die richterliche Gewalt nicht durch stehende Gerichte und Berufsrichter, sondern ausschließlich durch Geschworene gehandhabt werde.

VI, 5 Abs. 8 wird das Begnadigungsrecht als das schönste Recht der Krone gepriesen. XI, 6 ist von einem solchen Recht der vollziehenden Gewalt nicht die Rede, sondern dem Oberhause wird Abs. 49 die Befugnis zugesprochen, mildernd einzugreifen, wenn sich in einem Einzelfall die von dem Gesetz vorgeschriebene Strafe als zu hart erweisen sollte.

VIII, 21 wird die Lehre vom gemischten Staate abgelehnt. XI, 6 mündet schließlich in diese Lehre ein, die auch die Grundlage dessen bildet, was XI, 11 ff. über die griechischen und römischen Verfassungen gesagt wird; XI, 12 Abs. 5 heißt es ausdrücklich: „La constitution étoit monarchique, aristocratique et populaire“.

In den ersten Büchern wird nur zwischen ausführender und gesetzgebender Gewalt unterschieden;⁶ ihre Verteilung spielt dort noch gar keine Rolle, und VI, 5 Abs. 1—4 wird es sogar ausdrücklich für angebracht erklärt, daß in der Demokratie das Volk, das dort unmittelbar die Gesetze macht und seine Behörden wählt, auch in seiner Gesamtheit über Majestätsverbrechen aburteile, damit auf diese Weise die Freiheit besser geschützt werde. Als Mittel, Gewaltsamkeit zu verhindern, wird V, 14 Schlußabsatz nur empfohlen, die Befugnisse der Beamten nach Umfang und Dauer richtig gegeneinander abzuwägen. Im Anfang von XI, 6 wird dagegen die Verteilung der drei Staatsgewalten als die Grundlage bezeichnet, auf der sich die Freiheit, d. i. die Sicherheit gegen Mißbrauch der Macht aufbaut.

Den ersten Büchern ist der Gedanke an repräsentative Ein-

richtungen noch ganz fremd. Im XI. Buche wird eingehend davon gehandelt, wie er entstanden und auszuführen sei.

So läßt sich also das im XI. Buch Gesagte in wichtigen Punkten nicht mit dem in den früheren Büchern Gesagten vereinigen, und ist es überhaupt unmöglich, die in dem XI. Buch geschilderte Verfassung Englands in der Einteilung der Regierungsformen unterzubringen, die in den ersten Büchern aufgestellt ist.⁷ Es träfe nicht zum Ziele, wollte man einwenden, daß sich ein guter Teil der angeführten Widersprüche sehr einfach dadurch erledige, daß Montesquieu in den ersten Büchern, wo er von der Monarchie spricht, eben nur die Einrichtungen Frankreichs, in dem XI. Buch dagegen die Verfassung Englands beschreibe. Die Wahrheit ist vielmehr die: indem Montesquieu die Verfassung Frankreichs beschreibt, unternimmt er, nicht eine Form der Monarchie neben anderen, sondern die Form der Monarchie schlechthin zu geben, und ganz das Gleiche tut er noch einmal, indem er die Verfassung Englands beschreibt. Allerdings legt er der englischen Verfassung die Eigenschaft, das Muster staatlicher Einrichtungen zu sein, unmittelbar nur insofern bei, als durch sie die politische Freiheit in dem höchstmöglichen Maße verwirklicht werde, aber die Freiheit selber läßt er dann doch weiter als das größte Gut erscheinen: „Alles wäre verloren, wenn derselbe Mensch oder dieselbe Körperschaft der Vornehmen, der Adligen oder des Volkes diese drei Gewalten gleichzeitig ausübte“, also ohne politische Freiheit überhaupt kein Heil, wie denn mit dem Verluste seiner Freiheit England selber untergehen wird. Damit stellt er die konstitutionelle Monarchie Englands der ständischen Monarchie Frankreichs zur Seite: trotz ihrer Verschiedenheit jede das unbedingte Vorbild und beste Muster der monarchischen Regierungsform.⁸ Dieser Widerspruch ist es, auf den der größte Teil der oben angeführten Widersprüche zurückgeht.

Auffallend weichen endlich die ersten Bücher und das XI. Buch dadurch voneinander ab, daß die ersten Bücher den Nachweis versuchen, inwiefern die einzelnen „Gesetze“ durch die Natur und das Prinzip der verschiedenen Regierungsformen bedingt seien, daß sie also nach der Ursache der geschichtlichen Erscheinungen fragen, daß aber im XI. Buche der Standpunkt ein ganz anderer ist. Wenn Montesquieu dem Sinn des Ausdruckes „*esprit des lois*“ als der Bedingtheit der Gesetze treu geblieben wäre, hätte er darlegen

müssen, wie die englische Verfassung notwendig zu dem geworden sei, was sie zu seiner Zeit war, d. h. er hätte ihre Geschichte schreiben müssen; statt dessen betrachtet er sie von dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit, und es gewinnt nach ihm den Anschein, als ob die englische Verfassung ihr Dasein einem anderen Lykurg verdanke, der zu ihr den Plan in klügelnder Arbeit entworfen habe.⁹

Kurz, die ersten Bücher stehen durchweg zu dem XI. Buche sowohl hinsichtlich der Grundauffassung als auch der wichtigsten Einzelfragen in einem so entschiedenen Widerspruch, daß ein Leser, der die einen und das andere nicht als Teile desselben Werkes, sondern als zwei selbständige Schriften in die Hand bekäme und den Namen ihres Verfassers nicht kennen würde, auf den Gedanken kommen müßte, die Arbeiten von zwei verschiedenen Schriftstellern vor sich zu haben.¹⁰

Mit alledem ist der Vorwurf noch nicht berührt worden, der seit langem — und wie allgemein anerkannt wird, mit Grund — gegen das XI. Buch erhoben worden ist, nämlich daß es das Bild der englischen Verfassung grob verzeichnet habe. Dieser Vorwurf richtet sich vor allem dagegen, daß in dem XI. Buche die Dinge so dargestellt sind, als ob der König noch im tatsächlichen Besitz des Vetos gewesen sei, keine parlamentarische Regierung bestanden habe und das Unterhaus aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sei.¹¹ Damit erhebt sich die Frage, wie Montesquieu zu solchen Fehlern gekommen ist, ob er wirklich die englische Verfassung so wenig gekannt hat oder ob er den Sachverhalt mit Absicht und dann natürlich zu einem bestimmten Zweck entstellt hat. Diese Frage verknüpft sich auf das Engste mit der nach den Quellen des XI. Buches.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Zusammenfassende Beurteilung von XI, XII.

1. Vgl. Sieyès, „Qu'est-ce que le tiers état?“ Kap. IV, § 6 am Schlusse; Michelet, „Histoire de la Révolution“ I, 131.

2. Zu solchen Widersprüchen gehört es nicht, daß nach II, 4 Abs. 1 der König die Quelle aller Gewalt ist und die Zwischengewalten nicht nur untergeordnet, sondern auch abhängig sind, daß XI, 6 aber die drei Gewalten: König, Adel und Volk, einander gleichgeordnet sein läßt: wie schon erwähnt, gehen jene Ausdrücke in II, 4 auf das Eingreifen der Zensur zurück.

3. Vgl. Solazzi 149 f.

4. Vgl. Solazzi 60.

5. Vgl. Solazzi 146—150.

6. Vgl. Pül 10, 16.

7. Vgl. Solazzi 151.

8. Vgl. Solazzi 148 f.

9. Vgl. Koch a. a. O. 36: „Man beachtete nicht, was schon Montesquieus Fehler gewesen war, daß die englische Verfassung auf einer langen historischen Entwicklung beruhte und sich den sozialen Verhältnissen entsprechend grade zu dieser Form ausgebildet hatte“, Redslob a. a. O. 196: „Montesquieu hat eine Auffassung der Ereignisse, die keine historische ist ... die vorteilhaften Staatseinrichtungen gelten ihm nicht als das Endglied einer Entwicklungsreihe; sie gelten ihm als von weisen Gesetzgebern in theoretischer Arbeit erdacht“, Solazzi, 191; bemerkenswert ist auch das von Redslob 197 angeführte Urteil Rabauds von Saint-Etienne. Umgekehrt urteilt Hegel, „Philosophie des Rechts“ (Werke herausgeb. von Marheinecke usw. Bd. VIII, S. 26): „... hat Montesquieu die wahrhaft historische Ansicht, den echt philosophischen Standpunkt angegeben, die Gesetzgebung überhaupt und ihre besonderen Bestimmungen nicht isoliert und abstrakt zu betrachten, sondern vielmehr als abhängiges Moment einer Totalität, im Zusammenhange mit allen übrigen Bestimmungen, welche den Charakter einer Nation und einer Zeit ausmachen.“

10. Vgl. Schvarcz, „Montesquieu und die Verantwortlichkeit“: „Im XI. Buche schiebt er ein Bild von Englands Verfassung ein, .. isoliert nach allen Seiten, wie vom Monde herabgefallen in das Staatsleben durchgehends feudalistisch-ständischer Monarchien“, Solazzi 158: Buch XI sei ein isoliertes Fragment, außer Verbindung mit dem übrigen Werke. Man ermißt hiernach,

was das Beweisstück wert ist, das Jellinek für seine Ansicht von der Gewaltentrennung vorbringt: daß Montesquieu die Gewaltenteilung nicht gefordert haben könne, weil er sich dann widersprechen würde. — Daß Faguet den Widerspruch zwischen den ersten Büchern und dem XI. übersehen hat, ist bereits erwähnt, aber auch Hasbach, „Die moderne Demokratie“, S. 18 f. verbindet die einen mit dem andern in nicht zulässiger Weise.

11. Ueber die gesamten Fehler vgl. Koch a. a. O. 22—31; hinzuzufügen wäre noch (vgl. Treitschke, „Das konstitutionelle Königtum in Deutschland“, Hist. und polit. Aufsätze III 432 f.), daß Montesquieu von der Selbstverwaltung kein Wort zu sagen weiß.

Die Quellen des XI. Buches.

Man hat schon verschiedentlich erörtert, ob Montesquieu mit seinem XI. Buche wirklich schöpferische Arbeit geleistet hat oder ob er mit ihm von älteren englischen Schriften in einem solchen Grade abhängig ist, daß sein Anspruch auf Ruhm dadurch um ein Bedeutendes verringert erscheint.¹ Vor allem Locke, dann Swift und Bolingbroke sind in diesem Zusammenhang als die genannt worden, denen er das Wesentliche zu verdanken gehabt hätte. So kommt z. B. Jannsen, der die Beziehungen zwischen Swift und Montesquieu untersucht, zu dem Ergebnis „einerseits, daß die Urheberschaft der ersten und völlig präzisen Theorie von der Dreiteilung der Gewalten, also des Konstitutionalismus, keinem anderen zuerkannt werden dürfe als allein und ausschließlich Swift, andererseits daß die Montesquieusche Aufstellung dieser Theorie ihrem wesentlichen Inhalte nach als eine Reproduktion der selbständigen Gedanken des englischen Autors zu betrachten sei.“²

Was Jannsen für seine Ansicht vorbringt, reicht nun aber keineswegs dazu aus, sie zu beweisen: der Swiftsche „Discourse of the contests and dissensions between the nobles and the commons in Athens and Rome“ ist nirgends über die Lehre vom gemischten Staate hinausgelangt, und die Aehnlichkeiten und Uebereinstimmungen, die Jannsen zwischen ihm und dem XI. Buche des „Esprit des Lois“ zu finden meint, machen es nicht einmal sicher, daß Montesquieu ihn überhaupt gelesen hat.³ Anders verhält es sich mit Bolingbroke und Locke. Mit Bolingbroke hat Montesquieu persönlich verkehrt;⁴ und Bolingbroke entwickelt seine Ansicht von der besten Verfassung, ganz so wie es Montesquieu nach ihm getan hat, an der Hand des englischen Beispiels. Was Locke angeht, so ist es augenscheinlich und wird auch von niemandem bestritten, daß Montesquieu dessen Abhandlung gekannt hat, auch wenn er

sie nirgends erwähnt; und Locke hat bereits die Lehre von drei Staatsgewalten und erläutert sie in stetem Hinblick auf England. So erscheint die Meinung doch nicht so ganz unbegründet, daß Bolingbroke oder Locke die Quelle sei, aus der Montesquieu die grundlegenden Gedanken seines berühmten XI. Buches geschöpft habe; jedenfalls läßt sie sich nicht kurzer Hand abfertigen, sondern verdient sie es, etwas ausführlicher nachgeprüft zu werden. Das soll im folgenden geschehen, nicht in der Weise, daß mehr oder minder zahlreiche Einzelheiten aus dem Zusammenhang gerissen einander gegenübergestellt würden, sondern auf dem Wege, auf dem allein ein gesichertes Ergebnis möglich ist, daß zunächst die Lehren Bolingbrokes und Lockes je als ein Ganzes dargestellt und daran dann der Vergleich mit dem, was wir bei Montesquieu finden, angeschlossen wird. In der gleichen Weise wird darauf auch das Verhältnis des Geistes der Gesetze zu den bisher wenig gekannten Discourses von Sidney untersucht werden.⁵

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Die Quellen des XI. Buches.

1. Vgl. hierzu Vian Kap. XVI, insbesondere S. 211—214.
2. Harry Jannsen, „Montesquieus Theorie von der Dreiteilung der Gewalten im Staate auf ihre Quelle zurückgeführt. Ein Beitrag zur Geschichte der Staatswissenschaft.“ Gotha 1878.
3. Vgl. Piil 56, Solazzi 121 f., die ebenfalls Jannsens Ansicht ablehnen.
4. Vgl. Vian 69, 213.
5. Ob Temple (vgl. Hatscheck, „Englisches Staatsrecht“ I S. 22 f.) mit seinem ungedruckten Werk als Quelle Montesquieus in Betracht kommt und auch auf Sidney Einfluß geübt hat, vermag ich nicht zu beurteilen; nach Solazzi 113, 121 f. wüßte er nichts von den Staatsgewalten, sondern gäbe er nur die Lehre vom gemischten Staat.

Bolingbroke.

Bolingbroke hat seine Verfassungslehre nie im Zusammenhang entwickelt, sondern immer nur bruchstückweise, wie es die Gelegenheit gab. Das Wichtigste ist in seiner „Dissertation upon parties“ und dann in seinen „Remarks on the history of England“ enthalten; in seinen anderen Schriften finden sich nur einzelne, nicht sehr belangreiche Nachträge. Faßt man seine verstreuten Äußerungen zusammen, so ergibt sich als seine Ansicht Folgendes.¹

Im Naturzustande lebten die Menschen in natürlicher Freiheit, d. h. jeder hatte das Recht, nur seinem eigenen Willen zu folgen; aber dieses Recht war nicht gesichert, sondern wurde so vielfach mißachtet, daß tatsächlich Willkür herrschte. Dadurch wurden sie genötigt, den Naturzustand zu verlassen und in eine staatliche Verbindung einzutreten, oder was dasselbe ist, ihre natürliche Freiheit zu vertauschen gegen die gesellschaftliche Freiheit, die, gleichweit entfernt von der Zügellosigkeit des Volkes wie von der Herrschaft der Willkür, die Herrschaft des Gesetzes ist.² Nach reiflicher Ueberlegung und Beratung schlossen sie also miteinander einen Vertrag, durch den sie eine Regierung über sich einsetzten. Von dem Begriffe der Regierung ist nun aber eine stete Gefahr für die Freiheit nicht zu trennen,³ denn die Liebe zur Macht ist den Menschen natürlich: niemals zu sättigen, fast beständig wachsend und niemals durch den Besitz zu befriedigen ist sie für alle eine Versucherin, die ihnen anvertraute Macht zu vergrößern oder wenigstens zu verlängern und sich ihres Genusses zu versichern.⁴ Darum mußte die Regierung wieder in die Schranken einer Verfassung eingeschlossen werden, damit nicht wie vorher die natürliche Freiheit durch die Verderbtheit der Menge, so nun die gesellschaftliche Freiheit durch die Verderbtheit Weniger gefährdet werde.⁵

Auf solche Weise sind alle Regierungen entstanden,⁶ und es ist irrig, zu behaupten, daß die Monarchie nicht auf der Grundlage eines Vertrages beruhe, sondern daß die Unterwerfung unter sie eines ebenso natürlichen Ursprungs sei, wie der Gehorsam eines Kindes gegen seine Eltern, und daß daher die Pflicht, erblichen Monarchen zu gehorchen, das Werk des Naturgesetzes sei. Die Wahrheit ist vielmehr: wenn sich die Menschen auch vielleicht in der ursprünglichen Einfachheit früherer Zeiten freiwillig einer Regierung ohne Verfassung unterwerfen mochten, so entdeckten sie doch jedenfalls bald, daß die Abhängigkeit von dem Willen eines Einzigen das Elend Aller verursache; sie warfen darum das Joch alsbald ab oder machten es leichter, indem sie Republiken errichteten oder die Monarchien beschränkten.⁷

Man hat nun zwischen einfachen und gemischten Regierungsformen zu unterscheiden. Einfache Regierungsformen sind die, wo die höchste Gewalt ungeteilt, unbeschränkt und unbeaufsichtigt in der Hand entweder einer einzelnen Person oder der vornehmsten Personen des Gemeinwesens oder des ganzen Volkskörpers liegt. Sie sind darum Regierungen der Willkür und stehen in schroffem Widerspruch zu dem Beweggrund, sich überhaupt einer Regierung zu unterwerfen. Denn der Zweck, um dessen Willen die Menschen den Naturzustand verlassen, ist, nicht zuweilen der Willkür anderer Menschen ausgesetzt zu sein; diese Regierungsformen aber machen die Willkür zu einer dauernden Einrichtung. Sie entarten nicht zur Tyrannei, sondern sind ihrem Wesen nach Tyrannei. Das gilt nicht nur von der unbeschränkten Monarchie, sondern auch von der Demokratie, die Tyrannei zugleich und Anarchie ist. Die Aristokratie steht in der Mitte zwischen diesen beiden äußersten Gegensätzen, so daß sie notwendig Tyrannei oder Anarchie wird. Die beste Regierungsform muß also aus den drei einfachen zusammengesetzt sein; in ihr sind dann diese derart gemäßigt, daß jede von ihnen das ihr eigentümliche Gute zur Geltung bringt, aber durch die Gegenwirkung der beiden anderen daran gehindert wird, die ihr eigentümlichen Nachteile in die Erscheinung treten zu lassen. Die Schwierigkeit ist nur, das richtige Verhältnis der drei festzusetzen und ihre glückliche Mischung zu einem Ganzen zu treffen; in England ist sie indessen gelöst.⁸

Auch die englische Verfassung ist im eigentlichsten Sinne ein Abkommen, ein unter Bedingungen abgeschlossener Vertrag zwischen dem Könige und dem Volke und zwischen dem Volke und der Körperschaft seiner Vertreter.⁹ Der König hat also keine Stellung eigenen Rechts, sondern ist nichts weiter als der höchste Beamte des Gemeinwesens und diesem zu dienen verpflichtet. Er ist mit der exekutiven Gewalt bekleidet, die nur in der Hand eines Einzelnen liegen kann, aber er ist gehalten, sie nach Maßgabe der Gesetze und Gewohnheiten auszuüben; wenn er befiehlt, verwaltet er also ein ihm anvertrautes Pfand und erfüllt er eine Pflicht, nicht anders als der Untertan, der seinem Befehle gehorcht.¹⁰ Ebenso sind die Vertreter des Volkes das, was dieser Ausdruck besagt: Vertreter, beauftragt, für und nicht gegen das Volk zu handeln.¹¹

Damit nun der König nicht sein Abkommen mit dem Volke brechen kann, ist die höchste oder legislative Gewalt zwischen ihm, dem Ober- und dem Unterhause derart verteilt, daß ohne den König kein Gesetz erlassen werden kann und daß die beiden Häuser die Gesetze vorbereiten und verabschieden oder ihnen zugesandte ablehnen, des weiteren Rat erteilen und Vorstellungen machen und daß endlich die Gemeinen insbesondere über die Staatsausgaben und Steuern entscheiden.¹² Zu demselben Zweck ist es weiter durch die Verfassung angeordnet, daß jeder Teil der Legislative insofern von den anderen unabhängig ist, als er seine Beschlüsse in völliger Freiheit faßt, und doch zugleich insofern abhängig ist, als den anderen die Macht zusteht, seine Handlungen zu beaufsichtigen und ihn, wenn er seine Befugnisse überschreiten sollte, zu hemmen. Das Parlament z. B. erhebt keinen Anspruch auf die exekutive Gewalt, aber die exekutive Gewalt kann nicht ohne seine jährliche Mitwirkung ausgeübt werden. König und Minister sind immer nur wenige Monate ohne Aufsicht, so daß es leicht ist, jedes Uebel schon im Entstehen zu hemmen, alle Schäden in der Verwaltung abzustellen und ungetreue Haushalter in Furcht leben zu lassen.¹³ Auf solche Weise ist ein Gleichgewicht zwischen den drei Teilen der Regierung geschaffen, durch das die Verfassung gesichert wird. Ohne gegenseitige Abhängigkeit wäre jeder Teil imstande, seine Gewalt zu mißbrauchen oder sich weitere anzueignen und damit das Gleichgewicht zu zerstören; ohne ihre Unabhängigkeit würde es überhaupt kein Gleichgewicht geben.¹⁴

Damit die Körperschaft der Vertreter nicht ihr Abkommen mit dem Volke brechen kann, ist es ein erklärtes Recht des englischen Volkes, daß die Wahlen zum Parlament von aller Beeinflussung durch die Krone und überhaupt von aller Bestechung frei sein sollen, auch sucht die Verfassung es weiter zu verhindern, daß die gewählten Abgeordneten einer solchen Beeinflussung verfallen: dem dient vornehmlich die häufige Wiederkehr neuer Wahlen, durch die das Volk die Möglichkeit behält, selber über seine Interessen zu wachen und des Vertrauens unwürdige Vertreter durch bessere zu ersetzen, so daß ein bestochenes Haus der Gemeinen ebenso in Furcht stehen muß vor einem ehrenhaften Volke, wie ein schlechter König in Furcht stehen muß vor einem ehrenhaften Parlament.¹⁵

Zwischen diesen beiden Ständen oder Zweigen der gesetzgebenden Gewalt steht dann als dritter das Haus der Pairs. Es könnte als zu sehr unter dem Einfluß der Krone erscheinen, als daß es noch geeignet wäre, eine Aufsicht über sie auszuüben, da ja die Krone allein befugt ist, Pairs zu schaffen; aber die Männer, die einmal zu Pairs ernannt sind, haben für sich und ihre Nachkommen ein unentziehbares Recht darauf, im Oberhause zu sitzen, zu sprechen und abzustimmen: daher hängt ihr Anteil an der Regierung weder von dem Könige noch von dem Volke ab, und so bilden sie einen Mittelstand und sind sie recht eigentlich Vermittler zwischen den beiden anderen.¹⁶

Auf dieser Mischung von monarchischer, aristokratischer und demokratischer Gewalt zu einem geschlossenen Ganzen und auf diesem Gleichgewicht der drei Stände zueinander beruht die Kraft und Dauer der englischen Verfassung: schwache und boshafte Könige finden eine unüberwindliche Schranke an den Parlamenten, Maßlosigkeiten der Parlamente werden durch die Krone verhindert, beide Häuser wirken im Wechsel aufeinander, um etwaige zu große Hitze zu mildern oder nachlassenden Eifer zu beleben, das Volk zeigt sich auch gegen große Mißstände geduldig, weil es der Zuversicht sein kann, daß die Parlamente in regelmäßigem Verfahren Abhilfe schaffen werden, die Parlamente lassen sich durch die Furcht vor Neuwahlen von freiheitsfeindlichen Maßnahmen zurückhalten.¹⁷ Indem die verschiedenen Teile der Verfassung einander

hemmen und beaufsichtigen, wird die Freiheit des Ganzen gesichert.¹⁸

Gefährdet wird diese Freiheit, wenn der Wille eines Standes die beiden anderen leitet¹⁹ und damit das Gleichgewicht der Macht gestört wird. Von der demokratischen Gewalt ist das nicht zu befürchten: sie reicht nicht dazu aus, die monarchische und die aristokratische zu überragen.²⁰ Ebenso wenig steht zu besorgen, daß die Krone dem Parlament oder eins der beiden Häuser dem anderen zu viel einräume.²¹ Die Gefahr droht vielmehr ausschließlich von Seiten des Königs.²²

Es kann geschehen, daß der König ohne das Parlament zu regieren unternimmt oder daß er die Mitglieder der beiden Häuser besticht und damit die beiden Häuser in eine Abhängigkeit von sich bringt, die im Gegensatz zu der von der Verfassung vorgesehenen Abhängigkeit verfassungswidrig ist. Dann gelangt die Willkür eines Einzigen zur Herrschaft und wird die Verfassung aufgelöst.²³

Damit der König nicht ohne Parlament regieren kann, dürfen ihm die Steuern und Gewalten nicht sogleich für viele Jahre bewilligt werden²⁴ und darf es kein stehendes Heer geben, mit dem er das Mittel erhielte, Gewalt zu gebrauchen.²⁵ Dadurch wird er gezwungen, das Parlament zu häufigen Tagungen einzuberufen.²⁶ Aber um Tyrann zu werden, hat der König nicht einmal nötig, das Parlament zu beseitigen; es genügt dazu vielmehr, daß er durch Bestechung das Parlament seinem Willen gefügig macht, und keine Tyrannei kann strenger sein als die, die im Einverständnis mit dem Parlament und in den Formen einer freien Verfassung geübt wird.²⁷ Die Unabhängigkeit des Parlamentes entscheidet also über die öffentliche Freiheit;²⁸ sie zu schützen, müssen, wie schon erwähnt, die Wahlen zum Unterhaus in Freiheit vor sich gehen, muß es feste Bestimmungen über die Tagungen der Parlamente geben, um zu verhindern, daß ein Parlament so lange zusammengehalten wird, bis seine Mitglieder durch Gaben, Aemter, Pensionen gewonnen worden sind, müssen endlich häufig Neuwahlen stattfinden, damit das Volk ungetreue Vertreter zur Rechenschaft ziehen kann, indem es sie nicht wiederwählt.²⁹

Wenn die Verfassung versagt, bleibt dem Volke, um die Freiheit zu schützen, als letztes Mittel der gewaltsame Widerstand, also wenn sich der König in seinen Uebergriffen durch keine Mahnungen

beirren läßt oder wenn das Parlament an seinem Auftrag, Wächter der Freiheit zu sein,³⁰ zum offenkundigen Verräter wird, indem es seine und des Volkes Rechte in aller Form an den König abtritt. Es ist nicht zutreffend, daß es nichts gäbe, was das Parlament zu tun nicht befugt wäre. Wohl ist die Legislative die höchste und in gewissem Sinne eine unbeschränkte Gewalt, aber Grenzen sind doch auch ihr durch ihren Zweck: das öffentliche Wohl, gesteckt. In dem Fall also, daß das Parlament die Verfassung aufhebt, steht dem Volk die Berufung an den Himmel offen, d. h. die Revolution tritt in ihre Rechte.³¹

Ein weises und tapferes Volk kann also nicht unterdrückt werden; nur, wenn es selber allgemein verderbt ist, ist keine Rettung möglich: wie sich tyrannische Regierungen nicht gegenüber einem weisen und tapferen Volke behaupten können, so müssen freie Regierungen untergehen, wenn das Volk in Luxus und Laster versinkt und dadurch seinen Freiheitssinn einbüßt.³²

Es fällt in die Augen und bedarf keines ausführlichen Nachweises, wie sehr Bolingbroke unter dem Einfluß Lockes steht, den er übrigens auch mehrfach ausdrücklich heranzieht,³³ z. B. schließt sich das, was er über die Entstehung des Staates und über das Recht auf Revolution sagt, ganz an die „Abhandlung über die Regierung“ an. Wie er aber die Tiefe Lockes nicht entfernt ausschöpft, so bleibt er auch hinsichtlich der Lehre von den verschiedenen Gewalten hinter ihm zurück. Er erwähnt die exekutive und die legislative Gewalt; von einer besonderen richterlichen Gewalt weiß er nichts; überhaupt nur einmal und auch da nur beiläufig spricht er von der Verwaltung der Justiz.³⁴ Die Gewalten, auf deren richtiges Verhältnis es für ihn ankommt, sind der monarchische, der aristokratische und der demokratische Bestandteil der Verfassung, verkörpert im König und in den beiden Häusern des Parlamentes; in ihrem Gleichgewicht, das der Herrschaft eines einzigen Willens vorbeugt, erblickt er die Freiheit. Dabei beschäftigt er sich jedoch fast ausschließlich damit, wie Uebergriffe des Königs zu verhindern seien; die Unabhängigkeit des Königs gegen das Parlament zu sichern, kommt für ihn nicht in Betracht.³⁵

Bolingbroke hat also nur die Lehre vom gemischten Staat wiederholt; die Lehre von den drei Staatsgewalten findet sich aber bei ihm nicht. Es kann darum keine Rede davon sein, daß er die

Vorlage für das gebildet habe, was man als den Kern des XI. Buches anzusehen gewohnt ist; und daß gerade durch ihn die alte Lehre von dem gemischten Staat an Montesquieu übermittelt worden sei, wird schwerlich jemand behaupten wollen; nur für ihre Anwendung auf die englische Verfassung könnte er mithin als Quelle in Frage kommen.

Es ist nicht zu leugnen: Montesquieu äußert in Hinsicht auf die englische Verfassung eine Anzahl Gedanken, die sich auch schon bei Bolingbroke finden, wie daß dem Oberhause die Mittlerrolle zwischen dem Könige und dem Unterhause zukomme und daß die Steuern nur auf ein Jahr bewilligt werden dürften. Genau wie Bolingbroke urteilt er ferner, daß jeder Mensch geneigt sei, seine Macht zu mißbrauchen, daß selbst die Tugend ihre Grenzen haben müsse und daß, wie alle menschlichen Dinge, so auch die englische Verfassung nicht auf Ewigkeit zu rechnen habe.³⁶ Es liegt aber kein zwingender Grund vor, hier Entlehnung anzunehmen, zumal jeder kennzeichnende Anklang im Ausdruck fehlt. Man darf sagen: so wenig sichere Spuren vorhanden sind, daß Montesquieu die Swiftsche Schrift gekannt hat, so wenig läßt sich nachweisen, daß er Bolingbroke gelesen hat.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Bolingbroke.

1. Vgl. Bolingbrokes works, herausgegeben von Mallet, B. VI: „Remarks on the history of England“, VII: „On the power of the prince and the freedom of the people“, „Of the constitution of Great Britain“, „The freeholder's political catechism“, „On liberty“, IX: „Dissertation upon parties“, X: „Letters on the spirit of patriotism, and on the idea of a patriot king“, dazu G. Koch, „Absolutismus und Parlamentarismus“ 147—152.

2. „Dissertation“ 182: „true liberty, that is liberty stated and ascertain'd by law, in equal opposition to popular licence and arbitrary will“, weiter gefaßt Freeholder 262: „Liberty consists in laws made by the consent of the people and the due execution of those laws. I am free not from the law, but by the law.“

3. „Remarks“ 10: „a perpetual danger to liberty is inseparable from the very notion of government“, 15: „liberty must always be in some degree of danger under every government“.

4. „Remarks“ 9.

5. „Dissertation“ 144: „It was this depravity of multitudes, as well as their mutual wants, which obliged men first to enter into societies; to depart from their natural liberty; and to subject themselves to government. It was this depravity of the few, which obliged men first to subject government to constitution, that they might preserve social, when they gave up natural liberty, and not be oppress'd by arbitrary will.“ Der Gedanke, der mit „mutual want“ angedeutet ist, ist weiter ausgeführt in „Spirit of patriotism“ 7: „He who considers the universal wants, imperfections and vices of his kind, must agree that men were intended not only for society, but to unite in commonwealths, and to submit to laws. Legum idcirco omnes servi sumus, ut liberi esse possimus.“

6. „Dissertation“ 199: „All public regiment hath arisen from deliberate advice, consultation and composition between men.“

7. „Dissertation“ 145.

8. „Dissertation“ 187: „I will affirm, without the least apprehension of being disproved, that our constitution is brought nearer than any other constitution ever was to the most perfect idea of a free system of government“; 206—209: „By simple forms of government, I mean such as lodge the whole supreme power, absolutely and without controul, either in a single person or in the principal persons of the community or in the whole body of

the people. Such governments are governments of arbitrary will and therefore of all imaginable absurdities the most absurd. They stand in direct opposition to the sole motive of submission to any government whatsoever; for if men quit the state and renounce the rights of nature, (one of which is, to be sure, that of being govern'd by their own will) they do this, that they may not remain exposed to the arbitrary will of other men, the weakest to that of the strongest, the few to that of the many. Now, in submitting to any simple form of government whatever, they establish what they mean to avoid, and for fear of being exposed to arbitrary will sometimes, they chuse to be govern'd by it always. . . . From such observations and many of the same kind and tendency, it hath been concluded very reasonably, that the best form of government must be one compounded of these three, and in which they are all so temper'd, that each may produce the good effects, and be restrain'd by the counterworking of the other two, from producing the bad effects, that are natural to it. This much is evident. But then how to fix that just proportion of each, how to hit that happy temperament of them all in one system, is a difficulty that hath perplex'd the wisest politicians and the most famous legislators. . . . But what the refinements of Roman policy could not do, hath been done in this island." Remarks 138: „thus our limited monarchy became capable of as much perfection, as wisdom and favourable accidents can communicate to any human institution."

9. „Dissertation“ 201 f.: „the whole scheme of our constitution would have been a monstrous absurdity, unless an original contract had been supposed. . . . our constitution is in the strictest sense a bargain, a conditional contract between the prince and the people as it always hath been, and still is, between the representative and collective bodies of the nation.“ — „Remarks“ 55 f.: „the british liberties are not the grants of princes. They are original rights, conditions of original contracts, coequal with prerogative and coeval with our government."

10. „Dissertation“ 134, 220 f.: „a king is really nothing more than a supreme magistrate, instituted for the service of the community, which requires that the executive power should be vested in a single person. He hath, indeed, a crown on his head, a scepter in his hand and velvet robes on his back, and he sits elevated in a throne, whilst others stand on the ground about him . . . but still he holds an office and owes a service. The king, when he commands, discharges a trust and performs a duty, as well as the subject, when he obeys.“ — „Remarks“ 49: „our rightful and lawful king by the consent of his people in parliament, the only good title to the crown of his realms.“ — „Patriot king“ 71: „the notions concerning the divine institution and right of kings, as well as the absolute power belonging to their office, have no foundation in fact or reason“, 87: „ridiculous to affirm, that the idea of human monarchy cannot be preserved, if kings are obliged to govern according to a rule established by the wisdom of a state, that was a state before they were kings, and by the consent of a people that they did not most certainly create.“ — „On the power“ 246: „regal authority signifies with us

no other than a third estate superior to every individual yet inferior to the collective body of the people.“

11. „Dissertation“ 203, 270.

12. „Remarks“ 82: „A king of Great Britain has a negative voice in the legislative. . . . The two houses of parliament prepare, they pass bills or they refuse to pass such as are sent to them. They address, represent, advise, remonstrate. . . . To the Commons it belongs likewise to judge of national expenses and to give supplies accordingly.“ Daß der König nicht auf die negative voice beschränkt ist, sondern auch die Gesetzesinitiative besitzt, geht aus dem Ausdruck „such as are sent“ hervor; vgl. dazu Freeholder 263: „The consent of king, lords and commons is necessary to the being of a law“. Von den beiden Häusern heißt es „Remarks“ 82 noch: „The supreme judicature resides in the Lords. The Commons are the grand inquest of the nation.“

13. „Spirit of patriotism“ 31: „Parliaments are not only, what they always were, essential parts of our constitution, but essential parts of our administration too. They do not claim the executive power. No. But the executive power cannot be exercised without their annual concurrence. How few months, instead of years, have princes and ministers now, to pass without inspection and controul? How easy therefore is it become to check every growing evil in the bud, to change every bad administration, to keep such forms of government in awe, to maintain and revenge, if need be, the constitution?“

14. „Remarks“ 30: „in a constitution like ours, the safety of the whole depends on the balance of the parts, and the balance of the parts on their mutual independency on one another; agreeably to which Thuanus makes Ferdinand say, in answer to the Castilians, who pressed him to take away the independency of the states of Aragon; *Aequilibrio potentiae regni regisque salutem publicam con tineri, et si contingeret aliquando alterum alteri praeponderare, proculdubio alterius aut utriusque ruinam ex eo secuturam*; that the public safety depends on the equal balance of the power of the king and of the power of the kingdom; and that if ever it should happen that one outweighed the other, the ruin of one or of both must undoubtedly follow.“ 82—85, Dissertation 195 f., 202.

15. „Dissertation“ 202—104.

16. „Dissertation“ 204—205: „Between these two estates or branches of the legislative power, there stands a third, the house of peers . . . their share in the government depending neither on the king nor the people, they constitute a middle order and are properly mediators between the other two.“, 228 f.

17. „Dissertation“ 205 f.: „It is by this mixture of monarchical, aristocratical and democratical power, blended together in one system, and by these three estates balancing one another, that our free constitution hath been preserved so long inviolate.“ — „On liberty“ 291 f.: „Our constitution, as now established, is founded on a most excellent model. We have all the advantages of a brisk execution from the monarchical part. From the aristocratical all the

conveniences, which are to be founded in that form of government; and the mischiefs, which usually attend it, where it is absolute and unconfined, are in a great measure blunted by the power of the commons. This is the democratical part of our constitution. Their share in the balance is vastly great, as it must be in all good establishments; and thus we partake of all the benefits and securities to liberty, which result from these different kinds of government.“ — „Patriot king“ 85. — „Remarks“ 82 f.: „If the legislative as well as the executive power was wholly in the king, as in some countries, he would be absolute; if in the lords, our government would be an aristocracy, if in the commons, a democracy. It is this division of power, these distinct privileges attributed to the king, to the lords and to the commons, which constitute a limited monarchy. Again; as they constitute a limited monarchy, so the wisdom of our government has provided, as far as human wisdom can provide, for the preservation of it, by this division of power and by these distinct privileges. If any one part of the three, which compose our government, should, at any time, usurp more power than the law gives or make an ill use of a legal power, the other two parts may, by uniting their strength, reduce this power into its proper bounds or correct the abuse of it; nay, if at any time two of these parts should concur in usurping or abusing power, the weight of the third may, at least, retard the mischief and give chance for preventing it. This is that balance which has been so much talked of; and this is the use of it.“

18. „Dissertation“ 155: „The friends of liberty acknowledge, that a balance of the power, divided among the three parts of the legislature, is essential to our constitution and necessary to support it“, 173: „Must all these forms, instituted to preserve the checks and controuls of the several parts of the constitution on one another, and necessary by consequence to preserve the liberty of the whole, be abandoned therefore and a free constitution be destroy'd, for the sake of some little conveniency or expediency the more, in the administration of public affairs?“, 220: „the balance of the power, on which the preservation of liberty depends“.

19. „Dissertation“ 279.

20. „Dissertation“ 267.

21. „Dissertation“ 220.

22. „Dissertation“ 224: „we shall not be at a loss to determine on which side the danger to liberty in a limited monarchy lies.“

23. „Remarks“ 80: „there are but two ways of depriving the English of their liberties; either by laying aside parliaments or bribing them“, „Dissertation“ 151: „By the corruption of parliament and the absolute influence of a king or his minister we return into that state, to deliver or secure us from which parliaments were instituted, and are really govern'd by the arbitrary will of one man. Our whole constitution is at once dissolved“, 292 f.: „the creation of an anti-constitutional dependency of the two houses of parliament on the crown is as real a subversion of our constitution as an absolute abolishment of parliaments would be.“

24. „Dissertation“ 170.

25. „Dissertation“ 225 ff., Remarks 188 f., 273, Frecholder 278 f.

26. „Dissertation“ 165, 167.

27. „Dissertation“ 152 f.: „The single reign of Henry the eighth will serve to shew that no tyranny can be more severe than that, which is exercised by a concert with parliament; that arbitrary will may be made the sole rule of government, even whilst the names and forms of a free constitution are preserved; that for a prince or his minister, to become our tyrant, there is no need that he, who is master of one part of the legislature, should endeavour to abolish the other two, when he can use upon every occasion the united strength of the whole; there is no need he should be a tyrant in the gross, when he can be so in detail, nor in name when he can be so in effect; that for parliaments to establish tyranny, there is no need therefore to repeal Magna Charta or any other of the great supports of our liberty. It is enough, if they put themselves corruptly and servilely under the influence of such a prince or such a minister.“ — „Remarks“ 125: „The absolute power which Henry the eighth exercised over the purses, lives, liberties and consciences of his people, was due to the entire influence which he had gained over the parliament; and this dependency of the two houses on the king did in effect establish tyranny by law“, 135: „Could Henry the seventh have found means . . . the balance of this government would have been totally lost, though the outward forms of it had been preserved. Our liberty would have been lost by consequence; and our kings with an house of lords and an house of commons and all the appearances of limited monarchs might have been as arbitrary as those princes are, who govern countries, where no such constitution prevails. . . . a dependant exercise of the powers lodged in the two houses of parliament will endanger and may more effectually than any other expedient destroy liberty.“

28. „Dissertation“ 151: „Many securities to liberty are provided; but the integrity, which depends on the freedom and the independen cy of parliament, is the key-stone, that keeps the whole together. If this be shaken, our constitution totters. If it be quite removed, our constitution falls into ruin“, 158: „The preservation of public freedom depends on the preservation of parliamentary freedom“, ebenso 277, Remarks 136.

29. „Dissertation“ 163 f., 166 f., 169, „Remarks“ 79 f. Neben diesen häufig wiederkehrenden Forderungen wird auch einmal, doch mehr beiläufig, die Verantwortlichkeit der Minister erwähnt, „Remarks“ 77: „it is the indispensable duty of a good minister to dissuade his master from all illegal measures; or, if he cannot prevail, to quit his service, rather than suffer himself to be made the instrument of them: and if the commands of the prince were to be allowed a sufficient justification, the prerogative of doing no wrong would be extended to ministers, and nobody would be left accountable for mal administration.“

30. „Dissertation“ 151.

31. „Dissertation“ 168, 270 ff.

32. „Dissertation“ 179 ff., 272 ff., „Patriot king“ 123.

33. „Dissertation“ 168, 271.

34. „Dissertation“ 249. Daneben käme nur noch die Stelle „Remarks“ 310 in Betracht: „The king (Karl I.) had in a manner renounced the constitution; and instead of governing with the assistance and concurrence of a parliament, he governed by illegal acts of power, which the council, the star-chamber and the high commission exercised. There was something still more dangerous to liberty in practice. Not only the government was carried on without law or against law, but the judges were become the instruments of arbitrary power, and that law, which should have been the protection of property, was rendered by their corrupt interpretations of it so great a grievance that the foundations of right were . . never more in danger to be destroyed.“

35. „Remarks“ 11—14.

36. „Spirit of patriotism“ 26: „It may be said, that governments have their periods like all things human; that they may be brought back to their primitive principles during a certain time, but that when these principles are worn out, in the minds of men, it is a vain enterprize to endeavour to renew them“, „Patriot king“ 128: „Absolute stability is not to be expected in any thing human . . . The best instituted governments, like the best constituted animal bodies, carry in them the seeds of their destruction; and though they grow and improve for a time, they will soon tend visibly to their dissolution. Every hour they live is an hour the less that they have to live. All that can be done therefore to prolong the duration of a good government, is to draw it back, on every favourable occasion, to the first good principles on which it was founded“, 132: „but clemency to be a virtue, must have its bounds like other virtues.“

Locke.

Von Lockes beiden „Abhandlungen über die Regierung“ kommt hier nur die zweite in Betracht.¹ Es ist eine Schrift, die in ihrer Form weit hinter der Bedeutung ihres Inhalts zurückbleibt. Trotz allen Mühens ist es Locke nicht geglückt, seines Stoffes so weit Meister zu werden, daß er ihn wirklich übersichtlich gegliedert hätte: Zusammengehöriges ist auseinandergerissen und an verschiedene Stellen verstreut; der Wunsch, ganz klar zu sein und für Mißverständnisse keinen Raum zu lassen, hat zu zahlreichen und ermüdenden Wiederholungen geführt. Das Folgende nimmt darum auf die Kapiteleinteilung bei Locke so gut wie keine Rücksicht, sondern versucht es, die wesentlichen Gedanken seiner Schrift in neuer Ordnung wiederzugeben und dadurch deutlicher zu machen; die Ausdrucksweise Lockes ist dabei so weit wie möglich übernommen.²

Locke beginnt damit, daß er sich gegen die Ansicht wendet, nach der alle Regierung in der Welt nur das Ergebnis von Stärke und Gewalt sei; er beurteilt sie als höchst gefährlich, weil sie den Grund zu Unheil und Aufruhr, zu ewiger Verwirrung und Empörung lege, und hält es darum für notwendig, einen anderen Ursprung der Regierung aufzudecken und damit zugleich das Mittel nachzuweisen, die Personen mit Sicherheit zu erkennen und zu bestimmen, denen die politische Macht, d. i. eben die Regierung von rechtswegen gehöre.³ Er geht dazu bis auf den Naturzustand zurück, dessen Geschichtlichkeit er gegen allen Zweifel gesichert findet.⁴

Im Naturzustande, so heißt es bei ihm, sind die Menschen frei: jeder kann als unbeschränkter Herr seiner Person und seiner Besitztümer handeln, wie er es für am besten hält, ohne daß er die Erlaubnis eines anderen einzuholen braucht.⁵

Diese natürliche Freiheit ist aber kein Zustand der Zügellosigkeit, sondern eine Freiheit innerhalb der durch das Naturrecht gezogenen Schranken. Darin liegt kein Widerspruch zu dem Begriff der Freiheit, denn „wo kein Gesetz ist, ist auch keine Freiheit. Freiheit ist frei sein von dem Zwang und der Gewalttätigkeit anderer, was nicht sein kann, wo es keine Gesetze gibt, nicht aber, wie man sagt, „eine Freiheit für jeden zu tun, was er will“, (denn wer könnte frei sein, wenn ihn die Laune jedes anderen tyrannisieren dürfte?), sondern eine Freiheit, innerhalb der Grenzen der Gesetze, unter denen er steht, über seine Person und Handlungen, seinen Besitz und sein gesamtes Eigentum zu verfügen und damit zu tun, was ihm beliebt, und darin nicht dem eigenmächtigen Willen eines anderen unterworfen zu sein, sondern frei dem eigenen zu folgen.“⁶

Diese natürliche Freiheit ist aber auch ein Zustand der Gleichheit, insofern alle Menschen das gleiche Recht auf die natürliche Freiheit haben und ohne Unterschied zum Genuß derselben Vorzüge und zum Gebrauch derselben Fähigkeiten geboren sind, keiner dem anderen untergeordnet, sondern jeder nur dem Naturrecht unterworfen ist.⁷

Was von jedem wahrhaften Gesetze gilt, daß es nicht bezweckt, die Freiheit zu schmälern oder gar abzuschaffen, sondern sie zu erhalten und zu erweitern, daß es also nur den frei und einsichtig Handelnden in der Richtung seines eigenen Interesses leitet und nur das vorschreibt, was zum Wohle aller derer dient, die unter ihm stehen, das gilt selbstverständlich auch von dem natürlichen Gesetz, das den Naturzustand regiert. Dies Gesetz ist das Gesetz der Vernunft oder schlechthin die Vernunft.⁸

Die Vernunft lehrt nun, daß alle Menschen das Werk eines einzigen allmächtigen unendlich weisen Schöpfers und die Diener eines einzigen unumschränkten Herren sind, in die Welt geschickt auf seinen Befehl und zu seinen Zwecken, sein Eigentum, geschaffen, so lange zu dauern, wie es ihm und nicht einem anderen gefällt, daß sie alle mit den gleichen Fähigkeiten ausgestattet sind, um an einem einzigen gemeinschaftlichen Besitz der Natur teilzuhaben, und daß darum auch unter ihnen keine Unterordnung angenommen werden kann, die sie ermächtigte, einander zu vernichten oder zu schädigen.⁹

Das Naturrecht will also den Frieden und die Erhaltung der ganzen Menschheit. Es verpflichtet daher einen jeden, sich selber zu erhalten und, wo seine Selbsterhaltung nicht in Frage kommt, auch die übrige Menschheit zu erhalten, also auf der einen Seite: nicht sich selber zu vernichten noch, da für seine Erhaltung Freiheit von unbeschränkter willkürlicher Gewalt unbedingt notwendig ist, sich durch Vertrag oder eigene Zustimmung in die Sklaverei eines anderen zu begeben, auf der anderen Seite: nach dem Satze: Was Du nicht willst, das man Dir tu', das füg' auch keinem Andern zu!" das gleiche Recht auf Freiheit auch bei den anderen anzuerkennen und nicht zu beeinträchtigen, also keinem anderen das Leben oder was zur Erhaltung des Lebens dient: Freiheit, Gesundheit, Glieder, Güter zu nehmen oder ihm sonst Böses zu tun.¹⁰

Da nun die Freiheit eine Freiheit innerhalb des Gesetzes ist, setzt sie notwendig die Fähigkeit voraus, das Gesetz zu verstehen, und kann erst mit dieser Fähigkeit eintreten; und da das Naturgesetz erst durch die Vernunft bekannt gemacht oder erkannt wird, kann man von dem, der den Gebrauch der Vernunft noch nicht erlangt hat, auch nicht sagen, daß er unter diesem Gesetz stände. Kinder werden also nicht in der natürlichen Freiheit und Gleichheit geboren, aber sie werden für sie geboren, d. h. so lange sie noch keinen eigenen Verstand haben, um zu wissen, wie weit das Gesetz ihr Führer zu sein hat und sie von ihrer Freiheit Gebrauch machen dürfen, dürfen sie auch noch keinen eigenen Willen haben, dem sie folgen könnten. Es muß sie ein anderer lenken, von dem angenommen wird, daß er weiß, wie weit das Gesetz Freiheit gestattet. Der, der für sie „versteht“, muß auch für sie „wollen“, ihrem Willen die Vorschrift geben und ihre Handlungen regeln. So lange also haben die Eltern eine Art von Herrschaft über sie. Sobald sie aber zu dem Zustande gelangt sind, der ihren Vater zum freien Manne machte, werden sie ebenfalls freie Männer.¹¹

Aus dem Gebot der Selbsterhaltung erklärt sich nun die Entstehung des Privateigentums. Die Erde mit allem, was darinnen ist, den Früchten, die von ihr hervorgebracht, und den Tieren, die von ihr ernährt werden, ist den Menschen zu ihrem Unterhalt und zu dem Genusse ihres Daseins gegeben, und zwar ist sie von Gott der Menschheit in Gemeinschaft gegeben, so daß im Anfange niemand unter Ausschluß der übrigen Menschheit ein besonderes

Eigentum an den Früchten oder Tieren hatte. Früchte und Tiere können aber dem einzelnen Menschen nicht eher zu irgend welchem Nutzen oder überhaupt Vorteil gereichen, ehe er sie sich nicht auf die eine oder andere Weise angeeignet hat. Der Mensch, der sich von ihnen nähren will, muß sie also aus dem Gemeinbesitz herausnehmen, damit sie ihm von Nutzen sein können. Das Recht dazu kann offenbar nicht an die Zustimmung der gesamten Menschheit geknüpft sein, weil die Menschen dann trotz allen Ueberflusses, den ihnen Gott gegeben hat, verhungern würden. Es ist vielmehr die Arbeit, die zuerst ein Eigentumsrecht verleiht. Wie jeder Mensch ein unbeschränktes Eigentum an seiner eigenen Person hat, so auch an der Arbeit seines Körpers und dem Werk seiner Hände. Indem er nun die Früchte sammelt und die Tiere jagt und sie dadurch dem Zustande der Natur entrückt, mischt er sie mit seiner Arbeit, gesellt er ihnen etwas zu, was sein Eigentum ist, gibt er ihnen einen Wert, den sie bis dahin nicht gehabt haben, und macht er sie damit zu seinem besonderen Eigentum. Ebenso ist es die Arbeit, die den Acker, der ohne sie kaum etwas wert wäre, zum Privateigentum macht und gleichsam vom Gemeingut einzäunt. Eine Schädigung der anderen Menschen liegt in solcher Aneignung von Privateigentume nicht. Keines Menschen Arbeit kann sich alles unterwerfen, noch kann sein Genuß mehr verbrauchen als einen kleinen Teil, so daß es für einen Menschen unmöglich ist, auf diesem Wege in die Rechte eines anderen einzugreifen oder sich ein Eigentum zu erwerben zum Schaden seines Nachbarn, der immer noch Gelegenheit hat, einen ebenso großen Besitz zu erwerben wie vorher, d. h. ehe sich jener den seinigen angeeignet hatte. So stellt also das Privateigentum für die Menschen ein weiteres Gut neben Leben und Freiheit dar, und wer nach dem Privateigentum eines anderen trachtet, begeht einen Rechtsbruch, weil er den Nutzen der Arbeit eines anderen begehrt.¹²

Wenn es keine Verderbtheit und Lasterhaftigkeit gäbe, sondern Billigkeit und Gerechtigkeit allgemein beobachtet würden, läge kein Grund vor, den Naturzustand zu verlassen,¹³ aber leider trifft diese Voraussetzung nicht zu; es finden sich immer Menschen, die gegen die Gebote des Naturrechtes handeln. Wer das tut, zerreißt damit als ein gefährliches Geschöpf das Band, das ihn mit den anderen Menschen verknüpfte, und tritt zu ihnen in den Kriegs-

zustand. Die Pflicht der Selbsterhaltung hebt da ihm gegenüber die Vorschrift auf, daß niemand dem anderen Leid zufügen darf. Der Angegriffene darf natürlich der Gewalt mit Gewalt begegnen, um sich zu verteidigen, Vergeltung zu üben und für seinen Schaden Ersatz zu erlangen. Wenn aber in dem Naturzustande, der doch ein Zustand vollkommener Gleichheit ist, einer das Recht, zu strafen, hat, dann haben es alle, und das um so mehr, als eine Verletzung des Naturrechtes die ganze Menschheit und ihren durch das Naturrecht vorgesehenen Frieden trifft. So darf also neben dem unmittelbar Verletzten überhaupt jeder, kraft seines Rechtes, die Menschheit im allgemeinen zu schützen, den Uebeltäter in solchem Maße strafen, wie es erforderlich ist, um sein Vergehen zu sühnen, ihn selber unschädlich zu machen oder doch wenigstens zur Reue zu bringen und dadurch ihn und durch sein Beispiel andere für die Zukunft von ähnlichem Frevel abzuschrecken.¹⁴

Diese allgemeine Straf Gewalt, die notwendig ist, wenn das Naturrecht nicht hinfällig werden soll, hat aber auf der anderen Seite auch wieder etwas sehr Bedenkliches. Da das Naturrecht ungeschrieben und deshalb nirgends zu finden ist als in der Seele des Menschen, ist es dem Gewissen des Einzelnen anheimgegeben, ob sich ein anderer in den Kriegszustand versetzt hat und welche Strafe er dafür verdient. Diese Fragen sollen nicht in Zorn und Rachbegier, sondern nach ruhiger Ueberlegung und im Gefühl der Verantwortlichkeit vor Gott entschieden werden, aber es kann kaum anders sein, als daß sich doch Selbstsucht in eigener und Gleichgültigkeit in fremder Sache, Parteilichkeit und Bosheit geltend machen.¹⁵ So leidet also der Naturzustand an drei Mängeln:

erstens fehlt es an einem festen, geordneten, bekannten und allgemein anerkannten Recht, nach dem alle Streitigkeiten zu entscheiden wären. Das Naturrecht ist allerdings für alle vernünftigen Geschöpfe klar und verständlich, aber Gedankenlosigkeit und Selbstsucht bringen die Menschen nur zu leicht dahin, daß sie es nicht als verbindlich gelten lassen, wenn es auf ihre besonderen Fälle angewandt wird;

zweitens fehlt es im Naturzustande an einem anerkannten und unparteiischen Richter mit der Befugnis, alle Zwistigkeiten nach dem eingesetzten Rechte zu entscheiden;

drittens mangelt es im Naturzustande oft an der Macht, dem Urteil, wenn es gerecht ist, einen Rückhalt zu geben, es aufrecht zu erhalten und ihm die gehörige Vollstreckung zu sichern, so daß das Unrecht häufig triumphiert.¹⁶

Die Folge dieser Mängel ist, daß aus jedem, auch dem kleinsten Zwist der Kriegszustand hervorzugehen pflegt und daß die Menschen das, was sich mit dem allgemeinen Namen Eigentum bezeichnen läßt: Leben, Freiheit, Vermögen, nicht in Sicherheit genießen können, sondern stets in Furcht vor Gefahren leben müssen.¹⁷

Die Vernunft treibt nun die Menschen an, aus dem Unerträglichen einer solchen Lage herauszukommen; sie fassen darum den Entschluß, den Naturzustand zu verlassen und sich zu einem staatlichen Körper zu vereinigen, ein Volk zu bilden unter einer höchsten Gewalt, die nach festen Gesetzen jeden Streit entscheidet und alle Schädigungen sühnt, die einem Mitgliede der Gemeinschaft zugefügt werden. Das bedingt

erstens, daß jeder Einzelne auf seine natürliche Freiheit und Einzelstrafgewalt zu Gunsten der Gesellschaft verzichtet, damit nun statt dieser, wie es das allgemeine Wohl erfordert, Gesetze gibt, sie vollzieht und Schutz gegen alle außerhalb der Gesellschaft gewährt, und

zweitens, daß sich jeder Einzelne verpflichtet, der Gesellschaft zu gehorchen und ihr seine Kräfte zur Verfügung zu stellen, wo das erforderlich sein sollte, um Angriffe auf die Sicherheit abzuwehren und zu bestrafen.¹⁸ Es hieße nun Unmögliches fordern, wenn man eine Willensäußerung der Gemeinschaft von der Zustimmung aller ihrer Mitglieder abhängig machen wollte, und würde die Gemeinschaft auf der Stelle wieder auflösen. Damit die Gemeinschaft als ein Körper, als eine Gemeinschaft handeln und fort dauern kann, wie es durch die Zustimmung aller Einzelnen, die sich zu ihr vereinigen, vereinbart wird, ist es notwendig, daß in ihr der Wille und der Beschluß der Mehrheit entscheidet. Darum schließt der Gesellschaftsvertrag, soll er anders überhaupt Sinn und Zweck haben, die Verpflichtung ein, sich der Mehrheit zu unterwerfen.¹⁹

Auf solche Weise also entsteht der Staat mit seiner politischen Gewalt, d. i. mit seinem Rechte, zum Schutze des Eigentums „Gesetze zu geben mit Todesstrafe und folglich allen geringeren

Strafen, und die Macht der Gemeinschaft zu gebrauchen, um diese Gesetze zu vollziehen und das Gemeinwesen gegen Schädigungen von außen zu schützen, und alles dies allein für das öffentliche Wohl.²⁰ Er ist also weder seinem Wesen noch seinem Zwecke nach etwas völlig Neues: seinem Wesen nach nicht, insofern er nichts weiter ist als die Vereinigung der Gewalten, die die Einzelnen im Naturzustande haben; seinem Zwecke nach nicht, insofern dieser die Erhaltung des Eigentums ist, die schon das Naturrecht gebietet und die nur im Naturzustande nicht gesichert ist.²¹

Wer durch seinen Eintritt in den Staat auf seine natürliche Freiheit verzichtet, gibt damit seine Freiheit nicht überhaupt auf, sondern vertauscht nur seine natürliche Freiheit gegen die staatliche Freiheit. Wie die Freiheit entsprechend ihrem Begriffe im Naturzustande keine Beschränkung erleidet durch das Naturrecht, das dem Menschen gebietet, niemandem zu tun, was er nicht will, das man ihm tue, so ist auch die Freiheit im Staate nicht beschränkt durch das positive Gesetz, durch das jenes Gebot des Naturrechtes eingeschränkt und aufrecht erhalten wird. Oder anders ausgedrückt: wie sich im Naturzustande die Freiheit mit dem Gehorsam gegen das Vernunftgebot deckt, so deckt sie sich im Staate mit dem Gehorsam gegen das diesem Vernunftgebot entsprechende Staatsgesetz.²²

Da die Menschen von Natur frei und gleich und unabhängig sind und folglich niemand ohne seine Einwilligung aus diesem Zustand versetzt und der politischen Gewalt eines anderen unterworfen werden kann, ist dieser Weg der Uebereinkunft der einzige, auf dem sich jemand seiner natürlichen Freiheit entkleidet und die Fesseln politischer Gesellschaft anlegt.²³ Wer dann aber einmal durch tatsächliche Einwilligung und eine ausdrückliche Erklärung seine Zustimmung gegeben hat, einem Staatswesen anzugehören, ist auf ewig und unerläßlich verpflichtet, dessen Untertan zu sein und unabänderlich zu bleiben, und kann nie wieder in die Freiheit des Naturzustandes zurückkehren, wenn nicht die Regierung, unter der er steht, durch ein Unglück aufgelöst oder er von ihr durch öffentlichen Beschluß als Mitglied ausgestoßen wird.²⁴

Nun können aber die Väter durch ihren Vertrag nicht auch ihre Kinder und Nachkommenschaft binden; die Söhne sind vielmehr, sobald sie zu Männern werden, durchaus ebenso frei wie ihre Väter

und können sich als freie Menschen mit Freiheit entscheiden, unter welche Regierung sie sich stellen, mit welchem politischen Körper sie sich vereinigen wollen. Nur durch seine Zustimmung kann also jeder Einzelne von ihnen zum Glied des Staatswesens werden. Das wird nur darum übersehen, weil diese Zustimmung nicht durch eine Menge gleichzeitig und ausdrücklich, sondern von jedem einzeln und stillschweigend gegeben wird. Diese stillschweigende Zustimmung wird von dem gegeben, der irgend einen Teil des Herrschaftsbereiches eines Staates besitzt oder genießt, gleichviel ob dieser sein Besitz oder Genuß in Grund und Boden besteht, der ihm und seinen Erben auf ewig gehört, oder nur in einer Wochenwohnung oder nur in freiem Reisen auf der Landstraße. Denn jeder Mensch, der sich zuerst einem Gemeinwesen einverleibt, unterwirft damit der Gemeinschaft auch seinen Besitz, und wer von da ab in den Genuß irgend eines Teiles des Grund und Bodens tritt, muß damit auch die an diesem haftenden Bedingungen übernehmen, d. h. sich wie jeder andere Untertan der Regierung des Staatswesens unterwerfen, unter deren Herrschaft sich der Grund und Boden befindet. Wer eine solche stillschweigende Zustimmung gegeben hat, wird — anders als der, der sie ausdrücklich erklärt hat — von seiner Verpflichtung gegen die Regierung wieder frei, sobald er durch Schenkung, Verkauf oder sonstwie seinen Besitz aufgibt, und kann dann gehen und sich irgend einem anderen Staatswesen anschließen oder sich über den Beginn eines neuen mit anderen in einem herrenlosen Teile der Welt verständigen.²⁵

Entsprechend der dreifachen Aufgabe des Staates: ein festes allgemein bekanntes Recht zu schaffen, dieses Recht gegen Verletzung zu schützen, und Angriffe, die von außen auf das Gemeinwesen erfolgen, abzuwehren, sind drei Gewalten im Staate zu unterscheiden: 1. die legislative, 2. die exekutive und 3. die föderative.²⁶

Die legislative Gewalt ist die, die ein Recht hat, zu bestimmen, wie die Macht des Staates gebraucht werden soll, um die Gemeinschaft und ihre Glieder zu erhalten. Die exekutive Gewalt ist die, die darauf achtet, daß die erlassenen und in Kraft bleibenden Gesetze vollzogen werden. Die föderative Gewalt ist die Gewalt über Krieg und Frieden, über Bündnisse und alle die Abmachungen mit allen Personen und Gemeinschaften außerhalb des Staates.²⁷

Die legislative Gewalt ist die höchste Gewalt des Staates, von

der die übrigen Gewalten abgeleitet und der sie untergeordnet sind. Sie ist es, die regiert, indem sie nach öffentlich bekanntgemachten und stehenden Gesetzen und durch anerkannte bestallte Richter Recht spricht und überhaupt die Macht der Gemeinschaft verwendet, um im Innern die Gesetze zu vollziehen und gegen außen hin fremdes Unrecht abzuwehren.²⁸ Sie ist aber keine unbegrenzte, willkürliche Gewalt, sondern durch ihre Entstehung und durch ihren Zweck beschränkt. Sie ist entstanden dadurch, daß die Gewalten aller Glieder der Gesellschaft vereinigt wurden, und kann darum nicht größer sein als die Gewalt, die jene Personen im Naturzustande hatten. Sie kann also keine Gewalt haben, die Untertanen zu vernichten, zu unterjochen oder auszusaugen, da niemand im Naturzustande eine unbeschränkte, willkürliche Gewalt über sich oder einen anderen hatte, sein eigenes Leben zu vernichten oder das Leben und Eigentum eines anderen zu nehmen. Ihr Zweck ist das allgemeine Wohl. Sie darf also nicht nach Eingebungen des Augenblicks und unbestimmten Beschlüssen regieren, da sonst die gleiche Unsicherheit wie im Naturzustande herrschen würde, und darf das Eigentum der Untertanen nur in Anspruch nehmen, wenn es im allgemeinen Interesse erforderlich ist und die Mehrheit zustimmt.²⁹ So gibt es also einen Kreis von unveräußerlichen und unzerstörbaren natürlichen Rechten der Einzelnen, der gegen den Geltungsbereich der legislativen Gewalt abgeschlossen ist.

Entsprechend dem, daß die legislative Gewalt die höchste Gewalt des Staates ist, ist die Einsetzung der legislativen Gewalt das erste und grundlegende positive Gesetz aller Staaten. Von ihm hängt die Form des Staates ab. Wenn die Gemeinschaft selber die legislative Gewalt behält, um von Zeit zu Zeit Gesetze zu geben und diese Gesetze durch Beamte ihrer eigenen Wahl zu vollziehen, dann ist die Form der Regierung eine vollkommene Demokratie. Wenn die Gemeinschaft die gesetzgebende Gewalt in die Hände einiger weniger auserlesener Männer und ihrer Erben oder Nachfolger legt, dann ist es eine Oligarchie. Wenn sie sie aber in die Hände eines einzigen Mannes legt, dann ist es eine Monarchie. Durch Verbindung dieser drei Arten miteinander entsteht endlich die zusammengesetzte oder gemischte Regierungsform.³⁰ Wenn das Volk die gesetzgebende Gewalt und mit ihr die höchste Gewalt weggibt, so ist es doch nur ein Auftrag, den es damit erteilt. Es kann diesen

Auftrag allerdings nicht ohne weiteres und nach Laune, aber doch dann zurücknehmen, wenn es findet, daß der oder die Beauftragten dem in sie gesetzten Vertrauen zuwiderhandeln. Für diesen Fall also verbleibt ihm „eine höchste Gewalt, die Legislative zu entfernen oder zu ändern. . . . In dieser Beziehung kann man daher sagen, daß die Gemeinschaft stets die höchste Gewalt ist, nicht aber betrachtet als eine bestimmte Form der Regierung; denn diese Gewalt kann nie in Wirksamkeit treten, als bis die Regierung aufgelöst wird.“³¹

Die Gemeinschaft kann diejenige Form der Regierung einsetzen, die sie für zweckmäßig hält, so daß man also nicht von einer allein rechtmäßigen Form sprechen kann. Es ist ein Irrtum, daß die Regierung von Natur monarchisch gewesen wäre und dem Vater gehört hätte. Wenn sich in der Geschichte die Monarchie als die anfängliche Form zeigt, so läßt sich das nicht darauf zurückführen, daß dem Vater eine Herrschaft über seine Kinder zugestanden hätte. Daß die väterliche Gewalt keine Herrschaft ist, sondern nur eine Vormundschaft, geht daraus hervor, daß sie auch im Staate fortbesteht, wo der Vater selber Untertan ist, und andererseits wegfällt, wenn die Fürsorge für die Kinder aufhört. Wenn sich die Menschen im Anfange für die Monarchie entschieden haben, so ist es gewesen, weil sie durch die väterliche Vormundschaft über die unmündigen Kinder an die Leitung eines einzigen Mannes gewöhnt waren, weil die Monarchie für die einfachste und natürlichste Regierungsform galt, so lange man noch nicht durch ihren Mißbrauch vor ihr gewarnt worden war, und weil sich der Schutz gegen außen als das erste Bedürfnis geltend machte und dafür die Führung durch den klügsten und tapfersten Mann am besten erschien. So war also diese Regierung durch Uebereinkunft des Volkes und zum Zwecke des öffentlichen Wohles gegründet und blieb mit der Führung im Kriege als ihrem wesentlichsten Inhalt weit entfernt davon, unbeschränkt zu sein.³²

Die menschliche Natur ist nun aber immer bereit, nach Macht zu greifen,³³ und so konnte die Erfahrung nicht ausbleiben, daß eine Monarchie leicht unumschränkte Gewalt in Anspruch nimmt und daß ein Fürst durch Ehrgeiz und Ueppigkeit dahin gebracht wird, seine Befugnisse zum Schaden derer, die sie ihm anvertraut haben, zu mißbrauchen. Dadurch sahen sich die Menschen genötigt,

die Grundlage und die Rechte der Regierung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und Wege ausfindig zu machen, um Ausschreitungen in Schranken zu halten; als das geeignete Mittel ergab sich ihnen, der Regierungsgewalt dadurch ein Gegengewicht zu geben, daß sie verschiedene ihrer Teile in verschiedene Hände legten.³⁴

Exekutive Gewalt und föderative Gewalt sind zwar in Wirklichkeit voneinander verschieden, können aber doch kaum getrennt werden und sind denn auch fast immer miteinander verbunden. Denn beide erfordern zu ihrer Ausführung die Macht der Gesellschaft, und wenn sie in die Hände verschiedener, einander nicht untergeordneter und getrennt voneinander handelnder Personen gelegt würden, so würde das die Macht des Staates unter verschiedene Befehle stellen und geeignet sein, früher oder später Verwirrung und Untergang herbeizuführen.³⁵

Wenn die legislative Gewalt eine einzige Person ist, muß sie eine ständige sein und wird sie als höchste natürlich auch die höchste exekutive Gewalt zusammen mit der legislativen haben.³⁶ Damit ist dann die unumschränkte Monarchie gegeben, die mit staatlicher Gesellschaft in der Tat unverträglich ist und eine Form von staatlicher Regierung überhaupt nicht sein kann: der Träger der beiden Gewalten kann sich selbst von dem Gehorsam gegen die Gesetze, die er gibt, ausnehmen und das Gesetz sowohl in seiner Gestaltung als auch in seiner Vollziehung seinem eigenen besondern Vorteil anpassen und dahin gelangen, ein von der übrigen Gemeinschaft verschiedenes, dem Zwecke der Gesellschaft und Regierung widersprechendes Interesse zu verfolgen. Gegen Unrecht von seiner Seite ist keine Berufung an einen unparteiischen Richter möglich er befindet sich in Bezug auf die, die unter seiner Herrschaft stehen, im Naturzustande.³⁷

In wohlgeordneten Staaten sind darum legislative Gewalt und exekutive Gewalt voneinander getrennt. Das ist tunlich, denn da die Legislative nicht immer Arbeiten zu erledigen hat, liegt kein Bedürfnis vor, daß sie eine ständige sei. Die legislative Gewalt ist dort also in die Hand einer Anzahl von Personen gelegt, die gehörig versammelt entweder in sich selbst oder im Verein mit anderen eine Macht haben, Gesetze zu geben, und die sich, sobald dies geschehen ist, wieder trennen und selber denselben Gesetzen unterworfen

sind, die sie gegeben haben, was ein neuer und starker Antrieb für sie ist, die Gesetze zum öffentlichen Wohle zu geben.³⁸ Sie ist dann von der exekutiven Gewalt, die ihrer Aufgabe nach eine ständige sein muß, notwendig getrennt, d. h. die exekutive Gewalt ist dann entweder von der Legislative vollkommen ausgeschlossen oder sie hat doch nur einen Anteil an ihr.³⁹

Wenn die exekutive Gewalt gar keinen Anteil an der Legislative hat, dann ist sie dieser sichtlich untergeordnet und verantwortlich und kann nach Belieben gewechselt und abgesetzt werden. Wenn dagegen mit der Exekutive eine einzelne Person bekleidet ist, die auch einen Anteil an der Legislative besitzt, so hat diese Person keine höhere gesetzgebende Gewalt über sich, da kein Gesetz ohne ihre eigene Zustimmung gegeben werden kann und es nicht zu erwarten ist, daß sie diese gibt, um sich dem anderen Teil der Legislative zu unterwerfen. Sie ist also der Legislative nur so weit untergeordnet und verantwortlich, als sie sich selber einverstanden erklärt und zustimmt.⁴⁰

Wenn die exekutive Gewalt von der legislativen getrennt ist, so besitzt sie die Prärogative, d. h. die Macht, für das öffentliche Wohl nach Gutbefinden ohne Vorschrift des Gesetzes und zuweilen gegen das Gesetz zu handeln. Die Gesetzgeber sind nämlich nicht imstande, alle möglichen Fälle vorzusehen und für alles, was für die Gemeinschaft nützlich sein kann, Vorsorge zu treffen. Wenn nun beim Eintreten eines unvorhergesehenen Falles immer erst die gesetzgebende Gewalt zusammentreten und beraten müßte, würde die Schnelligkeit des Vollzuges darunter leiden. Da darf dann der Vollzieher des Gesetzes seine Macht gebrauchen und zum Wohle der Gemeinschaft die Sache ordnen, bis die Legislative in angemessener Weise versammelt werden kann, um das Weitere zu bestimmen. So darf er z. B. die Einteilung der Wahlkreise mit den Veränderungen der Bevölkerungszahl in Einklang bringen. Es kann sich auch der andere Fall ereignen, daß ein bestehendes Gesetz Schaden anrichten würde, wenn es mit unbeugsamer Strenge bei allen Anlässen und gegen alle Personen, die in seinen Bereich gelangen, vollzogen würde. Da hat dann der Regierende zweckmäßig die Macht, die Strenge des Gesetzes zu mildern und den Uebertreter zu begnadigen. Voraussetzung ist allerdings in dem einen wie dem anderen Falle, daß die Prärogative zum Wohle des Volkes

und nicht offenbar im Gegensatz zu ihm gebraucht wird, denn sie ist nicht ein dem Träger der Exekutive kraft seines Amtes gehöriges Vorrecht, das er nach seinem Belieben ausüben dürfte, um ein von dem öffentlichen Wohle verschiedenes Interesse zu schaffen und zu fördern, sondern eine ihm vom Volke überlassene Gewalt, die er zum Besten des Volkes zu gebrauchen hat.⁴¹

Wenn die Legislative oder ein Teil von ihr aus Vertretern besteht, die gewählt werden, nachher in den gewöhnlichen Zustand von Untertanen zurücktreten und nur durch neue Wahl wieder Vertreter werden, muß diese Wahl vom Volke ausgeübt werden. Diese Wahl findet entweder zu gewissen festgesetzten Zeiten oder auf eine Aufforderung hin statt. Die Macht, diese Aufforderung zu erlassen, wird in der Regel der Exekutive beigelegt, ist aber in Bezug auf die Zeit einer der beiden folgenden Beschränkungen unterworfen: entweder verlangt die Verfassung, daß sich die Legislative zu verschiedenen Perioden versammelt und in Tätigkeit tritt, — dann tut die exekutive Gewalt nichts weiter, als im Dienste der Legislative Weisungen für ihre Wahl und Versammlung nach gebührender Form zu erlassen —, oder es ist der Exekutive anheimgestellt, über das Bedürfnis neuer Gesetze zu urteilen und danach die Aufforderung zu erlassen.⁴²

Was die Tagungen der Legislative anbetrifft, so kann sie sich zu denjenigen Zeiten versammeln und ihre Legislative ausüben, die entweder durch die Verfassung oder durch ihren eigenen Verfassungsbeschluß bestimmt sind, oder falls durch keines von beidem eine Zeit bestimmt ist: falls sie will. Auch ist der Fall möglich, daß die Exekutive die Macht hat, die Legislative einzuberufen und aufzulösen, wie sie das dem Bedürfnisse entsprechend findet.⁴³

Die Macht der Exekutive, zur Wahl der Legislative aufzufordern, die gewählte einzuberufen und aufzulösen, gibt aber der Exekutive keine Oberhoheit über die Legislative; sie ist vielmehr eine ihr für die Sicherheit des Volkes anvertraute Befugnis für Fälle, wo die Ungewißheit und Veränderlichkeit menschlicher Dinge eine feste und stehende Regel nicht zuläßt. Bei der Begründung einer Regierung können nämlich unmöglich alle künftigen Verhältnisse so weit vorausgesehen werden, daß es sich beurteilen ließe, wann und wie lange die Legislative tagen muß, um allen Anforderungen des Staates zu genügen. Wenn man, um

allen Möglichkeiten zu begegnen, bestimmen wollte, daß die Legislative regelmäßig häufig zusammenkäme und lange tage, so könnte das zu einer Last für das Volk werden und müßte mit der Zeit gefährliche Uebelstände hervorrufen. Es können die Dinge zuweilen eine so schnelle Wendung nehmen, daß das sofortige Eingreifen der Legislative erforderlich ist. Es kann die Menge der Geschäfte so groß sein, daß eine im Voraus begrenzte Tagungsfrist nicht ausreicht. Da ist es das beste Hilfsmittel, eine Person, die immer gegenwärtig und mit dem Stande der öffentlichen Angelegenheiten bekannt ist, damit zu betrauen, daß sie die Legislative versammelt und auflöst, und diese Person kann keine andere sein als der Träger der Exekutive.⁴⁴

Die Regierung einer Gesellschaft kann nun auf verschiedene Art in Gefahr kommen und umgestürzt werden. Einmal, wenn sich ein fremder Eroberer den Staat unterwirft; indem damit die Gesellschaft aufgelöst wird, hört natürlich auch ihre Regierung zu bestehen auf. Dann kann die Regierung aber auch von innen aufgelöst werden. Um sich dies deutlicher zu machen, nehme man einen Staat an, wo die Legislative in das Zusammenwirken dreier verschiedener Behörden gelegt ist: 1. einer einzigen erblichen Person, die die beständige höchste exekutive Gewalt und mit dieser die Macht besitzt, die beiden anderen innerhalb gewisser Fristen zusammenzurufen und aufzulösen, 2. einer Versammlung des erblichen Adels, 3. einer Versammlung auf Zeit vom Volke gewählter Vertreter.⁴⁵

Da kann es sich nun ereignen, daß die Legislative die Gewalt, Gesetze zu geben, die ihr vom Volke verliehen ist, anderen Händen überträgt und damit die Form des Staates ändert, oder daß sie dem Zwecke der Gesellschaft, der die Erhaltung des Eigentums ist, entgegenhandelt und den Versuch macht, eine unumschränkte Gewalt über Leben, Freiheit und Vermögen des Volkes entweder selbst an sich zu reißen oder in die Hände eines anderen zu legen. Entgegen dem Zwecke der Gesellschaft, als eine vollständige, freie und unabhängige Gesellschaft erhalten und nach ihren eigenen Gesetzen regiert zu werden, kann es auch geschehen, daß das Volk durch den Fürsten oder durch die Legislative unter das Joch einer fremden Macht überantwortet wird; dafür trifft dann den Fürsten die Hauptschuld, weil er allein in der Lage ist, derartiges durchzuführen,

während die beiden anderen Teile der Legislative für jeden ihrer Beschlüsse seiner Zustimmung bedürfen. Es ist weiter möglich, daß es der Fürst unternimmt, seinen Willen als das Gesetz aufzustellen, daß er also eigenmächtig neue Gesetze einführt und alte umstößt, daß er die Legislative hindert, sich zu versammeln und in Freiheit zu beraten und so ihre Gewalt gehörig auszuüben, daß er das Wahlrecht ohne die Zustimmung und gegen das gemeinsame Interesse des Volkes ändert, daß er die Macht, den Schatz und die Aemter dazu verwendet, entweder um die Vertreter zu bestechen und so für seine Zwecke zu gewinnen oder um die Wähler zu beeinflussen und auf diesem Wege Abgeordnete zu erlangen, die seinen Absichten von vornherein gefügig sind. Endlich ist es auch denkbar, daß der Fürst sein Amt so vernachlässigt, daß bereits gegebene Gesetze nicht länger vollzogen werden können und es keine Verwaltung der Justiz mehr gibt.⁴⁶

Wo nun jemand, wer es auch sei, die Gewalt, die in seine Hände gelegt ist, nicht zum Wohle derjenigen, die unter ihr stehen, sondern zu seinem eigenen besonderen Vorteil gebraucht und nicht das Gesetz, sondern seinen Willen zur Richtschnur macht, da wird die Regierung aufgelöst. Jeder, der so handelt, hört in dieser Beziehung auf, Obrigkeit zu sein, und verliert den Anspruch auf Gehorsam. Wenn also die Legislative die Gewalt, die ihr vom Volke verliehen ist, mißbraucht, erhält das Volk die Freiheit zurück, selber für sich zu sorgen, indem es eine neue Legislative errichtet, die sich von der alten durch den Wechsel der Personen oder der Form oder beider unterscheidet, wie es ihm für seine Wohlfahrt und seinen Nutzen passend erscheint. Und ebenso verwirkt der König seine Gewalt, wenn er das Vertrauen täuscht, das ihm zwiefach mit dem Anteil an der Legislative und mit der Uebertragung der Exekutive erwiesen worden ist. Indem er ungesetzlich und gegen die Zwecke der Gesellschaft handelt, entartet er zum Tyrannen und tritt er zu seinen Untertanen in den Kriegszustand; da ist Widerstand gegen ihn erlaubt wie gegen jeden, der mit Gewalt in das Recht eines anderen eingreift, und das Volk darf die Regierung in solche Hände legen, die ihm eine Bürgschaft bieten für die Zwecke, für die die Regierung zuerst errichtet wurde.⁴⁷

Man kann erwarten, daß diese Lehre von dem Rechte des Widerstandes als unsittlich bezeichnet werden wird. Nach solchem

Urteil dürften sich dann auch ehrliche Leute nicht Räubern und Banditen widersetzen, weil sie damit den Frieden störten. Wie hier die Schuld in Wahrheit nicht auf der Seite der Angegriffenen liegt, so wird auch im Staatsleben der Kriegszustand von denen wieder heraufgeführt, die im Widerspruche gegen die Gesetze wieder Gewalt aufrichten. Sie sind also im wahren und eigentlichen Sinne die Rebellen und begehen das größte Verbrechen, dessen ein Mensch fähig ist. Unmöglich kann aber durch die Schuld eines anderen die Gesellschaft ihr angeborenes und ursprüngliches Recht einbüßen, sich selbst zu erhalten.⁴⁸

Ein anderer Einwand, auf den man gefaßt sein kann, wird lauten, daß diese Lehre von dem Rechte des Widerstandes einen Gärstoff häufiger Rebellion enthalte, ja überhaupt alle staatliche Ordnung auflösen und nichts als Anarchie und Verwirrung übrig lassen werde: keine Regierung werde lange Bestand haben können, wenn man ihre Grundlage in die unbeständige Meinung und unzuverlässige Stimmung des unwissenden und stets unzufriedenen Volkes legen wolle.⁴⁹

Dem ist zu entgegnen: das Recht des Widerstandes wird schon nicht bei jedem unbedeutenden Anlasse angewandt werden. Es wird ruhen, wo durch Anrufung des Gesetzes dem geschädigten Teile geholfen werden kann; und auch da, wo die gesetzliche Abhilfe durch die Obrigkeit abgeschnitten wird, werden sich einzelne, die davon betroffen werden, doch nicht mit Gewalt verteidigen, weil sie sicher sind, sich in einen Kampf zu verwickeln, in dem sie unterliegen müssen. Erst dann also, wenn sich die ungesetzlichen Akte auf die Mehrheit des Volkes erstrecken oder wenn sie, obgleich vorläufig nur gegen Einzelne gerichtet, doch mit ihren Folgen die Allgemeinheit bedrohen, wird das Recht des Widerstandes einsetzen.⁵⁰

Hier wird wahrscheinlich die gewöhnliche Frage gestellt werden: wer soll Richter sein, ob der Fürst oder die Legislative gegen das ihnen geschenkte Vertrauen handeln? Sollen darüber etwa einzelne Unzufriedene und hetzende Demagogen entscheiden dürfen? Die Antwort lautet: das Volk soll Richter sein, das Volk in seiner Gesamtheit. Denn wer anders soll richten, ob sein Vertrauensmann oder Bevollmächtigter gut und dem in ihn gesetzten Vertrauen gemäß handelt, als der, der ihn bevollmächtigt hat, der

also am besten beurteilen kann, wie weit er beabsichtigt hat, daß die übertragene Gewalt reichen sollte, und der dadurch, daß er ihn bevollmächtigt hat, notwendig Macht behält, ihn abzusetzen, wenn er sich in seinem Vertrauen getäuscht sieht.⁵¹ Es steht auch nicht zu befürchten, daß das Volk als Richter übereilt handeln wird, denn es hängt an dem Bestehenden und ist kaum zu bewegen, anerkannte Uebelstände in dem gewohnten Geleise zu verbessern. Es ist für Aufruhr nicht empfänglich und erträgt ohne Murren große Irrtümer auf Seiten des regierenden Theiles, viele ungerechte und nachtheilige Gesetze und alle Versehen menschlicher Unvollkommenheit. Es wird sich daher nicht eher aufrütteln und die Regierung zu ändern versuchen, als nicht eine lange Folge von Mißbräuchen und Ränken durch ihren planmäßigen Zusammenhang deutlich die Absicht eines Anschlages auf die Freiheit verrät.⁵²

In einigen Ländern ist die Person des Fürsten geheiligt und frei von jeder Verantwortung. Der Schade, den er persönlich anrichten kann, wird wahrscheinlich nicht sehr häufig und nicht sehr ausgedehnt sein und jedenfalls reichlich dadurch aufgewogen werden, daß der höchste Beamte außer dem Bereiche der Gefahr steht; dazu, die Verfassung umzustürzen und die Gesamtheit des Volkes zu unterdrücken, ist er aber mit seinen Kräften allein nicht imstande, und seine Unverantwortlichkeit hindert es nicht, daß man denjenigen, die in seinem Auftrage unrechtmäßige Gewalt gebrauchen, Widerstand entgegensetzt und sie zur Rechenschaft zieht. Es kann keine weisere Verfassung geben als diese.⁵³

Es ist also nicht zutreffend, daß die Lehre von dem Rechte des Widerstandes verderblich sei: auch ohne sie werden sich mißhandelte Völker schließlich zur Wehr setzen, wie das ja oft genug geschehen ist; sie aber wird im Gegentheil Umwälzungen vorbeugen, indem sie den Regierenden warnend die Gefahren vor Augen stellt, in die sie sich durch Ungerechtigkeit stürzen.⁵⁴

Die Inhaltsangabe zeigt, daß sich die Abhandlung über die Regierung in der Hauptsache beschreibend verhält; aus dem Naturzustande, der mit seinem Frieden ein frommer Wunsch bleibt und in Wirklichkeit nicht viel anderes als der Krieg aller gegen alle ist,⁵⁵ entwickelt sie in strenger Folgerichtigkeit sowohl die Notwendigkeit und die Art der Staatsgründung als auch den Zweck und den Umfang der Staatsgewalt, um dann in dem Nachweise des Rechtes

zur Revolution zu gipfeln. Indem sie aber daneben Werturteile fällt, und z. B. erklärt, daß in wohlgeordneten Staaten die legislative und die exekutive Gewalt getrennt seien, daß es Gefahr bringe, der Exekutive nicht das Recht beizulegen, die Legislative zu versammeln und aufzulösen, und daß es keine weisere Verfassung geben könne als die Unverantwortlichkeit des Monarchen, stellt sie mittelbar doch ebenso viele Forderungen auf. Rückschließend kann man daher als Lockes Forderungen für einen zweckmäßig eingerichteten Staat bezeichnen:

1. die gemischte Regierungsform. Die reine Demokratie und die reine Aristokratie erwähnt er nur, ohne sich weiter mit ihnen zu beschäftigen; die einfache, d. i. die unbeschränkte Monarchie verwirft er unumwunden.

2. die gemischte Regierungsform in ihrer Ausbildung als beschränkte Monarchie: als Träger der Exekutive und der mit ihr verbundenen Föderative eine einzelne Person, von ihm getrennt als Träger der Legislative eine Versammlung, die für bestimmte Zeiten ganz oder teilweise vom Volke gewählt wird. Ein Monarch als Träger der Exekutive ergibt sich schon aus dem Wesen der gemischten Regierung, da nur so der monarchische Bestandteil seine Stelle finden kann; wo dann weiterhin bestimmter von dem Träger der Exekutive die Rede ist, wird auch immer eine Person: der Regierende oder schlechthin der Fürst genannt. Hinsichtlich der Form der gesetzgebenden Versammlung gibt Locke so geradezu keiner der von ihm erwähnten beiden Möglichkeiten den Vorzug; abgesehen von den Schlüssen, die sich auch hier aus dem Wesen der gemischten Regierung erlauben, deuten aber seine Auslassungen über die Wahlen und sein Hinweis auf England auf die dortige Ordnung als Muster hin.

3. die konstitutionelle und nicht die parlamentarische Monarchie. Ob die mit der Exekutive betraute Person an der Legislative zu beteiligen oder besser von ihr ganz auszuschließen sei, läßt Locke zunächst in der Schwebe. Im weiteren nimmt er aber doch für sie mit Entschiedenheit einen Anteil an der Gesetzgebung in Anspruch, um ihr auf diese Weise eine unabhängige Stellung zu verschaffen: er gibt dem Könige nicht nur mit der Befugnis, die gesetzgebende Versammlung einzuberufen und aufzulösen, ein Recht, das sich mit einer völligen Trennung der Gewalten nicht

verträgt, sondern stellt auch ausdrücklich seine Zustimmung als für jedes Gesetz erforderlich hin.⁵⁶

Wenn man nun das XI. Buch des Geistes der Gesetze mit der Abhandlung über die Regierung durchgehends vergleicht, so stößt man auf eine Reihe auffälliger Uebereinstimmungen. Schon das, was Montesquieu sogleich im Anfange über den Begriff der Freiheit sagt, findet sich zum größten Teile wörtlich bei Locke; der Satz, daß jeder Mensch, der Macht besäße, geneigt sei, sie zu mißbrauchen, deckt sich wenigstens inhaltlich mit dem bei Locke, daß die menschliche Natur immer bereit sei, nach Macht zu greifen.

Beide unterscheiden dann drei Staatsgewalten. Montesquieu weicht hier allerdings darin von Locke ab, daß er das, was Locke als föderative Gewalt bezeichnet, zum Wirkungskreise der ausführenden Gewalt rechnet und andererseits von dieser die Rechtsprechung als besondere richterliche Gewalt abzweigt. Dabei stößt ihm aber in seiner Flüchtigkeit das Mißgeschick zu, daß er die Begriffsbestimmung, die Locke von der föderativen Gewalt gibt, einfach übernimmt, um den Begriff der ausführenden Gewalt zu bestimmen, die er selber doch in Wirklichkeit weiter: als neben der Vertretung nach außen auch die Regierung im Innern begreifend, auffaßt.

Beide erblicken dann das Mittel, die durch den menschlichen Drang nach Macht gefährdete Freiheit zu sichern, darin, daß die Staatsgewalten in verschiedene Hände gelegt würden. Während Locke nun die föderative Gewalt mit der ausführenden vereinigt und demzufolge den Grundsatz der Verteilung nur auf die ausführende und die gesetzgebende Gewalt anwendet, nimmt Montesquieu einen Anlauf, für jede seiner drei Staatsgewalten, also wie für die ausführende und die gesetzgebende, so auch für die richterliche Gewalt einen besonderen Träger zu setzen, um dann aber binnen kurzem die richterliche Gewalt unsichtbar werden zu lassen und verschwinden zu machen und schließlich ganz wie Locke nur die Verteilung von ausführender und gesetzgebender Gewalt auf König, Adel und Volk zu behandeln.⁵⁷

Auch hinsichtlich des Verhältnisses, das zwischen der ausführenden und der gesetzgebenden Gewalt zu bestehen habe, bewegen sich beide in den gleichen Bahnen. Schon Locke beurteilt die Vereinigung beider Gewalten in einer Hand als gefährlich für

die Freiheit und unverträglich mit einem wohlgeordneten Staate, ja als Auflösung und Tod der Regierung. Er überweist die ausführende Gewalt einem Einzelnen, die gesetzgebende Gewalt einer Körperschaft, dem Parlament, bestehend aus einem adligen Oberhause und einem vom Volke gewählten Unterhause. Er findet es aber notwendig, daß die ausführende Gewalt einen Anteil an der gesetzgebenden habe, damit sie dieser nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sei. Er räumt ihr ferner das Recht ein, die Tagungen des Parlamentes zu regeln. Er verlangt endlich für den Träger der ausführenden Gewalt, den Fürsten, die persönliche Unverantwortlichkeit bei Verantwortlichkeit seiner Minister. Kurz die Leitsätze des Konstitutionalismus sind bereits von ihm aufgestellt, und Montesquieu hat sie nur in Einzelheiten weiter ausgestaltet.⁵⁸ Nur eine grundsätzliche Abweichung ist vorhanden: Locke legt, wie erwähnt, dem Könige die Prärogative bei, d. h. die Befugnis, in dringenden Fällen ohne Vorschrift des Gesetzes, ja gegen das Gesetz zu handeln, wenn es nur im allgemeinen Interesse geschehe; er zählt dazu das Recht der Begnadigung. Bei Montesquieu ist von einer solchen Prärogative nicht die Rede; im Gegenteil, er spricht dem Monarchen ausdrücklich die „Faculté de statuer“ ab und überweist das Recht der Begnadigung dem Oberhause.

Dagegen bringt Montesquieu nicht, wie man gemeint hat,⁵⁹ als etwas Neues die Forderung, daß die verschiedenen Gewaltenträger imstande sein müßten, einander zu hemmen, weil sonst die Gewalten wieder vereinigt werden würden. Auch wenn Locke von einer gegenseitigen Hemmung der Gewalten gar nicht spräche, so könnte er sich die Verteilung der Gewalten doch nur insofern als vorteilhaft für die Freiheit gedacht haben, als sie eben die einzelnen Gewalten hemme, tyrannisch zu werden. In einem Falle spricht er aber den Gedanken der Hemmung geradezu aus, wenn er gleich das Wort „hemmen“ selber nicht gebraucht, indem er nämlich auseinandersetzt: die ausführende Gewalt müsse einen Anteil an der gesetzgebenden haben, derart, daß nichts ohne ihre Zustimmung beschlossen werden könne, weil nur dann ihre Selbständigkeit und Sicherheit gegenüber dem Parlamente gewährleistet sei.⁶⁰ Das deckt sich also ganz mit dem, was Montesquieu dafür geltend macht, daß die ausführende Gewalt das Recht haben müsse, „d'arrêter les entreprises du corps législatif“, damit sich dieses

nicht alle erdenkliche Gewalt beilegen und die anderen Gewalten vernichten könne;⁶¹ ihm eigentümlich ist nur, den Gedanken der gegenseitigen Hemmung weiter geführt und mit ihm auch das Aufsichtsrecht des Parlamentes und das Zweikammersystem begründet zu haben.

Ganz ähnlich steht es um einen anderen behaupteten Unterschied, daß nämlich Locke nicht beabsichtigt habe, ein Muster politischer Freiheit zu entwerfen, sondern nur die Revolution von 1688 zu rechtfertigen, Montesquieu dagegen bestrebt gewesen sei, den Nutzen der Gewaltenverteilung für die Freiheit darzutun und das Vorbild einer freien Regierung zu zeichnen.⁶² Das trifft wohl hinsichtlich Montesquieu zu, aber hinsichtlich Lockes nur zum Teil. Allerdings legt Locke das Hauptgewicht darauf, die von ihm beschriebene Verfassung aus dem Naturrechte abzuleiten und ihr so die rechtliche Grundlage zu geben; weit mehr als die Hälfte seiner Schrift ist diesem Nachweise gewidmet; aber der Gedanke der besten Verfassung ist ihm doch keineswegs völlig fremd.⁶³ Es ist ein Irrtum, daß die Abhandlung über die Regierung überhaupt nichts fordere, sondern sich im wesentlichen auf das Beschreiben beschränke, daß sie also, wie man das auch ausgedrückt hat, nur geschichtliche Tatsachen festzustellen unternehme;⁶⁴ genau in der gleichen Form wie Montesquieu, eingeleitet durch ein „es ist notwendig“ oder eine ähnliche Wendung, stellt auch sie ihre Forderungen,⁶⁵ und ebenso wertet sie auch einzelne Einrichtungen, wie die Ueberweisung der ausführenden Gewalt an einen Monarchen und die Teilnahme des Monarchen an der Gesetzgebung von dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit.⁶⁶ Auch hier verhält es sich wieder nur so, daß Montesquieu diese Prüfung auf die Zweckmäßigkeit hin vollständiger durchgeführt hat.

Bei alledem bleibt doch noch ein tiefgreifender Unterschied bestehen. Von Locke ist die ganze Ordnung des Staates auf dem Boden der Volkssouveränität aufgebaut: der König ist durch seinen Anteil an der Gesetzgebung unabhängig vom Parlament, aber die Gemeinschaft bleibt die höchste Gewalt, von der er seinen Auftrag empfangen hat und die darum auch das Recht behält, diesen Auftrag zurückzunehmen, wenn sie ihr Vertrauen getäuscht sieht. Bei Montesquieu steht der König, ebenso wie das Oberhaus, auf eigenem Recht, und sein Thron ist gegen alle Anfechtungen ge-

sichert. Bei Locke ist das Hauptgewicht darauf gelegt, das Widerstandsrecht des Volkes zu begründen und gegen alle denkbaren Einwände zu verteidigen; dahinter tritt die Lehre von der Verteilung der Gewalten einigermaßen zurück. Bei Montesquieu steht diese Lehre im Mittelpunkte, und alles Uebrige dient dazu, sie zu erläutern und im einzelnen auszuführen. Lockes Schrift läuft darauf hinaus, nachzuweisen, wie die Revolution, die die Freiheit aus tyrannischer Unterdrückung errettet, ein Vorgang durchaus rechtlicher Natur sei; Montesquieu untersucht, wie dem vorgebeugt werden könne, daß die Freiheit unterdrückt werde.

Wenn man die Untersuchung auf den Vergleich von Locke und Montesquieu beschränkt, wird man sagen müssen, daß Montesquieu zwar die Lockische Schrift recht weitgehend benutzt, aber doch eine gewisse Selbständigkeit behauptet, ja sogar mit der Aufstellung der Rechtsprechung als einer besonderen Staatsgewalt etwas Neues und Wichtiges geschaffen habe.⁶⁷ Aber es bleibt noch übrig, auch sein Verhältnis zu Sidney zu prüfen.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Locke.

1. John Locke, *Two treatises of government*, davon die zweite mit dem Untertitel *Of civil government*, 1690, Works London 1812, Band V. Die Zahlen im folgenden verweisen auf die Paragraphen. Dazu vgl. die Werke über Locke von Schärer 1860, Fraser 1890, Fechtner 1898, ferner Janet, *Histoire de la science politique* II 198—220, Ranke a. a. O. 258 ff., G. Koch, *Absolutismus und Parlamentarismus* 80—84, Liepmann a. a. O. 56—62.

2. Ich benutze dafür die deutsche Uebersetzung von Hilmar Wilmans, Halle 1906.

3. 1; dem Nachweise, daß Eroberung kein Ursprung des Staates sei, ist dann noch das ganze Kapitel XVI gewidmet.

4. 15, 100—105.

5. 4: „that is a state of perfect freedom to order their actions and dispose of their possessions, as they think fit, within the bounds of the law of nature; without asking leave, or depending upon the will of any other man“, 22: „The natural liberty of man is to be free from any superior power on earth and not to be under the will or legislative authority of man, but to have only the law of nature for his rule.“, 123.

6. 4, 6, 22, 57: „where there is no law, there is no freedom; for liberty is to be free from restraint and violence from others; which cannot be where there is no law: but freedom is not, as we are told,“ a liberty for every man to do what he lists: „(for who could be free, when every other man’s humour might domineer over him?) but a liberty to dispose and order as he lists his person, actions, possessions and his whole property within the allowance of those laws under which he is, and therein not to be subject to the arbitrary will of another, but freely follow his own.“ Vgl. dazu Montesquieu XI, 3: „la liberté politique ne consiste point à faire ce que l’on veut ... Il faut se mettre dans l’esprit ce que c’est que l’indépendance et ce que c’est la liberté. La liberté est le droit de faire tout ce que les lois permettent; et si un citoyen pouvoit faire ce qu’elles défendent, il n’auroit plus de liberté, parce que les autres auroient tout de même ce pouvoir.“

7. 4, 54: „Though I have said above, chap. II, that all men by nature are equal, I cannot be supposed to understand all sorts of equality: age or virtue may give men a just precedency: excellency of parts and merit may place others above the common level ... and yet all this consists with the

equality, which all men are in respect of jurisdiction or dominion one over another; which was the equality I there spoke of, being that equal right, that every man hath, to his natural freedom, without being subjected to the will or authority of any other man.“

8. 6: „The state of nature has a law of nature to govern it, which obliges every one: and reason, which is that law, . . .“; 57: „law, in its true notion, is not so much the limitation, as the direction of a free and intelligent agent to his proper interest, and prescribes no farther than is for the general good of those under that law. . . . So that the end of law is not to abolish or restrain, but to preserve and enlarge freedom“.

9. 6.

10. 5—8, 16, 23.

11. 55, 57—59, 63.

12. Kap. V.

13. 123, 128.

14. 6 ff., 10 ff., 16, 19, 87 ff., 125, 127 f.

15. 7 f., 13, 21, 90, 125, 136.

16. 124—126.

17. 21, 123; über den Begriff des Eigentums im weitesten Sinne s. 87, 173.

18. 13, 21, 85, 87—90, 95, 123 f., 127—131, 136; ein weiterer Beweggrund, den Naturzustand zu verlassen, ist erwähnt 77: „God having made man such a creature, that in his own judgment, it was not good for him to be alone, put him under strong obligations of necessity, convenience and inclination, to drive him into society, as well as fitted him with understanding and language to continue and enjoy it.“

19. 95—99.

20. 3, 65, 69: „a power to make laws, and enforcing them with penalties that may reach estate, liberty, limbs and life“, 87: „the community comes to be umpire by settled standing rules, indifferent and the same to all parties; and by men having authority from the community, for the execution of those rules, decides all the differences that may happen between any members of that society concerning any matter of right; and punishes those offences which any member hath committed against the society, with such penalties as the law has established“, 88 f., 131.

21. 12: „a great part of the municipal laws of countries, which are only so far right, as they are founded on the law of nature, by which they are to be regulated and interpreted“, 135: „for it being but the joint power of every member of the society given up to that person or assembly, which is legislator; it can be no more than those persons had in a state of nature before they entered into society and gave up to the community . . . It is a power that hath no other end but preservation, and therefore can never have a right to destroy, enslave or designedly to impoverish the subjects. The obligations of the law of nature cease not in society, but only in many cases are drawn closer, and have by human laws known penalties annexed to them, to enforce

their observation. Thus the law of nature stands as an eternal rule to all men, legislators as well as others. The rules that they make ... must ... be conformable to the laws of nature, i. e. to the will of God, of which that is a declaration; and the fundamental law of nature being the preservation of mankind, no human sanction can be good or valid against it,“, 171: „Political power is that power, which every man having in the state of nature, has given up into the hands of the society ... with this express or tacit trust, that it shall be employed for their good and the preservation of their property: now this power, which every man has in the state of nature and which he parts with to the society in all such cases where the society can secure him, is to use such means for the preserving of his own property, as he thinks good and nature allows him, and to punish the breach of the law of nature in others, so as (according to the best of his reason) may most conduce to the preservation of himself and the rest of the mankind. So that the end and measure of this power, when in every man's hand in the state of nature, being the preservation of all of his society, that is, all mankind in general, it can have no other end or measure, when in the hands of the magistrate, but to preserve the members of that society in their lives, liberties and possessions.“

22. 22: „The liberty of man, in society, is to be under no other legislative power, but that established, by consent, in the commonwealth; nor under the dominion of any will, or restraint of any law, but what that legislative shall enact, according to the trust put in it. ... freedom of men under government is, to have a standing rule to live by, common to every one of that society, and made by the legislative power erected in it; a liberty to follow my own will in all things, where the rule prescribes not; and not to be subject to the inconstant, uncertain, unknown, arbitrary will of another man: as freedom of nature is, to be under no other restraint but the law of nature“, 57, 59, 135.

23. 15, 95: „The only way, whereby any one divests himself of his natural liberty, and puts on the bonds of civil society, is by agreeing with other men to join and unite into a community“, 99: „that, which begins and actually constitutes any political society, is nothing but the consent of any number of freemen capable of a majority, to unite and incorporate into such a society. And this is that, and that only, which did or could give beginning to any lawful government in the world“, 106, 171: „political power has its origin only from compact and agreement and the mutual consent of those who make up the community“, 173, 175: „Though governments can originally have no other rise than that before mentioned, nor politics be founded on any thing but the consent of the people ..“.

24. 121.

25. 73, 116—121.

26. 143—146, mit denen 3 und 131 übereinstimmen, wo in den drei Aufgaben des Staates die drei Gewalten vorgezeichnet sind. An anderen Stellen (87, 89, 91, 127—130, 132, 136, 150 f., 153, 159) werden nur legislative und exekutive Gewalt unterschieden, an noch einer anderen (88) nur die legis-

lative und föderative, welche letztere dort merkwürdiger Weise als exekutive bezeichnet ist. Die Ansicht Jellineks (Allg. Staatslehre 463, 617), daß Locke auch die Prärogative als eine besondere Staatsgewalt betrachtet habe, scheint mir, wie schon mit 143—146, so auch nicht damit zu vereinigen, daß Locke eine Prärogative nur da erwähnt, wo die exekutive und die legislative Gewalt in verschiedenen Händen liegen, daß für ihn also Legislative, Exekutive und Föderative in allen Staatsformen vorhanden sind, eine Prärogative aber nur in der konstitutionellen Monarchie.

27. 143—146.

28. 131, 134, 136: „The legislative or supreme authority cannot assume to itself a power to rule by extemporary, arbitrary decrees, but is bound to dispense justice and to decide the rights of the subject by promulgated, standing laws and known authorized judges“, 149, 150: „In all cases, whilst the government subsists, the legislative is the supreme power: for what can give laws to another, must needs be superior to him; and since the legislative is no otherwise legislative of the society, but by the right it has to make laws for all the parts and for every member of the society, prescribing rules to their actions and giving power of execution, where they are transgressed; the legislative must needs be the supreme, and all other powers, in any members or parts of the society, derived from and subordinate to it“, 153: „When the legislative hath put the execution of the laws they make into other hands, they have a power still to resume it out of those hands, when they find cause, and to punish for any mal-administration against the laws. The same holds also in regard of the federative power, that and the executive being both ministerial and subordinate to the legislative, which, as has been showed, in a constituted commonwealth is supreme“, 212: „it is in their legislative, that the members of a commonwealth are united and combined together into one coherent living body. This is the soul that gives form, life and unity to the commonwealth: from hence the several members have their mutual influence, sympathy and connexion; and therefore, when the legislative is broken or dissolved, dissolution and death follows: for, the essence and union of the society consisting in having one will, the legislative, when once established by the majority, has the declaring and as it were keeping of that will.“

29. 135 f., 137: „Absolute arbitrary power or governing without settled standing laws can neither of them consist with the ends of society and government, which men would not quit the freedom of the state of nature for and tie themselves up under, were it not to preserve their lives, liberties and fortunes, and by stated rules of right and property to secure their peace and quiet. It cannot be supposed that they should intend, had they a power so to do, to give to any one or more an absolute arbitrary power over their persons and estates and put a force into the magistrate's hand to execute his unlimited will arbitrarily upon them. This were to put themselves into a worse condition than the state of nature .“, 138: „Thirdly, the supreme power cannot take from any man part of his property without his own consent, for the preservation of property being the end of government, and

that for which men enter into society, it necessarily supposes and requires, that the people should have property, without which they must be supposed to lose that, by entering into society, which was the end for which they entered into it“, 139—142, 171.

30. 132: „The majority having, as has been showed, upon men's first uniting into society, the whole power of the community naturally in them, may employ all that power in making laws for the community from time to time and executing those laws by officers of their own appointing; and then the form of the government is a perfect democracy: or else may put the power of making laws into the hands of a few select men and their heirs or successors; and then it is an oligarchy: or else into the hands of one man, and then it is a monarchy . . And if the legislative power be at first given by the majority to one or more persons only for their lives or any limited time, and then the supreme power to revert to them again; when it is so reverted, the community may dispose of it again anew into what hands they please, and so constitute a new form of government: for the form of government depending upon the placing the supreme power, which is the legislative, according as the power of making laws is placed, such is the form of the commonwealth“, 134, 141, 212: „The constitution of the legislative is the first and fundamental act of society . .“

31. 149: „Though in a constituted commonwealth there can be but one supreme power, which is the legislative, to which all the rest are and must be subordinate; yet the legislative being only a fiduciary power, to act for certain ends, there remains still in the people a supreme power to remove or alter the legislative, when they find the legislative act contrary to the trust reposed in them: for all power given with trust for the attaining an end, being limited by that end; whenever that end is manifestly neglected or opposed, the trust must necessarily be forfeited and the power devolve into the hands of those that gave it, who may place it anew where they shall think best for their safety and security. And thus the community perpetually retains a supreme power of saving themselves from the attempts and designs of any body, even of their legislators . . . And thus the community may be said in this respect to be always the supreme power, but not as considered under any form of government, because this power of the people can never take place till the government be dissolved“, 168. Der Ausdruck legislative Gewalt oder Legislative ist bei Locke mehrdeutig, worauf bisher allein Koch, Absolutismus und Parlamentarismus 82 aufmerksam gemacht hat; er bezeichnet dreierlei: erstens die Gewalt des Gemeinwesens überhaupt, die neben der gesetzgebenden Gewalt im engeren Sinne auch die Exekutive und die Föderative umfaßt (so 131, 136), zweitens im Unterschied von der Exekutive und der Föderative die gesetzgebende Gewalt im engeren Sinne (so 143, 153, 159), drittens den Träger dieser letzteren, den gesetzgebenden Körper (so 138, 149, 154—159). Die Legislative in ihrem weitesten Sinne ist also dasselbe wie die „politische Gewalt“, vgl. 3: „Political power, then, I take to be a right of making laws with penalties of death and consequently all less penalties for

the regulating and preserving of property, and of employing the force of the community in the execution of such laws and in the defence of the commonwealth from foreign injury“ und 131: „And so whoever has the legislative or supreme power of any commonwealth, is bound to govern (!) by established standing laws, promulgated and known to the people, and not by extemporary decrees; by indifferent and upright judges, who are to decide controversies by those laws; and to employ the force of the community at home only in the execution of such laws, or abroad to prevent or redress foreign injuries and secure the community from inroads and invasion.“ Die gesetzgebende Gewalt im engeren Sinne ist natürlich immer da gemeint, wo die Frage berührt wird, ob die Exekutive einen Anteil an der Legislative haben müsse; der gesetzgebende Körper dagegen dort, wo von den Versammlungen der Legislative die Rede ist. Nicht in allen Fällen aber läßt es sich mit Sicherheit sagen, in welcher seiner drei Bedeutungen der Ausdruck gebraucht ist; eine Unklarheit, die bei der sonstigen Klarheit Lockes auffällt und die, wenn ich nicht irre, mit seiner politischen Absicht zusammenhängt, indem sie (vgl. Gierke a. a. O. 164) eine zwiefache Souveränität: des Volkes und des Parlamentes, aufstellt.

32. 64 f., 67, 71, 74—76, 86, 94, 105—110, 112.

33. 143: „And because it may be too great a temptation to human frailty, apt to grasp at power, for the same persons, who have the power of making laws, to have also in their hands the power to execute them; whereby they may exempt themselves from obedience to the laws they make, and suit the law, both in its making and execution, to their own private advantage . .“, vgl. Montesquieu XI, 4 Abs. 1: „c'est une expérience éternelle, que tout homme qui a du pouvoir est porté à en abuser“ und XI, 6 Abs. 4: „Lorsque dans la même personne ou dans le même corps de magistrature la puissance législative est réunie à la puissance exécutive, il n'y a point de liberté, parce qu'on peut craindre que le même monarque ou le même sénat ne fasse des lois tyranniques pour les exécuter tyranniquement.“

34. 94, 107: „to think of methods of restraining any exorbitances of those, to whom they had given the authority over them, and of balancing the power of government, by placing several parts of it in different hands“, 111: „men found it necessary to examine more carefully the original and rights of government and to find out ways to restrain the exorbitances and prevent the abuses of that power, which they having intrusted in another's hand only for their own good, they found was made use of to hurt them.“

35. 147 f.

36. 153.

37. 90: „absolute monarchy, which by some men is counted the only government in the world, is indeed inconsistent with civil society, and so can be no form of civil government at all . . . where ever any persons are, who have not such an authority to appeal to for the decision of any difference between them, there those persons are still in the state of nature; and so is every absolute prince, in respect of those who are under his dominion“, 91,

93, 137, 143, 174: „absolute dominion, however placed, is so far from being one kind of civil society, that it is as inconsistent with it, as slavery is with property.“

38. 138, 143, 159.

39. 144, 151—153.

40. 151: „In some commonwealths, where the legislative is not always in being, and the executive is vested in a single person, who has also a share in the legislative; there that single person in a very tolerable sense may also be called supreme; not that he has in himself all the supreme power, which is that of law-making; but because he has in him the supreme execution, from whom all inferiour magistrates derive all their several subordinate powers or at least the greatest part of them: having also no legislative superiour to him, there being no law to be made without his consent, which cannot be expected should ever subject him to the other part of the legislative, he is properly enough in this sense supreme“, 152: „the supreme executive power vested in one, who having a share in the legislative, has no distinct superiour legislative to be subordinate and accountable to, farther than he himself shall joint and consent; so that he is no more subordinate than he himself shall think fit, which one may certainly conclude will be but very little.“ (vgl. auch 218). Die Wiedergabe bei Ranke a. a. O. 259 ist nicht ganz genau; geradezu ein sinnentstellender Uebersetzungsfehler liegt vor bei Redslob 222.

41. 157—161, 163 f., 166 f.

42. 154. Der Fall, daß das Volk die Legislative zu gewissen Zeiten ohne Aufforderung zu wählen habe, wird deutlich von dem anderen unterschieden, daß die Verfassung verlange, daß sich die Legislative in verschiedenen Zeitabschnitten versammele und in Tätigkeit trete, wo dann eine Aufforderung zur Wahl durch die Exekutive erforderlich sei. In dem ersten, so ist offenbar Lockes Meinung, ist die Wahl ein für alle Mal auf einen bestimmten Zeitpunkt (etwa den ersten Januar jeden fünften Jahres) festgesetzt, in dem anderen ist nur ein Zeitraum (etwa ein Jahrfünft) vorgeschrieben, der nicht ohne Parlementswahl und Tagung verstreichen dürfe, innerhalb dessen aber die Exekutive Spielraum habe. Im dritten Falle endlich hängt Wahl und Versammlung des Parlamentes ganz von dem Urteil der Exekutive über das Bedürfnis neuer Gesetze ab.

43. 153, 156.

44. 156; vgl. Montesquieu XI, 6 Abs. 41: „D'ailleurs, il y a des temps plus convenables les uns que les autres pour l'assemblée du corps législatif: il faut donc que ce soit la puissance exécutive qui règle le temps de la tenue et de la durée de ces assemblées, par rapport aux circonstances qu'elle connoit.“

45. 211—213. Nach Locke hätte man sich die Entstehung der englischen Verfassung in folgender Weise zu denken: zuerst hat sich durch den Gesellschaftsvertrag die Legislative oder politische Gewalt gebildet (87 ff., 127, 129 ff., 171); die Gemeinschaft hat dann aber diese Gewalt nicht behalten, sondern in die Hände gelegt, die ihr geeignet erschienen sind: des Parla-

mentes, d. i. des Königs und des Ober- und Unterhauses, und damit als Regierungsform die konstitutionelle Monarchie bestimmt (132, 134, 136, 141, 143, 171). An diese Verfassung ist sie nun selber gebunden, d. h. sie hat für deren Dauer auf die Macht, zu handeln, verzichtet (132, 134, 157, 212, 243). Inhaber der Souveränität ist von nun ab das Parlament, das aber doch insofern beschränkt ist, als es nicht gegen den Zweck der Gesellschaft handeln und auch nichts an der Verfassung, dem Verhältnisse seiner drei Teile ändern darf (134—143, 171). Das Parlament hat dann, weil es nicht ständig versammelt ist, die Exekutive aber eines ständigen Trägers bedarf, die mit der Föderative verbundene Exekutive nicht behalten, sondern den König mit ihr beauftragt (143 f.). Es ist befugt, diesen Auftrag zurückzunehmen (152 f.), nur daß dazu die Uebereinstimmung seiner drei Teile erforderlich ist und es nicht zu erwarten steht, daß der König als Teil der Legislative seine Zustimmung geben wird (151 f., 218); in diesem Zusammenhange kann die Exekutive, die an sich der Legislative untergeordnet ist, ebenfalls als höchste Gewalt bezeichnet werden (151). Wird die Legislative aufgelöst, d. h. die Verfassung umgestürzt, tritt die Souveränität der Gemeinschaft, die bis dahin geruht hat, wieder in ihre Rechte (149, 155, 168, 212, 220, 222, 240).

46. 141 f., 212, 214—219, 221 f.

47. 17, 20, 151, 155, 168, 199—202, 205, 212, 220, 222, 225 ff., 230, 232, 237, 239.

48. 196, 220, 226 ff., 230.

49. 168, 203, 223 f., 228.

50. 168, 207—210, 225, 230.

51. 240, 242.

52. 223, 225, 230.

53. 205 f.: „As, in some countries, the person of the prince by the law is sacred; and so, whatever he commands or does, his person is still free from all question or violence, not liable to force or any judicial censure or condemnation . . . for the harm he can do in his own person not being likely to happen often, nor to extend itself far nor being able by his single strength to subvert the laws nor oppress the body of the people . . . but this privilege belonging only to the king's person, hinders not, but they may be questioned, opposed and resisted, who use unjust force, though they pretend a commission from him, which the law authorized not“; vgl. Montesquieu XI, 6 Abs. 45 und 46: „Le corps législatif ne doit point avoir le pouvoir de juger la personne et par conséquent la conduite de celui qui exécute . . . Mais comme celui qui exécute ne peut rien exécuter mal sans avoir des conseillers méchants . . . ceux-ci peuvent être recherchés et punis“.

54. 168, 224, 226.

55. Locke erklärt 19, daß Naturzustand und Kriegszustand weit voneinander verschieden seien, gibt aber 21 zu, daß im Naturzustande der Kriegszustand das Ende jedes auch des kleinsten Zwistes zu sein pflege und daß die Menschen den Naturzustand verließen, um diesen Kriegszustand zu vermeiden, und kennzeichnet weiterhin die unbeschränkte Herrschaft bald als Naturzustand (13 f., 90 f.), bald als Kriegszustand (17, 24, 232, 239, 242).

56. Vgl. Ranke a. a. O. 258 ff.

57. Vgl. Piil 58—63, der aber zu weit geht, wenn er nun Locke und Montesquieu in völliger Uebereinstimmung findet.

58. Vgl. Piil 58 ff., Solazzi S. 120 und den § 8 des Cap. IV. Rehm, Allg. Staatslehre 236 macht mit Recht darauf aufmerksam, daß nach Locke der König ein Teil der Legislative ist, nach Montesquieu dagegen nur Anteil an ihr hat; wie er weiter urteilt, ist es aber nur unbewußt gewesen, daß Montesquieu damit den Gegensatz von Legislative in objektivem und subjektivem Sinne anerkannt habe; für die Frage, um die es sich hier handelt, kommt darum dieser Punkt nicht in Betracht.

59. Soolazzi 128 f., 143, Redslob 190, ähnlich auch Richard Schmidt, Allg. Staatslehre I, 66.

60. 152; vgl. auch 107.

61. XI, 6 Abs. 42.

62. Solazzi 137 ff., 141—144.

63. Vgl. das Urteil Gierkes a. a. O. 303 Anm., daß Locke und Montesquieu beide den Gedanken einer allein zweckmäßigen Verfassung ausgebildet hätten.

64. Vgl. Jellinek (Eine neue Theorie usw., a. a. O.), der sich in diesem Fall an den Buchstaben klammert und mit Entschiedenheit erklärt: „Locke fordert überhaupt nichts, sondern beschränkt sich im wesentlichen aufs Beschreiben“, Solazzi 129, Rehm, Allg. Staatslehre 237; das Richtige steht natürlich schon bei Ranke, a. a. O. 259: „Locke dringt mit Nachdruck auf die Konstituierung einer unabhängigen executiven Gewalt“.

65. Vgl. 143 (XI, 6 Abs. 31), 144, 153 (XI, 6 Abs. 39 und 36), 154 (XI, 6 Abs. 22), 159.

66. Vgl. 143, 146, 152, 156, 159 f

67. Ueber die Bedeutung dieses Neuen und das Verdienst, das sich Montesquieu mit ihm um die Wissenschaft erworben habe, äußert sich Richard Schmidt, allg. Staatslehre I, 66 f. wie folgt: „Erst Montesquieu erkennt neben Legislative und Exekutive eine dritte Grundfunktion in der Justiz; und ein leichtes Nachdenken zeigt, daß die Beauskunftung dessen, was im Einzelfalle rechtens ist — d. h. gerade das, was die Justiz zu leisten hat, — für die unteren Behörden nichts anderes bewirkt, als jene hemmende Tätigkeit eines Volksorgans neben den obersten Vertretern der Exekutive. Hemmende und richterliche Gewalt beginnen sich schon hier zu der Grundbetätigung einer Rechtsbeaufsichtigung oder Rechtskontrolle, wie man heute sagen kann, zusammenzuschließen. . . Montesquieu hatte die Zweiteilung der Gewalten durch die Dreiteilung ersetzt und wollte sie auch in der äußeren Sonderung der damit betrauten Organe in voller Schärfe durchgeführt wissen. Hatte schon Locke verlangt, daß gesetzgebende und ausführende Gewalt in zwei verschiedenen Händen liegen müßten, so verlangte Montesquieu nicht weniger konsequent, daß auch die richterliche Gewalt besonderen Individuen übergeben werde. . . Der Geist der Gesetze birgt einen der fruchtbarsten politischen Gedanken der gesamten neueren Staatslehre. Denn die Forderung

einer organisatorischen Sonderung von drei Gewalten ist keineswegs nur die Reproduktion der Gedanken Lockes, sondern ein entscheidender Schritt darüber hinaus. Er bedeutet das Aufklären des Verständnisses dafür, daß die gesetzgeberische Bindung der Staatsgewalt allein noch nicht genügt, um den Rechtsstaat praktisch zu realisieren, sondern daß dazu erst die Schaffung formeller Rechtsgarantien kommen muß.“ Immerhin darf nicht übersehen werden, daß auch Locke (z. B. 131, 136) auf eine gesicherte, unbeeinflusste Rechtsprechung dringt; über den Einfluß von Grotius in diesem Punkte vgl. Ranke a. a. O. 263, über Buchanan Solazzi 110.

Sidney.

Locke hat sich seinen Stoff in der Weise zurechtgelegt, daß er in seiner ersten Abhandlung die Lehre bekämpft, die von Filmer in seinem Werke „Patriarcha“ aufgestellt war, in der zweiten, viermal so umfangreichen, dann seine eigene Lehre entwickelt. Sidney führt den Kampf gegen Filmer durch zwei starke Bände hindurch; indem er die Behauptungen des Gegners bis in alle Einzelheiten hinein zu widerlegen unternimmt und sich dabei in ermüdende Wiederholungen verliert, gelangt er nicht dazu, seine eigene Ansicht vom Staate und dem Wesen der englischen Verfassung im Zusammenhange auseinanderzusetzen: nur in zahlreichen Einzelbemerkungen, die über beide Bände verstreut sind, gibt er sie zu erkennen. Was er gegen Filmer vorbringt, hat für die damalige Zeit seine Bedeutung gehabt; für die Frage nach den Quellen Montesquieus braucht es ebenso wenig berücksichtigt zu werden, wie die erste Abhandlung Lockes; da kommen vielmehr nur jene verstreuten Bemerkungen in Betracht. Aehnlich wie bei Bolingbroke wird der Gang der Untersuchung also sein müssen, sie zu einem übersichtlichen Ganzen zu ordnen und daran dann wieder den Vergleich mit dem Geiste der Gesetze anzuschließen.¹

Sidney unterscheidet zwischen legitimen Regierungen und solchen, die nicht legitim sind und die er als Tyrannis bezeichnet.

Ursprünglich lebten die Menschen völlig unabhängig von einander; jeder hatte die gleiche Freiheit wie der andere, nach seinem Ermessen für seinen und seiner Familie Unterhalt zu sorgen. Aber sie konnten sich doch in ihrer Vereinzelung nicht alles, was zu den Bequemlichkeiten des Lebens notwendig war, in genügender Menge verschaffen. Und mit der Zeit wurde zudem ihre Zahl so groß, daß sie sich gegenseitig störten und gefährdeten. Jeder hatte und beanspruchte das gleiche Recht auf alle Dinge wie die

anderen, und es gab keinen höheren, der ihre Streitigkeiten geschlichtet hätte; jeder mußte den anderen fürchten und hatte, um für seine Sicherheit zu sorgen, nur seine eigene Kraft zur Verteidigung. Die Freiheit des einen stand also der Freiheit des anderen im Wege, und alle lebten in steter Beunruhigung.

Um besser für ihre Bequemlichkeit und Sicherheit zu sorgen und den Unordnungen zu steuern, fanden sie da nur das Mittel, daß jeder auf einen Teil seiner natürlichen Freiheit verzichtete. Sie machten also das Recht, das jeder hatte, sich und seine Kinder selber zu regieren, sozusagen gemeinsam und vereinigten sich zu einem Körper, damit die verschiedenen Begabungen aller der ganzen Gesellschaft nützlich werden könnten und jeder Einzelne durch alle anderen geschützt und verteidigt werden könne.

Die Einen entschlossen sich, als Gesamtheit über jeden Einzelnen eine Macht auszuüben, die für die ganze Gesellschaft vorteilhaft erschien; das ist das, was man eine vollkommene Demokratie genannt hat (die populäre Regierung im engeren Sinne). Andere zogen es vor, daß eine gewisse Zahl von denjenigen unter ihnen regiere, die sich durch ihre Weisheit und Tugend hervortaten: das ist das, was man eine Aristokratie genannt hat. Noch andere endlich sahen, daß sich einer unter ihnen in allen den Eigenschaften aufs höchste auszeichnete, die nötig sind, um gut zu regieren, und machten darum ihn zu ihrem Haupt; das ist das, was man eine Monarchie genannt hat. Aber die Weisesten und Klügsten und die größte Zahl der Menschen verwarfen alle diese Arten von einfachen und reinen Regierungen und bildeten aus ihnen vielmehr die gemischte oder gemäßigte Regierung, die ihren Namen als Demokratie, Aristokratie oder Monarchie von derjenigen der drei Arten erhielt, die in ihr über die beiden anderen überwog.²

Ein erster Vertrag läßt also den Staat entstehen, ein zweiter die Form und die Befugnisse der Regierung, und unter den Regierungen sind zu unterscheiden: 1. die einfachen oder reinen Regierungen, zu denen gehören: die reine oder einfache Demokratie, auch Demokratie oder populäre Regierung im engeren Sinne genannt, die reine oder einfache Aristokratie und die reine Monarchie, und 2. die gemischten oder gemäßigten Regierungen, zu denen gehören: die gemischte Demokratie oder Demokratie im weiteren Sinne, die gemischte Aristokratie und die gemischte oder wohl

geregelte Monarchie. Alle diese Regierungen sind populäre im weiteren Sinne oder legitime Regierungen, weil sie ihren Ursprung in Klugheit und Gerechtigkeit haben, auf der freien Zustimmung des Volkes beruhen und das Volk in ihnen die Quelle aller Gewalt ist.³ Ob es jemals reine und einfache Regierungen gegeben hat, muß allerdings bezweifelt werden; jedenfalls ist die gemischte Regierung die beste, die es gegeben hat und geben kann.⁴

Im Gegensatz zu diesen legitimen Regierungen steht die unbeschränkte Monarchie oder Tyrannis, die entstanden ist, indem ein einziger die andern ihm von Natur gleichen Menschen mit Gewalt oder Trug seiner Herrschaft unterwarf; es geschah vornehmlich in der Weise, daß ein von der Gesamtheit Beauftragter die ihm gezogenen Schranken beseitigte, um nach seiner Willkür zu regieren.⁵

Dem Ursprung dieser beiden hauptsächlichsten Regierungsarten, der legitimen einerseits, der unbeschränkten andererseits, entspricht ihr ganzer fernerer Charakter, denn alle Dinge müssen notwendig ihrem Prinzip folgen.⁶

Die legitime Regierung, unter dem Gesichtswinkel des allgemeinen Nutzens gegründet, hat zu ihrem Zwecke das allgemeine Wohl; die Behörden suchen den Nutzen des Volkes, weil sie sich selber schaden würden, wenn sie ihm schaden; das Volk ist von Vaterlandsliebe erfüllt, weil jeder Einzelne weiß, daß vom Wohle des Ganzen sein eigenes Wohl abhängt. Aus Freiheit entsprungen, ist sie die Regierung der Freiheit: Jeder hat an der souveränen Autorität Anteil, denn frei sind jene Völker, die durch ihre eigenen Gesetze und Behörden regiert werden, so wie sie es für passend erachtet haben. Auf Gerechtigkeit und Tugend begründet, hat sie die Tugend zu ihrem Lebensnerv; sie kann sich nur behaupten, wenn die Tugend Bestand hat, und muß zu Grunde gehen, wenn Laster Eingang finden.⁷

Gerade umgekehrt verhält es sich mit der unbeschränkten Monarchie, denn was einen ungerechten Anfang gehabt hat, kann niemals in der Folge gerecht werden und niemals gute Wirkungen hervorbringen.⁸ Indem sie aus der Selbstsucht eines Einzigen entsprungen ist, hat sie auch ferner stets nur den besonderen Vorteil dieses Einzigen im Auge. Da Gewalt der Ursprung dieser Regierung ist, ist Gewalt auch nötig, um sie zu behaupten. Von Freiheit ist in ihr keine Rede, sondern der Wille des Herrschers ist das Gesetz. Wie der

unbeschränkte Monarch seine Herrschaft nur begründen konnte gegen den Willen der Guten und mit Hilfe der Lasterhaften, so muß er das Laster begünstigen: da er nach seiner Laune über Ehren und Reichtümer, über Aemter und Befehlsstellen verfügt und alles also von seiner Gunst abhängt, wird niemand an Tugend denken, sondern jeder nur durch feige Schmeichelei und sklavischen Gehorsam vorwärts zu kommen suchen. Die eigentlich treibende Kraft in dieser Regierung aber ist die Furcht. Der unbeschränkte Herrscher weiß, daß er Unrecht begangen hat, indem er sich die Macht anmaßte, und daß er darum den Haß aller Rechtsschaffenen verdient. So ist er in steter Sorge um seine Krone und muß er in der Kraft und dem Mut seiner Untertanen die größte Gefahr für sich erblicken. Darum sucht er, seine Untertanen feige, verweichlicht, sittenlos und treulos gegeneinander zu machen, damit sie es nicht wagen, sein Joch abzuschütteln, und sich aus Mißtrauen gegeneinander nicht zusammentun können, um ihre Freiheit wieder zu erobern. Am meisten muß er die fürchten, die am tugendhaftesten sind und das größte Ansehen haben, weil er von ihnen weiß, daß sie bereit sind, alles zu unternehmen, und auch fähig, damit zum Ziele zu gelangen. Sie also insbesondere muß er zu verderben trachten. So wird er aus Furcht grausam, begeht er immer neues Unrecht, bis er endlich nur in der Ausrottung des ganzen Volkes Sicherheit zu finden meint, wie Caligula, der dem ganzen römischen Volke nur einen Kopf wünschte. Zum Schlusse ist seine Willkür so unerträglich, daß seine Untertanen sie mehr fürchten als die Gefahr, die mit einer Erhebung gegen ihn verbunden ist. Revolutionen sind also in den unbeschränkten Monarchien eine ganz gewöhnliche Erscheinung.⁹

Damit die legitime Regierung nicht von einem Tyrannen ihrer Freiheit beraubt werden kann, gibt es zwei Mittel. Das erste besteht darin, das Eindringen der Laster zu verhüten, denn es ist unmöglich, eine unbeschränkte Monarchie zu errichten, solange das Volk seine Sittenreinheit bewahrt, wie umgekehrt Sittenverderbnis und Verlust der Freiheit miteinander zusammenhängen, wie die Beispiele Griechenlands und Roms zeigen. Die Voraussetzungen hierzu sind Genügsamkeit und Vermeidung des Aufwandes. Auch müssen die Untertanen vom frühesten Alter an in der Anschauung erzogen werden, daß es nichts Wünschenswerteres in der Welt

gibt als die Aemter und Ehren, die durch tugendhafte Handlungen erworben werden.¹⁰ Das andere Mittel besteht in der Theilung der Gewalten.

Der Papst sagt, daß es zwei Schwerter gäbe, ein weltliches und ein geistliches, und daß beide an Petrus und dessen Nachfolger verliehen seien. Andere sagen mit mehr Recht, daß man unter den beiden Schwertern das des Krieges und das der Justiz verstehen muß, die je nach den verschiedenen Verfassungen der Regierungen unter verschiedenen Bedingungen und Beschränkungen in verschiedene Hände gelegt sind. Das Schwert der Justiz umfaßt die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt; die eine wird ausgeübt dadurch, daß man Gesetze gibt, die andere dadurch, daß man Streitigkeiten gemäß den gegebenen Gesetzen entscheidet. Die Behörden, die das militärische Schwert tragen, bedienen sich seiner, um Krieg zu führen oder Frieden zu schließen mit denen, mit denen sie solches für passend halten.¹¹

Aristoteles hat geglaubt, daß die ersten Monarchen so gut wie unbeschränkt gewesen und dann durch ihre Ausschreitungen verhaßt geworden seien; das habe die Völker dazu gebracht, entweder ihre Herrscherstellung ganz zu beseitigen oder Senate und Magistrate zu schaffen, die einen Anteil an der Gewalt empfangen und dadurch die Ordnung aufrecht erhielten.¹² Grotius hat eine Schranke gegen die absolute Gewalt erbaut gefunden, „cum Rex partem habet summi imperii, partem Senatus sive Populus“, und wenn diese Gewalten gemäß den Gesetzen jedes Königreiches in Verhältnis zueinander gebracht seien.¹³ In der That: da der Mensch niemals mit seiner Stellung zufrieden ist, sondern immer höher strebt und da insbesondere ein Monarch jede Beschränkung seines Willens als Herabsetzung empfindet, ist ein Mittel gegen unbeschränkte Gewalt nur darin zu finden, daß man die Gewalten der Regierung teilt und ins Gleichgewicht setzt, so daß niemand imstande ist, die zu unterdrücken und zu Grunde zu richten, die er erhalten und schützen soll.¹⁴

Dem Könige eine Stimme, dem Adel eine und dem Volke eine zu geben, ist ein Mittel, aber nicht das einzige, um die monarchische Gewalt zu regeln. Es kann einen Senat geben, obwohl das Volk keinen Anteil an der Regierung hat; dieser Senat kann aus solchen zusammengesetzt sein, die ebenso sehr wegen ihrer Tugend als

wegen des Adels ihrer Geburt gewählt sind. Die Regierung kann zusammengesetzt sein aus dem Könige und dem Volke, ohne daß es einen Senat gäbe. Der Senat kann ausschließlich aus Abgeordneten des Volkes bestehen.¹⁵ Denn es gibt mehrere Regierungsformen, die an sich gleich gut sind und deren man sich gemäß Zeit und Umständen ohne Unterschied bedienen kann. Wer alle Völker der Welt nötigen wollte, gleichzeitig dieselbe Regierungsform anzunehmen, wäre ebenso wenig weise wie ein Arzt, der für alle Arten von Krankheit dieselbe Arznei geben wollte. Die Gesetze, die für ein gewisses Volk gut sein können, sind es nicht auch für alle anderen Völker, und was den Sitten eines Jahrhunderts entspricht, ist vollkommen unverträglich mit denen eines anderen.¹⁶

Bei den Juden hatten die Könige nur eine beschränkte Kriegsgewalt, an der richterlichen Gewalt nur einen Teil neben dem Oberpriester und dem Sanhedrin, und die gesetzgebende Gewalt gar nicht. Bei den Lacedämoniern hatten die Könige ebenfalls nur eine beschränkte Kriegsgewalt, die gesetzgebende Gewalt lag beim Volke, die richterliche beim Senat.¹⁷ Noch anders ist die Anordnung bei den Engländern, die von den Deutschen abstammen und von ihnen die Form ihrer Regierung haben; man lese, um sich von diesem Zusammenhange zu überzeugen, das vortreffliche Werk von Tacitus über die Sitten der Germanen, wo gesagt ist: „Ueber geringfügigere Angelegenheiten beraten die Fürsten, über die wichtigeren alle“.¹⁸

In England wie in allen legitimen Regierungen ist das Volk der eigentliche Inhaber aller Gewalt, wie denn der König gewählt und absetzbar ist, genau so wie alle anderen Beamten. Dem Volke steht also danach die gesetzgebende Gewalt zu, und im Anfange hat es sie auch selber ausgeübt und in seinen allgemeinen Versammlungen seine Angelegenheiten so geregelt, wie es ihm angebracht erschien. Als es dann an Zahl zunahm und sich derart über das Land ausbreitete, daß es sich nicht mehr an einem Orte versammeln konnte, verordnete es zu seiner Vertretung eine gewisse Zahl von Personen, das Parlament. Das Wahlrecht hat sich in der Weise entwickelt, daß in den Grafschaften alle Freeholders wahlberechtigt waren, während von den Städten gewisse Einzelne das Recht der Deputation erhielten und in ihnen wieder alle Einwohner wie in Windsor, oder die Common Hall wie in London, oder Bürger-

meister, Alterleute, Schöffen und Korporationen wie in anderen, das Recht zu wählen erhielten.¹⁹

Was die Stellung der Abgeordneten zu ihren Wählern betrifft, so ist sie in England eine andere als in den Niederlanden und der Schweiz. Dort sind die Provinzen, Städte und Kantone immer Körper für sich, von denen jeder unabhängig von dem anderen und mit der Souveränität über sein besonderes Gebiet ausgestattet ist; sie betrachten sich als Verbündete, die sich nur durch besondere Verträge vereinigt und gegeneinander verpflichtet haben. Wenn nun ein Ereignis eintritt, das in jenen Verträgen nicht vorgesehen ist, so befehlen sie ihren Abgeordneten, ihnen darüber Bericht zu erstatten, und behalten sich die Macht vor, selber derartige Angelegenheiten zu entscheiden. In England dagegen bildet jede Grafschaft nicht einen besonderen Körper mit souveräner Gewalt für sich, sondern ist ein Glied des großen Körpers, der das ganze Volk umfaßt. Nicht also für Kent oder Sussex, Lewis oder Maidstone, sondern für das ganze Volk werden die in diesen Bezirken gewählten Abgeordneten in das Parlament gesandt. Es ist zwar für sie angebracht, als Freunde und Nachbarn so weit wie möglich die Meinungen ihrer Wähler anzuhören, sowohl zu ihrer eigenen Belehrung als auch weil sie mit ihren Reden im Parlament mehr Gewicht haben, wenn man weiß, daß sie damit nicht bloß ihre eigenen Gedanken, sondern die einer großen Zahl von Männern aussprechen, aber sie sind nicht streng und eigentlich verpflichtet, jemandem von ihrem Verhalten Rechenschaft zu geben, außer wenn sich das ganze Volk, zu dessen Dienst sie gewählt sind und das gleichmäßig an ihren Beschlüssen interessiert ist, versammeln würde. Da dies aber unmöglich ist, so besteht die einzige Strafe, der sie ausgesetzt sind, wenn sie das ihnen geschenkte Vertrauen verraten, darin, daß sie der Verachtung, der Schande und dem Hasse verfallen und sicher sein können, bei der nächsten Wahl von dem Ehrenamt eines Abgeordneten ausgeschlossen zu werden.²⁰

Infolge der Uebertragung durch das Volk übt nun das Parlament die gesetzgebende Gewalt in vollem Umfange aus. Wenn es vom Könige einberufen und aufgelöst wird, so bedeutet das nicht, daß es von ihm seine Gewalt erhielte; kann es sich doch auch ohne königliche Einberufung versammeln und auch gegen den Willen des Königs weiter tagen. Ebenso sind die Worte „*Si veut le Roy*“

eine bedeutungslose Formel und besagen nicht etwa, daß der König ein Gesetzgebungsrecht habe: er kann keine Gesetze geben, und seine Erlasse sind nur so weit rechtsgültig, als sie den Gesetzen gemäß sind; er darf auch nicht an den von dem Parlament beschlossenen Gesetzen eigenmächtig Abänderungen vornehmen und hat auch kein Veto gegen die vom Parlament beschlossenen Gesetze, sondern er ist durch seinen Eid verpflichtet, ihnen zuzustimmen. Das einzige, was ihm zusteht, ist, daß er sich mit seinen Ministern über die Beschlüsse des Parlamentes berät, denn zwei Augen sehen mehr als eins: das Parlament kann irren, und es ist gut, daß es zuweilen durch den König gehemmt und veranlaßt werden kann, wichtigere Angelegenheiten sorgfältiger zu prüfen und etwa von ihm gemachte und von den Ministern entdeckte Fehler zu verbessern. Aber der König kann sich nur nach dem Rate seiner Minister äußern, und jeder von diesen ist mit seinem Kopfe für seine Ratschläge verantwortlich. Wenn das Parlament die Einwände des Königs stichhaltig findet und daraufhin das Gesetz bei Seite legt, so ist aber dafür sein Wille ausschlaggebend und nicht der des Königs; findet es sie nicht stichhaltig, so wird sein Beschluß Gesetz trotz dem Könige.²¹

Wenn man den Königen die richterliche Gewalt überlassen wollte, würde das eine Despotie nach der Art Marokkos ergeben. Da ihnen meist die Güter der Verurteilten zufallen, würden sie als Richter zugleich Partei sein und dadurch in die Versuchung gebracht werden, um ihres eigenen Vorteils willen alle Arten von Ungerechtigkeiten zu begehen. In England wird darum die richterliche Gewalt von dem Volke durch Geschworenengerichte ausgeübt: in der Magna Charta heißt es: „*Judicia fiunt per pares*“, und niemand kann gefangen gesetzt, seiner Güter beraubt oder an Leib und Leben gestraft werden nisi per *judicium parium suorum*. Die Geschworenen sind durch Eid zur Unparteilichkeit verpflichtet und können wegen Meineides belangt werden, wenn sie dagegen fehlen. Sie entscheiden nicht nur über den Tatbestand, sondern auch über die Rechtsfrage. Neben ihnen stehen die Richter, zwar vom Könige ernannt, aber doch völlig unabhängig von ihm; sie sind eidlich verpflichtet, auf seine Befehle keine Rücksicht zu nehmen, sondern nur nach den Gesetzen zu verfahren. Bei Bruch dieses Eides haben sie nicht nur Schande, sondern auch Todesstrafe zu

gewärtigen. Ihre Befugnis ist nicht sehr ausgedehnt: sie haben die Geschworenen zu beaufsichtigen und ihnen etwa nötige Rechtsbelehrung zu erteilen und dann den Spruch der Geschworenen zu verkünden, auch wenn er gegen ihre eigene Ansicht ausfällt. In Fällen, wo das Gesetz zu streng erscheint, ist dem Gewissen der Geschworenen und Richter Spielraum gelassen; die schwierigsten Fälle aber sind dem Parlament vorbehalten als dem Richter, der allein fähig ist, sie zu entscheiden.²²

Auf solche Weise hatte man in England beabsichtigt, die Gewalten miteinander ins Gleichgewicht zu setzen, aber während man z. B. in Lacedämon in den Ephoren ein hinreichendes Gegengewicht gegen die Könige geschaffen hat, hat man in England durch einen verhängnisvollen Mißgriff zu viel Gewalt in die Hand des Königs gelegt. Wie sich niemals ein besseres Mittel finden ließ, um eine gemischte Regierung aufrecht zu erhalten, als ein mächtiger und tugendhafter Adel mit ausgedehntem Grundbesitz und Vasallen, der das Gleichgewicht zwischen König und Gemeinen sicherte und den einen wie die anderen hinderte, in Ausschreitungen zu verfallen, so hatte man auch in England das Gleichgewicht in die Hände des Adels gelegt, aber Heinrich VII. fand Wege, um den Adel zu schwächen, und das war der erste Schritt, um die alte Verfassung zu ändern; das Gleichgewicht, auf dem sie beruhte, wurde zerstört und Eintracht unmöglich gemacht.²³

Wenn eine Regierung vollkommen verderbt ist, genügt es nicht, die Person des Tyrannen zu beseitigen, denn wenn die Wurzel des Uebels bleibt, bringt sie bald wieder dieselbe Frucht hervor, wie im Orient, wo ein Tyrann getötet wird und ein anderer Tyrann an seine Stelle tritt. Es muß vielmehr ganze Arbeit gemacht und die Tyrannei selber zerstört werden, indem man die Regierung zu ihrem Prinzip zurückführt, d. h. indem man den Grundsatz wieder zur Geltung bringt, daß das Volk, das Staat und Regierung durch Vertrag zu seinem eigenen Besten geschaffen hat, die Quelle aller Gewalt ist.²⁴

Es ist nun leicht zu sehen, daß sich der Geist der Gesetze mit den Discourses concerning Government noch viel enger berührt als mit der Lockischen Schrift und daß das nicht erst mit dem XI. Buche beginnt.²⁵

Schon die Art, wie Montesquieu das Gesetz umschreibt: es sei

„la raison humaine, en tant qu'elle gouverne tous les peuples de la terre“, klingt auffällig an die Forderung an, die Sidney an das Gesetz stellt: daß es „ought to be made in pursuance of that universal reason to which all nations at all times owe an equal veneration and obedience“. ²⁶ Das Urteil, das darauf bei Montesquieu folgt, daß nur durch einen sehr seltenen Zufall die Gesetze des einen Volkes auch für ein anderes passend seien, wiederholt jedenfalls nur das, was auch Sidney schon ausgesprochen hat. ²⁷

Sidney unterscheidet zwischen den legitimen Staatsformen und der absoluten Monarchie und rechnet zu den legitimen Staatsformen einmal die Republik in ihrer doppelten Gestalt als Demokratie und Aristokratie, sodann die Monarchie als die Form der Einzelherrschaft, wo der Fürst den Gesetzen unterworfen ist und nur beschränkte Befugnisse besitzt, während in der absoluten Monarchie der Wille des Fürsten alles regiert und die Stelle der Gesetze vertritt. ²⁸ Das ist zum Teil mit denselben Worten die gleiche Einteilung der Regierungsformen, die Montesquieu im Anfange seines Werkes gibt; daß er nicht selbständig zu ihr gekommen ist, verrät er dadurch, daß er weiterhin nicht an ihr festhält, sondern in die herkömmliche Aristotelische zurücklenkt. ²⁹

Die Discourses concerning Government bezweifeln die Möglichkeit „reiner“ legitimer Regierungen; indem sie dann bei den gemischten Regierungen hauptsächlich die Frage untersuchen, wie der König daran gehindert werden könne, seine Befugnisse zu überschreiten, gipfeln sie in dem Bemühen, den Gegensatz zwischen der beschränkten und der absoluten Monarchie so deutlich wie möglich zu machen. Der Geist der Gesetze behandelt die Demokratie trotz alles Lobes, das er ihr spendet, als eine Staatsform, die für die Gegenwart nicht mehr in Betracht komme, und schenkt der Aristokratie nur eine verhältnismäßig geringe Aufmerksamkeit, um dann ebenfalls das Schwergewicht auf den Unterschied zwischen Monarchie und Despotie zu legen.

Sidney setzt für die legitimen Regierungen und für die absolute Monarchie zwei verschiedene Prinzipien, die für das ganze Wesen und die weitere Entwicklung dieser Regierungen entscheidend seien; er versteht unter den Prinzipien den Ursprung, d. h. die Entstehungsart: hier durch Gerechtigkeit und Vertrag, dort durch Anmaßung der Herrschaft mit Gewalt und Trug. Nach ihm zeigen

die legitimen Regierungen dementsprechend den engsten Zusammenhang zwischen Freiheit, Tugend, Vaterlandsliebe und Genußsamkeit; in der absoluten Monarchie herrscht dagegen Verderbnis und Furcht. Montesquieu räumt den Prinzipien der verschiedenen Regierungen ebenfalls einen großen Raum ein, versteht jedoch unter ihnen etwas anderes, nämlich die menschlichen Leidenschaften, die die einzelne Regierung in Bewegung setzen. Wenn er dann aber der Demokratie die Tugend und der Despotie die Furcht als Prinzipien beilegt, so folgt er damit insofern Sidney, als dieser die Tugend in den legitimen Staatsformen überhaupt und die Furcht in der absoluten Monarchie die beherrschende Rolle spielen läßt. Was Sidney von den legitimen Regierungen fordert, daß sie den Lastern wehrten, schon das heranwachsende Geschlecht zur Tugend erzögen und den Aufwand verbannten, das fordert Montesquieu genau so von der Demokratie. Was Sidney von der absoluten Monarchie behauptet, daß ihr Herrscher in der Kraft und dem Mute seiner Untertanen eine Gefahr für sich erblicke und also die Besten unter ihnen mit ihrem Unternehmungsgeiste am meisten fürchte, daß er sie darum schwach und feige wünsche und Sittenlosigkeit zu verbreiten suche, das behauptet Montesquieu ebenso von der Despotie: daß in ihr die Tugend keine Stätte finde, daß die Untertanen notwendig furchtsam, niedrigen Sinnes und ohne Selbstgefühl seien, daß die Erziehung darauf gerichtet sein müsse, diese Eigenschaften zu verbreiten.³⁰

Sidney ist überzeugt, daß sich die Demokratie nur für kleine Staaten eigene; ganz dieselbe Ansicht spricht Montesquieu aus.³¹ Sidney meint, daß Vaterlandsliebe die Begleiterscheinung der populären Regierungen sei: „in a popular or mixed government every man is concerned: every one has a part according to his quality or merit; all changes are prejudicial to all: whatsoever any man conceives to be for the public good, he may propose it in the magistracy or to the magistrate: the body of the people is the public defence, and every man is arm'd and disciplin'd: the advantages of good success are communicated to all, and every one bears a part in the losses. This makes men generous and industrious; and fills their hearts with love to their country“; ganz ebenso äußert sich Montesquieu über die Demokratie: „Cet amour (sc. des

lois et de la patrie) est singulièrement affecté aux démocraties; dans elles seules, le gouvernement est confié à chaque citoyen“.³²

Sidney urteilt, daß im Unterschied von den Republiken, die wie Rom „desir'd to enlarge their territories by conquest“, die Spartaner nichts weiter gewünscht hätten als „to continue free vertuous and safe in the enjoyment of their own territory“; Montesquieu sagt: „Ce qui fit subsister si longtemps Lacédémone, c'est qu'après toutes ses guerres elle resta toujours avec son territoire. Le seul but de Lacédémone étoit la liberté; le seul avantage de sa liberté, c'étoit la gloire.“³³

Sidney lobt die Plebejer in Rom wegen ihrer Mäßigung bei den Wahlen und führt zum Belege an, daß sie von ihrem Recht, einen der Ihren zum Konsul zu wählen, erst nach vierzig Jahren Gebrauch gemacht hätten. Das letzte ist wie bekannt unrichtig: die Plebejer haben Lucius Sextus Lateranus zum Konsul gewählt, unmittelbar nachdem ihnen jenes Recht von den Patriciern zugestanden worden war. Montesquieu wiederholt dieses Lob und begründet es auf dieselbe nicht zutreffende Weise.³⁴

Sidney setzt auseinander, wie es für den Bestand der legitimen Staaten notwendig sei, daß die Gewalten geteilt, gegeneinander gehörig abgemessen und ins Gleichgewicht gesetzt würden, wie dieses Gleichgewicht darauf beruhe, daß ein Adel vorhanden sei, der auf der einen Seite eine Schutzwehr gegen Absolutismus, auf der anderen Seite eine Schranke gegen das Volk bilde, wie also der Adel die Stärke der Monarchie ausmache und durch ihn die Stellung des Monarchen ganz anders fest und gegen Revolutionen gesichert sei als die des absoluten Fürsten. Montesquieu erklärt: um eine gemäßigte Regierung zu bilden, sei es notwendig, die Gewalten miteinander in Einklang zu bringen, sie zu regeln und zu mäßigen, der einen sozusagen Ballast zu geben, damit sie der anderen widerstehen könne; den Zwischengewalten mit dem Adel als der vornehmsten unter ihnen legt er die Eigenschaft bei, für die monarchische Regierungsform ein Bollwerk gegen Gefahren von rechts und links zu bilden, Revolutionen zu verhüten und der Person des Fürsten eine ganz andere Sicherheit zu verschaffen, als sie der Despot genieße.³⁵

Sidney macht gegen eine richterliche Befugnis der Könige geltend: „The laws of most kingdoms giving to kings the confis-

cation of delinquent estates, if they in their own persons might give judgment upon them, they would be constituted both judges and parties; which . . would tempt them by their own personal interest to subvert all manner of justice“; Montesquieu erhebt denselben Einwand: „Dans les états despotiques, le prince peut juger lui-même. Il ne le peut dans les monarchies: . . on verroit cesser toutes les formalités des jugements; . . Dans ces mêmes états le prince a souvent les confiscations; s’il jugeoit les crimes, il seroit le juge et la partie“. Im Zusammenhange damit erfolgt bei beiden der von Voltaire als nicht stichhaltig angefochtene Hinweis auf den Präsidenten Bellièvre, der dem Könige Ludwig XIII. die Teilnahme am Gericht bestritten habe.³⁶

Bei Sidney heißt es: „Machiavel . . finds virtue to be so essentially necessary to the establishment and preservation of liberty, that he thinks it impossible for a corrupted people to set up a good government, or for a tyranny to be introduced if they be virtuous; and makes this conclusion, „That where the matter (that is, the body of the people) is not corrupted, tumults and disorders do not hurt; and where it is corrupted, good laws do no good“. Montesquieu führt aus, daß die Bemühungen der Engländer, bei sich die Demokratie einzuführen, und der Versuch Sullas, an Rom die Freiheit zurückzugeben, in gleicher Weise zum Scheitern verurteilt gewesen seien, weil es hier wie dort an der Vorbedingung für ein Gelingen: der Tugend, gefehlt habe; er bemerkt dazu: „Les politiques grecques qui vivoient dans le gouvernement populaire ne reconnoissoient d’autre force qui pût le soutenir que celle de la vertu.“ Er sagt weiterhin: „Lorsque les principes du gouvernement sont une fois corrompus, les meilleures lois deviennent mauvaises et se tournent contre l’état; lorsque les principes en sont sains, les mauvaises ont l’effet des bonnes: la force du principe entraîne tout“, und erläutert das an dem Beispiel der Kreter, bei denen Aufstände unter gewissen Voraussetzungen nicht für ungesetzlich gegolten und auch keine Nachteile für den Staat gehabt hätten, weil alles Uebermaß durch die Vaterlandsliebe verhindert worden sei, während umgekehrt die Turnübungen der Griechen aus einer bewundernswerten Einrichtung zu einem schweren Schaden geworden seien, als Griechenland seine Freiheit verloren habe.³⁷

Bei Sidney heißt es: „we may easily collect, that all governments are subject to corruption and decay; but with this difference, that absolute monarchy is by principle led into or rooted in it; whereas mixed or popular governments are only in a possibility of falling into it: as the first cannot subsist, unless the prevailing part of the people be corrupted; the other must certainly perish, unless they be preserved in a great measure free from vices“; bei Montesquieu: „Le principe du gouvernement despotique se corrompt sans cesse, parce qu'il est corrompu par sa nature. Les autres gouvernements périssent, parce que des accidents particuliers en violent le principe: celui-ci périt par son vice intérieur, lorsque quelques causes accidentelles n'empêchent point son principe de se corrompre.“³⁸

Sidney fordert, daß man die legitimen Regierungen, wenn sie entarteten, wieder auf ihr Prinzip zurückführe, d. h. daß man gegenüber einer unrechtmäßigen Anmaßung der Herrschaft die Wahrheit durchsetze, daß der Staat durch Vertrag entstanden sei, daß also in dem Volke die Quelle aller Gewalt liege und der oberste Beamte ebenso wie die anderen nur einen Beauftragten darstelle, der für das allgemeine Wohl zu sorgen habe. Auch Montesquieu empfiehlt als Heilmittel gegen Entartung ein „rappeler les principes“, aber bei ihm, der unter Prinzip etwas ganz anderes begreift als Sidney, bekommt der Ausdruck, der bei Sidney durchaus sachgemäß und verständlich ist, einen ganz seltsamen Sinn; mit Recht hat Bernhardi über einen Rat gespottet, der die Auffassung einschließe, als ob sich nach Belieben das erforderliche Quantum Tugend oder der Sinn für Ehre beschaffen lasse.³⁹

Von diesen Aehnlichkeiten und Uebereinstimmungen lassen sich diejenigen, die sich bis auf den Wortlaut und auf Fehler erstrecken, nur durch Entlehnung erklären; andere könnten, jede für sich genommen, als zufällig erscheinen: im Zusammenhang mit den ersten und in ihrer Häufung wird man aber auch sie auf Entlehnung zurückführen müssen.

So ist also das Ergebnis, daß bereits für die ersten acht Bücher des Geistes der Gesetze die Discourses concerning Government in ausgedehntem Maße als Vorlage gedient haben. Montesquieu hat in ihnen schon das Urteil über die Bedingtheit der Gesetze gefunden, mit dem er der naturrechtlichen Lehre widerspricht und auf

das sich zum guten Teile sein Ruf als selbständiger Denker gründet; er hat aus Sidney die Einteilung der Regierungsformen übernommen, die auch bei diesem darauf angelegt war, Monarchie und Absolutismus wie Tag und Nacht einander gegenüberzustellen; er ist durch Sidney wenigstens dazu angeregt worden, jeder Regierungsform ein besonderes Prinzip beizulegen. Selbständig ist er dann darin gewesen, das ihm von Sidney an die Hand Gegebene zu einem gegliederten Ganzen auszubauen und mit Beweisstücken auszustatten; wie er in der einen und der anderen Hinsicht verfahren ist, zeigt besonders deutlich die Art, in der er die Lehre von den Prinzipien zurechtgekünstelt und für das ihm von Sidney übermittelte Urteil Macchiavellis erläuternde Beispiele zusammengesucht hat.

Was nun das XI. Buch angeht, so ist Montesquieu in ihm nicht weniger von Sidney abhängig als in den früheren Büchern.

Die Aehnlichkeiten beginnen hier sogleich bei den Begriffsbestimmungen der Freiheit. „I desire it may not be forgotten, that the liberty asserted is not a licentiousness of doing what is pleasing to every one“, heißt es bei Sidney, und bei Montesquieu: „La liberté politique ne consiste point à faire ce que l'on veut. . . Il faut se mettre dans l'esprit ce que c'est que l'indépendance, et ce que c'est la liberté.“⁴⁰ Was die Freiheit in Wahrheit sei, führt Sidney dann folgendermaßen aus: da der Staat durch einen Vertrag der ursprünglich in natürlicher Freiheit und Gleichheit lebenden Menschen entstanden sei, so folge daraus, daß im Staate die höchste Gewalt bei denen liege, die den Vertrag geschlossen hätten, daß es also dem Volke zustehe, alle Einrichtungen im Staate zu treffen, Gesetze zu geben, Behörden zu schaffen und deren Befugnisse zu bestimmen, wie es ihm beliebt: „which power universally residing in every one, is that which we call liberty“⁴¹ und „we have no other way of distinguishing between free nations and such as are not so, than that the free are governed by their own laws and magistrates according to their own mind, and that the others either have willingly subjected themselves, or are by force brought under the power of one or more men, to be ruled according to his or their pleasure. The same distinction holds in relation to particular persons. He is a free man who lives as best pleases himself, under laws made by his own consent.“⁴² Solche Freiheit hätten die Eng-

länder von ihren Vorfahren ererbt: „I say that the nations whose rights we inherit, have ever enjoy'd the liberties we claim, and always exercised them in governing themselves popularly or by such representatives as have been instituted by themselves, from the time they were first known in the world.“⁴³ In der „reinen“ Demokratie übe das Volk unmittelbar selber alle Befugnisse der Regierung aus, aber das sei immer mit Unordnungen verbunden und passe nur für eine kleine Stadt und auch für diese nur unter seltenen Verhältnissen, ja es sei sehr unsicher, ob es eine derartige „reine“ Regierung überhaupt jemals gegeben habe. Jedenfalls übe in den großen Staaten das Volk seine Gewalt durch Vertreter aus, da es an Zahl so zugenommen und sich so über das Land verbreitet habe, daß es ihm unmöglich geworden sei, sich an einem Orte zu versammeln.⁴⁴ Alle diese Gedanken, die Sidney in seiner gewohnten Weise, breit und sich fortgesetzt wiederholend, ausführt, finden sich bei Montesquieu zusammengedrängt in dem Satze wieder: „Comme dans un état libre tout homme qui est censé avoir une âme libre doit être gouverné par lui-même, il faudroit que le peuple en corps eût la puissance législative; mais comme cela est impossible dans les grands états, et est sujet à beaucoup d'inconvénients dans les petits, il faut que le peuple fasse par ses représentants tout ce qu'il ne peut faire par lui-même.“⁴⁵ Während nun aber der demokratische Freiheitsbegriff für Sidneys Lehrgebäude die unentbehrliche Grundlage bildet, paßt er, wie schon gezeigt worden ist, gar nicht in das hinein, was Montesquieu über die englische Verfassung vorträgt. Man wird sich diese Unstimmigkeit kaum anders erklären können als durch die Annahme, daß sich Montesquieu, indem er Sidney las, jene Gedanken aus ihm angemerkt und sie dann später in sein XI. Buch aufgenommen hat, ohne sich in seiner Flüchtigkeit über ihre Tragweite klar zu werden.

Vielleicht, daß unter den Begriffsbestimmungen der Freiheit, die sich bei Montesquieu finden, auch noch eine dritte auf Sidney zurückgeht. Sidney schildert die Unbehaglichkeit des Naturzustandes, die die Menschen veranlaßte, den Staat zu gründen und damit auf die natürliche Freiheit zu Gunsten der politischen zu verzichten: „Whilst every man fears his neighbour, and has no other defence than his own strength, he must live in that perpetual

anxiety which is equally contrary to that happiness, and that sedate temper of mind which is required for the search of it.“ Unter der Herrschaft der legitimen Regierung und der politischen Freiheit, so hat der Leser zu folgern, braucht der Mensch seinen Nachbarn nicht mehr zu fürchten, sondern erfreut sich der Ruhe des Geistes. Damit vergleiche man nun, was Montesquieu sagt: „La liberté politique, dans un citoyen, est cette tranquillité d'esprit qui provient de l'opinion que chacun a de sa sûreté; et, pour qu'on ait cette liberté, il faut que la gouvernement soit tel qu'un citoyen ne puisse pas craindre un autre citoyen.“⁴⁶ Es wird sich nicht leugnen lassen, daß der Anklang zum mindesten sehr auffällig ist.

Sidney sieht die Gefahr für die Freiheit darin, daß, wie die Erfahrung lehre, der Mensch den natürlichen Trieb habe, sich nicht mit seiner Stellung zu begnügen, und so vor allem der König jede Schranke, die seiner Macht gezogen sei, wie ein ihm persönlich angetanes Unrecht empfinde. Montesquieu begründet die Notwendigkeit, die Freiheit zu sichern, mit der Erfahrung, daß jeder Mensch, der Macht besitze, von dem Triebe beherrscht werde, sie zu mißbrauchen.⁴⁷

Sidney findet die Freiheit nur dann gesichert, wenn die verschiedenen Gewalten im Staate weise ausgeteilt seien, so daß sie einander das Gleichgewicht hielten und sich also kein Mann oder keine kleine Anzahl von Männern imstande sähe, die zu unterdrücken und zu vernichten, die sie schützen und verteidigen sollten. Seine Sorge richtet sich dabei im wesentlichen darauf, wie etwaigen Uebergriffen des Königs vorgebeugt werden könne: Alles sei unwiederbringlich verloren, wenn man nur der Tugend des Königs vertrauen wolle und sich diese Rechnung hinterher als trüglich erweise. Solchen Ueberlegungen hätten die gemischten Regierungen ihren Ursprung und ihr Gedeihen zu verdanken, und „I may justly say there never was a good one that was not mixed.“ Montesquieu findet Freiheit nur dort vorhanden, wo man die Dinge so angeordnet habe, daß Gewalt durch Gewalt gehemmt und damit die Möglichkeit der Tyrannei ausgeschlossen sei. Wenn also schon nicht einmal zwei Gewalten in einer Hand vereinigt sein dürften, so wäre vollends alles verloren, wenn ein Mann oder eine Körperschaft gleichzeitig alle drei ausübe. Das Erforderliche sei erreicht in den gemäßigten Regierungen, und insbesondere in der „gothischen“

Regierung hätten sich die bürgerliche Freiheit des Volkes, die Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit und die Macht der Könige in einem solchen Einklang befunden, „que je ne crois pas qu'il y ait eu sur la terre du gouvernement si bien tempéré que le fut celui de chaque partie de l'Europe dans le temps qu'il y subsista.“⁴⁸

Sidney spricht die Meinung aus, daß die Verfassung einiger Staaten den Krieg zu fordern scheine, während es mit anderen umgekehrt das Ansehen habe, als wenn ihr Zweck nur darin bestünde, den Frieden aufrechtzuerhalten; in der Mitte zwischen diesen beiden Gegensätzen gebe es noch andere Staaten, die bei aller Neigung zum Frieden doch nichts unterließen, um für den Krieg, wenn ein solcher unvermeidlich werde, gerüstet zu sein. Er rechnet Rom und Lacedämon zu den Staaten, die sich kein anderes Ziel gesetzt zu haben schienen, als in ihrem Lande die Freiheit zu sichern und gegen die Fremden Krieg zu führen. Die Athener hätten nicht weniger Neigung zum Kriege gehabt, sich aber auch des Handels befleißigt, in dem Glauben, daß das das wahre Mittel sei, mit Erfolg Krieg zu führen, weil der Handel die Bevölkerung vermehre und Reichtümer, die der Nerv des Krieges seien, anhäufe. Venedig, Florenz und die anderen italienischen Städte hätten den Handel als Selbstzweck betrieben. Uebrigens hätten unter denen, die sich den Krieg zum Ziele gesetzt hätten, die einen wie Rom Eroberungen gewünscht, um ihr Gebiet zu erweitern, die anderen wie Lacedämon nur ihren Besitz verteidigen und in ihm in Freiheit und Sicherheit leben wollen. Montesquieu ist der richtigeren Ansicht, daß alle Staaten ein und denselben Zweck hätten, nämlich sich zu behaupten; den merkwürdigen Gedanken, den Sidney zuerst ausgesprochen hat, bringt er daneben in der Form vor, daß er behauptet, daß alle Staaten außer dem ihnen gemeinsamen Zweck jeder noch einen besonderen hätten: Rom die Vergrößerung, Lacedämon den Krieg, Marseille, das hier an der Stelle der italienischen Städte erscheint, den Handel, und so fort mit weiteren Angaben, die bei Sidney noch fehlen. Indem er sich dabei zu einigen seiner früheren Bemerkungen in Widerspruch setzt, verrät er, daß seine Uebereinstimmung mit Sidney nicht auf einem Zufalle beruht.⁴⁹

Ganz unverhüllt tritt dann die Entlehnung aus Sidney in dem Kernstück des XI. Buches zu Tage: der Lehre von den drei Gewalten.

Sidney unterscheidet das Schwert des Krieges, das er auch als die Gewalt, den Staat zu verteidigen, bezeichnet, und das Schwert der Gerechtigkeit, unter dem er die gesetzgebende Gewalt oder the power of governing und die ausführende oder richterliche Gewalt begreift: „The sword of justice comprehends the legislative and the executive power: the one is exercised in making laws, the other in judging controversies according to such as are made. The military sword is used by those magistrates who have it, in making war or peace with whom they think fit.“ Genau so unterscheidet Montesquieu la puissance exécutive des choses qui dépendent du droit des gens oder einfach la puissance exécutive de l'état genannt, la puissance législative und la puissance exécutive des choses qui dépendent du droit civil oder puissance de juger, und mit zum Teil denselben Worten wie Sidney bestimmt er auch den Inhalt der Gewalten: par la puissance exécutive „le prince ou le magistrat fait la paix ou la guerre .“, par la puissance législative „il fait des loix .“, par la puissance de juger „il juge des différends .“. ⁵⁰ Gemeinsam ist beiden Einteilungen, daß sie die eigentliche Verwaltung nicht berücksichtigen; was bei dem Engländer dadurch erklärlich wird, daß in seinem Lande diese Seite der Staatstätigkeit in der Form der Selbstverwaltung der unmittelbaren Einwirkung des Königs entzogen war, hat bei dem Franzosen seinen Grund in der Gedankenlosigkeit, mit der er seine Vorlage ausschrieb; daß Montesquieu es auch noch zu den Befugnissen der vollziehenden Gewalt rechnet, die Gesetze zu vollziehen, für die innere Sicherheit zu sorgen und die Steuern zu erheben, gibt er, wie schon nachgewiesen ist, im weiteren Verlauf des 6. Kapitels zu erkennen. ⁵¹

Sidney sieht das Mittel, die Freiheit gegen Mißbrauch der Gewalt zu sichern, darin, daß die Gewalten geteilt und zueinander ins Gleichgewicht gesetzt würden, und zeigt dann, auf welche Weise man das in England gemacht habe; nach ihm sind dort die Dinge durch die Verfassung derart geordnet, daß das Parlament die gesetzgebende Gewalt, und das Volk in völliger Unabhängigkeit vom Könige durch Schwurgerichte die richterliche Gewalt ausübt; daß die Vertretung des Staates nach außen in den Händen des Königs liege, sagt er nirgends ausdrücklich, aber aus dem Zusammenhange geht es doch mit Klarheit hervor. Ganz ebenso

lautet das, was Montesquieu über die Bedingungen der Freiheit und wie sie in England erfüllt seien, ausführt. Es macht keinen Unterschied, daß Sidney im wesentlichen noch die Lehre vom gemischten Staate vertritt und die Lehre von den drei Staatsgewalten, die er damit verbindet, doch nur eine untergeordnete Rolle spielen läßt: Montesquieu rückt allerdings in dem Anfange des 6. Kapitels die Lehre von den drei Staatsgewalten in den Vordergrund, aber sehr bald läßt ja auch er sie zurücktreten, um sich der Frage zuzuwenden, wie das Gleichgewicht zwischen dem Könige als dem Träger der vollziehenden Gewalt und den beiden Kammern als den Vertretungen von Adel und Volk gesichert werde.

Es ist oben das Urteil angeführt worden, daß die Wissenschaft durch Montesquieu epochemachend fortgebildet worden sei, denn er habe in der Justiz eine dritte Grundfunktion neben der Legislative und Exekutive erkannt und damit die Lockische Zweiteilung der Gewalten durch die Dreiteilung ersetzt und habe weiter, ebenfalls über Locke hinaus, verlangt, daß neben der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt auch die richterliche in besondere Hände gelegt werde. Es ist klar, wie wenig dies zutrifft: schon Sidney hat in der Justiz eine besondere Funktion erkannt und ihre Unabhängigkeit nicht weniger nachdrücklich verlangt als nach ihm Montesquieu, so daß Montesquieu nichts weiter getan hat, als das zu wiederholen, was er in den *Discourses concerning Government* fand.⁵²

Ebenso ist auch das aus Sidney übernommen, was Montesquieu über das Repräsentativsystem und den Zusammenhang der englischen Verfassung mit den altgermanischen Zuständen sagt. Es muß das um so mehr betont werden, als man ihm auch hier wieder aus seinen diesbezüglichen Bemerkungen einen Ruhmestitel gemacht hat. So heißt es bei Treitschke: „Mit dem Instinkte des Genies hat Montesquieu gesagt, daß in den germanischen Wäldern die Anfänge repräsentativer Staatsformen zu suchen seien“, bei Sorel: „Montesquieu hatte seine Gründe, in Tacitus die Elemente der englischen Verfassung zu suchen, und es war ihm vergönnt, sie darin zu entdecken“, bei Gierke: „Montesquieus Bemerkungen über die historische Entwicklung der repräsentativen Verfassungseinrichtungen, deren Mangel im antiken Volksstaat er nachwies und deren erste Keime im altgermanischen Staate er aufdeckte,

und seine Betrachtungen über die politische Bedeutung dieser großen Errungenschaft der modernen Welt sind epochemachende Geistestaten.“⁵³ Alle diese Lobsprüche gebühren aber in Wahrheit Sidney.

Nur in kleinen Staaten, so führt Sidney aus, lasse es sich bewerkstelligen, aber auch in ihnen nie ohne Unordnungen, daß das Volk als Ganzes, d. h. unmittelbar seine Souveränität ausübe; in größeren Staatsgebieten sei es notwendig, daß das Volk Repräsentanten bestelle. Das sei denn auch bei den deutschen Stämmen geschehen, als sie derartig ausgedehnte Wohnsitze eingenommen hätten, daß es nicht mehr allen Volksgenossen möglich gewesen sei, in Person zusammenzukommen. Nicht früher also als in den germanischen Staaten der Völkerwanderung läßt er den repräsentativen Gedanken verwirklicht werden.⁵⁴ Damit steht es auch nicht im Widerspruch, wenn er einmal bemerkt, daß er bezweifeln müsse, ob es jemals eine „reine“ Demokratie gegeben habe: „As to popular government in strictest sense (that is pure democracy, where the people in themselves, and by themselves, perform all that belongs to government) I know of no such thing“;⁵⁵ er will damit nichts weiter sagen, als daß eine Demokratie schon dann aufhöre, „rein“ zu sein, wenn sie für die Regierungsgeschäfte besondere Behörden einsetze. Betrachtet man nun, wie sich Montesquieu über die repräsentativen Einrichtungen äußert, so findet man, daß er das ausdrücklich sagt, was sich bei Sidney nur aus dem Zusammenhange ergibt, nämlich daß sie dem Altertum gemangelt hätten, und daß er weiter die Unordnungen, die nach Sidneys Urteil unausbleiblich sind, wenn das Volk unmittelbar seine Souveränität ausüben will, genauer bestimmt als Mißstände, die sich daraus ergäben, daß das Volk nicht fähig sei, Angelegenheiten zu erörtern, und leicht dem aufreizenden Einfluß der Redner erliege; im übrigen bringt er nichts Neues über Sidney hinaus, und insbesondere das, was er über die geschichtliche Entwicklung der repräsentativen Verfassungseinrichtungen sagt, schließt sich auf das Allerengste an Sidney an.⁵⁶

Nicht besser steht es um Montesquieus „Verdienst“, die ersten Keime der repräsentativen Verfassungseinrichtungen im altgermanischen Staate aufgedeckt zu haben. Es ist schon oben auseinandergesetzt, was alles dafür spricht, daß er bei seinem Hinweis

auf Tacitus nur den gemischten Staat im Auge gehabt hat. Hinzu kommt nun noch, daß er bei seinem Hinweis auf Tacitus wieder Sidney folgt, und daß Sidney seinerseits, indem er sich auf Tacitus bezieht,⁵⁷ ganz sicher nicht daran gedacht hat, die repräsentativen Verfassungseinrichtungen auf den altgermanischen Staat zurückzuführen. Die alten Deutschen, so belehren nämlich die *Discourses concerning Government*, hätten frei unter selbstgewählten Obrigkeiten und selbstgemachten Gesetzen gelebt und sich die höchste Gewalt in ihren allgemeinen und besonderen Versammlungen vorbehalten; ihre Könige und Fürsten hätten keine andere Gewalt gehabt, als die ihnen von diesen Versammlungen der Nation anvertraut worden sei. Das zeige Tacitus in seinem vortrefflichen Buche über die Sitten der Deutschen, wo er sage: „Ueber geringfügigere Angelegenheiten beraten die Fürsten, über die wichtigeren alle“. Als ein deutscher Stamm hätten die Sachsen oder Angeln eben diese Freiheit besessen und nach Britannien gebracht und auf ihre Nachkommen, die Engländer, vererbt. Dieser Zusammenhang zwischen der alten deutschen Regierungsform und der englischen Verfassung werde dadurch nicht berührt, daß es im Laufe der Zeit notwendig geworden sei, an die Stelle der Versammlungen aller Freien das aus Repräsentanten bestehende Parlament zu setzen, denn es sei nebensächlich, ob die Versammlung, die die höchste Gewalt habe, oft oder selten tage, aus vielen oder wenigen bestehe, ob in ihr alle freien Männer oder nur einige Abgeordnete im Namen der übrigen ihre Stimmen gäben.⁵⁸ Es ist kein Grund ersichtlich, warum Montesquieu mit dem Hinweise auf Tacitus nun gerade einen völlig anderen Sinn verbunden haben sollte als Sidney, zumal er sich diesem wieder auch im Wortlaute anschließt. Bei Sidney heißt es: daß der oberste Beamte nur eine übertragene und beschränkte Gewalt besitze, zeige das Beispiel der „German nations, from whom we draw our original and government, and is so well described by Tacitus in his treatise of their customs and manners“; bei Montesquieu: „Si l'on veut lire l'admirable ouvrage de Tacite sur les mœurs des Germains, on verra que c'est d'eux que les Anglois ont tiré l'idée de leur gouvernement politique.“ Nur insofern weicht Montesquieu von Sidney ab, als er sich nicht mit dessen Schlichtheit begnügt, sondern es sich nicht versagen kann, mit einer Geistesreichelei zu glänzen: „Ce beau système a été trouvé dans les bois.“⁵⁹

In der Frage der imperativen Mandate wiederholt Montesquieu im wesentlichen das, was Sidney für und gegen sie vorgebracht hat. Empfiehlt Sidney den Abgeordneten, sich über die Stimmung ihrer Wähler zu unterrichten, weil sie mit ihren Reden im Parlament größeres Gewicht haben würden, wenn man wisse, daß sie nicht nur ihre persönliche Ansicht verträten, so findet Montesquieu, daß bei imperativen Mandaten „la parole des députés seroit plus l'expression de la voix de la nation.“⁶⁰ Urteilt Sidney, daß ein Gesetz, das imperative Mandate vorschreibe, „would cast the nation into the utmost danger of the most inextricable confusion“, so urteilt Montesquieu, daß es „jetteroit dans les longueurs infinies“.⁶¹ Bei dieser Gelegenheit ist es dann, daß sich Montesquieu dazu versteht, auch einmal Sidneys Namen zu nennen, was er bis dahin vermieden hat, obwohl er sonst gern mit Quellennachweisen seine Belesenheit zur Schau trägt. Es ist schon erwähnt, in welcher Weise Sidney den Unterschied zwischen der Stellung der englischen Abgeordneten einerseits und derjenigen der holländischen und schweizerischen andererseits begründet: „Nevertheless I believe, that the powers of every county, city and borough of England, are regulated by the general law to which they have all consented, and by which they are all made members of one political body. This obliges them to proceed with their delegates in a manner different from that which is used in the United Netherlands, or in Switzerland. Amongst these every province, city or canton making a distinct body independent from any other, and exercising the sovereign power within itself, looks upon the rest as allies, to whom they are bound only by such acts as they themselves have made; and when any new thing not comprehended in them happens to arise, they oblige their delegates to give them an account of it, and retain the power of determining those matters in themselves, 'Tis not so amongst us: Every county does not make a distinct body, having in itself a sovereign power, but is a member of that great body which comprehends the whole nation.“ Auf diese Stelle nimmt Montesquieu Bezug, indem er sagt: „Quand les députés, dit très-bien M. Sidney, représentent un corps de peuple comme en Hollande, ils doivent rendre compte à ceux qui les ont commis: c'est autre chose lorsqu'ils sont députés par des bourgs comme en Angleterre“; gerade die entscheidenden Punkte, daß in Holland die

Wahlkörper souverän seien und in England nicht, läßt er also aus, so daß aus ihm sicherlich kein Leser die Meinung Sidneys erkennen und überhaupt den Sachverhalt begreifen wird, ja daß man sich des Argwohns nicht erwehren kann, daß auch ihm selber der Sachverhalt nicht klar gewesen sei.⁶²

Außerordentlich vieles von dem, was man als das geistige Eigentum Montesquieus anzusehen gewohnt gewesen ist, stammt also in Wahrheit aus Sidney, und die Unstimmigkeiten in dem Geiste der Gesetze haben ihre Ursache zum großen Teile darin, daß Montesquieu nicht daran gedacht hat, zwischen dem, was er Sidney, und dem, was er anderen Quellen verdankt, einen Ausgleich zu schaffen.

Bei aller seiner Abhängigkeit von Sidney bleibt Montesquieu aber doch weit davon entfernt, sich dessen Standpunkte unbedingt anzuschließen; er weicht von ihm ab, wie er von Locke abgewichen ist.

Locke hat Sidneys Discourses concerning government nicht gekannt;⁶³ einzelne seiner Ausführungen machen sonst geradezu den Eindruck, als ob sie sich gegen die von Sidney aufgestellten Forderungen richten. Wenn man um der Kürze willen die Ausdrücke liberal und konservativ anwenden darf, die in diesem Zusammenhange keinem Mißverständnis unterliegen werden, so kann man sagen, daß Sidney um ein Beträchtliches liberaler ist als Locke. Allerdings: indem er den Grundsatz der Volkssouveränität aufstellt, hütet er sich doch, ihn folgerichtig nach allen Seiten anzuwenden; wie schon von Ranke bemerkt worden ist: „auf eine Veränderung der Wahlen im Sinne einer wirklichen Nationalrepräsentation dringt er nicht; er erkennt das bestehende Parlament, obwohl es der populären Idee nicht entsprach, dennoch an“;⁶⁴ aber dem Parlamente ordnet er den König vollkommen unter. Locke dagegen stellt den König den beiden Häusern des Parlamentes ebenbürtig an die Seite.

Mit weit besserem Rechte als Montesquieu kann Sidney darauf Anspruch machen, als erster die Trennung der Gewalten gelehrt zu haben. Er erwähnt keine Befugnis des Parlamentes, Urteile zu fällen; wenn er ihm für zweifelhafte und außerordentliche Fälle die Entscheidung zuschreibt, so ist offenbar seine Meinung, daß die Gerichte nicht rechtsbildend wirken dürften, sondern daß ein

gesetzgeberischer Akt des Parlamentes diese Zweifel zu beseitigen und für nicht vorhergesehene Fälle neue Vorschriften zu schaffen habe.⁶⁵ Vor allem aber ist er darauf bedacht, den König wie von der Rechtsprechung, so auch von der Gesetzgebung auszuschließen: das Parlament, in dem sich die Volkssouveränität verkörpert, kann sich aus eigenem Willen versammeln und gegen seinen Willen nicht vertagt werden, es hat die Gewalt, Gesetze zu geben, zu ändern und aufzuheben, die Thronfolge zu regeln und die Form der Regierung zu bestimmen, endlich einen König, der seine Befugnisse mißbraucht und sich nicht zur Vernunft bringen lassen will, zur Verantwortung zu ziehen und abzusetzen; das Veto des Königs bedeutet nichts weiteres als eine Aufforderung an das Parlament, daß es einen von ihm gefaßten Beschluß noch einmal überlegen möge.⁶⁶ Man sieht: obwohl Sidney immer und immer wieder betont, daß die Gewalten miteinander im Gleichgewicht stehen müßten, so ist in Wahrheit doch in dem Staate, dessen Aufriß er entwirft, von einem solchen Gleichgewicht keine Rede; alles ist vielmehr in ihm darauf angelegt, daß es dem Könige nicht möglich sei, die Freiheit anzutasten, ohne daß umgekehrt auch dem Könige Mittel gegeben würden, sich gegen eine Beeinträchtigung seiner Stellung zu schützen. Im Gegensatze hierzu und wie es scheinen könnte mit dem vollen Bewußtsein dieses Gegensatzes fordert Locke für den König einen Anteil an der Gesetzgebung, denn „wenn sich die ausführende Gewalt irgend wo anders befände als in einer Person, die auch einen Anteil an der Legislative habe, so sei sie dieser sichtlich untergeordnet und verantwortlich und könne nach Belieben gewechselt und abgesetzt werden“.⁶⁷

Montesquieu ist, wie wir gesehen haben, insofern liberaler als Locke, als er von einer Prärogative des Königs nichts wissen will, aber auf der anderen Seite wieder konservativer, als er die Lehre von der Volkssouveränität auch nur in der ihr von Locke gegebenen Form nicht übernimmt. Es kann daher nicht überraschen, daß er es unterläßt, die viel weitergehende Lehre Sidneys zu wiederholen, nach der dem Könige nur eine Scheingewalt bleibt und die wahre Herrschaft in den Händen des Parlamentes liegt. In diesem Punkte schließt er sich vielmehr wieder an Locke an, in der Erkenntnis, daß eine derartige völlige Trennung der Gewalten, wie sie von Sidney verlangt wird, sich selber aufhebt: da könne sich der gesetz-

gebende Körper alle erdenkliche Gewalt beilegen; das Königtum sei also andauernd mit Vernichtung bedroht, wenn es nicht einen Anteil an der Gesetzgebung habe und damit das Mittel besitze, die Unternehmungen des gesetzgebenden Körpers zu hemmen.⁶⁸ Aus dieser Erkenntnis heraus hat er also, Locke folgend, dem Könige nicht nur das Veto, sondern auch das Recht der Zustimmung zu den Beschlüssen des Parlamentes zugesprochen. Um auf die höhrende Bemerkung zurückzukommen, mit der Jellinek seinen ersten Aufsatz gegen Rehm geschlossen hat, daß nun wohl bald jemand den Nachweis versuchen werde, wie Montesquieu gerade das Gegenteil von dem behaupte, was bisher unter seinem Namen eine so große Rolle in der Staatslehre und Politik gespielt habe: so ist schon oben bei der Besprechung des XI. Buches dargelegt worden, daß Montesquieu tatsächlich nicht die Trennung, sondern die Verteilung der Gewalten vertritt. Durch den Vergleich mit Sidney wird das nun dahin ergänzt, daß er die Trennung der Gewalten, die er bei Sidney fand, mit allem Vorbedacht durch die Verteilung der Gewalten ersetzt hat.

Durch dies Ergebnis erhält man nun auch eine Handhabe, zu beurteilen, wie Montesquieu dazu gekommen ist, das Bild der englischen Verfassung zu verzeichnen. Um die Zeit, wo er sein Werk veröffentlichte, hatten die Gedanken Sidneys unzweifelhaft die Oberhand über diejenigen Lockes gewonnen: es hatte sich in England das parlamentarische Regiment durchgesetzt; der König war nicht mehr in der Lage, sein Veto geltend zu machen, das Unterhaus war der eigentliche Herrscher, indem als Ministerium ein Ausschuß seiner Mehrheit waltete. Es ist undenkbar, daß Montesquieu, durch den Gegensatz zwischen Sidney und Locke auf den springenden Punkt hingewiesen, in gutem Glauben verfahren ist, wenn er die Dinge so darstellte, als ob der König noch in Wahrheit das Veto besitze und völlige Freiheit in der Wahl seiner Minister habe; wenn er sich wirklich durch Locke hätte irreführen lassen, müßte er jedenfalls trotz seines Aufenthaltes in England von den dortigen Zuständen gar keine Kenntnis gewonnen haben. Aber er verrät an anderen Stellen selber, daß er sehr gut gewußt hat, daß in England die Krone nur noch eine Verzierung der Verfassung war; er nennt dort nämlich die Engländer „une nation, où la république se cache sous la forme de la monarchie“, erzählt weiter, „que le

monarque seroit souvent obligé de donner sa confiance à ceux qui l'auroient le plus choqué, et de disgracier ceux qui l'auroient le mieux servi, faisant par nécessité ce que les autres princes font par choix“, und erwähnt endlich auch die politische Verantwortlichkeit der Minister.⁶⁹ So ist es denn nicht anders: er hat nicht absichtslos geirrt, sondern den Willen gehabt, seine Leser in die Irre zu führen.⁷⁰

Man hat gegen solchen Vorwurf die Sätze am Schlusse des 6. Kapitels angeführt, in denen Montesquieu selber andeutet, daß sich doch nicht alles so verhalte, wie er es darstelle: „Ce n'est point à moi à examiner si les Anglois jouissent actuellement de cette liberté, ou non. Il me suffit, de dire qu'elle est établie par leurs lois, et je n'en cherche pas davantage.“⁷¹ Diese Sätze würden, wenn man sie ernst nähme, ungefähr besagen: er wisse wohl, daß in England der Parlamentarismus herrsche und die Verteilung der Gewalten aufhebe, aber das sei ein Brauch, der sich im Widerspruche zu den Vorschriften der Verfassung eingeführt habe. Es ist unnötig, bei dem Ausblicke zu verweilen, der sich dann auf seine geschichtlichen Kenntnisse und sein geschichtliches Verständnis auftäte. In Wahrheit aber hat er mit jenen Sätzen den Leser gar nicht davor warnen wollen, seine Beschreibung der englischen Verfassung buchstäblich und als lautere Wahrheit zu nehmen; wenn sie in diesem Sinne hätten wirken sollen, hätte er sie weniger dunkel halten und mehr hervorheben müssen: so aber verschwinden sie gewissermaßen gegenüber dem Anspruche, den er in der Ueberschrift des 6. Kapitels und auch sonst erhebt, die englische Verfassung zu beschreiben, wie sie denn auch bis auf die jüngste Zeit immer übersehen worden sind. Sie stellen doch in Wahrheit nicht mehr als eine Hintertür dar, die er sich offen hielt, um etwaigen Angriffen auf seine Zuverlässigkeit ausweichen zu können.

Es bleibt nun noch die letzte Frage: welche Absichten Montesquieu damit verfolgt hat, daß er die englische Verfassung in der gekennzeichneten Weise beschrieb und als das Muster der Regierung neben die ständische Monarchie stellte, die er in den ersten Büchern als die eigentliche und wahre Form der Monarchie beschrieben hatte. Das ist von vornherein ausgeschlossen, daß es ihm mit dem XI. Buche nur darauf angekommen wäre, als Mann der Wissenschaft den der englischen Verfassung zu Grunde liegenden Gedanken aufzudecken:⁷² mit solcher Absicht wären die „Fehler“

seiner Darstellung nicht zu vereinigen; auch ist es nicht wohl denkbar, daß hier der Politiker mit bestimmten praktischen Zielen geschwiegen haben sollte, der in den ersten Büchern so deutlich zu Worte kommt. Es kann sich also für die Antwort nur darum handeln, in welcher Richtung er mit dem XI. Buche auf die französischen Zustände zu wirken gewünscht hat.

Wie früher gezeigt worden ist, stehen in dem Geist der Gesetze die konstitutionelle Monarchie Englands und die ständische Monarchie Frankreichs nebeneinander, jede als das unbedingte Vorbild der monarchischen Regierungsform gekennzeichnet. Sicherlich aber hat das Herz Montesquieus der altfranzösischen Monarchie gehört. Der Einwand, daß das im 6. Kapitel des XI. Buches so ausführlich begründete Lob der englischen Verfassung doch schwerer wiege als die beiläufige Aeußerung im 8. Kapitel desselben Buches, wo die „gothische Regierung“ die beste genannt wird, die von Menschen hätte ersonnen werden können,⁷³ übersieht, daß die ersten Bücher ein Lob der altfranzösischen Monarchie enthalten, das zwar nicht an einer Stelle zusammengefaßt, aber im ganzen nicht weniger ausführlich und planmäßig begründet ist als das Lob der englischen Verfassung. Und was nun schwerer wiegt: das aus Sidney und Locke abgeschriebene Lob der englischen Verfassung oder das eigenwüchsige Lob der altfranzösischen, die anempfundene⁷⁴ Begeisterung für die konstitutionelle Monarchie oder die durch Geburt und Amt übermittelte Anhänglichkeit an das ständische Wesen, darüber dürfte wohl kein Zweifel möglich sein.

Mit Recht ist darum von Ranke verneint worden, daß er in Frankreich für konstitutionelle Einrichtungen, wie er sie beschrieb, habe werben wollen.⁷⁵ Seine Absicht ging vielmehr dahin, die Freiheit in ständischen Formen, die durch Richelieu ein Ende genommen hatte, zu neuem Leben zu erwecken: ihr wollte er wie mit den ersten, so auch mit dem XI. Buche dienen.⁷⁶ Er suchte mit ihm dem Einwande⁷⁷ zu begegnen, daß sich eine starke Monarchie nicht mit politischer Freiheit vereinigen lasse, indem er an dem Beispiele Englands zeigte, daß das doch möglich sei.⁷⁸ Für diesen Nachweis konnte er nun freilich den Parlamentarismus, wie er sich in England herausgebildet hatte, nicht gebrauchen; er half sich, indem er die englischen Zustände entgegen der Wahrheit einfach so schilderte, wie es für seinen Zweck paßte.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Sidney.

1. Sidney, Discourses concerning Government, London 1698; die Zahlen im folgenden beziehen sich auf die Ausgabe Edinburg 1750. Eine französische Uebersetzung von Samson, die Haag 1702 erschien (vgl. Liepmann), lag mir vor in der Ausgabe Haag 1755; sie ist, wie mehrfache auffällige Uebereinstimmung des Wortlautes ergibt, von Montesquieu benutzt und wird darum im folgenden gelegentlich neben der englischen Ausgabe herangezogen werden. Ueber Sidney vgl. Ranke, Zur Geschichte der politischen Theorien, S. W. XXIX S. 256 ff., Koch, Absolutismus und Parlamentarismus, S. 75—80, Liepmann a. a. O. S. 50—56.

2. I, 37 f., 103, 111, 238. Ueber den Verzicht auf einen Teil der natürlichen Freiheit heißt es I, 37: „there is nothing of absurdity in saying, that man cannot continue in the perpetual and entire fruition of the liberty that God hath given him“, was Samson I, 79 übersetzt: „L'homme ne peut pas toujours demeurer en possession de cette liberté que Dieu lui a donnée en naissant . . et il est nécessaire qu'il s'en dépouille de quelque partie“; der Gedanke, daß der Mensch einen Teil seiner natürlichen Freiheit behalte, ist dann aber von Sidney nicht weiter verfolgt.

3. I, 37: „all the regular kingdoms in the world are commonwealths“, „a general consent. This is the ground of all just governments; for violence or fraud can create no right“, 104: „Those of the first sort had their root in wisdom and justice, and are called lawful kingdoms or commonwealths; and the rules by which they are governed, are known by the name of laws“, 136: „I deny any power to be just that is not founded upon consent“, 268, 272, 277: „those governments only can be called just, which are established by the consent of nations“, 328, 416.

4. I, 233: „As for democracy . . I believe it can suit only with the convenience of a small town accompanied with such circumstances as are seldom found“, „there never was a good government in the world, that did not consist of the three simple species of monarchy, aristocracy and democracy“, 268: „As to popular government in the strictest sense, (that is pure democracy, where the people in themselves and by themselves perform all that belongs to government) I know of no such thing“, 432: „governments that are composed of the three simple species, as we have proved that all the good ones have ever been“, II, 190: „If it be true, which perhaps may be doubted, that there have been in the world simple monarchies, aristocracies or democracies

legally established, 'tis certain that the most part of the governments of the world (and I think all that are or have been good) were mixed“, 364: „I may justly say there never was a good one that was not mixed“.

5. I, 37, 69 f., 104, 233, 262, 278, 328, 379, 412, II, 202.

6. I, 262: „all things have their continuance from a principle in nature suitable to their original“, 394 f.: „the rules given to nature by God, imposing upon all things a necessity of perpetually following their causes. Fruits are always of the same nature with the seeds and roots from which they come, and trees are known by the fruits they bear“.

7. I, 69 f., 262, 272, 379, 395; II, 183 f., 241.

8. I, 32: „as all action must be suitable to its principle, so that which is unjust in its practice, ought to scorn to be derived from that which is not detestable in its principle“, 328 f., II, 202: „which is unjust in the beginning can never have the effect of justice“, 241.

9. I, 69, 262 f., 328 f., 342 ff., 347, 363, 380, 395, 412, 429 f., 444.

10. I, 186, 201, 226, 263, 267, 328, 363 ff., 394; II, 47.

11. II, 84; vgl. auch I, 188, 313; II, 110, 202.

12. I, 419.

13. I, 158.

14. I, 265: „experience shews that such a proportion of wisdom, moderation of spirit and justice is requir'd in a supreme magistrate, to render him content with a limited power, as is seldom found. Man is of an aspiring nature and apt to put too high a value upon himself; they who are raised above their brethren, tho' but a little, desire to go farther; and if they gain the name of king, they think themselves wronged and degraded, when they are not suffer'd to do what they please“, II 363: „The nature of man is so frail, that wheresoever the word of a single person has had the force of a law, the innumerable extravagances and mischiefs it has produced have been so notorious, that all nations who are not stupid, slavish and brutish, have always abominated it, and made it their principal care to find out remedies against it, by so dividing and balancing the powers of their government, that one or a few men might not be able to oppress and destroy those they ought to preserve and protect.“

15. I, 433.

16. I, 209: „many forms being in themselves equally good, and may be used as well one as another, according to times and other circumstances“, 244: „he who would oblige all nations at all times to take the same course, would prove as foolish as a physician who should apply the same medicine to all distempers, or an architect that would build the same kind of house for all persons, without considering their estates, dignities, the number of their children or servants, the time or climate in which they live, and many other circumstances; or, which is, if possible, more sottish, a general who should obstinately resolve always to make war in the same way, without examining the nature, number and strength of his own and his enemies' forces, or the advantages and disadvantages of the ground“, II, 216: „the laws that may be

good for one people are not for all, and that which agrees with the manners of one age, is utterly abhorrent from those of another.“

17. II, 84 ff.

18. II, 86/87.

19. II, 86 f., 89, 245 f., 318, 368.

20. II, 369 f., vgl. auch 319 f. Die imperativen Mandate sind behandelt II, 319 f., 368—376, die Repräsentation I, 137, 428; II, 245 f.

21. II, 121, 201, 239, 314—317, 319, 368, 384—390.

22. II, 122, 194 f., 197, 224 f., 352, 358 f.

23. I, 155, 356; II, 239, 249, 311 f.

24. I, 69 f., 210, 438; II, 238, 347 ff. Der Ausdruck lautet dreimal: „to reduce to the first principle“, je einmal: „to reduce to the first integrity“, „to reform according to the first institution“, „to reduce to the original purity“; den letzten übersetzt Samson IV, 354 mit „ramener à la pureté de la première institution“; sonst (II, 4 f.; III, 48; IV, 127, 353, 357) heißt es bei ihm stets: „ramener au principe“.

25. Es ist höchst merkwürdig, wie wenig Sidney bekannt ist; meist findet sich sein Name in den einschlägigen Werken nicht einmal erwähnt, und demzufolge wird immer wieder Montesquieu für das gepriesen, was er den Discourses verdankt: er soll als erster den Absolutismus wissenschaftlich bekämpft, die Rechtsprechung als besondere Staatsgewalt aufgestellt, die Trennung der Gewalten als Gewähr der Freiheit gelehrt haben usw., so wird es von einem dem anderen nachgeschrieben. Dabei ist seine Abhängigkeit von Sidney bereits von Haller (Restauration I, 115) bemerkt worden; nach Haller hat Koch (Montesquieus Verfassungstheorie 8—10, 22, 32 und Absolutismus und Parlamentarismus 168, 172, 174) nachdrücklich auf sie hingewiesen. Nicht entfernt in ihrem ganzen Umfange ist sie dagegen von Piil a. a. O. 44 und Solazzi a. a. O. 136 f. erkannt.

26. Sidney II, 95; vgl. auch I, 113: „law which is said to be written reason“; Montesquieu I, 3 Abs. 11.

27. Die betr. Stellen bei Sidney s. oben S. 277 Anm. 16; Montesquieu I, 3 Abs. 12.

28. Sidney: in den Despotien „if we examine things more distinctly, we shall find that all things varied according to the humor of the prince“ (I, 191), „the will of the prince was a law; all power was in him“ (I, 447); dagegen „monarchies which are mixed, and regulated by laws, where diets, parliaments, assemblies of estates, or senates, may supply the defects of a prince, restrain him if he prove extravagant“ (I, 195), und II, 53: „but tho' the name of tyrant was unknown to them, yet in Greece, from whence the word came, it signified no more than one who governed according to his own will, distinguished from kings that governed by law.“

29. Vgl. Montesquieus Verfassungstheorie 9 und Koch, Absolutismus und Parlamentarismus 167.

30. Vgl. Koch, Montesquieus Verfassungstheorie 8 und Koch, Absolutismus und Parlamentarismus 168. Auch die Schilderung der Höflinge ist,

worauf ebenfalls Koch (Verfassungstheorie 10, Absolutismus 172) aufmerksam macht, fast wörtlich aus Sidney übernommen, vgl. Sidney I, 366, 368, 383, 400, Montesquieu III, 5 Abs. 7—8.

31. Sidney I, 233, Montesquieu VIII, 16 Abs. 1 und VIII, 20. Beide gebrauchen auch für die Demokratie den immerhin nicht ganz gewöhnlichen Ausdruck: „populäre“ Regierung, vgl. Sidney I, 107, 268, Montesquieu II, 2 Abs. 14; II, 4 Abs. 3; III, 3 Abs. 1, 2, 3, 6; IV, 6 Abs. 1; V, 8 Abs. 1 und 2; VII, 8 Abs. 1.

32. Sidney I, 282, vgl. auch I, 278: „men can not otherwise be engaged to take care of the public, than by having such a part in it, as absolute monarchy does not allow“; Montesquieu IV, 5 Abs. 3.

33. Sidney I, 287 f.; Montesquieu VIII, 16 Abs. 3.

34. Sidney I, 210; Montesquieu II, 2 Abs. 11.

35. Sidney I, 1 f.: „those who have hitherto been esteemed the best and wisest of men, for having constituted commonwealths or kingdoms; and taken much pains so to proportion the powers of several magistracies, that they might all concur in procuring the public good; or so to divide the powers between the magistrates and people, that a well-regulated harmony might be preserved in the whole“, 155, 356: Heinrichs VII. Politik „exceedingly weakened the nobility, who held the balance between him and the commons, and was the first step towards the dissolution of our ancient government“, 422, 429: „This doctrine (von der Verteilung der Gewalten) may be displeasing to court-parasites; but no less profitable to such kings as follow better counsels, than to the nations that live under them: the wisdom and virtues of the best is always fortified by the concurrence of those who are placed in part of the power; they always do what they will, when they will nothing but that which is good; and 'tis a happy impotence in those, who through ignorance or malice desire to do evil, not to be able to effect it“, 438, II, 238 f., 311: „They knew that the kings of several nations had been kept within the limits of the law, by the virtue and power of a great and brave nobility; and that no other way of supporting a mix'd monarchy had ever been known in the world, than by putting the balance into the hands of those who had the greatest interest in nations, and who by birth and estate enjoy'd greater advantages than kings could confer upon them for rewards of betraying their country“, 361: „Laws ought to aim at perpetuity . . . This has never been done otherwise, than by balancing the powers in such a manner, that the corruption which one or a few men might fall into, should not be suffered to spread the contagion to the ruin of the whole“, 363; Montesquieu II, 4 Abs. 1—3; V, 11 Abs. 1; V, 14 Schlußabsatz.

36. Sidney II, 352; Montesquieu VI, 5 Abs. 7.

37. Sidney I, 186 f.; Montesquieu III, 3 Abs. 4—6; VIII, 11 Abs. 1 ff.

38. Sidney I, 267, in der französischen Uebersetzung bei Samson II, 127: „Il est facile de voir que tous les gouvernements du monde sont sujets à la corruption, mais avec cette différence, que la monarchie absolue y est sujette par son principe et dès son origine, au lieu que les gouvernements mixtes et

populaires ne se corrompent que par un accident“; Montesquieu VIII, 10. Vgl. Koch, Montesquieus Verfassungstheorie 9.

39. Die betr. Stellen bei Sidney s. oben S. 274 Anm. 7; Montesquieu VIII, 12 Abs. 2. Der Ausdruck „auf das Prinzip zurückführen“ findet sich bekanntlich schon bei Macchiavelli, Discursi III, 1. Das Wahrscheinliche ist aber, daß ihn Montesquieu aus Sidney übernommen hat, von dem er auch sonst so abhängig ist.

40. Sidney I, 6, in der französischen Uebersetzung bei Samson I, 11: „La liberté . . est bien différente du libertinage. Je ne prétends pas qu'elle nous mette en droit de faire ce qu'il nous plait“; Montesquieu XI, 3 Abs. 1—2.

41. Sidney I, 443.

42. Sidney II, 184, vgl. auch I, 272: „of all governments, democracy, in which every man's liberty is least restrained, because every man hath an equal part, would certainly prove to be the most just, rational and natural“.

43. Sidney II, 241.

44. Sidney I, 233, 268, 428; II, 246.

45. Montesquieu XI, 6 Abs. 22.

46. Sidney I, 111, in der französischen Uebersetzung von Samson I 240: „tant qu'un homme craindra son voisin et qu'il n'aura point d'autre défense que sa propre force, il faut de toute nécessité qu'il vive dans une inquiétude continuelle qui est également contraire à ce bonheur et à cette tranquillité d'esprit qu'il faut avoir pour s'appliquer avec succès à cette recherche“.

47. Sidney I, 265, 335 f.; Montesquieu XI, 4 Abs. 1.

48. Sidney I, 1 f., 195, 356, 438; II, 190: Alle guten Regierungen waren gemischt. „Part of the power has been confer'd upon the king or the magistrate that represented him, and part upon the senate and people, as has been proved in relation to the governments of the Hebrews, Spartans, Romans, Venetians, Germans, and all those who live under that which is usually called the gothic policy“, 238 f., 361 f.: „This (Zusammenbruch der Verfassung) has been the fate of all governments that were made to depend upon the virtue of a man, which never continues long in any family, and when that fails all is lost“, 363; Montesquieu XI, 4 Abs. 1—2; XI, 6 Abs. 4—6; XI, 8 Abs. 3.

49. Sidney I, 287 f.; Montesquieu XI, 5 Abs. 1.

50. Sidney I, 188, 313; II, 84, 110, 202; Montesquieu XI, 6 Abs. 1—2.

51. s. oben S. 151.

52. Sidneys hauptsächlichste Äußerungen über die Ordnung der richterlichen Gewalt II, 112 f., 122, 194—197, 199 f., 221, 223 ff., 228, 352, 358.

53. Treitschke, Politik II, 76, Sorel a. a. O. 99, Gierke, Althusius 221.

54. Sidney I, 233, 268, 428; II, 245 f., 318.

55. Samson II, 128: „où le peuple en soi-même et par soi-même fait tout les fonctions du gouvernement“.

56. Montesquieu XI, 6 Abs. 24; XI, 8 Abs. 1 und 3; XIX, 27 Abs. 13—14.

57. Nicht weniger als vier Male verweist Sidney auf jenes Wort bei Tacitus, I, 140; II, 87, 243, 259.

58. Sidney I, 138 ff., 421; II, 87 ff., 241—246, 258 f.

59. Sidney II, 86/7, in der französischen Uebersetzung bei Samson III, 250: „peuples Allemands d'où nous tirons notre origine et la forme de notre gouvernement, et c'est ce qui Tacite nous a si bien représenté dans le traité qu'il nous a laissé des coutumes et moeurs de ces nations“; Montesquieu XI, 6 Abs. 57.

60. Sidney II, 370: „And tho' it be fit for them as friends and neighbours (so far as may be) to hearken to the opinions of the electors for the information of their judgments, and to the end that what they shall say may be of more weight, when every one is known not to speak his own thoughts only, but those of a great number of men“; Montesquieu XI, 6 Abs. 25.

61. Sidney II, 376; Montesquieu XI, 6 Abs. 25.

62. Sidney II, 369 f.; Montesquieu XI, 6 Abs. 26.

63. Vgl. Locke, Some thoughts conc. reading etc.: „The latter of these (sc. Sidneys Discourses) I never read.“ (Works, Ausgabe von 1794, II S. 408).

64. Ranke a. a. O. 256; vgl. Koch, Montesquieus Verfassungstheorie 8: „Wenn er dabei von der Souveränität des Volkes ausgeht, so versteht er doch unter Volk nur die Gentlemen und ist weit entfernt, ihm direkt die Herrschaft zuzugestehen, die vielmehr das Parlament in dem Namen des Volkes ausüben soll“, und Koch, Absolutismus und Parlamentarismus 79: „Sidney ist durchaus Aristokrat, er hat, wenn er von dem Volke spricht, die höheren und mittleren Klassen im Auge“.

65. Sidney II, 122, 197, 199/200, 221, 239.

66. Sidney I, 95; II, 112, 121 f., 200 f., 236—239, 314—317, 347—350, 368—376, 381 ff., 384—390.

67. Locke 152.

68. XI, 6 Abs. 42; vgl. auch XI, 11 Abs. 3—4.

69. V, 19 Abs. 9; XIX, 27 Abs. 10 und 42.

70. Man darf darum auch bezweifeln, ob er wirklich geglaubt hat, daß durch die bloße juristische Verantwortlichkeit der Minister und das jährliche Steuerbewilligungsrecht das Gleichgewicht der Gewalten nicht gestört werde. (Vgl. wie 1787 und 1788 das Pariser Parlament unternommen hat, die Krone zu unterwerfen, indem es Calonne zur Verantwortung zog und die nötigen Geldmittel verweigerte.) Auch die Fehler hinsichtlich der englischen Rechtsprechung und der Wahlen zum Unterhause sind doch wohl kaum gutgläubig gemacht, sondern der Lehre von der Gewaltenverteilung zu Liebe.

71. XI, 6 Abs. 69, dazu Jellinek a. a. O. 603.

72. Das ist die Meinung von Redslob, der dann weiter urteilt, Montesquieus Fehler hinsichtlich des Vetos wiege nicht schwer. Die Fehler sind im Gegenteil für die Beurteilung Montesquieus von größter Bedeutung.

73. So Wahl, Montesquieu als Vorläufer von Aktion und Reaktion, Histor. Zeitschr. 135, S. 139 f.

74. Vgl. das Urteil Montesquieus in den Notes sur l'Angleterre (Oeuvres herausgeb. von Laboulaye VII), das von Begeisterung nichts spüren läßt.

75. Ranke a. a. O. 262/3, ähnlich Koch 22, Solazzi 159.

76. Das ist übrigens von Montesquieu selber (XI, 7 Abs. 1—2) angedeutet: nicht alle Monarchien hätten wie die englische die Freiheit zu ihrem unmittelbaren Zweck; es gebe vielmehr andere, deren Streben nur auf den Ruhm der Bürger, des Staates, des Fürsten gerichtet sei. Aus diesem Streben entspringe dann ein Freiheitssinn, der ebenso große Dinge verrichte und vielleicht ebenso viel zum Glücke beitragen könne, wie die Freiheit selber. Infolge dessen könne man sich dort mit einer anderen Verteilung der Gewalten und mit einem geringeren Grade von Freiheit begnügen als in England, aber überhaupt verteilt müßten die Gewalten auch in ihnen sein, wenn die Monarchie nicht zur Despotie entarten solle. — Als das Mindestmaß der Freiheit bezeichnet er XI, 6 Abs. 7, daß der König seinen Untertanen die Ausübung der richterlichen Gewalt lasse; vgl. auch XI, 11 Abs. 4: „le chef d'oeuvre de la législation est de savoir bien placer la puissance de juger.“ Zu der Frage, ob er darüber hinaus auch an die *Etats généraux* gedacht hat, läßt sich auch nach Buch XI nicht mehr sagen, als was bereits auf Grund der ersten Bücher gesagt ist; zu beachten wäre nur, daß er XI, 8 als den Vorzug der gothischen Regierung preist, daß in ihr *la liberté civile du peuple, les prérogatives de la noblesse et du clergé, la puissance des rois* in vollendetem Einklang gestanden hätten, und daß er also dort die Rechtssicherheit, wie er sie XII beschrieben hat, als ausreichend für das Volk erachtet.

77. Vgl. Sidney I, 414 f.: „Our author's (Filmer's) next step is not only to reject popular governments, but also such monarchies as are not absolute: 'for if the king', says he, 'admits the people to be his companions, he leaves to be a king'. This is the language of French lackeys, valet de chambre's, taylor's and others like them in wisdom, learning and policy, who when they fly to England for fear of a well-deserved gally, gibbet, or wheel, are ready to say, 'Il faut que le roy soit absolu, autrement il n'est point roy'.“; vgl. auch 430 f.

78. Vgl. Koch, Montesquieus Verfassungstheorie 22 und Absolutismus und Parlamentarismus 175.

Schlußbetrachtungen.

Mit dem Leben eines Montesquieus verhält es sich anders als mit Voltaire, Rousseau oder Beaumarchais: es hat nichts von der Fülle bunter Bilder und zuweilen abenteuerlicher Wechselfälle, die wir dort finden; es ist von einer Ausnahme abgesehen geradezu arm an fesselnden Einzelheiten und läßt sich in seinem äußeren Verlauf mit ein paar Worten erzählen. Jene Männer haben sich unter Kämpfen, bald siegreich, bald verfolgt, ihren Weg bahnen müssen; für Montesquieu war durch seine Herkunft der Lebenspfad von Anfang an geebnet. Er entstammte einer begüterten Familie des richterlichen Amsadels; dadurch war er allen wirtschaftlichen Sorgen überhoben, und war ihm weiter, als er die richterliche Laufbahn einschlug, ein rascher Aufstieg leicht gemacht. Von seinem Oheim erbte er, erst 27 Jahre alt, das Amt eines Parlamentspräsidenten in Bordeaux, auf das er aber schon nach 10 Jahren verzichtete, um Mitglied der Pariser Akademie werden zu können. Dann machte er eine große Reise, die ihn in 13 Monaten nach Wien und Ungarn, durch den größeren Teil Italiens und zurück durch Deutschland nach Holland führte und mit einem anderthalbjährigen Aufenthalt in England abschloß. Von England kehrte er nach Frankreich zurück, um sich der Verwaltung seines Besitzes und vor allem seinen schriftstellerischen Neigungen zu widmen. Unter solchen Beschäftigungen hat er auf seinem Gute bei Bordeaux und in Paris bis zu seinem Tode gelebt,

Für den, der es sich zum Ziele setzt, das Leben Montesquieus zu beschreiben, wird sich daher als die Aufgabe stellen, seinen Bildungsgang und seine Tätigkeit als Schriftsteller zu verfolgen. Es liegt in der Natur der Sache, daß als Quellen dafür in der Hauptsache Aeüßerungen von ihm selber in Betracht kommen, in erster Linie natürlich seine von ihm selber veröffentlichten Werke, dann

seine Briefe, Tagebücher und sonstige gelegentliche Niederschriften, die durch den Fleiß späterer Forscher zugänglich gemacht worden sind. Aus ihnen gilt es im Rückschlusse festzustellen, was er gewesen ist und was er gewollt hat. In diesem Sinne, als ein Beitrag zu dem Werdegange seiner Persönlichkeit, ist es, daß das auf den vorhergehenden Blättern über den Geist der Gesetze Ausgeführte schon zum Teile gedacht ist. Den anderen Quellen in der gleichen Weise nachzugehen, würde den Gegenstand einer besonderen, kaum weniger ausgedehnten Untersuchung zu bilden haben. Es sollen darum hier nur wenige kurze Bemerkungen folgen, die das aus dem Geiste der Gesetze gewonnene Bild in einigen Punkten ergänzen und auch die Frage etwas beleuchten mögen, wie es gekommen ist, daß der Geist der Gesetze trotz seiner Schwächen einen so großen Erfolg gehabt hat.¹

Seinen ersten Unterricht hat Montesquieu vom August 1700 bis zum August 1705 in dem Kollegium der Oratorianer in Juilly erhalten. Vian rühmt diese Schule und im besonderen noch die beiden Lehrer, von denen Montesquieu hauptsächlich unterrichtet worden sei, vermag aber nichts Näheres darüber mitzuteilen, welcher Art der Unterricht dort gewesen ist, was ein Schüler in ihm lernen konnte und Montesquieu in ihm gelernt hat. Wir haben jedoch zwei Angaben, die uns Rückschlüsse darauf erlauben. Montesquieu hat erzählt, daß man ihm dort keine genügende Kenntnis von dem wahren Inhalt der katholischen Religion gegeben habe, und von Vian hören wir, daß er in seiner Liebe zu den alten Schriftstellern durch die Oratorianer gekränkt worden sei, die ihm gesagt hätten, daß die Mehrzahl der Heiden wegen ihrer Abgötterei die ewige Verdammnis verdiene.² Wir dürfen folgern, daß der Unterricht des Ordens, der schon auf dem Gebiete der Religion durch Oberflächlichkeit zu wünschen übrig ließ, in den übrigen Fächern erst recht wenig gründlich gewesen sein wird und daß sich die frommen Väter schwerlich viel Mühe gegeben haben, ihre Zöglinge in das Verständnis des Altertums einzuführen. Die beste Quelle sind uns indessen schon hier Montesquieus Schriften selber: sie verraten deutlich, daß er, wie bereits Crévier bemerkt hat, des Griechischen nicht mächtig gewesen ist; ob er, wie schon Bach und von Neueren Schvarcz übereinstimmend und doch ganz unabhängig voneinander finden, auch das Lateinische nicht ordentlich be-

herrscht und infolgedessen auch bei den römischen Schriftstellern zu Uebersetzungen gegriffen hat, mag dahin gestellt bleiben.³ Jedenfalls ist er durch die Schule nur mangelhaft für Forschungen auf dem Gebiete der alten Geschichte ausgerüstet worden.

Nach der Schule kam dann die Vorbereitung für die richterliche Laufbahn, die sich für ihn als selbstverständlich dadurch ergab, daß seine beiden Großväter Präsidenten am Parlamente von Bordeaux gewesen waren und sein Oheim es noch war. Obwohl Bordeaux eine Universität besaß, erfahren wir doch nicht, daß er an ihr studiert hätte; man gewinnt beinahe den Eindruck, daß er sich auf Selbststudium beschränkt hat.⁴ Einer seiner Freunde berichtet, daß er von seinem Vater genötigt worden wäre, den ganzen Tag über den Codices zu sitzen.⁵ So buchstäblich darf man das doch nicht nehmen, denn wir hören, daß er in der Gesellschaft von Bordeaux ein häufiger und gerne gesehener Gast gewesen ist und daneben auch die damalige Redensart: „ausschweifend wie ein Jurist“ durch sein eignes Leben nicht Lügen gestraft hat.⁶ Daß für den Eintritt ins Parlament die Erbschaft oder der Kauf einer Stelle nicht ausgereicht hat, sondern auch noch eine Fachprüfung erforderlich gewesen ist, wird kaum beweisen, daß er sich gründliche Kenntnisse im Recht erworben hätte; die Prüfung hatte im wesentlichen den Zweck, Ansprüche, die dem alten Richteradel nicht genehm waren, zurückweisen zu können;⁷ und welche Rolle die Verschwägerung spielte, wird deutlich durch die Tatsache gezeigt, daß Montesquieu schon mit 27 Jahren und nach nur zwei Jahren richterlicher Tätigkeit durch den Tod seines Oheim Président au mortier wurde, d. h. wie wir im Deutschen sagen würden: Senatspräsident am Oberlandesgericht. Er hat selber eingeräumt, daß er von dem Prozeßverfahren nichts verstanden habe,⁸ und Crévier, Ernesti, Bach, die letzten beiden gewiß zuständige Urteiler, sind sich wieder darin einig, daß noch der Geist der Gesetze die größte Unwissenheit in der römischen Rechtsgeschichte verrate.⁹

Wie um die Mängel seiner Fachbildung zu rechtfertigen, hat Montesquieu am Schlusse seines Lebens erzählt: „als ich die Schule verließ, gab man mir Bücher über das Recht in die Hand; ich suchte dessen Geist.“¹⁰ Danach hätte er also schon damals den Grundsatz von der Bedingtheit der Gesetze erfaßt, den er später in seinem berühmten Werke nachzuweisen unternahm. Nach der

Vorrede zum *Esprit des Lois* hat er nun 20 Jahre an diesem gearbeitet, ihn also frühestens 1727 begonnen, wo er Präsident wurde, und auch dann noch erst nach vielem vergeblichen Mühen jenen Grundsatz entdeckt, durch den sich ihm die verwirrende Menge der Einzeltatsachen zu einer zusammenhängenden Einheit ordnete. Tatsächlich ist denn auch weder in den *Lettres Persanes* noch selbst in der *Grandeur des Romains* etwas von einer Einsicht in die Bedingtheit der Gesetze durch Klima, Bodenbeschaffenheit, Lebensweise der Völker, Prinzip der Regierungsformen zu finden.¹¹ So wird man jenes Wort unbedenklich zu jenen Mitteln rechnen dürfen, mit denen Montesquieu auch sonst (worauf noch zurückzukommen sein wird) nicht sparsam gewesen ist, um sich und sein Werk anzupreisen.

1714 wurde er nun, wie erwähnt, Rat am Parlament von Bordeaux und 1716 Präsident daselbst. Dieses Amt hat er bis zum Jahre 1727 verwaltet, wo er es verkaufte, um nach Paris zu gehen und die Aufnahme in die dortige Akademie zu erlangen. In seiner Eigenschaft als Präsident hat er 1725 eine feierliche Rede gehalten, worin er sich über die Pflichten des Richters verbreitete: es genüge nicht, daß der Richter rechtschaffen sei; er müsse auch einen nie erlahmenden Fleiß bewähren und unablässig darauf bedacht sein, daß seine Kenntnisse den Anforderungen seines verantwortungsvollen Berufes entsprächen.¹² Diese Forderungen, die uns heute als die natürlichsten von der Welt erscheinen, machten damals großes Aufsehen und sind noch lange Jahre hernach viel bewundert worden; sie werden also zu ihrer Zeit nicht allgemein von den Richtern erfüllt gewesen sein.¹³ Nach Schvarcz hätte Montesquieu gesucht, auch selber ihnen zu entsprechen, und als Richter Einsicht, Pflichtgefühl und Menschenliebe betätigt.¹⁴ Es muß aber offen gesagt werden, daß wir über seine richterliche Tätigkeit unmittelbar gar nichts wissen. Man hat nicht den geringsten Grund, seine Unbestechlichkeit anzufechten, zumal er ein sehr wohlhabender Mann war — sein Präsidentenamt allein hatte einen Wert von 120 000 Livres tournois,¹⁵ und ebenso wird man nach seinen Äußerungen gegen Tortur und übertriebene Strafen anzunehmen haben, daß er niemals zu unnötiger Härte gegriffen hat, sondern ein humaner Richter gewesen ist, aber auf der anderen Seite hat er doch die erwähnten großen Lücken seiner Fachbildung niemals

ausgefüllt, wie das seine Pflicht gewesen wäre; und ob er in den Fragen, wo ständische Belange ins Spiel kamen, Unparteilichkeit bewährt hat, kann bezweifelt werden: es gibt in dieser Hinsicht doch zu denken, daß er seine Amtsgenossen getadelt hat, weil sie bei ihren Urteilen gegen die Patrimonialgerichtsbarkeit der Seigneurs und die Sonderstellung der Kirche den politischen Gesichtspunkt ganz außer Acht ließen, wie sehr sie damit der monarchischen Verfassung zu Gunsten des Despotismus Eintrag täten.¹⁶

In seine Bordeauxer Zeit fallen auch seine ersten Versuche als Schriftsteller. Es bestand dort unter dem hochtönenden Namen einer Akademie ein Verein, der sich aus Liebhabern der Wissenschaften und Künste zusammensetzte und die verschiedensten Fragen auf diesen Gebieten erörterte; welche Anforderungen er an seine Mitglieder stellte, wird dadurch beleuchtet, daß er 1716 auch Montesquieu aufnahm, als dieser noch nichts geschrieben hatte, nur weil er in dem Rufe stand, fleißig zu sein, und den Wunsch hatte, einen Ueberblick über Naturwissenschaft und bürgerliche und politische Geschichte zu erwerben. Vor dieser Akademie hat dann Montesquieu eine Reihe von Aufsätzen vorgelesen: über Theologie, Philosophie und Psychologie, Ethik und Geschichte, Kosmologie und Physik, Optik und Akustik, Physiologie und Pathologie. Indem er sich derart in den Mußstunden seiner richterlichen Tätigkeit im bunten Wechsel mit den verschiedenartigsten Gegenständen beschäftigte, war es natürlich von vornherein ausgeschlossen, daß er auch nur in einen von ihnen wirklich eingedrungen wäre. Vian, sonst immer bemüht, ihn zu verherrlichen, kann von allen diesen Abhandlungen nur die eine „Ueber die Religionspolitik der Römer“ als bemerkenswert bezeichnen und muß doch auch von ihr zugeben, daß sie schwach in ihrem Grundgedanken und ungenügend in ihren Forschungen, verworren und im Stile gespreizt sei; das gequälte Lob, daß er ihr spendet, besteht darin, daß sie glänzende Einfälle enthalte und neben einer regen Wißbegier schon den Sinn für allgemeine Betrachtungen bekunde. Wenn es so um die beste der Abhandlungen bestellt ist, wird man sich denken können, was erst die anderen wert sein mögen, und nicht allzu überrascht sein, wenn z. B. die beiden naturwissenschaftlichen über die Schwere der Körper und über die Flut und Ebbe noch

nichts von der Gravitationslehre wissen, die bereits ein Menschenalter zuvor von Newton veröffentlicht worden war. Man wird darum Schvarcz beistimmen müssen, der urtheilt, daß die meisten dieser schriftstellerischen Versuche beschämend tief unter dem damaligen Stande der Wissenschaft geblieben seien, daß sich in ihnen keine Spur von einem Streben nach Erkenntnis finde und daß Montesquieu nichts weiter beabsichtigt habe, als vor seinen Mitbrüdern in der Akademie zu glänzen.¹⁷ Zu diesem Streben Montesquieu, sich in der Wissenschaft mit leichter Mühe einen Namen zu machen, wird auch die Anzeige gerechnet werden dürfen, die er in den Zeitungen erscheinen ließ: daß er eine Naturgeschichte der alten und neuen Welt plane und alle Gelehrten bäte, ihm Ausarbeitungen zu dem Gegenstande einzuschicken.¹⁸ Er müßte von einer wunderbaren Herzenseinfalt gewesen sein, wenn er geglaubt hätte, daß darauf die Gelehrten nichts Eiligeres zu tun haben würden, als ihm die Ergebnisse ihrer Forschungen zur Verfügung zu stellen, wenn sie nur das Porto, wie er ihnen großmüthig versprach, erstattet erhielten; er kann doch nichts weiter bezweckt haben, als die weitere Oeffentlichkeit davon in Kenntniss zu setzen, welch ein bedeutender Forscher in ihm der Welt erstanden sein.

Gleichzeitig mit diesen Abhandlungen sind auch die Persischen Briefe entstanden, die 1721 im Drucke erschienen und ihren Verfasser mit einem Schlage zu einer Berühmtheit machten. Es ist hier nicht der Ort, sie umfassend zu würdigen und ihren Erfolg zu erklären;¹⁹ sie kommen hier vielmehr nur insoweit in Betracht, als sie über den damaligen Stand von Montesquieus politischem Wissen und Wollen Auskunft geben. Von französischer Seite ist geurtheilt worden, daß in den Briefen schon die wesentlichen Grundzüge des Geistes der Gesetze, ja dessen ganze Politik enthalten seien und daß in ihnen auch schon der Reformer Frankreichs zum Worte komme.²⁰ Vor unbefangener Prüfung kann das nicht bestehen. Die Persischen Briefe bekämpfen allerdings auch schon die Intoleranz und die übertriebene Härte der Strafen, berühren sich aber sonst mit dem Geiste der Gesetze nur in einer unklaren Begeisterung für Freiheit. Der Gedanke von der Bedingtheit der Gesetze ist ihnen noch fremd:²¹ an der einzigen Stelle, wo sie von dem Klima sprechen, tun sie es nur, um auseinanderzusetzen, daß der Mensch, der das Klima eines Landes gewohnt sei, dem eines anderen Landes nicht

zu widerstehen vermöge,²² auf der anderen Seite bringen sie den Satz, daß die Freiheit für den Geist der europäischen und die Knechtschaft für den Geist der asiatischen Völker geschaffen zu sein scheine, in keiner Weise mit dem Klima in Zusammenhang.²³ Sie teilen die Regierungsformen noch nicht in der Art ein, wie es im Geiste der Gesetze geschieht, sondern unterscheiden nicht einmal deutlich zwischen Monarchie und Despotie.²⁴ Sie denken noch nicht daran, jeder Regierungsform ein besonderes Prinzip beizulegen: zwar beschreiben sie die Rolle, die der Ehre und der Ruhmbegierde in Frankreich zufalle, in einer Weise, die an den Geist der Gesetze anklingt; sie setzen aber die Ruhmbegierde in Wechselwirkung zu der Freiheit und meinen, daß Ehre, Ruhm und Tugend ihre Heimat vorzüglich in den Republiken fänden.²⁵ Sie enthalten nichts, was auch nur als ein Ansatz von der Lehre von der Verteilung der Staatsgewalten gedeutet werden könnte; im Gegenteil, sie beurteilen die beschränkte Monarchie als ein unhaltbares Zwitterding, das in die Republik oder die Despotie ausarten müsse; auf die englischen Verfassungseinrichtungen gehen sie mit keinem Worte näher ein.²⁶ Man darf selbstverständlich nicht verlangen, in einer Satire eine Lehre vom Staate entwickelt zu finden. Insofern hat Schvarcz offenbar einen unrichtigen Maßstab angelegt, wenn er daraus, daß die Persischen Briefe über Polen, Aragon oder Schweden nur Alltägliches oder Nichtiges vorbringen, folgern möchte, daß Montesquieu von den Verfassungen dieser Länder überhaupt nichts Weiteres gewußt habe. Dagegen hat er unzweifelhaft Recht, wenn er in dem Schwankenden und Mangelhaften ihrer Fachausdrücke sowie in der Unklarheit der Troglodytengeschichte den Beweis dafür sieht, daß Montesquieu damals noch ohne staatswissenschaftliche Bildung gewesen sei und unmöglich schon seit frühester Jugend dem Geiste der Gesetze nachgeforscht haben könne.²⁷

Ebenso wenig wie als Forscher darf der Montesquieu der Persischen Briefe aber auch als Reformers ernst genommen werden. Sein Angriff auf die Verfolgungen Andersgläubiger schließt allerdings die Forderung der Toleranz ein, aber aus jeder seiner Spöttereien eine Reformforderung herauszulesen, wäre doch nur dann erlaubt, wenn er bemüht gewesen wäre, sich selber von den gegeißelten Fehlern und Schwächen freizuhalten. Er aber hat die

Unsittlichkeit an den Pranger gestellt und zugleich mit Behagen die Geheimnisse des Harems geschildert und persönlich ein sittlich sehr wenig einwandfreies Leben geführt,²⁸ hat sich über die Unwissenheit der Richter aufgehalten²⁹ und sich selber nie das Prozeßverfahren zu eigen gemacht, hat die Akademie in ihrer Eitelkeit verhöhnt³⁰ und dann ihre Mitgliedschaft mit allem Eifer erstrebt, hat die Schriftsteller als verächtlich bezeichnet, „die überall nach Fetzen in den Werken anderer herumsuchen, die sie dann in die ihrigen einfügen wie Rasenstücke in ein Gartenbeet“,³¹ und hinterher für den Geist der Gesetze Sidney nach allen Richtungen geplündert. So verdient er also den Ehrentitel nicht, den ihm Treitschke beilegt,³² eines ehrenfesten Vertreters des altfranzösischen Richterstandes, und ist er gerade das gewesen, was Sala³³ bestreitet: ein bloßer Spötter ohne eigenen Ernst. Zum politischen Reformator aber fehlte ihm ein Programm: indem er den Despotismus verwirft, kommt er doch, wie schon gesagt, nicht über eine unklare Freiheitsbegeisterung hinaus: er preist die Republik, „aber es ist die Republik der Alten; eine andere kann er sich nicht denken“, und so verliert er sich in Träumereien.³⁴ Den Gedanken, der nachher im Geiste der Gesetze eine Rolle spielt: daß politische Befugnisse der Parlamente als Schranke gegen das Königtum notwendig seien, läßt er dagegen noch undeutlich im Halbdunkel.³⁵

Auf Grund des Ruhmes, den ihm die Persischen Briefe einbrachten, bewarb er sich darauf um einen Sitz in der Pariser Akademie, ohne sich Bedenken zu machen, ob das würdig sei, nachdem er die Akademie so unbarmherzig verspottet hatte. Da man gegen ihn die Vorschrift geltend machte, daß die Mitglieder ihren Wohnsitz in Paris haben müßten, verkaufte er seine Richterstelle, um nach der Hauptstadt überzusiedeln. Es gelang ihm darauf tatsächlich, seinen Wunsch durchzusetzen, allerdings nicht, ohne seiner Eitelkeit ein neues und schweres Opfer an Würde zu bringen. Er unterwarf sich der Bedingung, die ihm Kardinal Fleury stellte, das was er in den Persischen Briefen gegen Ludwig XIV. und die Akademie gesagt hatte, feierlich zu widerrufen, indem er bei seiner Aufnahme eine Rede hielt, worin er den verstorbenen König als Ludwig den Großen überschwänglich lobte und es der Akademie zum Verdienste anrechnete, daß sie ihm mit solchem Lobe vorangegangen sei. Vom Präsidenten der erlauchten Körperschaft aber

mußte er sich zur Begrüßung sagen lassen, daß das, was er bisher geleistet habe, noch keinen Anspruch auf die Mitgliedschaft begründe und daß er darum eilen müsse, seine Aufnahme noch nachträglich zu rechtfertigen. Kurz, die Ehre, Akademiker zu sein, war recht teuer erkauft, und da ihm auch die alten Mitglieder wenig Entgegenkommen zeigten, blieb die Akademie für ihn ein heißer Boden, den er nur ungern betrat. Das wirkte dazu mit, daß er sich zu der schon erwähnten Reise entschloß, die ihn durch halb Europa führte und mit dem Aufenthalt in England endigte.³⁶

Von französischer Seite ist behauptet worden, daß er diese Reise unternommen habe, um sich über die fremden Völker und ihre Einrichtungen durch eigene Anschauung an Ort und Stelle zu belehren und dadurch eine breitere und festere Grundlage für sein schon damals geplantes Werk über den Geist der Gesetze zu gewinnen.³⁷ Es liegt aber keine Äußerung von ihm vor, die auf eine solche Absicht hindeutete, und daß er alsbald von Wien und dann noch wieder von London aus um Verwendung im diplomatischen Dienst nachgesucht hat,³⁸ spricht eher dagegen, daß er sich damals mit großen wissenschaftlichen Entwürfen getragen habe. Auch die ausführlichen Aufzeichnungen, die er sich in Deutschland, Italien, Holland gemacht hat, liefern durchaus keinen Beweis für geschichtliche und verfassungspolitische Forschungen.³⁹ Sie bekunden eine erstaunliche Vielseitigkeit seines Interesses: Industrie und Technik, Naturwissenschaften und bildende Künste ziehen fast gleichmäßig seine Aufmerksamkeit an; die Aufsätze, in denen er das, was er von den Bergwerken gesehen hat, zusammenfaßt, zeigen, wie sehr er sich mit dem Gegenstande beschäftigt hat, und die Beschreibung, die er von den Sammlungen des Instituts von Bologna gibt, läßt deutlich das helle Entzücken erkennen, das ihn bei deren Anblicke erfüllte. Vor allem aber hat er in den Kunstschätzen Italiens geschwelgt: er setzt geradezu Listen von ihnen auf und sucht sich über das Wesen ihrer Schönheit klar zu werden. Eintragungen aber, die als Vorarbeiten für den Geist der Gesetze gelten könnten, fehlen so gut wie ganz. Die statistischen Bemerkungen über Finanzen und Heeresstärke, die in großer Regelmäßigkeit wiederkehren, sollten offenbar ebenso wie die anderen über die maßgebenden Persönlichkeiten dem erhofften diplomatischen Berufe dienen, indem sie feststellten, was die einzelnen Staaten in der

europäischen Politik zu bedeuten hätten. Da endlich auch der Geist der Gesetze nichts enthält, was einen Rückschluß auf besondere Forschungen in Deutschland, Italien und Holland nötig machte, darf man ruhig urteilen, daß jene große Reise, so weit sie sich auf dem Festlande bewegte, keine wissenschaftliche Forschungsreise, sondern abgesehen von der erwähnten diplomatischen Vorbereitung nichts weiter als eine allgemeine Bildungsreise gewesen ist.

Ueber den dann folgenden Aufenthalt Montesquieus in England fließen die Quellen überaus spärlich: neben einigen belanglosen Geschichtchen, von anderen nach Hörensagen erzählt, bestehen sie nur in ein paar bruchstückartigen Aufzeichnungen von ihm, den „Notes sur l'Angleterre“.⁴⁰ Trotz ihrer Kürze sind diese Notes aber doch sehr bemerkenswert, denn sie lehren uns zweierlei: daß der Montesquieu, der sie schrieb, die englischen Verfassungseinrichtungen keineswegs unbedingt bewunderte, sondern sie im ganzen recht ungünstig beurteilte, und ferner, daß er sie noch keineswegs gründlich kannte. Daß er sich planmäßig mit der englischen Verfassung beschäftigt habe, ist also nur eine Vermutung, die sich auf seine Beschreibung von ihr stützt und den Boden durch den Nachweis verliert, daß das berühmte Kapitel 6 aus Locke und Sidney übernommen ist, ja durch diesen Nachweis geradezu widerlegt wird: es wäre nicht zu verstehen, warum er Locke und vor allem Sidney so sklavisch benutzt hat, wenn er eigene Forschungsergebnisse hätte verarbeiten können.

Nach Frankreich zurückgekehrt schrieb Montesquieu dann zunächst seine *Considérations sur les causes de la grandeur des Romains et de leur décadence*, die er 1734 veröffentlichte. Auch bei dieser Schrift handelt es sich hier nur darum, ihr Verhältnis zum Geiste der Gesetze zu bestimmen. Weil in dem Geiste der Gesetze zwischen den ersten Büchern und dem XI. und XII. kein Einklang besteht, so hat Janet die Vermutung ausgesprochen, und Vian ist ihm darin beigefallen, daß die ersten Bücher vor der Reise nach England und also auch vor den *Considérations* entstanden seien.⁴¹ Dagegen hat Schvarcz behauptet,⁴² daß sich Montesquieu 1734 noch gar nicht zielbewußt mit Staatsformenlehre und Verfassungspolitik beschäftigt haben könne, und dafür auf eine Anmerkung verwiesen, die in der ersten Auflage der *Considérations* gestanden und sich ganz geringschätzig über die Lehre von den Staatsformen

geäußert hat: „Il y a des gens qui ont regardé le gouvernement de Rome comme vicieux, parce qu'il étoit un mélange de la monarchie, de l'aristocratie et de l'état populaire. Mais la perfection d'un gouvernement ne consiste pas à se rapporter à une des espèces de police qui se trouvent dans les livres des politiques, mais à répondre aux vues que tout législateur doit avoir, qui sont la grandeur d'un peuple ou sa félicité. Le gouvernement de Lacédémone n'étoit-il pas aussi composé des trois?“ In der Tat, es ist undenkbar, daß ein Schriftsteller, der diese Anmerkung schrieb, schon eine Abhandlung über die verschiedenen Regierungsformen, wie es die ersten 8 Bücher des Geistes der Gesetze sind, fertig in seinem Schreibtische liegen gehabt hätte; in den späteren Auflagen der *Considérations* ist diese Anmerkung denn auch als bloßstellend unterdrückt worden. Der Beweis, den Schvarcz für seine Ansicht bringt, läßt sich übrigens noch weiter führen. Durch die ersten acht Bücher des Geistes der Gesetze zieht sich in beherrschender Stellung der Gedanke, daß jeder Regierung eins von den vier Prinzipien: Tugend, Mäßigung, Ehre oder Furcht, eigentümlich sei. In den *Considérations* findet sich noch keine Spur dieses Gedankens; im Gegenteil: stets Krieg zu führen, das wird als das Prinzip der römischen Republik bezeichnet.⁴³ Hiernach kann also Montesquieu 1734 seine Lehre von den vier Regierungsprinzipien noch nicht gefunden und folglich auch die ersten acht Bücher des Geistes der Gesetze noch nicht ausgearbeitet gehabt haben.⁴⁴ Da sich nun der Platz der ersten acht Bücher an der Spitze des Werk nur dadurch erklären läßt, daß sie zuerst niedergeschrieben sind, denn die Logik hätte erfordert, den Einfluß des Klimas und der Bodengesaltung an die Spitze zu stellen, muß überhaupt das ganze Werk erst nach 1734 begonnen worden sein. Mit jenen zwanzig Jahren, die Montesquieu an ihm gearbeitet haben will, ist es also nichts; sie gehören in das Gebiet der Reklame genau wie die andere Behauptung von ihm, daß er schon als Student nach der Bedingtheit der Gesetze zu forschen angefangen hätte.

Ein weiterer Vergleich der *Considérations* mit dem *Esprit des Lois* zeigt, daß sie freilich bereits eine Anzahl von Gedanken enthalten, die in dem späteren Werke wiederkehren, so wenn sie ausführen, wie in den Republiken des Altertums die gleichmäßige Verteilung des Grundbesitzes ein gleiches Interesse aller an der Ver-

teidigung des Vaterlandes geschaffen habe, wie die republikanische Staatsform Roms durch die Ausdehnung der Eroberungen zu Grunde gerichtet worden sei, wie die Freiheit die Tugenden fördere, Knechtschaft dagegen entsittliche. Auch den Einfluß des Klimas auf den Charakter des Volkes erwähnen sie bereits in einem Falle mit ganzer Bestimmtheit.⁴⁵ Insoweit können sie also als eine Vorstufe zu dem Geiste der Gesetze gelten. Indessen darf man darum doch nicht behaupten, daß der Geist der Gesetze in seinen grundlegenden Teilen überhaupt nichts weiter tue, als die Gedanken ausführen und anwenden, die schon in den *Considérations* niedergelegt seien.⁴⁶ Wie wenig das zutrifft, ist schon an dem Beispiel des Regierungsprinzips gezeigt worden. Ebenso wenig aber hat in den *Considérations* die Ueberzeugung Ausdruck gewonnen, mit der sich Montesquieu in England erfüllt haben soll: daß drei Staatsgewalten zu unterscheiden und zum Schutze der Freiheit auf drei verschiedene Träger zu verteilen seien. Zum Beweise mögen die in Betracht kommenden Aeußerungen der *Considérations* hier ihre Stelle finden.

Es heißt in ihnen im 8. Kapitel: „Le gouvernement de Rome fut admirable, en ce que, depuis sa naissance, sa constitution se trouva telle, soit par l'esprit du peuple, la force du sénat, ou l'autorité de certains magistrats, que tout abus du pouvoir y pût toujours être corrigé“, und im 11. Kapitel: „Les lois de Rome avoient sagement divisé la puissance publique en un grand nombre de magistratures, qui se soutenoient, s'arrêtoient, et se tempéroient l'une l'autre et comme elles n'avoient toutes qu'un pouvoir borné, chaque citoyen étoit bon pour y parvenir; et le peuple voyant passer devant lui plusieurs personnages l'un après l'autre, ne s'accoutumoit à aucun d'eux. Mais, dans ces temps-ci (den Zeiten von Pompejus) le système de la république changea: les plus puissants se firent donner, par le peuple, des commissions extraordinaires; ce qui anéantit l'autorité du peuple et des magistrats et mit toutes les grandes affaires dans les mains d'un seul, ou de peu de gens.“⁴⁷ Hier wird also nicht zwischen mehreren Staatsgewalten unterschieden; die Rede ist vielmehr nur von einer Staatsgewalt, die in zahlreiche Aemter zerlegt worden sei, und die Sicherheit gegen den Mißbrauch der Macht wird in der Vielheit der Behörden gesehen.

Im 16. Kapitel heißt es dann: „Il faut remarquer que la puissance des empereurs pouvoit plus aisément paroître tyrannique que celle des princes de nos jours. Comme leur dignité étoit un assemblage de toutes les magistratures romaines; que, dictateurs, sous le nom d'empereurs, tribuns du peuple, proconsuls, censeurs, grand pontifes et, quand ils vouloient consuls, ils exerçoient souvent la justice distributive, ils pouvoient aisément faire soupçonner que ceux qu'ils avoient condamnés, ils les avoient opprimés; le peuple jugeant ordinairement de l'abus de la puissance par la grandeur de la puissance: au lieu que les rois d'Europe, législateurs et non pas exécuteurs des lois, princes et non pas juges, se sont déchargés de cette partie de l'autorité qui peut être odieuse; et, faisant eux-mêmes les grâces, ont commis à des magistrats particuliers la distribution des peines.“⁴⁸ Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob diese Stelle nichts anderes besage als der 7. Absatz im 6. Kapitel des XI. Buches des Geistes der Gesetze: „Dans la plupart des royaumes de l'Europe, le gouvernement est modéré, parce que le prince, qui a les deux premiers pouvoirs, laisse à ses sujets l'exercice du troisième. Chez les Turcs, où ces trois pouvoirs sont réunis sur la tête du sultan, il règne un affreux despotisme.“ Beim näheren Hinsehen entdeckt man aber doch beträchtliche Unterschiede. In den *Considérations* wird die Exekutive nicht erwähnt, denn die Worte „exécuteurs des lois“ sind offenbar in demselben Sinne gemeint, wie das sogleich darauf folgende „juges“. Die Rechtsprechung ist nicht als eine besondere Staatsgewalt, sondern als ein Teil der dem Fürsten eigentümlichen Befugnisse verstanden; als der Grund, ihre Ausübung besonderen Beamten zu übertragen, wird bezeichnet, daß der Fürst damit den Anschein der Willkür vermeide. Im Gegensatz dazu unterscheidet der angeführte Absatz des Geistes der Gesetze scharf zwischen drei Staatsgewalten, die nicht in derselben Hand vereinigt werden dürften, wenn nicht schrecklicher Despotismus die Folge sein sollte; zum wenigsten die richterliche Gewalt müsse der Fürst — nicht aus seiner Machtvollkommenheit an besondere Beamte übertragen, sondern — seinen Untertanen lassen: ein Eigentumsrecht an ihr wird ihm also nicht zuerkannt.

Wenn man dann weiter liest, wie die *Considérations* den Vorzug der englischen Verfassung ausschließlich in dem Parlamente

sehen, das immer die Regierung und sich selber prüfe,⁴⁹ wie sie den Untergang der römischen Freiheit darauf zurückführen, daß es durch die Ausdehnung der Kriege über Italien hinaus den Feldherren ermöglicht worden sei, die Heere an sich zu ketten und damit eine unabhängige Stellung zu gewinnen, während der Geist der Gesetze für den Untergang die Gracchen verantwortlich macht, die das Gleichgewicht der Gewalten gestört hätten,⁵⁰ so wird man urteilen müssen, daß Montesquieu 1734 noch nicht bis zu dem Kerngedanken des XI. Buches durchgedrungen gewesen ist oder ihn damals wenigstens noch nicht mit völliger Klarheit erfaßt gehabt hat, und wird dadurch bestätigt finden, was über seinen Aufenthalt in England und seine Abhängigkeit von Sidney gesagt ist.

So klar es ist, daß Montesquieu 1734 noch nicht mit dem Geiste der Gesetze begonnen haben kann, so unsicher bleibt es, wann er eigentlich an ihm zu arbeiten angefangen hat. Daß es sogleich nach den *Considérations* gewesen sei, ist wenig wahrscheinlich, da er sich in den Jahren 1735—1739 damit beschäftigt hat, eine Geschichte Ludwigs XI. zu schreiben.⁵¹ Auf eine spätere Zeit weist auch das 9. Kapitel des VIII. Buches, das die Hilfe verherrlicht, die Maria Theresia bei dem ungarischen Adel gefunden hat; es liegt kein Grund vor, in dieser Stelle einen nachträglichen Einschub zu sehen.⁵² Und nicht früher als im Dezember 1741 finden wir den Geist der Gesetze erwähnt, in einem Briefe, den Montesquieu damals an seinen Freund Barbot geschrieben hat.⁵³ Allerdings, es ist offenbar nicht überhaupt das erste Mal, daß er zu Barbot von dem Gegenstande gesprochen hat, aber der Ton seines Briefes macht doch den Eindruck eines ganz frischen Arbeitseifers, der sich im Anfange des Unternehmens der Schwierigkeiten bis zur Vollendung noch nicht bewußt geworden ist; man vergleiche damit die späteren Klagen über das langsame Fortschreiten, die deutlich ein Ermatten erkennen lassen. Auf der anderen Seite darf man aber nicht außer Acht lassen, daß Montesquieu Anfang Februar 1742 bereits 18 Bücher als nahezu vollendet meldet,⁵⁴ während das ganze Werk bis zu seinem Abschlusse noch fünf Jahre erfordert hat: den Beginn seiner Arbeit in das Jahr 1741 gesetzt, hätte er also für die zweite allerdings etwas größere Hälfte seines Buches fünfmal so viel Zeit gebraucht wie für die erste; mit dem Nachlassen

seiner Arbeitskraft, über das er mehrfach geklagt hat, würde sich das kaum genügend erklären lassen. Kurz, die Quellen reichen zu einem überzeugenden Schlusse nicht aus.

1748 ist dann der Geist der Gesetze im Drucke erschienen, ohne den Namen des Verfassers, der aber bald für keinen Gebildeten in Paris ein Geheimnis mehr war; Montesquieu hatte selber dafür gesorgt, daß sein Werk mit Spannung erwartet wurde, indem er zu wiederholten Malen Bekannten daraus vorgelesen hatte.⁵⁵ In einem der zahlreichen Glückwunschschreiben, die er erhielt, findet sich die Bemerkung: „Le public est étrange: ce dont il parle le plus, n'est pas toujours ce dont il parle le mieux; il faut quelqu'un qui donne le ton, un certain ton . . .“⁵⁶ Montesquieu war solcher tonangebenden Leute von vornherein sicher. Durch Geburt und Laufbahn besaß er einen großen Kreis von Freunden in der vornehmen und gelehrten Welt; er hatte, wenn er nach der Hauptstadt kam, eifrig in den angesehensten „Salons“ verkehrt. Man weiß, welche Stellung diese Salons im geistigen Leben des damaligen Frankreich einnahmen: gesellige Abende, wo schöngestige Damen, die eine Rolle zu spielen wünschten, regelmäßig Vertreter von Wissenschaft und Kunst um sich sammelten, um in anmutigem Geplauder mit mehr oder minder großem Verständnis und Wohlwollen die Neuheiten auf den verschiedensten Gebieten zu besprechen und der öffentlichen Meinung die Losung zu geben. Die fünf Damen, die am meisten zu dieser Bedeutung der Salons beigetragen haben, waren alle Gönnerinnen Montesquieus,⁵⁷ und bei einer von ihnen, Frau von Tencin, können wir verfolgen, mit welchem Feuereifer sie sogleich für ihn eingetreten ist. Sie hatte nur erst einige Stücke in dem Geiste der Gesetze gelesen, als sie auch schon von Bewunderung überfloß und bei ihren Bekannten für den Ruhm des Verfassers zu werben begann. Sie bemühte sich, den Absatz des Werkes zu sichern und überwachte eine neue Auflage. Wer anderer Meinung war als sie, mochte sich vor ihr in Acht nehmen. „Ich will“, schrieb sie, „keinem, der ungünstig urteilt, raten, sich an meinem Kamin zu wärmen.“ Es war das keine leere Redensart: sie hat tatsächlich einen Jesuiten sehr hart angelassen, weil in der Zeitschrift seines Ordens ein Angriff auf den Geist der Gesetze erfolgt war, und sich ausgeklügelt, wie sie einen anderen Gegner durch spitze Bemerkungen in die Enge treiben könne.⁵⁸ Nach

ihrem Vorbilde verschmähten auch andere Anhänger Montesquieus nicht, seine Widersacher einzuschüchtern, wie denn z. B. in einer Gesellschaft bei dem Generalpächter Dupin, der gegen Montesquieu geschrieben hatte, die Gäste einander in absichtsvollem Lobe des Buches überboten, so daß Dupin kein Wort gegen solche Herausforderung zu sagen wagte.⁵⁹ Unter solchen Umständen fanden Kluge sehr bald heraus, daß es vorteilhaft sei, mit Montesquieu auf gutem Fuße zu stehen;⁶⁰ bezeichnend ist, daß es sogar Helvetius für geraten hielt, seine abfällige Ansicht für sich zu behalten und ebenfalls an Montesquieu ein Schreiben zu richten, worin er dessen Werk bewunderte.⁶¹ So verklangen die Stimmen des Tadels in dem großen Chor uneingeschränkter Lobes; selbst ein Voltaire vermochte mit seinem wiederholten Widerspruch nicht dagegen aufzukommen.

Nach der Aeüßerung Montesquieus: „Ich höre einige Hornissen um mich herum summen, aber wenn die Bienen etwas Honig aus meinem Werke saugen, so genügt es mir“,⁶² müßte man erwarten, daß er sich im Bewußtsein von seinem und seines Werkes Wert um Lob und Tadel nicht gekümmert hätte. Sein Verhalten beweist indessen, daß er sich über Dupin schwer geärgert hat. Er hatte in dessen Hause verkehrt und an Frau Dupin die schmeichelhaftesten Briefe geschrieben;⁶³ nun sprach er von ihr als der alten Stadtklatsche, nannte Dupin wegen seiner Stellung als Generalpächter ein Mitglied der Blutsaugergilde und versuchte auch, ihre Schwiegertochter lächerlich zu machen.⁶⁴ Auf der anderen Seite unterließ er es nicht, der Werbetätigkeit seiner Anhänger gelegentlich ein Stichwort zu geben. Dazu gehört schon das stolze Motto, „Prolem sine matre creatam“, das er seinem Buche vorsetzte und das uns heute so merkwürdig klingt, wo wir seine Abhängigkeit von seinen Vorgängern kennen,⁶⁵ dazu seine schon erwähnten Aeüßerungen, wie er bereits als Student nach der Bedingtheit der Gesetze geforscht und der großen Aufgabe sein ganzes Leben gewidmet habe, bis es ihm vor zwanzig Jahren gelungen sei, seine Prinzipien zu entdecken.⁶⁶ Wie er früher geschrieben hatte, daß er in drei Tagen eine Leistung vollbracht habe, die gewöhnlich drei Monate erfordere, so schrieb er jetzt, daß er an dem 28. Buch drei Monate hindurch bis zur tötlichen Erschöpfung gearbeitet hätte, so daß ihm darüber sein Haar weiß geworden sei.⁶⁷ Als er aus Italien die

Mitteilung erhielt, daß der Erbprinz von Savoyen sein Buch gelesen und versichert habe, daß er es noch oft in seinem Leben wieder lesen werde, gab er sie sofort in der Form weiter: der Erbprinz habe erklärt, sein ganzes Leben hindurch das Buch lesen zu wollen.⁶⁸ Im Januar 1750 wußte er zu melden, daß sein Buch schon in 22 Auflagen durch ganz Europa verbreitet sei; vier Monate später veränderte er das dahin, daß es nicht nur 22 Auflagen, sondern auch Uebersetzungen in fast alle Sprachen erlebt habe.⁶⁹ In Wahrheit waren damals nur erst 12 französische Ausgaben erschienen, und an Uebersetzungen eine englische und eine italienische, vielleicht noch eine lateinische und eine deutsche.⁷⁰ Nur in einem Falle hat Montesquieu eine auffällige Bescheidenheit gezeigt. Das Lob, das ihm Bertolini in einer Schrift über den Geist der Gesetze spenden wollte, daß er den Engländern die Schönheit ihrer Verfassung deutlicher gemacht habe, als es von Seiten der englischen Schriftsteller selber geschehen sei, bat er, zu streichen: „Si les Anglais trouvent que cela soit ainsi, ceux qui connaissent mieux leurs livres que nous, on peut être sûr qu'ils auront la générosité de le dire; ainsi renvoyons leur cette question.“⁷¹

Es wäre natürlich durchaus verkehrt, den großen Erfolg, den der Geist der Gesetze bei seinem Erscheinen in Frankreich errang, ausschließlich auf künstliche Mache zurückzuführen. Das Werk empfahl sich vielmehr seinen Zeitgenossen auch selber durch eine ganze Reihe von Eigenschaften. Die Einteilung in kurze Abschnitte war nicht nur wie gemacht für alle die Vielen, die wie die Damen der Salons ein Buch nur zur Hand nahmen, um ein paar müßige Augenblicke auszufüllen, sondern gewährte auch den ernsteren Lesern Ruhepunkte, wo sie innehalten konnten, ohne Sorge, aus dem Zusammenhange zu kommen; die Sätze vermieden alles schwerfällige und verwickelte Gefüge, durch das man sich mühsam hätte hindurcharbeiten müssen, und bauten sich in eindrucksvoller Knappheit auf. Und wovon dann auch gehandelt wurde, ob von Staatsformen oder gesellschaftlichen Verhältnissen, Religionspolitik oder Justizwesen, Steuern oder Handelsbeziehungen, immer geschah es in einer Weise, die keine Langweile aufkommen ließ: nirgends ermüdende Breite oder Eintönigkeit, Anspielungen auf die heimischen Zustände im bunten Wechsel mit merkwürdigen Beweisstücken aus fremden Ländern, überall funkelnder Geist. So

fanden die Leser nach ihren Neigungen und ihrem Verständnis: Belehrung, Anregung, Unterhaltung und übersahen mit Ausnahme weniger über der Form der Darstellung, wie gebrechlich der Unterbau der Forschung war und wie unendlich Vieles nur wiederholte, was schon Frühere gesagt hatten.

Das hauptsächlich Entscheidende für den Erfolg aber war, daß das Buch die Wissenschaft der Politik aus der Enge der Gelehrtenstuben vor weitere Kreise brachte und das Verlangen nach Freiheit zu begründen unternahm, daß es der Stimmung in Frankreich, die des Absolutismus überdrüssig war, entgegenkam und Ausdruck verlieh. Einer von Montesquieus Bewunderern traf den Kern der Sache, als er ihm schrieb: „Ich beglückwünsche Sie aus ganzem Herzen dazu, daß Sie die Ueberlegenheit Ihres Genius, die Summe Ihres großen Wissens und die Strahlen Ihrer lakonischen Beredsamkeit eingesetzt haben, um die Geister Europas auf eine große Zahl von Wahrheiten hinzuweisen, die für das menschliche Geschlecht nützlich, aber von der militärischen und despotischen Regierung fast überall unterdrückt worden sind. Der Versuch, mit edler Kühnheit die letzten des Menschengeschlechtēs aus den Krallen des Willkürregimentes zu retten, wird immer als ein Vorhaben, wie kein schöneres in der Welt, gelten.“⁷² Es machte nichts aus, daß es unklar blieb, welche Art von Freiheit Montesquieu meinte, so daß ja noch bis in die jüngste Zeit darüber hat gestritten werden können, ob er Republikaner, ständischer oder konstitutioneller Liberaler gewesen sei; im Gegenteil, gerade deswegen konnten alle freiheitlich Gesinnten ihm zustimmen und ihn als Führer begrüßen. So hat er der Auflehnung gegen den Absolutismus Waffen geliefert und auf die politische Entwicklung einen tiefgreifenden Einfluß ausgeübt, nicht indem er die Welt mit neuen Gedanken bereichert hätte, sondern, indem er wirksam auch hier wieder nur durch die Form, das, was er bei Früheren fand und was insbesondere Sidney in unlesbarer Weitschweifigkeit auseinandergesetzt hatte, mit großem Geschick in bündiger Kürze zusammenfaßte und gemeinverständlich machte. Seine Landsleute unterschieden aber, wie leicht zu erklären, nicht zwischen der wissenschaftlichen Leistung und der politischen Tat; ihnen erschien er als ein umfassender und tiefer Denker, dem wenige an die Seite zu stellen seien.

Bei der damaligen Führerstellung der französischen Kultur war nun der Erfolg des Buches in Frankreich auch maßgebend für seine Aufnahme bei den anderen Völkern. Zunächst fand es Eingang in England, wo Montesquieu ja viele persönliche Beziehungen hatte. Die Engländer fühlten sich durch das Lob ihrer Verfassung geschmeichelt.⁷³ Granville zog es alsbald im Parlamente heran.⁷⁴ In England erlebte es seine erste Uebersetzung. Dann hielt es seinen Siegeszug auch durch die anderen Länder und übte als Inbegriff politischer Weisheit Einfluß auf eine große Anzahl von Verfassungen.⁷⁵

Sicherlich sind also von ihm die größten Wirkungen ausgegangen. Offenbar ist das die eine Ursache, daß sein innerer Wert noch heute so vielfach und in so großem Maße überschätzt wird. Die andere Ursache ist die Haltung der französischen Wissenschaft, die in diesem Falle von Unbefangenheit nicht viel spüren läßt, sondern in der Größe Montesquieus einen Ruhmestitel Frankreichs zu verteidigen unternimmt.⁷⁶ Ob Sorel oder Janet, Laboulaye oder Barckhausen, Faguet oder Vian, sie spinnen alle wie in stillschweigender Verschwörung mehr oder minder den gleichen Faden: nicht die geistige Bedeutung Montesquieus vorurteilslos zu prüfen, sondern sie als etwas Unbestreitbares vorauszusetzen und von verschiedenen Seiten zu beleuchten; wohl gestehen sie hier und da Mängel und Fehler bei ihm zu, aber im großen wird ihr Urteil von nationaler Parteinahme beherrscht. Das ist, so scheint es, nicht ohne Einfluß auf die Auffassung in Deutschland geblieben, die, wenn auch nicht einhellig, so doch überwiegend ebenfalls dahin geht, in Montesquieu eine große geistige Persönlichkeit zu sehen, der die Wissenschaft wichtige Entdeckungen zu danken habe. Die vorliegende Arbeit würde ihren Zweck erfüllt haben, wenn es ihr gelungen wäre, Zweifel an der Richtigkeit dieser Auffassung zu erwecken und zu weiteren Sonderuntersuchungen über Montesquieu anzuregen.

Anmerkungen zu dem Abschnitt: Schlußbetrachtungen.

1. Vgl. zu dem Folgenden ein für alle Mal Vian, *Histoire de Montesquieu*, die eine sorgfältige Sammlung des Stoffes enthält, aber im Urteil zu wünschen übrig läßt, und die beiden bereits erwähnten Arbeiten von Schvarcz. Außer den *Oeuvres*, herausgegeb. von Laboulaye, kommen jetzt noch in Betracht die *Collection Bordelaise des inédits de Montesquieu* (Deux opuscules, *Mélanges*, *Voyages*, *Pensées et fragments*, herausgegeb. von Baron von Montesquieu, Bordeaux 1891—1901) und die *Correspondance de Montesquieu*, herausgegeb. von Gebelin-Morize, Paris 1914. Der *Éloge historique de M. de Montesquieu par son fils* (Vian 397 ff.) kommt nicht als Quelle in Betracht.

2. Vian 19 f., Schvarcz, *Montesquieus Erziehung* a. a. O. 684.

3. Ueber Crévier und Bach s. oben die Einleitung, dazu Schvarcz a. a. O. 684.

4. Vgl. Barckhausen, *Montesquieu, ses idées et ses oeuvres* 14 f.

5. Vian 21.

6. Vian 22 ff.

7. Vgl. Boiteau, *l'état de France en 1789* S. 328.

8. Vian 34 auf Grund von *Pensées*.

9. Ueber Crévier, Ernesti, Bach s. oben die Einleitung, dazu Schvarcz a. a. O. 686 f.

10. Montesquieu an Solar, 7. März 1749, Corr. II, S. 147.

11. Ueber die eine Ausnahme davon in der *Grandeur des Romains* s. unten.

12. *Oeuvres*.

13. Vgl. *Lettres Persanes* Nr. 68.

14. Schvarcz a. a. O. 691 f.

15. Cassagnac, *Histoire des causes de la rév. franç.* I, 376.

16. *Esprit des Lois* II 4 Abs. 4.

17. Vgl. Vian 41—52, 80, Schvarcz a. a. O. 693—699; auch die wissenschaftlichen Exkurse in den Pers. Briefen sind, wie Marcus, die Darstellung der französ. Zustände richtig bemerkt, ganz verfehlt. Ueber Montesquieus volkswirtschaftliche Unbildung s. das oben angeführte Urteil Baudrillarts; über seine Neigung, aus nicht erforschten Tatsachen voreilige Schlüsse zu ziehen vgl. Vian 51 und Sorel 5 f.

18. Vgl. Vian 49, Schvarcz 695.

19. Vgl. Willy Marcus, Die Darstellung der französischen Zustände in Montesquieus *Lettres Persanes* verglichen mit der Wirklichkeit, Sorel Kap. II, Vian Kap. V. H. Gabler, Studien zu Montesquieus Persischen Briefen, Chemnitz 1898, ist mir leider unbekannt geblieben.

20. Sorel 20, 27, 30, vgl. auch Piil a. a. O. 39; die Schrift von Collin de Plancy, *les lettres Persanes conférées avec l'Esprit des Lois* ist mir leider unzugänglich geblieben.

21. Vgl. insbesondere Brief 79.

22. Vgl. Brief Nr. 122.

23. Vgl. Brief Nr. 131.

24. Vgl. hierzu die Ausführungen von Schvarcz im zweiten Teile seines angeführten Aufsatzes.

25. Vgl. Brief Nr. 90. Ich kann Solazzi nicht beistimmen, der (a. a. O. 58 f.) schon die Scheidung zwischen der monarchischen *Honneur* und der republikanischen *Vertu* findet.

26. Vgl. Brief Nr. 131, der nur von der aus Monarchie, Aristokratie und Demokratie gemischten Regierung weiß, und Nr. 103; die Stellen über England in Nr. 105 und 136.

27. Vgl. Schvarcz im zweiten Teile seines Aufsatzes.

28. Ueber Montesquieu als Libertin vgl. Vian 23 f., Sorel 12.

29. Vgl. Brief Nr. 68.

30. Vgl. Brief Nr. 73.

31. Vgl. Brief Nr. 66.

32. Das konstitutionelle Königtum in Deutschland, Hist. und polit. Aufsätze III S. 432.

33. Sala in der *Encyclopaedia Britannica*, Art. Montesquieu, zitiert von Bertz 17 und 11.

34. Sorel 27.

35. Die Stellen über die Parlamente in Brief Nr. 93 und 140.

36. Vgl. Vian 80 und Kap. IX, Oncken, Das Zeitalter Friedrichs des Großen I, 458 ff.

37. Vian 110 ff., Laboulaye, *Oeuvres de Montesquieu* II 103, Barckhausen, *Montesquieu, ses idées et ses oeuvres* S. 7, Piil a. a. O. 3.

38. Vgl. Montesquieus Briefe vom Mai und Juli 1728 und vom Febr. 1730, Corr. I, 218, 220, 227, 231, 280.

39. Vgl. hierzu die beiden Bände der *Voyages*.

40. *Oeuvres* VII; die wichtigsten Stellen daraus bei Oncken a. a. O. 464; dazu vgl. die Urteile Onckens ebendasselbst und von Schvarcz, *Montesquieu und die Verantwortlichkeit der Räte des Monarchen* S. 142 ff.

41. P. Janet, *Théories de Montesquieu et de J. J. Rousseau*, in *Revue politique et littéraire*, Dez. 1871 S. 558, Vian 90 f. Auch Solazzi 152 meint, daß Montesquieu zu der Zeit, wo er an den ersten Büchern arbeitete, noch nichts von der Möglichkeit einer gemäßigten Regierung nach Art der englischen geahnt haben könne. Das läßt sich nicht mehr halten, nachdem ich auch für die ersten Bücher die Benutzung Sidneys nachgewiesen habe, wie es

überhaupt seitdem nicht mehr möglich ist, aus dem Widerspruche zwischen dem ersten und dem XI. Buche Schlüsse auf die Zeit zu ziehen, wo das eine und das andere entstanden ist.

42. Schvarcz, Montesquieu und die Verantwortlichkeit 159; die betr. Anm. stand in Kap. 9.

43. *Considérations* Kap. 1 und 13, *Oeuvres* VII S. 121 und 225.

44. Vgl. auch *Voyages* I, 224 den Zusatz zu den Ausführungen über die Käuflichkeit der Aemter: „Cela prouve bien ce que j'ai dit quelque part sur la vénalité des charges“, der nach der Angabe des Herausgebers erst später hinzugefügt ist und also ebenfalls beweist, daß die ersten 8 Bücher zur Zeit der Reise noch nicht geschrieben gewesen sind.

45. *Considérations* Kap. 5, *Oeuvres* VII S. 154.

46. Oncken a. a. O. 468, Piil a. a. O. 4, 39.

47. *Oeuvres* VII S. 187 und 200 f.

48. *Oeuvres* VII S. 248 f.

49. *Considérations* Kap. 8, *Oeuvres* VII S. 187: „Le gouvernement d'Angleterre est un des plus sages de l'Europe, parce qu'il y a un corps qui l'examine continuellement, et qui s'examine continuellement lui-même; et telles sont ses erreurs, quelles ne sont jamais longues, et que, par l'esprit d'attention qu'elles donnent à la nation, elles sont souvent utiles.“

50. *Considérations* Kap. 9, auch Kap. 7 (*Oeuvres* VII S. 179) und Kap. 15 (S. 241); *Esprit des Lois* XI Kap. 18 Abs. 17.

51. Vgl. Vian 172 ff.

52. Vgl. Schvarcz, Montesquieu und die Verantwortlichkeit S. 163.

53. Montesquieu au Président Barbot, 20. Dez. 1741: „A l'égard de mes Lois, j'y travaille huit heures par jour. L'ouvrage est immense et je crois avoir perdu tout le temps où je travaille à quelque autre chose qu'à cela. Il y aura quatre volumes in-12 en vingt-quatre livres. Il me tarde fort que je sois en état de vous le montrer. J'en suis mon premier admirateur; je ne sais si je suis extrêmement enthousiasmé; je suis serai le dernier. Je ne vous le montrerai que lorsque je n'aurai plus rien à y faire, ce qui, je crois, sera à la première vue; ..“ (Corr. I, S. 360).

54. Montesquieu au Président Barbot, 2. Febr. 1742: „A mon égard, mon ouvrage augmente à mesure que mes forces diminuent. J'en ai pourtant dix-huit livres à peu près de faits et huit qu'il faut arranger. . . Quand je serai à Bordeaux, je vous montrerai mon affaire et profiterai de vos conseils. Comme je dirige toutes mes études et tout mon travail sur cela, cela ne laisse pas que d'avancer.“ (Corr. I S. 365). Ein weiterer Brief an Barbot, der 19 Bücher als nahezu fertig meldet (Corr. I, S. 386), ist leider ohne Zeitangabe.

55. Vgl. Vian 259.

56. Le Père Castel à Montesquieu, Corr. II S. 83.

57. Vgl. Vian 190.

58. Vgl. die Briefe von Mde de Tencin an Montesquieu Corr. II S. 70, 94 ff., 111 f., 167, 184, dazu Vian 273.

59. Vgl. Le Chevalier d'Aydie à Montesquieu, 22. Mai 1749 (Corr. II S. 192 f.).

60. Vgl. Bulkeley an Montesquieu, 17. März 1749 (Corr. II S. 158).

61. Vgl. Helvetius an Montesquieu, 26. Aug. und Dez. 1748 (Corr. II S. 48 und 81), und die Warnung von Condorcet an Voltaire (Sakmann a. a. O. 388).

62. Montesquieu au Père Cerati, 11. Nov. 1749 (Corr. II S. 235).

63. Vgl. Montesquieu an Mde Dupon, 25. Febr. 1744: „J'ai une envie démesurée de vous voir et de venir vous demander à souper, d'entendre votre concert et vous ... Quand aurai-je le plaisir de vous revoir? C'est une de ces délices que je mets à la tête des charmes de la ville de Paris“ (Corr. I S. 397) und vom März 1744 (Corr. I, 398).

64. Vgl. Montesquieu an Venuti, 22. Juli 1749 (Corr. II S. 215), an Solar, 23. Juli und 11. Nov. 1749 (Corr. II S. 216 f. und 233). Die Frage, ob Montesquieu, wie Chamfort behauptet, ein Eingreifen der Pompadour gegen Dupin veranlaßt habe, (vgl. Vian 266, 277 f. und Appendice) scheint mir durch den von Vian beigebrachten Brief Dupins vom 10. Juni 1759 noch nicht endgültig entschieden. Man muß beachten, daß Dupin zwei Schriften gegen Montesquieu verfaßt hat: die *Réflexions sur quelques parties d'un livre intitulé de l'Esprit des Lois*, 2 Bände 1749, vgl. Montesquieu an Solar, 23. Juli 1749, Corr. II S. 216) und die *Observations sur un livre intitulé de l'Esprit des Lois*, drei Bände ohne Jahr und Ort. (Für die Zeit ihres Erscheinens läßt sich aus Rousseaus Bekenntnissen nichts entnehmen, wie das Auguy in seiner Ausgabe von Dupins *Oeconomiques*, Paris 1913, S. 15, 17, 67 tun möchte. Beuchot, *Oeuvres de Voltaire*, Band L, S. 53 gibt die Jahre 1757—1758, wo Montesquieu schon nicht mehr am Leben war, scheint also für ein bestimmtes Jahr keinen Anhalt gehabt zu haben. Laboulaye, *Oeuvres de Montesquieu* III, Introduction 39 spricht sich für das Jahr 1753 aus. Barbier, *Dictionnaire des ouvrages anonymes et pseudonymes* II Nr. 5042 schwankt zwischen 1752 und 1753. Nach den Briefen von Condamines an Montesquieu, 3. März 1751, Montesquieus an Guasco, Hénaults an Montesquieu, 13. Febr. 1752, Corr. II S. 351, 409, 419, sprechen für das Jahr 1751 oder den Anfang von 1752.) Die Mitteilung Dupins, daß er selber seine Schrift zurückgezogen habe, weil ihm bei ruhigerem Blut seine persönlichen Ausfälle gegen Montesquieu unangebracht erschienen seien, können nun trotz ihrer Angabe über die Bändezahl nur auf die *Réflexions* bezogen werden, weil die *Observations* von persönlichen Ausfällen frei geblieben waren; um ex silentio schließen zu können, müßte man zum mindesten den ganzen Brief und nicht bloß das von Vian mitgeteilte Bruchstück haben. Dagegen findet Chamforts Behauptung eine Stütze in dem Verlagsverzeichnis der Buchhändler Guerin und Delatour vom Jahre 1808 (vgl. Beuchot a. a. O.), das unter Nr. 57 die *Observations* anführt, mit dem anscheinend nicht auf Chamfort, sondern auf Geschäftsbücher des Verlages zurückgehenden Zusatz, daß von dem Buche 30 Stück von dem

Verfasser verschenkt, die übrigen auf Veranlassung der Pompadour vernichtet seien.

65. In dem Sinne wie oben ist das Motto verstanden von Haller, *Restauration I*, 115, Martin, *Histoire de France XV*, S. 408 und Laboulaye, *Oeuvres de Montesquieu III*, Introduction S. 7; dagegen glauben Vian 243 und Lord Acton, *Lectures on the French Revolution* S. 8 auf Grund einer durch Mde Necker und Suard überlieferten Aeußerung Montesquieus, *matre mit Freiheit erklären zu dürfen*. Ueber Montesquieus Unselbständigkeit auch in den anderen Teilen seines Werkes als dem XI. Buche vgl. Koch, *Montesquieus Verfassungstheorie* S. 6—12, dessen Schlußurteil lautet: „Wir sehen also, daß nicht viel von Montesquieus Theorien über den Staat übrig bleibt, was er eigener Spekulation verdankt“, und Piil, *Montesquieus Politiska Ideer*, Kap. II.

66. Préface, ferner Montesquieu an Thomé Febr. 1749 und an Solar, 7. März 1749 (Corr. II 129 und 147).

67. Montesquieu an Guasco 1746 und an Céрати 28. März 1748 (Corr. I, S. 426 f. und II, S. 32 f.).

68. Solar an Montesquieu, 20. Juni 1749: „qu'il le relira encore bien des fois en sa vie“, und Montesquieu an Venuti 22. Juli 1749: „qu'il voulait le lire toute sa vie“ (Corr. II, S. 205 und 213).

69. Montesquieu an den Herzog von Nivernais 26. Jan. 1750 und an den Marquis von Stainville 27. Mai 1750 (Corr. II S. 249 und 284).

70. Vgl. Louis Dangeau (Vian), *Montesquieu, Bibliographie de ses oeuvres*, Paris 1874, der die 12 französischen Ausgaben aufzählt, über die Uebersetzungen aber leider nichts gibt. Von der englischen und der italienischen Uebersetzung ist in der Corr. mehrfach die Rede; von der deutschen und der lateinischen weiß aber erst am 11. Dez. 1751 Caldwell (Corr. II S. 407) zu melden, der die eine in Wien, die andere in Preßburg gesehen haben will.

71. Montesquieu an Bertolini 5. Dez. 1754 (Corr. II S. 548).

72. Céрати an Montesquieu 25. Aug. 1749 (Corr. II S. 218).

73. Domville an Montesquieu 4. Juni 1749, Yorkes an Montesquieu 9. Mai 1751 (Corr. II S. 195 und 364).

74. Vgl. Mde de Tencin an Montesquieu 7. Juni 1749 (Corr. II S. 201).

75. Mit Recht nennt Gierke a. a. O. 221 Montesquieu „den Erneuerer des repräsentativen Gedankens auf dem Kontinente“; Näheres über den Einfluß des Geistes der Gesetze jetzt am besten bei Piil, Kap. 3.

76. Vgl. die von Vian a. a. O. Introduction S. VIII angeführten Aeußerungen Bonalds: „La gloire de Montesquieu, comme celle de Bossuet et de Racine, est une de ces religions françaises“ und Sainte-Beuves: „Montesquieu est un de ces hommes qu'on n'aborde qu'avec crainte, à cause de la considération qu'ils inspirent et de l'espèce de culte dont ils sont l'objet.“

Druckfehlerberichtigungen.

S. 40 Zeile 6 lies: Gesetzen statt Gesetzten — S. 57 Anm. 4 Z. 1: 1 statt 10 — S. 58 Anm. 31 Z. 1: la partie du peuple statt la partie — S. 60 Anm. 53 Z. 2: prouvent statt preuvent — S. 70 Z. 16: merkwürdig statt menkwürdig — S. 120 Z. 19: kleines statt keines — S. 144 Z. 2 v. u.: Unzuträglichkeiten statt Unzuträglichkeit — S. 153 Z. 20 v. u.: bemerkt statt beemerkt — S. 180 Z. 7: habe statt habe¹⁴⁴ — S. 191 Z. 18 v. u.: ne statt ne ne — S. 202 Z. 2 v. u.: rejetter statt rejeter — S. 203 Anm. 129 letzte Zeile: à statt a — S. 205 Z. 7 v. u.: se statt so — S. 206 Z. 13 v. u.: of statt af

Inhalt.

	Seite
Einleitung.	1
Buch 1. Von den Gesetzen im allgemeinen.	29
Der Begriff des Gesetzes S. 29. Der Ursprung der positiven Gesetze S. 33. Die Behandlung der Aufgabe S. 37. Die Gliederung des Stoffes S. 39. Anmerkungen S. 41.	
Buch 2. Von den Gesetzen, die unmittelbar aus der Natur der Regierung entspringen.	45
Einleitung der Regierungsformen S. 45. Fundamentalgesetze S. 46. Die verschiedenen Verfassungen S. 49. Die gemäßigte Regierung S. 55. Anmerkungen S. 57.	
Buch 3. Von den Prinzipien der drei Regierungen.	62
Die Tugend S. 62. Die Mäßigung S. 65. Die Ehre S. 65. Die Furcht S. 68. Die Prinzipien und der gemischte Staat S. 68. Die Beurteilung der Prinzipien-Lehre S. 69. Anmerkungen S. 72.	
Buch 4. Die Gesetze der Erziehung müssen den Prinzipien der Regierung entsprechen.	75
Anmerkungen S. 79.	
Buch 5. Die Gesetze, die der Gesetzgeber gibt, müssen dem Prinzip der Regierung entsprechen.	80
Anmerkungen S. 85.	
Buch 6. Folgen der Regierungsprinzipien für die Einfachheit der Zivil- und Kriminalgesetze, die Form der Urteile und die Bestimmung der Strafen.	86
Die Rechtspflege S. 86. Die Strafen S. 89. Anmerkungen S. 92.	
Buch 7. Von den Folgen, die sich aus den verschiedenen Prinzipien der drei Regierungen für die Aufwandsgesetze, den Aufwand und die Stellung der Frauen ergeben.	94
Der Begriff des Aufwandes S. 94. Der Aufwand in den verschiedenen Regierungen S. 96. Aufwand und Sittlichkeit S. 99. Anmerkungen S. 101.	

	Seite
Buch 8. Von der Entartung der Prinzipien der drei Regierungen.	104
Entartung der Demokratie S. 104. Entartung der Aristokratie S. 106. Entartung der Monarchie S. 107. Anmerkungen S. 111.	
Das Wesen der ersten acht Bücher und ihres Verfassers.	114
Anmerkungen S. 131.	
Buch 11. Von den Gesetzen, die die politische Freiheit in deren Beziehung zur Verfassung bilden.	138
Der Begriff der Freiheit S. 138. Der Zusammenhang zwischen Freiheit und Verfassung S. 146. England als Musterland der Freiheit S. 149. Die Unterscheidung der Gewalten S. 150. Montesquieu und die Volkssouveränität S. 152. Verteilung der Gewalten zum Zwecke ihrer gegenseitigen Hemmung S. 157. Die richterliche Gewalt S. 159. Die gesetzgebende Gewalt S. 162. Die vollziehende Gewalt S. 165. Die Stellung der Gewalten zueinander S. 166. Trennung oder Verteilung der Gewalten? S. 174. Die politische Freiheit und das Heer S. 181. Der Ursprung der englischen Verfassung S. 182. Untergang Englands und seiner Verfassung S. 184. Die Verteilung der Gewalten in anderen Staaten S. 186. Anmerkungen S. 190.	
Buch 12. Von den Gesetzen, die die politische Freiheit in deren Beziehung zum Bürger bilden.	210
Anmerkungen S. 215.	
Zusammenfassende Beurteilung der Bücher 11 und 12.	216
Anmerkungen S. 222.	
Die Quellen des 11. Buches.	224
Anmerkungen S. 226.	
Bolingbroke.	227
Anmerkungen S. 234.	
Locke.	240
Anmerkungen S. 262.	
Sidney.	272
Anmerkungen S. 300.	
Schlußbetrachtungen.	307
Anmerkungen S. 326.	

